Bettina Alavi / Małgorzata Świder (Hg.)

1968 an der Universität Opole, der Universität Olomouc und an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg

Diskurs Bildung
Schriftenreihe der Pädagogischen Hochschule Heidelberg

Herausgegeben von der
Pädagogischen Hochschule Heidelberg

Wissenschaftlicher Beirat
Sabine Kaufmann, Reinhard Mehring, Hans-Bernhard Petermann,
Veronika Strittmatter-Haubold, Birgit Werner

Diskurs Bildung Band 63

1968
an der Universität Opole, der Universität Olomouc und an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg

Ein trinationaler Blick in „provinzieller“ Perspektive

Herausgegeben von
Bettina Alavi und Małgorzata Świder

Mattes Verlag Heidelberg

Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über http://dnb.dnb.de abrufbar.

ISBN 978-3-86809-145-8

© Mattes Verlag 2018

Mattes Verlag GmbH, Steigerweg 69, 69115 Heidelberg
Telefon (06221) 459321, Telefax (06221) 459322
Internet www.mattes.de, E-Mail verlag@mattes.de
Umschlaggestaltung: Julia Drichel
Hergestellt in Deutschland

Inhalt

Bettina Alavi
Einführung in das trinationale Projekt 7

Małgorzata Świder
1968 – das Jahr, in dem die Jugend die herrschenden Verhältnisse in Frage stellte. Eine Einleitung 23

Opole (Polen)

Mariusz Patelski
Die Studenten und die Machthaber. Die Ereignisse im März 1968 im akademischen Milieu von Oppeln 43

Marzena Lezak
Das Leben nach dem März 1968 – Schicksale der Teilnehmer an den März-Unruhen 61

Dominik Marcinkowski
„Ich mache das, was ich jetzt für nötig halte.“ Kazimierz Kobiałko und sein Leben in der Opposition 75

Damian Brzóska
Der verschwiegene Protest im Jahr 1968. Die Selbstverbrennung von Ryszard Siwiec 91

Zbigniew Bereszyński
Der Prager Frühling aus der Perspektive des Oppelner Schlesiens . . . 99

Maria Reisky
Die Ereignisse des März 1968 in Polen – ein halbes Jahrhundert später 121

Katarzyna Kaczmarek
Die Ereignisse des März 1968 in schulischen Lehrplänen und Geschichtsbüchern der Jahre 1970 bis 1999 131

Piotr Zawadzki
Der März 1968 in ausgewählten zeitgenössischen polnischen Lehrbüchern für Geschichte und Gesellschaftskunde (1999–2015) 141

Bartosz Pawlak
Der März 1968 im historischen Bewusstsein der Studenten der Universität Oppeln 153

Olomouc (Tschechien)

Gabriela Cingelová
Das Jahr 1968 in der tschechoslowakischen Universitätsstadt Olomouc 163

Vanda Vaníčková
Die Ereignisse des Jahres 1968 aus der Sicht eines damaligen Studenten und eines damaligen Dozenten der Palacký-Universität in Olomouc . . 179

Heidelberg (Deutschland)

Bettina Alavi / Anna-Lena Mohr
Der Fall Pauli vs. Kollnig/Schwab.
NS-Aufarbeitung an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg in den 1968ern? 205

Bettina Alavi / Elora Märtsch
Der „Radikalenerlass“ von 1972 und seine Auswirkungen an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg 235

Bettina Alavi / Melanie Schweizer
Die Pädagogische Hochschule Heidelberg als Ort der Emanzipation?
Frauen und ihre pädagogischen Ideen an der PH Heidelberg um 1968 265

Bettina Alavi / Melissa Carrera Pinto
Das Jahr 1968 – lediglich ein Jahr der Revolte des männlichen, „starken“ Geschlechts? Zur Situation der Frauen an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg um 1968 295

Kathrin Nicklas
Ästhetische Erziehung an der PH Heidelberg.
Die kunstpädagogischen Ideen der 68er Bewegung und deren Auswirkungen auf die Studieninhalte an der PH Heidelberg 309

Autorinnen und Autoren 327

Bettina Alavi

Einführung in das trinationale Projekt

Im Jubiläumsjahr 2018 ist die Flut der Neuerscheinungen[1], Zeitungsartikel,[2] Ausstellungen,[3], Tagungen[4] und Radiofeatures[5] in Deutschland beinahe uferlos. Deutungsmächtige 68-er Publizisten wie Wolfgang Kraushaar legten breite Neuzusammenstellung vor[6] und trafen in Diskussionen auf jüngere Historikerinnen wie Christina von Hodenberg, die sie als langjährige Deutungsmonopolisten dekonstruierten und ihren Aussagen die neue Frauenbewegung als nachhaltigste Wirkung von 68 entgegen setzten.[7] Diese Entmythologisierung der damaligen Akteure setzte ein durch die Verschiebung des Forschungsfokus auf Akteure jenseits der Universität und der Jugend. Auch der bis heute formulierte Anspruch des Internationalismus der 68-er Bewegung zeigte sich nach Ansicht jüngerer Historiker eher als Parole

---

[1] Christina von Hodenberg: Das andere Achtundsechzig. München 2018. Wolfgang Kraushaar: Die blinden Flecken der 68-er Bewegung. Stuttgart 2018; Wolfgang Kraushaar: Die 68er-Bewegung. Eine illustrierte Chronik 1960–1969, 4 Bde., Stuttgart 2018; Detlef Siegfried: 1968. Protest, Revolte, Gegenkultur. Ditzingen 2018; Richard Vinen: 1968. Der lange Protest. Biografie eines Jahrzehnts. Aus dem Englischen von Martin Bayer und Heike Schlatterer. München 2018.

[2] Wolfgang Kraushaar, Umso schlimmer für die Tatsachen. Die Erinnerung an die Revolte von 1968 lädt zu vielem ein – auch zu neuer Mythenbildung. Eine vorläufige Diskursgeschichte des Jubiläums, in: Süddeutsche Zeitung, 25. 4. 2018, S. 9, https://www.sueddeutsche.de/kultur/zeitgeschichte-umso-schlimmer-fuer-die-tatsachen-1.3956594 (19. 10. 2018); Christoph Möllers, Frauen kämpften gleich an mehreren Fronten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. 3. 2018, Literaturbeilage, S. L15.

[3] Vgl. den Ausstellungskatalog des Ludwig Forum Aachen: Andreas Beitin / Eckhart J. Gillen (Hrsg.), Flashes of the Future. Die Kunst der 68er oder Die Macht der Ohnmächtigen, Bonn 2018.

[4] Sektion auf dem Historikertag in Münster: Zerreißprobe „68". Andere Perspektiven auf die westdeutsche Revolte, 25. 9. 2018–28. 9. 2018; Was soll vom 68-er Erbe bleiben? Römerberggespräche https://aktuelles.uni-frankfurt.de/veranstaltungen/roemerberggespraeche-was-soll-vom-68er-erbe-bleiben/ (aufgerufen 20. 11. 2018)

[5] https://www.deutschlandfunkkultur.de/polen-1968-die-furchtbaren-folgen-der-studentenrevolte-in.1079.de.html?dram:article_id=413243 (aufgerufen 20. 11. 2018)

[6] Kaushaar: Die blinde Flecken sowie ders. Die 68-er Bewegung (Anm. 1).

[7] https://www.sueddeutsche.de/politik/historische-zaesur-achtundsechzig-war-mehr-als-ein-aufstand-1.4000568 (aufgerufen 20. 11. 2018)

(„Hoch die internationale Solidarität") als dass er real vorhanden gewesen war.[8] Gleichzeitig ist zu beobachten, dass „1968" bis heute eher national gerahmt wird. Darauf verweisen auch die kaum vorhandenen deutschsprachigen Jubiläumspublikationen, Tagungen und Zeitungsartikel zu 1968 in den anderen Ländern. Zum Prager Frühling sind in überregionalen Zeitungen zum Jahrestag des Einmarsches des Warschauer Pakts zwar Artikel erschienen, die zum einen das Ereignis retrospektiv würdigen und andererseits auf die tschechische Gedenkpolitik eingehen.[9] Eine wirkliche gemeinsame Diskussion fand aber nicht statt. Spärlicher noch war die Berichterstattung über 1968 in Polen,[10] die wenig auf die Ereignisse und kaum auf die im Jubiläumsjahr stattfindenden Tagungen und Gedenkveranstaltungen dort eingingen.

Die vorliegende Publikation folgt zum einen dem in Deutschland erkennbaren Trend neben den Zentren von 1968 die Provinz in den Blick zu nehmen, versucht aber gleichzeitig diese provinzielle Perspektive konsequent auf die drei Länder Polen, Tschechien und Bundesrepublik anzuwenden. Gleichzeitig wenden sich die Beiträge aber wieder den Universitäten und den jungen Leuten zu, bleiben also bei den Hauptakteuren – solchen aber, die im Schatten der bekannten Protagonisten „im Hinterland" agierten. Zusätzlich bekommt der Blick auf die studentischen Akteure einen weiteren Fokus, denn die untersuchten Hochschulen sind stark auf die Lehrerbildung ausgerichtet. Die fokussierten Hauptakteure in der Provinz gehörten damals also einer spezifischen Gruppe von Studierenden an, nämlich solchen, die Lehrerinnen und Lehrer werden wollten oder aber eine Hochschullaufbahn anstrebten. Diese Zuspitzung ergab sich aus der Ausrichtung der beteiligten Hochschulen und der beteiligten Studierenden und Doktoranden. Dies bedeutet, dass die an der Publikation beteiligten Studierenden und Doktoranden die Motive und Handlungsweisen von früheren Studierenden in einer ähnlichen Studienlaufbahn untersuchten und sich mit ihren Deutungen der damaligen Situation einbringen konnten. Die Erkenntnisse, die sich

[8] Vinen 2018 (Anm. 1), Seine Aussage widerspricht aber nicht der Tatsache, dass 1968 ein internationales Phänomen war, vgl. Ingrid Gilcher-Holtey: Die 68er Bewegung. Deutschland – Westeuropa – USA, 5. Aufl., München 2017 (1. Aufl. 2001) betont die Internationalität von 1968 als Phänomen, Norbert Frei: Jugendrevolte und globaler Protest. München 2008 eher die nationalen Besonderheiten von 1968 in den verschiedenen Ländern.

[9] Zum Ereignis vgl. Reinhard Veser: Frühlingsende. Tschechen und Slowaken stellten sich vor fünfzig Jahren gewaltfrei der Invasion des Warschauer Pakts entgegen. FAZ, 21. 8. 2018, S. 3. Zum tschechischen Gedenken an den Prager Frühling vgl. „In Prag Eklat bei Gedenken an sowjetische Invasion 1968. Ministerpräsident Babis von Demonstranten ausgepfiffen." FAZ, 22. 8. 2018, S. 2.

[10] Dieter Wulf: Die furchtbaren Folgen der Studentenrevolte in Warschau. https://www.deutschlandfunkkultur.de/polen-1968-die-furchtbaren-folgen-der-studentenrevolte-in.1079.de.html?dram:article_id=413243 (aufgerufen 20. 11. 2018)

aus dieser zugespitzten Perspektive ergaben, sind eklatant: Berufsverbote hat es nicht nur in den Zentren gegeben, sondern sie erreichten in mindestens gleicher Weise auch die Lehramtsstudierenden in der Provinz. In allen drei Ländern sind vergleichbare Sanktionsverfahren nachweisbar: Den Aktivisten wurde der Zugang zum Lehrberuf verwehrt, Hochschuldozenten wurden zum Mittelschullehrer degradiert oder aber Lehramtsstudierende wurden in abgelegenen Orten ohne Karriereaussichten eingestellt. Aus der Perspektive „Provinz" gepaart mit der Spezifik lehrerbildender Hochschulen ergab sich so ein innovativer Forschungsansatz, der neue Perspektiven eröffnen konnte.

Das Projekt „1968 – Schaltjahr zur Erinnerung"

Dieser Band ist hervorgegangen aus einem mehrjährigen Projekt (Laufzeit 2015–2018) der drei Hochschulen mit dem Titel „1968 – Schaltjahr zur Erinnerung", das vom Deutschen Akademischen Auslandsdienst (DAAD, Programmlinie Ostpartnerschaften) und von den drei Hochschulen selbst (Pädagogische Hochschule Heidelberg, Universität Olomouc, Universität Opole) gefördert wurde. Das spezifische Projekt stand in einer längeren Tradition der Kooperation dieser drei Hochschulen und der Projektpartnerinnen Bettina Alavi, Gabriela Cingelová und Małgorzata Świder. Sie hatten gemeinsam schon mehrere Projekte durchgeführt, z. B. „Zwangsmigration im Film"[11] oder „Vertreibung europäisch erinnern". Auch an das Projekt „1968 – Schaltjahr zur Erinnerung" schließt sich 2018–2021 ein bereits laufendes an: „Gedenktage trinational". Wichtig für die Tradition dieser Kooperation ist die kontinuierliche Arbeit an einem gemeinsamen Thema, das unterschiedliche Perspektiven einbezieht und zum Austausch anregt.

Das Projekt „1968 – Schaltjahr zur Erinnerung" sollte zur Internationalisierung der Lehrerbildung beitragen, indem aus den drei Ländern Deutschland, Polen und Tschechien Wissenschaftler aus dem Bereich der Lehrerbildung, Studierende mit dem Studienziel Lehramt Geschichte und Doktoranden mit fachlich-fachdidaktischer Ausrichtung an einem länderübergreifenden Thema zusammenarbeiten und gemeinsame Ergebnisse publizieren.[12]

Die drei Hochschulen waren durchaus in die Ereignisse um 1968 involviert – allerdings nicht in deren Zentrum, sondern an der Peripherie. Dieser Blick aus und auf die Peripherie sollte geschärft werden, indem gefragt wurde, welche mit 1968 in Zusammenhang stehenden Ereignisse in der Hochschulprovinz stattfanden, welche Wechselwirkungen sich mit den

[11] Bettina Alavi (Hrsg.): Zwangsmigration im Film. Der Zweite Weltkrieg in deutscher, polnischer und tschechischer Spiegelung. Heidelberg: Mattes 2015. (Diskurs Bildung. Schriftenreihe der Pädagogischen Hochschule Heidelberg. Bd. 58)

[12] Ein Ergebnis ist der vorliegende Band, ein anderes Ergebnis das im Internet zugängliche WIKI http://1968.zum.de/wiki/Hauptseite.

Zentren ergaben und welche Auswirkungen die Ereignisse auf die Akteure hatten. Auch in Opole, ca. 350 km von Warschau entfernt, gab es studentische Demonstrationen, die auf die Ereignisse in der Hauptstadt reagierten. Die Protagonisten hatten mit Sanktionen zu rechnen, die sie im Nachhinein meist stärker noch betrafen als ihre bekannteren Kommilitoninnen und Kommilitonen in Warschau. In Olomouc (ca. 280 km von Prag und 200 km von Bratislava entfernt) waren die Okkupanten nur zu präsent: In der heutigen pädagogischen Fakultät der Universität Olomouc richteten sich damals die sowjetischen Militärs ein. In Heidelberg, ca. 630 km von Berlin und ca. 90 km von Frankfurt entfernt, gab es um 1968 sehr massive studentische Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg[13] und Aktionen wie Institutsbesetzungen, Teach-Ins und studentische Eierwürfe auf den Rektor der Universität, zu denen bereits einige regionalgeschichtliche Veröffentlichungen vorliegen.[14] Diese thematisieren aber nur die Universität Heidelberg und nicht die Pädagogische Hochschule Heidelberg mit damals ca. 3500 (in der Mehrzahl weiblichen) Studierenden, um die es hier gehen soll.

Das Gedenkjahr 2018 gab im Abstand von 50 Jahren einer neuen Generation von Lehramtsstudierenden den Anlass, sich intensiv mit den Auswirkungen auf ihre lehrerbildende Hochschule und auf die (Lehramts-)Studierenden auseinanderzusetzen. In Deutschland war die Erinnerung an 1968 bis 2018 fast durchgängig dominiert von den (männlichen) studentischen Akteuren von damals, die ihre eigene 1968er-Geschichte bearbeiteten.[15] Die heutigen Studierenden wurden oftmals von Lehrern einer Generation unterrichtet, von denen sich viele als 68-er verstanden und die pädagogische Ideen wie Erziehung zu Selbständigkeit und Kritikfähigkeit, geschult an der „Kritischen Theorie“[16] und orientiert am Schlüsseltext „Erziehung zur Mündigkeit“ von Theodor W. Adorno, mit in die Schule brachten.[17] Zu einer dialogischen Auseinandersetzung über diese Ideen und ihre Umsetzung mit den nunmehr Lehramtsstudierenden ist es aber bisher nicht gekommen. Da die 68-er in Deutschland in Pension sind, besteht gerade im pädagogi-

[13] In Heidelberg befand sich damals das Hauptquartier der US-Army für Europa.

[14] Katja Nagel: Die Provinz in Bewegung. Studentenunruhen in Heidelberg 1967–1973. Heidelberg u. a. 2009; Dieter Hildebrandt: „... und die Studenten freuen sich!“. Studentenbewegung in Heidelberg 1967–1973. Heidelberg 1991.

[15] Vgl. z. B. Gerd Koenen: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977. Köln 2001; Wolfgang Kraushaar: 1968 als Chiffre, Mythos und Zäsur. Hamburg 2000.

[16] Karl Heinz Dammer / Thomas Vogel / Helmut Wehr: Zur Aktualität der Kritischen Theorie für die Pädagogik. Wiesbaden 2015; Meike Sophia Baader / Ulrich Herrmann (Hrsg.): 68 – Engagierte Jugend und Kritische Pädagogik. Impulse und Folgen eines kulturellen Umbruchs in der Geschichte der Bundesrepublik. Weinheim 2010.

[17] Meike Sophia Baader (Hrsg.): Seid realistisch, verlangt das Unmögliche. Wie 68 die Pädagogik bewegte. Weinheim 2008.

schen Bereich, insbesondere in der Schule Bedarf an einer kritischen und differenzierten Auseinandersetzung mit deren pädagogischen Ideen. Mit dem Projekt sollte den Studierenden und Doktorandinnen und Doktoranden die Möglichkeit gegeben werden, sich quellenbasiert und kritisch in die Deutung von 1968 einzumischen. Die Formulierung „1968 – Schaltjahr zur Erinnerung" bedeutete also auch, dass sich die Studierenden länderübergreifend diese Deutungshoheit nehmen sollten![18]

Aus diesem Projektkonzept ergaben sich Fragen, die an den drei Hochschulstandorten verfolgt wurden: Welche Auswirkungen hatte 1968 auf den jeweiligen Ort? Wie wurde 1968 im jeweiligen Ort rezipiert? Wie spiegelt sich 1968 heute in der lokalen Erinnerung? Welches Potenzial zur Erinnerung, zur kritischer Forschung und zum Austausch, auch trilateral und mit mehreren Generationen liegt in dem Thema „1968 – Schaltjahr zur Erinnerung"? Welche Deutungen formulieren die Studierenden und Doktorandinnen und Doktoranden der heutigen Lehramtsgeneration? Nicht alle Fragen konnten im Projektverlauf und im vorliegenden Band erschöpfend beantwortet werden. Konturen zur Beantwortung dieser Fragen sind aber allemal zu erkennen.

Zur Organisation des Projekts

Das Projekt hatte eine Dauer von vier Jahren. Jedes Jahr fanden zwei Arbeitstreffen statt zwischen den Wissenschaftlern, Studierenden und Doktoranden aus den drei Hochschulen. Projektsprache war deutsch. Ein Arbeitstreffen war jeweils in Heidelberg (2015, 2016, 2017), das andere entweder in Olomouc (2015, 2018) oder in Opole (2016). Diese Arbeitstreffen stärkten die Kontinuität der Projektarbeit und ermöglichten einen interpersonellen Austausch der Studierenden. Die Arbeitstreffen bestanden aus Projektpräsentationen der Studierenden über ihre zurückliegende Arbeit, aus Rundgängen zu 1968 vor Ort, an denen Fotos für das Wiki gemacht wurden, aus der Arbeit am Wiki (z. B. das Einfügen von Untertiteln in den drei Sprachen Polnisch, Tschechisch und Deutsch), aus Diskussionen mit Vergleichsaspekten über 1968 an den drei Orten und aus Teamsitzungen zur weiteren Planung des Projekts wie des Projektbandes. Die Arbeitstreffen schlossen mit einer Exkursion in die nähere Umgebung ab (z. B. Brno, Lambinowice, Speyer).

Die Dauer des Projekts über vier Jahre war nicht unproblematisch. In allen drei Ländern war es schwierig die Studierenden über einen längeren Zeitraum an das Projekt zu binden, so dass sich ein fließender Austausch

[18] Für den Deutungskampf um „1968" am Schreibtisch siehe Ingo Cornils: Writing the Revolution. The Construction of „1968" in Germany. Rochester 2016; Für die Deutungsmacht des Fernsehens Martin Stallmann: Die Erfindung von „1968". Der studentische Protest im bundesdeutschen Fernsehen 1977–1998. Göttingen 2017.

ergab. Hinzu kam, dass die Möglichkeit zur Platzierung des Projekts innerhalb des Curriculums sehr unterschiedlich war. In Deutschland war ein Seminarangebot zum Projekt unproblematisch, so dass die Studierenden an (abrechenbaren) Seminaren zu Teilthemen des Projekts (1968 in Heidelberg, Heidelberg und RAF, die pädagogischen Ideen der 68er Lehrerinnen und Lehrer) hinzukommen konnten. In Polen war die Projektteilnahme eine Zusatzaktivität, d. h. eine Einbindung ins Curriculum war nicht möglich. Daraus ergab sich im Projektverlauf, dass mehr Doktorandinnen und Doktoranden teilnahmen, die Projekterfahrung und eine Publikation „mitnehmen" konnten. Für die tschechischen Teilnehmer war die Verbesserung ihrer deutschen Sprachfertigkeit ein wichtiger Aspekt. Die Projektsprache Deutsch bedeutete, dass die polnischen und tschechischen Teilnehmer über sehr gute Deutschkenntnisse verfügen mussten. Generell geht aber die Sprachkompetenz für Deutsch in diesen Ländern zurück, so dass es überhaupt schwierig war Studierende und Doktoranden zu finden. Die Teilnehmenden aus Polen und Tschechien waren vor große sprachliche Herausforderungen gestellt. So war es schwierig und aufwändig die Zeitzeugeninterviews[19] ins Tschechische und Polnische zu übersetzen. In dieser Beziehung ergab sich also ein Ungleichgewicht in Hinblick auf ein ausgewogenes Engagement der nationalen Studierendengruppen. Die Studierenden kommunizierten untereinander auf Englisch und führten ihre Präsentationen z. T. auf Englisch vor. Leider sind polnische und tschechische Sprachkenntnisse in Deutschland wenig verbreitet, so dass diese Sprachen als Kommunikationsmittel ausfielen und die Hegemonialkonstruktion in Bezug auf die Sprache durch das Englische nur abgeschwächt werden konnte. Die thematische Arbeit in trinationalen Teams, der Austausch über das Studium in den verschiedenen Ländern, die Übernahme der Verantwortlichkeit vor Ort für die auswärtigen Studierendengruppen hat die Kompetenzen aller Teilnehmer gestärkt. Festzuhalten bleibt, dass der persönliche Kontakt trotz der möglichen medialen Kommunikation über das Wiki zentral blieb. Unterschiedliche Arbeitsweisen, unterschiedliche Zugänge zur Didaktik und verschiedene Perspektiven auf ein Thema lassen sich nach wie vor am direktesten und effektivsten im Kontakt face-to-face diskutieren.

Die Studierenden haben auf alle Fälle die Einsicht „mitgenommen", dass 1968 ein internationales Phänomen mit einer sehr unterschiedlichen natio-

[19] Zu den übersetzten Interviews siehe Interview mit Prof. Dr. Klaus Engelhardt unter http://1968.zum.de/wiki/Zeitzeugeninterview:_Die_Studentenbewegung_aus_Sicht_des_ehem._Rektors_Engelhardt, sowie das Interview mit Prof. František Mezihorák unter http://1968.zum.de/wiki/Gespr%C3%A4ch_mit_dem_Zeitzeugen. Nicht übersetzt sind die Interviews mit dem ehemaligen Studierenden: Wolfgang Merseburger http://1968.zum.de/wiki/Zeitzeugeninterview:_Wolfgang_Merseburger und dem Ehepaar Fast (bitte dem Youtube-Link folgen).

nalen Ausprägung darstellte.[20] Die Studierenden und Doktoranden haben wahrgenommen, dass 1968 nicht nur National- oder Regionalgeschichte bedeutet, sondern im europäischen Kontext zu sehen ist. Sie haben sich Kenntnisse über die Spezifik von 1968 in den anderen Ländern erarbeitet, haben unterschiedliche „Gesichter" von 1968 und auch unterschiedliche Langzeitwirkungen kennen gelernt. Den studentischen Akteuren von damals waren anschließend sehr unterschiedliche Lebenswege und Karrieren möglich. In Polen hatten die studentischen Aktivisten Repressionen zu erleiden, blieben aber gleichwohl wie z. B. Adam Michnik in der Opposition, arbeiteten bei Solidarność mit und gestalteten maßgeblich das postkommunistische Polen. Solche Aktivisten gab es auch in der Hochschulstadt Opole. In Deutschland waren vergleichbare Repressionen und Lebensbrüche selten. Viele Aktivisten von 1968 machten anschließend eine erstaunliche Karriere, wenn man z. B. an Joschka Fischer denkt, der es bis zum Außenminister in der rot-grünen Koalition unter Gerhard Schröder schaffte. Dies traf aber nicht auf die Studierenden zu, die unter den sog. Radikalenerlass fielen. Dieser betraf aber gerade die in provinzieller Beschaulichkeit studierenden Lehramtsstudierenden mindestens genauso wie die in Berlin. Insgesamt aber haben viele 68er eher in den staatlichen Institutionen Karriere gemacht und erneuerten die Bundesrepublik mit. Dadurch haben die Studierenden erkannt, dass 1968 sehr Unterschiedliches bedeutete und die Deutung der Geschehnisse von der jeweiligen Involviertheit der Person abhängig sein konnte.

Zur didaktischen Dimension des Projekts

Bei dem Projekt „1968 – Schaltjahr zur Erinnerung" handelte es sich auch um ein didaktisches Experiment: Zum einen recherchierten Studierende in Archiven und führten Zeitzeugeninterviews. Ihre historische Analyse legten sie in einem Beitrag dar, der inhaltlich und sprachlich wissenschaftlichen Ansprüchen genügen und publikationsreif sein sollte. Zum anderen sollte ein mehrsprachiges Wiki die Projektergebnisse und den Projektverlauf dokumentieren.[21] Die Entscheidung parallel zum Projektverlauf ein Wiki aufzubauen, basierte auf fachdidaktischen Überlegungen und empirischen Ergebnissen. Dabei spielte auch eine Rolle, dass von der Politik verstärkt die Digitalisierung der Lehrerbildung gefordert wird, ohne dass aber insgesamt klar erscheint, was damit gemeint ist und was der Beitrag der verschiedenen Fächer darstellen könnte. In diesem Projekt wurde unter einem Schritt hin zur Digitalisierung der Lehrerbildung im Fach Geschichte die Auseinandersetzung mit einem selbst erstellten Wiki verstanden, das in Form der

[20] Norbert Frei: 1968. Jugendrevolte und globaler Protest. München 2008.
[21] http://1968.zum.de/wiki/Hauptseite.

Wikipedia von Schülern und Studierenden vielfältig genutzt wird – allerdings meist als Konsumenten der Inhalte, nicht als aktive Autoren. Im Umfeld des historischen Lernens spielt die Wikipedia insofern eine Rolle, als dass sie häufig – und nicht nur bei Schülern – der erste Zugriff auf historische Inhalte zu sein scheint. Gleichzeitig formt der dokumentarisch deskriptive Stil des Wikis eine spezifische Art von Narration, die gerade nicht dem analytisch-problemorientierten Sprachstil von Historikern entspricht. Diese Art der Narration prägt die Konsumenten, die sich dann eine historische Darstellung genau so vorstellen. Zumindest im schulischen Umfeld werden die Wikipedia-Artikel oft als gesetzt „objektiv" und wahr angesehen, was eine (quellen-) kritische Überprüfung unnötig erscheinen lässt. Über deren Entstehungsweise, ihre Autoren,[22] ihre verschiedenen Versionen und über die Grenzen der Wikipedia-Artikel ist gerade Schülern meist nichts bekannt.[23] Aus empirischen Studien wissen wir, dass Schüler Abschnitte aus verschiedenen Artikeln kopieren und neu zusammensetzen und sich als Autoren dieser Zusammensetzung von Fremdabschnitten ansehen.[24] Copy und Paste wird in dieser Vorstellung zur Mechanik der Herstellung geistigen Eigentums, die eigentliche Rechtefrage im Sinne von Urheberschaft wird gar nicht zur Kenntnis genommen, auch wenn diese in der Realität zunehmend rigider geregelt wird und gerichtliche Konsequenzen bedeuten kann. In diesem didaktischen Experiment sollten Studierende deshalb selbst ein Wiki erstellen, um die fachdidaktisch-theoretische Diskussion in Seminaren auch durch einen eigenen Erfahrungsgehalt anzureichern und für die spezifische Problematiken des Wiki (Narration, Rechtefrage) zu sensibilisieren.[25] Dies gilt

[22] Vgl. zu den Autoren der Wikipedia die interessante Untersuchung von Manuel Altenkirch: Situative Erinnerungskultur. In: Marko Demantowsky / Christoph Pallaske (Hrsg.): Geschichte lernen im digitalen Wandel. Berlin u. a. 2015, S. 59–76.

[23] Hodel, Jan: Wikipedia und Geschichtslernen. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht. 63. Jg. (5/6) 2012. S. 271–284. Wikipedia. Themenheft der Zeitschrift Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 5/6, 2012; Marko Demantowsky / Christoph Pallaske (Hrsg.): Geschichte lernen im digitalen Wandel. Berlin 2015; Wolfgang Buchberger / Christoph Kühberger / Christoph Stuhlberger (Hrsg.): Nutzung digitaler Medien im Geschichtsunterricht. Innsbruck u. a. 2015.

[24] Hodel, Jan: Narrative Bricolage. Jugendlicher Umgang mit digitalen Netzmedien zur Bewältigung des „narrativen Paradox" von Neu-Nacherzählungen. In: Demantowsky, Marko / Pallaske, Christoph (Hg.): Geschichte lernen im digitalen Wandel. Berlin 2014, S. 17–33; Hodel, Jan: Verknüpfen und Verkürzen, Geschichte als Netz narrativer Fragmente. Wie Jugendliche digitale Netzmedien für die Erstellung von Referaten im Geschichtsunterricht verwenden. Bern 2013.

[25] Tantner, Anton: „Wikipedia und Weblogs in der universitären Lehre." In: Digital Humanities: Praktiken der Digitalisierung, der Dissemination und der Selbstreflexivität, Hrsg. Wolfgang Schmale, Stuttgart 2015, S. 45–56; Tantner, Anton: (Vor-) Wissenschaftlich Recherchieren mit Wikipedia? In: Public History Weekly 6 (2018) 25, DOI: dx.doi.org/10.1515/phw-2018-12317. (Aufgerufen 20. 12. 2018)

insofern noch als ein Testfall für die Internationalisierung der Lehrerbildung als die Studierenden länderübergreifend am Wiki gearbeitet haben und sich gegenseitig unterstützen mussten. Als eine Erkenntnis aus dem didaktischen Experiment schälte sich heraus, dass zwar mehr Studierende in das Wiki involviert waren als in den Tagungsband, dass die Intensität der Beteiligung sowohl qualitativ als auch quantitativ viel geringer war.

Zum Wiki

Unter http://1968.zum.de/wiki/Hauptseite kann das Wiki aufgerufen werden, welches parallel zum Projekt entstand. Es wurde angebunden an eine nicht kommerzielle bildungsbezogene Plattform, der „Zentrale für Unterrichtsmedien im Internet e.V." (www.zum.de). Am Wiki konnten sich viel mehr Studierende beteiligen als am vorliegenden Band: Die Beiträge sind überschaubarer und können in der Seminarzeit oder bei den Arbeitstreffen entstehen, da ein Wiki sukzessive aufgebaut werden kann. Die Studierenden lernten dabei die typische darstellende Sprache des Wiki und den technischen Umgang, was bei ihnen auch Kompetenzen für ihre Zeit als Lehrperson entwickelte. Zur Einarbeitung in die technische Umsetzung war jeweils eine Tutorin oder ein Tutor wichtig, die auch technisch schwierigere Tätigkeiten übernehmen konnte. So mussten alle relativ viele Befehle lernen, um Text-Hierarchien zu verdeutlichen, Gliederungen anzulegen etc. Während des Projektverlaufs konnte auch ein Problembewusstsein für die Veröffentlichungsrechte geschaffen werden: Fotorechte wurden in Archiven nachgefragt, die Zeitzeugen mussten die Freigabe ihrer Interviews schriftlich bestätigen und häufig wurden – wenn möglich – selbst Fotos gemacht, um die Frage der Rechte zu umgehen. Die schriftlichen Wiki-Beiträge sind in der Regel dreisprachig, so dass die Übersetzungsarbeit einen wichtigen Part bei den Arbeitstreffen darstellte, was aber insbesondere die tschechischen und polnischen Studierenden arbeitsmäßig sehr belastete. Auf dem Wiki findet sich jeweils dreisprachig die Ausarbeitung darüber, was 1968 in den jeweiligen Ländern bedeutete. Eine einheitliche Form oder Gliederung wurde nicht vorgegeben, da die Geschehnisse jeweils sehr unterschiedlich waren. Der deutsche Blogbeitrag gliedert 1968 in Deutschland, in Heidelberg, in seinen Auswirkungen auf pädagogische Ideen und auf die Pädagogische Hochschule Heidelberg. Da sich 1968 an der PH Heidelberg erst zeitversetzt zeigte und in Heidelberg Auswirkungen bis in die 1970er Jahre zu verzeichnen waren (Anschläge der RAF, Berufsverbote) dehnt sich der Heidelberger Bereich zeitlich bis in die Mitte der 1970er Jahre aus. Die Ereignisse in Polen und der Tschechoslowakei hingegen waren eng um 1968 zentriert. Auch hier wird der nationale Rahmen dargestellt, um dann auf die lokalen Spezifika zu fokussieren. Die deutschen und tschechischen Teilnehmer haben Interviews mit

ehemaligen Studierenden und Lehrenden geführt. Diese Interviews sind im Wiki mit einem Youtube-Link aufrufbar und mit den jeweiligen Untertiteln zu sehen, worin ein erheblicher (wenn auch der einzige) „Mehrwert" zum Projektband besteht. Es ist interessant zu sehen, wie ehemalige engagierte Studierende, vom Berufsverbot Betroffene, ehemalige Dozentinnen und Dozenten im Nachhinein „ihr" 1968 beschreiben und deuten. Den polnischen Teilnehmer lagen schon transkribierte Interviews vor, so dass diese Gruppe keine eigenen Interviews führen musste. Für die Studierenden war die Erfahrung der Vorbereitung auf und des Führens von Zeitzeugeninterviews eine sehr eindringliche Erfahrung während ihres Studiums, besonders da sie sich sehr intensiv in die 1968er Zeit eingearbeitet hatten und ihnen viel Quellenmaterial aus Archiven vorlag. Mit Blick auf das vorliegende Wiki sei darauf verwiesen, dass seine enzyklopädisch ausgerichtete Form für ein problemorientiertes Projekt nicht optimal ist. Der darstellende Duktus widerspricht geradezu dem Projektanliegen, sich eine eigene Deutung von 1968 zu erarbeiten und zu präsentieren. Allerdings war die Möglichkeit überhaupt öffentlich zu schreiben für viele Projektteilnehmer ein Anreiz und die schriftliche Form des Wiki überforderte nicht. Insgesamt kann man aber sagen, dass das Wiki den vorliegenden Band in keinster Weise ersetzen kann. Die quellenbasierte und kritische, sprachlich angemessen gefasste Analyse einer Fragestellung ist nur in längeren schriftlichen Beiträgen möglich. Auch die Face-to-Face-Kommunikation der Arbeitstreffen war nicht elektronisch per Wiki herzustellen.

Zum Entstehen der Beiträge im Band

Die Beiträge des Bandes konzentrieren sich alle auf die jeweilige Hochschule und den Hochschulstandort. Sie sind lokalgeschichtlich konturiert, ohne die nationalen Ereignisse aus dem Blick zu lassen. Gleichwohl ergeben sich unterschiedliche Fokussierungen: Die Heidelberger Beiträge erforschen die Geschichte der Pädagogischen Hochschule Heidelberg um 1968 bis ca. 1975. Diese zeitliche Ausweitung hat sich ergeben, da die Studentenbewegung erst mit Verspätung auch auf diese lehrerbildende Hochschule überschwappte. Die Studierenden forschten hauptsächlich mit Archivquellen (meist aus dem Generallandesarchiv in Karlsruhe) und mit selbst geführten Zeitzeugeninterviews die Geschichte „ihrer" Hochschule, zur Geschichte der Hochschule um 1968 selbst lag kaum Literatur vor.[26] Die Studierenden haben sich ihre Themen, wie z. B. die Auswirkungen des „Radikalenerlasses", selbst gesucht und

[26] Pädagogische Hochschule Heidelberg (Hrsg.): Ein langer Weg zu einer forschungsbasierten Bildungswissenschaftlichen Hochschule. Einblicke in 100 Jahre Lehrerbildung in Heidelberg. Heidelberg 2004.

haben diese z. B. durch die Zeitzeugensuche sehr aktiv voran getrieben. Dabei wurden ihnen Zeitzeugen zugänglich, die zum ersten Mal über ihre Erfahrungen in einem Zeitzeugeninterview sprachen: Damals politisch aktive Studentinnen und Studenten, die mit Berufsverbot belegt wurden,[27] Studenten, die auf eine lange Schulkarriere zurückblickten, eine damals jung berufene „frauenbewegte" Professorin und ein Dozent aus dem Fach Kunst.[28] Die Studierenden haben sich sehr um Mehrperspektivität und Problemorientierung bemüht. Ausdruck dessen ist das lange Interview mit dem damaligen Rektor der Hochschule,[29] den das Interview dazu angeregt hat, seine Lebenserinnerungen zu publizieren.[30] Aus den Beiträgen haben sich noch andere weiterführende Aktivitäten entwickelt: Die Studierenden beteiligten sich aktiv an der Eröffnungsveranstaltung einer Ausstellung über die Berufsverbote und gaben in diesem Zusammenhang ein Radiointerview. Für die beteiligten Studierenden war die Erforschung der eigenen Hochschule und des eigenen „Berufsstandes" eine große inhaltliche Motivation zum Verfassen ihrer Beiträge.[31]

Die tschechischen Beiträge sind auf zwei begrenzt, da es hier schwer war, Studierende längerfristig in Seminare einzubinden. Die beteiligten Studierenden arbeiteten am Wiki mit, hatten aber für längere schriftliche Beiträge keine Kapazitäten. So zeigen die tschechische Projektleiterin und eine Doktorandin, welche Auswirkungen auf Personen der Hochschule in unterschiedlichen Positionen (Student und wissenschaftlicher Mitarbeiter) und auf die Stadt der Prager Frühling, der Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes und die Zeit der „Normalisierung" hatte. Sie stützen sich auf zwei Zeitzeugeninterviews, von denen eines ebenfalls über das Wiki einsehbar ist. Die Transkription beider Interviews ist in diesem Band mit abgedruckt.

Die polnischen Beiträge untergliedern sich in einen fachlichen und einen fachdidaktischen Teil. Hier haben Studierende und Doktoranden mitgearbeitet, denen Quellen und Interviews vorlagen, die sie intensiv bearbeiteten. Ihre Themen haben sie z. T. selbst gesucht, z. T. auf Beratung hin formuliert. Der fachliche Teil wurde von Małgorzata Świder betreut, der fachdidaktische von Dr. Anna Golebiowska/Universität Opole, der an dieser Stelle für ihr großes Engagement herzlich gedankt sei: Unter ihrer Anleitung arbeiteten

[27] Vgl. https://www.youtube.com/watch?v=fzzoxGjQAuM, aufgerufen 12. 11. 2018.

[28] Diese Interviews liegen als Transkription vor, können aber aus Platzgründen nicht mit abgedruckt werden.

[29] Das Interview kann online eingesehen werden unter http://1968.zum.de/wiki/Zeitzeugeninterview:_Die_Studentenbewegung_aus_Sicht_des_ehem._Rektors_Engelhardt, (aufgerufen 21. 11. 2018)

[30] Ulrich Beyer, Hans Georg Ulrichs (Hrsg.): Anvertrautes. Klaus Engelhardt im Gespräch. Stuttgart 2018.

[31] Die Doppelautorschaft zwischen vier Studierenden und mir ergab sich auf deren ausdrücklichen Wunsch, u. a. wegen der intensiven, auch inhaltlichen Redaktion.

Studierende zu der Repräsentanz von 1968 in den polnischen Lehrplänen und Schulbüchern, aber auch im Geschichtsbewusstsein heutiger Studierender in Opole. An der Universität Opole war das Projekt eine Anregung, um eine weitere Publikation herauszugeben. In dieser von Anna Gołębiowska und Małgorzata Świder herausgegebenen Publikation werden Unterrichtsbeispiele vorgestellt und erläutert, so dass die regionalen Ereignisse von 1968 in Opole auch direkt von Lehrerinnen und Lehrern in den Geschichtsunterricht eingebracht werden können.[32]

Zu den Beiträgen im Band

Die Beiträge dieses Bandes sind nach den beteiligten Ländern geordnet. Diese Sortierung ergab sich aus der doch sehr spezifischen Geschichte(n) in den verschiedenen Ländern, die alle unter dem „Label" 1968 subsumiert werden. So bewegen sich fast alle Beiträge in der eigenen Hochschulstadt, deutliche Verbindungen ergeben sich nur im Beitrag von Zbigniew Bereszyński, der den Prager Frühling aus der Perspektive des Oppelner Schlesiens untersucht.

Eine Erfahrung der Projektzusammenarbeit war, dass die Teilnehmer ihre Nationalgeschichte bei den anderen Projektteilnehmern voraussetzen. Die Ereignisse 1968 in Polen und in der Tschechoslowakei sind vielen Deutschen nur sehr rudimentär bekannt. Für die tschechischen Teilnehmer aber war ein Aufsatz, der sich mit den lokalen Auswirkungen von 1968 beschäftigt, ohne Probleme in einen nationalen Rahmen einzufügen. Auch die deutschen Teilnehmer meinten, dass der Generationenkonflikt, die Forderung nach Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, die Studentenrevolte etc. bekannt sein müssten. Die Erinnerung und die Kenntnisse sind immer noch sehr national geprägt. Aus diesem Grund eröffnet ein kurzer Abriss des Verlaufs der Ereignisse 1968 international und auf die Länder Bundesrepublik Deutschland, Polen und Tschechoslowakei von **Małgorzata Świder** diesen Band. Da dieser Band drei Länder und deren spezifische Ausformung von 1968 fokussiert, liegt darauf auch der Schwerpunkt ihres Beitrages.

Die polnischen Beiträge

Mariusz Patelski gibt einleitend in den „polnischen Teil" detaillierte Informationen zu den Ereignissen in Opole, die zeigen, dass die Protestwelle aus Warschau und Krakau auch auf diese Universitätsstadt überschwappte. Die Studierenden griffen die Proteste gegen die Absetzung des Theaterstückes „Dziady" auf und solidarisierten sich mit ihren Kommilitonen. Auch wenn

[32] Gołębiowska Anna, Świder Małgorzata (*red.*): Wydarzenia Marca 1968 roku w pamięci i edukacji historycznej, 2017, Wydawnictwo Uniwersytetu Opolskiego.

die studentischen Aktionen verglichen mit den Zentren zeitlich und örtlich begrenzter waren (Plakataktion, Besetzungsstreik), führte die konsequente „Nacharbeit“ durch die Behörden ebenfalls zu deutlich spürbaren negativen Auswirkungen auf Personen (Relegationen, Entlassungen) und auf inhaltliche Veränderungen des Studiums durch Einführung von neuen Studienelementen zur ideologischen Erziehung.

Marzena Lezak wirft einen vertiefenden Blick auf die studentischen Aktivisten und deren Bestrafung durch Partei und Staat. Es wird dabei deutlich, dass die jüdischen Beteiligten unter noch verstärkteren Repressionen zu leiden hatten. Die Gruppe der 68er lässt sich teilen in eine, die sich anschließend auf das Privatleben und den Beruf konzentrierte und eine andere, die politisch oppositionell weiterarbeitete und maßgeblich an den Umwälzungen von 1989 beteiligt war.

Dominik Marcinkowski geht auf *einen* studentischen Aktivisten aus Opole ein. Er stellt das Leben von Kazimierz Kobiałko vor, der am Ende seines Studiums am Streik an der Pädagogischen Hochschule Oppeln beteiligt war, diesen aber kompromissbereit abbrechen wollte. Gleichwohl wurde er bis 1989 im beruflichen Werdegang sanktioniert und blieb nach 1989 auf regionaler Ebene politisch aktiv ohne Karriere machen zu wollen.

Damian Brzóska erläutert einen lange verschwiegenen Fall einer Selbstverbrennung in Polen, bevor der Protest von Jan Palach weltweit Aufsehen erregte. Hier wird deutlich, wie wichtig die Rolle von freien Medien ist, um individuellen und verzweifelten Protest gegen politische Verhältnisse auch wirksam werden zu lassen. Gleichzeitig zeigt er, dass solche Taten nach 1989 völlig neu bewertet wurden und nun Teil einer Erinnerungslandschaft an die Zeit des Kommunismus in Polen darstellen.

Zbigniew Bereszyński hebt uns ins Gedächtnis, dass die polnische Armee 1968 an der Invasion der Tschechoslowakei beteiligt war. Er bürstet offizielle Dokumente des kommunistischen Parteiapparates gegen den Strich und kann so an vielen Beispielen zeigen, dass die Grenzbevölkerung und Bewohner der Wojewodschaft Opole viele Sympathien für den Prager Frühling hegten und mit der polnischen Beteiligung an der Invasion nicht immer einverstanden waren.

Maria Reisky arbeitet in ihrem Beitrag heraus, dass die Veranstaltungen und Zeitschriftenartikel zum 50. Jahrestag der Märzereignisse in Polen 2018 einen deutlichen Fokus auf die damalige antisemitische Hetzjagd legten, was in engem Zusammenhang mit dem kurz zuvor verabschiedeten IPN-Gesetz stand, das die Äußerung einer polnischen Teilnahme am Holocaust unter Strafe stellte. Eine Folge dieses Gesetzes war eine neue Lesart von 1968: Die „Kommunisten“ wurden jetzt nicht mehr zum polnischen Volk gezählt, wurden quasi von diesem separiert. Diese Kommunisten sollen die polnischen

Juden 1968 zur Emigration gezwungen haben. Das Jubiläum 2018 war also stark von geschichtspolitischen Ereignissen bestimmt.

Im folgenden didaktischen Teil der polnischen Beiträge analysiert **Katarzyna Kaczmarek** polnische Lehrpläne und Geschichtsschulbücher der Jahre 1970 bis 1999 auf deren Repräsentanz der März-Ereignisse von 1968. Daran kann sie exemplarisch die Abhängigkeit von politischen Rahmenbedingungen in einer sich stark im Wandel befindlichen Zeit zeigen. Erst nach 1990 konnten die Lehrkräfte selbstgestaltend und umfangreich auf die März-Ereignisse eingehen.

Piotr **Zawadzki** analysiert aktuelle Geschichtsschulbücher bis 2015 und stellt fest, dass sich Unterschiede besonders in der Repräsentanz der antijüdischen Kampagne um 1968 finden, da einige Schulbücher diesen wichtigen Aspekt des polnischen 1968 nicht oder nur am Rande thematisieren.

Bartosz **Pawlak** zeigt in einer eigenen kleinen Umfrage unter den Studierenden der Universität Opole (außer Geschichtsstudierenden), dass bei ihnen die März-Ereignisse von 1968 in Polen nur mäßig verankert sind. Bruchstücke sind vorhanden, aber keine durchgängige Narration. Pawlak führt dies auch auf die Konstruktion des Geschichtslehrplans zurück.

Die tschechischen Beiträge

Gabriela Cingelová untersucht lokalhistorisch den Aufbruch in Olomouc 1968 und die Folgen der Okkupation – insbesondere auch für die Universitätsangehörigen. Hier wird deutlich, dass der Protest in der Tschechoslowakei nicht nur auf die Hauptstädte konzentriert war, sondern das ganze Land umfasste. Am Beispiel zeigt sie, was der Aufbruch konkret bedeutete und dass die Folgen der Normalisierung auch in der Provinz deutlich spürbar waren. Für viele bedeutete dies eine Unterbrechung der Hochschulkarriere bis 1989.

Vanda Vaníčková kontrastiert die Erinnerungen eines im Jahre 1968 in Olomouc im Studium befindlichen jungen Menschen mit denen eines Assistenten, der gerade seine Promotion abgeschlossen hatte. Sie sehen sich beide als aktive Teilnehmer am Prager Frühling. Mit den für sie entstandenen beruflichen Folgen sehen sie sich durch die politische Entwicklung und ihre berufliche Karriere nach 1989 versöhnt. Für beide ist 1968 auf einer geraden Linie zu 1989 einzuordnen.

Die deutschen Beiträge

Die deutschen Beiträge ermöglichen einen Blick in den Mikrokosmos Pädagogische Hochschule Heidelberg und zeigen, dass die Impulse von 1968 auch in den folgenden Jahren nachhaltig wirkten. Gründe hierfür sind zum einen die Dominanz der Universitätsstudierenden und die länger dauernde

Transformation der pädagogischen Ideen der 68er in die Fächer und Inhalte der PH hinein. Dann aber zeigten sich für die politisch aktiven Lehramtsstudierenden schnell die Auswirkungen des sog „Radikalenerlasses", der sie mit einem Berufsverbot bedrohte. Für die heutigen Lehramtsstudierenden war die starke Polarisierung zwischen den Lehrenden und Studierenden sowie der Politisierungsgrad erstaunlich. Die Autorinnen haben für ihre Beiträge die vorher im Projekt entstandenen Zeitzeugeninterviews genutzt, z. B. das mit dem ehemaligen Rektor Prof. Dr. Klaus Engelhardt, das auch auf dem Wiki verlinkt ist. Er wurde aber vertiefend nochmals interviewt, daneben wurden auch weitere Interviews geführt. Das Interview mit einer Gruppe ehemaliger Studierender, die Berufsverbote bekamen und heute für ihre Rehabilitierung kämpfen, ist auf youtube einzusehen. (Berufsverbote PH Heidelberg, z. B. https://www.youtube.com/watch?v=uC-0wQWlzf8). Weitere Interviews wurden mit Ingeborg Vincon, einer ehemaligen Professorin des Faches Deutsch und zwei ehemaligen Studentinnen geführt. Diese Interviews sind nicht veröffentlicht, Transkripte liegen vor, konnten aber aus Platzgründen nicht mit veröffentlicht werden. Die Studentinnen haben für ihre Beiträge intensiv im Generallandesarchiv in Karlsruhe geforscht. Die Archivalien waren zur Zeit der Bearbeitung vom Archiv noch unerschlossen, so dass eine genaue Nummerierung der Archivalien nicht möglich war.

Bettina Alavi / **Anna-Lena Mohr** untersuchten quellengesättigt und am Beispiel eines Prozesses zweier Lehrender gegen einen Studierenden und ASTA-Vorsitzenden, inwiefern die NS-Aufarbeitung an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg während der Studentenbewegung eine Rolle spielte. An diesem Fall wird en detail ein national spezifischer Aspekt der 68er Bewegung in der Provinz rekonstruiert. Sie macht deutlich, dass der Vorwurf der Involviertheit der Lehrenden in den Nationalsozialismus vom Gericht nicht geklärt wurde und der Freispruch des Studierenden auf „formalen" Gesichtspunkten wie des (nicht möglichen) Nachweises seiner redaktionellen Verantwortlichkeit basierte.

Bettina Alavi / **Elora Märtsch** untersuchten eine für Lehramtsstudierende äußerst relevante Reaktion der staatlichen Behörden auf die Studentenbewegung: Die Regelanfrage beim Verfassungsschutz, die in ein Berufsverbot münden konnte. Sie interviewte damalige Studierende, die von Berufsverboten betroffen waren und kontextualisiert ihre Aussagen mit Archivalien und einem Interview mit dem damaligen Rektor. Daraus ergibt sich ein dichter Einblick in die damalige Praxis und Relevanz drohender Berufsverbote auf Lehramtsstudierende.

Die folgenden beiden Beiträge fokussieren auf die neue Frauenbewegung und deren Ausformung bei den Studentinnen der PH Heidelberg. **Bettina Alavi** / **Melanie Schweizer** näherten sich eher quantitativ, indem sie Sta-

tistiken, Wahlzeitungen und Flugblätter auswerteten und die Ergebnisse von den Zeitzeuginnen kommentieren ließen. **Bettina Alavi** / **Melissa Carrera Pinto** näherten sich eher qualitativ und arbeiteten heraus, dass die sozialisatorische Prägung der Frauen durch ein hierarchisch dem Mann unterstelltes Frauenbild die Studentinnen einerseits beschränkte, andererseits aber das Bestreben nach Emanzipation durch Engagement in Hochschul- und Frauengruppen, durch neue pädagogische Ideen und ein auf selbstversorgende Berufstätigkeit ausgerichtetes Lehrerinnenbild dieses überkommene Frauenbild veränderte.

Kathrin Nicklas untersucht die Auswirkungen der ästhetischen Erziehung als kunstpädagogische Idee von 68ern wie Hartmut von Hentig auf das Studium des Fach Kunst an der Pädagogischen Hochschule. Im Fachfokus werden inhaltliche Umstrukturierungen greifbar, die die Wirkungen von 68 – z. B. die Politisierung der Kunst durch Betonung derer gesellschaftlicher Einflüsse – aber auch deren Grenzen – z. B. die mangelnde Konkretisierung für die (Schul-)Praxis – verdeutlichen. Das Zeitzeugeninterview mit dem ehemaligen Kunststudenten konnte nicht aufgenommen werden, außerdem nicht die zeittypischen Flugblätter der Studierenden der PH.

Insgesamt ist damit ein Band entstanden, der den Blick auf und aus der Provinz der drei Länder schärft. Die Wahrnehmung der länderspezifischen Besonderheiten von 1968 ist unter den Teilnehmern gestiegen, auch die Bereitschaft die nationale Perspektive zu überschreiten. Gleichwohl war das Interesse an der Aufarbeitung der „eigenen" Geschichte ungleich höher als die Bereitschaft Querlinien wie die Wahrnehmung des Prager Frühlings in Opole *und* Heidelberg zu bearbeiten. Dies ist aber auch dem Kreis der Teilnehmer geschuldet, die in ein enges Studien- oder Doktorandenprogramm eingebettet waren. Gleichzeitig bildet die Parallelität des Unterschiedlichen auch die Blockbildung der Nachkriegszeit ab und zeigt, dass Reformen unter diesen Prämissen völlig unterschiedlich verstanden werden können und einen sehr unterschiedlichen politischen Handlungsrahmen gestalten.

Małgorzata Świder

1968 – das Jahr, in dem die Jugend die herrschenden Verhältnisse in Frage stellte Eine Einleitung

Es gibt nur wenige Daten und Ereignisse, die sowohl für die Völker des ehemaligen Ostblocks als auch der ganzen demokratischen Welt symbolisch sind. Ohne Zweifel ist ein solches Datum das Jahr 1968, als durch Europa, auf beiden Seiten des Eisernen Vorhang sowie durch andere Länder und Kontinente Wellen von Protesten, Demonstrationen und Revolten fegten. Von der Reichweite dieses Phänomens zeugt die Forschung von Ronald Inglehart, der Beispiele aus 40 unterschiedlichen Länder anführte, in denen es zur Veränderung kultureller Werte unter dem Einfluss von Ereignissen aus dem Jahr 1968 kam.[1] Sie waren u. a. Ausdruck eines Generationenkonflikts, der praktisch auf allen Kontinenten sichtbar wurde, wo sich der Ruf ausbreitete: „Mehr Freiheit!"[2] Freiheit forderten vor allem junge Menschen. Das war eines der gemeinsamen Elemente aller Proteste: das Alter ihrer Teilnehmer – zum Kampf gegen die alte Ordnung standen Jugendliche und junge Erwachsene, insbesondere Studenten auf. Das zentrale Schlagwort dieser Zeit war: „Traue keinem über 30."[3]. Im Jahr 1968 waren die Universitäten überfüllt mit jungen Menschen aus der Generation der geburtenstarken Jahrgänge der Nachkriegszeit. Diese jungen Leute hatten keinen Krieg kennen gelernt, wuchsen im relativen Wohlstand auf, ihnen gefiel die Welt nicht, die von ihren Eltern und Großeltern geschaffen worden war und solche jungen Menschen gab es sehr viele[4]. Die revolutionäre Welle kann also als „jugendliche Kontestation" bezeichnet werden. Tony Judt, der bekannte englische Historiker, schrieb dazu autobiographisch: „Ich war in einer Epoche des Wohlstands, der Sicherheit und des Komforts aufgewachsen, und darum habe ich,

---

[1] R. Inglehart, *Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt*, Frankfurt a. M.-New York 1989.

[2] K. Pytko, *Co nam zostawił rok 1968. W 40. rocznicę pokoleniowej rewolucji przedstawiamy 40 pozostawionych przez nią trwałych śladów*, [Was ist uns vom Jahr 1968 geblieben. Zum 40. Jahrestags der Generationenrevolution stellen wir 40 Spuren vor, die dauerhaft von ihr geblieben sind] http://www.focus.pl/czlowiek/co-nam-zostawil-rok-1968-4139, aufgerufen 21. 10. 2018.

[3] Mehr zum Generationenkonflikt in der Bundesrepublik Deutschland siehe: *A. Schildt, Rebellion und Reform. Die Bundesrepublik der Sechzigerjahre, Bonn 2005.*

[4] A. Czubiński, *Historia powszechna XX wieku*, [Allgemeine Geschichte des 20. Jh.], Poznań 2003, S. 565.

nachdem ich im Jahr 1968 zwanzig Jahre alt geworden war, rebelliert. Wie viele aus der Generation der geburtenstarken Jahrgänge war ich Konformist in meinem Nonkonformismus"[5].

Das Apogäum dieses schärfsten Generationenkonflikts in der Neuzeit erfolgte im Westen im Mai 1968, als auf den Straßen von Paris Barrikaden errichtet wurden und Straßenkämpfe ausbrachen. Studenten besetzten Gebäude von Universitäten, darunter die Sorbonne, rebellierende junge Arbeiter brachten Fabriken unter ihre Kontrolle, u. a. die riesigen Renault-Werke. Nach einigen Tagen der Auseinandersetzungen waren etwa Tausend französischen Polizisten und Demonstranten verletzt. Doch eigentlich begann das Infragestellen der damaligen Ordnung weder im Mai 1968 noch im Jahr 1968 noch in Frankreich. Es entwickelte sich ab Mitte der 1960er Jahre, als junge Menschen gegen den Krieg in Vietnam, den amerikanischen und den sowjetischen Imperialismus, gegen die alte Ordnung in der Welt protestierten[6]. Die Proteste dauerten noch in den 1970er Jahren an, als es den neuen gesellschaftlichen Bewegungen gelungen war, die Strukturen und Verhältnisse vieler Gesellschaften tiefgehend zu verändern.

Der überall wiederholte Slogan *make love not war* wurde zur Inspiration und zum Motto einer ganzen (jungen) Generation, die nicht nur eigene gesellschaftliche und politische Erwartungen artikulierte, sondern auch aktiv für deren Verteidigung eintrat, z. B. durch Anti-Kriegs- und Anti-Diskriminierungs-Proteste, was nicht selten zur Konfrontation mit dem Machtapparat führte[7]. Bis zum heutigen Tag faszinieren und inspirieren diese Ereignisse Wissenschaftler, sie sind Gegenstand vertiefter wissenschaftlicher Analysen, in denen einerseits versucht wird, Elemente zu finden, die sie als Ereignis mit globaler Reichweite verbinden, andererseits werden diametral unterschiedliche Ursachen und Verläufe herausgearbeitet was „1968"

[5] T. Judt, *Rewolucjoniści* [Revolutionäre] [in:] idem, *Pensjonat pamięci* [Pension der Erinnerungen], übers. von H. Jankowska, Wołowiec 2012, S. 116.

[6] Es ist zu betonen, dass der erste Studentenstreik, der mit den Ereignissen von 1968 verbunden war, in Belgien stattfand, in Leuven. Am 16. Mai 1966 kam es zu Streiks und Studentenprotesten, die durch einen Hirtenbrief der Belgischen Bischofskonferenz zur Katholischen Universität Leuven (vom 13. Mai) hervorgerufen wurde, der seine Organisationseinheit bestätigte, wodurch gleichzeitig die Hoffnung der frankophonen Bevölkerung der Provinz Brabant zerschlagen wurde, eine Universität mit der eigenen Muttersprache als Unterrichtssprache haben zu können. Die Spannungen dauerten über zwei Jahre an. Beispielsweise besetzten Studenten am 15. Januar 1968 das Rektorat der Universität, wobei sie Möbel aus dem Fenster warfen, um sie auf dem Marktplatz zu verbrennen. Am 20./21. Januar wurde das Auditorium in Brand gesteckt. G.-R. Horn, *Arbeiter und Studenten in den 68er Jahren*, [in:] *Das Jahr 1968 – Ereignis, Symbol, Chiffre*, O. Rathkolb, F. Stadler (Hrsg.), Göttingen 2010, Seitenzahlen fehlen.

[7] A. Jawłowska, *Drogi kontrkultury*, [Wege der Gegenkultur], Warszawa 1975, S. 33, http://otworzksiazke.ceon.pl/images/ksiazki/drogi_kontrkultury/drogi_kontrkultury.pdf [aufgerufen 17. 2. 2017]

als Konglomerat unterschiedlicher nationaler Ereignisse mit eigener Spezifik ausweist[8].

Welche Bedingungen mussten somit erfüllt sein, damit eine Welt-Jugend-Revolution ausbrechen konnte? Welche Veränderungen hat sie der Generation 1968 gebracht? Wie verliefen die Proteste in Polen, in der Tschechoslowakei und in der Bundesrepublik Deutschland? Gerade Fragen in Verbindung mit der Spezifik der Ereignisse von 1968 haben sich im Interessensfeld des vorliegenden Bandes wiedergefunden und werden deshalb besonders hervorgehoben.

1968 als internationales Phänomen

In Zeiten, in denen noch niemand von Globalisierung sprach, wurde im Jahr 1968 die Welt von einer Revolution erschüttert, die immer häufiger als Meilenstein auf dem Weg zur Globalisierung gilt. Die Ereignisse sind nicht in nationaler Dimension in den jeweiligen Staaten, sondern in internationaler Dimension wahrzunehmen und zu analysieren, da die Teilnehmer der Ereignisse 1968 auf transnationaler Ebene operierten[9]. Das bedeutet jedoch nicht, dass ihre Aktionen zentral organisiert oder synchronisiert worden wären, wie US-Präsident Lyndon B. Johnson behauptete. Angesichts der Reichweite der Proteste (sie fanden praktisch auf der ganzen Welt statt) gab der CIA den Auftrag, deren organisatorischen und finanziellen Verknüpfungen mit dem Ausland zu untersuchen. Das Ergebnis war eindeutig: es wurden keinerlei ausländische Verknüpfungen entdeckt. Die Synchronisierung der Proteste weltweit war eher zufällig und resultierte aus ihrer Zyklizität, wie der amerikanische Historiker Mark Kurlansky behauptet[10]. Beispielsweise protestierten die amerikanischen Studenten immer am 15. eines Monats. Das konnte bewirken, dass auch andere Proteste an diesem Tag organisiert wurden.

Gesellschaftliche Veränderungen der Nachkriegszeit

Mit Sicherheit waren die ersten Ereignisse, die zur Ausformung von „1968" führten, gesellschaftliche Veränderungen, die nach dem Zweiten Weltkrieg eintraten. Zu diesen Veränderungen kam es sowohl in den USA als auch im Westen und Osten Europas, in Lateinamerika, Afrika und Asien. Eric Hobsbawm hob hervor, dass diese Revolution mit globalem Charakter, aber mit

---

[8] M. Klimke, *1968 als transnationales Ereignis*, [in:] „Aus Politik und Zeitgeschichte", Nr. 14–15, 2008, S. 22–27.

[9] I. Gilcher-Holtey, *Die 68er Bewegung. Deutschland, Westeuropa, USA*, München 2001, S. 10.

[10] M. Kurlansky, *1968. The Year That Rocked the World*, New York, 2005, S. 13.

Beibehaltung regionaler und nationaler Individualitäten und Spezifik das erste Anzeichen dafür waren, dass die „goldenen Zeiten" das Wirtschaftsbooms und der Stabilisierung der Nachkriegszeit zu Ende waren. Für die Entwicklung der Proteste im Jahr 1968 war auch der sog. Baby-Boom von Bedeutung, der 1947 seinen höchsten Stand erreichte. Das bedeutete, dass Mitte der Sechziger Jahre die Universitäten, verstärkt durch den Trend eine Hochschulausbildung zu erlangen, ihre Tore für eine größere Zahl von Studenten öffnen mussten, worauf sie nicht immer vorbereitet waren[11]. Das rief Diskussionen über eine Reform des Hochschulwesens hervor. Dank der Entwicklung der Kommunikation, darunter vor allem des Fernsehens, konnten öffentlich geführte Diskussion Inspiration für andere Studenten sein, ähnliche Diskussionen zu führen bzw. Proteste zu beginnen, was unaufhaltsam zur Synchronisierung der Proteste in globaler Dimension führte[12].

Entscheidende Bedeutung bei der Entwicklung der Protestbewegungen sind den gegen Ende der Fünfziger Jahre entstandenen neuen sozialen Bewegung zuzuschreiben. Unter dem Einfluss der Ereignisse in Budapest und der Suez-Krise (1956) entstand in Großbritannien die neue Studentenbewegung „New Left" („Neue Linke"), die relativ schnell Anhänger in den USA fand, aber auch in Frankreich, Belgien und in den Niederlanden. Die „Neue Linke" kritisierte nicht nur den traditionellen Marxismus-Leninismus und dessen Konzentration auf die Arbeiterklasse, sondern auch die Politik des Kalten Krieges, die von beiden Supermächten geführt wurde, darunter vor allem die Doktrin der Abschreckung, die auf der Drohung einer potentiellen atomaren Zerstörung basierte. Sie kritisierten dabei vor allem die Politikverdrossenheit vor allem von jungen Menschen, den Materialismus, die starke Konkurrenz der Marktwirtschaft und stellten die Konsumgesellschaft im Westen in Frage. Nicht selten bildeten sie in den bestehenden internationalen studentischen Strukturen ihr Netzwerk, was deren Radikalisierung und auch Konflikte mit politischen Parteien hervorrief. In der Bundesrepublik Deutschland beispielweise, wo sich die SPD vom SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund) distanzierte, weil sie der Meinung war, dass der SDS und sein linker Flügel die westeuropäische Sozialdemokratie vernichten wolle[13]. Gegen Ende der Sechziger Jahre waren nämlich im SDS die aktivsten Beteiligten der Studentenproteste in der Bundesrepublik organisiert.

Die „Neue Linke", die hauptsächlich Studenten vereinte, bewegte sich in neuen Subkulturen, die Einfluss auf die damalige Gesellschaft und Kultur ausübten. Hier kann man vor allem eine Gruppe amerikanischer Schriftsteller nennen, die Nonkonformismus, Spontaneität, Individualität und Emotio-

[11] M. Klimke (Anm. 8).

[12] K. Fahlenbach, *Protest-Inszenierung. Visuelle Kommunikation und kollektive Identitäten in Protestbewegung*, Wiesbaden 2002.

[13] H. Wehner, *Das Auftreten der „Neuen Linken"*, „Die Zeit" 26. 11. 1962.

nen zelebrierten, und deren Visualisierung solche Ikonen waren wie James Dean oder Marlon Brando oder die britischen „Teddy Boys", die bis zum Ende der 60er Jahre Jugendikonen blieben. Zu dieser Gruppe kamen später die folgenden Musiker: Joan Baez, Bob Dylan, The Beatles oder Jimi Hendrix. An Popularität gewann damals auch die neue Konzeption für psychische Gesundheit, die durch die antipsychiatrische Bewegung von Dr. Ronald David Laing repräsentiert wurde, und verkündete, dass Nonkonformismus ein Symptom der Normalität sei. Vielleicht sind nicht die Individuen, die sich nicht anpassen wollen, krank – fragte Dr. Laing – sondern die Gesellschaft, die deren spontane Expression einschränkt. Auf dieser Basis entstand das bekannte Pamphlet von Ken Kesey auf die Psychiatrie „Einer flog übers Kuckucksnest", das sich auch auf das gesellschaftliche System der USA bezog[14].

Große Bedeutung für die Politisierung der Jugendlichen in den 60er Jahren hatten die Veränderungen, die in den USA eingetreten waren, vor allem die Entstehung der Bürgerrechtsbewegung. Rosa Parks, Martin Luther King oder Freedom Rides[15] stellten nicht nur das Bild des freien Westens in Frage, sondern brachten auch Diskussionen über die Gleichberechtigung ethnischer Minderheiten in den öffentlichen Diskurs in Europa, insbesondere in Frankreich und in Großbritannien ein. Mitte der 1960er Jahre erfolgte mit der Bewegung Black Power und der wachsenden Popularität von Malcolm X die Radikalisierung der Bürgerrechtsbewegung. Deren Interesse wuchs an der Befreiungsbewegung in der Dritten Welt und an dem europäischen kolonialen System in dessen Zerfall[16]. Allerdings verbanden erst die Proteste gegen den Krieg in Vietnam die Friedensbewegungen aus den 1950er Jahren mit den Protesten der 1960er Jahre, in denen solche Personen wie Che Guevara oder Mao Tse Tung zu populären Ikonen des studentischen Protestes wurden. Der Effekt war eine Verlagerung des Schwerpunkts des globalen Konflikts von Ost-West zum Nord-Süd-Konflikt, das heißt, zwischen reichen und armen Gesellschaften[17].

---

[14] Das Buch *Einer flog übers Kuckucksnest* erschien 1962, 1975 wurde es unter dem gleichen Titel verfilmt.

[15] Diese Bewegung entstand auch Mitte der 1960er Jahre in Australien, wo Studenten der Universität Sydney gegen die Diskriminierung von Aborigines protestierten.

[16] C. Young, *Soul Power Culture, Radicalism, and the Making of a U.S. Third World Left*, Durham 2006.

[17] B. Ziemann, *Peace Movements in Western Europe, Japan and the USA During the Cold War*, Essen 2008.

Gemeinsame Elemente des Protestes

Trotz globaler Bezugspunkte kann man die Proteste der Sechziger Jahre nur dann verstehen, wenn man ihre lokale Spezifik und Ursachen mit in Betracht zieht: die faschistische Vergangenheit in der Bundesrepublik und in Italien, die Kritik am Krieg in Vietnam in den USA bzw. die sozialen Probleme in Frankreich[18]. Das betraf im gleichen Maß die Ereignisse in Verbindung mit dem Jahr 1968 in den Ländern des Ostblocks, wo die Möglichkeiten zum politischen Protest allerdings unverhältnismäßig geringer waren, Trotzdem kam es zur Entstehung von Reformbewegungen, wie beispielsweise in der Tschechoslowakei, zu inneren Spannungen in Jugoslawien, die sogar bis Mitte der 70er Jahre anhielten, bzw. zu studentischen Protesten in Polen. Gegen ähnliche Beschränkungen mussten Studenten in europäischen Ländern kämpfen, die von Diktaturen regiert wurden: in Griechenland und in Spanien[19].

Trotz wesentlicher Unterschiede in den Handlungsmöglichkeiten und ideologischen Ansichten gelang es den Jugendlichen insbesondere auf kultureller Ebene, gemeinsame Symbole zu erarbeiten, deren Visualisierung lange Haare, eine spezifische Mode[20], bzw. die Entstehung der Subkultur der Hippies waren[21]. Ohne Zweifel hatten der Erfolg des Musicals „Hair" oder die Ereignisse beim Woodstock-Festival Einfluss darauf, die auch im Ostblock rezipiert wurden, wo sie auf höchsten politischen Ebenen und im ideologischen Auftrag bekämpft wurden[22]. Beispielsweise wurde bereits im Juli 1963 beim XIII. Plenum des ZK der PVAP der Kampf gegen falsche Ideologien bei Jugendlichen angekündigt. Ähnlich war es in der DDR. Im Jahr 1965 klagte Erich Honecker auf dem XI. Plenum des ZK der SED, dass Parteifunktionäre nicht entschieden gegen amerikanische Dekadenz und Unmoral vorgingen. Die Beatles und Rolling Stones würden destruktiv auf die sozialistische Jugend wirken, indem sie offen zu Gewalt und impulsiver Sexualität auffor-

---

[18] M. Klimke (Anm. 8).

[19] M. Klimke, J. Scharloth, *1968 in Europa. A History of Protest and Activism, 1956–1977*, New York-London 2008.

[20] Zu einer solchen Mode gehörte der Minirock, den die britische Projektantin Mary Quant erfunden hatte. Dieser Teil der Garderobe wurde von Konservativen und der Katholischen Kirche gehasst. „Der Minirock entwürdigt die Weiblichkeit" – lautete die Botschaft des Vatikans an Gläubige in aller Welt. In der kleinen Stadt Nareto in Mittel-Italien wurde Mädchen im Minirock auf der Straße ein Apfel überreicht, als Symbol für die biblische Sünde Evas.

[21] Mehr zur spezifischen Subkultur der Jugend der 60er Jahre – siehe: K. Farin, *Jugendkultur in Deutschland 1950–1989*, Bonn 2006.

[22] A. Szostkiewicz, *Bunt młodych* [Protest der Jungen], 4. November 2009, „Polityka" digitale Ausgabe.
http://www.polityka.pl/tygodnikpolityka/historia/241897,1,bunt-mlodych.read
[aufgerufen 6. 6. 2017]

derten[23]. Honecker störte, dass beide Bands aus Großbritannien stammten, offensichtlich aber der US-Kultur zugeschrieben wurden. Der Kreuzzug gegen Musik hatte in der DDR Tradition. Elvis Presley und Bill Haley wurden bereits in den 1950er Jahren als Teil des psychologischen Kriegs angesehen, den der Westen dem Ostblock erklärt hatte[24]. Somit kann es nicht erstaunen, dass „Mop-top" bzw. „moptop" – die Frisur, die von den Jugendbands propagiert wurde, zum Gegenstand wissenschaftlicher Forschung wurde. Die SED gab dem Zentralinstitut für Jugendforschung in Leipzig den Auftrag, zu untersuchen, welchen Einfluss die Haarlänge auf die Ansichten von Jugendlichen hatte. Im Gegensatz zur offiziell lancierten These wurde bewiesen, dass die jungen Männer mit langen Haaren nicht weniger intelligent, aber weniger vom Sozialismus überzeugt waren. Die Ergebnisse der Untersuchung wurden geheim gehalten[25].

Nicht nur äußere Ausdrucksformen des Protestes, die sich durch Kleidung oder Friseur manifestierten, waren das Markenzeichen der revolutionären Generation des Jahres 1968 und Gegenstand der Kritik. Auch neue sexuelle Verhaltensweisen wurden zum zentralen Punkt der studentischen Revolte auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs. Die Rebellion gegen den trügerischen Schein zwischenmenschlicher Beziehungen nahm im Jahr 1968 und später manchmal die Form der „freien Liebe" an, was zur Empörung des älteren/konservativeren Teils der Gesellschaft führte. Sex wurde zum politischen Thema, über das offen gesprochen wurde. Obwohl einer der Gründe für die Streiks in Paris der Widerstand gegen die damals übliche Aufteilung der Studentenwohnheime in Teile für Frauen und für Männer war[26], hatte die sexuelle Revolution andere Gründe. Sie war ein Effekt von wachsenden gesellschaftlichen – im Kinsey-Report analysierten – Veränderungen und wissenschaftlichen medizinischen Entwicklungen (Anti-Baby-Pille, die seit 1961 erhältlich war), die ihre Verstärkung und Ausrichtung im studentischen Milieu erhielten. Sich für „Sex" auszusprechen, bedeutete, eine kriti-

---

[23] U. G. Poiger, *Amerikanisierung oder Internationalisierung? Populärkultur in beiden deutschen Staaten*, Bundeszentrale für politische Bildung, 2008, http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/68er-bewegung/51783/populaerkultur [aufgerufen 1. 6. 2017]

[24] U. G. Poiger, *Jazz, Rock and Rebels. American Culture in a Divided Germany*, Berkeley-Los Angeles 2000, S. 216ff.

[25] U. Mählert, G.-R. Stephan, *Blaue Hemden – Rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend*, Opladen 1996, S. 183–187.

[26] In französischen Studentenwohnheimen, die nach dem Vorbild von Internaten geführt wurden, durften sich keine Männer in den Zimmern der Studentinnen aufhalten. In den Zimmern der männlichen Studenten hingegen durften sich Studentinnen aufhalten, die das 21. Lebensjahr vollendet hatten und über die schriftliche Genehmigung ihrer Eltern verfügten. Die Rebellion gegen diese Regelungen war der Anfang der Proteste in Paris.

sche Haltung gegenüber den herrschenden gesellschaftlichen und kulturellen Beziehungen einzunehmen. Wie aus den Untersuchungen hervorgeht, veränderte sich am meisten gerade das Sexualleben in der Gruppe der Studentinnen und Studenten, die gegen die damaligen gesellschaftlichen Verhaltensweisen protestierten: *Make love not war*.[27] Im Verlauf der Proteste des Jahres 1968 kam es zur Infragestellung der bisherigen moralischen und gesellschaftlichen Normen. Ingrid Bauer ist der Meinung, dass damals eine Revolte (der Frauen) in der Revolte (des Jahres 1968) stattfand, wobei die sexuelle Revolte in unterschiedlichen Splittergruppen des Protestes unterschiedlich definiert wurde[28]. Hier entstand die neue, feministische Frauenbewegung im Westen, die sich in den 1970er Jahren voll entfaltete[29].

In jedem Fall jedoch fand sich die sexuelle Revolution im Mittelpunkt der studentischen Proteste im Jahr 1968, wobei sie manchmal radikale Formen annahm, wie das Schlagwort auf einem Transparent in Mexiko zeigt: *la virginidad provoca cáncer (Jungfräulichkeit ruft Krebs hervor). Studentinnen schockierten mit diesem Transparent die damalige mexikanische Gesellschaft*. Ohne Zweifel führten diese Rebellionen zur Veränderung tatsächlicher sexueller Verhaltensweisen und gesellschaftlicher Trends/Traditionen wie der Veränderung der Rolle der Frau hin zu mehr Gleichberechtigung[30].

---

[27] F. X. Eder, *Die „Sexuelle Revolution" – Befreiung und/oder Repression*, [in:] I. Bauer, Ch. Hämmerle, G. Hauch (Hrsg.) *Liebe und Widerstand. Ambivalenzen historischer Geschlechterbeziehungen*, Wien, Köln, Weimar 2005, S. 405–406.

[28] Wie Dagmar Herzog bemerkt, veränderten die Experimente mit der „freien Liebe" eigentlich gar nichts. Diese Schlussfolgerung war der Impuls dafür, dass in den Siebziger Jahren die autonomen und feministischen Frauenbewegungen entstanden, in denen der Begriff „sexuelle Revolution" eine negative Konnotation erhielt. D. Herzog, *Politisierung der Lust. Sexualität in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts*, München 2005, S. 284.

[29] I. Bauer, *1968 und sex(ual) & gender revolution. Transformations- und Konfliktzone: Geschlechterverhältnisse*, [in:] *Das Jahr 1968 – Ereignis, Symbol, Chiffre*, O. Rathkolb, F. Stadler (Hrsg.), Wien 2010, S. 165–166.

[30] Beschränkungen für Frauen waren damals auf der Tagesordnung. Beispielsweise durfte Ende der 60er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland eine verheiratete Frau nicht selbst ein Konto bei der Bank eröffnen bzw. eine Erwerbstätigkeit aufnehmen, ohne schriftliches Einverständnis des Ehemannes. In dieser Zeit wurden Frauen an einigen Universitäten, z. B. Harvard und Yale, nicht zugelassen (sie durften jedoch an diesen Universitäten an Colleges für Mädchen studieren). A. Marwick, *Die 68er Revolution*, [in:] P. Wende (Hrsg.) *Große Revolutionen der Geschichte. Von der Frühzeit bis zur Gegenwart*, München 2000, S. 317.

Unterschiede bei den Protesten

Zwar identifizierte sich die junge Generation von jenseits des Eisernen Vorhangs mit der neuen Mode bzw. mit der Musik, die aus dem Westen kam, doch wurden nicht alle Schlagwörter oder Symbole des Jahres 1968 im Ostblock enthusiastisch aufgenommen. Das betraf vor allem linksorientierte studentische Gruppen, die offen mit der chinesischen Kulturrevolution sympathisierten und Mao Tse-tung zu einem der Idole der Proteste in West-Europa machten[31]. Darüber hinaus fand die Kritik an der Marktwirtschaft und der Konsumgesellschaft nicht immer Verständnis bei den jungen Menschen im Ostblock, die lange Erfahrung mit dem Mangel im Alltagsleben hinter dem Eisernen Vorhang gemacht hatten. Ein anderes problematisches Element war die Verachtung der französischen Studenten für die bourgeoise Demokratie, die im Mai 1968 unter anderem ihre Visualisierung in der verkündeten Parole fand: „éléctions piège à cons" – „Wahlen sind eine Falle für Dumme". Diese Negation war in Ländern unverständlich, die aus dem Totalitarismus herauskamen und die um die Wiedererlangung von grundlegenden demokratischen Freiheiten kämpften[32]. Nichtsdestotrotz gab es viele Elemente, die die Jugend im Osten wie im Westen verbanden.

Beteiligung von Arbeitern an den Studentenprotesten

Ein gemeinsames Element der Proteste und der Revolte der Studenten waren nicht nur Mode, Verhaltensweisen und Parolen, sondern auch die relativ geringe Beteiligung von jungen Arbeitern an ihnen. Eine Ausnahme waren Frankreich[33] und Italien, wo es zu einer Zusammenarbeit von Studenten und Arbeitern kam. Ihre vereinten Kräfte und gemeinsamen Streiks waren durchbrechende Elemente in den Protesten in ihren Ländern[34]. In diesem Kontext verdienen die Streiks in Italien besondere Aufmerksamkeit, die

[31] Z. Maruzsa, *Das Jahr 1968 und seine Wirkung im Ostblock*, [in:] *Das Jahr 1968 – Ereignis, Symbol, Chiffre*, O. Rathkolb, F. Stadler (Hrsg.), Wien 2010, S. 56–57.

[32] A. Rzeczycka, Rok 1968 na wschodzie i na zachodzie [Das Jahr 1968 im Osten und im Westen], 2. 4. 2008, http://www1.rfi.fr/actupl/articles/100/article_4201.asp [abgerufen 7. 6. 2017]

[33] In Frankreich kam es zu ersten Ausschreitungen im Muster-Studentendorf Nanterre, das etwa 20 km von Paris gebaut wurde, in der Nähe von Stadtvierteln, die von Immigranten aus Algerien, Portugal und Spanien bewohnt wurden. Auf dem Campus fehlte es an jeglicher Infrastruktur für die dort wohnenden 10 000 Studenten. Das führte zu den Protesten und Ausschreitungen, die bereits im März 1968 stattfanden.

[34] Am 13. Mai 1968 wurde in Frankreich ein Generalstreik als Zeichen des Protestes gegen die brutale Niederschlagung der Proteste im Stadtteil Quartier Latin in Paris ausgerufen. Da gingen etwa eine Million Studenten und Arbeiter auf die Straße. Karl Vocelka, *Die Studentenrevolte 1968*, [in:] *Das Jahr 1968 – Ereignis, Symbol, Chiffre* . . ., S. 214.

„kriechender Mai" genannt wurden. Die Anfänge der studentischen Revolte reichen in den November 1966 zurück. Da begann ein Streik in Trient (22. Oktober–7. November), bei dem zum ersten Mal die Taktik der Besetzung der Universität angewandt wurde[35]. Der studentische Widerstand in Italien nahm hauptsächlich die Form von Streiks an Universitäten an, indem die Studenten dem Unterricht fernblieben bzw. Räume der Universität besetzten. Ab November 1967 wurde die Katholische Universität Mailand und die Fakultät für Literatur in Turin besetzt. Im Dezember, als die Regierung den Entwurf für die Universitätsreform vorstellte, besetzten Studenten die Universitäten in Neapel, Padua, Salerno und Genua. Ähnlich wie in den meisten westlichen Staaten wird auch hier gegen den Krieg in Vietnam protestiert, aber in Italien sollte dieser Widerstand darüber hinaus den Willen zeigen, mit der politischen Klasse zu brechen. Als US-Präsident Johnson Ende Dezember 1967 nach Rom kam, wurde die Stadt belagert. Im Januar erfasste die Welle der Proteste Dutzende anderer italienischer Städte, die Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Polizei wurden immer brutaler. Am 23. Januar 1968 fand in vielen italienischen Städten eine Demonstration gegen die Reform des Hochschulwesens statt, aber in Rom fanden am 1. März die brutalsten Auseinandersetzungen statt, bei denen viele Teilnehmer verletzt wurden. Die Aktionen in der Hauptstadt dauerten 18 Monate lang. Ähnliche Vorfälle gab es in Turin im März und im November, in Pisa im April, in Mailand im März und Dezember 1968[36]. Im Gegensatz zu anderen Staaten gelang es der italienischen Studentenbewegung, sich mit den Arbeitern zu vereinen. Die wichtigsten politischen Organisationen und Gewerkschaften manifestierten eine Haltung der Offenheit gegenüber den Studentenbewegungen. Ihr gemeinsamer Protest begann am 7. März 1968 zusammen mit dem Generalstreik in Italien. Den protestierenden Arbeitern, die eine bessere Altersrentenversorgung forderten, schlossen sich Studenten an, die mit einer neuen Generation von Arbeitern kooperierten – Migranten, die aus dem Süden in den Norden Italiens und aus dem Dorf in die Stadt gekommen waren. Die soziale Entwurzelung, die einen Teil der Studenten betraf, die aus der Mittelklasse stammten, rief ähnliche Frustrationen wie unter den Arbeitern hervor[37]. Ein daraus folgender Effekt war die immer häufiger auftretende Zusammenarbeit von Arbeitern und Studenten, z. B. wurde an der Universität Turin eine sog. Arbeiterkommission eingerichtet, die sich um die Agitation unter Arbeitern kümmerte. Nachdem einer der Anführer der Studentenproteste, Guido Viale, verhaftet worden war, kam es zu einem gemeinsamen Streik von Studenten und Arbeitern der Fiat-Fabrik im Zen-

[35] G.-R. Horn, *Arbeiter und Studenten in den 68er Jahren* ..., S. 192.

[36] Radio France Internationale, *Włochy* [Italien] 13. 5. 2008, http://www1.rfi.fr/actupl/articles/101/article_4585.asp [abgerufen 15. 6. 2017]

[37] Ebenda.

trum von Turin. Am 8. und 9. Juni 1968 kam es an der Universität Venedig zu einem Treffen von Arbeitern und Studenten auf landesweiter Ebene[38]. Die Mobilisierung der Arbeiter und ihr Kampf um soziale Erleichterungen bei der Arbeit hatte Erfolg, mehr als in anderen Ländern, in denen protestiert wurde[39]. Höchstwahrscheinlich war der entscheidende Aspekt die angewandte Taktik: *autoriduzione* – das heißt, die Taktik der Reduzierung der Schnelligkeit des Fließbands, die über längere Zeit angewandt, für die Arbeitgeber sehr belastend war[40]. In einer Zeit, in der im Westen Europas die studentischen Proteste schwächer wurden, waren sie in Italien immer noch sehr stark. Wobei zu betonen ist, dass die jungen Arbeiter dabei führend waren.

Bundesrepublik Deutschland

Auch in der Bundesrepublik kam es zu Protesten und Rebellionen von Studenten, die bereits im Jahr 1966 begonnen hatten. Junge Menschen forderten u. a. die Aufarbeitung der Vergangenheit nicht nur der führenden Politiker, sondern auch der eigenen Eltern. Für sie war es notwendig, Verantwortung für die Nazi-Vergangenheit zu übernehmen. Die Spezifik des Jahres 1968 in Deutschland war die Tatsache, dass die unaufgearbeitete Geschichte des Nationalsozialismus eine bedeutende Rolle spielte und der diesbezügliche Generationenkonflikt lebendig war. Die Generation ’68 hielt sich für gezeichnet wegen ihrer Eltern, die zu Zeiten der Regierung von Hitler gelebt hatten.[41] Den Komplex verstärkten zusätzlich Fälle, in denen führende Positionen im Staat von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern ausgeübt wurden[42].

Zum Auslöser der größten Welle studentischer Demonstrationen wurde die Erschießung von Benno Ohnesorg durch einen Polizisten Der Studenten hatte an einer friedlichen Demonstration gegen den Besuch des iranischen Schahs Reza Pahlavi in Berlin teilgenommen. Sein Todestag – der 2. Juni 1967

[38] G.-R. Horn, *Arbeiter und Studenten in den 68er Jahren* . . ., S. 206–207.

[39] Ebenda, S. 199.

[40] In den 1970er Jahren wurde diese Taktik auch in anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens angewandt und war, ähnlich wie in der Industrie, erfolgreich.

[41] Dass der Generationenkonflikt in der Breite der jungen Generation nicht so stark ausgeprägt war wie bei den Aktivisten zeigt Christina von Hodenberg: Das andere Achtundsechzig. München 2018.

[42] Hier wären zumindest der damalige Staatssekretär der Bundesrepublik, Hans Globke, zu nennen, der die Nürnberger Gesetze mitgeschaffen hatte, oder der Theodor Oberländer, ein ehemaliger Wehrmachts-General und spätere Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Symbolische Bedeutung nahm die Ohrfeige von Beate Klarsfeld für den Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger mit dem Ruf „Nazi, Nazi“ an. Das fand beim CDU-Parteitag in West-Berlin am 7. November 1968 statt. G. Knopp, *Kanzler. Die Mächtigen der Republik*, München 2000, S. 170–171.

gilt als Beginn der Mobilisierung der Studenten[43]. Innerhalb weniger Tage ging eine Welle der Solidaritätsbekundungen und Protestmärsche durch die Bundesrepublik, darunter auch der Schwarze Marsch vom 8. Juni 1967, an dem etwa 8000 Studenten teilnahmen. Der Tod von Ohnesorg, die zurückhaltenden Maßnahmen der Regierung und die mediale Treibjagd auf die Organisatoren der Demonstration als Verantwortliche für den Mord, führten bei vielen Studierenden zur Überzeugung, es entwickele sich ein Polizeistaat und die bürgerlichen Freiheiten würden zunehmend eingeschränkt. Der Tod von Ohnesorg, der von einem Polizisten in Zivil in den Hinterkopf erschossen wurde, weckte Assoziationen mit der Nazi-Zeit. Mit der Welle der Diskussionen über die Nazi-Vergangenheit wurde begonnen auch das Bildungswesen zu kritisieren. Bereits im Jahr 1967 klagten Studenten die alten akademischen Kader an, gegenüber dem Hitler-System passiv gewesen zu sein. Man entschied sich außerdem, Vorlesungen von Professoren mit konservativen Überzeugungen zu boykottieren. Es wurde gefordert, eine Reform des Hochschulwesens durchzuführen, das als verknöchert und veraltet galt und die eigenständige Entwicklung des Studenten unmöglich machte. Auf dem Höhepunkt der studentischen Revolte wurde scharfe Kritik am gesamten wissenschaftlichen Personal geäußert.

Die Unruhen des Jahres 1967 entwickelten sich im darauffolgenden Jahr weiter. Am 11. April 1968 wurde Rudi Dutschke angeschossen – der charismatische Führer der damaligen Studentenbewegungen und der sich entwickelnden Strömung der Neuen Linken. Im Rahmen des Protestes blockierten Tausende von Studenten mehrere Tage lang die Druckereien des Axel-Springer-Verlags und stürmten die Berliner Mauer. Die Ereignisse vom April 1968 gingen als *Osterunruhen* in die Geschichte ein und knüpften an die Tradition der Ostermärsche an, bei denen seit 1960 gegen Atomwaffen protestiert wurde. Im Mai fand im Rahmen des Protestes gegen die Einführung der Notstandsgesetze ein Sternmarsch auf Bonn statt, an dem etwa 60 000 Menschen teilnahmen. Das war allerdings die letzte so große Demonstration.

Die Bewegung des Jahres 1968 nahm Mythos-Charakter an und wurde zum Symbol der Revolution, der Befreiung und der Emanzipation. Die studentischen Demonstrationen brachen mit der vom Nationalsozialismus gezeichneten Vergangenheit, forderten eine breitere Demokratisierung, verwiesen auf ihren Individualismus. Der Staat wurde als verknöchertes Subjekt wahrgenommen, das nur zu Reformen fähig war, um die eigenen Kompetenzen ausweiteten. Die studentischen Forderungen wurden im wesentlichen Teil nicht sofort, aber durch langsame Veränderungen in den späteren Jahren angenommen. Der Jugendbewegung der 1960er Jahre können wir die

[43] W. Kraushaar, *Rok 1968 w Niemieckiej Republice Federalnej* [Das Jahr 1968 in der Bundesrepublik Deutschland], übers. von M. Skalska [in:] *Rewolucje 1968* [Revolutionen 1968], Red. M. Jurkiewicz, J. Pieńkos, Warszawa 2008, S. 244.

Veränderung des Hochschulwesens in der Bundesrepublik, die Liberalisierung in der Kultur und im gesellschaftlichen Bereich sowie die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit zurechnen. Die Studenten erarbeiteten auch eine neue Form des Protestes, die auf großer Expressivität und Lebendigkeit basiert. In weiterer Perspektive können wir ihnen die Entstehung der Friedens- und Öko-Bewegungen zuschreiben[44].

Polen

Zwar waren bei den Ereignissen des März 1968 die studentischen Proteste in Polen nicht das wichtigste Element einer ganzen Reihe von Ereignissen jenes Jahres weltweit, aber für die polnische Gesellschaft, vor allem jedoch für viele Beteiligte hatten sie weitreichende Folgen. Die Gründe dafür sind in der Spezifik des polnischen Jahres 1968 zu suchen, die hauptsächlich aus der Tatsache resultiert, dass von ihm nicht im Singular, sondern eher im Plural zu sprechen ist, worauf Jerzy Eisler aufmerksam machte[45]. Unter diesem allgemeinen Begriff verstecken sich somit mehrere unterschiedliche Strömungen: da ist die antisemitische Kampagne und die Ausreisewelle von polnischen Bürgern jüdischer Herkunft[46]; da ist die studentische Strömung voller Kundgebungen, Streiks und Manifestationen (wovon in den Texten dieser Publikation die Rede sein wird), aber auch voller demokratischer Parolen; da ist auch die Tätigkeit der „Rädelsführer" des Protestes und die Entstehung einer spezifischen und kritischen Generation ’68, die lange bei den Forderungen nach Demokratisierung des politischen und gesellschaftlichen Lebens in Polen blieb, indem sie sich für die Arbeit der demokratischen Opposition engagierten[47]. Eine wichtige Stellung bei den Ereignissen eines breit gefassten

[44] Rok 1968 w Republice Federalnej Niemiec i jego skutki [Das Jahr 1968 in der Bundesrepublik Deutschland und seine Folgen] https://historia.org.pl/2013/08/10/rok-1968-w-republice-federalnej-niemiec-i-jego-skutki/ [abgerufen 11. 7. 2018]

[45] J. Eisler, *Polski rok 1968* [Das Polnische Jahr 1968], Warszawa 2006, S. 11.

[46] Mehr darüber in: David Kowalski, *Polens letzte Juden. Herkunft und Dissidenz um 1968*, Göttingen 2018; Eik Dödtmann, *Exil oder Heimat? Die Immigration und Integration der polnischen Juden von 1968 in Israel. Eine qualitative Fallstudie auf Basis von Interviewanalysen*, Potsdam 2013; Beate Kosmala, *Die Vertreibung der Juden aus Polen 1968*, Berlin 2000.

[47] Kommandeure [eigentlich Rädelsführer] – Bezeichnung für die in den 1960er Jahre tätige Gruppe studentischer Rebellen. So genannt wurden sie, weil sie unerwartet bei offenen Vorlesungen und Jubiläumsveranstaltungen an der Universität Warschau auftauchten und die Propagandaziele dieser Versammlungen zunichtemachten, indem sie politische Diskussionen herbeiführten. Zur Gruppe gehörten unter anderem: Adam Michnik, Teresa Bogucka, Jan Gross, Jakub Karpiński, Barbara Toruńczyk, Irena Grudzińska, Aleksander Perski. Nach den Ereignissen des März 1968 begannen Prozesse gegen das Umfeld der „Kommandeure". Nach mehreren Monaten fielen Urteile mit Gefängnisstrafen. Praktisch alle blieben in Oppositionskreisen.

Jahres 1968 nimmt der massive Angriff auf Menschen aus der Wissenschaft und Kultur ein, der aus gegen „die Intelligenz" gerichteten Protesten resultierte, die von den damaligen staatlichen Machthabern inspiriert wurden. Schließlich ist das Jahr 1968 auch ein Symbol für innerparteiliche Kämpfe, die in den Reihen der PVAP zwischen der Gruppe um den Innenminister Stanisław Moczar (1913–1986) und der Gruppe des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP Władysław Gomułka (1905–1982) geführt wurden. Der misslungen Putsch von Moczar provozierte Säuberungen in der Partei, die mit antisemitischen Parolen untermauert wurden. Er selbst wurde als „polnischer Nationalist" wahrgenommen und seine Ideologie sollte eine Mischung aus Nationalismus und Kommunismus sein[48]. Mit dem Jahr 1968 wird in Polen auch die Beteiligung polnischer Militäreinheiten an der bewaffneten Intervention in der Tschechoslowakei assoziiert, als Truppen der Warschauer-Pakt-Staaten den Prozess der Sanierung und Demokratisierung des Staates unterbrachen, wodurch sie gleichzeitig verhinderten, dass in der Tschechoslowakei ein sog. Sozialismus mit menschlichem Antlitz entstand[49].

Eine wichtige Rolle bei den Ereignissen des polnischen Jahres 1968 spielten die studentischen Proteste vom März 1968. Ihren Anfang nahmen sie im Protest gegen Zensur und Beschränkung der künstlerischen Meinungsfreiheit. Am 16. Januar entschieden die Machthaber der Volksrepublik Polen, die Aufführung der „Dziady" [deutsch: Totenfeier, von Adam Mickiewicz], am Teatr Wielki in Warschau abzusetzen. Die Vorstellung wurde von der PVAP-Leitung als „antisowjetisch" und „übertrieben religiös" eingestuft. Die Ankündigung, das Stück vom Spielplan zu nehmen, bewirkte, dass Tausende von Menschen unbedingt noch in den folgenden Tagen „Dziady" anschauen wollten. In Warschau kreisten Gerüchte, dass die Botschaft der Sowjetunion gefordert habe, das Theaterstück abzusetzen. Am 30. Januar 1968 fand die letzte Aufführung des Stücks „Dziady" statt. Nach dem Stück begannen etwa zweihundert Studenten am Adam-Mickiewicz-Denkmal in Warschau zu protestieren. Die Miliz nahm 35 Personen fest, 9 wurden mit Geldbußen belegt.

Im Februar wurden in Warschau Unterschriften dagegen gesammelt, „Dziady" abzusetzen. Am 29. Februar 1968 fand eine außerordentliche Sitzung des Verbands der Polnischen Literaten statt, bei dem gegen die Absetzung von „Dziady" und die Zensur protestiert wurde. Der bekannte polni-

[48] A. Sowa, *Historia polityczna Polski* [Politische Geschichte Polens], Warszawa 2011; W. Roszkowski, *Najnowsza historia Polski* [Neueste Geschichte Polens], Band 2: *1945–1980*, Warszawa 2003.

[49] Łukasz Kamiński (Red.), *Wokół praskiej wiosny: Polska i Czechosłowacja w 1968 roku* [Rund um den Prager Frühling. Polen und Tschechoslowakei im Jahr 1968],Warszawa, 2004; Leszek Pajórek, *Polska a „Praska Wiosna". Udział Wojska Polskiego w interwencji zbrojnej w Czechosłowacji w 1968 roku*, [Polen und der „Prager Frühling". Die Beteiligung der Polnischen Armee an der bewaffneten Intervention in der Tschechoslowakei im Jahr 1968], 1998.

sche Schriftsteller Stefan Kisielewski bezeichnete die Machthaber der Volksrepublik Polen als „Diktatur der Hohlköpfe". In dieser Zeit informierten Adam Michnik und Henryk Szlajfer einen französischen Journalisten über die studentischen Proteste, wofür sie am 4. März von der Universität Warschau exmatrikuliert wurden. Vier Tage später begann eine Kundgebung von Studenten, die gegen den Rauswurf ihrer Kommilitonen, gegen Zensur und Repressionen gegenüber Schriftstellern protestierten. Die Informationen über die Ereignisse an der Universität Warschau wurden an andere universitäre Zentren übermittelt. Nach der Kundgebung an der Technischen Hochschule Warschau intervenierte die Miliz, etwa 120 Personen wurden festgenommen. Es begann eine Hetzjagd der Presse gegen die Protestierenden, die als „familiäre und politische Nachkommen bankrotter Zionisten" bezeichnet wurden[50].

Der Protest in Warschau wird zum Impuls für studentische Proteste auch in anderen Universitätsstädten: in Krakau, Breslau, Danzig, Posen, Lodsch, Thorn, Lublin, Kattowitz und Oppeln. Zwar wurden diese Proteste in der Bevölkerung wahrgenommen, aber im Grunde beschränkten sie sich in ihrer Reichweite auf das akademische Milieu. Die Mehrheit der damaligen Gesellschaft distanzierte sich von diesen Ereignissen, andere ließen sich von der Propaganda mitreißen und traten gegen die protestierenden Studenten auf. Der damaligen Regierung gelang es sogar, die Studenten von der Mehrheit der Bevölkerung zu isolieren, darunter auch von den jungen Arbeitern, was als polnische Spezifik der Ereignisse von 1968 anzusehen ist und deutlich im Kontrast zum Verlauf der studentischen Proteste im Westen steht. Beispielsweise verwandelten sich die Proteste in Frankreich (im März an der Universität Nanterre und im Mai an der Pariser Sorbonne) und in Italien, wie bereits erwähnt, in Massenproteste, denen sich junge Arbeiter, aber auch andere Bevölkerungsgruppen anschlossen, wobei sie nicht nur gegen die Studienbedingungen, veraltete Lehrpläne, sondern auch für die Verbesserung der materiellen Bedingungen der Arbeiter und für politische Veränderungen kämpften. Die studentischen Proteste in den westlichen Gesellschaften wurden nicht nur bemerkt, sondern lange konstatiert, indem u. a. auf ihre Opfer und die allgemeine Bilanz aufmerksam gemacht wurde. Die an den Protesten beteiligten Studenten hingegen wurden zwar mit der Brutalität der Miliz konfrontiert (Prügel und Verhaftungen) und Repressionen von Seiten der Behörden ausgesetzt (Verweisung von der Hochschule, Nötigung zur Aus-

[50] „Słowo Powszechne" – die der kommunistischen Partei gegenüber loyale Zeitung der katholischen Vereinigung PAX informierte, dass der Protest der Studenten eine „Verschwörung der Machthaber Westdeutschlands und Israels gegen Polen" gewesen sei. In den kommenden Wochen wird die antisemitische Hetzkampagne zum führenden Element der März-Propaganda.

reise bzw. Einberufung zum Militär), aber in Polen kam es nicht zum Blutvergießen, worauf Jerzy Holzer aufmerksam machte[51].

Zur Bezeichnung des Charakters der Jugendproteste vom März 1968 werden Formulierungen wie „Dekade der Jugend", „Bananen-Jugend", „erste Nachkriegsgeneration", „Generation 20 Jahre Volksrepublik Polen", „Generation März '68" verwendet[52]. Ganz bestimmt haben sie sich in die Kontestation der Jugend eingefügt, die damals stattfand. Die Hippies, also die „Blumenkinder", waren in Polen populär, wo sich auch die Tätigkeit von Big-Beat- und Rock-Gruppen intensiv entwickelte. Polnische Studenten, die gegen die kommunistischen Machthaber rebellierten, fanden Vorbilder bei den Aktionen westlicher Jugendlicher. Obwohl im Westen die Rebellion linke und extrem linke Erscheinungsformen hatte, waren in Polen am wichtigsten die Forderungen nach Meinungsfreiheit, Aufhebung der Zensur und ungestörte Entwicklung der nationalen Kultur.

Tschechoslowakei

Anders sah es in der Tschechoslowakei aus. Hier ging der Strom der Veränderungen nicht von linksgerichteten Studenten gegen den Machtapparat aus, sondern es spielte sich ein parteiinterner Kampf ab, der sich später als demokratisierende Welle über das ganze Land ergoß. Die Tschechoslowakei erreichte das Tauwetter des Jahres 1956 nicht, da die tschechischen und slowakischen Stalinisten ihre Macht auf eine starke Basis gestellt hatten. Das System begann erst zu Beginn der Sechziger Jahre zu schmelzen, mit der sich verschlechternden wirtschaftlichen Lage. Den Umbruch brachte das Jahr 1967. Nach Robert Kwapis kristallisierten sich da „drei grundlegende Felder des Streits zwischen Regierenden und Regierten heraus. Das waren Fragen in Verbindung mit dem ökonomischen Modell der weiteren Entwicklung, Probleme der künstlerischen Freiheiten (insbesondere die Meinungsfreiheit) sowie die tschechisch-slowakischen Beziehungen"[53]. An Kraft gewann der Prozess der Formierung eines Blocks neuer Kräfte, die daran interessiert waren, die herrschende Lage zu verändern. Der Motor für die Veränderungen sollte die Intelligenz sein, die ein besser prosperierendes ökonomisches System schaffen und die Demokratisierung des politischen Systems durchführen wollte. Man wollte außerdem die grundlegenden Bürgerrechte

[51] J. Eisler, *op. cit*. S. 10.

[52] Siehe u. a.: P. Osęka, *My, ludzie z Marca. Autoportret pokolenia '68* [Wir, die Menschen vom März. Selbstporträt der Generation '68], Wołowiec 2015, S. 31f.

[53] R. Kwapis, *Geneza Praskiej Wiosny (Czechosłowacja w latach 1948–1966)* [Genese des Prager Frühlings (Die Tschechoslowakei in den Jahren 1948–1966)], „Acta Universitatis Lodziensis" 1999, Nr. 65, S. 173.

und -freiheiten erneuern und die Beteiligung der Werktätigen an der Verwaltung der Betriebe gewährleisten[54].

Im Jahr 1967 fand eine politische Belebung der Intelligenz statt, in deren Ergebnis Antonín Novotný, Präsident der Tschechoslowakei und Erster Sekretär der KPTsch sich im Feuer der Kritik wiederfand. Im Endeffekt musste er von seiner Funktion als Erster Sekretär der KPTsch zurücktreten und Dubček nahm seinen Platz ein. Arbeiten an einem neuen Parteiprogramm wurden begonnen. Das passierte unter den Bedingungen der politischen Belebung der Intelligenz, was zu einer schrittweisen Schwächung der Zensur führte, die bald darauf völlig wegfiel (formal wurde sie im Juni aufgehoben). Die Aufarbeitung der Vergangenheit und der Verbrechen des Sozialismus begann. Bücher und Presseerzeugnisse erschienen, die vorher keine Chance dazu gehabt hätten. Für kurze Zeit befreiten sich Literatur und Wissenschaft in der Tschechoslowakei von den Fesseln der poststalinistischen Kritik. Die Belebung ergriff nicht nur das Milieu der Intelligenz. Die Historikerin Alice Teichová stellte fest: „Die Menschen auf der Straße forderten Reformen; keinen Kapitalismus, sondern die Reform des Sozialismus. Plötzlich sprachen und diskutierten alle: in Straßenbahnen, auf Straßen, wo sie sich nur aufhielten. (...) Große Versammlungen, organisierte und spontane Straßendiskussionen, die damals in Prag stattfanden – das waren nicht nur die Intellektuellen, das waren Hunderte und Tausende Menschen, die die Reformen von Dubček unterstützten“[55]. Der Schriftsteller Ludvík Vaculík veröffentlichte in der Zeitschrift „Literární listy“ das Manifest „Zweitausend Wörter“ (*Dva tisíce slov, které patří dělníkům, zemědělcům, úředníkům, vědcům, umělcům, a všem*), das die Reformbewegung der Partei unterstützte und die Gesellschaft aufforderte, das demokratische System von Grund auf aufzubauen. Das Manifest wurde von 40 000 Menschen unterschrieben.

Die eingeführten Reformen trafen auf scharfe Kritik von Seiten der UdSSR und anderer Warschauer-Pakt-Staaten. Gespräche und Abmahnungen reichten nicht aus. Am 21. August 1968 marschierten Truppen des Warschauer Pakts das Gebiet der Tschechoslowakei (Operation unter dem Tarnnamen „Donau“). Offiziell kamen sie den Tschechen und Slowaken zu Hilfe, um sie gegen den westlichen Imperialismus zu verteidigen, der angeblich ihre sozialistische Politik durchsetzt hatte. Im Ergebnis dieser „brüderlichen Hilfe“ kamen 108 Menschen ums Leben, die Reformen, die darauf abzielten, einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ aufzubauen, wurden eingestellt, und in das gesellschaftlich-politische Leben wurde die „Normalisie-

[54] Ibidem.

[55] J. Rychlík, *Polska i Czechosłowacja przed 1968 rokiem* [Polen und Tschechoslowakei vor dem Jahr 1968], [in:] *Wokół praskiej wiosny. Polska i Czechosłowacja w 1968 roku* [Rund um den Prager Frühling. Polen und Tschechoslowakei im Jahr 1968], unter der Redaktion von Ł. Kamiński, Warszawa 2004, S. 239.

rung" eingeführt, also *de facto* die Neostalinisierung. Das war ein Prozess, der darauf beruhte, die führende Rolle der Partei wiederherzustellen und die Frühjahrsreformen umzudrehen, in Richtung von tiefgreifenden Eingriffen der kommunistischen Partei in die konstitutionellen und bürgerlichen Rechte[56]. Jedoch überdauerte die gesellschaftliche Bewegung, die der Prager Frühling war, bis zum Jahr 1969. Die Tschechen und Slowaken leisteten passiven Widerstand gegen die Besatzer. Es wurde Demonstrationen organisiert, Straßenschilder vertauscht und jegliche Hilfe abgelehnt. Für die Tschechen und Slowaken war der Prager Frühling eine „Generationenerfahrung". Der Dichter Jan Vladislav stellte fest: „Der Prager Frühling ist eine Legende. (...) Das war eine Palast-Revolution, die außer Kontrolle geriet. Manchen war bewusst, dass die Partei an Atem verliert, und beschlossen, sie zu reformieren. Wobei das im Sommer begann, sich in eine authentische gesellschaftliche Bewegung zu verwandeln"[57]. In späteren Jahren spielten diese Menschen Hauptrollen in den Oppositionskreisen wie Charta 77, Komitee zur Verteidigung Unberechtigt Verfolgter oder Bürgerforum.

Die tschechoslowakischen Ereignisse waren Ausdrucksform des politischen Kampfes innerhalb der Partei und der Versuch, die Wirtschaft gesund zu machen, indem man den Menschen die Hoffnung gab, einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz" aufzubauen. Diese Hoffnung wurde jedoch von sowjetischen Panzern zerschlagen. Die Gesellschaft versank in Apathie. Und die politische Sphäre schrumpfte, statt sich wie im Westen auszuweiten, für fast zehn Jahre ausschließlich auf Partei- und Staatsorgane zusammen.

Schlussbemerkungen

Proteste, Streiks und Ausschreitungen in Verbindung mit dem Jahr 1968 umfassten einen wesentlichen Teil der Welt. Wie aus den Forschungen von Ronald Inglehart hervorgeht, kam es in mehr als 40 Gesellschaften zu Veränderungen der kulturellen Werte, und der Slogan *make love not war* wurde zur Inspiration und zum Motto einer ganzen Generation, die Generation 1968 genannt wurde.[58] Im Westen trugen die Ereignisse des Jahres 1968 dazu bei, dass zahlreiche Veränderungen auf gesellschaftlichem, kulturellem und ökonomischen Feld eingeführt wurden, was das Ergebnis eines Generationenkonflikts war. Die Freiheit des Individuums und der Individualismus gewannen Oberhand gegenüber dem Kollektivismus, es kamen neue gesellschaftliche Bewegungen auf: Pazifismus, Ökobewegung, Feminismus; in die Ge-

[56] R. Kwapis, *Praska Wiosna* [Prager Frühling], Toruń 2004, S. 260.

[57] A. Kaczorowski, *Havel. Zemsta bezsilnych* [Havel. Die Rache der Hilflosen], Wołowiec 2014, S. 157.

[58] R. Inglehart, *Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt*, Frankfurt a.M, New York 1989.

setzgebung wurde die Gleichstellung von Frau und Mann aufgenommen, die Unabhängigkeit von Kindern wurde akzeptiert, die Idee der Menschenrechte und der Demokratie wurde betont. Es wurden Umweltschutz und bezahlter Urlaub gefordert. Vor dem Jahr 1968 wäre es undenkbar gewesen, dass Frauen Hosen zur Arbeit anziehen und eine Scheidung im beiderseitigen Einvernehmen existierte nicht. Die junge Generation stellte Sitten und die Autorität der Machthaber in Frage. Sie trat gegen den Krieg in Vietnam, aber auch gegen die Machthaber und die Konsumgesellschaft ein. Die Ereignisse des Jahres 1968 waren nach Ansicht einiger Wissenschaftler eine „leibhaftige Revolution". Ihrer Ansicht nach war das „ein radikaler Vorschlag zur Veränderung der kulturellen und ideologischen Programmierung, die sich in den westlichen Ländern in der Nachkriegszeit herauskristallisierte, die typisch bürgerliche Werte favorisierte, die sich um Sicherheit, stabile Arbeit, Wohlstand, starke Rolle der Familie und Fürsorgestaat, kapitalistische Wirtschaft und generelle Ähnlichkeit der Individuen konzentrierte, die in den „Homologien der Lebensstile" sowie im „Kampf um das Wahrwerden einer politischen, ideellen und axiologischen Multikulturalität" zum Ausdruck kam[59]. Überbleibsel der Revolte des Jahres 1968 sind Veränderungen in den Sitten, die Ausbreitung der Emanzipation der Frauen, aber vor allem der Zerfall der alten Ordnung. Die studentische Bewegung im Westen trug zu Veränderungen im Schulwesen, in den Sitten, in Kultur und Politik bei, war aber auch der Impuls zur Entstehung neuer politischer Parteien. Im Ostblock hingegen zeigte sie den Willen zu Veränderungen und Demokratisierung des gesellschaftlichen und politischen Lebens, aber auch die Bereitschaft zum Protest. Das war besonders in Polen sichtbar, wovon die Konsolidierung der Gesellschaft im Jahr 1980 zeugen kann, als die breite gesellschaftliche Bewegung der Solidarität entstand.

[59] J. Kaczmarek, M. Krajewski, *Wcielona rewolucja* [Leibhaftige Revolution][in:] *Rewolucje 1968* [Revolutionen 1968], Red. M. Jurkiewicz, J. Pieńkos, Warszawa 2008, S. 43.

Mariusz Patelski

Die Studenten und die Machthaber

Die Ereignisse im März 1968 im akademischen Milieu von Oppeln

Die Ereignisse im März 1968 hatten in Polen einen multidimensionalen Charakter. Neben Fraktionskämpfen innerhalb der kommunistischen Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) und der damit verbundenen von oben organisierten antijüdischen Kampagne, die die Zwangsemigration vieler polnischer Bürger mit jüdischen Wurzeln zur Folge hatte, kam es in hohem Ausmaß zu spontanen Protesten von Studenten und Wissenschaftlern. Die Proteste im akademischen Milieu waren Ausdrucks des Widerspruchs gegen die in Polen herrschende allgegenwärtige Zensur, die Verstöße gegen grundlegende Bürgerrechte und Beschränkungen beim Zugang zu Werken einer breit verstandenen Kultur. Brennpunkt für die Proteste der Studenten war das Verbot, das Drama „Dziady" [Totenfeier] des polnischen Nationaldichters Adam Mickiewicz (1798–1855) wegen antirussischer Elemente im Stück im Warschauer Nationaltheater aufzuführen. Im Januar 1968 erließen die Behörden ein Verbot weiterer Aufführungen des Werks des berühmten Romantik-Dichters, da sie in der damaligen Inszenierung antisowjetische Akzente wahrnahmen. Nach der letzten Vorstellung, die am 30. Januar stattfand, kam es zu einer Demonstration von Studenten der Warschauer Hochschulen am Adam-Mickiewicz-Denkmal. Die Demonstranten, die sog. „Kommandeure", trugen Transparente mit folgenden Sprüchen: „Wir wollen Freiheit ohne Zensur", „Wir fordern die Aufhebung der Zensur" und „Wir fordern weitere Vorstellungen". Infolgedessen waren viele Teilnehmer des Protestes Repressionen ausgesetzt – von der Hochschule verwiesen und vor Gericht gestellt. Diese Studenten wurden von Studenten der Warschauer Hochschulen verteidigt, was hingegen im März 1968 zu einer Welle von Streiks und Straßendemonstrationen führte, die anfangs in der Hauptstadt, dann auch in den übrigen akademischen Zentren des Landes organisiert wurden[1]. Mitte März erreichte die Protestwelle auch Opole in Oberschlesien, Verwaltungshauptstadt der Wojewodschaft Opole.

---

[1] J. Eisler, Polski rok 1968, Warszawa 2006, S. 175–180, passim; M. Patelski, Von der März-Revolte zu den Juni-Wahlen. Das Umfeld der Oppelner Studenten in den Jahren 1968–1989 vor dem Hintergrund der politischen Veränderungen in der Volksrepublik Polen, Elmar Schübl, Harald Heppner, Universitäten in Zeiten des Umbruchs. Fallstudien über das mittlere und östliche Europa im 20. Jahrhundert, Lit Verlag Wien 2011, S. 233.

In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre, in der Zeit, die den Ereignissen im März 1968 voran gingen, war Opole bereits ein wichtiges akademisches Zentrum auf der Landkarte Polens. In der Stadt gab es zwei Hochschulen: neben der Pädagogischen Hochschule [WSP], an der damals 3128 Studenten eingeschrieben waren (davon 1831 Vollzeitstudenten) gab es auch die Hochschule für Ingenieurswesen [WSI] (etwa 1000 Studenten), die 1966 aus der Berufsbildenden Technischen Hochschule hervorging, die zuvor eine Filiale für die Technische Hochschule Schlesien [Katowice] und der Fachoberschule für Lehrer war[2]. Neben den genannten Hochschulen gab es außerdem sog. Filialen: Berufsbildende Hochschule für Verwaltung, Abendstudium Jura sowie Berufsbildende Wirtschaftshochschule. Im akademischen Jahr 1967/1968 studierten insgesamt 382 Studenten an diesen Schulen[3]. An den Hochschulen von Opole waren die Studierenden in mehreren Vereinigungen organisiert: im marxistischen Bund der Sozialistischen Jugend (ZMS), im bäuerlichen Verband der Land-Jugend (ZMW) sowie in der apolitischen Vereinigung Polnischer Studenten (ZSP).

Am Vortag der März-Ereignisse meldeten die Parteigenossen aus Opole mit dem Ersten Sekretär des Wojewodschafts-Komitees [WK] der PVAP, Marian Miśkiewicz, an der Spitze des ZK der PVAP, dass die Lage in Opole ruhig sei. Wie aus den Meldungen des Sekretärs des Stadt- und Kreis-Komitees in Opole, Zenon Kawecki, hervorgeht, herrschte bereits im Januar 1968 eine gewisse Beunruhigung bei der Obrigkeit, da Informationen über parteiinterne Reibereien und den wachsenden Einfluss der „Moczar-Gruppe“[4] nach Opole gelangten und zur Bevölkerung durchsickerten. Sekretär Kawecki warnte außerdem vor der Gefahr von Seiten des Klerus, der seiner Meinung nach

[2] APO, KW PZPR w Opolu, sygn. 1759, [Tow. Pogan], Wnioski wynikające z marcowych wydarzeń na WSP, Wydział Organizacyjny KW PZPR, Opole IV 1968 r., Bl. 195; M. Kutyma, T. Musioł, Oświata i nauka, w: Opole. Monografia miasta, pod red. Władysława Dziewulskiego i Franciszka Hawranka, Opole 1975, S. 588–590; M. Patelski, Ludzie władzy w Opolu w 1968 roku, w: Marzec ’68 z czterdziestoletniej perspektywy, pod red. Danuty Kisielewicz i Małgorzaty Świder, Opole 2009, S. 111.

[3] APO, KW PZPR w Opolu, sygn. 2737, E. Królicki, Informacja o działalności Punktów Konsultacyjnych [Szkół Wyższych przy Prezydium Wojewódzkiej Rady Narodowej w Opolu], Opole 25 IX 1971 r., Bl. 182–185; siehe auch: S. Gawlik, Punkty konsultacyjne uczelni wyższych na Śląsku Opolskim, „Kwartalnik Opolski“ 1996, nr 1, S. 20–35,

[4] Der damalige Innenminister Mieczysław Moczar galt als entschiedener Gegner politischer Reformen und wurde nach 1965 immer mehr zum innerparteilichen Rivalen des Parteivorsitzenden Władysław Gomułka, dessen Sturz er anstrebte. Besonders bekannt wurde Moczar für seine maßgebliche Rolle bei der antisemitischen Kampagne in Polen in der Folge der März-Unruhen von 1968.
https://de.wikipedia.org/wiki/Mieczys%C5%82aw_Moczar (aufgerufen 24. 5. 2018)

Einfluss auf Menschen in freien Berufen und Studenten von WSP und Lehrerseminar [SN] hatte[5].

Die Nachrichten über die dramatischen Ereignisse 1968 in Warschau und anderen universitären Zentren im Lande erreichten das studentische Opole am 14. März via Lublin. An diesem Tag kehrte die Studentische Theatergruppe „Theater des Faulen Zuschauers" mit Jan Czech (3. Studienjahr Mechanik) aus Lublin nach Opole zurück. Trotz Warnungen durch Funktionäre des Sicherheitsdienstes beschloss Jan Kazimierz Czech, die Studenten der WSP über die Ereignisse in der Hauptstadt und an anderen Brennpunkten im Lande zu informieren[6]. Zu diesem Zweck hängte er mit Adam Kasprzyk (2. Studienjahr Mechanik) im Studentenwohnheim „Mrowisko" Plakate aus, die dazu aufriefen, die Kommilitonen zu unterstützen, die zur Verteidigung der Demokratie und Autonomie der Hochschulen in Warschau und an anderen Hochschulen des Landes protestierten. Auf den ausgehängten Plakaten fanden sich u.a. folgende Schlagworte: „Das Radio lügt" und „Die Studenten freilassen". Die Plakate bewirkten, dass die Studenten anfingen, sich im Vorraum des Wohnheims zu versammeln. Nach der Intervention des Rektors der WSP, Prof. Maurycy Horn sowie des Ersten Sekretärs der Grundlegenden Parteiorganisation (POP) an der WSP, Magister Adam Suchoński, gingen sie jedoch auseinander und in ihre Zimmer, die Plakate wurden abgenommen. Gleichzeitig informierte Rektor Horn die Versammelten, dass am nächsten Tag eine offene Versammlung der POP der PVAP stattfände, zu der der Erste Sekretär des Wojewodschaftskomitees der PVAP eingeladen sei, namentlich Genosse Marian Miśkiewicz[7].

Am Freitag, den 15. März, radikalisierte sich die Stimmung an der Hochschule Opole weiter. Der Grund für den Zorn der Studenten war der in der Zeitung „Trybuna Opolska" veröffentlichte Appell des Leitungsaktivs von ZMS und ZMW aller Oppelner Hochschulen, in dem das *„Auftreten von aufwieglerischen Elementen und Hooligans"* in Warschau verurteilt wurde. In dem Appell wurde außerdem verkündet: *„Wir protestieren kategorisch dagegen, dass die Studenten für schmutzige, egoistische Interessen von feindlichen und verantwortungslosen Elementen ausgenutzt werden, die von [Radio] Freies Europa und andere der Volksrepublik Polen gegenüber feindselig eingestellten Institutionen un-*

[5] APO, KW PZPR, sygn. 2133, Z. Kawecki, Informacja o sytuacji politycznej w mieście Opolu i powiecie, Opole 2 I 1968 r., Bl. 72.

[6] Z. Bereszyński, Marzec '68 w opolskim środowisku akademickim, in: Marzec '68 z czterdziestoletniej perspektywy ..., S. 143–144.

[7] D. Mielcarek, Echa wydarzeń marca 1968 roku na Opolszczyźnie w świetle materiałów archiwalnych i prasowych, Prace uczestników Studium Doktoranckiego 5. Historia, pod red. Anny Filipczak-Kocur, Opole 2003, S. 110; M. Patelski, Ludzie władzy w Opolu w 1968 roku, Marzec '68 z czterdziestoletniej perspektywy ..., S. 112. Aparat bezpieczeństwa w Polsce. Kadra kierownicza, t. II: 1956–1975, red. Paweł Piotrowski, Warszawa 2006, S. 119

terstützt werden. Wir bewundern die aufopferungsvolle, solidarische Haltung der Arbeitsbetriebe und der Institutionen von Bürgermiliz [MO] und der Freiwilligen Reserve der Bürgermiliz [ORMO], die ruhig und besonnen angesichts der Exzesse der Hooligans reagiert haben, die von unverantwortlichen studentischen Elementen und „Bananen"-Jugendlichen ausgelöst wurden"[8]. Als Antwort darauf hängten die Studenten Plakate mit den Schlagworten „ZMS – Verräter" und „Wir fordern glaubwürdige Informationen" aus. Im Gebäude der WSP wurden außerdem Flugblätter verteilt, die mit „Nationaler Rat Freier Studenten" unterschrieben waren, mit folgendem Aufruf: *„Studenten! Schließt Euch der Bewegung für Freiheit und Demokratie an. Protestiert in Eurem Umfeld gegen die Absetzung von „Dziady" von Mickiewicz. Protestiert gegen das sich ausbreitende Böse in der Einschränkung demokratischer Freiheiten. Lasst den völligen Niedergang Polens nicht zu. Rettet es, indem ihr Manifestationen der Freiheit organisiert. Wir glauben daran, dass es eine solidarische und landesweite Bewegung wird. Es lebe Polen. Es lebe die Freiheit, die Gleichheit, die Brüderlichkeit"*[9]. Gegen 14.00 Uhr tauchte ein Plakat auf, das die Studenten zu einer Kundgebung um 18.00 Uhr aufrief[10]. Vor den geplanten Protesten erarbeiteten die Studenten eine 11 Punkte umfassende Resolution, die auf der Kundgebung verabschiedet werden sollte. Im Text fanden sich Vergewisserungen, dass die Studenten der Oppelner Hochschulen WSI, WSP und SN Verfechter des „Sozialismus in der Volksrepublik Polen" seien, die Außenpolitik der Regierung und der Partei unterstützten sowie die demokratischen Freiheiten hoch schätzten, die in der Verfassung der Volksrepublik Polen garantiert seien. In der Resolution wurde außerdem die Solidarität mit der Haltung der polnischen Studenten zum Ausdruck gebracht, wobei man sich gleichzeitig von „Hooligan- und Chauvinisten-Elementen" distanzierte. In weiteren Punkten hingegen wurde gefordert: Klärung der brutalen Behandlung der Studenten durch MO und ORMO, Freilassung der Studenten, die wegen Teilnahme an Demonstrationen verhaftet worden war, Richtigstellung der irreführenden Informationen über die Haltung der Oppelner Studenten in Presse, Radio und Fernsehen, und es wurde gefordert, *„dass das gesellschaftlich-politische Aktiv seine wahren Gedanken und Überzeugungen der Arbeiterklasse zum Ausdruck bringe und nicht missbraucht werde, um studentische Demonstrationen niederzuschlagen."* Am Ende wurde gefordert, den Inhalt der Resolution der Bevölkerung über die Presse, das Radio und das Fernsehen zu übermitteln[11].

---

[8] „Trybuna Opolska" 15 III 1968, nr 74.

[9] IPN WR, sygn. 011/461, Wyciąg z meldunku operacyjnego z dn. 16 III 1968 r. Opole 17 III 1968 r., Bl. 22.

[10] D. Mielcarek, op. cit., S. 110–111.

[11] APO, KW PZPR, sygn. 942, My studenci Opola manifestujemy swą postawą oddanie klasie robotniczej, Opole 15 III 1968 r., Bl. 34.

Als Folge dieser Ereignisse riefen die Parteienoberen mit dem Ersten Sekretär Miśkiewicz an der Spitze Rektor Horn zum Gespräch in das Gebäude des Wojewodschafts-Komitees. Dort wurde er belehrt, dass er als Rektor die volle Verantwortung dafür trage, wie sich die Ereignisse an der Hochschule entwickelt hätten. Wie aus den verfügbaren Dokumenten hervorgeht, wurden der 1. Sekretär des Wojewodschaftskomitees der PVAP Opole, Marian Miśkiewicz, und seine Mitarbeiter von der Entwicklung der Lage an der Oppelner Hochschule überrascht. Schlimmer noch, die Radikalisierung der Stimmung und das Auftauchen von Aufforderungen, eine Kundgebung zu organisieren, widersprachen den vorhergehenden Versicherungen, die an die Zentralregierung gesandt worden waren, dass an den Oppelner Hochschulen Ruhe herrsche. In der entstandenen Situation wurde begonnen, Personen zu suchen, die die Konsequenzen der Proteste der Studenten tragen sollten. Die Wahl der Parteioberen von Opole fiel aus den Rektor der WSP, Prof. Horn, obwohl dieser versucht hat, beruhigend auf die Studenten einzuwirken[12].

Parallel zu den Entscheidungen des 1. Sekretärs Miśkiewicz wurden entsprechende Maßnahmen vom Wojewodschafts-Kommandanten der Bürgermiliz, Oberst Benedykt Cader, eingeleitet. Auf der Versammlung, die am 15. März im WK der MO wurden entschiedenen und konsequente Maßnahmen gegenüber den protestierenden Studenten angekündigt. Die Stadt sollte verstärkt von Einheiten der MO und ORMO patrouilliert werden. Es wurde auch Kontakt zur Wojewodschaftsleitung der Feuerwehr aufgenommen, falls es notwendig sein würde, Wasserwerfer einzusetzen, um Demonstranten auseinander zu treiben. In der Nacht befahl der Kommandant der MO Oberst Cader den Kreis-Kommandanten der MO, sich unverzüglich mit den Leitungen der wichtigsten Arbeitsbetriebe zu verständigen. Die Funktionäre der Miliz sollten um jeden Fall verhindern, dass sich die Studenten mit den Arbeitern der Arbeitsbetriebe von Opole verständigen. Anfangs gelang es Oberst Cader nicht, sich mit der Militärführung in Opole abzustimmen, die negativ auf die Idee reagierte, gemeinsam mit der MO eventuelle studentische Demonstrationen niederzuschlagen. Die Haltung änderte die lokale Militärführung erst nach Intervention des 1. Sekretärs Miśkiewicz[13].

Um 18.00 Uhr versammelten sich etwa 500 Studenten der WSP, WSI und SN in der Vorhalle des Studentenwohnheims „Mrowisko". Trotz der Warnungen durch den Rektor, der unter dem Druck des 1. Sekretärs des WK den Studenten gegenüber erklärte, dass die Kundgebung illegal sei, gingen die

[12] D. Mielcarek, op. cit., S. 111; P. Madajczyk, op. cit., S. 229.

[13] K. Tarka, Strajk opolskich studentów podczas wydarzeń marcowych, „Gazeta Wyborcza. Opole" 6 III 2008, S. 1; H. Dominiczak, Organy bezpieczeństwa PRL 1944–1990. Rozwój i działalność w świetle dokumentów MSW, Warszawa 1997, S. 172; J. Eisler, op. cit., S. 496.

meisten Versammelten hinüber in das Gebäude der WSP an der ul. Oleska. Während des Marschierens wurden die Parole „Dziady auf die Bühne" skandiert und patriotische Lieder gesungen. Im Hauptgebäude der Hochschule füllten die Protestierenden die Vorhalle vor der Aula der WSP vollständig, in der die Versammlung des Hochschul-Komitees der PVAP unter Beteiligung von Vertretern des WK der PVAP in Opole stattfinden sollte. Entgegen den Erwartungen der Studenten und der Ankündigung durch Rektor Horn war die Versammlung eine geschlossene Veranstaltung. Nicht erschienen war der zuvor angekündigte 1. Sekretär des WK, Miśkiewicz. In seiner Vertretung trat lediglich der Leiter der Abteilung Propaganda und Agitation des WK der PVAP auf, Tadeusz Minczakiewicz, der Genese und Verlauf der „Warschauer Exzesse" in entsprechendem Licht darstellte[14]. Die Versammlung fand im Vorlesungssaal Nr. 154 von 19.45 Uhr bis 1.00 Uhr nachts statt. Vor der Versammlung überreichten die Studenten dem 1. Sekretär des Hochschul-Komitees der PVAP die Resolution der Studenten der WSI, der WSP und des SN in Opole. An der Parteiversammlung nahmen neben Mitarbeitern und Studenten, die Mitglied der PVAP waren, auch parteilose Mitarbeiter der Hochschule und Vertreter der Vorstände unterschiedlicher studentischer Organisationen teil. Die meisten Versammelten betonen, dass es keine Informationen über die Ereignisse in Warschau gäbe, wofür vor allem die Parteimedien kritisiert wurden. Dr. Marian Treszer forderte u.a. Informationen über die Ereignisse in der Tschechoslowakei und über die Gründe für den Rauswurf von Roman Zambrowski aus dem Politbüro des Zentralkomitees der PVAP. Dr. Halina Smolińska forderte, sofort die Parole „Studenten zum Lernen [zurück]", die ihrer Meinung nach schädlich sei, da sie zu einem „künstlichen Klassenkampf" aufrufe. Auch Dr. Klara Dąbrowska warnte davor, unter den Arbeitern Stimmung gegen die Intelligenzler zu machen. Die Studenten Krzysztof Borkowski (5. Jahr Mathematik), ehemaliger Vorsitzender des Hochschulvorstands des ZMS und Kazimierz Kobiałko (5. Jahr Geschichte), ehemaliger Chef des Hochschulrats des ZSP betonten hingegen in ihren Wortbeiträgen, dass der Grund für die studentischen Proteste in Opole die Resolution des studentischen Aktivs gewesen sein, die am 15. März in der „Trybuna Opolska" veröffentlicht worden war, in die Rede gewesen sei von: *„der allgemeinen Zustimmung der Studenten der WSP für die Politik der Partei"*[15].

---

[14] M. Patelski, Von der März-Revolte zu den Juni-Wahlen. Das Umfeld der Oppelner Studenten in den Jahren 1968–1989 vor dem Hintergrund der politischen Veränderungen in der Volksrepublik Polen, Elmar Schübl, Harald Heppner, Universitäten in Zeiten des Umbruchs. Fallstudien über das mittlere und östliche Europa im 20. Jahrhundert, Lit Verlag Wien 2011, S. 236.

[15] APO, KW PZPR, Notatka o przebiegu zebrania POP przy WSP z udziałem bezpartyjnych pracowników nauki i zarządów uczelnianych ZMS, ZMW i ZSP odbytego w dniu 15 marca 1968 r., Bl. 1–3.

Gegen 23.00 Uhr gab Rektor Horn sein Einverständnis dazu, die versammelten Studenten in die Aula der WSP einzulassen, in der die Kundgebung begann. Während der Kundgebung wurde gefordert, die Lage in Warschau zu klären, und die Medien kritisiert, deren Desinformation der Bevölkerung vorgeworfen wurde. Um 1.00 Uhr, nachdem die Versammlung des Hochschul-Komitees der PVAP beendet war, trat Rektor Horn vor die demonstrierenden Studenten, in Begleitung einiger Mitarbeiter der Hochschule, u.a. von Dr. Treszer und Magister Suchoński. Die Hochschulleitung schlug vor, eine gemeinsame Erklärung zu verabschieden, deren Grundlage die studentische Resolution sein sollte, die vom Hochschul-Komitee modifiziert worden war. Zur Verabschiedung des Dokuments in dieser Form kam es allerdings wegen der entschiedenen Weigerung der studentischen Aktivisten nicht[16]. Besonders kritisch über die in Polen herrschenden Verhältnisse äußerte sich der ehemalige Student Jan Lasoń, der seine Ansprache mit dem Satz beendete, „Polen müsse aufhören, Satellit eines großen Imperiums zu sein"[17]. Die Meinung der Gegenseite verteidigten die Funktionäre des ZMS, Hejn und Misiak[18]. Die meisten der versammelten jungen Menschen akzeptierten die studentische Resolution auch ohne die Änderungen, die auf der Sitzung des Hochschul-Komitees der PVAP eingebracht worden waren. Da keine Einigung mit der Hochschulleitung erzielt werden konnte, riefen die Versammelten einen 48stündigen Besetzungsstreik aus, der am Montag, den 18. März, beginnen sollte[19]. Nach dem Vorbild anderer universitären Zentren fiel die Forderung, eine Demonstration vor dem Adam-Mickiewicz-Denkmal in Opole zu veranstalten. Dieser Forderung widersprachen allerdings entschieden die folgenden Studenten: Jan Czech, Karol Machaczka (3. Jahr Polnische Philologie) und Ryszard Orłowski[20]. Um 3.00 Uhr beendete der Rektor den offiziellen Teil des Treffens, die versammelten Studenten diskutierten allerdings noch gut zwei Stunden bis 5.00 Uhr früh am Samstag, den 16. März, weiter.

---

[16] APO, KW PZPR, sygn. 942, Informacja o wydarzeniach w WSP w Opolu w dniach 15 i 16 marca 1968 r., Bl. 33.

[17] IPN Wr, sygn. 012/2801, t. 2, Protokół przesłuchania świadka, Opole 28 III 1968 r., Bl. 57.

[18] APO, Zarząd Wojewódzki Związku Młodzieży Socjalistycznej w Opolu (dalej: ZW ZMS), sygn. 621, Analiza studenckiej organizacji ZMS w WSP i WSI w Opolu, [Opole IV 1968 r.].

[19] Ibid., S. 112. W ocenie Służby Bezpieczeństwa zebranie w Opolu przebiegło dość spokojnie: „Studenci solidaryzowali się z klasą robotniczą, popierali politykę Polski i krajów socjalistycznych, odżegnywali się od elementów wrogich, ale jednocześnie domagali się uwolnienia zatrzymanych studentów". IPN BU, sygn. 0330/327/82, Informacja dot. wydarzeń związanych z sytuacja w środowiskach studenckich z dn. 16 III 1968 r., Bl. 28.

[20] Z. Bereszyński, Marzec '68 w opolskim środowisku akademickim, in: Marzec '68 z czterdziestoletniej perspektywy ..., S. 151.

Den Samstag, den 16., und den Sonntag, den 17. März, verbrachten die Oppelner Studenten mit der Herstellung von Flugblättern, auf denen sie die Ziele ihres Protestes erläuterten. In ihrem Appell an die „Bewohner von Opole" erläuterten sie, dass ihr Protest der Ausdruck der Solidarität mit den getöteten Studenten von Kraków und Gliwice sei sowie mit den verprügelten wissenschaftlichen Mitarbeitern und Mitgliedern des Senats der Jagiellonenuniversität Kraków – Prof. Adam Bielański – Prorektor der UJ (auf dem Flugblatt wurde fälschlicherweise der Vorname Jan angegeben), dem Dozenten Andrzej Kopff, dem Dozenten Emil Kornaś (auf dem Flugblatt ist fälschlicherweise der Familienname Kornal angegeben), Dr. Andrzej Górbiel und dem Dozenten Dr. Lesław Pauli, weshalb sie einen 48stündigen Besetzungsstreik vom 18. auf den 19. März ankündigten. Das Flugblatt endete mit der Aufforderung: *„An Euch, Bewohner von Opole, wenden wir uns, mit der Bitte, unsere Haltung gegenüber der unmenschlichen Behandlung der Studenten vollständig zu unterstützen. Wir protestieren gegen das rechtlose Eindringen von MO und ORMO auf das Hochschulgelände."* Die Information über die verprügelten Studenten und Mitarbeiter der Jagiellonenuniversität auf dem Flugblatt der Oppelner Studenten war das Ergebnis eines Treffens eines namentlich nicht bekannten Studenten aus Kraków mit Jan Czech am 16. März. Im Gespräch informierte der Bote aus Krakau den inoffiziellen Anführer der Oppelner Studenten über die Ereignisse in Kraków, zu denen es am 13. März gekommen war, und rief dazu auf, radikalere Maßnahmen zu ergreifen. Infolge dieses Treffens redigierte Czech den Text des Appells an die Bewohner von Opole[21].

Die Flugblattaktion in Opole wurde von Sonntag, den 17. März, bis Dienstag, den 19. März, durchgeführt. Gemäß den vorhergehenden Anordnungen von Oberst Cader versuchten die Funktionäre von Sicherheitsdienst [SD], MO und ORMO nicht zuzulassen, dass handschriftliche bzw. auf der Schreibmaschine geschriebene Flugblätter der Studenten aufgehängt wurden. Im Verlauf der Flugblattaktion wurden auch 5 Studenten festgenommen: Ryszard Rabczyński, Magdalena Pawlaszczyk (2. Jahr Polnische Philologie), Teodor Olbrich (2. Jahr Geschichte), Marek Nowy (2. Jahr Russische Philologie) und Mieczysław Plopa[22]. Joanna Parma-Kern (2. Jahr Polnische Philologie), Teilnehmerin der Flugblattaktionen, schrieb Jahre später: *„Wir wollten, dass auch die Bewohner von Opole von unseren Forderungen erfuhren, also schrieben wir Flugblätter und verteilten sie in der Stadt. Wir warfen sie in private Briefkästen ein, wir ließen sie in Cafés auf den Tischen zurück (am be-*

[21] Z. Bereszyński, Marzec '68 w opolskim środowisku akademickim, in: Marzec '68 z czterdziestoletniej perspektywy . . ., S. 152.

[22] D. Wodecka-Lasota, Resocjalizacja wichrzycieli, „Gazeta Wyborcza. Opole" 8–9 III 2008; Z. Bereszyński, Marzec '68 w opolskim środowisku akademickim, in: Marzec '68 z czterdziestoletniej perspektywy . . ., S. 153; Z. Bereszyński, Represje wobec studentów po Marcu '68, „Gazeta Wyborcza. Opole" 14 III 2008.

sten ging es im „Bajka" und „Teatralna"), wir legten sie im KMPiK in die Zeitung ein [Klub für Internationale Presse und Bücher]. *Als die Behörden erfuhren, dass Flugblätter in der Stadt kursieren, wurde ihre Verteilung gefährlich, denn es wurde begonnen, öffentliche Orte zu beobachten."* Bei einer solchen Aktion im KMPiK wurden Joanna Parma-Kern und ihre Freundin Magdalena Pawlaszczyk von Funktionären des SD bemerkt. Joanna gelang es, in das nahe gelegene Franziskanerkloster zu flüchten, Magdalena hingegen wurde gefasst und zeitweise festgehalten[23]. Die Flugblattaktionen wurden auch später fortgesetzt, der Aktion schlossen sich auch Schüler und jugendliche Arbeiter an. Die Geheimdienste nahmen am 2. April vier Exemplare des Flugblattes an, das den Titel „Telegramm an die Patrioten des Oppelner Landes" trug. Der Autor dieser Materialien solidarisierte sich mit den protestierenden Studenten und versicherte, *„dass die Jugend weiter im Interesse aller Polen um wirkliche Freiheit kämpfen werde"*[24].

Gleichzeitig fuhren in der Nacht vom 17. auf den 18. März drei Studenten der WSP, Jan Serbinowski (3. Jahr Physik), Henryk Kowalczyk (4. Jahr Physik) und Jan Szczepanik (3. Jahr Chemie) nach Kraków, um vor Ort die Lage zu erkunden, die an den Krakauer Hochschulen herrschte. Auf dem Rückweg wurden alle drei von Funktionären der MO auf dem Bahnhof in Katowice festgenommen. Bei der Durchsuchung wurden bei Serbinowski zehn Exemplare von Flugblättern aus Kraków gefunden, die er beabsichtigt hatte, in Opole zu verteilen. Kowalczyk hatte lediglich die Resolution der Oppelner Studenten bei sich und Szczepanik brachte keinerlei Materialien mit. Deshalb wurden Kowalczyk und Szczepanik nach 48 Stunden freigelassen, gegen Serbinowski hingegen verhängte der Staatsanwalt von Opole Untersuchungshaft[25].

Am Montag, den 18. März, begann der Besetzungsstreik in der WSP. Die Korridore des Gebäudes an der ul. Oleska und die Aula der Hochschule füllten sich mit Studenten, die Decken, Matratzen und Radioempfänger mitbrachten. Angesichts weiterer Gewaltakte von Seiten der Oppelner Partei- und Miliz-Funktionäre radikalisierte sich die Stimmung unter den Studenten. An den Wänden der Hochschule wurden Plakate mit einem Bild von Gomułka mit leeren Augenhöhlen und der Unterschrift „Steuermann der nationalen Kultur" aufgehängt. In der Aula der WSP lief in dieser Zeit eine ununterbrochene Kundgebung. Es kamen Forderungen nach System-

[23] J. Parma-Kern, Okno z widokiem na głodne sikorki, „Indeks" 2010, nr 9–10, S. 82.

[24] IPN BU, sygn. 0330/327/82, Informacja dot. wydarzeń związanych z sytuacją w środowiskach studenckich, 2 IV 1968, Bl. 81.

[25] Z. Bereszyński, Marzec '68 w opolskim środowisku akademickim, in: Marzec '68 z czterdziestoletniej perspektywy . . ., S. 154.

veränderungen in der Volksrepublik und personellen Änderungen bei den Führungseliten auf[26].

Die örtlichen Behörden vernahmen mit besonderer Beunruhigung die Nachricht, dass an den Kundgebungen und dem Streik eine große Gruppe von mehr als 350 Personen von Funktionären des Bundes der Sozialistischen Jugend der WSP teilnahm. Dem Besetzungsstreik schlossen sich außerdem Studenten von der WSI an, unter denen sich auch 25 Funktionäre dieser Organisation befanden[27]. Die Tatsache, dass die Mitglieder des ZMS, der bei den Behörden als Vorposten der kommunistischen Partei im studentischen Milieu galt, die Forderungen der Streikenden unterstützten, war für die Machthaber völlig unverständlich und verachtenswert.

Die Lage an der Oppelner WSP wurden sowohl von der örtlichen Parteileitung als auch vom Sicherheitsdienst aufmerksam verfolgt. Um einer Radikalisierung der Stimmung in der örtlichen Bevölkerung vorzubeugen, leiteten die Behörden eine breit angelegte Propagandaaktion ein. In Opole fand eine Beratung der Sekretäre der POP [der grundlegenden Parteiorganisationen] statt, deren Ziel es war, „die gegenwärtige Lage" zu beleuchten, ähnliche Versammlungen unter Beteiligung aller Mitglieder des POP sollten auf dem Gelände größerer Betriebe stattfinden[28]. In Erwartung eventueller Straßenproteste wurde auf Befehl der Parteileitung eine über 300köpfige Gruppe des Arbeiteraktivs organisiert, deren Aufgabe es war, eine eventuelle studentische Demonstration niederzuschlagen. Da es an Miliz-Stöcken fehlte, wurden 50 ORMO-Leute mit Stöcken bewaffnet, die aus Elektroleitungen zusammengedreht worden waren. Nach Opole wurde darüber hinaus aus Wrocław eine 60köpfige Einheit der Motorisierten Reserven der Bürgermiliz [ZOMO] geholt, und der örtliche Führer dieser Formation, Kpt. Jan Detyna gab den Befehl, sich auf Maßnahmen zur Zerschlagung vorzubereiten. Letztendlich kam es zu keiner studentischen Demonstration. Infolge der Überzeugung durch die Hochschulleitung, die die Furcht zum Ausdruck brachte, dass es während der studentischen Manifestation zu Provokationen kommen könnte, ließen die Studenten die Idee fallen, vom Hauptgebäude der Hochschule zum Mickiewicz-Denkmal zu marschieren, das auf dem Platz zwischen der ulica Katowicka und der ulica Miarki stand.

Am Abend des 18. März beschlossen im Arbeitszimmer von Rektor Horn Vertreter der Studenten und gleichzeitig die Redakteure der Zeitschrift „Fama", Harry Duda (5. Jahr Polnische Philologie) und Krzysztof Borkow-

[26] S. S. Nicieja, Alma Mater Opoliensis. Ludzie-fakty-wydarzenia, Opole 2004, S. 88–89.

[27] APO, ZW ZMS, sygn. 621, Analiza studenckiej organizacji ZMS w WSP i WSI w Opolu, [Opole IV 1968 r.].

[28] APO, KW PZPR, sygn. 1759, Dalekopis I sekretarza KW PZPR Mariana Miśkiewicza do KC PZPR Wydział Organizacyjny Sektor Informacji Partyjnej, Opole 18 III 1968 r., Bl. 164.

ski, den studentischen Protest endgültig zu beenden und es wurde der Inhalt der Resolution zum Abschluss des Streiks festgelegt. Gleichzeitig wurde den protestierenden Studenten versprochen, dass sie die Möglichkeit haben werden, sich mit Vertretern von Presse und Radio zu treffen, wenn nur der Streik beendet wird. Im Ergebnis dieser Vereinbarungen wurde um 18.00 Uhr der studentische Protest beendet und die Streikenden gingen auseinander, in ihre Studentenwohnheime bzw. zu ihren Eltern[29].

Wie aus den erhaltenen Quellen hervorgeht, waren nicht alle Studenten zufrieden damit, dass der Protest so beendet wurde. Auf einem Flugblatt, das am nächsten Tag in Opole verteilt wurde, wurden die Gründe für die Unterbrechung des Streiks anders dargestellt. Im Text wurde geschrieben: *„Bewohner von Opole, gestern, d. h. am 18. 03. 1968, wurden wir, indem man uns mit unseren verhafteten Kommilitonen erpresst hat, gezwungen, den Streik zu unterbrechen. Wir warten auf die Hilfe der Bevölkerung von Opole. Der Kampf um wahre Demokratie in der Volksrepublik Polen geht weiter – die Studenten von Opole"*[30]. Am gleichen Tag hängten Unbekannte ein Plakat auf dem Gelände der WSP auf, auf dem stand: *„Kommilitonen, der Streik ist zu Ende und wie geht es weiter? Was wird mit unseren Kommilitonen, werden wir denjenigen Bewohnern von Opole ins Gesicht sehen können, die uns gestern Brot gebracht haben?"*[31]

Unverzüglich nach Beendigung des Streiks begannen die Parteioberen entgegen der in ihrem Namen gemachten Versprechungen mit repressiven Maßnahmen. Der 1. Sekretär des WK der PVAP, Marian Miśkiewicz, forderte vom Rektor der WSP, Prof. Horn, disziplinarische Sanktionen gegen die „Anführer der illegalen Versammlung" anzuwenden. Infolgedessen wurden neun Studenten der WSP vom Studium suspendiert[32]. An diesem Tag fand auch eine Sitzung der Exekutive des WK der PVAP in Opole statt, auf der die März-Proteste in Opole analysiert wurden. An der Diskussion nahmen teil: Augustyn Wajda, Ryszard Hajduk, Romuald Bedyński, Józef Kardyś, Franciszek Sielańczuk, Ignacy Wirski, Józef Buziński, Stanisław Pogan, Marian Miśkiewicz und Stefan Marek. Dem akademischen Milieu an der WSP wurde u.a. vorgeworfen: schlechte Personalpolitik durch Prof. Maurycy Horn und die *„Hinweise* [durch die Leitung der WSP] *darauf, dass sie im Zeitraum der März-Vorfälle auf der Seite der Organisatoren der studentischen Ausfälle standen."*

---

[29] M. Patelski, Von der März-Revolte zu den Juni-Wahlen. Das Umfeld der Oppelner Studenten in den Jahren 1968–1989 vor dem Hintergrund der politischen Veränderungen in der Volksrepublik Polen, Elmar Schübl, Harald Heppner, Universitäten in Zeiten des Umbruchs. Fallstudien über das mittlere und östliche Europa im 20. Jahrhundert. Wien 2011, S. 237.

[30] IPN BU, sygn. 0236/98, t. 2, Naczelnik Wydz. III KW MO w Opolu ppłk J. Adamczyk, Meldunek nr 4, Opole 20 III 1968 r., Bl. 1.

[31] APO, KW PZPR, sygn. 1759, Dalekopis I sekretarza KW PZPR M. Miśkiewicza do KC PZPR, Opole 19 III 1968 r., Bl. 188.

[32] D. Mielcarek, op. cit., S. 114.

Es wurde auch ein Rektorenwechsel gefordert, wobei suggeriert wurde, den entsprechenden Kandidaten in einem anderen akademischen Milieu zu suchen.

Entschieden verurteilt wurde auch die Parteiorganisation der Abteilung an der Fakultät für Philologie und Geschichte, wobei beantragt wurde, eine Verifizierung aller ihrer Mitglieder durchzuführen. Kritisiert wurde auch die Auswahl der Themen von Magisterarbeiten. Im Protokoll der Sitzung der Exekutive wurde u.a. geschrieben, dass:" *an den geisteswissenschaftlichen Fakultäten die Tendenz auftritt, Themen für Magisterarbeiten festzulegen, die im Widerspruch zur politischen Linie unserer Partei stehen.*"

Kritisch bewertet wurde auch die Redaktion der Zeitschrift des ZSP, „Fama" [Ruhm], die sich in ihrer Zeitung nicht den Vorfällen widersetzt habe. Es wurde auch suggeriert, *„die politische Aufsicht des Hochschul-Komitees der Partei über diese Publikation zu verstärken"*[33]. Letztlich fiel allerdings die Entscheidung, die Zeitung aufzulösen. Grund für die Schließung der Studentenzeitung war die Intervention der Oppelner Zensoren. In der letzten Nummer der „Fama", die nach den März-Ereignissen vorbereitet wurde, wurde geschrieben: Wenn*„sich bemüht wird, Geschrei und Ablehnung etwas entgegenzustellen, dann muss das real und echt sein. Nur zu Vernunft und Nüchternheit aufzurufen, bringt in der Regel nicht den gewünschten Effekt"* und weiter: *„Es ist offensichtlich, dass man zu vielen Schlussfolgerungen auf dem Wege ruhiger Überlegungen und Diskussionen kommen kann. Es ist jedoch nicht wahr, dass Erschütterungen ein Dopingmittel sind, um diese Schlussfolgerungen zu formulieren. Man kann auch bereits vergilbte Protokolle durchsehen und die Schlussfolgerungen abschreiben, die manchmal als ideologiefrei gelten, und heute als Medikament für die Krankheit entdeckt werden."* Das inkriminierte Fragment war auch der Grund für das Eingreifen der Oppelner Zensur, deren Mitarbeiter auch das Wojewodschafts-Komitee der PVAP benachrichtigten. Angriffe gegen die Redakteure der „Fama": Harry Duda, Krzysztof Borkowski und Stanisław Gruszecki wurden auch auf den Seiten der Parteizeitung „Trybuna Opolska" vom Journalisten Stanisław Galos geführt. Der Redakteur der „Trybuna ..." warf den oben genannten Personen vor, „sich in Richtung eines ‚nein' gegenüber dem Sozialismus zu engagieren", aber auch „eine führende Rolle bei den März-Vorfällen gespielt zu haben". Der Druck der Zeitschrift „FAMA" wurde eingestellt und die Redaktion hat ihre Arbeit nicht wieder aufgenommen[34].

---

[33] APO, KW PZPR, sygn. 345, Protokół nr 9 z obrad Egzekutywy Komitetu Wojewódzkiego PZPR w Opolu, 18 IV 1968, Bl. 31–38.

[34] AAN, Główny Urząd Kontroli Prasy Publikacji i Widowisk (dalej: GUKPPiW), sygn. 3617, Naczelnik WUKPPiW Stanisław Dąbrowski, Sprawozdanie z działalności Wojewódzkiego Urzędu Kontroli Prasy. Publikacji i Widowisk w Opolu za rok 1968 Poprzedzone pismem przewodnim od Naczelnika WUKPPiW do GUKPPiW Gabinet Prezesa, Opole 31 XII 1968 r., Bl. 13–14; J. Duda, Trudny Harry. Pomarcowe represje wobec

Schon bald wurde gemäß den von der Exekutive angenommenen Schlussfolgerungen vom 1. Sekretär des WK der PVAP Miśkiewicz eine Sonderkommission unter Leitung des 1. Sekretärs des Stadt- und Kreis-Komitees der PVAP, Zenon Kawecki, einberufen. Ihr Ziel war es, „die Verhältnisse an der Hochschule gesund werden zu lassen"[35]. Der Effekt der Arbeiten der „Kawecki-Kommission" war der Ausschluss von etwa zehn Mitarbeitern der WSP aus der Partei.

Repression trafen auch die Studenten, die sich vor dem Kreisgericht Opole für die Beteiligung an den März-Ereignissen und die Verteilung der Flugblätter strafrechtlich zu verantworten hatten[36]. Die Parteioberen nahmen außerdem Säuberungsaktionen in den Jugendorganisationen vor, die an der WSP tätig waren. Von 1000 Mitgliedern des Verbands der Land-Jugend (ZMW) wurden 223 Studenten ausgeschlossen[37].

Dramatische Ereignisse begleiteten auch die Säuberungsaktionen in der Zusammensetzung der Hochschulorganisation des ZMS an der WSP. Während der Versammlung der Vorsitzenden der Kreise und des Hochschulvorstands dieser Organisation am 20. März 1968 stellte sich heraus, dass die Anspannung im Umfeld der Studenten der WSP überhaupt nicht geringer wurde, und viele Mitglieder dieser Organisation Solidarität mit den Teilnehmern der Proteste in Opole und anderen universitären Zentren im Lande zeigten. In einer Notiz, die an den Wojewodschaftsvorstand des ZMS in Opole geschickt wurde, formulierte ein anonymer Autor (Bromer?) auch zahlreiche Vorwürfe gegen die Teilnehmer dieser Versammlung. Er schrieb über die Stimmungen in den Reihen der Führungsriege des ZMS der WSP:

„1) Volle Solidarität der meisten Personen mit einer Haltung, die auf den Kundgebungen zum Ausdruck gebracht wurde, als richtige Art und Weise der Reaktion des studentischen Milieus.

2) Erregung über die Presse, die keine vollständigen und genauen Informationen über die Vorfällen im studentischen Milieu gibt.

3) Erregung über die Reaktion der MO in Warschau und Versuche, Studenten in Opole festzunehmen.

Harry'ego Dudy, „Indeks" 2009, nr 9–10, S. 62; M. Buchowski, Diabelski młyn, Warszawa 1989, S. 206.

[35] Wkrótce potem szef osławionej Komisji awansował na stanowisko kierownika Wojewódzkiego Ośrodka Propagandy Partyjnej KW PZPR w Opolu z dodatkiem do pensji 1700 zł. APO, KW PZPR, sygn. 346, Protokół nr 19 z obrad Egzekutywy Komitetu Wojewódzkiego PZPR w Opolu, 5 IX 1968.

[36] IPN WR, sygn. 011/461, Raport o zakończeniu sprawy operacyjnego rozpracowania, kryptonim „Wichrzyciele", Opole 27 III 1968 r., Bl. 16–17.

[37] APO, KW PZPR, sygn. 348, Sprawozdanie Zarządu Wojewódzkiego ZMW w Opolu z realizacji uchwały Plenum KW PZPR w sprawie pracy polityczno – wychowawczej wśród młodzieży, Opole 13 II 1969 r., Bl. 176.

4) Vollständig keine Ahnung, was im Lande passiert und Unkenntnis der Elemente und Nor[men?] des gesellschaftlichen und politischen Lebens.

5) Solidarische Verteidigung der bisher aufgedeckten Aufrührer.

6) Keine entschiedene Haltung im sich Entgegensetzen gegen eingetretene Fakten"[38].

Am 20. April war die Zeitung Thema im Vorstand des ZMS. Die Mitglieder dieses Gremiums waren der Vorsitzende Włodzimierz Kosiński, Jan Cofałka, Teodor Bromer, Leon Talaga, Sutor, Teresa Kułaga, Jerzy Majewski und Hieronim Synowiec. Diese hörten die Informationen über die Lage im studentischen Milieu und Informationen über die Maßnahmen, die die Instanzen des ZMS gegenüber dem studentischen Milieu verhängten. Die entsprechenden Materialien wurden von Eugeniusz Brudkiewicz und Teodor Bromer referiert. Im Verlauf der Diskussion zu den Ereignissen an der WSP wurden eine größere Überwachung für den studentischen Radiosender „Radiosygnały" und eine verstärkte Propagandaaktion unter Studenten durch den Druck von Broschüren und die Ausstrahlung entsprechender Radiosendungen gefordert. Um die Studenten und die Arbeiterklasse einander anzunähern, wurde außerdem beschlossen, die Kontakte der Hochschulkreise des ZMS mit den Kreisen dieser Organisation in den Betrieben zu intensivieren. Die runderneuerte und von unerwünschten Elementen gesäuberte Organisation ZMS sollte ihre Kraft bei der Demonstration am 1. Mai zeigen – daher die Parole „Am 1. Mai nehmen wir Rache für die März-Ereignisse". Auf dem Treffen wurden auch personelle Veränderungen in der Leitung des ZMS der WSP akzeptiert[39].

Die Säuberung im ZMS der WSP wurde unter dem Druck von Mitgliedern des Wojewodschaftskomitees der PVAP durchgeführt, die der Leitung des ZMS vorwarfen: *fehlende Kampfbereitschaft und fehlende Vorbereitung, die Aufrührer abzuwehren.* In Verbindung damit wurde der gesamte Vorstand des ZMS der WSP abberufen, in dem u.a. Krzysztof Borkowski saß. Zusätzlich verordnete der Wojewodschaftsvorstand des sozialistischen Verbands den Funktionären der WSP speziellen Schulungen in einem Arbeiter-Studenten-Lager in Pobierowo und auf einem zentralen Gruppencamp der ZMS in der Wojewodschaft Zielona Góra[40].

Die Repressionen trafen auch Vertreter des wissenschaftlichen Umfelds von Opole. Unter den Opfern der antisemitischen Säuberungsaktion waren

[38] APO, ZW ZMS, sygn. 549, Notatka z narady odbytej w dniu 20 III 68 r. przewodniczących kół ZMS i Zarządu Uczelnianego ZMS WSP w Opolu.

[39] APO, ZW ZMS, sygn. 621, Protokół z posiedzenia prezydium ZW ZMS, Opole 18 IV 1968 r., Bl. 7–8.

[40] APO, KW PZPR, sygn. 347, Sprawozdanie Zarządu Wojewódzkiego ZMS w Opolu z realizacji uchwały Plenum KW PZPR w sprawie pracy polityczno-wychowawczej wśród młodzieży pracującej i uczącej się, [załącznik do protokołu z obrad Egzekutywy KW PZPR, 31 X 1968 r.]

Oberst Izydor Helin – Leiter des Militär-Studiengangs an der WSP, Dr. Leszek Leo Kantor – Russizist und Kulturanimateur an der WSP, Dozent Dr. Seweryn Dür (marxistischer Philosoph), Dozent Dr. Bolesław Gleichgewicht (Mathematik) – später bekannter Oppositioneller in Wrocław, Dozent Dr. Józef Eisner (Physiker), Dr. Felicja Figowa (Historikerin). Aus politischen Gründen wurde relegiert: Dr. Halina Smolińska, Magister Władysław Czermiński, Dr. Mariana Treszer (Philosoph und Betreuer des ZMS von Seiten der Hochschulleitung)[41], Dozent Dr. Władysław Dziewulski[42], Magister Zofia Gunaris. Aus der Partei ausgeschlossen wurden Dr. Leonard Owczarek und Dozent Władysław Studencki. Ein Schlag für das akademische Milieu war schließlich am 30. April 1968 der Rücktritt des Rektors der WSP, Prof. Maurycy Horn. Der herausragende Wissenschaftler gab gesundheitliche Gründe an. Der faktische Grund für seinen Rücktritt waren der Druck von Seiten des 1. Sekretärs, Miśkiewicz, sowie des Ministeriums für Hochschulwesen[43].

Repressionen erfuhren auch Mitglieder der Hochschulvereinigung des Stronnictwo Demokratyczne [Demokratische Liberale Partei] – die als Partei galt, in der sich die Intelligenz in der Volksrepublik sammelte. Viele der von der Hochschule relegierten Wissenschaftler waren Aktivisten der SD, weshalb nach ihrem Weggang bzw. nachdem sie für die PVAP angeworben worden waren, aus zwei akademischen Kreisen einer mit einer bescheidenen Mitgliederzahl entstand. *„Er war (...) zwar ein Hochschulkreis, aber irgendwie außerhalb der Hochschule. Im übertragenen Sinne und im Wortsinne. Es war nicht gern gesehen (selbst durch den damaligen Sekretär des WK), neue Mitglieder, insbesondere Studenten, einzuführen, und Versuche, eine Zusammenarbeit mit dem Hochschul-Komitee der PVAP aufzunehmen, wurden sofort unterbunden (auf höheren Ebenen). Die Versammlungen des Kreises fanden am Sitz des Stadt-Komitees des SD statt"*[44]. Bis 1980 trafen offizielle Versuche, Versammlungen des SD an

[41] Władze nie mogły wybaczyć dr. Treszerowi słów krytyki pod adresem ZMS i ZMW, który miał powiedzieć o tych organizacjach, że to: „moloch i zero polityczne i organizacyjne". APO, KW PZPR w Opolu, sygn. 1759, [Tow. Pogan], Wnioski wynikające z marcowych wydarzeń na WSP, Wydział Organizacyjny KW PZPR, Opole [?] IV 1968 r., Bl. 200.

[42] Er wurde gezwungen zur Arbeit in das Schlesische Institut zu wechseln, wo er keinen Kontakt zu Studenten hatte.

[43] M. Patelski, Niezależne Zrzeszenie Studentów w Opolu 1980–1990. Zarys działalności na tle lokalnego środowiska akademickiego, Opole: Fundacja im. Mieczysława Dumnickiego 2010, S. 34.

[44] B. Gajda, Z. Halska, R. Pietrzak, Koło Akademickie – totalna niemożność czy symptomy nadziei, „Opolski Biuletyn Stronnictwa Demokratycznego" 1983, nr 16–17, S. 17–18.

der Hochschule durchzuführen (u.a. im Jahr 1978) auf entschiedenen Widerspruch der Hochschulleitung der WSP[45].

Andererseits belohnten die kommunistischen Behörden Funktionäre, die während der Ereignisse von 1968 die entsprechende Haltung gezeigt hatte. Auf Anordnung des 1. Sekretärs Miśkiewicz stieg Stanisław Pogan, der bisherige Leiter der Organisationsabteilung des WK der PVAP zum Vorsitzenden der Wojewodschafts-Kommission für Parteikontrolle auf. In der Begründung wurde geschrieben: *„Während der März-Ereignisse, als [in der] WKKP und in der Abteilung Propaganda des WK Bremsen auftraten bzw. Ratlosigkeit angesichts der Notwendigkeit, eine Bewertung der Nützlichkeit der Genossen auf exponierten Funktionen vorzunehmen, und insbesondere an der Pädagogischen Hochschule Opole überwachte er im Auftrag des WK die Arbeit der dazu einberufenen Arbeitsgruppe, wobei er eine prinzipielle und gleichzeitig völlig objektive Haltung zeigte"*[46]. Für den Posten des Sekretärs für Propaganda des WK der PVAP in Opole wurde Augustyn Wajda nominiert, weil *„er während der März-Ereignissen, von denen auch die Pädagogische Hochschule Opole nicht verschont geblieben ist, eine entschiedene und geschickte Haltung gezeigt hat. Dank seiner Hilfe konnte die Anti-Partei-Haltung der einzelnen wissenschaftlichen Mitarbeiter offen gelegt und entlarvt werden die bereits über eine längere Zeit von der Abteilung Propaganda des WK favorisiert worden waren"*[47].

Die März-Ereignisse hatten außerdem eine Reform der Lehrpläne an den Hochschulen zur Folge. Es wurde die Stundenzahl für Fächer erhöht, die die akademische Jugend indoktrinierten. Als Antwort auf die Forderungen des V. Parteitags der PVAP wurde ab dem Sommersemester 1968/69 ein neues Fach in den Lehrplan aufgenommen, „Grundlagen der politischen Wissenschaften". Dieses Fach wurde in allen Studiengängen im Umgang von 2 Wochenstunden für 2 Semester eingeführt. Zur Realisierung dieser Aufgaben wurde an der WSP 1969 das „Fakultätsübergreifende Studium der Politischen Wissenschaften" ins Leben berufen, das später in das Institut für Gesellschaftliche und Politische Wissenschaften umgewandelt wurde[48]. Im Jahr 1969 führten die Behörde außerdem die Pflicht ein, dass die Studenten der

[45] R. Pietrzak, Historia w Koło (SD) wpisana, „Opolski Biuletyn Stronnictwa Demokratycznego" 1981, nr 2, S. 15.

[46] APO, KW PZPR, sygn. 864, Pismo I sekretarza KW PZPR Mariana Miśkiewicza do kierownika Wydziału Organizacyjnego KW PZPR Edwarda Babiucha, Opole 2 XII 1968 r., Bl. 154.

[47] APO, KW PZPR, sygn. 864, Pismo I sekretarza KW PZPR Mariana Miśkiewicza do Sekretariatu KC PZPR, Opole 28 V 1968 r., Bl. 236.

[48] Kwestię dymisji rektora Horna, krytykę czasopisma „Fama" oraz sprawę prowadzenia zajęć z „Postaw nauk politycznych" omówiono szerzej na zebraniu POP w WSP 29 IV 1968 r. APO, KW PZPR w Opolu, sygn. 942, Pismo I sekretarza KW PZPR w Opolu Mariana Miśkiewicza do KC PZPR w Warszawie, Opole 29 IV 1968 r., Bl. 86–89; S. S. Nicieja, Alma Mater . . ., S. 91.

ersten Studienjahre einer bezahlten Ferienarbeit nachgingen. Die Studentischen Arbeiter-Praktika (SPR) sollten der Realisierung der Idee „Erziehung durch Arbeit“ dienen, auf diese Weise sollten auch die Studenten an die Arbeiterklasse angenähert werden[49]. Darüber hinaus wurden auch die Kriterien für die Vergabe eines Studienplatzes geändert. Die notwendige Punktzahl für die Prüfung in einer Fremdsprache sowie für die Prüfung in Physik für Naturwissenschaften wurde gesenkt und vereinheitlicht. Angehoben wurde hingegen die Punktzahl (von 3 auf 5) für Herkunft für Bewerber, deren Eltern Bauern bzw. Arbeiter waren. Außerdem wurden 10% der Studienplätze für die ersten Studienjahre reserviert für *„Kandidaten aus Arbeiter- und Bauernfamilien, Kinder von Militärangehörigen aus sog. grünen Garnisonen und von Unteroffizieren der MO“*[50]. Kurz darauf wurde auch die Arbeit an einem neuen Hochschulgesetz begonnen, das den Anteil von Vertretern von Partei- und Jugendorganisationen in den Senaten der Hochschulen erhöhen sollte, den wissenschaftlichen Grad des „Dr. habil.“ wieder herstellen und die Kompetenzen der Dekane und Rektoren ausweisen sollte[51].

[49] J. Walczak, Ruch studencki w Polsce 1944–1984, Wrocław-Warszawa-Kraków 1990, S. 198–199.

[50] Rekrutacja na studia na nowych zasadach, „Trybuna Opolska“ 19 V 1968, nr 137.

[51] Szkolnictwo wyższe na nowych zasadach. W przygotowaniu projekt nowej ustawy, „Trybuna Opolska“ 25 V 1968, nr 142.

Marzena Leżak

Das Leben nach dem März 1968 – Schicksale der Teilnehmer an den März-Unruhen

Die Freiheitsbewegung der Studenten, die alle zivilen Hochschulen in Polen mit vielen jungen Menschen ergriff, begann an der Universität Warschau und erreichte dort ihre Extreme. Obwohl sie sich nicht, wie das erhofft war, in eine politische Bewegung umwandelte, beeinflussten die Ereignisse sehr wesentlich die Schicksale der protestierenden jungen Menschen. Die studentische Bewegung wurde von den Behörden der Volksrepublik Polen brutal niedergeschlagen und ihre Teilnehmer hatten drastische Konsequenzen zu tragen. Den Teilnehmern der Kundgebungen war nicht bewusst, dass die Ereignisse, an denen sie beteiligt waren, ihr weiteres Leben so wesentlich beeinflussen werden. Aus der Perspektive späterer Erfahrungen erinnern sich die Studenten, die aktiv an den Protesten teilnahmen, an diese Zeit als Wendepunkt und gaben an, dass dieser Moment ihr Schicksal für das gesamte Erwachsenenleben geprägt hat.

Der vorliegende Text geht ganz kurz auf die Märzereignisse ein und skizziert knapp den weiteren Lebensweg der Studenten aus Warschau, die z. T. die Gesichter der Ereignisse des Jahres 1968 geworden sind wie das bei Adam Michnik der Fall war. Den Schwerpunkt bildet aber das Schicksal der Studenten und Wissenschaftler in Opole, also beispielhaft von denjenigen, die in kleineren universitären Zentren protestiert hatten. Am Schicksal der Studenten Jan Czech, Krzysztof Borkowski, Marek Nowy, Harry Duda, Magdalena Pawlaszczyk sowie des Rektors der Pädagogischen Hochschule (WSP) Opole, Professor Maurycy Horn wird hier vorgestellt, welche Konsequenzen die Ereignisse des März '68 für die Teilnehmer sowohl im studentischen als auch im wissenschaftlichen Milieu der Pädagogischen Hochschule Opole hatten[1]. Deren Konsequenzen unterschieden sich wesentlich von denen der Warschauer Akteure.

Die Märzereignisse 1968 und die Studenten aus Warschau

Der direkte Anlass dafür, dass die Studenten im März 1968 auf die Straßen gingen, war die Absetzung des Theaterstücks *„Dziady"* [Totenfeier] von Adam

[1] Tekst nawiązuje do opracowania Mariusza Patelskiego, gdzie przedstawiono szczegółowo przebieg wydarzeń marca 1968 r. w opolskiej Alma Mater.

Mickiewicz unter der Regie von Kazimierz Dejmek. Die Behörden stuften es als antisowjetisch ein und entschieden, dass die letzte Vorstellung am 30. Januar 1968 stattfinden sollte. An diesem Tag begab sich nach der Aufführung eine Gruppe von etwa 300 Personen, die von den „komandosi" [Rädelsführern] organisiert worden war,[2] mit Transparenten und Blumen zum Adam-Mickiewicz-Denkmal. Nach Beendigung der Demonstration griff die Miliz mit Schlagstöcken ein und verhaftete 30 Personen. Einen Tag später informierten Adam Michnik und Henryk Szlajfer westliche Medien über die Vorfälle in Warschau, was zur Folge hatte, dass sie mit Beschluss des Ministers für Wissenschaft und Hochschulwesen vom 4. März 1968 von der Universität Warschau verwiesen wurden. In dieser Situation beschloss die Gruppe der „komandosi" [Rädelsführer], zu ihrer Verteidigung eine Protestaktion einzuberufen, die für den 8. März geplant war. Daran waren etwa 2000 bis 3000 Studenten beteiligt[3]. Die Kundgebung wurde von der Miliz und Kampftruppen des Arbeiteraktivs brutal niedergeschlagen. Es folgten massenweise Verhaftungen von Studenten und deren Beratern. Ins Gefängnis kamen unter anderem: Michnik, Kuroń und Modzelewski. Im Verlauf der nächsten Tage schlossen sich als Zeichen der Solidarität mit den Warschauer Studenten weitere universitäre Zentren der Aktion an: Kraków, Gliwice, Lublin, Gdańsk, Łódź, Wrocław, Opole, Poznań, Szczecin, Katowice. In jeder dieser Städte kam aus zu Repressionen und Verhaftungen der demonstrierenden Studenten.

Adam Michnik, einer der aktivsten Teilnehmer des Protestes in Warschau, wurde im Februar 1969 zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt. Im Jahr 1969 wurde er durch eine Amnestie freigelassen, die am 21. Juli 1969 zum 25. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik Polen erlassen wurde. In den Jahren 1970 und 1971 arbeitete er als Schweißer in der Lampenfabrik „Rosa Luxemburg" in Warschau. Danach war er in den Jahren 1973 bis 1976 Sekretär des bekannten Dichters und Dramenschreibers Antoni Słonimski. Im Jahr 1975 war er einer der Unterzeichner des *„List 59" [Brief der 59],* der an den Sejm der Volksrepublik Polen gerichtet war, in dem gegen die ankündigte Neufassung der Verfassung protestiert wurde. Ab 1977 war er aktives Mitglied des Komitees zur Verteidigung der Arbeiter (KOR)[4]. In der zweiten Hälfte

[2] Mit „komandosi" [Rädelsführer] wurde in den 1960er Jahren eine Gruppe von oppositionellen Studenten bezeichnet. Sie tauchten bei offenen Vorlesungen an der Universität Warschau auf und störten die Propaganda-Treffen. Die informelle Leitung bildeten u.a. Teresa Bogucka, Adam Michnik, Seweryn Blumsztajn, Józef Dajczgewant, Wiktor Górecki, Jan Gross, Irena Grudzińska, Irena Lasota, Jan Lityński, Eugeniusz Smolar, Henryk Szlajfer und Barbara Toruńczyk.

[3] A. L. Sowa, *Wielka historia Polski, Od drugiej do trzeciej Rzeczypospolitej (1945–2001)*, Kraków 2001. t. 10, S. 193–194.

[4] Komitee zur Verteidigung der Arbeiter – oppositionelle Organisation, die von September 1976 bis September 1977 tätig war, die sich der Politik der Machthaber der Volks-

der siebziger Jahre war er an den Aktivitäten des Komitees zur Gesellschaftlichen Selbstverteidigung beteiligt. Vielfach vorübergehend vom Sicherheitsdienst festgenommen wurde er mehrfach verprügelt. Adam Michnik nahm an den Streiks an der Ostseeküste im August 1980 teil, wofür er verhaftet wurde. Nach der Verhängung des Kriegszustands wurde er 1981 inhaftiert, nach 31 Monaten Gefängnis wurde er freigelassen. Im Februar 1985 wurde er in Gdańsk erneut verhaftet, ihm wurde vorgeworfen, die Provisorische Koordinations-Kommission der Gewerkschaft NSZZ „Solidarność" zu leiten[5] und öffentliche Unruhen herbeizuführen. Er wurde zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Infolge einer Amnestie kam er im Juli 1986 frei, ging nach Gdańsk und wurde einer der engsten Berater von Lech Wałęsa. Er befürwortete die Gespräche der „Solidarność" mit den Machthabern, die im Herbst 1988 begannen. Er nahm an den Verhandlungen am Runden Tisch und an vertraulichen Gesprächen in Magdalenka teil. Von 1989 bis 2004 arbeitete er als Chefredakteur der „Gazeta Wyborcza"[6]. An seinem Lebensweg wird deutlich, dass Mischnik nicht nur bei den März-Ereignissen von 1968 eine wichtige Rolle spielte, sondern in der Gewerkschaftsbewegung um 1980 ebenfalls aktiv war und im demokratischen Polen eine einflussreiche leitende Position einnahm. Vergleichbar ist der Lebensweg von Jacek Kuroń[7], der ebenfalls in der Gewerkschaftsbewegung aktiv war und 1989 an den Gesprächen am Runden Tisch teilnahm. Am 4. Juni 1989 wurde er bei den ersten freien Wahlen in den Sejm gewählt. Er wurde Minister für Arbeit und Sozialpolitik in der Regierung des ersten nichtkommunistischen Ministerpräsidenten Polens, Tadeusz Mazowiecki. Ähnliche Lebenswege weisen weitere studentische Aktivisten auf wie Karol Modzelewski[8] und Jan Lityński[9].

---

republik Polen widersetzte, die Hilfe für Personen leistete, die Repressionen ausgesetzt waren, infolge der Streiks von 1976 in Radom, Ursus und Płock.

[5] Provisorische Koordinierungs-Kommission der Gewerkschaft NSZZ „Solidarność" (TKK) – Leitungsgremium einer Untergrundorganisation, am 22. April 1982 von Zbigniew Bujak, Władysław Frasyniuk, Władysław Hardek und Bogdan Lis ins Leben gerufen. Die TKK bestand bis Oktober 1987 und umfasste Vertreter der wichtigsten Regionen in Polen.
http://www.13grudnia81.pl/sw/slownik-pojec/6683,Tymczasowa-Komisja-Koordynacyjna-NSZZ-Solidarnosc-TKK.html [abgerufen 1. 11. 2016]

[6] C. Bouyeure: *Adam Michnik Biografia. Wymyślić to, co polityczne*, Kraków 2009., J. Skórzyński: *Adam Michnik*, [in:] *Opozycja w PRL. Słownik biograficzny 1956–89*, red. J. Skórzyński, Warszawa 2000, t. I, S. 234–237.

[7] A. Friszke. R. Żelichowski, *Jacek Kuroń*. Ibidem, S. 201–206.

[8] K. Modzelewski, *Zajeździmy kobyłę historii. Wyznania poobijanego jeźdźca*. Warszawa 2013., A. Friszke, *Karol Modzelewski*, [in:] *Opozycja w PRL* . . ., S. 246–249

[9] A. Friszke, *Jan Lityński* [in:] *Opozycja w PRL. Słownik* . . ., S. 641–644.

Konsequenzen anderer Art für die Teilnahme an den Protesten im März 1968 trugen Seweryn Blumsztajn und Józef Dajczgewand. Blumsztajn wurde als Mitorganisator der Kundgebung an der Universität Warschau verhaftet und dann von der Hochschule verwiesen. Im Dezember wurde er zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt, im Juli 1969 durch Amnestie freigelassen. In dieser Zeit entschied sich seine Familie aufgrund des anwachsenden Antisemitismus, das Land zu verlassen und nach Schweden zu emigrieren. Nachdem er aus dem Gefängnis entlassen worden war, arbeitete er in einer Genossenschaft, dann, 1975–1976 im Unternehmen „Desa". Ab 1976 redigierte er den „Biuletyn Informacyjny". Ab 1977 war er aktiv im Komitee zur Gesellschaftlichen Selbstverteidigung des „KOR". Ab 1980 dagegen im NSZZ „Solidarność". Im Jahr 1981 fuhr er auf Einladung von Gewerkschaften nach Frankreich, wo er politisches Asyl beantragte. Er gründete das Solidaritäts-Komitee mit, wurde Herausgeber des „Bulletin d'Information du Comité Solidarité à Paris". Nach Polen kehrte er 1989 zurück und begann, als Journalist zu arbeiten."[10] Ein ähnliches Schicksal hatte Józef Dajczgewand. Sein Name wurde notorisch von der antisemitischen Propaganda in der Volksrepublik verwendet. Im Jahr 1970 emigrierte er nach Schweden. Im Exil unterstützte er aktiv die Tätigkeit des Komitees zur Verteidigung der Arbeiter, des Komitees zur Gesellschaftlichen Selbstverteidigung des „KOR" und des Studentischen Solidaritäts-Komitees , und die Tätigkeit der „Solidarność" in den achtziger Jahren[11]. Zu sehen ist hier, dass die jüdischen studentischen Aktivisten zusätzlich starkem antisemitischem Druck aussetzten waren und deshalb emigrierten, die Gewerkschaftsbewegung vom Exil aus unterstützten und nach 1989 erfolgreich in Polen politisch aktiv waren. Bei allen 68er Aktivisten kann man aber die durchgängige politisch-oppositionelle Arbeit feststellen, die in die Organisation und Unterstützung des Wandels von 1989 hinauslief. Nach 1989 brachten sie sich in die Gestaltung des postkommunistischen Polens ein.

Die Märzereignisse von 1968 und die Studenten aus Opole

Im akademischen Umfeld von Opole verliefen die März-Ereignisse im Vergleich zu Warschau ruhiger. Nichtsdestotrotz waren die Repressionen, denen die aktivsten Teilnehmer ausgesetzt waren, gleich hart und schmerzlich. In diesem Kontext ist die Tatsache zu betonen, dass die Hochschule Opole erst 1954 ihre Tätigkeit aufgenommen hatte. Trotzdem unterschied sich die Hal-

[10] W. T. Modzelewski, *Seweryn Blumsztajn*. Ibidem, S. 41–43.
[11] J. Eisler, *Polski rok 1968*. Warszawa 2006, S. 80, 85, 281–283, 532.

tung der Studenten nicht von den großen universitären Zentren wie Warschau oder Krakau[12].

Der 14. März 1968, war der Beginn der März-Ereignisse an der Pädagogischen Hochschule (WSP) Opole. An diesem Donnerstagabend gegen 20.30 Uhr tauchten im Vorraum des Studentenwohnheims „Mrowisko" fünf Plakate auf, die zur Solidarität mit den Warschauer Studenten aufriefen. Dass sie auftauchten, hatte mit der Rückkehr von Jan Kazimierz Czech vom Festival der Studentischen Theater in Lublin zu tun. Czech, damals Student im 3. Studienjahr Mechanik an der WSP, der im „Theater des Faulen Zuschauers" aktiv war, wurde während seines Aufenthalts in Lublin Zeuge der dortigen studentischen Streiks. Sie inspirierten ihn dazu, ähnliche Aktionen in Opole zu ergreifen. Er initiierte das Aufhängen der Plakate im Studentenwohnheim „Mrowisko". Dabei half ihm Adam Kasprzyk (Student im 2. Jahr Mechanik). Zur Kundgebung im Studentenwohnheim kamen immer mehr Studenten, es wurden Parolen skandiert: „Die Presse lügt", „Das Radio lügt", „Zensoren – Hände weg von Mickiewicz", „Es lebe Dejmek". Beunruhigt durch diese Ereignisse und die wachsende Unzufriedenheit unter den Studenten erschien auf der Kundgebung der Rektor der WSP, Prof. Maurycy Horn zusammen mit dem ersten Sekretär des Hochschul-Komitees der PVAP, Magister Adam Suchoński. Die Hochschulleitung appellierte, Ruhe zu bewahren und die Proteste einzustellen. Sie versprach, alle brennenden Angelegenheiten auf einer extra einberufenen Versammlung zu klären. Gegen Mitternacht schlossen im Namen der Studentenschaft Krzysztof Borkowski (Chefredakteur der Studentischen Monatszeitschrift „Fama" und Student im 5. Jahr Mathematik), Jan Kazimierz Czech, Adam Kasprzyk, Kazimierz Kobiałko (5. Jahr Geschichte), Zbigniew Gwiazda (5. Jahr Mechanik) und Jan Lach (5. Jahr Physik) eine Vereinbarung mit Rektor Horn. In dieser wurde versichert, dass alle Fragen der streikenden Studenten den entsprechenden Gremien auf der Versammlung der Grundlegenden Parteiorganisation (POP) der WSP vorgestellt würden, zu der der 1. Sekretär des Wojewodschafts-Komitees der PVAP in Opole, Marian Miśkiewicz eingeladen werde[13].

Am nächsten Tag veröffentlichte die Oppelner Tageszeitung „Trybuna Opolska" die Information, am Vortag habe ein Treffen des Aktivs des Bundes der Sozialistischen Jugend [ZMS] und des Verband der Land-Jugend [ZMW] aus folgenden Oppelner Hochschulen stattgefunden: WSP, Ingenieurs-Hochschule [WSI] und Lehrerseminar [SN]. Auf der Versammlung seien die Exzesse von „aufrührerischen Elementen" verurteilt worden. Es sei auch eine Resolution verabschiedet worden *„in der sich unter anderen ein Fragment be-*

---

[12] D. Mielcarek, *Echa wydarzeń marca 1968 roku na Opolszczyźnie w świetle materiałów archiwalnych i prasowych.* [in:] *„Prace uczestników Studium Doktoranckiego 5. Historia"*, red. A. Filipczak-Kocur, Opole 2003, S. 118.

[13] St. S. Nicieja, *Wyższa Szkoła Pedagogiczna w Opolu 1950–1990*, Opole 1990.

fand, das sich auf die Haltung der Studenten bezieht: Wir protestieren kategorisch dagegen, dass die Studenten für schmutzige, egoistische Interessen von feindlichen und verantwortungslosen Elementen ausgenutzt werden, die von [Radio] Freies Europa und andere der Volksrepublik Polen gegenüber feindselig eingestellten Institutionen unterstützt werden. Wir sind überzeugt, dass die entschiedene Mehrheit der Warschauer Studenten nüchtern und patriotisch denken kann und mit ihrer aufopferungsvollen und entschiedenen Haltung den Ruf der Studenten der Volksrepublik Polen würdig vertreten kann"[14]. Die Veröffentlichung dieser Resolution, unter Auslassung der Solidaritätskundgebung für die Warschauer Studenten, die an der WSP stattfand, rief im Oppelner akademischen Milieu Irritationen hervor. Am gleichen Tag, am Freitag, den 15. März, begann um 20.15 Uhr an der Oppelner WSP die einen Tag zuvor geplante Versammlung der Grundlegenden Parteiorganisation. Entgegen früherer Ankündigungen war sie nur für Parteimitglieder zugänglich. In dieser Zeit versammelten sich vor der Tür zur Aula immer mehr unzufriedene Studenten, die an der Versammlung teilnehmen wollten. Die stürmische Versammlung wurde von Magister Adam Suchoński geleitet. Die Studenten hielten ihre Unzufriedenheit nicht zurück und kritisierte durch laute Rufe den unpräzisen und hysterischen Ton der morgendlichen Äußerungen in der Presse und warteten auf die Ankunft des 1. Sekretärs des Wojewodschafts-Komitees der PVAP, Marian Miśkiewicz. Es entstand das Risiko, dass die aufgebrachten Studenten den Campus-Bereich verließen. Gleichzeitig sammelten sich an der Straßenecke ulica Katowicka/Grunwaldzka Einheiten der ORMO und der Miliz, die darauf vorbereitet waren, die Demonstration niederzuschlagen. Zwei Studenten: Karol Machaczka (2. Jahr Polnische Philologie) und Ryszard Orłowski (2. Jahr Polnische Philologie) kümmerten sich und verhinderten erfolgreich, dass die Demonstrierenden auf die Straße gingen. Sie ließen die Versammelten sich ausweisen, wer keinen Studentenausweis dabei hatte, wurde aus dem Gebäude geführt. Da keinerlei Einigung mit der Hochschulleitung erzielt werden konnte und der zuvor angekündigte Sekretär Miśkiewicz nicht kam, rief Jan Czech um Mitternacht einen 48stündigen Besetzungsstreik aus, der am 18. März beginnen sollte[15].

In der Nacht vom 17. auf den 18. März wurde begonnen, in der Stadt Plakate aufzuhängen und Flugblätter zu verteilen, die zum Streik aufriefen, der Ausdruck der Solidarität mit den wissenschaftlichen Mitarbeitern und den Studenten der Jagiellonenuniversität Krakau sein sollte, die am 13. März 1968 von der Miliz angegriffen worden waren. Während der Flugblattaktion nahm die Miliz fünf Studenten der WSP fest und inhaftierte sie: Marek

[14] *Pełne poparcie dla polityki i partii, Studenci, uczniowie, załogi opolskich zakładów pracy na masówkach protestacyjnych*, „Trybuna Opolska", 15 III 1968, nr 74, S. 1–2.

[15] St. S. Nicieja, *68 rok w Opolu*, „Indeks. Pismo Uniwersytetu Opolskiego", marzec–kwiecień 2008, nr 3–4, S. 24.

Nowy (2. Jahr Mechanik), Mieczysław Plopa (2. Jahr Mechanik), Teodor Olbrich (2. Jahr Geschichte), Ryszard Rabczyński (2. Jahr Geschichte) und Magdalena Pawlaszczyk (2. Jahr Russische Philologie)[16].

Der Höhepunkt der März-Ereignisse an der Oppelner WSP war am 18. März. Am gleichen Tag versammelten sich Studenten in den Morgenstunden im Vorraum des Gebäudes an der ulica Oleska 48, wobei sie ihrem Unmut Ausdruck gaben, unter anderem hängten sie ein Porträt von Gomułka mit leeren Augenhöhlen und der Unterschrift „Steuermann der nationalen Kultur" auf[17]. Gegen 10.00 Uhr morgens erklärte Rektor Horn den Streik, an dem etwa 500 Personen, also ein Drittel aller Studenten teilnahmen, als illegal[18]. Trotzdem streikten die jungen Menschen bis 18.00 Uhr. In dieser Zeit entschieden Vertreter der Studenten: Harry Duda (Student im 5. Jahr Polnische Philologie) und Krzysztof Borkowski, in Abstimmung mit der Hochschulleitung, den Streik einzustellen. Gegen 22.00 Uhr kamen im Studentenwohnheim „Mrowisko" Informationen an, dass der Streik nicht beendet, sondern nur vorübergehend eingestellt sei. Gleichzeitig gingen Gerüchte um, dass die Studenten, wenn sie Repressionen ausgesetzt würden, den Protest wieder aufnehmen würden. An darauf folgenden Tag kündigte Horn allerdings an, dass die Organisatoren und Teilnehmer zur Verantwortung gezogen würden und Verwaltungsstrafen zu tragen hätten[19]. Trotz des ruhigen Verlaufs der März-Ereignisse an der Oppelner WSP – einer Hochschule, an der die Studenten nicht mit Demonstrationen auf die Straßen der Stadt gegangen waren, wo es nicht zu Zusammenstößen mit der Miliz gekommen war, wo nicht eine einzige Scheibe zerschlagen worden war, und der Streik in Abstimmung mit der Hochschulleitung beendet worden war – traf die Oppelner Studenten ebenfalls eine Welle harter Repressionen, die sie nicht erwartet hatten.

Die freiwillige Beendigung des Studentenstreiks schützte das Umfeld der Hochschule nicht vor Repressionen. Der Rektor der WSP, Prof. Maurycy Horn wurde mit einer Welle antisemitischer Angriffe aus dem Amt des Rektors entfernt, das er seit 1. Oktober 1966 wahrnahm. Das war die Bestrafung dafür, dass er die Unantastbarkeit des Campus-Bereichs verteidigt und nicht zugelassen hatte, dass die studentische Kundgebung niedergeschlagen wird, die auf dem Gelände der Hochschule stattfand – wodurch er viele Streikende vor Repressionen bewahrte. Im Jahr 1973 konnte dieser bekannte Wissen-

[16] D. Wodecka-Lasota, *Resocjalizacja wichrzycieli*, „Gazeta Wyborcza. Opole", 8–9 III 2008, S. 5.

[17] St. S. Nicieja, *Alma Mater Opoliensis. Ludzie – fakty – wydarzenia*. Opole 2004, S. 89.

[18] *Wnioski wynikające z marcowych wydarzeń na WSP, kwiecień 1968 r., notatka Wydziału Organizacyjnego KW PZPR w Opolu* [in:] P. Madajczyk, *Opolskie środowisko akademickie na tle sytuacji regionu w 1968 r. (w świetle sprawozdań miejscowych Służby Bezpieczeństwa)*, „Studia Śląskie" 2004, t. 63, S. 243.

[19] J. Eisler, *Polski Marzec 1968*. Warszawa 2006, S. 387–389.

schaftler die Stelle des Direktors des Jüdischen Historischen Instituts in Warschau übernehmen. Gleichzeitig setzte er seine Lehrtätigkeit in Opole fort. Seit 1977 war er Mitglied im Vorstand des Internationalen Janusz-Korczak-Vereins. Im Jahr 1981 erlangte er die Titularprofessur „ordentlicher Professor auf Lebenszeit". Nachdem er emeritiert worden war, zog er 1984 nach Warschau, wo er 2000 verstarb. Er wurde auf dem Jüdischen Friedhof an der ulica Okopowa in Warschau beigesetzt[20].

Repressionen erlitten auch andere wissenschaftliche Mitarbeiter: Von seiner Funktion als 1. Sekretär des Hochschul-Komitees der PVAP wurde Magister Adam Suchoński abberufen, von der Funktion des Leiters des Militär-Studienbereichs Oberst Izydor Helin. Aus der Hochschule entlassen wurden auch Dr. Halina Smolińska, Dr. Marian Treszel, Dozent. Seweryn Dür, Dr. Felicja Figowa, Magister Władysław Czermiński und Magister Zofia Gunaris.

Harten Repressionen wurden die Studenten unterzogen. Dem informellen Anführer, Jan Kazimierz Czech, wurde vorgeworfen, dass er: „vom 15. bis 18. März 1968 auf dem Gelände der Pädagogischen Hochschule Opole [zum Streik] aufgerufen habe und Falschmeldungen verbreitet habe, die öffentliche Unruhe hervorrufen könnten". Am 25. März 1968 wurde er auf Antrag der Abteilung für Ermittlungen der Wojewodschaftsdienststelle der MO für 10 Tage in Untersuchungshaft genommen, später wurde der Arrest verlängert. Am 28. Juni 1968 erklärte das Gericht Czech der ihm vorgeworfenen Taten für schuldig und sprach eine Strafe von sechs Monaten Haft zur Bewährung auf zwei Jahre. Das Urteil wurde auch deshalb als hart empfunden, weil seine Ehefrau, die ebenfalls Studentin der WSP war, kurz vor der Entbindung stand[21]. Am 8. Juni wurde er auf Beschluss der Disziplinar-Kommission des Senats der Hochschule verwiesen. So erinnert er sich an diese Ereignisse: *„Mein letzter Tag in der Rolle des Studenten der Oppelner WSP sah so aus, dass ich vor die Disziplinar-Kommission zitiert wurde. Ihr Vorsitzender stellte mir eine Frage: ob gegen mich ein Strafverfahren anhängig sein. Nachdem ich das bejaht hatte, beendete er die Sitzung der Kommission. Das alles dauerte 2–3 Minuten. Ich wurde auf den Flur geschickt. Er war leer, da war niemand. Ich stand allein. Nach kurzer Zeit wurde das Urteil verkündet: Verweis von der Hochschule. Der Vorsitzende verkündete das Urteil, wobei er die Verachtung mir gegenüber nicht zurückhielt. Die Sitzung der Disziplinar-Kommission fand im alten Hauptgebäude auf der ersten Etage stand. Ich ging die Treppe hinunter, ins Erdgeschoss, ich ging nach draußen, es schien mir, als höre ich: raus. Meine Jugend war vorbei.*[22] Jan Czech schloss 1972 ein Abendstudium an der Technischen

[20] St. S. Nicieja, *Alma Mater Opoliensis*. Opole 2004, S. 68–69

[21] Z. Bereszyński, *Marzec '68 w opolskim środowisku akademickim,* [in *Marzec '68 z czterdziestoletniej perspektyw*, red. D. Kisielewicz, M. Świder, Opole 2009, S 143–166.

[22] B. Stankiewicz, *Tak dalej nie dało siężyć, rozmowa z Janem Czechem*, „Indeks. Pismo Uniwersytetu Opolskiego", ‚marzec – kwiecień 2008, nr 3–4, S. 29.

Hochschule Wrocław ab. Kontakte mit dem Sicherheitsdienst hatte er etwa 20 Jahre lang, er wurde unaufhörlich überwacht und es wurde ihm erschwert, einen Reisepass zu bekommen. Die Mauern der Hochschule Opole betrat er wieder im März 2008, bei der feierlichen Verleihung des Titels *Doktor honoris causa* an Władysław Bartoszewski[23].

Ein weiterer der führenden Aktivisten war Krzysztof Borkowski, damals Student im 5. Jahr Mathematik, Chefredakteur der studentischen Monatszeitschrift „Fama". Für die Beteiligung am März-Streik wurde er am Tag der Verteidigung seiner Magisterarbeit vorübergehend exmatrikuliert. Er wurde in ein zwangsweises Urlaubsjahr vom 12. Juni 1968 bis 19. Juni 1969 geschickt. Danach kehrte er an die Hochschule zurück und machte seinen Magisterabschluss. Bis zum Ende der Volksrepublik Polen konnte er weder als Lehrer noch als Journalist Arbeit finden. Sechsunddreißig Jahre später erfuhr er den Grund dafür. Er hatte Einblick in seine Akte, in der sich ein Schreiben fand zur Nichtbeschäftigung des Studenten K. Borkowski im Schuldienst und in den Massenmedien. Das war der Preis, den er für die Beteiligung an den März-Ereignissen zahlte.[24] Borkowski sagte über die Niederlage und die Konsequenzen: *„Unsere Karriere haben wir verloren, aber nicht den Streik. Wir haben für unseren Widerstand bezahlt. Viele von uns wurden Repressionen ausgesetzt. Das kleine Opole erwies sich in dieser Hinsicht als groß"*[25].

Marek Nowy war zur Zeit der März-Ereignisse Student des 2. Jahres der Fachrichtung Mechanik an der WSP in Opole. In de Nacht des 17. März wurde er mit seinem Kommilitonen aus dem gleichen Studienjahr, Mieczysław Plopa, von der Bürgermiliz wegen der Verteilung von Flugblättern festgenommen. In der Konsequenz verbrachte er 50 Stunden im Arrest, aus dem er nach langem Verhör entlassen wurde. Nachdem er das Gefängnis verlassen hatte, erhielt er seinen Einberufungsbefehl zu einer Militäreinheit in Żagań. Am 24. April 1968 verurteilte ihn das Kreisgericht Opole zu sechs Monaten Haftstrafe zur Bewährung auf zwei Jahre, sowie zu einer Geldstrafe in Höhe von 1000 Złoty plus 385 Złoty Gerichtskosten. Im Mai wurde er durch Entscheidung der Disziplinar-Kommission unbefristet exmatrikuliert[26]. Daraufhin reichte er seine Dokumente bei einer Technischen Fachoberschule ein. Der Schulleitung gegenüber bekannte er nicht, dass er von der Hochschule verwiesen worden war. Zwei Jahre später kehrte er an die Pädagogische Hochschule zurück, er wurde von Dekan Zdzisław Wawr-

---

[23] www.uni.opole.pl/page/79 [abgerufen: 1. 9. 2016]

[24] K. Borkowski, *Mój Marzec '68 w opolskiej WSP*, [in:] *Marzec '68 z czterdziestoletniej perspektywy*, red. D. Kisielewicz, M. Świder, Opole 2009, S. 29–34.

[25] B. Stankiewicz, *Wygrany Marzec, przegrane życiorysy. Konferencja w 40 rocznicę Marca '68*, „Indeks ..., S. 22.

[26] M. Nowy, *Chcąc prawdy przegrałem życiorys*. [in:] *Marzec '68 z czterdziestoletniej ...*, S. 27–28.

zyniak angenommen. Er studierte neun Jahre. Seine Magisterarbeit verteidigte er erst 1980. Seiner Meinung nach hatte er wegen der Teilnahme an den März-Ereignissen Probleme mit den Prüfungen. Nowy war im ZSP und im Hochschulübergreifenden Studentenklub „Rezonans" tätig. Er wechselte zum Wochenendstudium, weil er Leiter des Akademischen Klubs geworden war. Zehn Jahre lang arbeitete er im Wojewodschaftszentrum für Berufliche Weiterbildung. In anderen Betrieben arbeitete er oft nur zwei, drei Jahre und dann wurde er unter unklaren Umständen entlassen. Jahre später erfuhr er, dass er diese häufigen Kündigungen einem Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes zu verdanken hatte. Dieser war auch Verwaltungsmitarbeiter an der Universität Opole. Selbst sagt er über die Ereignisse: *„Dieser März war ‚spontan', überhaupt keine Politik. Und ganz bestimmt hat er mir das Leben nicht leichter gemacht"*[27].

Für illegale Verteilung von Flugblättern wurde auch die Studentin des 2. Jahres Russische Philologie, Magdalena Pawlaszczyk, verhaftet. Sie war die einzige Frau in der Region, die für eine Beteiligung an den März-Unruhen 1968 verurteilt wurde. In der Konsequenz musste sie die Hochschule für ein Jahr verlassen. Am 8. Juni 1968 wurden ihr zwei Strafen verhängt: ein Verweis mit Abmahnung und vorübergehender Entzug der Rechte als Studentin für ein Jahr. Ihr wurde auch jegliches Stipendium entzogen. Nach einem Jahr kehrte sie an die Hochschule zurück. Sie verteidigte ihr Diplom in Russischer Philologie und begann zu arbeiten, zunächst als Russisch-Lehrerin an einer Oberschule in Prudnik, dann als Bibliothekarin am Chemie-Schulzentrum in Kędzierzyn-Koźle. Die letzten Szenen der „März-Ereignisse" fanden für Pawlaszczyk am 4. März 2009 vor dem Bezirksgericht Opole statt, das ihr eine Entschädigung und Wiedergutmachung für die Repressionen zu sozialistischen Zeiten zusprach[28]. In der Urteilsbegründung nannte die Vorsitzender des Richterkollegs sie die mutigste Frau der Region Opole, da sich in jenen Zeiten kaum jemand traute, offen gegen die sozialistischen Machthaber aufzutreten.

Eine weitere bekannte Person, die an den Streiks an der Hochschule Opole beteiligt war, war Harry Duda. Im Jahr 1968 war er Student im 5. Jahr Polnische Philologie an der WSP und Mitglied der Redaktion der Studentenzeitung „Fama". Die Konsequenz dessen, dass er an der studentischen Kundgebung teilgenommen hatte, war, dass er über Jahre keine Anstellung im Schuldienst finden konnte. Duda trat nie in irgendeine politische Partei ein, er zeichnete sich durch maximale Neutralität aus, die durch apolitische Haltung unterstützt wurde. Er arbeitete als Internatserzieher im Berufsbildenden Schulzentrum Nr. 2 Opole, in der Polnischen Ökonomischen Gesell-

[27] *Resocjalizacja wichrzycieli*, „Gazeta Wyborcza. Opole", 8–9 III 2008, S. 5.

[28] S. Draguła, *Magdalena Pawlaszczyk. Wichrzycielka z filologii*, „Nowa Trybuna Opolska", 30 III 2012, S. 6.

schaft und im Verband Polnischer Lehrer, aber auch im Institut für Lehrerbildung und Bildungsforschung. Er redigierte „Kwartalnik Nauczyciela Opolskiego“ und „Nowy Biuletyn Szkolny“. Für seine Tätigkeit erhielt er zahlreiche Auszeichnungen, darunter den. Karol-Miarka-Preis[29].

Insgesamt sind sieben Studenten von der WSP Opole verwiesen worden, die gleichzeitig auch in Gerichtsverfahren verurteilt wurden: Jan Czech, Marek Nowy, Jan Serbinowski, Mieczysław Plopa, Teodor Olbrich, Ryszard Rabczyński und Stanisław Żebrowski. Vier Personen wurden bestraft, indem ihre Rechte als Studenten für ein Jahr ausgesetzt wurden. In dieser Gruppe fanden sich: Krzysztof Borkowski, Adam Kasprzyk, Magdalena Pawlaszczyk und Zuzanna Śliwa[30]. Neben dem Verweis von der Hochschule war die am häufigsten angewandte Methode zur Repression die disziplinarische Einberufung zum Militär. Fünf der von ihren Rechten als Studenten der WSP Opole freigestellten Studenten: Adam Kasprzyk, Ryszard Rabczyński, Jan Serbinowski, Marek Nowy und Aleksander Rach, wurden für einen Monat zu einem Wehrertüchtigungslager in Żagań geschickt.

Die meisten aktiven Protestler vom März 1968 konzentrierten sich darauf, ihr Leben in den Griff zu bekommen, Arbeit zu finden, bzw. wenn das möglich war, das Studium abzuschließen. Diejenigen, die nicht aus Polen emigrierten, entschieden sich oft, in eine andere Stadt zu gehen. Es kam vor, dass ein solcher Umzug nicht wirklich eine selbständige Entscheidung des Betroffenen war. Eine dieser Personen, die nach der März-Kundgebung ihren Wohnort ändern mussten, war der Student im 1. Physik an der Pädagogischen Hochschule Gdańsk, Adam Antoni K. Nach den März-Ereignissen verschwanden viele seiner Kommilitonen einfach aus dem Wohnheim. Sie gingen zu Lehrveranstaltungen und kehrten nicht mehr zurück. Er selbst hatte trotz guter Noten Probleme, bei manchen Dozenten zu bestehen. Darüber hinaus musste er zusammen mit anderen Studenten an einem intensiven Militär-Manöver im Rahmen des Militär-Studiums teilnehmen. Auf diese Weise wurde er gezwungen, sich zu exmatrikulieren und die Hochschule zu verlassen. Er hatte Schwierigkeiten, eine Hochschule zu finden, die ihn annahm. Ständig wurden seine Bewerbungen um einen Studienplatz abgelehnt, was damit erklärt wurde, es gäbe keine freien Studienplätze. Auf der Suche nach einem Studienplatz reiste er durch Polen, bis er schließlich in Opole für das 1. Studienjahr Physik angenommen wurde. Nach den März-Ereignissen engagierte er sich nicht politisch, hielt sich von der Politik fern und konzentrierte sich auf das Lernen, wobei er im Wissenschaftsarbeitskreis der Physik und

[29] J. I. Wójcik, *Harry Duda – poeta, publicysta, redaktor, społecznik* [in:] *Twarze Opola Twarze Muzeum*, red. W. Rezler-Wasielewska, Opole 2015, t. 1, S. 55–60.

[30] St. S. Nicieja, *Marzec 68 w Opolu*, „Opole“, nr 3, 1988, S. 10.

ehrenamtlich im Verband der Land-Jugend tätig war[31]. Sowohl beruflich als auch privat band er sich an Opole.

Schlussbemerkungen

„März 1968" als Generationen-Erfahrung hatte für die Geschichte Polens eine enorme Bedeutung. Die Teilnahme am studentischen Aufstand hat eine gewisse gesellschaftliche Gruppe geprägt, für die der „März 1968" ein wichtigeres Ereignis war, ein wesentlich wichtigeres als für die übrigen Polen[32]. Die Betroffenen bezeichnen sich selbst als „erste Nachkriegsgeneration" bzw. „Generation 20 Jahre Volksrepublik Polen"[33]. Sie glaubten an den „Kommunismus mit menschlichem Antlitz" und an die Möglichkeit zum Dialog zwischen Staat und Bürger. Als sie sich für die „gute Sache" einsetzten, dachten sie nicht an die Konsequenzen, die die Machthaber der Volksrepublik für sie bereithielten. Währenddessen brachte eine Beteiligung im März 1968 einen Bruch bzw. schwere Komplikationen in das Leben von Hunderten junger intelligenter Menschen, die von der Hochschule verwiesen wurden, die keine Möglichkeit erhielten, ihre Ausbildung fortzusetzen, die oft zwangsweise zum Militär eingezogen wurden bzw. im Gefängnis landeten. Im Verlauf der Ereignisse sind insgesamt 2.730 Personen festgenommen worden. Disziplinar-Kommissionen der Hochschulen bestraften fast 500 Mitarbeiter und Studenten. Aus Wissenschaftseinrichtungen und Hochschulen wurden Dutzende herausragender Wissenschaftler entlassen. Viele von ihnen, meist jüdischer Herkunft, ging in die Emigration.[34]. Gleichzeitig formte sich im Ergebnis der studentischen Proteste die „Generation März 1968", die ihr Anderssein außerordentlich deutlich zum Ausdruck brachte. Die Vertreter dieser Generation kann man in zwei Gruppen teilen, in diejenigen, die sich nach den Repressionen, denen sie ausgesetzt waren, von der Politik fernhielten und sich auf Familie und Arbeit konzentrieren, sowie diejenigen, für die der März 1968 zum Ausländer für weiteres politisches Handeln wurde. Viele Vertreter der Generation engagierten sich dynamisch im öffentlichen Leben, indem sie in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre in der Opposition aktiv waren. Viele von ihnen konnte man in den achtziger Jahren unter den Aktivisten, Experten und Beratern der NSZZ „Solidarność" wiederfinden. Eine

[31] Informacje pochodzą z wywiadu przeprowadzonego ze świadkiem historii Adamem Antonim K. 23. 8. 2016.

[32] J. Kuroń, *10 lat po wydarzeniach marcowych*. „Krytyka", 1978, nr 1–2, S. 35.

[33] P. Osęka, *My, ludzie z Marca, Autoportret pokolenia '68*, Wołowiec 2015, S. 31.

[34] W. Kot, *PRL czas nonsensu, Polskie dekady, Kronika naszych czasów 1950–1990*, Poznań 2007, S. 73.

große Gruppe vom März 1968 beteiligte sich nach dem Juni 1989 aktiv am Aufbau neuer staatlicher Institutionen zum Aufbau eines freien Polens[35].

[35] J. Eisler, *Marzec '68*, Warszawa 1995, S. 78.

Dominik Marcinkowski

„Ich mache das, was ich jetzt für nötig halte."

Kazimierz Kobiałko und sein Leben in der Opposition

Im Jahr 1968 kam es in Polen zum parteiinternen Machtkampf, der im Schatten der antisemitischen Hetzjagd und der studentischen Proteste gegen die Einschränkung der Meinungsfreiheit stattfand. Zu den studentischen Streiks in Polen im Jahr 1968 sind bereits einige Publikationen entstanden[1]. Die Ereignisse im März beschränkten sich nicht ausschließlich auf die Warschauer Hochschule und fanden Widerhall an Hochschulen in ganz Polen, auch an der Pädagogischen Hochschule Oppeln [poln. WSP]. Das Thema des Oppelner Streiks ist mehrfach in wissenschaftlichen Arbeiten aufgegriffen worden[2]. Die Ereignisse des März waren mehr als gewöhnliche Studentenstreiks. Jerzy Eisler merkte an, dass die März-Ereignisse einen enormen Einfluss auf die späteren Schicksale ihrer Beteiligten hatten, die sich dauerhaft

---

[1] Dazu siehe: Jerzy Eisler, *Marzec 1968. Geneza, przebieg, konsekwencje*, Warszawa: PWN, 1991; ibidem, *Marzec '68*, Warszawa: Wydawnictwo Szkolne i Pedagogiczne, 1995; idem, *Polski rok 1968*, Warszawa: IPN, 2006; Jerzy Brochocki, *Rewolta marcowa: narodziny, życie i śmierć PRL*, Warszawa: Placówka, 2000; Andrzej Friszke, *Nas genezą Marca 1968. Konflikt w PZPR na Uniwersytecie Warszawskim 1965–1967* [w:] *Polskie przemiany. Uwarunkowania i spory. Refleksje z okazji jubileuszu profesora Tadeusza Kowalika*, Warszawa: Stowarzyszenie Studiów i Inicjatyw Społecznych, 2002, s. 32–66; Piotr Osęka, *Marzec '68*, Kraków: Społeczny Instytut Wydawniczy Znak, 2008.

[2] Siehe: Stanisław Sławomir Nicieja, *Marzec 68 w Opolu*, „Opole: miesięcznik kulturalno-społeczny" 1988, nr 3, s. 8–10; Damian Mielcarek, *Echa wydarzeń marca 1968 roku w świetle materiałów archiwalnych i prasowych*, „Prace Uczestników Studium Doktoranckiego. Historia" 2003, nr 5, s. 105–119; Piotr Madajczyk, *Opolskie środowisko akademickie na tle sytuacji regionu w 1968 r. (w świetle sprawozdań miejscowych Służby Bezpieczeństwa)*, „Studia Śląskie" 2004, t. 63, s. 225–248; Krzysztof Tarka, *Strajk opolskich studentów w marcu 1968 roku*, [w:] *Marzec '68 z czterdziestoletniej perspektywy*, red. Danuta Kisielewicz, Małgorzata Świder, Opole: Wydawnictwo Uniwersytetu Opolskiego 2009, s. 119–132; Zbigniew Bereszyński, *Represje wobec studentów po Marcu '68*, „Gazeta Wyborcza. Opole" 2008, nr 63, s. 5; idem, *Marzec '68 w opolskim środowisku akademickim*, [w:] *Marzec '68 z czterdziestoletniej perspektywy*, red. Danuta Kisielewicz, Małgorzata Świder, Opole: Wydawnictwo Uniwersytetu Opolskiego 2009, s. 143–166; Mariusz Patelski, *Studenci i władza. Wydarzenia marcowe 1968 roku w środowisku akademickim Opola*, [w:] *Wydarzenia Marca 1968 roku w pamięci i edukacji historycznej*, red. Anna Gołębiowska, Małgorzata Świder, Opole: Wydawnictwo Uniwersytetu Opolskiego, 2017, s. 35–48.

der Opposition anschlossen[3]. Diese Meinung teilten auch die an den dargestellten Ereignissen Beteiligten selbst – Jan Lityński[4] sowie Adam Michnik, für den diese Zeit „der Anfang eines neuen Bewusstseins und das Ende der Illusionen" war[5].

Das Ziel des vorliegenden Artikels ist es, das Schicksal von Kazimierz Kobiałko vorzustellen, einem der als Student am Streik an der Pädagogischen Hochschule Oppeln Beteiligten. Später war er langjährig Lehrer und Direktor der Staatlichen Schule der Kultur, der Bildung und des Bibliothekswesens in Oppeln, Vorsitzender des Oppelner Bürgerkomitees „Solidarność" (poln. OKO „S"), das die Basis für die regionalen Oppositionskandidaten bei den Wahlen zum sog. Kontrakt-Sejm am 4. Juni 1989 darstellte. Kazimierz Kobiałko war außerdem Vorsitzender der Bürgerbewegung Oppelner Schlesien und war in der Regionalleitung der Demokratischen Union tätig[6]. Der vorliegende Text knüpft direkt an den Artikel von Marzena Leżak in diesem Band an, die das Thema der Schicksale der an den März-Ereignissen an der Pädagogischen Hochschule Oppeln bereits aufgegriffen hat[7]. Ihre Forschungen umfassten allerdings nicht die Person von Kazimierz Kobiałko, der damals im 5. Studienjahr Geschichte studierte. Krzysztof Tarka hält unter Berufung auf Dokumente der Staatssicherheit Kobiałko für einen der aktivsten Studenten, die im März 1968 in Oppeln streikten[8].

Die Quellengrundlage für den vorliegenden Text stellen Dokumente dar, die aus dem Staatsarchiv Oppeln, dem Archiv des Ministeriums für Kultur und Nationales Erbe, dem Institut für Nationales Gedenken stammen, sowie Pressematerialien, Erinnerungen anderer Teilnehmer des Oppelner Studentenstreiks und der Familie von Kazimierz Kobiałko.

Kazimierz Kobiałko kam am 25. Januar 1944 in der Kleinstadt Szarakowszczyzna zur Welt, die sich vor dem Zweiten Weltkrieg auf dem Gebiet der zu Polen gehörenden Wojewodschaft Wilna befand. Kazimierz war das dritte Kind von Jan und Julia Kobiałko. Sein Vater war Organist und Bibliothekar von Beruf, aus Leidenschaft aber Komponist. Seine Mutter Julia widmete ihr Leben der Erziehung und Ausbildung von insgesamt acht Kindern. Nach 1945 fand sich Szarakowszczyzna in den Grenzen der Sowjetunion wieder. Im Rahmen einer Umsiedlungsaktion der Nachkriegszeit gelangte

[3] Jerzy Eisler, *Polski* . . ., s. 8.

[4] Jan Lityński, *My z Marca* [w:] *Krajobraz po szoku*, red. Anna Mieszczanek, Warszawa: Przedświt. 1989, s. 71.

[5] Adam Michnik, *Dziedzictwo Marca*, [w:] idem, *Ugoda, praca organiczna, myśl zaprzeczna*, Warszawa: Niezależna Oficyna Wydawnicza, 1983, s. 150.

[6] Agata Jop, *Umarłby, gdyby teraz żył*, „Nowa Trybuna Opolska" 2006, nr 164, s. 16.

[7] Marzena Leżak, *Losy uczestników wydarzeń marca 1968*, [w:] *Wydarzenia Marca 1968 roku w pamięci i edukacji historycznej, red. Anna Gołębiowska i Małgorzata Świder*, Opole: Wydawnictwo Uniwersytetu Opolskiego, 2017, s. 49–60 brak redaktorów.

[8] Krzysztof Tarka, *Strajk* . . ., s. 126.

die Familie Kobiałko nach Wsola, ein Dorf im Landkreis Radom. In den folgenden Jahren zogen sie sehr oft um. Der Grund dafür war der Charakter der Arbeit von Jan Kobiałko, der durch Kirchengemeinden im ganzen Land zog und in ihnen Kirchenchöre gründete. Ein anderer wesentlicher Grund der unablässigen Umzüge war die Sehnsucht nach der Region Wilna. Jan Kobiałko versuchte im neuen Polen „seinen", verlorenen Platz zu finden. Im Jahr 1947 zog die Familie nach Ryczywółin der Wojewodschaft Poznań. Drei Jahre später in die Wojewodschaft Kielce, nach Grzymałków. Dort wurde im Jahre 1951 der siebenjährige Kazimierz in die Grundschule eingeschult. Im Jahr 1956 zog die ganze Familie nach Żeszczynka, in der heutigen Wojewodschaft Lublin. Von dort aus ging es nach Westen, nach Pastuchów im Landkreis Świdnica, wo Kazimierz Kobiałko 1958 die Volksschule abschloss und auf die Pädagogische Oberschule im nahe gelegenen Świdnica wechselte[9]. Während der Oberschule war er Truppführer im Polnischen Pfadfinderverband und spielte im Schultheater mit. Er träumte von der Schauspielerei, jedoch ließ die finanzielle Lage der Familie kein Studium in Warschau zu. Das Reifezeugnis erlangte er im Jahr 1963. Noch vor dem Abitur trat er, wie viele anderen jungen Menschen in dieser Zeit, der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei bei. Und wie sie, verlor er die letzten Illusionen über die Parteipolitikim Jahr 1968, also fünf Jahre später. Nach seiner Interessenlage und der patriotischen Erziehung durch seinen Vater entschied er sich, die Aufnahmeprüfung für Geschichte an der Pädagogischen Hochschule Oppeln abzulegen, die er ohne größere Probleme bestand[10].

Während seines Studiums engagierte sich Kazimierz Kobiałko für das kulturelle Leben der Hochschule. Im 1. Semester trat er dem Verband Polnischer Studenten (poln. ZSP) bei, wo er seine zukünftige Ehefrau, Danuta Żylska, Studentin der Polonistik, kennen lernte. Im Jahr 1967 wurde Kobiałko Vorsitzender des Hochschulrats des ZSP und am 27. Oktober des gleichen Jahres heiratete er Danuta Żylska. Während der Ereignisse im März 1968 war er im letzten Studiensemester und schrieb seine Magisterarbeit dazu, wie sich die Macht des Volkes in Racibórz ausgebildet hatte. Die polenweit erscheinende Studentenzeitschrift „Itd" [usw.] schrieb damals einen kurzen Artikel, in dem wir lesen können: „Er sieht nicht aus wie ein Lehrer. Er sollte Ingenieur in Turoszów oder Lubiń sein. Allerdings schließt er ein Geschichts-

[9] Aus dem Gespräch mit der jüngeren Schwester K. Kobiałkos – Frau Joanna Kobiałko-Kremblewska 25. 5. 2018.

[10] Archiwum Ministerstwa Kultury i Dziedzictwa Narodowego (weiter: AMKiDzN), Państwowe Studium Kulturalno-Oświatowe i Bibliotekarskie w Opolu (weiter: PSKOiB), Lebenslauf von Kazimierza Kobiałki von 2. 4. 1972.

studium ab. Als einer der besten Studenten der Hochschule erhielt er im vergangenen Jahr den Preis des Rektors“[11].

Kobiałko war niemand, der angesichts der Unruhen im studentischen Milieu gleichgültig bleiben konnte. Seit Beginn seines Studiums engagierte er sich für das akademische Leben, gehörte den studentischen Parteistrukturen an und war ehrenamtlich tätig. Es schien natürlich, dass er sich beim Studentenprotest engagierte, obwohl er im letzten Studienjahr war. Das akademische Milieu in Oppeln war nur schlecht über die Lage in Warschau informiert, wie sich Jahre später Kobiałko erinnerte: „Es war die totale Desorientierung. Das, was an anderen Hochschulen passierte, erreichte uns wie Nachrichten aus Australien oder Neuseeland, via Washington, London und München. Die offizielle Presse servierte Informationen über studentische Störungen in der Hauptstadt, die der wesentlichen Fakten entbehrten, und mit einer Soße gehässiger Kommentare gegen ‚zionistische Inspirateure‘ übergossen wurde. In dieser Situation erlangten die westlichen Rundfunkstationen das Informationsmonopol und wachsende Glaubwürdigkeit“[12]. Die Oppelner Studenten wussten nicht, was wirklich in Warschau sowie in anderen größeren Universitätsstädten in Polen passiert. Bei der Aufklärung hilfreich war auch nicht die Kundgebung des Aktivs des Bundes der Sozialistischen Jugend [poln. ZMS] und des Verbands der Land-Jugend [poln. ZMW], die in einer offiziellen Resolution „die verantwortungslosen Proteste von aufwieglerischen Elementen und Hooligans, die in Warschau stattfanden“, verurteilten[13].

Als Beginn der Ereignisse an der WSP Oppeln gilt die Plakataktion vom 14. März, die im Studentenwohnheim „Mrowisko“ Jan Czech und Adam Kasprzyk (3. und 2. Studienjahr Mechanik) durchführten. Czech kam gerade vom Festival der Studentischen Theater in Lublin zurück, wo er Zeuge des studentischen Streiks geworden war. Die von ihnen ausgehängten Plakate riefen dazu auf, die in Warschau protestierenden Studenten zu unterstützen, brachten ihren Widerspruch gegen die Zensur und die Beschränkung der Autonomie der Universitäten zum Ausdruck[14]. Die Plakataktion wurde von studentischen Ansprachen und Diskussionen begleitet. Abends kam die Hochschulleitung mit Rektor Maurycy Horn[15] an der Spitze zu den Studierenden vor Ort. Kobiałko versuchte, zusammen mit dem Chefredakteur der

[11] Rajmund M. Cieśliński, *Kazimierz Kobiałko*, Wycinek prasowy z ogólnopolskiego czasopisma studenckiego „Itd“ z 1968 roku. Zbiory prywatne Danuty Żylskiej-Kobiałko.

[12] Stanisław Sławomir Nicieja, *Alma Mater Opoliensis: ludzie, fakty, wydarzenia. Księga jubileuszowa w 50. rocznicę Wyższej Szkoły Pedagogicznej w Opolu i 10. rocznicę powstania Uniwersytetu Opolskiego*, Opole: Wydawnictwo Uniwersytetu Opolskiego, 2004, s. 87.

[13] Krzysztof Tarka, *Strajk* . . ., s. 121.

[14] Mariusz Patelski, *Studenci* . . ., s. 36–37.

[15] Damian Mielcarek, *Echa* . . ., s. 109; Stanisław Sławomir Nicieja, *Alma* . . ., s. 61–83; Jan Oszytko, *Pomarcowa działalność naukowa prof. Maurycego Horna*, [w:] *Marzec ’68 z czterdzie-*

Studentenzeitschrift „Fama“ [Ruhm], Krzysztof Borkowski, die protestierenden Studenten zu disziplinieren, indem sie appellierten, ruhig und sachlich zu diskutieren und sachliche Anträge zu stellen. Der Rektor wurde bei seiner Ansprache ausgepfiffen, in der er zur Ruhe aufrief, während er die privilegierte „Bananenjugend“ anklagte, Schuld an den studentischen Unruhen zu sein[16]. Kobiałko war in der Gruppe der streikenden Studenten, die mit Rektor Horn die Mitteilung abstimmte, in der dieser versicherte, dass alle Fragen und Zweifel den entsprechenden Gremien vorgelegt werden und auf der Versammlung der Grundlegenden Parteiorganisation der WSP diskutiert werden würden, zu der der Erste Sekretär des Wojewodschafts-Komitees der PVAP eingeladen werden würde. Die Mitteilung wurde mehrfach über die Sendung „Radio-Sygnały“ verlesen, was zu einer vorübergehenden Beruhigung der Lage führte[17].

Einen Tag später, am 15. März, fand die angekündigte Versammlung der Grundlegenden Parteiorganisation der WSP statt, die entgegen den Erwartungen der Studenten und der Deklaration von Rektor Horn ausschließlich für Mitglieder der PVAP bestimmt war[18]. Die Spannung wuchs, weil in der „Trybuna Opolska“ der Text der Resolution veröffentlicht wurde, die die studentischen Streiks verurteilte, die auf der Kundgebung von ZSM und ZMW am 13. März angenommen worden war[19]. Vor der Aula, wo die Versammlung der Parteimitglieder stattfinden sollte, sammelten sich viele Studenten, die auf Informationen warteten. Bei der Versammlung sprachen einige Dutzend Redner, darunter auch Kazimierz Kobiałko, der damals der PVAP angehörte. In seiner Ansprache verteidigte er die protestierende Jugend und ihre Ansichten. Er sprach sich dagegen aus, in der Propaganda Studenten und Arbeiter gegenüber zu stellen, was seiner Meinung nach den Aufbau gegenseitigen Unwillens zwischen diesen beiden gesellschaftlichen Gruppen verstärkte. Kobiałko sagte damals: „Ich meine, dass die Proteste der Studenten der Hochschulen in Polen ein Versuch sind, dunkle Flecken aus unserem Leben zu beseitigen. Studenten und Arbeiterklasse dürfen nicht gespalten werden. In Oppeln haben wir keine Bananenjugend. Wenn die Studenten die ‚Internationale‘ singen und ‚Es lebe der Sozialismus‘ rufen, dann ist das der beste Beweis, dass sie mit der Arbeiterklasse verbunden sind“[20]. Seine

---

stoletniej perspektywy, red. Danuta Kisielewicz, Małgorzata Świder, Opole: Wydawnictwo Uniwersytetu Opolskiego 2009, s. 167–182.

[16] Krzysztof Tarka, *Strajk* . . ., s. 122.

[17] Zbigniew Bereszyński, *Marzec '68* . . ., s. 145.

[18] Mariusz Patelski, *Studenci* . . ., s. 39.

[19] Damian Mielcarek, *Echa* . . ., s. 110–111.

[20] Notatka o przebiegu zebrania POP przy WSP z udziałem bezpartyjnych pracowników nauki i zarządów uczelnianych ZMS, ZMW i ZSP, odbytego 15 marca 1968 r. AP KW PZPR, SYG. 2737, s. 3, zitiert nach: Z. Bereszyński, *Marzec '68 na Śląsku Opolskim oraz*

Ansprache wurde von der Hochschulleitung sowie den Parteivertretern nicht positiv aufgenommen.

Der studentische Protest in Oppeln beschränkte sich nicht auf eine einmalige Plakataktion. Der Hochschulleitung gelang es nicht, zu einer Einigung mit den Studenten zu gelangen, die unzufrieden mit der Resolution zur Stellungnahme gegenüber den Ereignissen in Warschau waren. Die Studenten verkündeten einen 48stündigen Besetzungsstreik, der am 18. März beginnen sollte. Nach Informationen der Staatssicherheit gehörte Kazimierz Kobiałko zu der Gruppe der Studenten, die bei der Vorbereitung des Streiks am aktivsten waren[21]. In der Nacht vom 17. auf den 18. März kam es zu einer Plakataktion in der Stadt. Die Studenten informierten die Einwohner, dass ihr Streik Ausdruck der Solidarität mit den getöteten Studenten und Dozenten der Jagiellonenuniversität Krakau sei[22]. Am 18. März füllten sich die Flure der WSP mit streikenden Jugendlichen, die Systemveränderungen in der Volksrepublik Polen sowie personelle Veränderungen in den Leitungspositionen forderten. Die lokalen Behörden waren bereit, eventuelle studentische Demonstrationen, die außerhalb der Hochschulmauern stattfinden würden, niederzuschlagen. Allerdings kam es nicht zu solchen. Vertreter der streikenden Studenten trafen sich mit Rektor Horn und einigen wissenschaftlichen Mitarbeitern. Der Rektor stellte die Liste der Personen vor, die des Aufruhrs verdächtigt würden, denen der Verweis von der Hochschule drohte. Die Angst vor der Relegation trug dazu bei, dass der Streik abgesagt wurde[23]. Vertreter von Seiten der Studenten waren Harry Duda und Krzysztof Borkowski, die zusammen mit dem Rektor den Inhalt der Resolution abstimmten, die zur Beendigung des Streiks aufrief. Es ist nicht bekannt, ob Kazimierz Kobiałko auch zu dieser Delegation gehörte. Wahrscheinlich wäre er dafür gewesen, den Streik zu unterbrechen, aus Angst vor der Verweisung von der Hochschule. In einer Reportage über Kobiałko aus dem Jahr 1991 lesen wir zu den Ereignissen im März: „1968. Kazimierz Kobiałko beim Rektor der Pädagogischen Hochschule Oppeln. Gerade werden die Telegramme an die Eltern der Studenten vorbereitet, die von der Hochschule verwiesen und vom Studium suspendiert werden. Kobiałko bittet: Bitte schicken Sie das nicht, ich habe Angst um meine Mutter. Dann – ein bitterer Nachgeschmack, dass die Bitte gewirkt hat“[24]. An die kompromissbereite Haltung von Kobiałko erinnerte sich auch Jahre später Krzysztof Borkowski, indem er von

---

jego miejsce w politycznych dziejach regionu [Aus der privaten Sammlung von Zbigniew Bereszyński].

[21] Krzysztof Tarka, *Strajk* . . ., s. 126.

[22] Stanisław Sławomir Nicieja, *Marzec* . . ., s. 10.

[23] Krzysztof Tarka, *Strajk* . . ., s. 129.

[24] Zbigniew Górniak, *Niepewny element*, „Nowa Trybuna Opolska“ 1996, nr 162, s. 17.

einem geheimnisvollen Doktor schrieb, der im Namen des Rektors versuchte, zur Beendigung des Streiks zu überreden:

„Jener Doktor – weil es so heikel ist, nenne ich seinen Namen nicht – machte mir während des Streiks am 18. März 1968 den Vorschlag, ich solle die sofortige Beendigung des Streiks herbeiführen, denn dann würde der Rektor meinen Eltern nicht schreiben und keine anderen Sanktionen gegen mich verhängen. Ich antwortete ihm scharf und unzensiert, also zitiere ich diese Äußerung heute nicht. Anschließend sah ich, wie er mit Kazimierz Kobiałko sprach. Ob auch mit anderen der genannten Zahl von 9 Personen, mit denen er – wie das in der Dokumentation formuliert wurde – der Rektor ‚sprach‘, weiß ich nicht“[25].

Die Verhängung von disziplinarischen Sanktionen gegen die „Anführer der illegalen Versammlung“ forderte vom Rektor der Erste Sekretär des Wojewodschafts-Komitees der PVAP, Marian Miśkiewicz. Letztendlich wurden 15 Personen vom Studium suspendiert, von denen fünf verhaftet wurden und sechs unter die Aufsicht der Bürger-Miliz gestellt wurden[26]. Kobiałko fand sich nicht in dieser Gruppe wieder. Allerdings konnte das dadurch beeinflusst worden sein, dass er in seinen Handlungen Kompromissbereitschaft zeigte, sowie, dass er im letzten Studienjahr war. Außerdem war er ein sehr guter Student, der sich bei der Organisation des kulturellen Lebens der Hochschule engagierte und bis vor kurzem Vorsitzender des ZSP war. Kobiałko trat am 16. Juli 1969 die Diplomprüfung an, erlangte die Note „gut“ und den beruflichen Titel – Magister der Geschichte[27].

Die „März-Sünden“ wurden ihm allerdings nicht ganz erlassen. Trotz hervorragender Studienleistungen und aktiver Arbeit bei der Organisation des studentischen kulturellen Lebens wurde er als Geschichtslehrer an einer Berufsschule in Krapkowice angestellt, wobei er eine sog. „Springer-Stelle“ bekam, was bedeutete, dass seine Unterrichtsstunden auf drei Außenstellen verteilt waren, in Gogolin, Głogówek sowie dem bereits erwähnten Krapkowice. Eine andere „Strafe“ war, dass er zu einer Wehrübung eingezogen wurde, unmittelbar bevor sein Sohn Radosław zur Welt kommen sollte. Funktionäre der Miliz beobachteten außerdem eine gewisse Zeit lang die Wohnung der Familie Kobiałko, wobei sie auch ihre Nachbarn ausfragten, um sie auf diese Weise zu kompromittieren[28].

Im Jahr 1969 wurde Kazimierz Kobiałko an die Allgemeinbildende Oberschule für Erwachsene (Abendschule mit Abitur) in Oppeln versetzt. Von da an musste er zu Schulen pendeln, die mehr als zwanzig Kilometer von

---

[25] Krzysztof Borkowski, *Mój marzec '68 w opolskiej WSP*, [w:] *Marzec '68 z czterdziestoletniej perspektywy*, red. Danuta Kisielewicz, Małgorzata Świder, Opole, 2009, s. 31.

[26] Krzysztof Tarka, *Strajk . . .*, s. 131.

[27] AMKiDzN, PSKOiB.

[28] Gespräch mit Ehefrau von K. Kobiałko am 8. 6. 2018.

seinem Wohnort entfernt waren. In der neuen Einrichtung arbeitete er drei Jahre lang. Im Jahr 1972 erinnerten sich die Behörden an den begabten Organisator vom ZSP. Er erhielt eine Stelle in der Abteilung für Kultur und Kunst des Wojewodschaftsamts, als Leiter der Abteilung für Kultur- und Bildungsarbeit, Bibliotheken und Kunstschulwesen. Sehr schnell lebte er sich auf der neuen Stelle ein, wobei er das Vertrauen und die Sympathie der Mitarbeiter und der Vorgesetzten gewann. Er wurde nach kurzer Zeit in die Position des Stellvertretenden Direktors der Abteilung für Kultur befördert. Aus diesem Grund schickte ihn 1974 der Wojewode von Oppeln zum Aufbaustudium in Verwaltung und Management an die Fakultät für Recht und Verwaltung der Universität Breslau, das Kobiałko zwei Jahre später abschloss[29].

In seiner beruflichen Arbeit erzielte er Erfolge, die von seinen Vorgesetzten geschätzt wurden. Der damalige Direktor der Abteilung für Kultur, Eugeniusz Broczkowski, bewertete 1976 wie folgt die Arbeit von Kazimierz Kobiałko: „Auf seiner Position zeigte er organisatorische Fähigkeiten und Initiative. Aktiv beteiligte er sich an der Arbeit der Parteiorganisation der Abteilung und der Parteigruppe bei der Abteilung für Kultur und Kunst. Er war im Ehrenamtlich Aktiven Zentrum für Parteipropaganda beim Wojewodschafts-Präsidium des Nationalrats in Oppeln tätig. Seinen Parteiaufgaben ist er tadellos nachgekommen. Seine moralische Haltung weckt keinerlei Vorbehalte“[30]. Kobiałko war kein Mensch, der die Meinung seiner Vorgesetzten unreflektiert übernahm. Er hatte seine Ansichten, die sich von jenen „einzig richtigen“ unterschieden, die von der Partei verkündet wurden. Er war Katholik, für den der wichtigste Wert die Freiheit des Individuums war. Im Jahr 1976 rief der Wojewode von Oppeln, Józef Masny, Kobiałko trotz hervorragender Leistungen bei der Arbeit von der Funktion als Stellvertretender Direktor der Abteilung für Kultur ab und versetzte ihn auf die Stelle des Direktors der Staatlichen Schule der Kultur, der Bildung und des Bibliothekswesens in Oppeln. Das kann man nur schwer als beruflichen Aufstieg bezeichnen, es war eher ein Abschieben aus der Abteilung für Kultur. Die Gründe sind unklar, höchstwahrscheinlich hatte Kobiałko etwas gemacht bzw. gesagt, was nicht der damaligen politischen Korrektheit entsprach. Kobiałko aber fühlte sich in der neuen Arbeit mit Jugendlichen sehr wohl.

Die Staatliche Schule der Kultur, der Bildung und des Bibliothekswesens in Oppeln bildete zukünftige Mitarbeiter von kulturellen Institutionen aus und übernahm die Fortbildung der Mitarbeiter. Kobiałko ersetzte als Direktor den bei Mitarbeitern und Studenten beliebten Józef Klimczyk. Es konnte so scheinen, dass die ersten Tage an der neuen Arbeitsstelle für ihn schwie-

[29] AMKiDzN, PSKOiB, Świadectwo Kazimierza Kobiałki o ukończeniu Studium Podyplomowego, Uniwersytet Wrocławski im. B. Bieruta, nr 135.

[30] AMKiDzN, PSKOiB, Opinia Dyrektora Wydziału Kultury i Sztuki Urzędu Wojewódzkiego w Opolu.

rig werden würden. Kobiałko war damals gerade mal 33 Jahre alt, er war der jüngste Mitarbeiter der Schule, der Vorgesetzter wurde, indem er einen Menschen ersetzte, der sich allgemeinem Respekts erfreute. Da zeigte sich allerdings das Talent von Kobiałko. Seine Mitarbeiter und Schüler erinnern sich an seine außergewöhnliche Fähigkeit, Menschen zu einen, was er seinem intelligenten Einfühlungsvermögen, seinem Humor und seiner Distanz zur eigenen Person verdankte. Ebenso konnte er Initiativen anregen und sowohl die Schüler als auch den Lehrkörper zum eigenständigen, kreativen Handeln motivieren. Die Jugend nannte ihn „Meister" und schätzte ihn dafür, dass er immer für sie Zeit hatte. Schnell gewann er Respekt und Autorität unter den Dozenten, denen er mit Wissen und diszipliniertem Charakter imponierte. Er unterrichtete Pädagogik, Kultur-Ökonomie, Verlagswesen, Grundlagen der Politikwissenschaften und half dabei, Diplomarbeiten vorzubereiten[31].

Den Unterricht führte er bunt, geistreich und anekdotisch. „Auf amerikanische Art" – so erinnern sich seine Schüler. Er bemühte sich, sie zu eigenen Ansichten zu bringen, soweit, wie das möglich war. Seine Devise lautete, den „Feind zu überlisten". Er wandte sie an, indem er zwischen den Zeilen seines Unterrichts solche Interpretationen von Fakten einflocht, mit denen die damaligen Machthaber nicht zufrieden gewesen wären. Darum war er unter seinen Schützlingen außerordentlich beliebt und galt in unterschiedlichen Lebensbereichen als Autorität. Nicht nur in denen, die mit der Schule verbunden waren. Davon zeugt die umfangreiche Korrespondenz, die er mit seinen Absolventen führte, die ihren ehemaligen Lehrer in vielen Lebensfragen um Rat fragten. Aus seiner Arbeit schöpfte er Freude und Zufriedenheit.

Er war Theater-Fan und Theater-Kenner, der sich oft als Jury-Mitglied bei Wettbewerben von Amateur-Theatern bzw. in Rezitation engagierte. Er bemühte sich, keine künstliche Distanz zwischen sich und der Jugend, die er unterrichtete, aufzubauen. Das war in seinen häufigen Gesprächen mit seinen Schützlingen sowie in einfachen Gesten wahrnehmen, wie die persönliche Hilfe beim Transport der Geräte und der Büchersammlung des aufgelösten Jugendklubs „SKOBEL". Er wurde zu Geburtstagen und Hochzeiten seiner Schüler eingeladen. Berühmt war er für seine Festansprachen, bei denen er Aufritte von Parteipolitikern parodierte[32].

Im August 1980, als der „Karneval der Solidarność" begann, trat Kazimierz Kobiałko nicht der Gewerkschaft bei, aber gehörte zu ihren Sympathisanten. Er organisierte Diskussionen zur aktuellen und politischen Lage bzw. nahm an solchen teil. Inoffiziell half er dabei, Texte für die Untergrundpresse

---

[31] Joanna Pszon, *Mistrz i nauczyciel*, „Nowa Trybuna Opolska" 1996, nr 162, s. 16; Urszula Olesińska, *25 lat Państwowego Studium Kulturalno-Oświatowego i Bibliotekarskiego w Opolu*, „Kalendarz Opolski" 1998, nr 40, s. 211.

[32] Krzysztof Zyzik, *Po prostu kochałludzi i wierzyłim*, „Nowa Trybuna Opolska" 1996, nr 162, s. 17.

zu schreiben. Im Jahr 1980 unterstützte er die Initiative, eine Regionale Kommission für Kultur zu gründen, die aus der „Solidarność" heraus die Arbeit der Kultureinrichtungen in der Region überwachen sollte[33].

Im Herbst 1981 trat er aus der PVAP aus. Offensichtlich kollidierten seine Sympathien für die „Solidarność" seiner Meinung nach mit der gleichzeitigen Mitgliedschaft in der Partei. Im Dezember 1981 wurde der Kriegszustand verhängt. Kobiałko verurteilte die Verhängung nicht. Dieses Verhalten, zusammen mit der Tatsache, dass er sein Parteibuch abgegeben hatte, trug dazu bei, dass er als Direktor der Schule entlassen wurde. Am 30. Juni 1982 fällte der Direktor der Abteilung für Kultur und Kunst des Wojewodschaftsamt Oppeln, der bereits erwähnte Eugeniusz Broczkowski, die Entscheidung, Kazimierz Kobiałko von der Funktion als Direktor abzuberufen: „da der Bürger keine Garantie für die ordnungsgemäße Führung einer sozialistischen Schule gibt"[34]. Die Entscheidung wurde mit dem 31. Oktober 1982 rechtskräftig. Von da an sollte Kobiałko weiterhin in seiner Einrichtung arbeiten, aber als gewöhnlicher Lehrer, nicht als ihr Direktor. Als er das letzte Mal in der Rolle des Schulleiters zur Schule kam, bildeten die Jugendlichen ein Spalier von der Eingangstür bis zu seinem Direktorenzimmer und sang, applaudierend „Sto lat" [poln. Lied, um jemanden hochleben zu lassen][35]. Kobiałko beantragte, die Entscheidung über die Abberufung aufheben zu lassen. Dabei berief er sich auf die plötzliche Entscheidung und darauf, dass jegliche sachlichen Argumente fehlten, die in ihm „ein Gefühl des Unverständnisses und des Unrechts" weckten[36]. Im Juni 1982 wurde die Schule von einer Arbeitsgruppe des Ministeriums für Kultur und Kunst visitiert, die der Einrichtung selbst und ihrem Direktor sehr hohe Bewertungen ausstellte. In der Zeit, in der er Direktor war, erhielt Kobiałko zwei Mal den Preis des Ministeriums für Kultur und Kunst. Im Juni 1981 wurde er vom Kuratorium für Bildung und Erziehung sowie vom Oppelner Direktor der Abteilung für Kultur und Kunst ausgezeichne, also von demselben, der ihn kein ganzes Jahr später entließ. Die Bitte, die Entscheidung aufzuheben, wurde abgelehnt[37].

Kobiałko kehrte nicht mehr auf den Posten des Direktors der Schule zurück, obwohl er ihm im Jahr 1989 erneut angeboten wurde. Der damalige Vize-Wojewode, Andrzej Zydek, hielt die 1982 getroffene Entscheidung für

---

[33] Wojciech Gurgul, *Dziękuję za Kazika*, „Nowa Trybuna Opolska" 1996, nr 174, s. 3.

[34] AMKiDzN, PSKOiB, Odwołanie K. Kobiałki z funkcji dyrektora PSKOiB w Opolu, Urząd Wojewódzki w Opolu, WydziałKultury i Sztuki, K1.IX-547/21/82, 30. 6. 1982.

[35] Danuta Nowicka, *W złotych ramach*, „Nowa Trybuna Opolska" 2001, nr 163, s. 11.

[36] AMKiDzN, PSKOiB, Prośba K. Kobiałki o uchylenie decyzji o odwołaniu zaadresowana do Wojewody Opolskiego Zbigniewa Mikołajewicza, 12. 8. 1982.

[37] Ablehnung der Bitte auf Aufhebung der Entscheidung über die Entlassung aus der Funktion des Direktors der Schule für Kultur, Bildung und Bibliothekswesen in Oppeln, gerichtet an Kazimierz Kobiałko, Wojewode von Oppeln, Zbigniew Siedlecki, 4. 8. 1982, Nr. K1.IX-349/21/32, private Bestände der Familie Kobiałko.

„falsch und moralisch starkes Unrecht“[38]. Kobiałko war damals bereits in der Arbeit des Oppelner Bürger-Komitees „Solidarność“ engagiert. Sein Leben nahm ein sehr schnelles Tempo an. Er hatte keine Zeit für die Pflichten eines Direktors, die Stelle, aus der er zuvor aus politischen Gründen entlassen worden war, anzunehmen, ging gegen seine Prinzipien. Im Übrigen konnte das ein zielgerichteter Trick der Behörden sein, die mit dieser Funktion einen der wichtigsten Funktionäre der Opposition „ruhig stellen“ wollten. So oder so arbeitete er bis zum Schluss als Lehrer an der Schule. Die Politik vermochte es nicht, Kobiałko ganz von der didaktischen Arbeit abzuziehen.

In den Erinnerungen seiner Schüler blieb er immer, selbst nachdem man ihn aus dieser Funktion entlassen wurde, Direktor, „in Großbuchstaben geschrieben“. Zu seinen Zeiten herrschte an der Schule eine außergewöhnliche, beinahe familiäre Atmosphäre. Bis an sein Lebensende wurde er von den anderen Mitarbeitern „unser Chef“ genannt. Im Jahr 1996 schrieb Wojciech Gurgul, ein ehemaliger Schüler von Kobiałko, in seinen Erinnerungen über ihn: „Für uns war er wichtiger als andere, er schien uns für höhere, nichtbanale, aber gleichzeitig für uns sehr persönliche Dinge geschaffen. Für jeden von uns Schülern konnte er Zeit für ein Gespräch finden. Er konnte uns wunderbar zuhören, in allem Rat geben und sich anfreunden“[39].

In der zweiten Hälfte der Achtziger Jahre engagierte sich Kazimierz Kobiałko immer stärker gesellschaftlich. Ab August 1988 wurde er von der Staatssicherheit überwacht. Der Grund dafür, war seine Tätigkeit im Oppelner Klub der Katholischen Intelligenz [poln. KIK][40].

Nach dem Vertrag, der zwischen den Machthabern und den Vertretern der „Solidarność“ im Frühjahr 1989 am Runden Tisch geschlossen wurde, begannen im Land regionale Komitees der NSZZ „Solidarność“ zu entstehen, deren Aufgabe es war, Gewerkschaftskandidaten für den Sejm und den Senat zu gewinnen sowie deren Wahlkampf vorzubereiten und durchzuführen[41]. Zur Mitarbeit bei OKO „S“, überredet Kobiałko Jan Całka[42],

---

[38] Offizieller Brief des Wojewoden von Oppeln, Andrzeja Zydek an Kazimierz Kobiałko, 19. 12. 1989, Nr. K1. I-1020/26/89, private Bestände der Familie Kobiałko.

[39] Wojciech Gurgul, *Dziękuję …*, s. 3.

[40] Zbigniew Bereszyński, *NSZZ „Solidarność“ i rewolucja solidarnościowa na Śląsku Opolskim 1980–1990. Tom II. Od stanu wojennego do zmian ustrojowych w kraju*, Opole: IPN, 2014, s. 418–419.

[41] Krzysztof Zuba, *Komitety Obywatelskie na Śląsku Opolskim (1989–1991)*, Opole: Oficyna Wydawnicza Politechniki Opolskiej, 2000, s. 60.

[42] Jan Całka (geb. 1941–2016) – polnischer Oppositioneller. In den Jahren 1972 bis 1981 Mitglied des Vereins PAX. Einer der Führer der NSZZ „Solidarność“ der Region Oppelner Schlesien. In den Jahren 1989 bis 1992 Führer der „Solidarność“ in Oppeln. Nach 1992 in der Selbstverwaltung ehrenamtlich aktiv. Mehr darueber Edyta Bednarska-Kolbiarz, *Jan Całka*, [w:] *Opozycja w PRL. Słownik biograficzny 1956–1989. Tom 2*, red. Jan Skórzyński, Warszawa: Ośrodek Karta, 2002, s. 65–66; Zbigniew Bereszyński, *Jan Całka (1941–2016) –*

der damals einer der aktivsten Funktionäre der „Solidarność" in der Region war und ab 15. April 1989 die Funktion des Vorsitzendenden des Provisorischen Vorstands der Region Oppelner Schlesien der NSZZ „Solidarność" wahrnahm. OKO „S" wurde am 19. April 1989 gegründet. Einen Tag zuvor, also am 18. April, schlug Jan Całka die Kandidatur von Kazimierz Kobiałko zum Vorsitzenden des Komitees vor. Er war der ideale Kandidat. Bekannt in der Region, seit langem im öffentlichen Leben engagiert, erfahren in der Ausübung von Leitungspositionen und dabei in unterschiedlichen Milieus beliebt und respektiert. Ein Charakterzug von ihm war die Fähigkeit, Kompromisse zu schließen, was die Opposition vor den bevorstehenden Wahlen dringend benötigte. Kobiałko wurde einstimmig zum Vorsitzenden gewählt[43].

Noch vor den Wahlen erwähnte Kobiałko, dass die ersten Tage der Arbeit bei OKO „S" außergewöhnlich mühsam waren und er damals an der Grenze zum Zusammenbruch stand. Das Komitee hatte viele Probleme, z.B. eine Örtlichkeit für die Treffen zu finden. Zusätzlich war es in den ersten Tagen ihrer Arbeit schwierig, die lokalen Bürger zu mobilisieren. Aber das ging schließlich vorbei. Zu den Wahlveranstaltungen kamen immer mehr Zuhörer. Kobiałko war verwundert, aber zufrieden: „Ich dachte, dass die Leute überhaupt nicht mehr zu irgendwelchen Treffen kommen wollten, dass sie gar nichts mehr anhören wollen ..."[44]. Die Haltung der Engagierten war für ihn das, was ihn motivierte, weiter zu arbeiten. Er stellte fest, dass das „verpflichtend ist für jene, die dennoch meinen, dass sie sich um dieses gesellschaftliche Engagement kümmern sollten, weil das etwas ist, was sie nicht nur im Geiste aufrecht erhält, sondern auch bestätigt, dass die von ihnen getroffenen Entscheidungen, sich um die Tätigkeit dieser Art zu kümmern, richtig sind"[45].

Für eines der größten Probleme des Oppelner Landes im Jahr 1989 hielt Kobiałko den Mangel an natürlichen gesellschaftlichen Eliten, statt dessen gab es künstliche, „formale, sanktionierte, hermetische" Eliten[46]. Im Interview für die Monatszeitschrift „Opole", das im Mai 1989 geführt wurde, sagte er:

„Die Karten werden hier [im Oppelner Land – D. M.] ein Mal in vielleicht fünfzehn Jahren neu verteilt, danach erstarrt alles: wir haben lange

---

człowiek niejednoznaczny, [w:] *Opolanie znani i nieznani. Czasy po II wojnie światowej. Część 1*, red. Małgorzata Świder, Opole: Polskie Towarzystwo Historyczne, Oddziałw Opolu, 2017, s. 57–72.

[43] Zbigniew Bereszyński, *NSZZ ...*, s. 419.

[44] Kazimierz Kobiałko, *Nie zapomnieć dokąd się biegnie*, rozm. Józef L., „Solidarność Opolska" 1989, nr 42/43, s. 5.

[45] Ibidem.

[46] Kazimierz Kobiałko, *„Solidarności" nie należy idealizować*, rozm. Danuty Nowicka, „Opole: miesięcznik społeczno-kulturalny" 1989, nr 6, s. 7.

nicht nur die gleichen Machthaber, sondern von oben durchnummerierte Schriftsteller, Bildhauer, selbst die Direktoren der Landwirtschaftlichen Produktionsgemeinschaften – wie bei Gombrowicz, weil alle eine Klappe der entsprechenden Nummer haben, und diese Klappe den entsprechenden Stempel, bis auf Widerruf. In jedem solchen Milieu, die Machthaber nicht ausgenommen, befinden sich selbstverständlich kluge Menschen, aber sie verbinden sich nicht zu Eliten, weil das Gewebe angetastet wurde, die dies ermöglichen würde, dies erlauben nicht mal die Formeln des gesellschaftlichen Lebens“[47].

Dabei merkte er an, dass Eliten außergewöhnlich wichtig sind, weil sie Ziele projektieren und eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung der Beschlüsse des Runden Tisches spielen, der für ihn die Notwendigkeit verkörperte, das Land zu retten, sowohl im Bereich der Wirtschaft als auch der gesellschaftlichen Bindungen[48].

Der Wahlkampf von OKO „S“, dem das Sammeln von Unterschriften für Kandidatenlisten vorangegangen war, basierte hauptsächlich auf Treffen mit Wählern, dem Aufhängen von Plakaten und darauf, die regionale Bevölkerung über die Medien zu erreichen. Die Präsenz der Kandidaten von OKO „S“ in lokalen Massenmedien war bescheiden[49]. Über eines der wichtigeren Medienevents, die Pressekonferenz vom 17. Mai, an der die Sejm-Kandidaten Bronisław Wilk, Wojciech Solarewicz und Józef Góralczyk sowie Kazimierz Kobiałko als Vorsitzender von OKO „S“ und der Vize-Vorsitzende Janusz Sanocki teilnahmen, wurde von der „Trybuna Opolska“, der Monatszeitschrift „Opole“ sowie dem Oppelner Sender des Polnischen Radios berichtet. Bei der Konferenz informierte Kobiałko über die Schwierigkeiten, die das Komitee mit der Vorbereitung des Wahlkampfs hat, der parallel dazu verläuft, die Strukturen der „Solidarność“ zu schaffen[50].

Der Wahlkampf fand unter schwierigen Bedingungen statt. Nicht hilfreich waren die zentralen Gremien der „Solidarność“ und insbesondere Lech Wałęsa, der im letzten Augenblick den Slogan kritisierte, der im Wahlkampf von allen Komitees lanciert wurde: „Streiche nur den aus den eigenen Reihen nicht durch“. Kobiałko stimmte dem Vorsitzenden der „Solidarność“ nicht zu, in einem seiner Interviews sprach er über den Unterschied, zwischen der Basis der Gewerkschaft und der PVAP: „Und wir (…) sind in diesem ‚Krieg‘ zu etwas verdammt, wie einem Angriff mit der Lanze auf Panzer“[51]. Seiner Meinung nach waren diese Wahlen weniger Wahlen zwischen

---

[47] Ibidem.

[48] Ibidem.

[49] Krzysztof Zuba, *Komitety* …, s. 67.

[50] *Konferencja prasowa*, „Tygodnik Wyborczy“ [Opolski Komitet Obywatelski „Solidarność“] 1989, nr 2, s. 2.

[51] Kazimierz Kobiałko, *Nie zapomnieć* …, s. 4.

Menschen als zwischen Wahlprogrammen. Im Juni 1989 mussten die Polen die Wahl zwischen zwei unterschiedlichen Visionen von ihrem Land treffen. Da gab es keinen Platz für eine komplizierte, individuelle Herangehensweise an die einzelnen Kandidaten[52].

Die Wahlen endeten mit dem Erfolg der Kandidaten von OKO „S". Alle erlangten im ersten Wahlgang Mandate. Der Enthusiasmus und die authentische Begeisterung der Funktionäre des Komitees erwiesen sich für die Wähler als überzeugender als die Propaganda der Regierungskoalition. Nach den Wahlen wurde festgestellt, dass OKO „S" seine Aufgabe erfüllt hatte und an seiner Stelle eine etwas andere Organisation ins Leben gerufen werden musste, die nach Vereinsrecht tätig war. Im August 1989 riefen die Funktionäre der Bürgerkomitees in der Wojewodschaft Oppeln die Bürgerbewegung Oppelner Schlesien [poln. ROŚO] ins Leben, die der Nachfolger von OKO „S" wurde. Zu den wichtigsten Zielen von OKO „S" gehörten das Engagement für Unabhängigkeit und Souveränität der Republik Polen, der Schutz der Freiheit, Demokratie und Selbstverwaltung der Bürger sowie die Rettung der Region vor der ökologischen Katastrophe. Die Bewegung sollte den Unternehmergeist der Bürger sowie unabhängige Initiativen im Bereich der Kultur, Bildung und Wissenschaft fördern[53]. Kazimierz Kobiałko wurde zum Vorsitzenden des neu gegründeten Vereins gewählt, der offiziell am 25. September 1989 registriert wurde. Im Oktober erschien die erste Ausgabe der Zeitschrift „Nowiny Opolskie" [Oppelner Neuheiten], die unter der Schirmherrschaft von ROŚO und der regionalen „Solidarność"[54] stand.

Auf der III. Generalversammlung der Delegierten der NSZZ „Solidarność" der Region Oppelner Schlesien, die vom 24. bis 25. Februar 1990 stattfand, wurde Kobiałko als einer von zehn Delegierten zum Nationalen Treffen der „Solidarność" gewählt, dessen Ziel es war, das Programm der Gewerkschaft festzulegen. Dieses Treffen fand im April statt. Während der Beratungen ergriff Kobiałko das Wort bei der Generaldiskussion zum Programm. Er merkte damals an, dass sich das Land in einer Zeit des Übergangs befände, und die Politiker an Menschen erinnerten, die mit einem Bein im Land der Illusionen steckten und mit dem anderen Bein die Wirklichkeit treten würden. Er rief dazu auf, keine provisorischen „Quasi-Strukturen" und „Quasi-Institutionen" zu schaffen, sondern dauerhafte und echte Strukturen und Institutionen. Er machte darauf aufmerksam, dass das weitere Verhar-

[52] Ibidem.

[53] Statut Stowarzyszenia Ruch Obywatelski Śląska Opolskiego, 26. 1. 1991 rok, Archiwum Państwowe w Opolu, Urząd Wojewódzki w Opolu, 8.4 Nadzór nad stowarzyszeniami, 308.

[54] Zbigniew Bereszyński, *NSZZ „Solidarność"* . . ., s. 433.

ren in einer solchen Übergangszeit fatalen Einfluss auf den Aufbau der polnischen Demokratie haben könnte[55].

Er engagierte sich endgültig in der politischen Arbeit. Der Demokratischen Partei [poln. UD] trat er bei und wurde zum ersten Vorsitzenden des Regionalrats der UD Oppeln gewählt. Außerdem war er Mitglied der zentralen Gremien dieser Partei. Der damalige Vorsitzende der Demokratischen Union und Ministerpräsident von Polen, Tadeusz Mazowiecki, sah in Kazimierz Kobiałko den vielversprechendsten Politiker in der Region[56].

Am 14. März 1991 wurde im Fernsehsender Telewizja Polska die politische Sendung „Klincz“ [Clinch] ausgestrahlt, in der Kazimierz Kobiałko auftrat. Die Idee der Sendung war, unterschiedliche politische Gruppen in der Diskussion zu den Reformen im Land miteinander zu konfrontieren. Als während der Sendung Lech Wałęsa Jerzy Turowicz erniedrigte, den langjährigen Chefredakteur der Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny“, hielt es Kobiałko nicht mehr aus und verwendete die berühmt gewordene Bezeichnung von der „Zoologisierung des politischen Lebens“. Später bereute er seine Worte sehr, die er unter dem Einfluss von Emotionen geäußert hatte[57].

Seine Ehefrau, Danuta Kobiałko, war nicht begeistert, als er Politiker wurde. Sie war der Meinung, dass ihr Ehemann nicht für die Politik geeignet sei, die ihn viel Gesundheit koste kostete. Kobiałko selbst war von Menschen enttäuscht, denen nur daran gelegen war, eine schnelle Karriere zu machen. Er wollte etwas Langfristiges und Wesentliches mitgestalten, eine Bürgergesellschaft in der frischen polnischen Demokratie aufbauen. Kobiałko hielt sich nicht für einen Politiker, sondern für einen ehrenamtlichen Funktionär und lehnte darum konsequent alle Vorschläge ab, politisch aufzusteigen. Dies beinhaltete auch die Ablehnung des Vorschlags, dauerhaft in die zentralen Gremien der Demokratischen Union aufgenommen zu werden, den er kurz vor seinem Tod von Ministerpräsident Mazowiecki erhielt[58]. Kobiałko lehnt ab, da er sich bewusst war, welche Konsequenzen das für sein Privatleben gehabt hätte. Von der Führung der UD wurde seine Ablehnung negativ aufgenommen, was für Kazimierz Kobiałko ein weiterer Grund zur Sorge war[59].

In der Nacht vom 12. auf den 13. Juli 1991 erlitt er einen Herzanfall, in dessen Folge er verstarb. Beigesetzt wurde er in der Allee der Verdienten auf dem Kommunalfriedhof in Opole-Półwieś. An der Beerdigung nahmen Mi-

---

[55] Kazimierz Kobiałko, *Między iluzją a rzeczywistością*, „Nowiny Opolskie“ 1989, nr 1, s. 2.

[56] Janusz Spiegel, *Kazimierz Kobiałko*, „Gazeta Wyborcza. Opole“ 2002, nr z 9 lipca.

[57] Gespräch mit Danuta Żylska-Kobiałko am 8. 6. 2018.

[58] Ibidem.

[59] Ibidem.

nisterpräsident Tadeusz Mazowiecki und viele Oppelner teil, deren Respekt sich Kazimierz Kobiałko erfreute.

Da er sich politisch engagierte, wurde er von seinen Kollegen aus der Schule gefragt, ob er „politische Karriere“ machen wolle. Er soll einen Moment nachgedacht und gesagt haben: „Nein. Ich mache das, was ich jetzt für nötig halte. Aber eigentlich möchte ich der Direktor einer Schule sein, die die Jugend liebt“[60].

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Kazimierz Kobiałko voll und ganz zu den Menschen aus der sog. Generation März ’68 zu rechnen ist. Obwohl er damals nicht von der Hochschule verwiesen wurde und er wahrscheinlich zur Gruppe der Studenten gehörte, die sich für eine Beendigung des Streiks aussprachen, war der März 1968 eine wesentliche Zäsur in seinem Leben. Ein Moment, in dem er, wie über Kobiałko Zbigniew Górniak schrieb: „verstand, wo er lebte. Er verlor jegliche Illusionen. Daher ein etwas minimalistischer Plan: möglichst menschlich zu überleben“[61]. Und diesen Plan hat Kobiałko umgesetzt. Er arbeitete ehrenamtlich, er unterrichtete, und als das Jahr 1989 kam, engagierte er sich in der Politik und für den Aufbau eines neuen politischen Systems von unten.

[60] AMKiDzN, PSKOiB, Przemowa pracowników PSKOiB w Opolu wygłoszona na pogrzebie K. Kobiałki, 17 lipca 1991 roku.

[61] Zbigniew Górniak, *Niepewny* . . ., s. 17.

Damian Brzóska

Der verschwiegene Protest im Jahr 1968. Die Selbstverbrennung von Ryszard Siwiec

Das Warschauer Stadion „Zum 10jährigen Bestehen der Volksrepublik Polen" besuchten am 8. September 1968 etwa 100 000 Personen, die mit Interesse die Feierlichkeiten zum Erntedankfest verfolgten. Auf den Tribünen waren auch hohe Würdenträger der Partei vertreten, unter ihnen der 1. Sekretär der Polnischen Vereinten Arbeiterpartei, Władysław Gomułka, und der damalige Ministerpräsident, Józef Cyrankiewicz. Zum Erntedankfest war auch der 59jährige Ryszard Siwiec aus Przemyśl angereist, es ging ihm allerdings nicht darum, das Spektakel anzuschauen. Er war aus anderem Grund gekommen, er wollte seine Stimme gegen die Politik des Staates erheben. Er beschloss zu protestieren: Um überhaupt gesehen bzw. gehört zu werden, beschloss er, sich vor den Augen aller Besucher im Stadion zu verbrennen. Seine Absichten führten allerdings nicht zum Erfolg. Der Sicherheitsdienst reagierte schnell, das Feuer konnte gelöscht werden. Der Bewohner von Przemyśl wurde mit schweren Verbrennungen ins Krankenhaus gebracht, wo er schließlich verstarb[1]. Augenzeugen der Selbstverbrennung Siwiecs gab es viele, aber niemand sprach über seinen dramatischen Protest, es gab keinerlei Information in der Presse, im Fernsehen und im Radio, weder in Polen noch im Ausland. Keine vier Monate später, am 16. Januar, nahm in Prag der Student Jan Palach aus Protest gegen den Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts in die Tschechoslowakei ebenfalls durch Selbstverbrennung das Leben. Seine Tat wurde jedoch nicht verschwiegen. Insbesondere westliche Medien verbreiteten die Nachricht über den dramatischen Protest. Der vorliegende Artikel beschäftigt mit Siwiecs Gründen seines Protestes, dessen Verlauf und die Umstände, die das Verschweigen des Protestes ermöglichten. Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre waren, im Vergleich zu vorhergehenden Jahrzehnten, Selbstverbrennungen eine relativ häufige Form des Protestes, daher sollte auch die Frage gestellt werden, woher solch tragische Vorbilder kamen.

Ryszard Siwiec wurde am 7. März 1909 in Dębica geboren. Relativ früh, im Jahr 1914, starb sein Vater. Spätere Lebensjahre verbrachte er in Lemberg, wo er auch das Gymnasium abschloss. Ebenfalls in Lemberg schloss er ein Wirtschaftsstudium an der Johann-Kasimir-Universität ab. Im Jahr 1936 ging

[1] Łukasz Kamiński, *Żywe pochodnie*, w: „Rzeczpospolita" 17–18 I 2004.

Siwiec nach Przemyśl, wo er eine Stelle beim Finanzamt annahm. Während des Krieges war er Arbeiter und Leiter einer Ankaufstelle für Obst und Gemüse. Unter deutscher Besatzung leistete er den Eid als Soldat der Heimatarmee. Im Jahr 1945 heiratete er Maria. Nach 1945 steckte er viel Energie in die Produktion von Honig und Wein. Diese Produktion wurde zur Einnahmequelle für seinen Lebensunterhalt wurde, bis diese verstaatlicht wurde und er in der Produktionsstätte als Buchhalter angestellt wurde[2]. Siwiec fiel im Grunde durch nichts Besonderes auf, er war ein typischer Bürger, der sich allerdings im Gegensatz zu den meisten anderen nie mit der Nachkriegswirklichkeit abfinden wollte. Seine Verwandten und Freunde beschrieben ihn als ehrlichen, etwas verschlossenen, zärtlichen und sensiblen Menschen. Er war bibliophil, er hatte eine eigene umfangreiche Bibliothek. Er mochte auch Sport, selbst spielte er Hockey. Seine Kinder erwähnten, dass er ein sehr verantwortungsbewusster Mensch war[3].

Die Tat von Siwiec ist im Kontext des Vietnam-Krieg zu sehen, der von der Sowjetunion für ihre Propaganda genutzt wurde. Das ist insofern wichtig für die vorliegende Arbeit, da sich auch dort bereits Fälle von Selbstverbrennungen durch buddhistische Mönche ereigneten. Diese Taten sollten Ausdruck des Protestes gegen religiöse Verfolgungen in Süd-Vietnam sein. Die erste Selbstverbrennung beging Thich Quang Duc, der am 11. Juni 1963 in Saigon in den Flammen umkam. Dieser Protest fand durch die Medien schnell ein Echo, das Foto des brennenden Mönches ging um die Welt. Der Fotograf, Malcolm Browne, erhielt dafür den Pulitzer-Preis. Die kommunistischen Staaten bemühten sich, diesen dramatischen Akt für ihre Propaganda auszunutzen. Es wurde behauptet, dass dies ein Protest gegen den amerikanischen Imperialismus gewesen sei[4]. Der Bevölkerung der kommunistischen Länder war also eine Selbstverbrennung als Form des Protestes vertraut. Durch eine Selbstverbrennung im eigenen Land wendete sich diese Propaganda aber gegen die kommunistischen Machthaber. Denn was kann man der Bevölkerung sagen, wenn ein eigener Bürger sich selbst verbrannt hat?

Mehr als die buddhistischen Vorbilder wirkte allerdings die aktuelle politische Lage im Land auf Siwiec. Wie bereits erwähnt, fand er sich nie mit der kommunistischen Herrschaft ab. Allerdings wollte er nicht bewirken, dass seine Angehörigen Repressionen ausgesetzt würden, deshalb konzentrierte sich auf das Verteilen antikommunistischer Flugblätter, die mit dem Pseudonym „Jan Polak“ unterzeichnet waren. Siwiec war allerdings sehr empfind-

---

[2] Tomasz Rogulski, *Spalony na stadionie X – lecia*, in: „Rzeczpospolita“, 8–9 IX 1990; oraz Łukasz Kamiński, *Przeciw totalnej tyranii zła. Ryszard Siwiec 1909–1968*, in: „pamięć.pl“ 9/2013, S. 48.

[3] Siehe: *Płomień Ryszarda Siwca*, opracowałBartosz Kaliski, in: „Karta“ nr 44, 2005.

[4] Petr Blažek, *Żywe pochodnie*, in: „pamięć.pl“ 9/2013, S. 51–54.

lich angesichts des Unrechts und des Leids, das von den Machthabern angerichtet wurde. Seine Angehörigen erinnern sich, dass die studentischen Proteste im Januar 1968 großen Einfluss auf ihn hatten. Seine Frau, Maria Siwiec, erinnert sich: „Als das Jahr 1968 kam und die Studenten der Universität Warschau von der Miliz und so genannten Arbeitern niedergeknüppelt wurden, empfand er das als persönliche Niederlage und persönliches Scheitern. Er fühlte sich angewidert, bestimmt fühlte er sich, als ob er selbst vergewaltigt würde“[5]. Im April des gleichen Jahres machte Siwiec bereits sein Testament, wovon er allerdings seiner Familie nichts sagte[6].

Ein noch größerer Schlag für Siwiec wurde der Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts in der Tschechoslowakei und besonders die Beteiligung polnischer Soldaten daran. Siwiec beschloss zu reagieren. Es ist schwer zu sagen, wann genau der Entschluss fiel, sich selbst zu verbrennen. Es ist nur bekannt, dass es keine plötzliche, emotional gefasste Entscheidung war. Alles war genau vorbereitet, vom Einholen des Passierscheins für die Reise zum Erntedankfest bis zum dramatischen Protest. Bevor er jedoch zum Erntedankfest fahren konnte, musste er sich beim Kreisverband der Landwirtschaftlichen Kreise in Przemyśl um die Teilnahme am Erntedankfest bewerben. Das gelang ihm ohne Probleme und er fuhr mit etwa 120 anderen Personen mit dem Zug zu den Feierlichkeiten nach Warschau[7]. Am 7. September schrieb er während der Fahrt noch den Abschiedsbrief an seine Frau mit folgendem Inhalt: „Liebe Marysia! Weine nicht! Es wäre schade um die Kräfte, die Du noch brauchen wirst. Ich bin sicher, dass ich bis zum jetzigen Moment meine 60 Jahre richtig gelebt habe, verzeih, ich konnte nicht anders, dafür, dass die Wahrheit, die Menschlichkeit, die Freiheit nicht untergeht, komme ich um, und das ist das geringere Übel – als der Tod von Millionen. Komm nicht nach Warschau, ich schreibe im Zug und deshalb krakelig. So geht es mir gut, ich spüre so einen inneren Frieden – wie zuvor im Leben! Liebe Kinder, macht der Mama keinen Ärger, lernt denn das ist Eure wichtigste Aufgabe für jetzt. Möge Gott Euch behüten. Ich küsse Euch. Vater“[8]. Diesen Brief gab Siwiec seiner Bekannten Maria Tchórzewska, die ihn seiner Familie übergeben sollte[9]. Am 8. September kam Siwiec ohne Probleme ins Stadion, er nahm nicht im Sektor 37 Platz, wofür er eine Eintrittskarte hatte, sondern direkt gegenüber der Haupttribüne. Für Siwiec war es sehr wichtig, gegenüber der Haupttribüne zu sein, denn dort befand sich die Staats- und Parteiführung mit Gomułka an der Spitze. Nach der Ansprache des 1. Sekretärs der PVAP war Zeit für eine Polonaise, die von Mädchen und Jun-

[5] Cytat za: Petr Blažek, *Ryszard Siwiec 1909–1968*, Warszawa 2010, S. 16.
[6] Ibidem, S. 16.
[7] *Płomień Ryszarda Siwca* . . ., S. 84.
[8] Cytat za: *Płomień Ryszarda Siwca* . . ., S. 93.
[9] Ibidem, S. 93.

gen in volkstümlichen Trachten vorgeführt wurde. Da zündete sich Siwiec kurz nach Mittag selbst an. In der Hand hielt er eine weiß-rote Flagge mit den Aufschriften: „Für Unsere und Eure Freiheit", „Ehre und Vaterland". Als er brannte, schrie er außerdem „Ich protestiere", „Es lebe das freie Polen", „Das ist der Aufschrei eines freien sterbenden Menschen". Ein paar Menschen versuchten, das Feuer zu löschen, aber Siwiec selbst störte sie dabei und schrie „Rettet mich nicht, schaut, was ich in der Mappe habe". Letztendlich gelang es aber der im Stadion anwesenden Staatssicherheit und den Feuerwehrleuten, die Flammen zu löschen. Siwiec wurde aus dem Stadion geführt und mit einem Zivilfahrzeug ins Krankenhaus gebracht[10]. Das Erntedankfest wurde nicht unterbrochen und die Staatssicherheit nahm sich sofort der Sache Siwiec an. Siwiec wurde in das Praski-Krankenhaus an der ul. Świerczewskiego gebracht, wo man versuchte, ihn von den übrigen Patienten und den meisten Angestellten zu isolieren. Um Siwiec kümmerten sich drei Ärzte, die genauso wie ihr Patient unter „spezieller" Betreuung und Kontrolle der Staatssicherheit standen. Am Tag vor seinem Tod, also am 11. September, besuchte ihn seine Ehefrau. Er starb am 12. September[11].

Über die Protestaktion und den tragischen Tod von Siwiec sprach offiziell niemand. Die Behörden kontrollierten den Informationsfluss und es war für sie inakzeptabel, über einen Menschen erzählen zu lassen, der gegen den Einmarsch in die Tschechoslowakei protestierte. Es wundert also nicht, dass es in der Presse, im Radio und im Fernsehen keinerlei Informationen über den Protest gab. Die Verbrennung selbst wurde gut dokumentiert durch einen Kameramann der Polnischen Wochenschau, der einen 7 Sekunden langen Film über den brennenden Siwiec drehte. Es wurden auch einige Fotos gemacht und Mitglieder des Büros „B" des Innenministeriums nahmen einen Film von etwas über 90 Sekunden auf[12]. In ihm ist zu sehen, dass viele Menschen, nachdem sich Siwiec angezündet hatte, vor ihm zurückweichen und ratlos auf ihn schauen. Diese Augenzeugen haben den Protest gesehen, aber anschließend nichts gesagt. Nach dem tragischen Tod von Siwiec wurde geschwiegen, was gerade der Intention von Siwiec entgegenlief, der das Gewissen seiner Mitbürger aufrütteln wollte. Vielmehr gingen Gerüchte durch Warschau, ein Alkoholiker habe sich angezündet, bzw. auch etwas präziser, während der Feierlichkeiten zum Erntedank habe sich jemand aus Protest gegen Gomułka angezündet[13]. Das Schweigen verwundert, gleichwohl muss man bedenken, dass die Augenzeugen in der Mehrheit weltanschaulich geprägt waren. Sie waren ins Stadion gekommen, um

[10] Petr Blažek, *Ryszard Siwiec 1909–1968 …*, S. 21–22.

[11] Jerzy Eisler, *Polski rok 1968*, Warszawa 2006, S. 750.

[12] Łukasz Kamiński, *Przeciwko totalnej tyranii zła …*, S. 51.

[13] Jerzy Eisler, *Polski rok 1968 …*, S. 751; *Wokółpraskiej wiosny: Polska i Czechosłowacja w 1968 rok*, red. Łukasz Kamiński, Warszawa 2004, S. 168, wypowiedź J. Eislera.

den Erntedank anzuschauen, und der Anblick eines brennenden Menschen, der gegen die Machthaber protestiert, passte nicht in ihre Weltanschauung. Jeder, der wusste, dass die Lage im Land anders aussah, als die Propaganda behauptete, wäre zu Hause geblieben, denn wozu hätte er sich ein Spektakel der Indoktrination anhören und daran teilnehmen sollen. Darauf beruhte die Tragik von Siwiec, ihm schien es, er könnte mit seinem Protest gerade diesen Teil der Bevölkerung aufrütteln, die das kommunistische System vollständig bzw. teilweise befürwortete.

Ryszard Siwiec nahm vor seinem Protest mit Hilfe von Freunden seine Botschaft auf Kassette auf. Er hatte die Hoffnung, dass sie nach seinem Tod zu Radio Freies Europa gelangen und einer breiteren Zuhörerschaft vorgestellt würde. Seine Botschaft enthielt viele Bezüge zur nationalen Tradition, wobei sie gleichzeitig ein apokalyptisches Bild der zukünftigen Verfasstheit des Staates schuf. Die Sowjetunion wird als das Hauptzentrum des Bösen und Unterjocher anderer Völker dargestellt, das unweigerlich untergehen muss. Siwiec richtete auf der Aufnahme außerdem einen dramatischen Appell an seine Mitbürger, die zur Besinnung kommen und das Joch des Totalitarismus abwerfen sollten[14]. Die Botschaft gelang allerdings nicht ins Ausland, wie sich Siwiec das vorgestellt hatte.

Zum ersten Mal erwähnt wurde der Protest von Siwiec erst am 27. Januar 1969 – also erst Monate später – in der französischen Wochenzeitung „Le Nouvel Observateur". Später wurde der gleiche Artikel in der Londoner sozialistischen Wochenzeitung „The New Statesman and Nation" nachgedruckt. Etwas später, denn gegen Ende März, Anfang April tauchte auch eine Erwähnung in einer Zeitung auf, die von Zeit zu Zeit Sendungen der polnischen Sektion von Radio Freies Europa unter dem Titel „Auf Antenne" abdruckte[15]. Darüber, warum die Information so spät übermittelt wurde, äußerte sich seinerzeit Jan Nowak-Jeziorañski, der zum Zeitpunkt des tragischen Protestes von Siwiec Direktor der polnischen Sektion von Radio Freies Europa war. Er erinnert sich unter anderem daran, dass sie die Information über irgendeine Selbstverbrennung im Stadion „Zum 10jährigen Bestehen der Volksrepublik Polen" erreichte. Sie wurde allerdings misstrauisch behandelte, da man meinte, es wäre eine zu große Sensation, als dass sie hätte stattfinden können. Erst als die polnische Sektion eine zweite Information zur Selbstverbrennung erreichte, dieses Mal allerdings detaillierte, wurde ihr Glauben geschenkt[16].

Die Selbstverbrennung Siwiecs hatte, obwohl über sie fast nicht gesprochen wurde, für die Familie des Protestierenden tiefgreifende Konsequenzen. Die Staatssicherheit befasste sich damit und am 8. September 1968 abends

[14] Petr Blažek, *Ryszard Siwiec 1909–1968 . . .*, S. 20.
[15] Jerzy Eisler, *Polski rok 1968 . . .*, S. 752.
[16] *Płomień Ryszarda Siwca . . .*, S. 95.

wurde eine Hausdurchsuchung in der Wohnung der Familie Siwiec gemacht, bei der die Schreibmaschine beschlagnahmt wurde. Die Hausdurchsuchung führten 13 Funktionäre der Miliz in Zivil durch. Am nächsten Tag kam auch Maria Tchórzewska in die Wohnung der Familie Siwiec, die Maria Siwiec den Abschiedsbrief überbringen sollte. Da jedoch niemand zu Hause war, steckte sie den Brief an die Wohnungstür. Die Staatssicherheit beobachtete jedoch weiterhin die Wohnung und beschlagnahmte den Brief. Maria Siwiec erhielt den Brief, den ihr Mann geschrieben hatte, erst im Jahr 1990[17]. Allgemein war die Lage der Familie nicht besonders gut. Maria blieb mit fünf Kindern zurück; drei von ihnen waren noch minderjährig. Um den Lebensunterhalt der Familie zu bestreiten, musste sie die Büchersammlung verkaufen, die Ryszard über viele Jahre aufgebaut hatte. Maria hatte außerdem Probleme, eine Witwenrente zu bekommen und war kleineren Schikanen durch die Behörden ausgesetzt. Sehr schmerzhaft war für die Familie, dass sich Freunde schrittweise von ihnen distanzierten. Die Gründe dafür waren vielfältig, höchstwahrscheinlich waren aber der Wille, eine Überwachung durch den Sicherheitsdienst zu vermeiden, und Gerüchte, Siwiec sei psychisch krank gewesen, die Hauptfaktoren für den Bruch der Freundschaften. Im Übrigen ging das gesamte Ermittlungsverfahren der Organe für innere Sicherheit in die Richtung, Siwiec als psychisch krank darzustellen. Damals versuchte man, jeden, der „falsche Informationen über die gesellschaftlich-politischen Verhältnisse des Landes verbreite", als verrückt darzustellen. Erschütternd waren für die Familie auch Gerüchte, die in Przemyśl umgingen, Ryszard Siwiec sei Alkoholiker gewesen[18]. Die Beerdigung von Siwiec fand am Sonntag statt, nicht wie üblich an einem Werktag, worauf die Miliz sich nicht einlassen wollte. Allgemein wollte man die Beerdigung von Siwiec so gut wie möglich unter den Teppich kehren. Zur Beerdigungsfeier auf dem Zasanie-Friedhof in Przemyśl kamen jedoch Menschenmassen, unter denen es allerdings nicht an Funktionären von Sicherheitsdienst und Miliz fehlte. Aus Angst vor Bespitzelung wurde keine Trauerrede gehalten. Die Beerdigung verlief sehr ruhig[19]. Eine offene Frage bleibt hingegen, wie viele Menschen in der ganzen Masse, mit Ausnahme einiger Funktionäre von Sicherheitsdienst und Miliz wussten, dass Siwiec so dramatisch protestiert hatte?

Der tragische Protest von Siwiec blieb über viele Jahre in Polen unbekannt. Im Jahr 1981 bemühte sich die Familie in der Broschüre „8 września 1968. Żywa pochodnia na Stadionie Dziesię ciolecia. W trzynastą rocznicę śmierci Ryszarda Siwca wszystkim miłującym prawdę" [8. September 1968. Eine lebende Fackel im Stadion zum zehnjährigen Bestehen der Volksrepublik. Zum dreizehnten Todestag von Ryszard Siwiec allen wahrheitslieben-

[17] Petr Blažek, *Ryszard Siwiec 1909–1968 . . .*, S. 25.

[18] Ibidem, S. 27.

[19] *Płomień Ryszarda Siwca . . .*, S. 94, wypowiedzi Władysława Mazura i Wita Siwca.

den Menschen], die Bevölkerung an den tragischen Protest zu erinnern, leider half dies auch nicht viel, Siwiec ins kollektive Bewusstsein zu bringen[20]. Erst in den 1990er Jahren begann Siwiec, mehr in den Medien aufzutauchen. Den größten Beitrag dazu, die Erinnerung an Siwiec aufrecht zu erhalten, leistete der Regisseur Maciej Drygas, der 1991 einen Dokumentarfilm mit dem Titel „Usłyszcie mój krzyk" [Hört meinen Schrei] drehte. Der gesamte Film handelt vom Leben und vom tragischen Protest von Siwiec. Drygas bemühte sich auch, dessen Familienangehörigen und direkte Augenzeugen des Vorfalls zu finden. Dieser Film gab Ryszard Siwiec so etwas wie ein „zweites Leben". Die Öffentlichkeit begann, sich für diese Person zu interessieren. Es wurde begonnen, in der Presse über ihn zu schreiben, er wurde auch auf wissenschaftlichen Konferenzen thematisiert. Große Verdienste darum, die Person Siwiec bekannt gemacht zu haben hat auch die Außenstelle Rzeszów des Instituts für Nationales Gedenken, die zu seinem 40. Todestag eine Ausstellung über ihn machte, auf deren Grundlage das Multimedia-Projekt „Krzyk szarego człowieka. Ryszard Siwiec 1909–1968" [Der Schrei eines grauen Menschen. [...]] realisiert wurde. Die Tat von Siwiec wurde von politischen Eliten bemerkt und anerkannt, nicht nur Polens, sondern auch Tschechiens. Der Präsident der Tschechischen Republik, Václav Havel, zeichnete 2001 Siwiec postmortem mit der Tomáš Garrigue Masaryk-Medaille I. Klasse und drei Jahre später mit dem Orden des Heiligen Wenzels aus. Der polnische Präsident Aleksander Kwaśniewski zeichnete Siwiec 2003 mit dem Kommandeurskreuz des Ordens der Wiedergeburt Polens aus. Außerdem wurde im „Stadion zum zehnjährigen Bestehen der Volksrepublik" eine Gedenktafel für dieses Ereignis enthüllt[21].

Obwohl der Protest von Siwiec das beabsichtigte Ziel nicht erreichte, hat die Erinnerung an ihn doch überdauert. Siwiec lebte in einer Gesellschaft, die die eingetretene politische Lage akzeptiert hatte, also war seine Tat für Menschen, die in den 60er, 70er und 80er Jahren lebten, unverständlich. Erst die politischen Veränderungen und der Film von Drygas durchbrachen das Schweigen über seine Tat. Es sollte allerdings nicht vergessen werden, dass nicht nur Siwiec und der im Artikel genannte Palach beschlossen hatte, auf so dramatische Weise zu protestieren. Zur Selbstverbrennung entschieden sich mehr Personen. Zu nennen sind: Józef Dolak, Walenty Badylak, Romas Kalanta oder auch Oskar Brüsewitz. Jeder dieser Proteste war erschütternd, weil einzelne Individuen sich das Leben nahmen, um das Gewissen ihrer Mitbürger aufzurütteln. Die meisten dieser Fälle sind jedoch totgeschwiegen worden, und darauf beruhte ihre Tragik.

---

[20] Łukasz Kamiński, *Przeciwko totalnej tyranii zła ...*, S. 48.

[21] Jerzy Eisler, *Polski rok 1968 ...*, S. 752.

Zbigniew Bereszyński

Der Prager Frühling aus der Perspektive des Oppelner Schlesiens

Seit dem frühen Frühjahr 1968 verfolgten die politischen Machthaber der Sowjetunion, der Volksrepublik Polen (im Weiteren: Volksrepublik) und anderen Staaten des kommunistischen Blocks mit wachsender Unruhe die Entwicklung der Situation in der Tschechoslowakei, in der ein Prozess der Liberalisierung und Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens voran schritt, der als Prager Frühling bezeichnet wurde. Besonders scharfe Gegner der Veränderungen in der Tschechoslowakei waren die Vorsitzenden der kommunistischen Parteien in der Volksrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik (im Weiteren: DDR) – Władysław Gomułka und Walter Ulbricht.

Eine gewisse Zeit lang zählte man in Moskau und in den anderen Hauptstädten des Ostblocks darauf, dass die Führung der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (im Weiteren: KPTsch) mit Alexander Dubček an der Spitze selbst die Lage in den Griff bekommen würde und die politischen Veränderungen in der Tschechoslowakei ausgebremst würden. Nichtsdestotrotz begannen allerdings bereits Anfang April 1968 sowjetische Militärs für alle Fälle – falls sich der politische Druck als unzureichend erweisen sollte – erste Vorbereitungen zu einer eventuellen bewaffneten Intervention in der Tschechoslowakei zu treffen[1].

Am 4. und 5. Mai 1968 fanden in Moskau bilaterale Gespräche zwischen der Sowjetunion und der Tschechoslowakei statt, bei denen die sowjetischen Politiker in scharfer Form forderten, der Gefahr einer „Konterrevolution" in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik Einhalt zu gebieten (im Weiteren: CSSR). Die Sowjets schlugen vor, Übungsmanöver auf dem Gebiet der Tschechoslowakei durchzuführen als zusätzliches Druckmittel auf die „Genossen" aus der CSSR. Kurz darauf, am 8. Mai 1968 kamen in Moskau Vertreter der kommunistischen Parteien von fünf Ländern zusammen – der Tschechoslowakei, der Volksrepublik Polen, der DDR, Ungarns und Bulgarien – um über die Tschechoslowakei zu sprechen und ohne die Tschechen und Slowaken selbst daran zu beteiligen[2].

---

[1] Jitka Vondrová, Praska wiosna a Moskwa. In: Łukasz Kamiński (Red.): Wokółpraskiej wiosny. Polska i Czechosłowacja w 1968 roku, Warszawa 2004, S. 45–58, hier 46–49.

[2] Ebenda, S. 49–50.

Die polnischen Machthaber waren besonders sensibel gegenüber jeglichen Anzeichen dafür, dass sich die tschechoslowakische politische „Häresie“ ausbreitet. Davon musste sich Michal Slavik, der Fahrer eines Busses, der Mitte Juni 1968 eine Gruppe tschechoslowakischer Touristen an den Otmuchów-See (in der Nähe von Opole gelegen) fuhr, in unangenehmer Weise überzeugen lassen. Im Gespräch mit Polen kritisierte er in scharfer Weise die in der Volksrepublik Polen herrschenden Verhältnisse, wobei er seine Überzeugung zum Ausdruck brachte, dass in Polen in Kürze das Gleiche geschähe wie in seinem Land. Er sagte, dass es gut wäre, „wenn Polen und die Tschechoslowakei keinen Freund in der Sowjetunion hätten“; er soll auch Hitler gelobt haben. Außerdem soll er beim Anblick eines uniformierten Mitglieds der Freiwilligen Reserve der Bürger-Miliz Drohungen ausgesprochen haben. Der Sicherheitsdienst nahm sich der Sache an und vernahm einige Zeugen. Die Wojewodschafts-Staatsanwaltschaft leitete ein Ermittlungsverfahren wegen des Vorwurfs öffentlicher Verherrlichung des Faschismus ein und am 17. August 1968 übermittelte die polnische Generalstaatsanwaltschaft die Akten zur Sache den tschechoslowakischen Behörden[3].

Im Zeitraum vom 18. Juni bis 2. Juli 1968 führten – gemäß den Vereinbarungen, die im Mai in Moskau getroffen wurden – Truppen des Warschauer Parkt auf dem Gebiet der Tschechoslowakei das Stabsmanöver „Sumava“ [Böhmerwald] durch, das nicht nur ein psychologisches Instrument war, um Druck auf die Tschechen und Slowaken auszuüben, sondern auch eine Art Generalprobe vor einer eventuellen militärischen Intervention. An diesem Manöver nahm auch der Stab der 10. Sudeten-Panzer-Division teil, die in den Garnisonen in Opole, Komprachcice, Brzeg, Tarnowskie Góry und Jelena Góra stationiert waren[4]. Das Manöver „Böhmerwald“ und andere bisher angewandte Druckmittel erfüllten jedoch nicht die politischen Erwartungen Moskaus und seiner Vasallen aus den Warschauer-Pakt-Staaten. In dieser Situation fand am 14. und 15. Juli 1968 in Warschau ein weiteres Treffen von fünf „verbrüderten“ kommunistischen Parteien statt, ohne Vertreter der KPTsch (die Führung der KPTsch sprach sich in der Mehrheit gegen eine Teilnahme an einem solchen Treffen aus). Das Treffen war einberufen wor-

[3] Archiwum Instytutu Pamięci Narodowej – Oddziałwe Wrocławiu (dalej: AIPN Wr), 012/2818, Tom 1, Meldunek o wszczęciu dochodzenia w sprawie nr rep[ertorium] Wydziału Śledczego [KW MO w Opolu] 29/68, 24 czerwca 1968, s. 3; tamże, Postanowienie o wszczęciu dochodzenia, 21 czerwca 1968, s. 4; tamże, Meldunek o zakończeniu dochodzenia przedśledczego w sprawie nr rep[ertorium] Wydziału Śledczego [KW MO w Opolu] 29/68, 8 lipca 1968, s. 6; tamże, Meldunek o przekazaniu władzom czechosłowackim sprawy nr rep[ertorium] Wydz[iału] Śl[edczego KW MO w Opolu] 29/68, 10 grudnia 1968, s. 8; tamże, t. 2, Oświadczenie, 16 czerwca 1968, s. 2; tamże, Oświadczenie, 16 czerwca 1968 r., s. 3; tamże, Meldunek, 17 czerwca 1968 r., s. 4–5; tamże, Meldunek, 17 czerwca 1968 r., s. 6–7 (pdf).

[4] Antoni Chorzewski, 10 Sudecka. In: Almanach miejski Opolanin (2000), S. 122.

den, um die Lage in der Tschechoslowakei zu besprechen. Ergebnis dieses Treffens war ein offener Brief an die Leitung der KPTsch, der dazu aufrief, entschiedene Maßnahmen gegen die antisozialistischen Kräfte und die „Revisionisten" zu ergreifen. Während des Treffens in Warschau wurde bereits über die bewaffnete Intervention in der Tschechoslowakei gesprochen und kurz darauf, am 20. Juli 1968, wurde die Mobilmachung für diese Operation begonnen[5].

Ende Juli 1968 unternahmen die Machthaber der Sowjetunion noch einen weiteren Versuch, die Reformen des Prager Frühlings politisch auszubremsen. Diesem Ziel sollte das am 29. Juli 1968 begonnene Treffen der Präsidien des Zentralkomitees der KPTsch und des Zentralkomitees der KP der Sowjetunion in Čierna nad Tisou dienen. Die Sowjets forderten dabei von den tschechoslowakischen Behörden, „reale Schritte zu ergreifen, die darauf abzielen, den Angriff von konterrevolutionären Elementen abzuwehren." Die Gespräche zogen sich bis zum 1. August 1968 hin. Beide Seiten hatten den Eindruck, dass die erzielten Ergebnisse ihren Erwartungen entsprechen. Moskau wartete allerdings nicht auf die praktische Umsetzung seiner Forderungen. Mitte August 1968 fiel unter dem Druck der ungeduldigen Militärs die endgültige Entscheidung über die bewaffnete Intervention in der Tschechoslowakei[6].

Die Haltung der Bewohner der Wojewodschaft Oppeln an der Schwelle zur bewaffneten Intervention in der Tschechoslowakei

In den letzten Juli-Tagen 1968 begannen die Behörden der Volksrepublik Polen auf offene Weise die Bevölkerung an den Gedanken über die bewaffnete Intervention in der Tschechoslowakei zu gewöhnen. An alle Parteiorganisationen der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (im Weiteren: PVAP) im Land wurde ein auf den 28. Juli 1968 datierter Brief des Zentralkomitees der PVAP versandt (im Weiteren: ZK der PVAP), in dem u. a. geschrieben wurde: „in unserem Bruderstaat Tschechoslowakei haben revisionistische Kräfte ernsthaften Einfluss gewonnen, wodurch sie den Weg zur Konterrevolution freigemacht haben. [...] wir sollten der Tschechoslowakischen Kommunistischen Partei und ihren den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus treuen Funktionären [...] jegliche notwendige Hilfe erweisen, um die imperialistischen Pläne, die Tschechoslowakei aus der Gemeinschaft der soziali-

[5] Vgl.: Vondrová (przyp. 1), S. 53–54.

[6] Ebenda, S. 55–58; PawełPiotrowski: UdziałWojska Polskiego w interwencji w Czechosłowacji. In: Łukasz Kamiński (Red.): Wokółpraskiej wiosny. Polska i Czechosłowacja w 1968 roku, Warszawa 2004, S. 97–106, hier S. 100–101.

stischen Staaten zu entreißen, zu ersticken. Das ist unsere internationalistische Pflicht." Der Brief endete mit der Mitteilung: „Kraft der Entscheidung der Führung des Warschauer Pakts findet ein Durchmarsch sowjetischer Einheiten durch unser Land in Richtung Westen statt. Die Parteiorganisationen sollten die herzliche Begrüßung der verbündeten Truppen während ihres Durchmarsches gewährleisten."[7] Die ideologische marxistisch-leninistische und internationalistische Rhetorik wurde im Inhalt des Briefs mit Versuchen verbunden, Bezüge auf patriotische Gefühle der Bevölkerung zu instrumentalisieren. Indem auf das zu sozialistischen Zeiten oft angewandte Schreckgespenst Westdeutschland ausgewichen wurde, wurde über eine angebliche Annäherung zwischen der CSSR und der BRD und der damit verbundenen Gefahren für Polen geschrieben. Man bemühte sich, Emotionen auf Grundlage von künstlich hervorgerufenen Assoziationen mit den noch lebendigen Erfahrungen aus den Jahren 1938 bis 1939 zu wecken. Die Information über den Durchmarsch sowjetischer Truppen in westlicher Richtung (und nicht in südlicher Richtung!) suggerierte, dass ein bewaffneter Konflikt mit der BRD und anderen NATO-Staaten ausbrechen könnte. Der Inhalt des Briefs des ZK der PVAP wurde auf der Versammlung der grundlegenden Parteiorganisationen der PVAP am 29. und 30. Juli 1968 verlesen.[8]

In offiziellen Informationen über den Verlauf der Versammlungen wurde in der Regel über allgemeine Zustimmung zur Haltung, die vom ZK der PVAP präsentiert wurde, geschrieben. Es gab allerdings auch bedeutsame Ausnahmen. In der auf den 29. Juli 1968 datierten Information über den Verlauf der Informationsversammlung in den grundlegenden Parteiorganisationen der PVAP auf dem Gebiet von Brzeg wurden u. a. folgende Äußerungen von Mitgliedern der Partei angeführt: „Gen[osse] Krzywy, Mit[arbeiter] der Städtischen Gaswerke – überlegt, ob die Fälle [in der] CSSR nicht den jugoslawischen von 1949 ähnlichen, wofür wir Tito um Entschuldigung gebeten haben. Gen[osse] Obłoza vom Staatl[ichen] Z[entrum] für M[aschinen] Brzeg – stellte fest, dass es sich nicht lohne, sich in einem bewaffneten Konflikt mit der Tschechoslowakei zu engagieren, weil jedes Land über sein Schicksal selbst entscheiden sollte. Gen. Chwastowski Andrzej vom Staatl[ichen] Z[entrum] für M[aschinen] Brzeg – eine bewaffnete Intervention sollte in

[7] Archiwum Państwowe w Opolu (dalej: APO), zespółakt Komitetu Wojewódzkiego PZPR w Opolu (dalej: KW PZPR w Opolu), 1618, Do wszystkich organizacji partyjnych PZPR, AP KW PZPR w Opolu, 28 lipca 1968, S. 83–86. Vgl.: Łukasz Kamiński, Polska Zjednoczona Partia Robotnicza wobec praskiej wiosny. In: Łukasz Kamiński (Red.): Wokółpraskiej wiosny. Polska i Czechosłowacja w 1968 roku, Warszawa 2004, S. 73–81, hier S. 75.

[8] Ebenda, S. 75–76.

keinem Fall zustande kommen, und die Bruderparteien sollten sämtliche anderen Maßnahmen ausschöpfen."[9]

Die Informationen, die in der Meldung des Kreiskomitees der PVAP in Brzeg enthalten waren, wurden teilweise vom Wojewodschaftskomitee der PVAP benutzt, um die oben zitierte Meldung für die Organisationsabteilung des ZK der PVAP zu erarbeiten. In der ersten Version des letztgenannten Version fand sich u. a. folgende Formulierung: „In den Arbeitsbetrieben in Brzeg wiederholte sich auf den Versammlungen die Ansicht, eine bewaffnete Intervention sollte nicht zustande kommen und die Bruderparteien sollten sämtliche anderen Maßnahmen nutzen, um die Situation in der CSSR in Ordnung zu bringen". Ein Teil der angeführten Formulierung wurde allerdings später gestrichen, infolgedessen sie letztendlich folgende Form annahm: „In den Arbeitsbetrieben in Brzeg wiederholte sich auf den Versammlungen die Ansicht, die Bruderparteien sollten sämtliche anderen Maßnahmen nutzen, um die Situation in der CSSR in Ordnung bringen".[10] Das bedeutete eine radikale Verdrehung des Sinns der Information. Dieses Beispiel illustriert in überaus deutlicher Weise wie die Wojewodschaftsleitung der PVAP die Informationen über die Stimmung in der Bevölkerung manipulierten.

In der auf den 31. Juli 1968 datierten Information über eine Versammlung auf dem Gebiet der Stadt und des Landkreises Opole wurde geschrieben: „Obwohl die grundlegende Mehrheit der Genossen die Politik der Partei unterstützt und sich mit den Beschlüssen der Warschauer Konferenz solidarisiert, haben wir sporadisch Fälle von Stimmen vernommen, die sich mit der KPTsch solidarisieren, bzw. sich bemühen, ihre Politik zu verteidigen. Beispielsweise erklärte Red[akteur Jan] Rzytka von der ‚Trybuna Opolska': ‚20 kommunistische Parteien sprechen sich für die Tschechoslowakei aus. Es gab eine Zeit, als wir Jugoslawien kritisiert haben, als der Gen[osse] Gomułka kritisiert wurde'. In einigen Arbeitsbetrieben wurden in geschlossenen Räumen eingeritzte bzw. mit Bleistift geschriebene Parolen gefunden wie ‚Es lebe Dubček' und ‚Wir unterstützen die Politik von Dubček'"[11].

[9] APO, KW PZPR w Opolu, 1618, Informacja o przebiegu zebrań informacyjnych w POP na terenie miasta Brzeg, 29 lipca 1968 r., S. 6.

[10] APO, KW PZPR w Opolu, 1761, Pismo z Komitetu Wojewódzkiego (dalej: KW) PZPR w Opolu do Sektora Informacji Partyjnej Wydziału Organizacyjnego Komitetu Centralnego (dalej: KC) PZPR w Warszawie, 30 lipca 1968, S. 69.

[11] APO, KW PZPR w Opolu, 1618, Informacja o zakończeniu zebrań w sprawie listu KC PZPR z 28 lipca 1968, dokument z 31 lipca 1968 r., S. 48; APO, KW PZPR w Opolu, 1761, Informacja o przebiegu zebrań p[odstawowych] o[rganizacji] p[artyjnych] na temat listu KC z 28 lipca 1968, dokument z 5 sierpnia 1968, S. 98.

Invasion und Widerstand gegen die Besatzer

In der Nacht vom 20. auf den 21. August 1968 begann die lange vorbereitete Operation „Donau". Auf das Territorium der Tschechoslowakei drangen ohne Abstimmung mit der Regierung dieses Staates und ohne formale Kriegserklärung Armeen von vier anderen Staaten des Warschauer Pakts ein: der Sowjetunion, der Volksrepublik Polen, der Volksrepublik Ungarn und Bulgariens. Die Besatzungstruppen umfassten etwa eine Viertel Million Soldaten unter der Führung des sowjetischen Marschalls Iwan Jakubowski, dessen Stab in Legnica [Polen] stationiert war. Die an der Invasion beteiligten polnischen Einheiten mit einer Truppenstärke von etwa 40 000 Soldaten waren als 2. Armee des Polnischen Heeres unter der Führung des Brigadegenerals Florian Siwicki organisiert, des damaligen Kommandanten des Schlesisches Wehrkommandos. Diese Armeeformation wurde auf Grundlage der Direktive vom 27. Juli 1968 begründet, die vom damaligen Minister für Nationale Verteidigung erlassen wurde, Divisionsgeneral Wojciech Jaruzelski. Eine der drei Divisionen der 2. Armee des Polnischen Heeres war die 10. Sudetische Panzer-Division, deren Heeresleitung in Opole stationiert war. Sie überquerte die Grenze zur Tschechoslowakei im südlichen Teil der Wojewodschaft Opole, in der Region Opava und Krnov und errichtete dann Besatzungsgarnisonen in folgenden Ortschaften: Šumperk, Ústí nad Orlicí, Svitavy, Hlinsko, Havlíčkův Brod, Ždár nad Sázavou, Bystřice nad Pernštejnem[12].

In der Nacht vom 27. zum 28. August 1968 überquerte die tschechoslowakische Grenze auch das durch Reservisten verstärkte 15. Regiment der Truppen zur Inneren Verteidigung der Region Opole aus Prudnik. Dieses Regiment verfügte über ausgediente T-34-Panzer, die von regulären Einheiten übernommen wurden; ein Teil der Gerätschaften war bereits fahruntüchtig, bevor sie die Grenze erreichten. Die Soldaten des 15. Regiments der TIW nahmen die Rolle einer Besatzungsgarnison in Krnov bis Oktober 1968 wahr.[13]

Einheiten des Polnischen Heeres waren bis November 1968 an der Besatzung der Tschechoslowakei beteiligt. Zu späteren Zeiten war dieses Land nur noch von einem ständigen Kontingent sowjetischer Truppen besetzt, deren Anwesenheit in dem der Tschechoslowakei aufoktroyierten Abkommen vom 16. Oktober 1968 über die Bedingungen für die „zeitweise" Stationierung der Sowjetarmee auf dem Territorium der CSSR sanktioniert wurde. Anfang November 1968 wurde die 2. Armee des Polnischen Heeres aufgelöst, wobei zeitweise in der Tschechoslowakei nur das 25. Mechanisierte Regiment der 10. Sudetischen Panzer-Division belassen wurde. Die letzte Einheit des

[12] Vgl.: Piotrowski (Fußnote 6), S. 102.

[13] [Ohne Titel]. In: Ziemia Prudnicka (2008), S. 88.

Heeres der Volksrepublik Polen, die die Tschechoslowakei verließ, war die Auto-Staffel des 25. Regiments. Diese Einheit überschritt die Grenze von der Volksrepublik Polen zur CSSR am Morgen des 12. November 1968 mit einer Operativgruppe des Generalstabs des Polnischen Heeres, die an der Leitung der Operation „Donau" beteiligt war[14]

Darüber, wie die Grenzüberschreitung der Truppen des Warschauer Pakts aussah, zeugt folgendes Fragment eines Berichts, den der Sicherheitsdienst (im Weiteren: SD) im Oktober 1968 von der Wojewodschaftsleitung der Bürger-Miliz (im Weiteren: WL BM) in Opole erhielt: „Meinen Bericht muss ich mit der Rückkehr meiner Verwandten von einer Beerdigung in W. beginnen. Sie kamen am Dienstag, den 20. August, in den Nachmittagsstunden zurück. [...] als sie mit den Autos fuhren, sahen sie vor sich eine Schlange sowjetischer Panzer, die in Richtung Brücke über die Olsa in Cieszyn fuhren, [...] Die Schlange hielt gegen 23.30 Uhr an unserer Grenze in Cieszyn, auf der Hauptbrücke an. Der tschechische Offizier wollte sie nicht weiter lassen. Er öffnete den Schlagbaum nicht. Nach längeren Verhandlungen im Gespräch erklärte er, dass er gehen müsste, um seine Vorgesetzten anzurufen. Die sowjetischen und unsere Offiziere gingen ihm hinterher. Als er tatsächlich nach dem Telefonhörer griff, schnitten im die sowjetischen Offiziere das Kabel mit einer Spezialzange durch und so wurde jegliche Verbindung abgeschnitten. Der tschechische Offizier wurde angriffslustig – da begannen alle aus dem gegnerischen Lager, ihn auszulachen, und ein Major des Polnischen Heeres ging auf ihn zu und schlug ihm heftig gegen die Zähne, wie das Boxer tun. Der tschechische Offizier fiel hin – man ließ ihn auf dem Boden liegen – und der leitende sowj[etische] Offizier ließ den Schlagbaum öffnen und alle zogen auf die andere Seite der Olsa! Das Auftauchen der russischen Panzer auf den Straßen des polnischen Cieszyn und dann des tschechischen Český Těšín rief Bestürzung und Angst hervor – was wird das? Als die Panzer jedoch weiterzogen und nach und nach Teschen verließen, beruhigte sich die Lage, aber die Menschen begannen gleich am nächsten Tag, massenweise Ware in den Geschäften aufzukaufen"[15].

Der Autor des hier zitierten Berichts fügte auch die Aussage eines lokalen Taxifahrers an, der die Reaktion der Bewohner von Český Těšín auf die militärische Besatzung ihres Landes so beschrieb: „Ja, ja – erzählt er in Teschener Mundart – hier war es ein paar Tage lang sehr heiß – auf der anderen Seiten der Olsa schrien sie uns an ‚Ihr Verräter' – schrien sie auf Polnisch und auf Tschechisch! Sie warfen Steine über die Olsa hinweg und hätten sich geprügelt, wenn nicht die Grenze gewesen wäre"[16].

---

[14] Vgl.: Piotrowski (Fußnote 6), S. 106.

[15] AIPN Wr, 09/1026, [Relacja], 15 października 1968, k. 76.

[16] Ebenda.

Die Besatzer trafen auf unterschiedlichste Formen aktiven und passiven Widerstands durch die örtliche Bevölkerung[17]. In einem auf den 2. September 1968 datierten Schreiben an den Direktor des Referats I des Ministeriums für Inneres (im Weiteren: MfI) in Warschau berichtete der SD Opole die Ereignisse im Grenzort Ostrava wie folgt: „Feindliche Elemente demonstrierten auf den Straßen, wobei sie feindliche antisowjetische Parolen und Parolen gegen die Truppen es Warschauer Pakts schrieben. Jugendliche hielten Fahrzeuge an und verteilten Flugblätter in Form einer Zeitung, die vom sog. 'legalen Radiosender in Ostrava' herausgegeben wurde."[18] In der Information, die vom Kreiskomitee der PVAP in Racibórz erarbeitet wurde, wurde geschrieben: „Unsere Arbeiter stießen auf feindliches Schweigen und sogar auf Angriffe von Seiten eines großen Teils der tschechischen Arbeiter. In der Stadt Opava finden Manifestationen statt, die den sofortigen Rückzug der Truppen unseres Warschauer Pakts fordern. Im Grenzgebiet werden auf der tschechoslowakischen Seite offen Flugblätter mit feindlichen Inhalten verteilt, die an sowjetische und polnische Soldaten gerichtet sind. [...] der tschechoslowakische Zoll, der doch viele Jahre lang in freundschaftlicher Beziehung zu unserem Zoll gelebt hat, hat sich von der allgemeinen Protestwelle mitziehen lassen zu Angriffen gegen uns."[19]

Gegen die Besatzung der Tschechoslowakei protestierten auch im Olsagebiet lebende Polen und insbesondere Vertreter der jungen Generation. Über die von ihnen vertretene Haltung schrieb der Autor des oben bereits zitierten Berichts vom Oktober 1968 wie folgt: „‚Verräter' – so nannten die Polen aus dem Olsagebiet die Polen auf der anderen Seite der Olsa, und das laut und deutlich. Als ich an meinem Zielort auf der anderen Seite der Olsa ankam und ich wahrgenommen wurde, waren die ersten Worte: ‚Du Verräter – wozu kommst Du hier her? Und obwohl das im Scherz gesagt wurde – dachten doch alle dort so und fühlten das so!'"[20] Die mit der Invasion verbundenen Erfahrungen bewirkten, dass viele Bewohner des Olsagebiets mit Beginn des neuen Schuljahres ihre Kinder nicht mehr in die polnischen Minderheitenschulen schickten. In einer auf den 12. September 1968 datierten Meldung der WL BM in Opole für Referat I des MfI in Warschau wurde geschrieben: „Viele Polen im Olsagebiet nahm zuvor eine positive Haltung gegenüber der Volksrepublik Polen ein und sogar in vielen Fällen eine antit-

[17] Jiří Pernes, Opór społeczeństwa czechosłowackiego wobec interwencji. In: Łukasz Kamiński (Red.): Wokół praskiej wiosny. Polska i Czechosłowacja w 1968 roku, Warszawa 2004, S. 138–142.

[18] AIPN Wr, 09/1023, Pismo zastępcy komendanta wojewódzkiego MO ds. SB w Opolu do dyrektora Departamentu I MSW w Warszawie, 2 września 1968, k. 13.

[19] APO, KW PZPR w Opolu, 1618, Informacja o przebiegu zebrań i aktualnych nastrojach społeczeństwa w związku z rozwojem sytuacji w Czechosłowacji, bez daty, S. 81.

[20] AIPN Wr, 09/1023, Informacja KW MO w Opolu dla dyrektora Departamentu I MSW w Warszawie, 31 sierpnia 1968, k. 3.

schechische Haltung – gegenwärtig hat sich ihr Verhältnis zu diesen Sachen gewaltig verändert, in der Konsequenz solidarisieren sie sich mit reaktiven Elementen. Es wird das Phänomen beobachtet, dass viele von ihnen ihre Kinder von den polnischen Schulen abgemeldet haben. Allgemein kann man feststellen, dass das polnische Milieu stark desorientiert ist und ernsthaft den Einflüssen feindlicher Propaganda erlegen ist."[21]

Protestaktionen an der polnisch-tschechoslowakischen Grenze

Auch die Grenzzone im südlichen Teil der Wojewodschaft Opole wurde zum Gelände für Protestaktionen unterschiedlicher Art. Bereits in den ersten Tagen der Invasion führten die Tschechen hier zahlreiche Flugblattaktionen durch, wobei sie u. a. die über die Grenze kursierenden Züge nutzten. Am 23. August 1968 wurden aus dem durch Głuchołazy fahrenden Personenzug Hunderte oder vielleicht sogar Tausende Flugblätter mit einem Text auf Polnisch und Russisch geworfen[22]. Flugblätter (44 an der Zahl) wurden auch aus dem Zug geworfen, der durch Pokrzywna fuhr[23]. In nach Polen fahrende Güterwaggons wurden „Flugblätter gelegt [...], die auf Russisch, Polnisch und Deutsch geschrieben waren, die an Soldaten aus diesen Ländern gerichtet waren, die dazu aufriefen, sich aus der Tschechoslowakei zurückzuziehen."[24]. Zur Durchführung der Flugblattaktionen wurden auch die Flussbetten und Bergbäche genutzt, die die Grenzlinie durchschnitten, und insbesondere das Flussbett der Biała Głuchołaska (die Flugblätter schwammen in Ballons und Kunststoffhüllen nach Polen[25]). Es wurde versucht, Flugblätter an die Grenzschutztruppen (im Weiteren: GST), Zöllner

[21] Ebenda, Informacja KW MO w Opolu dla dyrektora Departamentu I MSW w Warszawie, 12 września 1968, k. 32.

[22] Ebenda; AIPN Wr, 09/1025, Informacja dot. obywateli CSRS, którzy przechodzą w zainteresowaniu operacyjnym Służby Bezpieczeństwa KW MO w Opolu w związku z akcją kryptonim „Podhale", 6 września 1968, k. 52.

[23] AIPN Wr, 09/1025, Informacja dot. obywateli CSRS, którzy przechodzą w zainteresowaniu operacyjnym Służby Bezpieczeństwa KW MO w Opolu w związku z akcją kryptonim „Podhale", 6 września 1968, k. 55.

[24] AIPN Wr, 09/1023, Pismo KW MO w Opolu do dyrektora Departamentu I MSW w Warszawie, 20 września 1968, k. 43.

[25] Im Oktober 1968 informierte der Stellvertretende Leiter der Miliz und des Sicherheitsdienstes (Sbor národní bezpečnosti – SNB) w Mikulovice, Jan Walouch (Valouh?) die polnischen Funktionäre des Sicherheitsdienstes, dass „die Bezüge aus Kunststoff, in denen feindliche Flugblätter untergebracht waren, die im Zeitraum vom 23. bis 28. August 1968 in den Fluss Białka geworfen worden waren, in einem kleinen Kunststoff-Betrieb in Stará Moravka im Kreis Bruntal hergestellt worden waren". Ebenda, Informacja KW MO w Opolu dla dyrektora Departamentu I MSW w Warszawie, 24 października 1968, k. 83.

und polnische Arbeiter zu verteilen, die in der Tschechoslowakei arbeiteten[26]. Am 24. August 1968 wurden Flugblätter in vier Grenzdörfern im Landkreis Głubczyce verteilt: Wiechowice, Dzier¿kowice, Boboluszki und Wysoka. Ungefähr zur gleichen Zeit wurden auf Höhe der Wache der GST in Jarnołtówek Flugblätter aus einem Auto geworfen, das auf der tschechischen Seite entlang der Grenze fuhr. Einige von diesen Flugblättern waren signiert von Jugendlichen aus dem Bezirk Opava und vom Städtischen National-Rat in Krnov. Aus der Tschechoslowakei stammende Flugblätter wurden auch in Burgrabice und Sławniowice im Landkreis Nysa, in Kietrz im Landkreis Głubczyce und in Chałupki, Krzy¿anowice und Owsiszcz im Landkreis Racibórz gefunden[27].

Am 24. August 1968 warfen im Bereich einiger Grenzkontrollpunkte in den Kreisen Głubczyce und Racibórz Bewohner der Tschechoslowakei etwa vierhundert gleichlautende Flugblätter in Polnisch über die Grenze. In Wiechowice im Kreis Głubczyce hielt eine Patrouille der GST an diesem Tag zwei Bürger der CSSR an, die mit Einverständnis der tschechoslowakischen Grenzschützer die Grenze mit der Absicht, Flugblätter zu verteilen, überschritten hatten. Einer der Verhafteten war Antonín Černohorski, Mitglied der KPTsch und Vorsitzender des Kreis-Komitees des Jugendverbands der Tschechoslowakei (im Weiteren: (JVTsch) in Opava, der andere – Stanisław Rabiński, Mitglied des KPTsch und des JVTsch, Arbeiter der Drahtfabrik in Opava-Komárov. Bei ihnen wurden 71 Exemplare von Flugblättern auf Polnisch gefunden, die an alle Polen gerichtet waren, und insbesondere an die polnische Jugend. Beide kamen in Arrest, aus dem sie am 3. September entlassen wurden und an die tschechoslowakischen Behörden übergeben wurden[28]. Am Grenzkontrollpunkt in Chałupki nahmen Soldaten der GST einen anderen Funktionär der tschechoslowakischen Jugendorganisation fest, der versuchte, Flugblätter auf das Gebiet von Polen zu bringen. Ein Versuch, Flugblätter rüber zu bringen, wurde auch in Pietrowice Wielkie im Landkreis

[26] Ebenda, Informacja sztabu specjalnego KW MO w Opolu dla dyrektora Departamentu I MSW w Warszawie, 30 sierpnia 1968, k. 57.

[27] AIPN Wr, 09/1025, Informacja dot. obywateli CSRS, którzy przechodzą w zainteresowaniu operacyjnym Służby Bezpieczeństwa KW MO w Opolu w związku z akcją kryptonim „Podhale", 6 września 1968, k. 54; APO, KW PZPR w Opolu, 1761, Pismo KW PZPR w Opolu do Sektora Informacji Partyjnej Wydziału Organizacyjnego KC PZPR, 26 sierpnia 1968, S. 5.

[28] AIPN Wr, 012/2824, Tom 1, Meldunek, 27 sierpnia 1968, S. 7–9; ebenda, Meldunek, 3 września 1968, S. 10 (pdf); AIPN Wr, 09/1025, Informacja dot. obywateli CSRS, którzy przechodzą w zainteresowaniu operacyjnym Służby Bezpieczeństwa KW MO w Opolu w związku z akcją kryptonim „Podhale", 6 września 1968, k. 52.

Racibórz verzeichnet. Die Gruppe tschechoslowakischer Bürger, die dies versuchte, kehrte allerdings um[29].

In den ersten Tagen der Invasion wurden auf Höhe von Pilszcz im Landkreis Głubczyce auf der Chaussee auf der tschechischen Seite der Grenze auf die polnische Seite gerichtete Porträts der tschechoslowakischen Führer, Dubček und Svoboda, mit folgender Unterschrift aufgestellt: „Dubček und Svoboda sind die Stützen der Nation". Auf Höhe von Wawrowice im gleichen Landkreis wurde ein Radiosender benutzt, um Sendungen über Lautsprecher auf die polnische Seite der Grenze zu übertragen. Der Kommandant der Dienststelle der tschechoslowakischen Miliz (Veřejná Bezpečnost – VB) im Grenzort Šilheřovice bei Ostrava, Bohdan Pařišek, hing die Nationalflagge raus, die mit einem Trauerflor versehen war[30]. Das Kreis-Komitee der PVAP in Racibórz informierte, dass im Grenzstreifen „viele Tschechen mit schwarzen Armbinden bzw. mit schwarzen Borten vor ihrem Nationalwappen an den Klappen zu bemerken sind."[31]

Viele Monate lang kam es häufig vor, dass politische Parolen auf Waggons gemalt oder an sie gehängt wurden, die in Richtung der Grenzbahnhöfe in Chałupki bzw. Głuchołazy fuhren. Im August 1968 tauchten auf den durch Głuchołazy fahrenden tschechoslowakischen Personen- und Güterzügen Parolen auf: „Polen hat die Tschechoslowakei verraten", „Die Polen haben das tschechische Volk verraten", „Polen sind Verräter", „Weg mit der polnischen Armee", „Tod den Verrätern", „Ihr werdet auch vor der Geschichte verantworten müssen" usw.[32] Auf Waggons, die in Richtung Chałupki fuhren, waren vom 30. August bis 1. September 1968 u. a. folgende Schlagworte zu lesen: „Nachbarn, warum habt Ihr uns überfallen?", „Besatzer, verlasst unsere Heimat mit Dubček an der Spitze", „Polnische Soldaten, geht nach Hause, sie warten auf Euch", „Kollaborateur – Verräter – Indra und Kolberg", „Lenin, wach auf, Breschnew ist verrückt geworden", „Wer Dubček lobt, auf den wartet keine Kugel. Wer Gomułka lobt, der schluckt

[29] APO, KW PZPR w Opolu, 1761, Pismo KW PZPR w Opolu do Sektora Informacji Partyjnej Wydziału Organizacyjnego KC PZPR, 26 sierpnia 1968, S. 5.

[30] AIPN Wr, 09/1025, Informacja dot. obywateli CSRS, którzy przechodzą w zainteresowaniu operacyjnym Służby Bezpieczeństwa KW MO w Opolu w związku z akcją kryptonim „Podhale", 6 września 1968, k. 54–56.

[31] APO, KW PZPR w Opolu, 1618, Informacja o przebiegu zebrań i aktualnych nastrojach społeczeństwa w związku z rozwojem sytuacji w Czechosłowacji, bez daty, S. 81.

[32] APO, KW PZPR w Opolu, 1761, Informacja o przebiegu zebrań członków partii na wsi w związku z sytuacją w Czechosłowacji, 23 sierpnia 1968 r, S. 3; APO, KW PZPR w Opolu, 2133, Informacja o nastrojach społeczeństwa miasta i powiatu Nysa w miesiącu sierpniu 1968 r., AP KW PZPR w Opolu, bez daty, S. 120.

die Kugel“[33]. Ähnliche Parolen tauchten auf Waggons noch im August 1969 auf, kurz vor dem ersten Jahrestag der Invasion[34]. Die polnischen Behörden bemühten sich darum, dass die Parolen auf den Waggons an Kontrollpunkten von Eisenbahnern entfernt wurden. Als sich das als unmöglich herausstellte, wurden sie zurück geschickt[35].

Eine langfristige Protestaktion wurde von tschechoslowakischen Zöllnern betrieben, die einige Wochen lang den gemeinsamen Dienst mit polnischen Zöllnern als Vertreter des Besatzers verweigerten und in anderer Weise ihren Widerspruch gegen die eingetretene Situation manifestierten. Im bereits zitierten verschlüsselten Telegramm für das Referat I des MfI von Ende August 1968 lesen wir: „Die Grenzbehörden sollen im Innenministerium der CSSR den Befehl erhalten haben, an die gemeinsamen Sitze an den Grenzübergängen zurückzukehren [...] Die tschechischen Kontrolleure halten sich allerdings weiterhin auf ihrer Seite der Grenze auf, ohne die Anordnung von oben zu respektieren; auf die Frage unseres Kontrolleurs, wann sie zurückkommen, antwortete der tschechische Zöllner wütend: nie“[36]. Im Telegramm vom 3. September 1968, das vom Stellvertretenden Wojewodschaftskommandanten der Bürgermiliz für den Sicherheitsdienst in Opole, Oberst Józef Spisak, an den Direktor des Referats I des MfI geschickt wurde, fanden sich u. a. folgende Informationen: „Mitarbeiter der Zollämter (CSSR) an den Grenzübergängen Chałupki und Głuchołazy zeigen weiterhin eine feindliche Haltung gegenüber den Kontrolleuren der G[renz]-K[ontroll]-P[unkte] und den polnischen Zöllnern. Am Grenzübergang Mikulovice-Głuchołazy spielen die Zöllner während der Abfertigung der Reisenden eine Tonbandaufnahme ab mit feindlichen Sendungen auf Tschechisch. [...] Am Grenzkontrollpunkt Chałupki demonstriert der Leiter des Z[oll]-A[mts] der CSSR, Haton, eine Feindlichkeit gegenüber polnischen Bürgern; er erklärt, dass er nie mehr auf die polnische Seite (Gebäude für gemeinsame Abfertigungen) zurückkehrt, und bei Befehlen von oben gibt er seine Arbeit in Chałupki auf“[37].

---

[33] AIPN Wr, 09/1023, Pismo zastępcy komendanta wojewódzkiego MO ds. SB w Opolu do dyrektora Departamentu I MSW w Warszawie 2 września 1968, k. 13; Telegram nr 6669/68, 2 września 1968, k. 8.

[34] Ebenda, Pismo zastępcy komendanta wojewódzkiego MO ds. SB w Opolu do naczelnika Wydziału VIII Departamentu I MSW w Warszawie, 20 sierpnia 1969, k. 64.

[35] AIPN Wr, 09/1022, Pismo KW MO w Opolu do wiceministra spraw wewnętrznych, gen. bryg. Franciszka Szlachcica, 9 maja 1969, k. 146.

[36] AIPN Wr, 09/1023, Informacja KW MO w Opolu dla dyrektora Departamentu I MSW w Warszawie, 31 sierpnia 1968, k. 1.

[37] Ebenda, Zastępca komendanta wojewódzkiego MO ds. SB w Opolu do dyrektora Departamentu I MSW w Warszawie (telefonogram z dnia 3 września 1968 r.), k. 16–17; ebenda, Telegram nr 6689/68, 3 września 1968, k. 14.

In Dokumenten des SD aus dieser Zeit werden besonders häufig die Zöllner des Grenzübergangs Mikulovice – Głuchołazy erwähnt, von denen schon in der Meldung der WL BM in Opole für Referat I des MfI vom 4. September 1968 geschrieben wurde: „Die meisten von ihnen stellten in der Zeit [der letzten] Ereignisse eine geschlossene, feindliche Gruppe in dieser Einsatzstelle dar. Während ihres Dienstes nahmen sie polnischen Bürgern, die aus der CSSR zurückkehrten, sämtliche Karten und Mappen mit touristischen Routen weg. Ohne Unterbrechung hörten sie in dieser Zeit illegale Sendungen und nahmen sie auf Kassette auf, um sie weiter zu verbreiten. Alle steckten sich Trauerflore in den Nationalfarben der CSSR an die Uniformen". Im gleichen Schreiben wurde die Haltung des damaligen Leiters des Zollamts in Mikulovice, Anton Hruby, charakterisiert: „bereits vor dem Einmarsch von Truppen des Warschauer Pakts äußerte er sich oft negativ über die Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den Ländern des R[ats] f[ür] G[egenseitige] W[irtschaftshilfe]. Am 22. August 1968 verbreitete er, nachdem er aus dem Urlaub zurückgerufen worden war, manifestativ feindliche Propaganda aus illegalen Radiostationen, wobei er ihm unterstellte Mitarbeiter in dieser Richtung beeinflusste. Aus eigener Initiative hängte er die tschechoslowakische Flagge auf Halbmast, wobei er sagte, dass er dies als Zeichen der Trauer täte"[38]. In der Information vom 28. Oktober 1968 wurde geschrieben, dass Hruby die Flagge als letzter in seinem Bezirk wieder einholte. Es wurde auch vermerkt, dass er zu Beginn der Invasion anordnete, sofort einen auf die Scheibe gemalten Wegweiser zu entfernen, und sich darüber hinaus negativ über den zu dieser Zeit schnell aufsteigenden Gustav Husàk (den zukünftigen Vorsitzender der KPTsch) äußerte, wobei er ihn Karrierist nannte[39].

Als der radikalste der Zöllner von Mikulovice galt Čestmir Krepelka, über den in der Information des SD Opole vom 6. September 1968 geschrieben wurde: „Krepelka ist politischer Führer feindlicher Aktionen, er nimmt eine überaus reaktive Haltung ein. Er stellte illegale Presse an das Zollamt zu. Mehrfach beleidigte er unsere Zöllner, indem er Worte wie ‚Besatzer, Aggressoren' u. ä. benutzte. Seine Devise lautete: ‚Der Kommunismus wird nie gewinnen, die CSSR passt eher zu den westlichen Ländern und mit dem Osten verbindet sie nichts'"[40]. Unter den deklarierten Feinden des Kommunismus

[38] Ebenda, Informacja KW MO w Opolu dla dyrektora Departamentu I MSW w Warszawie, 4 września 1968, k. 18.

[39] AIPN Wr, 09/1025, Informacja o zachowaniu sięcelników strony CSRS, 28 października 1968, k. 92.

[40] Ebenda, Informacja dot. obywateli CSRS, którzy przechodzą w zainteresowaniu operacyjnym Służby Bezpieczeństwa KW MO w Opolu w związku z akcją kryptonim „Podhale", 6 września 1968, k. 51. Im gleichen Dokument wurde auch folgende Äußerung von Krepelka vermerkt: „Wir Tschechen werden, wenn das notwendig ist,

und der Sowjetunion wurden auch andere Zöllner aus Mikulovice genannt: Václav Kravac, Benedikt Zaplata und Drahomíra Millerova[41].

Mit der Protestaktion der tschechoslowakischen Zöllner sympathisierten zumindest einige ihrer Kollegen von der polnischen Seite der Grenze. Davon zeugen Dokumente des SD, in denen die Haltung einiger polnischer Zöllner vom Grenzübergang Mikulovice – Głuchołazy wie folgt charakterisiert wurde: „Marcinkowski, Leiter des Zollamts in Głuchołazy, Mitgl[ied] der PVAP – unterstützt die Haltung der tschechischen Zollbeamten, die sich feindlich über die UdSSR äußern. Er reagiert nicht, wenn wir ‚Besatzer' genannt werden. Er erteilt dem Leiter des Z[oll]-A[mts] der tschechischen Seite Auskunft, als dieser nach der Stationierung sowjetischen Truppen in Grenznähe fragte. Rytko, Mitarbeiter des Zollamts in Głuchołazy, Mitgl[ied] der PVAP, unterstützte die Vorwürfe des tschechischen Zöllners, als dieser die Polen ‚Besatzer' nannte. Er ist weiterhin eng mit dem tschechischen Zöllner Krepelka befreundet [...], einem Reaktionär, der auf Schritt und Tritt eine antisowjetische und antipolnische Haltung zeigt."[42]

Die Bewohner der Wojewodschaft Opole gegenüber dem Einmarsch in die Tschechoslowakei

Der gesamte Propagandaapparat der Volksrepublik Polen behauptete vom ersten Augenblick der Invasion an, die Entscheidung, diese Operation durchzuführen, erfreue sich des vollen Verständnisses und der Unterstützung durch die polnische Bevölkerung. In der Wirklichkeit wurde diese Entscheidung mehr oder weniger scharf von vielen Bürgern der Volksrepublik kritisiert, zahlreiche Mitglieder der PVAP nicht ausgenommen.

Am 21. und 22. August 1968 wurde erneut eine große Aktion mit Versammlungen in allen Parteiorganisationen der PVAP im ganzen Land durchgeführt[43]. Diese Versammlungen, die sowohl in den Städten (in Institutionen und Arbeitsbetrieben) als auch in den Dörfern (in den jeweiligen Gemeindeverbänden) stattfanden, wurden vollständig den neuesten Ereignissen in der Tschechoslowakei gewidmet, die gemäß der Auslegung besprochen wurden, die in einem weiteren Brief des ZK der PVAP mitgeteilt worden war. In den schriftlichen Informationen über den Verlauf der Versammlungen war die Rede von der vollständigen bzw. fast vollständigen Unterstützung der Parteimitglieder für die Entscheidung, in die Tschechoslowakei einzumarschieren. Auch dieses Mal fehlte es allerdings nicht an bemerkenswerten Ausnah-

---

sogar noch ein paar Jahre abwarten, aber der Kommunismus wird nicht gewinnen und wird vergehen". Ebenda, k. 54.

[41] Ebenda, Informacja o zachowaniu sięcelników strony CSRS, 28 października 1968, k. 94–95.

[42] Ebenda, Informacja dot. postawy niektórych członków PZPR, w sprawie krypt. „Podhale", 3 września 1968, k. 16.

[43] Vgl.: Kamiński (Fußnote. 6), S. 76–77.

men. So wurde z. B. in der Information über die Parteiversammlungen im dörflichen Milieu, die vom Wojewodschafts-Komitee der PVAP in Opole am 23. August 1968 erarbeitet wurde, erwähnt, dass einige Teilnehmer der Versammlungen den Mut hatten, öffentlich die Entscheidung über die Entsendung von Truppen in die Tschechoslowakei zu kritisieren: „Sehr wenige Fälle gab es, bei denen ein Diskutant völliges Unverständnis für die Lage in der Tschechoslowakei zeigte und daher [kam] das Unverständnis für die Notwendigkeit der Entscheidung der sozialistischen Länder, z. B. eine Äußerung der Art, dass ‚die Truppen des Warschauer Pakts nicht in die Tschechoslowakei einmarschieren sollten, denn dort gibt es keine internen Kämpfe' (im Staatl[ichen] Z[entrum] für M[aschinen] Brzeg) bzw. dass, ‚wenn die Tschechoslowakei aus dem sozialistischen Lager austreten will, die UdSSR sie daran nicht hindern sollte' (Grünflächenamt Brzeg). Einige Genossen brachten ihre Beunruhigung zum Ausdruck, ob nicht ein bewaffneter Konflikt in Europa verursacht wird."[44]

Ein vielsagendes Zeugnis der Kontroversen, zu denen es während der Versammlungen kam, ist die ebenfalls auf den 22. August 1968 datierte Information über den Verlauf der Versammlung auf dem Gebiet der Stadt und des Landkreises Brzeg, auf dem teilweise das oben angeführte Dokument basiert. In diesem Dokument lesen wir: „Auf den stattfindenden Versammlungen wurden auch abweichende Haltungen einiger Genossen verzeichnet. Im Staatl[ichen] Z[entrum] für M[aschinen] Brzeg stellte Gen[osse] Orzycki fest, dass die Truppen des Warschauer Pakts nicht in die Tschechoslowakei einmarschieren sollten, da es dort keine internen Kämpfe gäbe. Im Grünflächenamt betonte Gen[osse] Kantor, dass, wenn die Tschechoslowakei aus dem sozialistischen Lager austreten wolle, die UdSSR sie nicht hindern solle."[45]

Ein sehr lehrreiches Material ist auch die Information über den Verlauf der Versammlungen und aktuelle Stimmung in der Bevölkerung im Landkreis Racibórz. Dieses Dokument zeigt, dass die Stimmung unter den Parteimitgliedern sich unter dem Einfluss der schrittweise eintreffenden Information bzw. infolge nicht ausreichender Information veränderte. Dort lesen wir: „Die Diskussionen und Äußerungen waren voller Sorge, wie sich die Fälle weiterentwickeln. Die Feststellungen waren eindeutig – volle Unterstützung für die Entscheidungen des Zentralkomitees – die Lage schien allen klar zu sein, dass innerhalb von etwa zehn, fünfzehn Stunden in der Tschechoslowakei Ruhe und Ordnung eintritt. Ein wenig anders waren die Fragen und die Atmosphäre in den Versammlungen am Nachmittag. Viele Mitglieder waren, im Gegensatz zu den morgendlichen Versammlungen, beunruhigt, die Fragen waren angsterfüllt, und manche von ihnen waren sogar überrascht vom

[44] APO, KW PZPR w Opolu, 1761, Informacja nr 7 o przebiegu zebrań członków partii na wsi w związku z sytuacją w Czechosłowacji, 23 sierpnia 1968, S. 1f.

[45] APO, KW PZPR w Opolu, 1618, Informacja, 22 sierpnia 1968, S. 73.

Inhalt und von der Form der Appelle des Radios, des Fernsehens und der Presse der Tschechoslowakei."[46]

In einer der Meldungen über die Stimmungen in der Wojewodschaft Opole, die am 21. August 1968 vom Wojewodschafts-Komitee der PVAP in Opole für die Organisationsabteilung des ZK der PVAP erarbeitet wurden, wurde von Stimmen des Mitgefühls für die Tschechen geschrieben (mit dem Kommentar – „offensichtlich nach [an]hören von Meldungen des tschechischen Radios"). In der gleichen Meldung wurde auch folgende Äußerung angeführt: „Wenn man in Polen eine Umfrage machen würde, dann wären 90 Prozent gegen den Sozialismus. Es ist eine Schande, dass die Polen in der Rolle des Besatzers auftreten. Ich bin Pole und schäme mich dafür."[47] In einer weiteren Meldung vom gleichen Tag wurden u. a. folgende Äußerungen parteiloser Personen angeführt: „Der Truppen-Einmarsch in die Tschechoslowakei bedeutet Aggression und Rechtlosigkeit" (Buchhalter aus Olesno); „Die Angelegenheit kommt vor das Forum der UNO und Gomułka wird verurteilt" (Arbeiter einer Bank in Kluczbork)[48].

Sympathien für die Opfer der Invasion und Verurteilung für die Verursacher dieser Operation kamen nicht nur in verbalen Äußerungen zum Ausdruck. Diese Gefühle wurden auch manifestiert, mit Aufschriften an öffentlichen Orten und mit Flugblattaktionen. Am ersten Tag der Invasion tauchten auf den Mauer der General-Świerczewski-Hütte in Zawadzkie im Landkreis Strzelce Opolskie fünf Kreideaufschriften mit folgendem Inhalt auf: „Sowjetische Aggression gegen die Tschechoslowakei", „Die Sowjets besetzen Tschechien", „Hände weg von der Tschechoslowakei", „Ehre den Kämpfern für Demokratie", „Ihr seid nicht allein"[49]. Am gleichen Tag tauchte an einer Außenstelle der Małapanew-Hütte in Ozimek die Aufschrift auf: „Breschnew ist ein Aggressor, ein Verbrecher – wir fordern den Rückzug der Truppen aus der Tschechoslowakei". In den Toiletten auf dem Hüttengelände wurden Aufschriften mit folgendem Inhalt gemacht: „Die Führer des Warschauer Pakts agieren wie Hitler", „Es lebe Dubček"[50]. In Borki Wielkie bei Olesno wurde mit roter Emaille eine Aufschrift an der Wand eines Gebäudes ange-

[46] Ebenda, Informacja z przebiegu zebrań i aktualnych nastrojach społeczeństwa w związku z rozwojem sytuacji w Czechosłowacji, AP KW PZPR w Opolu, bez daty, S. 80.

[47] APO, KW PZPR w Opolu, 1761, Informacja nr 4 o nastrojach w związku z sytuacją w Czechosłowacji, S. 17.

[48] Ebenda, Informacja nr 6 o nastrojach w związku z sytuacją w Czechosłowacji, 21 sierpnia 1968, S. 22.

[49] Ebenda, Informacja o nastrojach w związku z sytuacją w Czechosłowacji, 22 sierpnia 1968, S. 20.

[50] Ebenda, Informacja nr 6 o nastrojach w związku z sytuacją w Czechosłowacji, 21 sierpnia 1968, s. 22; APO, KW PZPR w Opolu, 1618, Meldunek w sprawie listu KC PZPR, 2 sierpnia1968, S. 97.

bracht: „Es lebe Dubček – Tod den Aggressoren 1938/1968“[51]. Am 21. bzw. 22. August wurden im Stadtpark von Brzeg zehn bzw. zwölf (nach unterschiedlichen Quellen) mit Kugelschreiber geschriebene Flugblätter gefunden mit dem Inhalt: „Für Eure und unsere Freiheit“ und „Gomułka, Hände weg von der Tschechoslowakei“. Am 23. bzw. 24. August wurde an drei Stellen in Brzeg mit Ölfarbe gemalt: „Die Tschechen haben recht“, „Russki go home“ und „Weg mit dem Aggressor“[52].

Am 24. August tauchten an der ul. Bończyka in Opole Kreideaufschriften auf: „Die Russen sind Banditen“, „Weg mit der Aggression gegen die Tschechoslowakei“ und „Raus aus der Tschechoslowakei“. Als Verfasser der Aufschriften erwies sich Bogdan Błaszczak, Schüler der siebten Klasse der Volksschule. Aufgrund des jugendlichen Alters des Täters beschränkte sich der Sicherheitsdienst auf prophylaktische Gespräche mit ihm und fünf anderen Teenagern[53].

Ein großer Teil der Bevölkerung vertraute der offiziellen Propaganda nicht und bevorzugte es, sich auf Informationen zu verlassen, die sie durch Abhören westlicher Radiosender erlangt hatten, und insbesondere von Radio Freies Europa. Dieses Phänomen verstärkte sich nach dem Überfall auf die Tschechoslowakei deutlich. Nach zuverlässigen Informationen dürstend hörten die Menschen die westlichen Sender nicht nur zu Hause, sondern manchmal auch am Arbeitsplatz, was bereits den Beigeschmack einer oppositionellen politischen Manifestation hatte und mit einem realen Risiko von Repressionen verbunden war. Über einige Fälle dieser Art wurde in der Information über die Stimmung in der Bevölkerung des Landkreises Strzelce Opolskie so geschrieben: „auf vielen Versammlungen hört man Jammern in Bezug [auf] die knappen Informationen von Seiten der Presse, des Radios und des Fernsehens, was angeblich der Grund dafür ist, Nachrichten bei illegalen westlichen Sendern zu suchen. [...] Es gab auch solche Fälle, wie z. B. in der Haftanstalt in Strzelce Opolskie, dass manche Funktionäre in der Öffentlichkeit ‚Radio Freies Europa‘ hörten. Selbstverständlich trafen alle diese Diskussionen und Versuche, seine Ansichten öffentlich zu demonstrie-

[51] APO, KW PZPR w Opolu, 1761, Pismo KW PZPR w Opolu do Sektora Informacji Partyjnej Wydziału Organizacyjnego KC PZPR, 26 sierpnia 1968, S. 5.

[52] Ebenda, Informacja nr 6 o nastrojach w związku z sytuacją w Czechosłowacji, 21 sierpnia1968, S. 22; ebenda, Pismo I sekretarza KW PZPR w Opolu do Sektora Informacji Partyjnej Wydziału Organizacyjnego KC PZPR, 24 sierpnia 1968, S. 4; AIPN Wr, 011/1198, Karty, 8 listopada 1975, k. 98 und 100.

[53] AIP Wr, 011/384, Plan operacyjnych przedsięwzięć do spr[awy] op[eracyjno]-śledczej krypt. „Wełtawy“, 28 sierpnia 1968, S. 8; ebenda, Notatka służbowa, 9 sierpnia 1968, S. 36–37 (pdf).

ren, auf die Reaktion kompetenter Elemente, aber es ist die Schlussfolgerung daraus zu ziehen, dass derartige Elemente existieren"[54].

Am 24. August 1968 schlossen unbekannte Täter eine Übertragung von Radio Freies Europa (im Weiteren: RFE) an die Radio-Leitungen Koźle – Reńska Wieś – Długomiłowice – Cisek an. Die von dem Sender übertragene Sendung wurde durch Kurzschluss an der Hauptleitung unterbrochen. Die etwa eine Stunde lange übertragene Sendung von RFE betraf die Ereignisse in der Tschechoslowakei. Dieser Aktion verdächtigt wurde Wiesław Kasprzycki aus Koźle, Telekommunikationstechniker beim Bezirksamt für Telekommunikation. In diesem Zusammenhang führten Funktionäre des SD am 31. August 1968 eine Hausdurchsuchung bei ihm durch und verhafteten ihn für 48 Stunden. Es wurden allerdings keine Beweise gegen ihn gefunden und letztendlich mussten die Ermittlungen eingestellt werden, da der Täter nicht ermittelt werden konnte[55].

Drei junge Arbeiter aus Kędzierzyn, Jan Łoboda, Stanisław Sioła und Jerzy Tomik organisierten eine Protestaktion vor dem Arbeiterwohnheim an der ul. Piotra Skargi. Sie wurden von der Bürgermiliz verhaftet und für mehrere Tage festgehalten. Sioła (späterer Funktionär bei der „Solidarność"-Gewerkschaft der Eisenbahner) wurde im Verhör schwer verprügelt[56].

Am 29. Oktober 1968 tauchten auf dem Gelände des Militär-Studienbereichs an der Pädagogischen Hochschule Opole Flugblätter auf, die den Überfall auf die Tschechoslowakei und die brutale Niederschlagung der Studentenbewegung in Polen im März 1968 verurteilten. Das war ein Element einer größeren Verteilaktion, die an verschiedenen Orten des Landes kurz vor de V. Parteitag der PVAP durchgeführt wurde, der Mitte November desselben Jahres stattfand[57].

---

[54] APO, KW PZPR w Opolu, 2134, Informacja o nastrojach wśród społeczeństwa powiatu strzeleckiego, bez daty, S. 179.

[55] AIPN Wr, 012/2833, t. 3, Meldunek o umorzeniu sprawy nr rep[ertorium] Wydziału Śledczego [KW MO w Opolu] 36/68, sygn[atura] akt Prokuratury Wojewódzkiej w Opolu II DS. 44/68, 2 XI 1968 r., S. 6–8 (pdf); APO, KW PZPR w Opolu, 2134, Informacja o opiniach, poglądach i nastrojach w społeczeństwie powiatu kozielskiego, bez daty, S. 69.

[56] Relacja pisemna Stanisława Sioły z 8 kwietnia 2013 r. – zbiory prywatne Autora. Die Familie von Jan Łoboda stammte aus der Tschechoslowakei.

[57] AIPN Wr, 065/58, diazo 1, Postanowienie o wszczęciu sprawy operacyjno-śledczej krypt. „Studium", 4 listopada 1968 r.; ebenda, Meldunek o wszczęciu dochodzenia w sprawie nr rep[ertorium] Wydziału Śledczego 58/68, 2 listopada 1968; ebenda, Analiza w sprawie operacyjnego rozpracowania krypt. „Prowokatorzy" w powiązaniu ze sprawą krypt. „Powielacz", 12 kwietnia 1969; ebenda, diazo 2, Pismo z KW MO w Opolu do I Zastępcy Komendanta Miasta i Powiatu MO ds. SB w Nysie, 28 października 1974; AIPN Wr, 09/297, Meldunek sytuacyjny nr 03/68 dot. sytuacji przedzjazdowej, 29 października 1968, k. 367–368. Flugblätter mit dem gleichen Inhalt, die mit „Stimme des Volkes" unterzeichnet wurden, tauchten auch in Gliwice, Katowice, Zabrze, Tychy, Bielsko-Biała,

Auf die Ereignisse in der Tschechoslowakei reagierte die einheimische Bevölkerung des Oppelner Schlesiens besonders heftig. Über diese Reaktion wurde wie folgt in der Information über Meinungen, Ansichten und Stimmungen in der Bevölkerung des Landkreises Koźle geschrieben, so in Kędzierzyn: „Während sie die Beitrittserklärungen zur Ortsgruppe der zivilen Landesverteidigung ausfüllten, brachten viele Personen lokaler Herkunft in falscher Weise ihre Ansichten zur Lage in der Tschechoslowakei zum Ausdruck. Sie interpretierten den Einmarsch in die Tschechoslowakei als Invasion, Aggression bzw. Besatzung. Diese Personen behaupteten, dass es z. B. darum ginge, die Massenmedien (Radio, Presse, Fernsehen) in der Tschechoslowakei unter Kontrolle zu bringen, um die Stimme der Vernunft nicht zu Wort kommen zu lassen, da die tschechische Bevölkerung ähnlich wie die polnische Bevölkerung keine Freiheit habe, sich frei zu äußern. Es wurde auch erklärt, dass es darum ginge, dass die UdSSR der Tschechoslowakei eine neue Form des Diktates aufzwänge, die ihr nur ein solches Vorgehen vorgäbe, das der Sowjetunion passt. Darüber hinaus wurde die Behauptung aufgestellt, es ginge darum, es der Tschechoslowakei unmöglich zu machen, eine aus Sicht der nationalen Interessen günstige wirtschaftliche Zusammenarbeit aufzunehmen, wobei die Tschechoslowakei ähnlich wie die Polen Schutzgeld für die Zugehörigkeit zum Rat der Gegenseitigen Wirtschaftshilfe zahlen müsste“. In den umliegenden Gemeinden (Pawłowiczki, Bierawa, Dziergowice) konnte man immer häufiger Gespräche auf Deutsch hören. In Kędzierzyn nannte ein Fahrgast, als er am Schalter eine Fahrkarte kaufen wollte, den deutschen Ortsnamen. Bei der örtlichen Abteilung für Innere Angelegenheiten des Präsidiums des Städtischen National-Rates meldete eine gewisse Person „dass sie am 21. August gehört habe, wie viele Personen Deutsch gesprochen hätten, was vorher nicht passiert wäre.“[58]

Die bewaffnete Intervention in der Tschechoslowakei wurde scharf kritisiert, u. a. von Schlesiern, die in der Arbeitsgenossenschaft der Tischler in Kłodnica bei Koźle beschäftigt waren. Teodor Kluge, der sich in diesem Milieu besonders großer Autorität erfreute, Maschinenführer und Vorsitzender des Aufsichtsrates, sagte, die Truppen des Warschauer Pakts würde sich rein gar nicht von den Hitler-Truppen unterscheiden“. Seiner Meinung nach war „der rote Hitler in der Tschechoslowakei einmarschiert“. In diesem Zusammenhang führten im September 1968 Funktionäre des SD der Kreisdienst-

Jaworze bei Bielsko-Biała, Gdańsk und Kraków auf. Wie der SD feststellte, stammten diese Materialien sowie auch die in Opole gefundenen Flugblätter aus dem Krakauer akademischen Milieu.

[58] APO, KW PZPR w Opolu, 2134, Informacja o opiniach, poglądach i nastrojach w społeczeństwie powiatu kozielskiego, bez daty, S. 67.

stelle der Miliz in Koźle prophylaktisch-abmahnende Gespräche mit Kluge und einem weiteren Mitarbeiter dieser Genossenschaft, Wilhelm Siekiera[59].

Zusammenfassung

Bis 1971 wurde die politische Lage in der Tschechoslowakei vollständig „normalisiert". Das bannte allerdings nicht die sich bereits zuvor abzeichnende Gefahr einer gesellschaftlichen und politischen Erschütterung des sowjetischen Imperiums. Władysław Gomułka erfreute sich nicht lange an den Erfolgen der Expedition gegen die „Konterrevolution" an der Moldau. Etwas als ein Jahr später, im Dezember 1970, fegte ihn die Arbeiterrevolte an der Ostseeküste hinweg. Um sich gegen den Verlust der Macht zu verteidigen, wich er erneut auf bewaffnete Kräfte aus, wobei er dieses Mal dem Militär befahl, auf Arbeiter im eigenen Land zu schießen.

Die Erfahrungen in den Jahren 1968 und 1969 in Verbindung mit den damaligen Ereignissen in der Tschechoslowakei und in Polen („März-Ereignisse") versetzten den Illusionen, man könne „einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz" aufbauen, einen schweren Schlag. Sie zeigten, dass die Freiheitsbestrebungen der Bevölkerung nicht mit personellen Veränderungen im Kreise der regierenden kommunistischen Parteien zu verbinden waren, sondern es notwendig war, eine organisatorische Alternative zu bestehenden politischen Strukturen zu schaffen. Diese Lehre trug im Jahr 1980 Früchte, als in Polen die große gesellschaftliche Bewegung „Solidarność" geboren wurde.

Im Dezember 1981 bediente man sich ein weiteres Mal des Militärs, um den Kommunismus zu retten, indem der Kriegszustand in Polen verhängt wurde. Eine führende Rolle bei der Durchführung dieser Operation spielten die Generäle Wojciech Jaruzelski und Florian Siwicki, die umfassende persönliche Erfahrungen aus der Zeit der Intervention in der Tschechoslowakei hatten. An den Maßnahmen in Verbindung mit der Verhängung des Kriegszustands war aktiv u. a. die 10. Sudetische Panzer-Division beteiligt, die an der Besatzung der Tschechoslowakei beteiligt gewesen war. Im Dezember 1981 unterstützten ihre Einheiten den Sicherheitsdienst und die Motorisierten Reserven der Bürgermiliz [ZOMO] bei der Pazifizierung von Gruben und Industriebetrieben in Oberschlesien.

Weder der Überfall auf die Tschechoslowakei im Jahr 1968 noch der Kriegszustand in Polen im Jahr 1981 verhinderten jedoch den endgültigen Untergang des kommunistischen Systems in Osteuropa. In einer der

[59] AIPN Wr, 011/529, Wniosek o zezwolenie na przeprowadzenie rozmowy profilaktyczno-ostrzegawczej z Ob[ywatelami] Kluge Teodorem i Siekiera Wilimem, 9 września 1968, s. 14; tamże, Meldunek dot. rozmów profilaktyczno-ostrzegawczych do akcji krypt. „Podhale", 10 września 1968 r., S. 21–23 (pdf).

Meldungen vom Oktober 1968 notierten die Funktionäre des SD u. a. folgende Äußerung des Zöllners Krepelka vom Grenzübergang Mikulovice-Głuchołazy: „Der Kommunismus in Europa muss verschwinden. Wenn wir ihn nicht beseitigen, tun das unsere Kinder."[60] So ist es letztendlich geschehen.

[60] AIPN Wr, 09/1023, Pismo KW MO w Opolu do dyrektora Departamentu I MSW w Warszawie, 7 października 1968, k. 63.

Maria Reisky

Die Ereignisse des März 1968 in Polen – ein halbes Jahrhundert später

Jubiläen von Jahrestagen initiieren persönliche Erinnerungen, wissenschaftliche Forschungen sowie gesellschaftlich relevante Einschätzungen vergangener Ereignisse, z. B. in Zeitschriftenartikeln. Im Jahr 2018 jährten sich die Ereignisse des März 1968 in Polen zum fünfzigsten Mal. Nach Meinung des herausragenden Autors zahlreichen Monographien zu den März-Ereignissen, Jerzy Eisler[1], sollte nicht von einem März gesprochen werden, sondern eher von „Märzen", da sich unter diesem einen Begriff mehrere unterschiedliche Stränge verbergen, die nicht unbedingt miteinander verknüpft sind: Studentenproteste, politische Intrigen, eine antisemitische Hetzkampagne, ein Pogrom gegen die Intelligenz und eine komplizierte internationale Lage.[2] Er merkt außerdem an, dass diese Zeit das „Ende des ideologischen Denkens" markiert. Bis 1968 war die kommunistische Ideologie in einer großen Gruppe von Menschen aus der Wissenschaft, der Kultur und der Kunst verankert. Im Jahr 1968 trennten sich viele dieser Personen von der Partei und deren Ideologie. Damit entstand die sog. Generation ′68, die sich aus unterschiedlichen ideellen und politischen Kreisen entwickelte und eine wichtige Rolle bei den späteren Oppositionsbewegungen in der Volksrepublik Polen spielte.[3] Piotr Osęka merkt in seinem Buch *März ′68* an, dass dieser Monat unter den „polnischen Monaten"[4]

---

[1] Siehe unter anderen.: J. Eisler, *Marzec 1968 po czterdziestu latach*, „Kwartalnik Historyczny", nr 3 z 2010; idem, *„Polskie miesiące" czyli Kryzys(y) w PRL*, Warszawa 2008; idem, *Polski rok 1968*, Warszawa 2006; idem, *Kordony na placu, a nas garstka : Marzec ′68*, „Rzeczpospolita" nr 66 z 2006; idem, *Zgadzam się: socjalizm leży*, „Gazeta Polska" nr 17 z 2004; idem, *Głos protestu : Prymas Wyszyński a Marzec ′68*, „Rzeczpospolita" nr 56 z 2004; idem, *To w końcu żyjesz, czy nie*, „Gazeta Polska nr 22 z 2004; idem, *Rok 1968 Orwella*, „Wprost" nr 11 z 2003; idem, *1968: Praga – Warszawa wspólna sprawa*, „Gazeta Polska" nr 33 z 2004; idem, *Ryszard Siwiec – czyli historia pewnego protestu*, „Gazeta Polska" nr 36 z 2003.

[2] J. Eisler, *Marzec ′68*, Warszawa 1995, s. 77.

[3] J. Eisler, *Marzec 1968*, Warszawa 1991, s. 440.

[4] Das sind Ereignisse, die charakteristisch für die Nachkriegsgeschichte von Polen sind, hier geht es vor allem um die Ereignisse der Jahre 1956 (Streiks und Arbeiterunruhen in Posen), 1968 (studentisches Streiks), 1970 (Arbeiterstreiks in Danzig), 1976 (Arbeiterstreiks in Radom), 1980 sowie 1981 (Proteste in Verbindung mit der Solidarność). Die „Polnischen Monate" unterschieden sich sehr wesentlich voneinander, durch Charak-

aufgrund seiner Komplexität und Uneindeutigkeit eine besondere Stellung hat.[5]

Die vielen verschiedenen Stränge des März 1968 spiegeln sich auch heute in der unterschiedlichen Weise wie der Jahrestag begangen wird und welcher „Strang" in den Reden und Veröffentlichungen hervorgehoben wird. Im Folgenden werden mehrere Gedenkveranstaltungen und Veröffentlichungen in Zeitschriften zum Jubiläum 2018 unter der Fragestellung analysiert, welche Ereignisse hervorgehoben und von der Gegenwart aus rückblickend interpretiert werden.

Die offiziellen Feierlichkeiten zum Jubiläum fanden im Jahr 2018 an der Universität Warschau statt. Präsident Andrzej Duda legte am 8. 3. 2018, am Jahrestag der studentischen Proteste, Blumen vor der Gedenktafel für Polen jüdischer Herkunft nieder, die von den kommunistischen Machthabern im Jahr 1968 gezwungen wurden, Polen zu verlassen. An den Feierlichkeiten nahm auch der Oberrabbiner von Polen, Michael Schudrich, teil. Der Präsident merkte bei seiner Ansprache an: „Alle jene, die sich durch ihren großen Mut im Jahr 1968 verdient gemacht haben, sind Persönlichkeiten, die ein Denkmal für die polnische Freiheit gesetzt haben, (...) wenn wir die Geschichte rückblickend betrachten, sagen wir: ja, das waren Helden unserer Freiheit. Wir müssen uns immer daran erinnern, dass die Akte des Mutes wie im Jahr 1968 zu unserer Freiheit und Unabhängigkeit beigetragen haben"[6].

Die Feierlichkeiten, die von der Universität Warschau organisiert wurden, wurden von Vorträgen einschlägig ausgewiesener Professoren begleitet, u.a. von Jerzy Eisler, Karol Modzelewski[7] sowie Andrzej Friszke[8]. Die Veranstaltung erhielt auch besonderen Glanz durch die Teilnahme von Beteiligten der März-Ereignisse: Adam Michnik, Irena Lasota, Bronisław Czarnocha, Jerzy Kaniewski sowie Marian Srebrny. Die Universität Warschau organisierte ebenso mehrere Debatten, u.a. „Der März 1968 heute. Gespräch der

---

ter, Reichweite, Form, Grad der Komplexität, der Beteiligung des „sowjetischen Faktors" an ihnen bzw. auch des Gewichts der Konsequenzen. Nicht selten versteckten sich unter der gleichen Bezeichnung unterschiedliche, manchmal gar gegensätzliche bzw. sich gegenseitig ausschließende Themenstränge, Strömungen, Aspekte. J. Eisler, *„Polskie miesiące", czyli Kryzys(y) w PRL*, Warszawa 2008.

[5] P. Osęka, *Marzec '68*, Kraków 2008, s. 7.

[6] 50. rocznica Marca '68. Uroczystości w całej Polsce, https://www.tvp.info/36311753/50-rocznica-marca-68-uroczystosci-w-calej-polsce-relacja, [dostęp: 25. 7. 2018 r.]

[7] Karol Modzelewski (geb. 1937) – polnischer Mittelalter-Historiker, Professor der Geisteswissenschaften, Mitglied der Polnischen Akademie der Wissenschaften, politischer Häftling und einer der Führer der demokratischen Opposition in der Zeit der Volksrepublik Polen.

[8] Andrzej Friszke (geb. 1956) – polnischer Historiker, ehemaliges Mitglied des Kollegiums des Instituts für Nationales Gedanken und stellvertretender Vorsitzender des IPN-Rats, Professor der Geisteswissenschaften.

Generationen“ sowie die internationale Debatte „Der März ’68 fünfzig Jahre später“[9].

Die Jubiläumsveranstaltung muss im Zusammenhang gesehen werden mit dem Beschluss des polnischen Parlamentes vom 6. März 2018 (also zwei Tage zuvor), der sich auf die März-Ereignisse von 1968 bezieht: „Der Sejm der Republik Polen bringt seinen Respekt für alle diejenigen zum Ausdruck, die damals um Freiheit und Demokratie gekämpft haben, verurteilt die kommunistischen Organisatoren der antisemitischen Verfolgungen und dankt für die Solidarität mit den Verfolgten. In Erinnerung an die dramatischen Schicksale von Juden – die von den kommunistischen Machthabern im Jahr 1968 gezwungen wurden, Polen zu verlassen – bringt er seinen entschiedenen Widerspruch gegen jegliche Anzeichen von Antisemitismus zum Ausdruck“[10].

Vom Institut für Nationales Gedenken [poln. IPN] wurden Veranstaltungen zum Jahrestag in Form von wissenschaftlichen und kulturellen Veranstaltungen in ganz Polen initiiert, die von zahlreichen Ausstellungen, Filmvorführungen sowie Workshops für Jugendliche zum Thema März 1968 begleitet wurden[11]. Unter anderem wurden einige Konferenzen und Vorträge organisiert, u.a. Vortrag von Prof. Jerzy Eisler „‚Kommandeure‘ [Rädelsführer] – einer der Wege zum März ’68“ und „Der März ’68 ein halbes Jahrhundert später: Bewertungen, Interpretationen und Manipulationen“ sowie die polenweite wissenschaftliche Konferenz „Nach dem März. Konsequenzen des März ’68 für die Kultur, die Wissenschaft und die Medien in der Volksrepublik Polen“. Eine interessante Schlussfolgerung, die sich auf die Perzeption des März bezieht, verkündete bei der Konferenz „Der März 1968 ein halbes Jahrhundert später …“ Prof. Jerzy Eisler, der darauf aufmerksam machte, dass das Wissen über die Ereignisse des März 1969 nicht weit verbreitet sei und sich langsam „in das Bewusstsein von ca. 2 Prozent der Bevölkerung hineindrängt“. Gleichzeitig merkte er an, dass dieses Wissen verbreitet werden müssen, damit es mehr Polen erreicht[12].

Wie bei solchen Jubiläen üblich erschienen in der polnischen Presse Artikel, die sich auf die März-Ereignisse beziehen und diese aus heutiger Sicht einschätzen. Für diesen Beitrag wurden drei Presseartikel aus Zeitschriften unterschiedlicher politischer Couleur der Analyse unterzogen: „Tygod-

[9] 50. rocznica Marca ’68 – plan uroczystości, https://www.uw.edu.pl/50-rocznica-marca-68-plan-uroczystosci/ [dostęp: 25. 7. 2018 r.]

[10] 50. rocznica wydarzeń Marca 1968 r. Obchody z udziałem przedstawicieli Sejmu – relacja, http://www.sejm.gov.pl/sejm8.nsf/komunikat.xsp?documentId=512FE19D804CB1D5C125824A004A5A18 [dostęp: 25. 7. 2018 r.]

[11] 50. rocznica Marca 1968 – wydarzenia przygotowane przez IPN, https://ipn.gov.pl/pl/aktualnosci/48277,50-rocznica-Marca-1968-wydarzenia-przygotowane-przez-IPN.html [dostęp: 25. 7. 2018 r.]

[12] 50. rocznica Marca ’68. Uroczystości w całej Polsce, https://www.tvp.info/36311753/50-rocznica-marca-68-uroczystosci-w-calej-polsce-relacja, [dostęp: 25. 7. 2018 r.]

nik Powszechny" – eine Zeitschrift, die mit der katholischen Kirche verbunden und allgemein als rechtskonservative Wochenzeitung gilt[13], „Polityka"[14] – eine meinungsbildende gesellschaftlich-politische Wochenzeitschrift mit linksliberalem Charakter, die seit dem 2. 1. 1957 in Warschau herausgegeben wird, sowie „Newsweek"[15] – eine gesellschaftlich-politische Wochenzeitschrift und polnische Version der amerikanischen Wochenzeitschrift „Newsweek". „Newsweek Polska" wird seit dem 3. 9. 2001 in Warschau von Ringier Axel Springer Polska herausgegeben.

In allen drei Wochenzeitungen erschienen aus Anlass des nahenden Jahrestages Artikel, die sich auf die Ereignisse des März bezogen. Insgesamt wurden 14 Artikel veröffentlicht. Im „Tygodnik Powszechny" wurde eine Sonderbeilage herausgegeben: *„März. 50 Jahre später"*, in der sieben Artikel veröffentlicht wurden. Auch die Wochenzeitschrift „Polityka" gab eine Sonderausgabe heraus, die den März-Ereignissen gewidmet war – *„März. Ein halbes Jahrhundert nach dem März"*, in den Rubriken *Thema der Woche* sowie *Geschichte* befanden sich darüber hinaus drei Artikel. In der Wochenzeitschrift „Newsweek" hingegen fanden sich vier Artikel. Ebenfalls wurde eine Sonderausgabe vorbereitet, unter dem Titel *„Vor 50 Jahren hat sich die Welt verändert … Revolution '68"*, die fünf Artikel zum Thema der Revolution des Jahres 1968 auf der ganzen Welt enthält[16].

Verursacht wurde das durch die polnisch-jüdische Krise im Jahr 2018. Der erste Schritt zur Verschlechterung der Beziehungen zwischen Polen und Israel war die Äußerung des polnischen Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki bei der Sicherheitskonferenz in München im Februar 2018, bei der er Einzelfälle der Kollaboration vom Verbrechen des Holocausts trennte. Nach Ansicht von Morawiecki existierte der polnische Staat damals nicht und lediglich Kommunisten, die nicht zum Volk gehörten, zwangen Tausende von Polen jüdischer Herkunft zur Emigration. Nach dieser Äußerung wurde den polnischen Regierungskreisen vorgeworfen, „mit der antisemitischen Karte

[13] Katholische Wochenzeitschrift mit gesellschaftlich-kulturellem Schwerpunkt, erscheint seit 1945. Gegründet von Kardinal Adam Stefan Sapieha. Die erste Ausgabe erschien am 24. 3. 1945. Im Jahr 1953 wurde die Zeitschrift geschlossen, wegen der Weigerung, in der Ausgabe vom 8. März einen Nachruf auf Stalin abzudrucken, ab Dezember 1956 durfte sie wieder erscheinen, https://www.tygodnikpowszechny.pl [dostęp: 20. 7. 2018 r.]

[14] Die erste Ausgabe von „Polityka" erschien am 27. 2. 1957, Chefredakteur wurde Stefan Żółkiewski. Am 17. 5. 1958 erfolgte ein Wechsel auf der Position des Chefredakteurs, der neue wurde Mieczysław Rakowski, der diese Funktion bis 1981 wahrnahm https://www.polityka.pl/TygodnikPolityka [dostęp: 20. 7. 2018 r.]

[15] http://www.newsweek.pl [dostęp: 20. 7. 2018 r.]

[16] *50 lat temu zmieniłsię świat … Rewolucja '68*, „Newsweek. Wydanie specjalne", nr 1 z 2018.

zu spielen"[17]. Ein weiterer Schritt zur Verschlechterung der polnisch-jüdischen Beziehungen war die am 6. 2. 2018 unterzeichnete Neufassung des IPN-Gesetzes, dem gemäß, „jedem, der öffentlich und entgegen den Fakten dem polnischen Volk bzw. dem polnischen Staat die Verantwortung bzw. Mitverantwortung für Verbrechen, die vom Dritten Deutschen Reich [sic!] begangen wurden, bzw. andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit, den Frieden und für Kriegsverbrechen zuschreibt, droht eine Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren"[18]. Diese Neufassung rief große Kontroversen hervor und verschlechterte das Image Polens in den Augen der europäischen Staaten, aber vor allem in den Augen von Israel erheblich. Die polnische Seite begann eine Informationsaktion zur gemeinsamen Geschichte beider Länder, um zu erklären, dass das Ziel der Neufassung des Gesetzes nicht war, die Wahrheit über den Holocaust zu leugnen[19].

Es ist eindeutig festzustellen, dass die politische Lage Polens im Februar/März 2018 großen Einfluss auf die Inhalte der veröffentlichten Presseartikel hatte. Ein Beispiel dafür kann die Sonderausgabe des „Tygodnik Powszechny" sein, die viele Artikel zum März 1968 enthielt[20], vor allem jedoch waren das Publikationen in Verbindung mit der antizionistischen Strömung[21]. Diese Sonderausgabe eröffnet der Artikel von Paziński *„Spur der Spur"*, in dem die Folgen der antijüdischen Hetzkampagne des März '68 analysiert wurden. Der Autor betont, wie wichtig es sei, nicht nur von den guten, sondern auch von den schlechten Seiten des März zu sprechen: „Der März ist eine Angelegenheit aller. Sowohl derer, die damals in demütigender Weise aus Polen vertrieben worden sind, als auch jener, die geblieben sind. Jener, die sie vertrieben haben, und jener, die sich bloß freuten, dass die Juden wieder ausreisen"[22]. In diesem Text machte Paziński auf den

[17] Media o kryzysie w relacjach Polski z Izraelem, http://www.radiomaryja.pl/informacje/media-o-kryzysie-relacjach-polski-izraelem/ [dostęp: 20. 7. 2018 r.]

[18] Ustawa z dnia 26 stycznia 2018 r. o zmianie ustawy o Instytucie Pamięci Narodowej – Komisji Ścigania Zbrodni przeciwko Narodowi Polskiemu, ustawy o grobach i cmentarzach wojennych, ustawy o muzeach oraz ustawy o odpowiedzialności podmiotów zbiorowych za czyny zabronione pod groźbą, kary http://orka.sejm.gov.pl/proc8.nsf/ustawy/771_u.htm [dostęp: 24. 7. 2018 r.]

[19] PiS zbadało stosunek Polaków do ustawy o IPN. Rządowa delegacja jedzie do Jerozolimy gasić pożar, http://www.newsweek.pl/polska/polityka/kryzys-polsko-izraelski-zespol-ds-dialogu-prawno-historycznego,artykuly,423945,1.html [dostęp: 25. 7. 2018 r.]

[20] D. Kosiński, *Każdy w swoją stronę*, „Tygodnik Powszechny. Dodatek specjalny", nr 11 z 2018, s. 20–23; E. Winnicka, *Najpiękniejsze miejsce na świecie*, ebendort, s. 25–28; K. Kozłowski, *Interpelacja*, ebendort, s. 14–19.

[21] D. Stola, *Kraj, w którym nie mogli być Polakami*, „Tygodnik Powszechny. Dodatek specjalny", nr 11 z 2018, s. 29–31; B. Chomątowska, *Sublokator, który czułsię jak w domu …*, s. 32–34.

[22] P. Paziński, *Ślad śladu*, „Tygodnik Powszechny. Dodatek specjalny", nr 11 z 2018, s. 4–7.

spezifischen Wortschatz und die Ausdrücke aufmerksam, die als Folgen des März 1968 im öffentlichen Raum auftauchten. Im Verhältnis zu Juden wurde begonnen, Bezeichnungen und Ausdrücke folgenden Typs zu verwenden: „Feinde von allem, was uns nahe steht", „schlimmere Sorte" bzw. „Feinde der Katholiken". Obwohl 50 Jahre vergangen seien, bestünden weiterhin fast alle damaligen antijüdischen Stereotypen; zahlreiche Publizisten brandmarken bis heute Juden, die ihrer Meinung nach den polnischen Interessen schaden. Aus der Zeit des März 1968 stammt auch der unrühmliche Brauch, die „wahren Namen" politischer Gegner zu offenbaren, das heißt, die spezifischen und typischen Namen und Vornamen der jüdischen Bevölkerung in Osteuropa. Eine solche Offenlegung sollte eine Person des öffentlichen Lebens diskreditieren.

Paziński merkte außerdem an, dass das Jahr 1968 eine Zeit der Erosion der Reste jüdischen Lebens in Polen war, die nach dem Zweiten Weltkrieg geblieben waren. Darum nannte er auch die jüdische Bevölkerung, die bis heute in Polen lebt, „Spur der Spur" – also ein Bruchteil dessen, was vor dem März 1968 war. Der besprochene Artikel verfügt über ein interessantes Graphik-Layout, da es mit Fragmenten einer Wandmalerei von Andrzej Wieteszko illustriert ist, die aus Anlass des 50. Jahrestags des März für das Museum der Geschichte der Polnischen Juden POLIN entstanden ist[23].

Bei der Analyse der Artikel im „Tygodnik Powszechny" sind weitere Publikationen zu nennen, die mit der antizionistischen Strömung verbunden sind. Eine davon, mit dem Titel *Ein sehr trauriger Jahrestag* – ist ein Interview von Michał Okoński mit Aleksander Smolar[24], der herausstellte, dass es in der Geschichte der polnischen Juden viele tragischere und düstere Ereignisse gab, als die, die im März 1968 stattfanden. Nach Ansicht von Smolar war der Jahrestag des März zu sehr von jüdischen Strängen geprägt, während der März eigentlich eine Verflechtung vieler Ereignisse war, von denen deutlich weniger gesprochen wurde. Die für ihn unverständliche Wichtigkeit dieses Jahrestages erklärte er in folgender Weise: „Meine relativ unangenehme Hypothese besagt, dass das der einzige Moment ist, in dem man sagen kann: „Das waren wir nicht, das waren sie". Nicht wir haben die Juden rausgeworfen, das waren die Kommunisten[25]. In der Wochenzeitschrift „Newsweek" machte Piotr Osęka in seinem Artikel *„Polnisches Heldentum, jüdische Undankbarkeit. Woher kam in Polen die antisemitische Hetzjagd?"* be-

[23] Ibidem.

[24] Aleksander Smolar – Wirtschaftswissenschaftler, Politologe, Oppositioneller in der Zeit der Volksrepublik Polen. An den März-Ereignissen beteiligt, wofür er verhaftet wurde. Nach seiner Freilassung emigrierte er 1971. Nach 1989 Berater u.a. von Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki.

[25] M. Okoński, *Bardzo smutna rocznica*, „Tygodnik Powszechny. Dodatek specjalny", nr 11 z 2018, s. 8–13.

sonders auf die propagandistischen Grundlagen der antijüdischen Hetzkampagne im März 1968 aufmerksam. „In der Presse, im Radio, im Fernsehen, in Ansprachen von Politikern und auf „spontanen" Arbeiterkundgebungen wurde behauptet, die studentischen Ausschreitungen seien ein Element der jüdischen Verschwörung gegen Polen. Hinter dem Rücken der Jugend sollten angeblich „Inspirateure" und „Zionisten" stehen – das konspirative Establishment, durchtränkt von Hass auf die polnische nationale Tradition (...) Ziel der zionistischen Verschwörung sollte die Profanisierung der nationalen Märtyrologie und die Zerstörung der Erinnerung an die heroische Vergangenheit sein". Oseka wies damit auf die Tradierung antisemitischer Stereotype wie das Stereotyp der jüdischen Weltverschwörung nach 1945 hin sowie auf die Zielsetzung polnische Katholiken gegen polnische Juden feindlich einzustellen. Die Tatsache der studentischen Proteste hingegen wurde propagandistisch in den Hintergrund gerückt[26].

In einem weiteren Artikel der Wochenzeitung „Newsweek" *„Senator Żaryn als Autor eines Beschlusses, der am Jahrestag des März '68 angenommen werden soll. Erwartet uns ein weiterer Skandal?"* wird an die aktuellen Ereignisse 2018 der polnisch-israelischen politischen Bühne anknüpft. Sein Autor fürchtete um die polnisch-jüdischen Beziehungen, die sich durch die Worte von Ministerpräsident Morawiecki in München verschlechtern könnten. Gemäß dem Inhalt des neugefassten IPN-Gesetzes hätten nicht Polen, sondern Kommunisten unbestimmter Herkunft die Juden im Jahr 1968 gezwungen, Polen zu verlassen. Prof. Jan Żaryn, der u.a. zur Geschichte der katholischen Kirche in Polen und zur Geschichte der politischen Emigration nach 1945 forscht, sagte „(...) Kommunisten haben nie das polnische Volk repräsentiert. Sie waren es, die die Hetzjagd antrieben und gewissermaßen die Polen zum Antisemitismus zwangen. (...) Personen jüdischer Herkunft werfen den Polen fälschlicherweise Unwillen ihnen gegenüber vor, denn die Hetzjagd wurde schließlich von Vertretern eines den Polen mit Gewalt aufoktroyierten Systems angetrieben". Im hier angeführten Text aus der „Newsweek" wurde darauf aufmerksam gemacht, dass die Behauptung, zur Zeit des März 1968 habe der polnische Staat nicht existiert, und die Kommunisten, die nicht zum polnischen Volk gehörten, hätten die Emigration der Juden erzwungen, inkorrekt ist und die positiven Beziehungen zwischen Polen und Israel gefährden können. Als unangemessen wurden auch die Pläne angesehen, die Neufassung des IPN-Gesetzes am 50. Jahrestag des März anzunehmen[27].

„Newsweek" veröffentlichte noch zwei andere Artikel in Verbindung mit den Ereignissen des März 1968. Der erste von ihnen ist ein Interview mit

[26] P. Osęka, *Polski heroizm, żydowska niewdzięczność. Skąd się wzięła w Polsce antysemicka nagonka?*, „Newsweek", nr 10 z 2018.

[27] *Senator Żaryn autorem uchwały, która ma zostać przyjęta w rocznicę Marca'68. Czeka nas kolejny skandal?* „Newsweek", nr 9 z 2018.

Marcin Zaremba, einem Professor der neuesten Geschichte Polens. Im Interview *Die Partei verfiel in rasende Wut. So begann der März '68* erläutert Zaremba, warum die Studenten beschlossen zu revoltieren, warum die Hetzjagd gegen Juden begonnen wurde und warum Zenon Kliszko[28] in der Pause der Theateraufführung von „Dziady" [Totenfeier] unter der Regie von Kazimierz Dejmek schrie: „Was ist das religiös?! Zum Teufel hier mit so viel Religion!". Zaremba erklärt, dass die Ursachen der antijüdischen Hetzkampagne im Bedürfnis der Machthabenden zu finden seien, einen Schuldigen zu benennen, eine Gruppe zu finden, die die Aufmerksamkeit von den wahren Problemen ablenkt. Seiner Meinung nach riefen die Studentenproteste eine Panik unter den polnischen Machthabern hervor, ein Gefühl der Gefahr, auch weil die Kommunisten meinten, immer die Jugend auf ihrer Seite haben zu müssen, da sie der Motor für Veränderung seien. Das beschleunigte die Suche nach einem Feind, gegen den man die Bevölkerung mobilisieren könnte.[29]

Der zweite Artikel *„Der März 68 kehrt zurück"* von Marcin Meller[30] beinhaltet das Schicksal seines Vaters – Stefan Meller, Mitarbeiter des Polnischen Instituts für Internationale Angelegenheiten. Er berichtet über die Ereignisse bei einem Mitarbeitertreffen von Stefan Meller, das im April 1968 stattfand, bei denen ausdrücklich antisemitische Schlagworte propagiert wurden[31].

Weitere Artikel zur antisemitischen Hetzkampagne von 1968 fanden sich in der Wochenzeitschrift „Polityka". Der erste von ihnen ist ein Interview von Marcin Kołodziejczyk mit Krzysztof Topolski[32], einem Beteiligten der März-Ereignisse, der jüdischer Herkunft ist. Der Interviewte wurde am 10. 3. 1968 verhaftet, nachdem er auf der Versammlung des Bundes der Sozialistischen Jugend [poln. ZMS] laut seine Meinung geäußert hatte: „Wenn man jede Woche ein neues Denkmal für einen polnischen Partisanen aufstellt, müsste

[28] Zenon Kliszko (1908–1989) – polnischer Journalist und kommunistischer Politiker, engster Mitarbeiter von Władysław Gomułka, Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP in den Jahren 1959–1970, in den Jahren 1957–1971 Vize-Marschall des Sejms [stellvertretender Parlamentspräsident].

[29] C. Michalski, *Partia wpadła w szał. Tak zacząłsię Marzec '68*, „Newsweek", nr 10 z 2018.

[30] Marcin Meller (geb. 1968) – Reporter und Feuilletonist der „Newsweek Polska". Absolvent eines Geschichtsstudiums an der Universität Warschau, aktiv im politischen Untergrund des Unabhängigen Studentenbunds [poln. NZS] und in der Orangenen Alternative. In den Jahren 1991 bis 2003 Reporter der Wochenzeitschrift „Polityka", in dieser Zeit verbrachte er zwei Jahre in Afrika, u.a. schrieb er auch aus dem ehemaligen Jugoslawien, dem Iran und aus Tschetschenien.

[31] M. Meller, *Marzec 68 wraca*, „Newsweek", nr 10 z 2018.

[32] Krzysztof Topolski (geb. 1947) – polnischer Unternehmer jüdischer Herkunft, im Jahr 1968 verurteilt „für Beleidigung des polnischen Volkes", März-Emigrant.

man auch über die polnischen Szmalcownicy sprechen[33]. (...) Polen hat die gleichen Rechte auf Breslau wie Israel auf Jerusalem – die Deutschen haben den Zweiten Weltkrieg hervorgerufen, verloren und mussten mit dem Verlust von Breslau bezahlen, die Araber fingen den Sechs-Tage-Krieg gegen die Juden an, erlitten eine Niederlage und gaben Jerusalem an Israel ab". An dem Tag, an dem ihm der Vorwurf gemacht wurde, das polnische Volk beleidigt zu haben (das Urteil hätte bis zu 10 Jahren Gefängnis lauten können), beschloss Topolski, das Land zu verlassen. Wie er anmerkte, „war das eine Frage der vollständigen Hoffnungslosigkeit angesichts einer Zukunft in diesem Land"[34].

Ein weiteres Interview für die „Polityka" führte Justyna Sobolewska mit dem Schriftsteller Józef Hen[35], einem weiteren Beteiligten der März-Ereignisse jüdischer Herkunft. In seinen Erinnerungen erzählt er von der schwierigen Wirklichkeit in der Zeit des März, von den Ausreisen von Bekannten, die Polen verlassen, sowie von Problemen mit dem Gesetz. Besonders in Erinnerung geblieben ist ihm ein Gespräch in der Zeit der verstärkten Emigration von Juden aus Polen[36]: „(...) ich traf zwei Literaten (...). Sie hielten an, und einer sagt zu mir: „Herr Józek! Sie reisen doch wohl nicht aus? Weil wenn Sie ausreisen, dann bin ich beleidigt". Darauf der zweite: „Herr Józef reist nicht aus! Herr Józef ist sooo ein Pole! (...) Ob ich ausreise oder nicht ausreise – was hat das mit meinem Polentum zu tun?"[37].

Der letzte Artikel ist von Piotr Osęka *März-Propaganda*. Er bildet eine eigene Zusammenfassung der März-Ereignisse, greift Themen auf in Verbindung mit der antisemitischen Hetzkampagne und der Kampagne gegen die Intelligenz, der Studentenbewegung und den Maßnahmen der Machthabenden. Er meinte, dass die März-Kampagne der Bevölkerung ermöglichte, beliebig weitere Namen auf die Liste der „Volksfeinde" zu setzen. Jede verdächtige Person konnte dank der „Freundlichkeit" Dritter als Gefahr angesehen und verhaftet werden. Das schuf eine Atmosphäre des Argwohns und des verstärkten Denunziantentums. Der Autor merkte an, dass die März-Propagandisten geschickt und mit zweifellosem Gespür für gesell-

---

[33] Ein „Szmalcownik" war in der Zeit der deutschen Besatzung eine Person, die von Juden Schmiergeld dafür verlangte, sie sie nicht den Deutschen auslieferte. https://sjp.pl/szmalcownik [dostęp: 20. 7. 2018 r.]. Siehe: J. Grabowski, *Ja tego Żyda znam! Szantażowanie Żydów w Warszawie 1939–1943*, Warszawa 2004; G.S. Paulsson, *Stosunki polsko-żydowskie w okupowanej Warszawie (1940–1945)* [w:] *Akcja Reinhardt. Zagłada Żydów w Generalnym Gubernatorstwie*, Warszawa 2004.

[34] M. Kołodziejczyk, *Marce*, „Polityka", nr 10 z 2018, s. 12–14.

[35] Józef Hen, eigentlich Józef Henryk Cukier (geb. 1923) – polnischer Schriftsteller und Publizist jüdischer Herkunft, Dramaturg, Reporter, Film-Drehbuchschreiber. Mitglied des Verbands der Polnischen Literaten bis 1982.

[36] J. Sobolewska, *Cudowny kraj, ta Polska*, „Polityka", nr 10 z 2018, s. 76–77.

[37] Ibidem.

schaftliche Stimmungen mit den Emotionen spielen und zum Neid anregen konnten[38]: „Die Sprache des März war eine Sprache der Revolution. Das klassische Szenario einer Propaganda-Offensive in der Volksrepublik sah wie folgt aus: der Feind heckt eine Sabotage aus und betreibt sie, seine Anstrengungen verpuffen allerdings. Denn der Feind wurde diskreditiert und zerschlagen, also wird ab sofort alles völlig anders aussehen. Die bisher allmächtigen Eliten erhalten die verdiente Abfertigung (...)“[39].

Auffällig ist bei den Veranstaltungen wie bei den Artikeln in den Wochenzeitschriften, dass die antisemitische Hetzkampagne von 1968 breit aufgegriffen wird. Dies geschah aufgrund einer unglücklichen Kollision: der Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Ereignisse des März 1968 und der Neufassung des Gesetzes über das Institut für Nationales Gedenken. Diese Neufassung hatte, wie man beobachten kann, enormen Einfluss auf die Aussage der Presseartikel. Die Journalisten entschieden sich mehrheitlich, das Thema des Antisemitismus im März 1968 aufzugreifen. Damit wurde der runde Jahrestag der März-Ereignisse von den aktuellen politischen Ereignissen überschattet.

[38] P. Osęka, *Marcowa propaganda*, „Polityka“, nr 10 z 2018, s. 50–52.
[39] Ibidem.

Katarzyna Kaczmarek

Die Ereignisse des März 1968 in schulischen Lehrplänen und Geschichtsbüchern der Jahre 1970 bis 1999

Im vorliegenden Text wurde der Versuch unternommen, schulische Lehrpläne und Geschichtsbücher zu analysieren, die in Volksschulen und weiterführenden Schulen Pflicht waren. Das wichtigste Ziel ist aufzuzeigen, ob und wie im Geschichtsunterricht die Ereignisse des März 1968 dargestellt wurden. Grundlage der Analyse sind Lehrpläne und Lehrbücher, die vom Ministerium für Nationale Bildung für den schulischen Gebrauch in den Jahren 1970 bis 1999 zugelassen waren. Im Jahr 1999 wurden neue Lehrpläne eingeführt.

Aufgrund der enormen Menge an Quellenmaterialien (Lehrpläne und Lehrbücher) war es notwendig, eine Auswahl vorzunehmen. Schließlich wurden 10 Lehrpläne und 11 Schulbücher analysiert. Die Ergebnisse der Untersuchung werden in chronologischer Reihenfolge vorgestellt.

Der Lehrplan für Geschichte und die Lehrbücher für Geschichte, die nach den Ereignissen vom März 1968 ab Anfang der 1970er Jahre verpflichtend waren, sahen den Geschichtsunterricht in zwei Zyklen vor: von Klasse 5 bis 8 in der Volksschule, an den Allgemeinbildenden Oberschulen von Klasse 1 bis 4 und an Technischen Oberschulen von Klasse 1 bis 3. In Klasse 4 der Volksschule erfolgte der Geschichtsunterricht mithilfe von Geschichtserzählungen. In der Volksschule fand Geschichtsunterricht im Umfang von 2 Wochenstunden statt[1]. Dieses System galt vom Schuljahr 1962/1963 bis zum Schuljahr 1980/1981.

Bei der Analyse der damaligen Lehrpläne und Schulbücher für die Volksschule kann festgestellt werden, dass in den ganzen 1970er Jahren keine Informationen in Verbindung mit den März-Ereignissen auftauchen. Die Lehrkräfte waren dagegen durch ministeriale Verordnungen verpflichtet: *„Ein Gefühl der Verbundenheit mit der Partei und der gesamten Arbeiterklasse, die Freundschaft mit den Völkern der großen Gemeinschaft der sozialistischen Staaten, und insbesondere die Freundschaft und Bruderschaft mit den Völkern der UdSSR zu*

[1] Z. Osiński, *Nauczanie historii w szkołach podstawowych w Polsce w latach 1944–1989. Uwarunkowania organizacyjne oraz ideologiczno-polityczne*, wydanie drugie, Dom Wydawniczy Duet, Lublin 2010, S. 48.

prägen"[2]. In der 8. Klasse benutzten die Schülerinnen und Schüler das Lehrbuch von Andrzej Leszek Szcześniak[3] und das von Marian Wojciechowski[4], über das Zbigniew Osiński schrieb: *„Die Analyse des Inhalts lässt feststellen, dass dieser die marxistische Interpretation des Geschichtsprozesses vermittelt, disproportional viel Platz wird der Arbeiterbewegung und dem Kommunismus gewidmet (...). Die Nachkriegszeit wurde aus Sicht der Interessen der UdSSR und der kommunistischen Bewegung dargestellt. Übergangen wurden Fakten, die für diesen Staat und diese Bewegung unbequem waren."*[5] Wenn man die Tatsache in Betracht zieht, dass die Lehrbücher in Polen immer gemäß dem geltenden Lehrplan erarbeitet wurden, erstaunt die angeführte Analyse nicht – sie korrespondiert mit den Verordnungen des Ministeriums für Bildung und Erziehung. Auch im Lehrbuch aus der Feder von Andrzej Leszek Szcześniak, das in den Schulen vom Schuljahr 1974/1975 bis 1983/1984 Pflicht war, gibt es keinen Inhalt zu den Ereignissen des März 1968, obwohl das Lehrbuch die Geschichte Polens bis 1973 umfasste. Auch im Lehrplan für die vier- und fünfjährigen Technischen Oberschulen und die Berufsbildenden Oberschulen, der am 1. September 1971 in Kraft trat, gibt es keine Inhalte in Verbindung mit dem März 1968.[6].

Die Lehrinhalte in den achtziger Jahren waren ebenfalls von den damaligen politischen Ereignissen abhängig. Im November 1980 fand ein Streik von Lehrern in Danzig statt. Dessen Ergebnis war, dass eine „Vereinbarung zwischen dem Bildungsminister Krzysztof Kruszewski und der Kommission des Gründungskomitees der NZSS „Solidarność" der Mitarbeiter in Bildung und Erziehung" unterzeichnet wurde. Darin wurde u. a. vereinbart, die Inhalte der Lehrbücher und Lehrpläne so zu überarbeiten, *„dass der Schüler die Möglichkeit hat, Geschichte und Kultur des Heimatlands in vollem Umfang kennen zu lernen"*[7]. Eine Folge der unterzeichneten Vereinbarung war, dass eine Arbeitsgruppe aus Lehrkräften ins Leben gerufen wurde, die Änderungen für den Lehrplan im Fach Geschichte erarbeiten sollte. Die Arbeiten begannen im Dezember 1980. Die Arbeitsgruppe erarbeitete einen *„Vorschlag für verein-*

---

[2] Zarządzenie Ministra Oświaty i Wychowania z dnia10 lutego 1975 r. *w sprawie organizacji i kształcenia i wychowania w roku szkolnym 1975/1976* Dziennik Urzędowy Ministerstwa Oświaty i Wychowania (weiter: Dz. U. M O i W) z 1975, nr 2, poz. 15.

[3] A. L. Szcześniak, *Historia dla klasy VIII*, wydanie drugie, WSiP, Warszawa 1975.

[4] M. Wojciechowski, *Historia dla klasy VIII*, wydanie pierwsze, Państwowe Zakłady Wydawnictw Szkolnych, Warszawa 1970.

[5] Z. Osiński, *op. cit.*, S. 254.

[6] I. Wingerowa, *Rozkład materiału nauczania w technikum i liceum zawodowym (na podbudowie VIII kl. Szkoły Podstawowej wg programu NR PRI. – 4121 – Hist. 3/71)*, „Wiadomości historyczne". Wydawnictwo Ministerstwa Oświaty i Wychowania. Państwowe Zakłady Wydawnictw Szkolnych, Rok XV, Warszawa Maj – Czerwiec, 1972, 3(82), S. 113–124.

[7] Z. Osiński, *op. cit.*, S. 210.

zelte Änderungen am Lehrstoff für Geschichte in den Volks- und Oberschulen"[8]. Im Februar 1981 wurde der *Vorschlag* ... in einem breiteren Expertengremium bei einem Treffen von Lehrern besprochen, die in der NSZZ „Solidarność" organisiert waren, sowie mit Mitgliedern der Polnischen Historischen Gesellschaft. Der damals vereinbarte gemeinsame *Vorschlag* ... erhielt die Empfehlung herausragender polnischer Historiker: von Aleksander Gieysztor, von Henryk Samsonowicz (1989–1991 Minister für Nationale Bildung in der ersten nichtkommunistischen Regierung), des Vorsitzenden des Verbands Polnischer Literaten, Jan Józef Szczepański, sowie einer Experten-Arbeitsgruppe unter Leitung von Anna Radziwiłł. Wie Zbigniew Osiński angab, betrafen die Forderungen *„allgemeine Fragen wie das Aufzeigen unterschiedlicher Bewertungen des jeweiligen historischen Faktes, das Überwiegen von Information über Interpretation, das Vermeiden von leeren ideologischen Worthülsen, das Einbringen lebender Gestalten in die Geschichte, das Interesse der Schüler mit Unterricht über den Alltag in verschiedenen Epochen zu wecken, die Bewertung von Fakten gemäß ihrer Aussage und nicht nach aktuellen politischen Bedürfnissen*[9]". In den Forderungen wurden konkrete Fragen aufgezeigt, u. a. wurde die Notwendigkeit zum Ausdruck gebracht, die März-Ereignisse mehrperspektivisch auf einer soliden Faktenlage darzustellen. Der *Vorschlag* ... war Gegenstand von Gesprächen im März und April 1981 zwischen dem Ministerium für Bildung und Erziehung und den Verfassern. Die Folge der Gespräche war, dass eine Liste der Änderungen im Lehrplan für Geschichte erarbeitet wurde, und der Minister versprach, sie bereits im kommenden Schuljahr umzusetzen. Trotz des Versprechens wurden die Änderungen nicht eingeführt[10].

Nach langer und schwieriger Arbeit der Lehrer wurde im Schuljahr 1985/1986 ein neuer Lehrplan für die Klasse 8 der Volksschule eingeführt, der Inhalte vom Ersten Weltkrieg bis zur Aufhebung des Kriegszustands in Polen im Jahr 1983 umfasste[11]. Der Lehrplan für Geschichte in Klasse 8, der ab dem Schuljahr 1986/1987 umgesetzt wurde, stellte die März-Ereignisse „als Ausdruck ideologischen und politischen Kampfes" dar[12]. Der Pflichtkanon war im Buch von A. L. Szcześniak enthalten, in dem der Autor „dem März 1968" ein paar Sätze widmete[13]. Im Kapitel „Entwicklung Polens nach 1956" konnte der Schüler lesen: *„Im März 1968 kam es zu studentischen Störungen in vielen Städten Polens. Die Ursache war ihre Unzufriedenheit mit der im Land be-*

---

[8] Ibidem, S. 210.

[9] Ibid., S. 210.

[10] Ibid., S. 211.

[11] Szczegółowo o omawianych pracach nauczycieli, można przeczytać w przytaczanej już pracy Zbigniewa Osińskiego, S. 210–221.

[12] *Program szkoły podstawowej. Historia. Klasy IV–VIII*, wyd. WSiP, Warszawa 1985.

[13] J. Centkowski, *Programy nauczania historii w kl. VIII szkoły podstawowej (wprowadzenie)*, [in:] „Wiadomości Historyczne. Dwumiesięcznik Ministerstwa Oświaty i Wychowania", nr 5/6 (156) rok XXVII, Wrzesień-Grudzień 1984 r., S. 461.

stehenden Lage, insbesondere mit Unregelmäßigkeiten im Bereich Kultur und Kunst. Den richtigen Protest der jungen Menschen versuchten politische Funktionäre, denen im Oktober 1957 die Macht entzogen worden war, zu ihren Zwecken zu nutzen"[14]. In diesem Kontext ist die Tatsache bemerkenswert, dass in dem in der Zeitschrift „Wiadomości Historyczne. Dwumiesięcznik Ministerstwa Oświaty i Wychowania" [Historische Nachrichten. Zweimonatsschrift des Ministeriums für Bildung und Erziehung] (im Weiteren: „Wiadomości Historyczne") von 1984 veröffentlichten Lehrplan[15], von dem oben die Rede war, in den Inhalten zu Bildung und Erziehung der Satz „Ereignisse des März 1968 als Ausdruck ideologischen und politischen Kampfes" nicht enthalten war, aber weiterhin in der Liste der verpflichtenden Jahreszahlen für den Schülern der *März 1968* und Inhalte in Verbindung mit den März-Ereignissen im Vorschlag für die Stoffaufteilung angegeben wurden[16]. In der Praxis bedeutete das, dass für die Lehrkraft eine Hintertür offen gelassen wurde, die es ihr ermöglichte, „den Schülern die eigene Geschichte zu erzählen". Das bestätigt ein ehemaliger Geschichtslehrer (der anonym bleiben möchte), der in den Jahren 1973 bis 1995 an einer Warschauer Volksschule unterrichtete. Der Eintrag in den Daten, die ein Schüler der Klasse 8 kennen sollte, öffnete die Möglichkeit, u.a. vom Streik der Studenten in Warschau zu erzählen[17].

Im Jahr 1989 wurden Veränderungen im polnischen Bildungssystem angekündigt. Die ersten konkreten Änderungen bezüglich der Inhalte der Lehr- und Erziehungspläne wurden in der Verordnung Nr. 1 des Ministers für Nationale Bildung vom 15. Januar 1990 zu den neuen Lehrplänen für einige Fächer in der Volksschule berücksichtigt[18]. Die Verordnung kündigte an, dass ab dem Schuljahr 1990/1991 der neue Lehrplan, Nr. DKO 1-4014-17-90, eingeführt werden sollte.

Der erarbeitete Lehrplan für die Volksschule umfasste ernsthafte Veränderungen, die bereits in den einleitenden Bemerkungen signalisiert wurden: *„Das Lehrmaterial entwickelt Lehrplaninhalte, die als obligatorisch zu betrachten sind, aber vom Lehrer hängt ab, wie detailliert die jeweiligen Themen besprochen werden. (...) Ein Lehrbuch hingegen ist ein didaktisches Hilfsmittel sowohl für*

---

[14] A. L. Szcześniak, *Historia dla klasy VIII*, wyd. WSiP, Warszawa 1984 r., S. 372–373. Podręcznik obowiązywałdo końca lat osiemdziesiątych.

[15] *Program nauczania historii. Klasa VIII szkoły podstawowej*, [in:] *Wiadomości Historyczne. Dwumiesięcznik Ministerstwa Oświaty i Wychowania*, nr 5/6 (156) rok XXVII, Wrzesień-Grudzień 1984 r., S. 461–466.

[16] J. Centowski, *Propozycja rozkładu materiału nauczania historii w klasie VIII szkoły podstawowej (2 godziny tygodniowo), „Wiadomości Historyczne"*, nr 5/6 (156) rok XXVII, Wrzesień-Grudzień 1984 r., S. 466–478.

[17] *Program szkoły podstawowej. Historia. Klasy IV–VIII*, wyd. WSiP, Warszawa 1985, S. 36.

[18] Zarządzenia nr 1 Ministra Edukacji Narodowej z dnia 15 stycznia 1990 r. w sprawie nowych programów nauczania niektórych przedmiotów w szkole podstawowej (Dz. Urz. MEN z dnia 15 lutego 1990 r., poz. 1)

den Lehrer als auch für den Schüler, und nicht die ausschließliche und verbindliche Informationsquelle"[19]. Für den Unterricht wurde zugelassen, Formen und Methoden der Arbeit des Lehrers beliebig auszuwählen. Der neue Lehrplan wurde auch im Hinblick auf die Bildungsziele geändert. Es verschwanden die früher verbindlichen „ideologischen" Klauseln, die auf die sozialistische Heimat Bezug nahmen. Interessant hingegen ist die Tatsache, dass der neue Lehrplan auf Grundlage des vorherigen Inhalts erarbeitet wurde, wobei nur dessen Inhalt verändert wurde. Die Inhalte in Verbindung mit dem März 1968 wurden entfernt und sogar das Datum „März 1968" wurde aus der Liste der Daten entfernt, die der Schüler kennen sollte. In den Anmerkungen zur Umsetzung des Lehrplans wurde vermerkt, dass dies zum Ziel gehabt habe, *„die Belastung der Schüler durch übermäßiges faktographisches Wissen zu mindern"*, gleichzeitig wurde die Stundenzahl erhöht, die der Lehrer zur Verfügung hat[20]. Er konnte sie je nach Bedürfnissen und Interessen der Schüler nutzen.

Für das Schuljahr 1990/1991 wurde kein neues Lehrbuch eingeführt. Hingegen wurde im August 1992 die Verordnung des Ministers für Nationale Bildung zu den Mindestlehrplänen der allgemeinbildenden Pflichtfächer eingeführt, die bis 1997 galt[21]. In dieser Verordnung wurden die grundlegenden Daten und historischen Begriffe (die bisher verbindlich waren) berücksichtigt, und der Mindestlehrplan gab der Lehrkraft die Möglichkeit, den Stoff, den ihre Schüler beherrschen sollen, beliebig auszuwählen. Dem Lehrstoff hinzugefügt wurden die Ereignisse von 1968 im Lehrplan für die Volksschule und für die weiterführende Schule, der ab dem Schuljahr 1992/1993 realisiert werden sollte. Eine der Bedingungen für die Zulassung des Lehrplans, der von Lehrern für den schulischen Gebrauch entwickelt wurde, sollte sein, dass er den Mindestanforderungen an den Lehrplan entspricht.

Ab dem neuen Schuljahr 1997/1998 trat eine weitere Verordnung des Bildungsministers zu den Lehrplangrundlagen für die allgemeinbildenden Pflichtfächer in Kraft[22]. In dieser war festgeschrieben, dass der Lehrer selbst den schulischen Stoffplan erstellen soll, der dem Inhalt der Verordnung entsprechen soll. Eine wichtige Information für die Lehrkraft, die einen solchen schulischen Stoffplan erstellen sollte, war die Information, dass die erstellten *„Programme vorsehen sollten, die Schüler mit ausgewählten Ereignissen mit Wendepunktbedeutung und mit Phänomenen vertraut zu machen, die für die besprochene*

---

[19] *Program szkoły podstawowej. Historia klasy IV–VIII*. Warszawa 1990, S. 4.

[20] *Ibid.*, S. 32.

[21] Zarządzenie nr 23 Ministra Edukacji Narodowej z dnia 18 sierpnia 1992 r. *w* sprawie minimum programowego obowiązkowych przedmiotów ogólnokształcących (Dz. Urz. MEN z dnia 20 sierpnia 1992 r., nr 5, poz. 25).

[22] Zarządzenie nr 8 Ministra Edukacji Narodowej z dnia 15 maja 1997 r. *w* sprawie podstaw programowych obowiązkowych przedmiotów ogólnokształcących (Dz. Urz. MEN z dnia 16 maja 1997 r., nr 5, poz. 23).

Epoche bzw. Kultur spezifisch ist,[23]" sowie, dass der Schüler die Nachkriegsgeschichte Polens kennen lernen sollte.

In den vorgestellten Lehrplänen für die neunziger Jahre ist die Freiheit zu bemerken, die den Lehrern bei der Erarbeitung der Lehrpläne gelassen wurde. Mit der Möglichkeit ab 1992 das Lehrbuch auszuwählen, war der Lehrer auch nicht mehr „durch Zensur behindert"[24]. Da die Lehrer die Möglichkeit hatten, das Lehrbuch auszuwählen, wurden unterschiedliche Lehrbücher in den Schulen verwendet. Die Verfasserin fragte, um das Quellenmaterial zu ergänzen, sieben Lehrer[25], die in den genannten Jahren unterrichtet hatten, ob sie sicherinnern, welches Lehrbuch sie benutzt haben und warum. Nach den Gesprächen stellte die Verfasserin fest, dass das am häufigsten verwendete und wiedererkannte Lehrbuch für die Klasse 8 der Volksschule das Buch von Tadeusz Gulbiński war[26]. In diesem Lehrbuch wurden die März-Ereignisse umfassend besprochen, wobei sowohl die innere Lage in Polen, die politischen Veränderungen in der Tschechoslowakei, die studentischen Proteste in Polen als auch die Beteiligung polnischer Truppen am Einmarsch von Truppen des Warschauer Pakts in die Tschechoslowakei thematisiert wurden. Dieses Lehrbuch stellte die Ereignisse dieser Zeit in klarer und für die Schüler verständlicher Weise dar.

Auf dem Schulbuchmarkt waren damals auch andere Lehrbücher erhältlich, beispielsweise das Lehrbuch von A. L. Szcześniak[27] sowie von Maciej Milczaryk und Andrzej Szolc[28]. Das erstgenannte präsentierte nicht alle Ereignisse – so fehlt die abgesetzte Theatervorstellung als Auslöser des studentischen Streiks. Das Buch sollte zumindest Informationen zu den Ursachen der studentischen Streiks liefern und nicht nur die Information, dass infolge von parteiinternen Kämpfen, Polen jüdischer Herkunft aus staatlichen Stellen entlassen wurden. Im zweiten Lehrbuch wurden die Ereignisse selektiv behandelt, wobei man sich hauptsächlich auf die wirtschaftlichen Ursachen konzentrierte, der Streik der Studenten und die Aktion der Miliz wurden erwähnt. Es wurde außerdem geschrieben, dass es *„zur Abrechnung mit tatsächlichen und angeblichen Zionisten kann, zu denen auch ein Teil des Partei- und Regierungsapparats gezählt wurde*", in deren Folge Polen jüdischer Herkunft

[23] Zarządzenie nr 8, op. cit.

[24] A. Glimos – Nadgórksa, *Podręcznik do historii – 50 lat zmian*, „Klio. Czasopismo poświęcone dziejom Polski i powszechnym", t. 21 (2) 2012, S. 3–30.

[25] Wywiad z trzema nauczycielami z województwa dolnośląskiego, dwojgiem nauczycieli z województwa opolskiego i trojgiem z województwa mazowieckiego.

[26] T. Gulbiński, *Historia 8. Trudny wiek XX.* Wydanie drugie. WSiP, Warszawa 1993.

[27] A. L. Szcześniak, *Historia. Polska i świat naszego wieku. Podręcznik dla klasy ósmej*, wyd. Bellona, Warszawa 1995.

[28] M. Milczaryk, A. Szolc, *Historia 8. Burzliwy wiek upadków i wzlotów*, wyd. Bellona, Warszawa 1998.

gezwungen waren, das Land zu verlassen[29]. Die präsentierten Lehrbücher, die für den Geschichtsunterricht in der Volksschule bestimmt waren, zeigen, dass die Ereignisse in Verbindung mit dem März 1968 vorkamen. Nach Meinung der Lehrer, mit denen ich gesprochen habe, stellte das Buch von Gulbiński jene Inhalte am besten dar und wurde deshalb von ihnen gewählt.

In den weiterführenden Schulen wurden z.B. Lehrbücher verwendet von Andrzej Pankowicz[30], Roman Tusiewicz[31], Anna Radziwiłł und Wojciech Roszkowski[32], Andrzej Garlicki[33] sowie Stanisław Sierpowski[34]. In jedem dieser Lehrbücher sind Inhalte enthalten, die sich auf die März-Ereignisse 1968 beziehen, aber hervorzuheben sind nach Meinung der Verfasserin des Artikels nur zwei. Das erste ist das Lehrbuch von Roman Tusiewicz, der in didaktischer Hinsicht sehr professionell und in inhaltlicher Hinsicht, wie der bekannte polnische Historiker J. Eisler anmerkte, *„frei von politischen Belastungen war"*[35]. Der Autor des Schulbuchs gebrauchte eine für die Schüler verständliche Sprache, wobei er gleichzeitig *„vermied, der Versuchung zu erliegen, schwierige und komplexe Phänomene zu banalisieren und infantilisieren"*[36]. Bei der Analyse des Unterkapitels des Lehrbuchs mit dem Titel „März-Ereignisse"[37] konnte der Schüler über die Genese und die Anfänge der Ereignisse lesen; über das Aufführungsverbot des Stücks *Dziady* von Adam Mickiewicz unter der Regie von Kazimierz Dejmek, die Bildung der Gruppe der sog. „Rädelsführer", den rechtswidrigen Verweis der Studenten von der Universität Warschau, die Demonstration der Studenten am 8. März, die Intrigen in der Partei zwischen den unterschiedlichen Einflussgruppen, die antisemitische Hetze in der Presse, die Studentenstreiks in ganz Polen und die Nachwirkungen der Ereignisse. Das ganze Unterkapitel wurde mit drei Fotos illustriert, die es in keinem anderen Lehrbuch gab:

– Gustaw Holoubek als Gustaw in der Inszenierung von Dejmek der „Dziady" von Adam Mickiewicz, November 1967. Die Aufführung im

[29] *Ibid.*, S. 297.

[30] A. Pankowicz, *Podręcznik dla szkółśrednich. Dla IV klasy liceum ogólnokształcącego oraz dla klasy III technikum i liceum zawodowego*. Wydanie drugie, wyd. WSiP, Warszawa 1991.

[31] R. Tusiewicz, *Historia 4. Polska współczesna 1944–1989. Podręcznik dla klasy IV liceum ogólnokształcącego*, wydanie pierwsze, wyd. WSiP, Warszawa 1993.

[32] A. Radziwiłł, W. Roszkowski, *Historia 1945–1990. Podręcznik dla szkółśrednich*, wydanie czwarte, wyd. PWN, Warszawa 1994.

[33] A. Garlicki, *Historia 1939–1997/98. Polska i świat. Podręcznik dla liceów ogólnokształcących*, wydanie drugie, wyd. Scholar, Warszawa 1998.

[34] S. Sierpowski, *Historia najnowsza (1918–1994). Podręcznik dla szkoły średniej*, wydanie pierwsze, wyd. Graf-Punkt, Warszawa 1995.

[35] J. Eisler, *Dobry szkolny podręcznik*, *„Wiadomości Historyczne"*, nr 205 (XXXVIII), Styczeń-Luty 1994, s. *op. cit.*, 58–61.

[36] Ibid.

[37] R. Tusiewicz, S. 207–215.

Nationaltheater sollte an den fünfzigsten Jahrestag der Oktober-Revolution erinnern.
- Einheiten der Bürgermiliz auf der Straße Krakowskie Przedmieście vor dem Tor der Universität Warschau, 8. März 1968.
- Schlesisches „Parteiaktiv" auf der Kundgebung zur Unterstützung von Gomułka, Plac F. Dzierżyńskiego in Katowice, 14. März 1968[38].

Außerdem enthält das Schulbuch Quellentexte, die die Natur der beschriebenen Ereignisse charakterisieren, z. B. Ansprachen auf den Parteikundgebungen vom März 1968, die Deklarationen der Studentenbewegung vom 28. März 1968 oder der Hirtenbrief der Bischöfe von Polen vom 3. Mai 1968[39].

Eine weitere interessante Position repräsentiert das Lehrbuch von Anna Radziwiłłund Wojciech Roszkowski. Obwohl es nicht über einen so großen didaktischen Unterbau wie das Lehrbuch von Tusiewicz verfügte, gelang es diesen Autoren, in für Schüler verständliche Weise Informationen zum „Prager Frühling", zu den innerparteilichen Kämpfen in Polen, zur Aufführung von *Dziady* und den damit verbundenen Ereignissen, zu den Kundgebungen der Studenten, zu Repressionen an den Hochschulen, zu antisemitischen Repressionen und zur Offensive der Machthaber vorzustellen. Bei der Darstellung der Folgen der März-Ereignissen betonten die Autoren, dass *„der März für die meisten jungen Menschen eine schmerzhafte Lektion in Totalitarismus war"*. Die politische Zusammenfassung der März-Ereignisse fassten sie in einen interessant formulierten Untertitel: Politische Landschaft nach dem März"[40].

Der Geschichtsunterricht in der Schule war, wie bereits erwähnt, frei von Zensur, der Lehrer konnte nach seinen Ideen unterrichten, wobei er sämtliche auf dem Markt erhältlichen didaktischen Hilfsmittel nutzen konnte. In den 1990er Jahren gab es viele Ausarbeitungen und Hilfsmittel auf dem Markt, sowohl für Schüler als auch für Lehrer, die Inhalte zum März 1968 enthielten. Von der Evolution sowohl des Lehrplans als auch der Verfügbarkeit von Materialien zu diesem Thema kann die Äußerung von Krzysztof Kaczmarek vom 15. August 2016 zeugen, der in den siebziger Jahren Schüler, in den achtziger Jahren Student und in den neunziger Jahren Lehrer war:

„Im Jahr 1968 war ich 11 Jahre alt. Aus jenen Jahren erinnere ich Kolonnen von Militärfahrzeugen, die auf unserer Straße in Richtung Autobahn fuhren (ich wohnte damals in Bolesławiec). In der Volksschule und in der Technischen Oberschule wurde mit uns nicht über die März-Ereignisse gesprochen.

Das Geschichtsstudium habe ich (im Wochenendstudium) an der Pädagogischen Hochschule Opole im Jahr 1983 abgeschlossen. Das war eine Zeit, in der eine neue Wirklichkeit geschaffen wurde, die Solidarność gestärkt wurde, usw. Im Studium (aber nicht nur) wurde allgemein zu den März-Ereignissen diskutiert, es gab un-

[38] Tusiewicz, *op. cit.*, S. 208–210.
[39] *Ibid.*, S. 213–215.
[40] A. Radziwiłł, W. Roszkowski, *op. cit.*, 203–204.

terschiedliche Publikationen, die im Untergrund vervielfältigt wurden. Die Dozenten sprachen gerne mit uns zu den Ereignissen vom März 1968. Wir erhielten von ihnen interessante Publikationen. Ich wohnte gewöhnlich in Warschau, also hatte ich breiten Zugang zu Materialien, die man z.B. in den Kirchen oder in der Bibliothek der Universität Warschau finden konnte, wo es sehr viele davon gab.

Im Studium hörte ich einen interessanten Witz, dass die Tschechen 1968 die Gruppe Czerwone Gitary [Rote Gitarren]zum Konzert nach Prag einluden, und die Polen schickten ihnen Rote Baskenmützen. Diesen Witz habe ich weiter meinen Schülern weitererzählt. Die Arbeit in der Schule habe ich 1990 begonnen, da konnte man den Schülern bereits alle Inhalte vermitteln. Viele Jahre lang habe ich gleichzeitig in der Volksschule, in der Allgemeinbildenden Oberschule und in der Technischen Oberschule unterrichtet. Es kam vor, dass ich die gleichen Schüler unterrichtete, wenn sie in der Volksschule waren, und später in der Oberschule oder der Technischen Oberschule, so dass ich die Gewissheit hatte, dass ihnen alles Wissen vermittelt wurde. Großes Interesse gerade an den März-Ereignisse gab es nicht. Sporadisch baten einzelne Schüler an der Oberschule, mehr darüber zu erzählen, nachdem ich mit ihnen darüber gesprochen hatte. Ich erinnere mich hingegen, dass es eines der Themen war, das beim Abitur dran kam. Neben den Lehrbüchern (in der ersten Bildungsetappe habe ich das Lehrbuch von Gulbiński verwendet, dann von Pankowicz) habe ich viele Quellenmaterialien benutzt, die ich über Jahre gesammelt habe; alte Zeitungen, weitergereichte Fotokopien, vervielfältigte Materialien, Flugblätter, ich nahm Lehrfilme und publizistische Sendungen auf VHS-Kassette auf, in den neunziger Jahre gab es davon relativ viele im öffentlichen Fernsehen".

Die Analyse der schulischen Lehrpläne und Geschichtsbücher, die in den Volksschulen und weiterführenden Schulen in den Jahren 1970 bis 1999 verbindlich waren, zeigt, dass das Problem der Ereignisse des „März 1968" zwar in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre im Lehrplan enthalten war, aber damals der Zensur unterlagen. Erst in den neunziger Jahren konnte die Lehrkraft unter Nutzung jeglicher Mittel und didaktischer Hilfen nach ihren eigenen Vorstellungen unterrichten.

Piotr Zawadzki

Der März 1968 in ausgewählten zeitgenössischen polnischen Lehrbüchern für Geschichte und Gesellschaftskunde (1999–2015)

Die Welle der studentischen Proteste, die im März 1968 ganz Polen erfasste, war der Versuch des universitären und literarischen Umfelds, sich gegen den Machtmissbrauch staatlicher Behörden zu wehren. Mittelpunkt der Ereignisse war die Universität Warschau, ihrem Beispiel folgten jedoch andere wichtige universitäre Zentren im ganzen Land. Es lohnt sich, an dieser Stelle anzumerken, dass eine dieser Städte Opole war, zu Zeiten dieser Ereignisse ein relativ junges akademisches Zentrum[1].

Das Ziel des vorliegenden Artikels ist es darzustellen, wie die Ereignisse des Jahres 1968 in Schulbüchern für den Geschichtsunterricht dargestellt wurden. Die Schulbücher werden in diesem Fall die hauptsächliche Quellengrundlage für den Beitrag sein. Da sich heute die elektronischen Medien dynamisch weiterentwickeln, hat ein Schüler unbegrenzten Zugang zum mobilen Internet, mit dessen Hilfe er notwendige Informationen in kurzer Zeit finden kann. Trotzdem bleibt das Schulbuch in gedruckter Form die grundlegende Wissensquelle und Arbeitsgrundlage im System didaktischer Mittel. Das resultiert zweifellos aus der Tatsache, dass ein traditionelles Schulbuch Kenntnisse enthält, die geordnet, aber auch verifiziert worden sind. Zusätzlich enthalten heutige Schulbücher neben den Autorentexten auch ergänzende Texte, Bild- und Kartenmaterial, CDs mit Multimedia-Materialien etc. enthalten, mit denen Schüler und Lehrer die grundlegenden Informationen noch ergänzen und den Unterricht abwechslungsreicher gestalten können[2].

Die im Titel angewandte Chronologie der analysierten Lehrbücher verdient eine kurze Erläuterung. Im Jahr 1999 wurde das polnische Bildungssystem einer wesentlichen Reform unterzogen, deren Haupteffekt die Entstehung des dreijährigen „Gimnazjums“ war [Anm. d. Übers.: verpflichtende Mittelschule]. Die Volksschule wurde von acht Jahren auf sechs Jahre verkürzt. Im Jahr 2002 verließen die ersten Absolventen das Gimnazjum und

---

[1] Więcej na ten temat: Danuta Kisielewicz, Małgorzata Świder, Marzec ’68 z czterdziestoletniej perspektywy, Wydawnictwo Uniwersytetu Opolskiego, Opole 2009, ISBN: 978-83-7395-327-7.

[2] Józef Skrzypczak, Konstruowanie i ocena podręczników: podstawowe problemy metodologiczne, Wydawnictwo ITE., Poznań – Radom 1996, ISBN: 83-87039-11-X, S. 251–260.

setzten die Ausbildung in weiterführenden Schulen fort (dreijährige allgemeinbildende Oberschulen, Oberschulen mit Schwerpunkt, vierjährige technische Oberschulen sowie Berufsschulen). Mit der Bildungsreform war es notwendig, das Lehrbuch für den Geschichtsunterricht und die Lehrbücher zu ändern, um sie an die dreistufige Ausbildung der Schüler anzupassen[3].

Ein weiteres wichtiges Datum für das polnische Schulsystem war der 23. Dezember 2008, als die damalige Ministerin für Nationale Bildung, Katarzyna Hall, die Verordnung über die neuen Lehrpläne für die Kindergärten, Vorschulen und allgemeinbildenden Schulen unterzeichnete. Diese galt in den Grundschulen und Mittelschulen ab September 2009, in den weiterführenden Schulen drei Jahre später. In Bezug auf den Geschichtsunterricht wurden grundlegende Veränderungen vorgenommen. Den kompletten Geschichtsstoff, d. h. von der Urzeit bis in die Neuzeit, sollten die Schüler in den Klasse 4–6 der Grundschule im Rahmen des Fachs „Geschichte und Gesellschaft" durchnehmen. Auf der zweiten Bildungsetappe, im Gimnazjum, endet die historische Bildung in der dritten Klasse [9. Klasse] mit den Ereignissen des Ersten Weltkriegs. Die Klasse 1 [10. Klasse] der weiterführenden Schule sollte in Geschichte die Fortsetzung der vorherigen Etappe sein und die Schüler sollte die neueste Geschichte, d.h. ab 1918, kennen lernen. Schüler, die sich entschieden, das Abitur in Geschichte zu machen, arbeiteten in den Klassen 2 und 3 der allgemeinbildenden Oberschule den erweiterten Lernstoff zu allen historischen Epochen durch. Anders bei Schülern, die sich nicht so entschieden haben. Sie wurden dann verpflichtet, ein Ergänzungsfach zu nehmen – „Geschichte und Gesellschaft. Das Erbe der Epochen", das eine Verbindung aus Geschichte, Gesellschaftskunde und Kulturwissenschaften darstellt. Die Lehrkraft kann im Rahmen dieses Unterrichts Schülern Stunden zu Themen anbieten, die von den Themensträngen abweichen, die im Lehrplan festgeschrieben sind. Das ermöglicht es, individuelle Interessen des Lehrers, aber auch der Schüler zu berücksichtigen, die ebenfalls eigene historische Themen vorschlagen können[4].

Die Proteste des Jahres 1968 in Polen sind inzwischen durchgängig in die Schulbücher eingegangen. Die Schülerinnen und Schüler können so im Geschichtsunterricht erfahren, unter welchen Umständen es zu Reibungen zwischen Bevölkerung und Machthabern gekommen ist. Bemerkenswert ist, wie in den Schulbüchern mit den antisemitischen Anfeindungen und dem darauf folgenden Exil vieler jüdischer Polen umgegangen wird. Einige

[3] Dz.U. 1999 nr 12 poz. 96, Ustawa z dnia 8 stycznia 1999 r. – Przepisy wprowadzające reformę ustroju szkolnego, http://isap.sejm.gov.pl/DetailsServlet?id=WDU19990120096 [abgerufen: 13. 10. 2016].

[4] Dz.U. 2009 nr 4 poz. 17, Rozporządzenie Ministra Edukacji Narodowej z dnia 23 grudnia 2008 r. w sprawie podstawy programowej wychowania przedszkolnego oraz kształcenia ogólnego w poszczególnych typach szkół, http://isap.sejm.gov.pl/DetailsServlet?id=WDU20090040017 [abgerufen: 13. 10. 2016].

Schulbücher lassen praktisch diesen Teil aus bzw. stellen ihn sehr verkürzt dar[5]. Jedes der analysierten Bücher nahm nicht ohne Grund auf den Sechs-Tage-Krieg von 1967 zwischen Israel und den arabischen Ländern Bezug. Die Sowjetunion unterstützte im Konflikt die arabische Seite und kündigte die diplomatischen Beziehungen zu Israel auf. Die Regierung in Warschau tat das Gleiche. Im weiteren Verlauf knüpften die Autoren an die Rede von Władysław Gomułka vom 19. Juni 1957 auf dem VI. Kongress der Gewerkschaften in Warschau an. Gomułka verurteilte in seiner Rede den Angriff Israels auf die arabischen Länder scharf und warf den in Polen lebenden Juden vor, die Maßnahmen der Regierung in Tel Aviv zu unterstützen[6]. Von Seiten des ersten Sekretärs fiel die Bezeichnung „fünfte Kolonne" für die in Polen lebenden Juden. Im Lehrbuch von Tomasz Małkowski und Jacek Rześniowiecki konnten die Schüler am Rande lesen, dass die Bezeichnung „fünfte Kolonne" aus dem Jahr 1936 stammte, als der spanische Bürgerkrieg begann. Dieses Schlagwort bezeichnet verdeckte Anhänger des Feindes (damals der Faschisten), was die Autoren ebenfalls angaben[7].

In allen analysierten Lehrbüchern haben nur Anna Radziwiłł und Wojciech Roszkowski vollständig erläutert, was damals unter dem Begriff „Zionisten" verstanden wurde, den auch Władysław Gomułka in seiner Rede verwendete. Nach Ansicht der Autoren wurden mit diesem Begriff unzutreffend Juden bezeichnet, die in Polen geblieben waren und damit nicht die zionistische Auswanderung nach Palästina unterstützten[8]. Das war insofern wichtig für die Rezipienten (die Schüler und Lehrer), da in den übrigen Lehrbüchern

---

[5] Anna Landau-Czajka, Włodzimierz Mędrzecki, Poznajemy świat wokółnas. Historia i społeczeństwo. Podręcznik dla klasy szóstej szkoły podstawowej, Wydawnictwo Szkolne i Pedagogiczne, Warszawa 2013, ISBN: 978-83-02-08877-3; Bogumiła Olszewska, Wiesława Surdyk – Fertsch, My i historia. Historia i społeczeństwo dla klasy VI szkoły podstawowej, Wydawnictwo Szkolne PWN, Warszawa 2012, ISBN: 978-83-7446-280-8; Tomasz Małkowski, Historia i społeczeństwo 6. Podręcznik dla klasy 6 szkoły podstawowej, Gdańskie Wydawnictwo Oświatowe, Gdańsk 2014, ISBN: 978-83-7420-465-1, S. 134; Tomasz Małkowski, Poznać przeszłość: ojczysty Panteon i ojczyste spory. Podręcznik do historii i społeczeństwa dla liceum ogólnokształcącego i technikum, Nowa Era, Warszawa 2015, ISBN: 978-83-267-2249-3, S. 174–175.

[6] Andrzej Garlicki, Historia 1939–2001. Polska i świat. Podręcznik dla liceów ogólnokształcących, liceów profilowanych i techników. Kształcenie w zakresie podstawowym i rozszerzonym, Wydawnictwo Scholar, Warszawa 2002, ISBN: 83-88495-96-8, s. 298; Anna Radziwiłł, Wojciech Roszkowski, Wiek XX. Podręcznik dla szkółponadgimnazjalnych. Zakres rozszerzony, Wydawnictwo Szkolne PWN, Warszawa 2008, ISBN: 978-83-7195-677-5, S. 283; Mikołaj Gładysz, Historia III. Podręcznik dla klasy trzeciej liceum i technikum. Zakres podstawowy i rozszerzony, Gdańskie Wydawnictwo Oświatowe, Gdańsk 2002, ISBN: 83-88881-89-2, S. 110.

[7] Tomasz Małkowski, Jacek Rześniowiecki, Historia III. Podręcznik dla klasy III gimnazjum, Gdańskie Wydawnictwo Oświatowe, Gdańsk 2002, ISBN: 83-87788-84-8, S. 283.

[8] Anna Radziwiłł, Wojciech Roszkowski, op. cit., S. 283.

die Autoren unterschiedliche Schlagworte anführten, z. B. Zionismus, Zionisten, Kampf gegen Zionisten, ohne gleichzeitig zu erläutern, was wirklich darunter zu verstehen ist[9].

In zwei Lehrbüchern[10] konnten die Schüler erfahren, dass die Bezeichnung „fünfte Kolonne" für die in Polen lebenden Juden durch Gomułka nicht in Pressetexten zu finden war, allerdings war die Rede von Radio und Fernsehen übertragen wurden, wodurch Tausende von Menschen die diskriminierenden Worte von „Genosse Wiesław" hören konnten.

Bevor die wichtigsten Ereignisse des März 1968 besprochen werden, lohnt es sich an dieser Stelle den Machtkampf anzuführen, der in den Reihen der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei tobte (im Weiteren: PVAP). Der wichtigste Anwärter auf die Machtübernahme war eine Gruppe, die sich um den ehemaligen Partisanen der Volksgarde, Mieczysław Moczar, scharte. Im Volksmund wurden sie „Partisanen" genannt. Der Schulbuchautor Maciej Przybyliński charakterisierte diese Gruppe wie folgt: „Fraktion von „Partisanen" unter der Führung von Mieczysław Moczar, die sich auf Veteranen-Traditionen, das Märtyrertum des polnischen Volkes in der stalinistischen Zeit (obwohl Moczar selbst im Dienste der Staatssicherheit war) sowie Nationalismus, Antisemitismus und Hetze gegen die Intelligenzler berief"[11]. Moczar nahm damals die Funktion des Innenministers sowie des Vorsitzenden des Bundes der Kämpfer um Freiheit und Demokratie ein, hatte jedoch Ambitionen, die Funktion Gomułkas zu übernehmen. Die Moczar-Gruppe nutzte die Tatsache, dass die Sowjetunion und Polen die diplomatischen Beziehungen zu Israel eingestellt hatten. Sie strebten eifrig danach, Vertreter jüdischer Herkunft aus den Reihen der Partei und der Armee zu entfernen[12].

---

[9] Dariusz Stola, Historia – wiek XX. Podręcznik dla szkółponadgimnazjalnych. Zakres podstawowy, Wydawnictwo Szkolne PWN, Warszawa 2012, ISBN: 978-83-262-1275-8, s. 168; RafałHabielski, To dopiero historia! Podręcznik dla III klasy gimnazjum, Wydawnictwo Nowa Era, Warszawa 2007, ISBN: 978-83-7409-452-8, s. 222; Zofia Teresa Kozłowska, Poznajemy przeszłość. Podręcznik dla liceum ogólnokształcącego, liceum profilowanego i technikum. Zakres podstawowy. Od 1939 roku do czasów współczesnych, Stowarzyszenie Oświatowców Polskich, Toruń 2004, ISBN: 83-7352-065-1, S. 213.

[10] Andrzej Garlicki, op. cit., S. 298; Anna Radziwiłł, Wojciech Roszkowski, Historia 1956–1997: podręcznik dla szkółśrednich, Wydawnictwo Szkolne PWN, Warszawa 2000, ISBN: 83-7195-084-5, S. 121–122.

[11] Maciej Przybyliński, Poznać przeszłość, zrozumieć dziś. Dzieje najnowsze 1872–2006. Klasa trzecia liceum i technikum. Zakres podstawowy i rozszerzony, Wydawnictwo Piotra Marciszuka Stentor, Warszawa 2007, ISBN: 978-83-89315-87-8, S. 239.

[12] Jarosław Kłaczkow, Agnieszka Zielińska, Zrozumieć przeszłość: dzieje najnowsze po 1939 roku. Podręcznik do historii dla liceum ogólnokształcącego i technikum. Zakres rozszerzony. Cz. 4, Wydawnictwo Nowa Era, Warszawa 2015, ISBN: 978-83-267-2199-1, S. 190; Janusz Ustrzycki, Historia 1. Podręcznik dla szkółponadgimnazjalnych. Zakres podstawowy, Wydawnictwo Pedagogiczne Operon, Gdynia 2012, ISBN: 978-83-7680-449-1,

Jan Wróbel legte in seinem Lehrbuch nahe, dass der März 1968 von Moczar und seinen Leuten provoziert worden sein könnte, die auf diese Weise vom alternden Gomułka die Macht übernehmen wollten[13].

In jedem der Lehrbücher präsentierten die Autoren den Schülern als Hauptgrund für die Ausschreitungen im März 1968 die Absetzung des Stücks „Dziady" unter der Regie von Kazimierz Dejmek. In der deutlichen Mehrheit der analysierten Lehrbücher kann man beobachten, dass in einem oder zwei Sätzen der Umstand angegeben wurde, der zum Auslöser für die Studentenproteste im ganzen Land im März wurden[14]. Besonders aufmerksam zu machen ist allerdings auf einige Lehrbücher, in denen detaillierte Informationen angegeben wurden. Die Inszenierung von „Dziady" hatte Ende November 1967 Premiere im Nationaltheater Warschau, die Hauptrolle des Konrads spielte Gustaw Holoubek. Mitte Januar kündigte die Parteileitung an, dass die Aufführungen ab 1. Februar eingestellt würden, da sie sie für antisowjetisch hielt[15]. Im Schulbuch, deren Verfasser u. a. Grzegorz Kucharczyk ist, lesen wir: „Die Begründung für das Verbot war die Feststellung, die Inszenierung würde für antisowjetische Manifestationen missbraucht werden"[16]. Zur letzten Aufführung am 30. Januar 1968 kamen Menschenmassen. Nach dem Ende des Stücks ging eine Gruppe zum Adam-Mickiewicz-Denkmal auf der Krakowskie Przedmieście in Warschau, wo sie Blumen niederlegten und weitere Aufführungen forderten. Die Bürgermiliz trieb die Demonstranten auseinander und verhaftete einen Teil der Personen (der bekannte polnischer Historiker, Prof. Andrzej Garlicki, gibt in dem von ihm verfassten Lehrbuch die Zahl von 35 Verhafteten an, von denen 9 hohe Geldstrafen erhielten)[17]. Im Lehrbuch, das vom Verlag Wydawnictwo Pedagogiczne Operon für Schüler weiterführender Schulen herausgegeben wurde, kann man lesen, dass bei der Aufführung des Stücks „Dziady" der sowjetische Botschafter anwesend war und keine unangemessenen Inhalte gegenüber seinem

S. 319; RafałDolecki, Po prostu historia. Szkoły ponadgimnazjalne. Zakres podstawowy, Wyd. Szkolne i Pedagogiczne, Warszawa 2015, ISBN: 978-83-02-12668-0, S. 341.

[13] Jan Wróbel, Odnaleźć przeszłość. Podręcznik dla liceum ogólnokształcącego, liceum profilowanego, technikum. Kształcenie w zakresie podstawowym. T. 2 Historia od 1815 roku do współczesności, Wydawnictwo Szkolne i Pedagogiczne, Warszawa 2003, ISBN: 83-02-08600-2, S. 341.

[14] Tomasz Małkowski, op. cit., S. 85; Rafał Habielski, op. cit., S. 238.

[15] Anna Radziwiłł, Wojciech Roszkowski, op. cit., 283.

[16] Grzegorz Kucharczyk, PawełMilcarek, Marek Robak, Przez tysiąclecia i wieki. Cywilizacje XIX i XX wieku. Podręcznik historii dla klasy trzeciej gimnazjum, Wydawnictwo Szkolne i Pedagogiczne, Warszawa 2004, ISBN: 83-02-08872-2, S. 282.

[17] Andrzej Garlicki, op. cit., 299.

Staat bemerkte[18]. Als interessanter Aspekt wurden in einem der Schulbücher die folgenden Worte einer der Figuren im Stück angeführt, eines russischen Offiziers: „Wundere Dich nicht, dass sie uns verdammen, schließlich sind es schon gut hundert Jahre, dass von Moskau nur Horden von Lumpen nach Polen geschickt werden." Das Publikum reagiert mit riesigem Beifall auf solche Fragmente, die nach Meinung der Machthaber gegen die UdSSR gerichtet waren, obwohl das Stück die Zarenzeit betraf und nicht die damalige Zeit[19].

Die Lehrbücher der Verfasser Anna Radziwiłł, Prof. Wojciech Roszkowski und Prof. Andrzej Garlicki verdienen besondere Anerkennung, da sie sich im Vergleich zu den übrigen mit der Auswahl ihrer Inhalte hervortun. Ein Schüler, der ein solches Lehrbuch benutzte, konnte erfahren, dass Studenten der Universität Warschau und der Technischen Hochschule Warschau Unterschriften für eine Petition an den Sejm gegen die Absetzung von „Dziady" sammelten. Im weiteren Verlauf fand im Februar 1968 eine Versammlung der Warschauer Ortsgruppe des Verbands Polnischer Literaten statt, deren Ergebnis eine Resolution war, in der polnische Schriftsteller (u. a. Paweł Jasienica, Antoni Słonimski, Stefan Kisielewski) die damalige Kulturpolitik der Regierung und als wichtigstes Beispiel dafür „Dziady" kritisierten[20]. In drei anderen Lehrbüchern nahmen die Autoren Bezug auf Stefan Kisielewski, der das Vorgehen der Parteifunktionäre gegenüber der Natur mit „Diktatur der Hohlköpfe" bezeichnete[21].

Für die Teilnahme an den Studentenprotesten Ende Januar verwies der Minister für Bildung und Hochschulwesen, Henryk Jabłoński, rechtswidrig am 4. März 1968 die Studenten Adam Michnik und Henryk Szlajfer von der Hochschule[22]. Bogumiła Burda bezog sich im Lehrbuch aus dem Verlag Operon auf die Tatsache, dass beide Studenten angeklagt wurden wegen: „Spionage-Zusammenarbeit mit dem Korrespondenten der französischen Tageszeitung Le Monde", da sie ihm beschrieben hatten, wie die Ereignisse ver-

[18] Bogumiła Burda, Historia najnowsza. Podręcznik dla szkół ponadgimnazjalnych. Zakres podstawowy. Cz. 2, Wydawnictwo Pedagogiczne Operon, Gdynia 2012, ISBN: 978-83-7680-706-5, S. 127.

[19] Tomasz Małkowski, Jacek Rześniowiecki, op. cit., S. 283.

[20] Anna Radziwiłł, Wojciech Roszkowski, op. cit., 283; Andrzej Garlicki, op. cit., 299.

[21] Zofia Teresa Kozłowska, op. cit., S. 213; Jan Wróbel, op. cit., S. 340; Jarosław Kłaczkow, op. cit., S. 190.

[22] Stanisław Roszak, Jarosław Kłaczkow, Poznać przeszłość. Wiek XX. Podręcznik do historii dla szkół ponadgimnazjalnych. Zakres podstawowy, Wydawnictwo Nowa Era, Warszawa 2012, ISBN: 978-83-267-0856-5, S. 310.

liefen[23]. Die entschiedene Mehrheit der Verfasser der Schulbücher gab die Gründe für die Bestrafung von Michnik und Szlajfer nicht an[24].

Nach Angaben von Janusz Ustrzycki kündigte die Gruppe der „Rädelsführer" für den 8. März eine Kundgebung an der Universität an, um die exmatrikulierten Studenten zu verteidigen. Am Rande erläuterte der Autor, dass mit den „Rädelsführern" eine Gruppe von Studenten und Assistenten von Warschauer Hochschulen bezeichnet wurde (die wichtigsten waren Adam Michnik, Henryk Szlajfer, Jacek Kuroń und Karol Modzelewski), von denen ein Teil jüdische Wurzeln hatte. Die Väter einiger von ihnen nahmen wichtige Funktionen im Staatsapparat wahr. Die „Rädelsführer" bemühten sich, Versammlungen von Partei und Jugendorganisationen zu stören, indem sie Schlagworte einer breit verstandenen Freiheit skandierten[25].

Die Kundgebung auf dem Innenhof der Universität Warschau, die mehrere Tausend friedlich protestierende Studenten umfasste, wurde brutal von Einheiten der ZOMO (Motorisierte Reserven der Bürgermiliz), ORMO (Freiwillige Reservender Bürgermiliz) sowie vom sog. Arbeiter-Aktiv niedergeknüppelt[26].

Die Medien stellten die wahren Verlauf der Ereignisse nicht vor. Die Öffentlichkeit wurde über „Störungen im Straßenverkehr und Nahverkehr" sowie über „Exzesse von Hooligans" informiert. Die Studenten waren darüber empört, deshalb organisierten sie am nächsten Tag einen Protest an der Technischen Hochschule Warschau, wo Parolen skandiert wurden, wie „Lügenpresse". Die Miliz ging brutal gegen die Studenten vor[27]. Die Ereignisse an den Warschauer Hochschulen verhallten nicht ohne Echo in den übrigen universitären Zentren im ganzen Land. In den Lehrbüchern werden häufig Wrocław, Kraków, Łód, Lublin, Gdańsk, Poznań genannt, wo sich Studenten mit ihrer Warschauer Altersgenossen solidarisierten, indem sie Kundgebungen zur Unterstützung organisierten, auf denen sie ebenfalls begannen, eine Demokratisierung des Systems zu fordern. Den Teilnehmern der Demonstrationen drohten Konsequenzen, z. B. vorübergehende Exmatriku-

[23] Bogumiła Burda, op. cit., S. 127.

[24] W jednym z opracowań nie zostało uwzględnione nawet nazwisko Michnika i Szlajfera, natomiast autor napisał: „kilku studentów wyrzucono z uczelni". Dariusz Stola, op. cit., S. 168.

[25] Janusz Ustrzycki, op. cit., S. 319; patrz również: Jan Wróbel, op. cit., S. 342.

[26] Jarosław Kłaczkow, op. cit., S. 190; Stanisław Roszak, Jarosław Kłaczkow, op. cit., S. 310. Tzw. aktyw robotniczy, jak czytamy w jednym z podręczników, wysypał się z autokarów opatrzonych napisem „wycieczka". Tomasz Małkowski, Jacek Rześniowiecki, op. cit., S. 283.

[27] Andrzej Garlicki, op. cit., S. 301; Anna Radziwiłł, Wojciech Roszkowski, op. cit., S. 283.

lation, Verweis von der Hochschule, eine hohe Geldstrafe, eine Gefängnisstrafe, die Einberufung zum Militär[28].

Die Parteileitung nutzte den Konflikt mit dem akademischen Milieu, um Hetze gegen die Intelligenz und antisemitische Hetze zu streuen. Im Lehrbuch der Vereinigung der Polnischen Bildungsmitarbeiter kann man lesen, dass ab dem 11. März 1968 Meinungen auftauchten, dass die Demonstrationen, die von den Studenten organisiert wurden, von „zionistischen Kräften" hervorgerufen würden. Die Kommunisten organisierten besondere Kundgebungen in Fabriken und Betrieben, bei denen sich die arbeitende Bevölkerung negativ gegenüber Intelligenzler und Personen jüdischer Herkunft geäußert haben sollen. Es wurden Parolen auf Transparenten getragen, die gegen Studenten und Literaten gerichtet waren, sowie auch solche, die die Arbeiter im Prinzip selbst nicht verstanden, z. N. „Zionisten zu Dajan!", „Weg mit dem Zionismus!", „Die Partei von Zionisten säubern", „Wir reißen der antipolnischen Hydra den Kopf ab!", „Literaten an die Federn! Studenten zum Lernen!", „Warschau will Ruhe"[29].

Bezeichnend war auch die Rede von Władysław Gomułka vom 19. März 1968, als er die studentischen Rebellion verurteilte und bei der Propaganda der „Partisanen" blieb, die Studenten mit jüdischer Herkunft beschuldigten, die Ausschreitungen an der Universität Warschau initiiert zu haben. Die im Kongresssaal versammelten Parteifunktionäre erwarteten konkrete Namen von Personen, die für die März-Ereignisse verantwortlich seien, wobei sie Gomułka mit Schreien anfeuerten: „Mutiger, mutiger!", „Wiesław, Wiesław!". Gomułka blieb bei seiner Haltung, aber zahlte den Preis, die antisemitische Hetzkampagne zu akzeptieren[30]. Im ganzen Land begann eine riesige Welle von Entlassungen und wie wir im Lehrbuch des Verlags Operon lesen: „Personen jüdischer Herkunft wurden nicht nur aus Parteifunktionen geworfen, sondern auch aus Hochschulen, Schulen, Ämtern, Krankenhäusern, Fabriken entlassen"[31].

Das Ergebnis der antisemitischen Hetze war die Emigration von mehr als 10 000–15 000 Personen, Polen mit jüdischen Wurzeln. Die Verfasser einiger Schulbücher beschränkten sich bei der Schätzung des Ausmaßes dieser Auswanderung darauf, „mehr als Zehntausend" bzw. „mehrere Tausend

[28] Jarosław Kłaczkow, op. cit., S. 190; Tomasz Małkowski, Jacek Rześniowiecki, op. cit., S. 283; Grażyna Szelągowska, Historia XIX i XX wieku. Podręcznik dla liceum ogólnokształcącego, liceum profilowanego i technikum. Kształcenie w zakresie podstawowym Cz. 3, Wydawnictwo Szkolne i Pedagogiczne, Warszawa 2003, ISBN: 83-02-08601-0, S. 377.

[29] Zofia Teresa Kozłowska, op. cit., S. 213–214.

[30] Anna Radziwiłł, Wojciech Roszkowski, op. cit., S. 284.

[31] Janusz Ustrzycki, op. cit., S. 320.

Personen" anzugeben[32], in den übrigen Arbeiten hingegen tauchten meist zwei Zahlen auf: 15 000 und 20 000 Personen, die ab 1968 aus Polen emigrierten[33]. Jan Wróbel gibt in dem von ihm verfassten Lehrbuch 12 000 Personen an[34]. Die gleiche Zahl tauchte im Schulbuch des Wydawnictwo Pedagogiczne Operon aus, wo am Rande als interessante Zusatzinformation angeben wurde, in den Jahren 1968–1971 seien 12 000 Personen aus Polen emigriert, davon „500 Dozenten, 200 Journalisten, 150 Musiker, Schauspieler und Filmemacher"[35].

Über die visuelle Attraktivität der Lehrbücher entscheidet neben dem Verfassertext vor allem die Auswahl des Bildmaterials. In den analysierten Schulbüchern wiederholt sich am häufigsten ein Foto, das Ausschreitungen auf den Straßen von Warschau im März 1968 darstellt, und konkret, wie eine studentische Kundgebung von Funktionären der Staatssicherheit auseinander getrieben wird[36]. Genauso häufig wählten die Schulbuchautoren Fotos, die Studenten darstellen, die sich am 8. März 1968 auf dem Innenhof der Universität Warschau versammelt hatten[37] sowie von Arbeitern mit Transparenten mit gegen Studenten und „Zionisten" gerichteten Parolen[38]. In einem der Schulbücher wurde ein Foto abgedruckt, das das Haupttor der Universität Warschau zeigt, an dem Studenten Transparente mit Forderungen aufgehängt hatten[39]. Einen geschickten Schritt machte der Verlag Wydawnictwo Nowa Era, indem er eine Karte druckte, auf denen die Städte markiert wur-

[32] Dariusz Stola, op. cit., S. 168; Zofia Teresa Kozłowska, op. cit., S. 214; Andrzej Brzozowski, Ku współczesności: dzieje najnowsze 1918–2006. Podręcznik do historii dla klasy I szkółponadgimnazjalnych. Zakres podstawowy, Wydawnictwo Piotra Marciszuka Stentor, Warszawa 2012, ISBN: 978-83-61245-85-8, S. 235; Maciej Przybyliński, op. cit., S. 239.

[33] Grażyna Szelągowska, op. cit., S. 378; Jarosław Kłaczkow, op. cit., S. 191; Stanisław Roszak, Jarosław Kłaczkow, op. cit., S. 310; Bogumiła Burda, op. cit., S. 126; Tomasz Małkowski, Jacek Rześniowiecki, op. cit., S. 284; Andrzej Garlicki, op. cit., S. 303; Anna Radziwiłł, Wojciech Roszkowski, op. cit., S. 285; Grzegorz Kucharczyk, op. cit., S. 283; Marcin Markowicz, Olga Pytlińska, Agata Wyroda, Historia i społeczeństwo: rządzący i rządzeni. Podręcznik do liceum i technikum, Wydawnictwo Szkolne i Pedagogiczne, Warszawa 2015, ISBN: 978-83-02-14058-7, S. 86.

[34] Jan Wróbel, op. cit., S. 341.

[35] Janusz Ustrzycki, op. cit., S. 320.

[36] Maciej Przybyliński, op. cit., S. 238; RafałHabielski, op. cit., S. 221; Radosław Lolo, Anna Pieńkowska, Historia wokółnas. Podręcznik do historii i społeczeństwa dla klasy szóstej szkoły podstawowej, Wydawnictwo Szkolne i Pedagogiczne, Warszawa 2015, ISBN: 978-83-02-14373-1, S. 199.

[37] Jarosław Kłaczkow, op. cit., S. 191; Bogumiła Burda, op. cit., S. 127.

[38] Andrzej Brzozowski, op. cit., S. 235; Andrzej Garlicki, op. cit., S. 300; Anna Radziwiłł, Wojciech Roszkowski, op. cit., S. 285.

[39] Stanisław Roszak, Jarosław Kłaczkow, op. cit., S. 310.

den, in denen es 1968 zu studentischen Protesten kam (Opole wurde leider nicht berücksichtigt)[40].

Ein genauso wesentliches Element sind die Quellentexte. Im Lehrbuch von Anna Radziwiłł und Wojciech Roszkowski wurden gleich vier historische Quellen angeführt: Rede von Gomułka auf dem VI. Kongress der Gewerkschaften, Resolution der Generalversammlung der Ortsgruppe des ZLP (Verband Polnischer Literaten), *Wem dient das?* Die erste Pressemeldung zu den März-Ereignissen, die in der „Życie Warszawy" erschien, Resolution der Studenten der Technischen Hochschule Warschau[41]. Im Schulbuch, das von der Vereinigung der Polnischen Bildungsmitarbeiter herausgegeben wurde, wurde der Appell der Studenten der Technischen Hochschule an die Bürger der Volksrepublik Polen abgedruckt,[42], Grażyna Szelągowska hingegen fügte den Text der Resolution der Universität Łódź an[43].

Zur Zusammenfassung der Analyse ausgewählter Schulbücher kann man folgende Schlussfolgerungen ziehen. Die Schulbücher von Andrzej Garlicki sowie Anna Radziwiłł und Wojciech Roszkowski stellen eine reichhaltige Wissensquelle zu den Ereignissen des März 1968 dar. Das einzige Manko des Buchs von Prof. Garlicki kann das nicht ausreichende Bildmaterial sein. Ein großer Teil der schulischen Lehrmaterialien, die bei der Erarbeitung des Artikels berücksichtigt wurden, nahm in sehr bescheidener Form Bezug auf das dargestellte Thema. Die Ursachen dafür sind nicht schwer zu finden, insbesondere, nachdem ein neuer Lehrplan für die Kindergärten, Vorschulen und allgemeinbildenden Schulen an den jeweiligen Schularten eingeführt worden ist.[44]. Die Verlage konkurrieren untereinander, wer die attraktivsten Schulbücher mit schönem Cover, reichhaltigem Bildmaterial und Multimedia-Paketen hat, was mit Sicherheit die Aufmerksamkeit der Schüler weckt, allerdings wird manchmal eine grundlegende Sache vergessen, nämlich der Lehrbuchtext. Eine große Chance, um die Ereignisse von 1968 in Polen vollständig darzustellen, kann das Fach „Geschichte und Gesellschaft. Das Erbe der Epochen" sein, in dem der Lehrer Unterrichtsstunden zu diesem Thema halten kann. Im Unterricht kann man den Schülern auch den regionalen Bezug näher bringen, darunter die Darstellung des März 1968 in Opole, z. B. mit Erzählungen direkter Zeitzeuge. Die Konfrontation der Schulbücher von Garlicki, Radziwiłł und Roszkowski mit den übri-

[40] Robert Śniegocki, Historia: burzliwy wiek XX. Podręcznik dla III klasy liceum ogólnokształcącego, liceum profilowanego i technikum. Kształcenie w zakresie podstawowym i rozszerzonym, Wydawnictwo Nowa Era, Warszawa 2005, ISBN: 83-7409-080-4, S. 278–279.

[41] Anna Radziwiłł, Wojciech Roszkowski, op. cit., S. 300–302.

[42] Zofia Teresa Kozłowska, op. cit. S. 212.

[43] Grażyna Szelągowska, op. cit., S. 377.

[44] Siehe Fußnote 6.

gen kann eine gewisse Leere hervorbringen, berechtigt allerdings nicht dazu, ihnen eine negative Bewertung auszustellen.

Bartosz Pawlak

Der März 1968 im historischen Bewusstsein der Studenten der Universität Oppeln

Zum Jahreswechsel 1987/1988 führte der Wissenschaftler Igor Krzemiński unter Studenten der Universität Warschau eine Befragung durch, in der er 77 Studenten nach ihrem Wissen zum März 1968, zu den Ereignissen an der Universität und zur politischen Bedeutung dieser Ereignisse für die neueste Geschichte befragte. Diese Untersuchung, die zwanzig Jahre nach den März-Ereignissen durchgeführt wurde, zeigte, dass das Wissen der Studenten zu diesem Thema viel zu wünschen übrig ließ. Der Artikel erhielt den Titel „Plama" [Fleck]. Krzemiński stellte nach der Analyse des Materials fest, dass die Studenten nur über Fetzen von Informationen verfügten, die darüber hinaus oft mythologisiert waren. Nach Krzemiński bestand in ihrem Bewusstsein keine gesellschaftlich verfestigte Narration der Ereignisse und das war die Hauptursache dafür, dass kein Wissen zu den März-Ereignissen vorhanden war[1].

Bei der oben erwähnten kritischen Bewertung des Stands des historischen Bewusstseins darf nicht vergessen werden, dass der März an der Universität Warschau viel stürmischer verlief als in Opole. Darüber hinaus sind Personen wie Adam Michnik oder Karol Modzelewski einer breiteren Öffentlichkeit bekannt als die Teilnehmer des Streiks an der Pädagogischen Hochschule Opole. Zu beachten ist auch, dass der Artikel von Krzemiński zwanzig Jahre nach den März-Ereignissen entstand, und der vorliegende Artikel fast fünfzig Jahre nach ihnen. Sowohl der Zeitunterschied als auch die unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten, zu deren Zeiten die Untersuchung durchgeführt wurden, haben Einfluss auf den eventuellen Vergleich der Ergebnisse beider Untersuchungen.

Im März 1968 blieb die Studentenschaft der damaligen Pädagogischen Hochschule Opole angesichts der Ereignisse im Land nicht passiv. An der Hochschule Opole fand ein Streik von Studenten statt, obwohl es eine relativ kleine Hochschuleinrichtung war. Zu betonen ist, dass der Verlauf der März-Ereignissen an der WSP Opole deutlich weniger dramatisch als in Warschau war. Kundgebungen und Streiks fanden nur auf dem Gelände der Hochschule statt und schwappten nicht auf die Straßen der Stadt über. Trotzdem

[1] Igor Krzemiński: Plama. Powściągliwość i Praca 3 (1988), Marki, Michalineum, 1988, S. 5, 9.

waren viele Studenten Repressionen ausgesetzt. Als Beispiel können dienen: Jan Czech, der von der Hochschule verwiesen wurde, Adam Kasprzyk, der für einen Monat zum Militär einberufen wurde, oder auch Krzysztof Borkowski, der für ein Jahr vorübergehend exmatrikuliert wurde[2]. Außer den Studenten hatten auch Dozenten, die diese verteidigten, Konsequenzen der März-Ereignisse zu tragen. Der damalige Rektor Maurycy Horn ließ nicht zu, dass die Kundgebungen, die auf dem Hochschulgelände stattfanden, von der Miliz niedergeschlagen wurden, und seine Haltung gegenüber den protestierenden Studenten war zum Ärger der lokalen Behörden relativ freundlich. Unter weiteren Mitarbeitern der Hochschule, die unter Repressionen zu leiden hatten, ist der Historiker Władysław Dziewulski zu nennen. Den Studenten gegenüber freundlich eingestellt war auch das Hochschul-Komitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, unter der Leitung von Adam Suchoński[3]. Die Geschichte der März-Ereignisse ist an der Universität Opole relativ lebendig, es ist zu betonen, dass zum 40. Jahrestag der Ereignisse eine wissenschaftliche Konferenz zu diesem Thema organisiert wurde.

Wie sehen also die heutigen Studierenden aus Opole die März-Ereignisse? Wie ist ihr Wissensstand zum Thema März? Kennen sie die grundlegenden Fakten und die damit verbundenen Personen? Woher stammt ihr Wissen zu diesem Thema? Verfügen sie über irgendwelche Informationen zum März in Opole? Diese Fragen sollen im Folgenden beantwortet werden.

Um den Stand des historischen Bewusstseins der Studenten im Kontext des März 1968 einzuschätzen, wurde im Frühjahr 2016 eine Fragebogenbefragung unter Studenten der Universität Opole durchgeführt, und zwar in Kursen für Hörer aller Fakultäten. Befragt wurden also Studierende unterschiedlicher Fachrichtungen und Studienjahre. Es ist allerdings anzumerken, dass es in der untersuchten Gruppe keine Geschichtsstudenten gab, da ihr Wissen aus ihrem Studiengang das Ergebnis der Untersuchung erheblich beeinflussen könnte. Von 122 Teilnehmern der Befragung gaben drei nicht ihr Geschlecht an, die übrigen setzten sich aus 14 Studenten und 105 Studentinnen zusammen. Die jüngste befragte Person war 17 Jahre alt, die ältesten 26 Jahre. Der Altersdurchschnitt betrug 21,6 Jahre.

Der Fragebogen setzte sich aus vier Fragen und Antworten zusammen:

1) Wie schätzt Du Dein Wissen zu den Ereignissen vom März 1968 ein?
   A. Mich interessiert das Thema, also weiß ich viel über diese Ereignisse.
   B. Ich kenne nur die grundlegenden Daten, Fakten und Personen.
   C. Ich habe minimale Kenntnisse zu diesen Ereignissen.

[2] Beata Stankiewicz: Wygrany Marzec, przegrane życiorysy. Indeks 3–4 (2008), Opole, Wydawnictwo Uniwersytetu Opolskiego, 2008, S. 20–22.

[3] Zbigniew Bereszyński: Marzec '68 w opolskim środowisku akademickim [in:] Danuta Kisielewicz/Małgorzata Świder (red.): Marzec '68 z czterdziestoletniej perspektywy, Opole, Wydawnictwo Uniwersytetu Opolskiego, 2008, S. 142–166.

D. Ich weiß überhaupt nichts zu diesen Ereignissen.

2) Aus welchen Quellen stammen Deine Kenntnisse zu den Ereignissen vom März 1968?
   A. Aus dem Schulunterricht/aus Lehrveranstaltungen.
   B. Aus dem Geschichtsbuch.
   C. Aus wissenschaftlicher Literatur, aus populärwissenschaftlicher Literatur, aus Erinnerungsliteratur.
   D. Aus Fernsehsendungen.
   E. Aus Erzählungen von Familienangehörigen.
   F. Aus Festvorträgen/Konferenz.
   G. Andere.
3) Schreib bitte, was Du über die Ereignisse weißt, die im März 1968 stattgefunden haben.
4) Nenne Dir bekannte Personen, die mit den März-Ereignissen verbunden sind.

Keiner der Befragten kreuzte in der ersten Frage Antwort „A" an, was davon zeugt, dass die März-Ereignisse nicht zum Interessengebiet der Befragten gehören. Zehn Personen (8,2%) kannten nur die grundlegenden Daten, Fakten und Personen. Neunundvierzig Personen (40,2%) gaben an, nur minimale Kenntnisse zu diesen Ereignissen zu haben. Mehr als die Hälfte der Befragten (51,6%) stellte fest, dass sie *überhaupt* nichts zu diesen Ereignissen weiß. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass diese Antworten kaum Optimismus verheißen, neun von zehn Befragte weiß nichts bzw. kaum etwas. Einerseits kann man die Schuld an diesem Zustand dem Lehrplan in der Oberschule geben, andererseits erfreut sich das Thema auch in der Öffentlichkeit keiner großen Beliebtheit.

Bei der Antwort auf die zweite Frage konnte mehr als eine Antwort angekreuzt werden. Es konnte auch eine eigene Antwort formuliert werden. Ganze 49 Personen gaben Schulunterricht und Lehrveranstaltungen als Wissensquelle zum Thema März 1968 an, davon hatten 28 Personen ausschließlich diese Option angekreuzt. Acht Personen gaben neben Unterricht und Lehrveranstaltungen auch ein Geschichtsbuch an. Anzumerken ist, dass von den Personen, die ihre Kenntnisse nur aus dem Unterricht bzw. dem Schulbuch haben, die deutliche Mehrheit ihr Wissen zu den März-Ereignissen als minimal einschätzt. Eine Person erwähnt zusätzlich zu den ersten zwei Antworten, dass ein Dozent bei einer Lehrveranstaltung an der Fakultät für Theologie der Universität Opole von diesen Ereignissen sprach. Fünf Personen gaben wissenschaftliche Literatur, populärwissenschaftliche Literatur sowie Erinnerungsliteratur an, aber keine der Personen, die diese Antwort gewählt hatte, wählte sie als einzige aus. Neun Befragte deklarierten, dass ihre Informationsquelle zum März Fernsehsendungen waren, fünf von ihnen wählte nur Antwort „D" aus. Vier Personen gaben Familienangehörige als In-

formationsquelle an. Sieben Personen bezeichneten Festvorträge/Konferenz als Quelle ihrer Kenntnisse zu den März-Ereignissen. Unter den 19 Antworten aus der Kategorie „andere" gab es auch solche wie Beispiel: „von nichts, da ich nichts zum Thema weiß", „aus der vorherigen Frage" etc. Solche Antworten waren insgesamt 13. Bemerkenswert ist, dass sechs Personen das Internet als Quelle ihres Wissens zum März 1968 angab. Ganze 36 Personen gaben keine Antwort, alles aus dieser Gruppe gaben bei Frage ein an, dass sie überhaupt nichts zu den März-Ereignissen wüssten.

In einer weiteren Frage wurden die Befragten gebeten, zu schreiben, was sie zu den Ereignissen vom März 1968 wüssten. Das war eine offene Frage. Ganze 50 Personen haben keine Antwort auf diese Frage gegeben. Ungefähr jeder vierte Befragte beantwortete die Frage in etwa so[4]:

„Leider kann ich nicht assoziieren, um was es gehen kann." – Mädchen, 23 Jahre

„Tut mir leid, ich weiß überhaupt nichts." – Mädchen, 19 Jahre

„Ehrlich gesagt, fällt es mir schwer, irgendwas zu schreiben." – Mädchen, 23 Jahre

„NICHTS" – Mädchen, 20 Jahre

Die aussagekräftigste der oben genannten Antworten wurde von mir als letzte zitiert. *Geschichtsunterricht haben wir die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht durchgenommen, darum habe ich keine Kenntnisse dazu."* – Mädchen, 22 Jahre

„Leider bin ich in Geschichte nicht besonders gut, ich kann mir Daten und Ereignisse überhaupt nicht merken." – Mädchen, 20 Jahre

„Kein Wissen zum Themen – ich habe mich nie dafür interessiert." – Junge, 24 Jahre

„Leider, ich weiß nichts zum Thema. In der Oberschule sind wir im Geschichtsunterricht mit dem Stoff bis zum Ende des 19. Jh. gekommen." – Mädchen, 23 Jahre

Obige Antworten zeigen sowohl fehlendes Interesse am Thema als auch, dass das Thema März 1968 im Geschichtsunterricht der Oberschule nicht durchgenommen wird. Das kann aus dem Lehrplan resultieren, der nach meiner Einschätzung etwas „überladen" ist. Selbstverständlich könnte man die Ursache auch in der zu geringen Stundenzahl in Geschichte sehen.

Neben einigen Antworten, die nur relativ offensichtliche Informationen enthielten, wie z. B. *„das war ein Aufstand, der 1968 stattfand"*, gab es auch einige falsche Antworten. Die Befragten verwechselten die Ereignisse im März 1968 mit anderen Ereignissen der Geschichte der Volksrepublik oder sogar der Zweiten Republik. Hier drei Beispiele:

„Das waren wohl irgendwelche Streiks, wohl in der Grube Wujek." – Mädchen, 22 Jahre

[4] Bei den zitierten Aussagen wurde die Originalschreibweise beibehalten.

„Im März 1968 fand der sog. März-Aufstand statt, der in Gdynia stattfand. An ihm waren hauptsächlich Arbeiter beteiligt, sie rebellierten gegen die Machthaber, die Politik und die im Land herrschende Atmosphäre. Es entstand die Solidarność, mit Wałęsa an der Spitze. In dem Jahr verhängte Jaruzelski den Kriegszustand. Dieser Aufstand betraf hauptsächlich große Städte: Warschau, die Dreistadt [Großraum Danzig], auf dem Lande trat er nicht in Erscheinung.“ – Mädchen, 19 Jahre

„März-Verfassung.“ – Mädchen, 21 Jahre

Selbstverständlich fehlte es auch nicht an Antworten, die der Wahrheit näher kamen. Elf Personen gaben in ihrer Antwort nur Informationen zu Studenten, studentischer Rebellion, studentischen Streiken bzw. Manifestationen an, allerdings war das die einzige Information, nicht in ganzen Sätzen aufgeschrieben. Manchmal gaben die Befragten neben der Information auch die Städte an, an der dies stattgefunden hatte. Hier ein paar Beispiele:

„Das war was mit Studenten und mehr weiß ich nicht.“ – Mädchen, 21 Jahre

„Revolte von Studenten.“ – Mädchen, 24 Jahre

„studentische Demonstrationen in Warschau.“ – Mädchen, 23 Jahre

„studentische Demonstrationen in Warschau, Gdańsk, Łódź.“ – Mädchen, 20 Jahre

Sechs Personen gaben in der Antwort die Absetzung des Theaterstücks „Dziady“ an.Genauso viele Personen erwähnten eine politische Krise, die durch die Aktionen der Studenten hervorgerufen wurde. Hier ein paar Beispielantworten:

„Ich weiß nur, dass das eine Krise ist, die durch studentische Demonstrationen eingeleitet wurde.“ – Mädchen, 17 Jahre

„Da begann eine politische Krise, die durch studentische Demonstrationen begonnen wurde. Der Grund war die Zensur des Stücks „Dziady“ und viele andere Ereignisse. – Mädchen, 20 Jahre

„Politische Krise, begonnen durch studentische Demonstrationen, z. B. in Warschau, die von der Miliz niedergeschlagen wurden.“ – Mädchen, 24 Jahre

Zwei Personen nahmen Bezug auf die antisemitische Hetze durch die damaligen Machthaber der Volksrepublik betrieben wurde, obwohl die erste der Antworten gewisse Ungenauigkeiten enthält. Beide Personen gaben nur ihr Alter an, die Äußerungen zitiere ich im Folgenden:

„Im März 1968 kam es zu Massenangriffen und Aussiedlungen von Bevölkerung jüdischer Bevölkerung aus dem Land durch die kommunistischen Machthaber, im gleichen Jahr kam es zu studentischen Massenprotesten an Hochschulen im ganzen Land.“ – 23 Jahre

„Unruhe im Land, hervorgerufen durch einen brutal niedergeschlagenen Streik von Studenten und antisemitische Spielchen der sozialistischen Partei.“ – 23 Jahre

Aus den übrigen Antworten habe ich zwei ausgewählt, die sich auf die Regionalgeschichte beziehen. Die Befragten merkten nachdrücklich an, dass studentische Proteste auch in Opole stattgefunden hätten. Die geringe Zahl von Personen, die sich auf lokale Ereignisse bezieht, kann daraus resultieren, dass Studierende oft aus weit von Opole entfernten Regionen oder auch aus kleinen Ortschaften kommen. Interessanterweise beziehen sich beide Äußerungen auch auf die Sprengung der Aula der WSP an der ulica Oleska, was allerdings keinen direkten Zusammenhang mit dem März 1968 hatte. Warum verbanden die Befragten die Tat der Brüder Kowalczyk mit den März-Ereignissen? Vielleicht resultiert das auch dem relativ kurzen Zeitabstand bzw. aus der Tatsache, dass die Sprengung der Aula der WSP in Opole ein relativ weit bekannter Fakt ist. Die Aktion fand in der Nacht vom 5. auf den 6. Oktober 1971 statt, also einige Jahre nach den März-Ereignissen. Das sollte der Protest der Brüder Kowalczyk dagegen sein, dass in der Aula der WSP Konferenzen der Miliz und der Partei organisiert wurden. Eine solche Konferenz, mit Teilnahme des Ministerpräsidenten und des Innenministers, sollte einen Tag nach der Explosion stattfinden[5]. Unten habe ich beide Antworten, die sich auf Ereignisse in Opole beziehen, vollständig abgedruckt:

„Proteste von Studenten, die im ganzen Land stattfanden, auch in Opole, in Verbindung mit dem Verbot, das Stück „Dziady“ aufzuführen. In die Luft gejagt wurde die Aula im Hauptgebäude der Universität an der ul. Oleska (2 Brüder).“ – Mädchen, 22 Jahre

„Mir scheint, dass das mit Studentenprotesten in ganz Polen verbunden war, es begann in Warschau in Verbindung mit dem Verbot der Behörden, das Stück „Dziady“ von A. Mickiewicz im Theater aufzuführen. Auch in Opole kam es zum Studentenprotest an der Universität, zum späteren Zeitraum hat im Rahmen des Unwillens gegen den Machthabern der Volksrepublik und dagegen, dass in der Aula an der ul. Oleska Auszeichnungen der Miliz verliehen wurden, einer der Studenten jene Aula in die Luft gejagt, damit es nicht zum Treffen kommt … – Mädchen, 22 Jahre

Die letzte Frage im Fragebogen betraf den Kanon von Personen, die nach Ansicht der Befragten mit den März-Ereignissen verbunden sind. Von 122 haben ganze 107 diese Frage nicht beantwortet. Prozentual bedeutet das, dass 87,7% der Studenten überhaupt keine Person assoziieren, die mit dem März 1968 verbunden sind. Eine der Antworten war besonders interessant: „ich erinnere mich nicht, sorry“. Bei den 15 Fragebögen, in den Namen angegeben wurden, waren nicht alle direkt mit dem Thema verbunden. Sieben Perso-

[5] S. S. Nicieja: Alma Mater Opoliensis: ludzie, fakty, wydarzenia. Opole, Wydawnictwo Uniwersytetu Opolskiego, 2005, S. 105, 106

nen nannten jeweils eine Person, fünf Personen jeweils zwei Personen, und drei Personen gaben jeweils drei Personen ab. Tabelle 1 illustriert, wie häufig die jeweilige Person in der letzten Frage des Fragebogens genannt wurde.

Tab. 1: Kanon der mit dem März 1968 assoziierten Personen.

Antwort	Anzahl
Keine Antwort	107
W. Gomułka	6
A. Michnik	3
J. Wiśniewski	3
L. Wałęsa	2
J. Kuroń	2
M. Moczar	2
E. Gierek	1
W. Jaruzelski	1
J. Cyrankiewicz	1
T. Walendowski	1
A. Makatrewicz	1
B. Kapala	1
W. Kruczek	1

Quelle: eigene Forschungen.

Die am häufigsten genannte Person war Władysław Gomułka, was nicht außergewöhnlich erscheint. Als damaliger 1. Sekretär des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei war er eine der wichtigsten Personen in Staat und Partei[6]. Auf Platz zwei fanden sich Jan Wiśniewski und Adam Michnik. Zu betonen ist, dass Janek Wiśniewski ein fiktiver Name ist, der von Krzysztof Dowgiałło für den Text „Die Ballade von Janek Wiśniewski" ausgedacht wurde. Der Verfasser des Liedtextes kannte die Identität des Mannes nicht, der am „schwarzen Donnerstag", den 17. Dezember 1970 getötet wurde und später auf einer Tür durch die Massen der Demonstranten getragen wurde. Der Achtzehnjährige hieß im wahren Leben Zbigniew Godlewski. Er war Schüler und gleichzeitig Arbeiter der Werft „Pariser Kommune" in Gdynia[7]. Ich denke, dass großen Einfluss darauf, dass die Studenten Janek Wiśniewski angegeben haben, der Film „Czarny Czwartek" [Schwarzer Donnerstag] (2011) unter der Regie von Antoni Krauze hatte, und dass die „Ballade von Janek Wiśniewski" von dem sehr beliebten Künstler Kazik Staszewski gesungen wurde.

[6] Jerzy Eisler: Polski rok 1968. Warszawa, Instytut Pamięci Narodowej, 2006, S. 15–20.

[7] Mirosław Piepka / Michał Pruski: Czarny Czwartek. Gdynia '70. Warszawa, Świat Książki, 2011, S. 83–99.

Wenn es um Adam Michnik geht, hat er eine der Schlüsselrollen beim Protest der Studenten im März 1968 gespielt[8]. Er gehörte zur Gruppe der sog. „Rädelsführer", das heißt, zu einer Oppositionsgruppe junger Menschen, die an der Universität Warschau ab Mitte der 1960er Jahre aktiv war[9]. Zusammen mit Henryk Szlajfer wurde er aus der Hochschule geworfen, u. a. dafür, dass einem ausländischen Reporter die Informationen über die brutale Intervention der Miliz vom 30. Januar 1968 berichtet wurde. Ihre Kommilitonen organisierten am 8. März eine Kundgebung, die Symbol der Solidarität mit den repressionierten Studenten sein sollte. Die weitere Entwicklung der Vorfälle rief die Eskalation der März-Krise hervor[10]. Michniks Weltanschauung basierte ähnlich wie Jacek Kuroń und Karol Modzelewski in hohem Maße auf der Ideologie des Trotzkismus[11].

Jeweils zwei Personen gaben Lech Wałęsa, Jacek Kuroń und Mieczysław Moczar als mit dem März 1968 verbunden an. Die Angabe von Lech Wałęsa scheint nicht besonders treffend. Im Jahr 1968 wohnte er in Gdańsk, wo er in der Lenin-Werft als Elektriker im Schiffbau arbeitete. In dieser Zeit gehörte er dem Bund der Sozialistischen Jugend an. Nach Ansicht von Sławomir Cenckiewicz ist nicht ganz klar, wie sich Lech Wałęsa während des März verhalten hat, da er oft widersprüchliche Angaben dazu macht[12]. Nichtsdestotrotz werden allerdings Berichte von Wałęsa über die Ereignisse in Gdańsk oft in der Fachliteratur angeführt. Ich denke, dass Lech Wałęsa im Fragebogen angegeben wurde, resultiert aus seiner späteren politischen Tätigkeit. Der ehemalige Präsident ist weiterhin aktiv in der Öffentlichkeit, auch in sozialen Medien. Wenn es um Mieczysław Moczar und Jacek Kuroń geht, waren beide wichtige Personen bei den März-Ereignissen, es sollte allerdings betont werden, dass sie auf gegenüberliegenden Seiten der Barrikaden standen. Moczar als Führer der Fraktion der „Partisanen" war einer der Initiatoren der antizionistischen Kampagne, und Kuroń war einer der Oppositionsführer in der Volksrepublik Polen.

Die übrigen sieben Personen, die in den Fragebogen genannt wurden, wurden jeweils ein Mal angegeben. Das waren sowohl Protestierende (Walendowski, Makatrewicz, Kapala) als auch Personen des damaligen Establishments (Gierek, Jaruzelski, Cyrankiewicz, Kruczek).

Wenn man die Gesamtergebnisse meiner Untersuchung zusammenfasst, kann man feststellen, dass der März 1968 kein Ereignis ist, das einen besonderen Platz im historischen Bewusstsein der Studenten der Universität

[8] Piotr Osęka, Marzec '68. Kraków, Znak, 2008, S. 143–206.

[9] Jerzy Eisler, op. cit., S. 56–58.

[10] Jerzy Eisler: „Polskie miesiące" czyli kryzys(y) w PRL. Warszawa, Instytut Pamięci Narodowej, 2008, S. 30–32.

[11] Jerzy Eisler, Polski rok 1968. Warszawa, Instytut Pamięci Narodowej, 2006, S. 61–63.

[12] Sławomir Cenckiewicz: Wałęsa. Człowiek z teczki. Poznań, Zysk i S-ka, 2013, S. 65–66.

Opole einnimmt. Die ganze Zahl der Fragebögen, die keine konkreten Antworten enthielten, zeugt von Unwissen. Unwissen bedeutet, dass es den Studenten schwerfällt, auf diese Ereignisse in irgendeiner Weise Stellung zu nehmen. Ich möchte hier anmerken, dass ein solcher Stand der Dinge nicht nur von der Bildung in der Schule abhängt (die als Ursache des Unwissens von den Befragten selbst angegeben wurde), aber auch von den Medien. Man kann den Studierenden ihren Wissensstand nicht übel nehmen, wenn der Lehrer in der Oberschule nicht genügend Zeit hatte, um das Thema zu besprechen, und das Thema in Fernsehen, Radio und Presse oft an den Rand gedrängt wurde. Im Internet kann man viele Informationen zum März 1968 finden (es wurde sogar sechs Mal als Wissensquelle von den Befragten angegeben), jedoch sind das nicht immer wahre Informationen. Das alles wird noch von der veränderlichen Geschichtspolitik beeinflusst, die davon abhängig ist, wer aktuell an der Macht ist. Darüber hinaus wird die neueste Geschichte oft in einer Weise dargestellt, der dem aktuellen politischen Kampf dient. Ich meine, dass alle diese Faktoren großen Einfluss auf das historische Bewusstsein haben, nicht nur in Bezug auf den März 1968, sondern in erheblich breiterem Umfang.

Gabriela Cingelová

Das Jahr 1968 in der tschechoslowakischen Universitätsstadt Olomouc

Einführung

„Alle waren fest davon überzeugt, dass sich der demokratische Sozialismus durchsetzt und erfolgreich funktionieren wird. Und zugleich, dass er sich als gutes Vorbild auch für andere sozialistische Staate zeigt.“ (Dozent Z. Novotný, damals Student an der Palacký Universität in Olomouc im Rückblick)

Der Prager Frühling, die Diskussionen um einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ und der Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes am 21. August 1968 werden in der öffentlichen Wahrnehmung meist mit den Ereignissen in Prag, vereinzelt noch in Bratislava verbunden. Dies hängt damit zusammen, dass Zeitungsberichte, Fotos und Fernsehsendungen in erster Linie in den Hauptstädten entstanden sind. In diesem Beitrag soll der Blick auf die Peripherie gelenkt werden, auf Olomouc, eine mittelgroße Universitätsstadt in Mähren. An ihrem Beispiel soll der Frage nachgegangen werden, welche Auswirkungen die Ereignisse des Jahres 1968 auf die tschechoslowakische Gesellschaft hatten. Wie tief waren die Reformprozesse in der tschechoslowakischen Gesellschaft verankert? Welche Rolle spielten dabei die Universitäten, konkret die Palacký Universität in Olomouc? Welche Folgen hatte der Einmarsch des Militärs des Warschauer Paktes am 21. August 1968 für das Leben in der Stadt?

Olomouc ist dafür ein geeignetes Untersuchungsfeld, denn die Studierenden und Lehrenden der Universität hatten sich an den Protestbewegungen und Reformbestrebungen beteiligt. Lehrende und Studierende waren wichtige Träger des Prager Frühlings, die sich im Unterschied zu den westlichen Protestbewegungen 1968 nicht als gegensätzliche Gruppen verstanden. Zwar war die tschechoslowakische Protestbewegung breiter in der Bevölkerung verankert als in Deutschland, einzelne studentische Aktionen wirkten aber als Katalysatoren für die darauffolgende Dynamisierung der Reformbestrebungen. Somit waren die Studierenden eine wichtige Akteursgruppe der Protestbewegung.[1]

[1] Das gilt bspw. für die mit Gewalt aufgelöste Studentendemonstration gegen die Stromausfälle in Prager Studentenwohnheimen in Strahov am 31. 10. 1967. M. Hau-

Die Stadt Olomouc ist in Bezug auf den 21. August 1968 auch deshalb interessant, weil dort nach dem Einmarsch eine mehr als tausendköpfige sowjetische Garnison einquartiert wurde, die für ganz Mähren zuständig war. Die Kommandatur der sowjetischen Truppen befand sich im Gebäude des Bezirksamtes, in dem heute die Pädagogische Fakultät der Palacký Universität untergebracht ist. Die konzentrierte Anwesenheit der sowjetischen Soldaten beeinflusste das Erscheinungsbild und die Atmosphäre der Stadt. Auf den Straßen traf man sowjetische Soldaten und deren Familienmitglieder, in der Stadt befanden sich Geschäfte mit Lebensmitteln aus der Sowjetunion, im Stadtteil Olomouc-Nový Svět wuchs eine große Siedlung mit russischsprechenden Bewohnern. Hier kann die längerfristigen Auswirkungen des Einmarschs der Truppen des Warschauer Paktes auf das Leben in der Stadt erkennen.

Forschungslage

Die Ereignisse und Auswirkungen des Jahres 1968 in der Tschechoslowakei werden in einer großen Anzahl wissenschaftlicher Publikationen aufgearbeitet, die auf der Basis von Archivmaterialien, persönlichen Erfahrungen und Gesprächen mit den Zeitzeugen erstellt wurden. Es handelt sich u. a. um die Publikationen von M. Bárta *Československo roku 1968* (1990),[2] A. Dubček, *Naděje umírá poslední* (1993),[3] M. Mlynář *Mráz přichází z Kremlu* (1990),[4] P. Pithart *Osmašedesátý* (1990),[5] J. Pauer, *Praha 1968. Vpád Varšanské smlouvy.* (2004)[6] oder J. Vančura *Pražské jaro 1968. Naděje a zklamání* (1990)[7]. Mit der Erforschung der regionalen Ereignisse und Auswirkungen des Jahres 1968 in der Region beschäftigen sich nur wenige Autoren. Einzelne Artikel mit regionalem Bezug finden sich in allgemein ausgerichteten Sammelbänden zu 1968. Zu erwähnen ist der Tagungsband einer Konferenz, die im Jahre 2008

ner (2010, S. 74) vertritt die Position, dass auch andere gesellschaftliche Gruppen durch eine solche nicht geplante Aktion in den Straßen Impulse hätten geben können. Dies widerspricht aber nicht der tragenden Rolle der Studierenden, die durchgängig bis zum Protest durch Selbstverbrennung den Studenten Jan Palach und Jan Zajíc beteiligt waren. Vgl. Hauner, M.: Chceme světlo … více světla. Bývalý Student po čtyřiceti letech vzpomíná na Pražské jaro 1968. In Z. Beneš (Hrsg.) *Dvojí rok 1968? Zlomové roky 1968 a 1989 v českých a německých učebnicích dějepisu*. Z. Beneš (Hrsg.), Praha: Casablanca, 2010. S. 74–85.

[2] M. Bárta: *Československo roku 1968*. Praha 1990.

[3] A. Dubček: *Naděje umírá poslední*. Praha 1993.

[4] M. Mlynář: *Mráz přichází z Kremlu*. Praha 1990.

[5] P. Pithart: *Osmašedesátý*. Praha 1990.

[6] J. Pauer: *Praha 1968. Vpád Varšanské smlouvy*. Praha 2004.

[7] J. Vančura: *Pražské jaro 1968. Naděje a zklamání*. Praha 1990.

vom Institut für Gesellschaftswissenschaften der Palacký Universität Olomouc ausgerichtet wurde: P. Krákora (Hrsg.) *Pražské jaro 1968. Pokus o obnovu občanské společnosti.* (2008)[8]. Daneben finden sich Aufsätze mit regionalem Bezug auch in den Sammelbänden des Bezirksarchivs *Slezský sborník* (1998)[9] und *Střední Morava* (1998)[10]. Im Jahr 2015 erschien dann ein speziell auf Olomouc ausgerichteter Sammelband *Olomouc. V roce 1968* (2015), der von M. Čermák herausgegeben wurde und viele bis dahin unveröffentlichte Fotos enthält.[11] Mit der Rolle der Palacký Universität und dem Stand des Schulwesens während der Zeit der Normalisierung beschäftigen sich P. Urbášek in seinem Buch *Vysokoškolští učitelé a vysokoškolské prostředí v letech tzv. normalizace.* (2009)[12] sowie Urbášek, P. Pulec, J. *Kapitoly z dějin univerzitního školství na Moravě v letech 1945–1990.* (2003)[13].

Zeitzeug/innen

Einen wichtigen Teil dieses Beitrags bilden die Aussagen von zwei männlichen und einer weiblichen Zeitzeugin. Alle drei sind eng mit der Stadt und der Universität verbunden. Die Zeitzeugin Mgr. Jenny Nováková Poláková, Ph.D. war damals Studentin und beendete 1968 ihr Studium (Tschechisch und Deutsch) an der Philosophischen Fakultät. Sie betrachtete die Ereignisse damals aus dem Blickwinkel einer jungen Frau, die kritisch das kommunistische Regime verfolgte und auf eine bessere Zukunft hoffte. Dazu gehörten z. B. Reisen und beruflicher Erfolg, ohne dafür Mitglied der KPČ werden zu müssen. Nach ihrem Studium unterrichtete sie bis 1989 Deutsch an der Sprachenschule in Olomouc. Weil sie kein Mitglied der KPČ war, durfte sie nicht in die westlichen Länder reisen und konnte keine führende Position in der Sprachenschule erreichen. Erst nach 1989 war sie an der Palacký Universität im Fachbereich Germanistik an der Pädagogischen Fakultät tätig.

Die beiden männlichen Zeitzeugen waren ein Student und ein Lehrender der Palacký Universität. Professor František Mezihorák wirkte 1968 an der Philosophischen Fakultät als Oberassistent und engagierte sich aktiv im öffentlichen Bereich. Dozent Zdenek Novotný, CSc studierte damals Philosophie und Englisch. Mezihorák und Novotný wurden zu Opfern der Norma-

[8] P. Krákora (Hrsg.): *Pražské jaro 1968. Pokus o obnovu občanské společnosti.* Praha 2008.

[9] Slezský sborník (1998), roč. 96, č. 1 (1998), Ostrava 1998.

[10] Střední Morava (1998), roč. 4, č. 7 (1998), Olomouc 1998

[11] M. Čermák (Hrsg.): *Olomouc v roce 1968.* Olomouc 2015.

[12] P. Urbášek: *Vysokoškolští učitelé a vysokoškolské prostředí v letech tzv. normalizace.* Praha, 2009; Urbášek, P. Vysoké školy a Pražské jaro. In Krákora (Hrsg.), P. *Pražské jaro 1968. Pokus o obnovu občanské společnosti.* Praha 2008, S. 233–259.

[13] Urbášek, P. Pulec, J. *Kapitoly z dějin univerzitního školství na Moravě v letech 1945–1990.* Olomouc 2003.

lisierung, denn beide wurden während und nach 1968 von der Geheimen Staatspolizei verfolgt. Mezihorák musste an den Mittelschulen in Olomouc unterrichten, Novotný arbeitete als Schulinspektor. Sowohl Mezihorák und als auch Novotný durften erst nach 1989 wieder an der Universität Olomouc wirken.

Der Prager Frühling in Olomouc

Der Prager Frühling 1968 bedeutete nicht nur den personalen Wechsel auf dem Posten des Generalsekretärs des Zentralkomitees der KPČ von Antonin Novotný zu Alexander Dubček. Typisch für diesen Zeitabschnitt ist auch das Anwachsen der gesellschaftlichen und politischen Aktivitäten eines beträchtlichen Teils der tschechoslowakischen Gesellschaft: Es wurden auch in Olomouc verschiedene Vereine sowie Jugend- und Bürgerorganisationen gegründet, z. B. der Klub engagierten Parteiloser. Seit April 1968 formierte sich die „Unie středoškoláků a učňů", die Mittelschüler und Lehrlinge organisierte und sich um die Gleichstellung des Abiturs an den Mittelschulen mit dem Abitur an Gymnasien bemühte.

Die tschechoslowakischen Bürger begannen sich mehr für Politik und das öffentliche Leben zu interessieren und viele traten aus ihrer politischen Zurückhaltung heraus. Von Januar bis August 1968 wuchs die demokratische Diskussion in der Gesellschaft. Die Diskussion betraf auch die Bereiche der Freiheit im Film, in der Literatur, in der Kunst und in den Gesellschaftswissenschaften. Es wurden Bücher und Artikel herausgegeben, die ihren Lesern auch westliche Ansichten und Ideen vermittelten. Es handelte sich z. B. um Veröffentlichungen in der Philosophie, Soziologie und um die sich neu entwickelnde Politikwissenschaft. P. Zima ist der Meinung, dass gerade diese Aktivitäten im Bereich Journalistik, Literatur, Kunst und Gesellschaftswissenschaften zu einem beträchtlichen Teil dazu beitrugen, dass die Bürger aktiver, selbständiger und freier handelten als in der Vergangenheit.[14] Gerade dieses Verhalten trug zu der langsamen Erneuerung der Bürgergesellschaft bei. Die Menschen wollten nicht mehr, dass eine Institution, eine Partei oder die Beamten über alles entscheiden konnten. Für Olomouc spezifisch waren Theatervorstellungen im Oldřich Stibor Theater (heute Mährisches Theater), die mit ihrer Stückeauswahl die freie Meinungsäußerung unterstützen wollten. Damals wurden Stücke gezeigt wie z. B. *Taková láska* von P. Kohout oder Kunderas *Majitelé klíčů*. In Olomouc wirkten auch kleine alternative, populäre Theatergruppen wie SKUMAFKA (SKUpina MAlých Forem KAbaretu) oder

[14] P. Zima: Rok 1968 jako pokus o obnovu občanské společnosti. In: P. Krákora (Hrsg.), *Pražské jaro 1968. Pokus o obnovu občanské společnosti.* Praha: Epocha, 2008, S. 233–259. Hier insbesondere S. 234.

die kleine Studentenbühne ZÁPALKA. Letztere orientierte sich vor allem auf die Werke von Jevtušenko und Vozněsenský, Satire und Hetz.[15]

Eine bedeutende gesellschaftlich-politische Rolle spielte auch das im Jahre 1966 gegründete Periodikum „Václavkova Olomouc". In diesem publizierten bekannte Persönlichkeiten, die dem Publikum u. a. „vergessene" Avandgardeautoren wie K. Teige, Z. Kalandra vorstellten. Beim Engagement der Bürgergesellschaft für Reformen spielten zwei generationelle Besonderheiten eine große Rolle. Zum einen wollte die junge Generation der Zwanzigjährigen in einer neuen Gesellschaft leben. Die damalige Studentin Jenny Poláková, die 1968 ihr Studium an der Philosophischen Fakultät in Olomouc abgeschlossen hatte, bemerkt dazu: *„Wir waren in diesen Monaten (des Jahres 1968) voller Hoffnung, dass wir eine große Chance haben in einer besseren demokratischen Gesellschaft leben zu können. Wenn ich mich an unsere Hochschullehrer erinnere, sie waren in Zeit vor unserer Beendigung des Studiums fabelhaft. Sie haben offen mit uns gesprochen, haben uns über passende Literatur informiert … Und vor allem mussten wir nicht mehr die Staatsprüfung in Marxismus-Leninismus absolvieren, was für uns eine Erleichterung war. Es war wirklich ein schöner Abschluss unseres Studiums."*

Zum Anderen wünschte die ältere Generation, die sich noch gut an die demokratische Atmosphäre der Ersten Tschechoslowakischen Republik (1918–1938) erinnerte, an diese Tradition anzuknüpfen. Mezihorák bemerkte dazu: *„Ich sah, dass die Gelegenheit gekommen ist, alle Deformationen der vorigen Jahre zu korrigieren, als Chance für den Sozialismus mit menschlichem Antlitz."* Die ältere Generation nahmen also den Versuch zur Erneuerung des Pluralismus in der tschechoslowakischen Gesellschaft als eine Gelegenheit zur Rückkehr zu demokratischen Werten wahr.

Durch das geöffnete gesellschaftliche Klima und die Aufbruchstimmung wurden nun Themen diskutiert, die zuvor nicht einmal angesprochen werden konnten. Es handelte sich um die Problematik der Menschen- und Verfassungsrechte sowie um die Beseitigung der Zensur. Die Beseitigung der Zensur beschäftigte nicht nur Journalisten und Schriftsteller, sondern auch die weitere Öffentlichkeit. Alle waren sich dessen bewusst, dass sie bislang keine Möglichkeit hatten, darüber zu entscheiden, was in einem Text „richtig" oder „nicht richtig" sei. Darüber entschied ein Zensor. Für die Beseitigung der Zensur sprachen sich auch diejenigen aus, die ihre Gedanken gegen die bisherige Theorie und Praxis des Sozialismus in den Zeitungen veröffentlichen wollten.

Es ging aber nicht nur um die Zensur in den Zeitungen und Zeitschriften. Ein weiteres Thema war die Praxis in den öffentlichen Bibliotheken. Es wurde von den von der Partei gesetzten Zensoren entschieden, welche Bücher und Zeitschriften zum Ausleihen bestimmt waren und welche Exem-

[15] M. Čermák, M. (Hrsg.): *Olomouc v roce 1968*. Olomouc 2015, S. 8–9.

plare unausleihbar in sog. „Sonderbeständen" verblieben. Deren Praxis richtete sich nach der aktuellen politischen Situation. So wurden nach der Unterzeichnung eines Normalisierungsvertrages mit Jugoslawien die kritisch gegen dieses Land gerichtete Literatur aus den Bibliotheken beseitigt. Ähnlich erging es weiteren Autoren und Büchern.[16] Die Zensur beeinflusste auch die wissenschaftliche Arbeit, die z. B. einseitig prosowjetisch orientiert sein sollte. Viele Angestellte der Bibliotheken bemühten sich gegen diese Zensur zu engagieren. Auch die Demokratie wurde zu einem gesellschaftlichen Thema. Einerseits wurde zu der damaligen Zeit die Demokratie als ein Prozess verstanden, andererseits machten die Intellektuellen (die vor allem im Bereich der Gesellschaftswissenschaften wirkten) auf die Frage der Grenzen der Demokratie und auf den Zusammenhang von Demokratie und Toleranz und Verantwortung aufmerksam. In der wissenschaftlichen Öffentlichkeit wurden Themen diskutiert wie die Kontrolle der Regierung durch das Volk, was vor 1968 völlig undenkbar war. Das war das erste Mal seit der Verankerung der führenden Rolle der KPČ in der tschechoslowakischen Gesellschaft in Artikel 4 in der Verfassung, dass trotz möglicher Bestrafung Kritik an der Partei und am System geübt wurde.

Einen weiteren Schwerpunkt der Diskussion bildete die Problematik der Menschenrechte in der Tschechoslowakei. Konkret machte sich die Diskussion an der Frage nach freiem Zutritt zu Informationen fest. Viele seriöse, journalistisch hochwertige Zeitschriften durften nicht mehr herausgegeben werden. Das betraf z. B. die Zeitschrift *„Host do domu"*, die Literatur, Kultur, Kunst kritisch begleitete.[17] Viele Zeitschriften mussten ihren Inhalt nach den offiziellen ideologischen Vorstellungen und Wünschen der KPČ ausrichten.[18] Gleichzeitig war die Isolierung von Informationen aus den „westlichen Ländern" in der Tschechoslowakei, Polen und Ungarn nicht so intensiv wie in der ehemaligen Sowjetunion.[19]

Von der Zensur betroffen waren aber nicht nur die tschechoslowakische Journalistik und Belletristik. Aus den Kinos und Fernsehen verschwanden

---

[16] Während der Zeit der Normalisierung (1969–1989) wurden die „Sonderbestände" erneuert. Auf die Liste der verbotenen Autoren gerieten auch diejenigen, die sich am Prager Frühling beteiligt hatten und jene, die dem Einmarsch der Warschauer Truppen in die Tschechoslowakei nicht zustimmten. Es betraf nicht nur die Autoren von Poesie und Belletristik, sondern auch die Autoren der philosophischen, historischen, politikwissenschaftlichen und juristischen Publikationen.

[17] An die Tradition dieser Zeitschrift knüpfte nach dem Regimewechsel Anfang der 90er Jahre die Zeitschrift „Host" an.

[18] Näheres bei Z. Beneš: Bod zlomu – léta 1968–70, generační zážitek a historická paměť. In Z. Beneš (Hrsg.) *Dvojí rok 1968? Zlomové roky 1968 a 1989 v českých a německých učebnicích dějepisu.* Praha 2010. S. 86–100, hier S. 86–97.

[19] Zima P. Rok 1968 jako pokus o obnovu občanské společnosti. In: In Krákora (Hrsg.), *Pražské jaro 1968. Pokus o obnovu občanské společnosti.* Praha 2008, S. 233–259.

Filme wie *Skřivánci na niti* (Larks on a String, Regie Jiří Menzel, 1969)[20], *Všichni dobří rodáci* (All My Compatriots, Regie: Vojtěch Jasný, 1968)[21], die zu den interessantesten Produkten der tschechoslowakischen Filmproduktion gehörten und gehören. Bei letztgenannten Film wurde die Zensur durch Videokassetten umgangen, die unter den Menschen geheim herumgegeben wurden.

Der 21. August in Olomouc

Den Sturz des Präsidenten Antonín Novotný (im Amt 1957–1968) empfand die Mehrheit der Bevölkerung erleichternd.[22] Seine wiederholten Beschuldigungen der Bevölkerung für den Misserfolg beim Aufbau des Sozialismus, an der politischen Krise und der desolaten Wirtschaftslage verantwortlich zu sein, hatten auch die konservativsten Bürokraten in politischen oder wirtschaftlichen Funktionen von der Notwendigkeit der personellen Veränderung überzeugt. Auch seine Zurückhaltung bei der Aufarbeitung der Entstalinisierung in der Tschechoslowakei trug zu dieser Einschätzung bei.

Die Frühlingsmonate des Jahres 1968 waren reich an der Entstehung neuer Jugendorganisationen wie z. B. Junák, Svaz vesnické změdělské mládeže, Svaz vojenské mládeže[23]. Im April kam es zur Versammlung der aktiven Teilnehmer des ersten und zweiten Widerstands (der Widerstand der Tschechen und Slowaken während des ersten Weltkriegs und nach 1939), deren Ziel die Rehabilitierung der aus politischen Gründen verurteilten Teilnehmer beider Gruppen des Widerstands war. Seit April bis zum 21. August arbeitete auch der Klub 231. Er bemühte sich den Opfern dieses Paragraphs (§ 231 Feinde des tschechoslowakischen Volkes – das Gesetz für den Schutz der Tschechoslowakischen Volksdemokratischen Republik § 231/1948 der Versammlung) und ihren Familienangehörigen zu helfen.

Im Januar 1968 entschied das Plenum des Olomoucer Kreisausschusses[24], dass auf Grund der Stellungnahme des Zentralkomitees der KPČ in Prag dem neuen Sekretär Alexander Dubček ein unterstützender Brief geschickt werden sollte. In Olomouc war zu dieser Zeit an der Spitze des

[20] Dieser Film beschreibt die brutale Realität der düsteren 50er Jahren, die der tschechoslowakischen Öffentlichkeit verborgen bleiben sollte.

[21] Der Film beschreibt realistisch die politisch-gesellschaftliche Lage und Atmosphäre im Jahre 1945 und die Umstände der „Kollektivierung" in der Landwirtschaft.

[22] Siehe näher Čermák, M. Gímeš E. Olomoucké jaro a KSČ. In: Čermák, M. (Hrsg.): *Olomouc v roce 1968*. Olomouc 2015, S. 4–11.

[23] Verband der landwirtschaftlichen Jugend, Verband der Jugend, der für Militär erzogen wurde.

[24] Es handelte sich um den Kreisausschuss der KPČ in Olomouc.

Kreissauschusses Miroslav Čapka[25] (später während der Zeit der „Normalisierung" ein Vorsitzender der Kontrollkommission des Zentralkomitees der KPČ), der im Februar 1968 das Plenum des Kreisausschusses in Olomouc darüber informierte, dass es sich um keine bedeutende politische Veränderung handele. Čapka repräsentierte die Gruppe der Parteibürokraten. Sie waren der Meinung, dass die demokratischen Veränderungen in der Partei und Gesellschaft ihre Grenze haben sollten. Die Partei sollte entscheiden, was kritisiert werden darf und was nicht. Eine Kritik der Einzelheiten sollte möglich sein, aber keine Kritik des ganzen Systems. Die Reformen sollten sich also im sozialistischen System abspielen, dieses aber nicht grundsätzlich verändern. Die Mehrheit des politischen Aktivs der KPČ empfing die Veränderungen ohne große Erwartungen. Nur an der Palacký-Universität (z. B. Dekan der Philosophischen Fakultät Jiří Daňhelka), in einigen Schulen oder intellektuellen Kreisen waren erste kritische Stimmen gegen das Regime zu hören. An allen Fakultäten kam es bei den KPČ Versammlungen zu einer schärferen Kritik der Führung der KPČ, einschließlich der Führung des Kreisausschusses der Olomoucer KPČ.[26]

Eine bedeutende Profilierung der Reformkräfte und ihre massenhafte Unterstützung von Seiten der Bevölkerung setzte sich im Olomoucer Kreis erst in den Frühlingmonaten des Jahres 1968 durch. Die Lokalhistoriker M. Tichák und E. Gímeš sind der Meinung, dass die konservative Kreisführung auch nach 1989 nicht fähig war (oder einfach nicht wollte), die Tiefe der stalinistischen Brutalität und die Deformation des sozialistischen Regimes zu begreifen.[27] Die konservativen Kräfte in der Führung der Kreisorganisation in Olomouc hielten die Macht in ihren Händen fest. Im Sommer war endlich die demokratische Atmosphäre auch unter den Mitgliedern der KPČ in der Region zu spüren. Das Ende aller demokratischen Hoffnungen machte jedoch die Nacht vom 20. zum 21. August zunichte. Die damalige Studentin Jenny Nováková Poláková erinnert sich an diese Ereignisse folgendermaßen. *„Ich war damals die ganzen Ferien als Leiterin in einem Pionierlager in der DDR unweit von Bautzen. Meine Kolleginnen haben mich damals informiert, dass unser Staat von sowjetischen Truppen besetzt wurde. Ich hatte Angst, wusste nichts von meiner Familie. Trotzdem bin ich noch in diesem Pionierlagen geblieben, denn in ein paar Tagen ging mein Aufenthalt sowieso zu Ende. Nach Hause sind wir mit meinem Kollegen Mirek aus Nový Bor gefahren. Zu der deutsch-tschechoslowakischen Grenze hat uns der Leiter der Glasfabrik (sie hat den Pionierlagen organisiert) mit dem Auto gefahren. Nach der Grenzkontrolle sind wir zum nahen Bahnhof gegangen. Nach Nový Bor sind wir aber schließlich mit einem Lastwagen gefahren. Die*

[25] Geb. 13. 6. 1926, verst. 27. 11. 1983.

[26] Tichák, M., Gímeš, E. „Olomoucké jaro" 1968 a KSČ. In M. Čermák (Hrsg.): *Olomouc v roce 1968*. Olomouc 2015. S. 12–30, hier besonders 12–14.

[27] Ebenda S. 16.

Eltern von Mirek haben uns informiert, was los ist. Am nächsten Tag bin ich mit dem Zug nach Olomouc gefahren. Ich musste mehrmals umsteigen. Das erste, was ich in der Stadt gesehen habe, waren die bewaffneten sowjetischen Soldaten auf der Hauptstraße. Es war für mich ein richtiger Schock!"

Der damalige Student Novotný bemerkt dazu: „*Ich war damals zu Besuch in England bei meiner Cousine. Mir würde nie einfallen, dass die Russen unserem Volk so etwas tun könnten.*"

Der damalige Hochschulassistent Mezihorák: „*Den Einmarsch der sowjetischen Soldaten habe ich in der Nacht bemerkt – vor allem das ungewöhnliche Dröhnen. Statt ins Wochenendhaus zu fahren, bin ich an die Fakultät gelaufen und wollte mit meinen Kollegen besprechen, was wir weiter unternehmen sollten.*"

Die Reaktion auf den 21. August in Olomouc

Dank der erhaltenen Archivmaterialien, Artikel aus der regionalen Zeitung *Stráž lidu* und den Zeitzeugen bekommen wir das Bild der Atmosphäre in der Stadt ziemlich detailliert. Außerdem gibt M. Čermák (2015) in seinem Buch *Olomouc v roce 1968* einen sehr detaillierten Einblick in die Geschehnisse in Olomouc, so dass der Leser beinahe jede einzelne Stunde der nächsten sieben Tage nachvollziehen kann.

In den Tagen unmittelbar nach dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes spielte der Rundfunk eine sehr wichtige Rolle, denn der Rundfunk diente als Informationskanal für die Olomoucer Öffentlichkeit. Gegen Mittag, als der zentrale Prager Rundfunk von sowjetischen Soldaten besetzt wurde, wurde in Olomouc die Möglichkeit der Sendung mittels des sog. Drahtrundfunks genutzt.[28] Es wurde u. a. über die Bewegung der sowjetischen Truppen in der Umgebung der Stadt informiert und die Bewohner der Stadt wurden zur Ruhe auf den Straßen und vor den Geschäften aufgefordert, wo sich schnell lange Schlangen gebildet hatten. Knapp nach 8.00 Uhr wurden die ersten Beschlüsse aus den Fabriken von Olomouc vorgelesen, die sich gegen die Okkupation richteten. Junge Leute demonstrierten auf dem Hauptplatz und beschmierten die Verkehrszeichen mit weißer Farbe um den sowjetischen Soldaten die Orientierung zu erschweren. Leute bemalten Häuserwände mit antisowjetische Aufschriften, verteilten erste Flugblätter und malten Transparente.[29] In die Stadt kamen auch

[28] Der Rundfunk konnte nur eine Station senden. Das Gerät bildete nur ein Reproduktor mit einem Transformator und hatte nur einen „Knopf" um die Lautstärke zu regulieren. Nach dem Einmarsch der Warschauer Truppen in die Tschechoslowakei war dieses Gerät eine einzige Möglichkeit um die Informationen der Öffentlichkeit zu vermitteln. Auf dem Gebiet der ČSSR funktionierte der Drahtrundfunk zwischen 1953–1999. https://cs.wikipedia.org/wiki/Rozhlas_po_dr%C3%A1t%C4%9B, aufgerufen 31. 10. 2018.

[29] Für Fotos siehe M. Čermák (Hrsg.): *Olomouc v roce 1968*. Olomouc 2015, S. 61–123.

polnische Panzer mit polnischen Soldaten, die jedoch nach zahlreichen Gesprächen mit aufgeregten Bürgern wieder an den Stadtrand zurückkehrten. Sie blieben auf den Wegen aus der Stadt heraus stehen (Topolany, Křelov, Nové Sady, Hněvotín), wo sie auch in den nächsten Tagen zu finden waren. Nach Aussagen von Augenzeugen setzten sich die jungen Leute aus der Stadt vor die polnischen Panzer und diskutierten mit den Soldaten. Diese sollten angeblich versprechen nicht ohne direkten Befehl in die Stadt hineinzufahren.

Die Bürger wurden dazu aufgefordert keine Schlangen vor den Lebensmittelgeschäften zu bilden und die Lebensmittel aufzukaufen, denn die Geschäfte seien gut versorgt.[30] Die Eisenbahnverbindung wurde unterbrochen. Es fuhren an diesem Tag keine Züge aus Prag und aus Ostrava nach Olomouc.

In den nächsten Tagen berichtete der Olomoucer Rundfunk darüber, dass sich die Stadtbewohner bemühten nach dem ersten Schock Ruhe zu bewahren. Das alltägliche „Funktionieren" des Lebens in der Stadt wurde gesichert, z. B. die Versorgung von Lebensmitteln, die Straßenreinigung, die Öffnung einiges Kaffees und Restaurants. Die Eisenbahnverbindung mit anderen Städten wurde wieder aufgenommen. Die Zugverbindung mit Brno jedoch nicht, denn der Bahnhof wurde von sowjetischen Soldaten besetzt.

Die Bewohner unterschrieben Petitionen gegen die Okkupation. Eine Möglichkeit, die Petition zu unterschreiben, gab es vor dem Heimatmuseum. In den Rundfunk kamen zahlreiche Resolutionen aus zahlreichen Fabriken und Institutionen in der Stadt. Das Studio wurde aber am 22. August gegen 18.00 besetzt und die Sendung beendet. An verschieden Stellen in Olomouc wurden danach geheime provisorische Rundfunkstationen errichtet.

Zwischen Offizieren der sowjetischen Armee und Vertretern der Olomoucer KPČ verliefen Verhandlungen. Die sowjetische Armee besetzte alle Brücken, die Post, den Hauptbahnhof, die Bank usw. Die Bevölkerung wurde in Rundfunksendungen aufgefordert keine Demonstrationen zu organisieren, damit diese nicht von den Soldaten als Vorwand zum Eingriff genutzt würden. Gespräche mit Soldaten wurden nicht empfohlen, denn es könnte als „Danksagung für die Befreiung von der Kontrarevolution" von der sowjetischen Presse interpretiert werden.[31] Die Bewohner der Stadt wurden aufgefordert nicht um die sowjetischen Panzern herum zu stehen, denn die die Soldaten könnten es für eine Provokation halten. Die Atmosphäre in der Stadt war gespannt, wozu auch die Erklärung des Ausgehverbots nach 22 Uhr beitrug.

---

[30] Sonderblatt *Stráž lidu*, 21. 8. 1968.

[31] Es wurden Fotos von mit sowjetischen Soldaten diskutierenden Tschechoslowaken in der Zeitung Pravda veröffentlicht, die als freundliche Gespräche interpretiert wurden.

Am 24. August wurde in der Zeitung *Hlas lidu* veröffentlicht, dass Olomouc aus Protest gegen die Okkupation „eine tote Stadt" sein sollte. Was bedeutete das? Die Bewohner sollten von der Arbeit aus direkt nach Hause gehen, die Eltern sollten ihre Kinder nicht frei auf den Straßen spielen und laufen lassen. Die Bevölkerung sollte keine Gespräche mit den Soldaten führen, so tun, als ob sie kein russisch verstünden und keine Angst zeigen. Das Ziel war, den fremden Soldaten zu verdeutlichen, dass ihnen die tschechoslowakischen Bürger nicht helfen würden und dass sie keine willkommenen Gäste sind[32]. Das Benehmen der Soldaten in Olomouc wird von den Augenzeugen als eine Mischung aus Angst und Erstaunen beschrieben. Die Soldaten zeigten eine gewisse Unsicherheit in einem fremden Land einzugreifen, wo sie keine offene Kontrarevolution feststellen konnten.

Am 26. August kam es zu einem „lustigen" Ereignis, das vom Rundfunk mit einem ironischen Ton kommentiert wurde. Propagandistische sowjetische Flugblätter wurden aus den Hubschraubern auf die Stadt geworfen. Diese enthielten einen Artikel aus der sowjetischen Zeitung *Pravda* vom 22. August mit dem Titel *„Die Verteidigung des Sozialismus – die höchste internationale Pflicht"*. Die Mehrheit fiel jedoch in die Parks!

Wie M. Čermák bemerkte, zeigten die Menschen damals ein hohes Engagement für die materielle Unterstützung der Republik, was sich nie wieder wiederholte – auch nicht im Jahre 1989.[33] Es wurde ein spezieller Fond errichtet. Ferner wurden z. B. Goldsammlungen mit dem Namen „Goldschatz" durchgeführt. In Olomouc wurden bspw. 2 kg Gold gesammelt. Geldsammlungen wurden organisiert, Erträge aus kulturellen Veranstaltungen flossen in den Fond. In den Fabriken wurde am Samstagen und Sonntagen kostenlos zugunsten der Republik gearbeitet.

M. Čermák ist der Meinung, dass die Ideen der Reformer teilweise auch bei den Kommunisten im Bezirk Olomouc einsickerten. Jedoch respektierten die alten kommunistischen Dogmatiker keine Aufweichungen der sowjetisch orientierten Parteilinie, wurden eine Partei in der Partei, hatten eigene Kommunikationskanäle, arbeiteten mit den Okkupanten zusammen, führten ihre Befehle aus und verfolgten ihre politische Linie. Gleichwohl setzten sich am 29. September 1968 auf einer außerordentlichen Bezirkskonferenz der KPČ bei der Wahl in die Parteiorgane reformistisch denkende Kandidaten durch. Dies zeigt, dass die Reformen des Prager Frühlings auch auf der Parteiebene in Olomouc Unterstützung fanden. Der intensive Druck der Stalinisten außer und in der KPČ führte dazu, dass der Reformflügel auf seine Positionen im April 1969 verzichten musste.

---

[32] Das Benehmen der Soldaten in Olomouc wird von den Augenzeugen als eine Mischung aus Angst und Erstaunen beschrieben. Sie zeigte eine Unsicherheit in einem fremden Land einzugreifen, wo sie keine offene Kontrarevolution feststellen konnten.

[33] M. Čermák (Hrsg.): *Olomouc v roce 1968*. Olomouc 2015, S. 124–138.

Die Zeit der Normalisierung – das Ende des Weges Richtung Demokratie

In den zwanzig Jahre der „Normalisierung" bis 1989 wurden fast alle Reformen des Prager Frühling rückgängig gemacht. Die gesellschaftliche Atmosphäre wurde wieder repressiv. Die Hauptaufgabe der orthodoxen Kommunisten war die Erneuerung der Einheit der KPČ auf der Grundlage von Marxismus-Leninismus und vor allem die Sicherung der leitenden Führung der KPČ im Staat und in allen gesellschaftlichen Organisationen. Am 21. August 1969 demonstrierten auf dem Hauptplatz und auf anderen Stellen in Olomouc ungefähr 100 Menschen gegen die Okkupation durch fremde Soldaten, gegen sie griff der geheime Sicherheitsdienst, Militär, öffentliche Sicherheit und Lidové milice ein. Die Demonstranten wurden vom Bezirksausschuss der KPČ als Vandalen und Kriminelle bezeichnet. In wichtigen Objekten wurden besondere Wachen (Soldaten sowie Angehörige des geheimen Sicherheitsdienstes) postiert. Antisowjetische Plakate und Wandschriften wurden aus den Straßen entfernt. Viele Mitglieder der KPČ, die der Okkupation nicht zugestimmt hatten, wurden von ihren Posten und aus der Partei entlassen. Ausschüsse in den Fabriken und in anderen Institutionen, in denen sich oppositionelle Tendenzen zeigten, wurden aufgelöst. Die „Oppositionellen und Kontrarevolutionäre" in der Partei wurden gesucht und auf den „richtigen Weg" hin orientiert.

Die Säuberungen griffen auch auf die Universität über. Zu den Hauptvertretern der harten Stalinisten gehörte der in Olomouc bekannte Neurologe Prof. Hrbek, der zwischen den Jahren 1969 bis 1971 das Amt des Ministers für das Schulwesen in Prag bekleidete. In der ersten Welle der Normalisierung formulierte er einen Anklagebrief, auf dessen Basis 15 Universitätslehrer entlassen und als Kontrarevolutionäre bezeichnet wurden. Nur wenige von diesen 15 Entlassenen durften in ihrem Fachbereich weiter wirken und publizieren. Die anderen mussten ihr Geld als Arbeiter oder Beamte verdienen. Es folgten weitere Wellen, in denen die tschechoslowakische Wissenschaft (konkret die Natur- und Gesellschaftswissenschaften) viele Fachleute verlor. Bis Ende 1975 betraf dies 108 Menschen. Typisch ist der Lebenslauf des Zeitzeugen Mezihorák, den an verschiedenen Mittelschulen in Olomouc unterrichtete und erst nach 1989 wieder an die Universität kam.

Hrbek schuf als Minister für Schulwesen einen speziellen Fragenbogen, der die Einstellung der Lehrpersonen zum Einmarsch des Warschauer Paktes erfragte. Auf allen Stufen der Schulausbildung musste jede Lehrperson auf konkrete Fragen antworten. Eine speziell gebildete Kommission entschied, ob der Betroffene weiter im Schulwesen wirken durfte oder nicht.[34] Sein Ressort bewirkte auch die Novellierung des Arbeitsgesetzbuches, die ermöglichte, dass Menschen retroaktiv aus der Arbeit entlassen werden

[34] M. Čermák (Hrsg.): *Olomouc v roce 1968*. Olomouc 2015, S. 143–146.

konnten, deren politischer Standpunkt zu den Ereignissen 1968–1969 ideologisch „nicht richtig" war.[35] Am schlimmsten ging es der Gruppe, die aus der Partei ausgeschlossen wurden. In vielen Fällen handelte es sich um in ihren Fachrichtungen anerkannte Fachleute und zugleich Menschen mit hohem moralischen Kredit in der Gesellschaft. An ihre Stellen kamen Personen, die zwar auf Parteilinie waren, aber häufig nicht die erforderlichen fachlichen Qualifikationen mitbrachten. Die Bestrafung betraf auch die Familienangehörigen der politisch als unzuverlässig eingestuften Menschen. Die Kinder der Betroffenen durften nicht an den Mittel- und Hochschulen studieren, besonders nicht an den Kunsthochschulen sowie medizinischen, philosophischen und pädagogischen Fachrichtungen. Mezihorák bemerkte zu den Entlassungen: *„Der Einmarsch in ihren Konsequenzen – der sog. Normalisierung – bedeutete das Ende meiner akademischen Tätigkeit – ich wurde entlassen und in den nächsten zwanzig Jahre wurde mir die Möglichkeit verweigert wissenschaftlich arbeiten und publizieren. Auch im Privatleben wurde ich diskriminiert – ich wurde von der geheimen Staatspolizei verfolgt und ich hatte existenzielle und finanzielle Schwierigkeiten, durfte nicht ins Ausland reisen usw. Meine Tochter hatte auch Probleme bei der Zulassung zum Studium an der Mittelschule. Das Benehmen meiner nahen Freunde zu mir hat sich aber nicht geändert. Wir haben uns getroffen, gegenseitig unterstützt … Eine Reihe meiner ehemaligen Kollegen haben mich gemieden. Manche von ihnen haben sich sogar an meiner professionellen Liquidierung beteiligt. Sie haben mich beschuldigt, dass ich irregeführt war. Mit mir befreundet zu sein, hielten viele Leute für riskant."*

Die kulturelle Euphorie und die Experimentierfreudigkeit wurde durch die repressiven Maßnahmen erdrückt. Viele, während des Prager Frühlings entstandene kulturelle Aktivitäten, wurden eingestellt. Viele kleinere Theater gaben auf. Auf dem Spielplan des Olomoucer Theaters erschienen wieder klassische, nach den Maßstäben der Zensur unschädliche Stücke.[36] Urbášek konstatiert, dass die Repressionen der Normalisierung das Niveau des ganzen Hochschulwesens drückte.[37] Mitte der 60er Jahre war die ČSSR im Niveau der Hochschulausbildung ein guter Konkurrent gegenüber den westlichen Staaten. Dies betraf z. B. den Anteil der Absolventen der Hochschulen, der in einigen Jahrgängen ca. 12% betrug. Die Ausbildungsreform des Jahre 1976 präferierte die Ausbildung an Fach- und Mittelschulen, da man z. B. Arbeitskräfte für die Schwerindustrie brauchte. Reformansätze, wie die im Jahr 1987 diskutierte Novelle des Hochschulgesetzes, die das Hochschulwesen besser finanzieren sollte, kam nicht zustande.

---

[35] Urbášek, P. Vysoké školy a Pražské jaro. In Krákora (Hrsg.), P. *Pražské jaro 1968. Pokus o obnovu občanské společnosti.* Praha 2008, hier S. 158.

[36] Čermák, M. (Hrsg.): *Olomouc v roce 1968*. Olomouc 2015, S. 124.

[37] Urbášek 2008, s. 149–150.

Speziell in Olomouc hatten sich in den 1960er Jahren kulturelle und ökonomische Initiativen gegründet, die gegen die sinkende Bedeutung der Stadt anarbeiteten. Das Ziel der kulturell-ökonomischen Konzeptionen war die Rettung der Denkmäler in der Stadt, Umweltschutz, Entwicklung des Tourismus. Diese Pläne nahmen ihr Ende in der eintretenden Normalisierung.

Abschluss

Der Prager Frühling, der eine demokratische Teilhabe der Bevölkerung im öffentlichen Raum einschloss, verunsicherte die Sowjetunion und auch die anderen Staaten des sowjetischen Blocks. Sie befürchteten den Verlust des Machtmonopols der Kommunistischen Partei in der Tschechoslowakei. Die Intervention sollte die weitere demokratisch gerichtete Entwicklung vermeiden, die die Zusammengehörigkeit der Tschechoslowakei in Sphäre der UdSSR in Zweifel gezogen würde. Die tschechoslowakischen Bürger erlebten eine kurze Zeit der Hoffnung, dass man einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz" erwirken kann. Interessant ist die Tatsache, dass in den Reformmonaten zahlreiche soziologische Meinungsumfragen organisiert wurden, in denen sich die Bürger zu verschiedenen politisch-gesellschaftlichen Problemen geäußert haben. Zu erwähnen ist die Umfrage, die von *Rudé právo* im Herbst 1968 realisiert wurde. Interessant erscheinen die Antworten auf die Frage, ob die Befragten den Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes am 21. August für richtig und nötig hielten. 89,8% antworteten negativ.[38] Auf die Frage, ob sie der Meinung sind, dass der Artikel 4 in der Verfassung als Machtmonopol der KPČ verstanden werden könnte, antworteten 84, 8 % der Befragten positiv. Diese Ergebnisse beweisen, dass die Bevölkerung das Monopol der KPČ nüchtern wahrnahm und damit nicht einverstanden war.

Die Palacký Universität spielte 1968 eine wichtige Rolle. Die Studierenden und ihre Lehrer beteiligten sich aktiv an dem Versuch um die Bildung einer demokratischen Gesellschaft, in dem sie an Demonstrationen teilnahmen, die Organisation des Studentenfestes im Mai 1968 – sog. Majáles übernahmen und bei der Gründung von neuen Studentenorganisationen mitwirkten. Im November 1968 kam es in Olomouc zu Konflikten der Studierenden mit den sowjetischen Soldaten, die Atmosphäre in der Stadt wurde zunehmend angespannt. Nach der Selbstverbrennung von Jan Palach protestierten die Studierenden den ganzen Tag auf dem Hauptplatz. Der damalige Rektor J. Metelka erhielt von den sowjetischen Okkupanten einen Brief, dass gegen Protestierende geschossen wird, sobald es zu kleinsten Provokationen käme. Es ist offensichtlich, dass in den ersten Monaten 1969 die

[38] Siehe näher Koubek, L. Sociologické výzkumy v současném vývoji naší politiky. *Nová mysl*, č. 1, 1969, s. 78–88.

Staatssicherheit immer intensiver einen Vorwand für das Eingreifen gegen die Studentenorganisation an der Universität suchte. Der Schulwesensminister Hrbek verlangte vom Rektor Metelka eine Liste der in der Reformbewegung engagierten Hochschullehrer und Studierenden, was Metelka nicht machte. Das kostete ihn seinen Posten. Infolge der personalen Säuberungen mussten 108 Personen die Palacký Universität in Olomouc verlassen, davon 36 aktive Hochschullehrer und 17 Professoren und Dozenten im Rentenalter. Die beginnende Normalisierung verbreitete an der Hochschule eine Atmosphäre der Frustration und der Angst.

Vanda Vaníčková

Die Ereignisse des Jahres 1968 aus der Sicht eines damaligen Studenten und eines damaligen Dozenten der Palacký-Universität in Olomouc

1 Einführung

In diesem Beitrag stehen zwei Zeitzeugen im Mittelpunkt: Prof. PhDr. František Mezihorák, CSc., Dr.h.c, der 1968 als Dozent an der Palacký-Universität in Olomouc beschäftigt war und Dr. Zdeněk Novotný, CSc, Habil., der bis 1972 an der Palacký-Universität Philosophie und Englisch studierte. Damit wurden zwei Personen gewählt, die damals unterschiedliche Berufsrollen inne hatten, aus unterschiedlichen Generationen stammen und deswegen aus unterschiedlichen Perspektiven berichten. Beide standen aber dem Prager Frühling positiv gegenüber. Hier wird als Methode die Oral History gewählt, um sich anhand von Erinnerungen von Einzelpersonen an den Prager Frühling und an die Okkupation durch die Truppen des Warschauer Paktes anzunähern und deren Schilderung der Ereignisse und der damaligen Atmosphäre in der Stadt und in der tschechoslowakischen Gesellschaft wahrzunehmen und zu analysieren. Vaněk (2015) definiert die Oral History als Bild der menschlichen Vergangenheit, wobei Personen mit eigenen Worten individuelle Erlebnisse beschreiben.[1] Es handelt sich also um Erfahrungsgeschichte, die Textquellen wie Erlasse und Zeitungsberichte ergänzt und teilweise kommentiert. Hier interessiert mehr, wie Menschen sich 50 Jahre später an die Ereignisse von 1968 erinnern – was sie als wichtig markieren, in welchen Zusammenhang sie die Ereignisse mit ihrem späteren Leben bringen und welche Interpretationen sie entwickeln. Mit den beiden Zeitzeugen, die sich 1968 in unterschiedlichen Berufsrollen befanden (Student und Dozent) wurden zwei strukturierte Interviews durchgeführt und ausgewertet.[2] Dem Beitrag angehängt sind die ungekürzten Zeitzeugengespräche, die für die Lehre an der Universität oder für den Geschichtsunterricht genutzt werden können. Anregungen für die didaktische Nutzung solchen Materials (auch methodischer Art) kann man in der Publikation Tak trochu jiné sou-

---

[1] Vaněk, Miroslav: *Třetí strana trojúhelníku. Teorie a praxe orální historie.* Univerzita Karlova v Praze, 2015.

[2] Das Gespräch mit František Mezihorák ist auf tschechisch mit deutschen und polnischen Untertiteln als Film zu sehen unter http://1968.zum.de/wiki/Gespr%C3%A4ch_mit_dem_Zeitzeugen (aufgerufen 1. 11. 2018).

dobé dějiny[3] (2017) finden, die am Lehrstuhl für Gesellschaftswissenschaften an der Pädagogischen Fakultät der Palacký-Universität in Olomouc entstanden ist.[4]

2 Die Zeitzeugen des Jahres 1968

Die Zielrichtung der beiden Zeitzeugeninterviews war es, Personen zu befragen, die die gleiche Zeit (hier das Jahr 1968) erlebt hatten, sich aber damals in ganz unterschiedlichen sozialen und Berufsrollen befanden. Wir erinnern und bewerten sie heute – 50 Jahre später – die Ereignisse des Prager Frühlings? Auf Grund des lokalen Schwerpunkts des trinationalen Projekts wurde ein Student und ein Dozent der Palacký-Universität in Olomouc befragt. Das Zeitzeugengespräch konzentrierte sich auf drei Bereiche:

- Die Lebenssituation der Zeitzeugen und ihre Verankerung im Zeitkontext;
- die Wahrnehmung der Ereignisse des Jahres 1968 (Atmosphäre, konkrete Erlebnisse, Verhaltenswandel der Umgebung u. ä.) sowie
- die Bewertung der Ereignisse im Jahre 1968 in der Gegenwart (z. B. ihre Lehre für künftige Generationen).

Als Methode wurde das strukturierte Zeitzeugeninterview gewählt. Laut Švaříček (2014) ist es besonders geeignet, wenn als Forschungsabsicht eine spezifische soziale Gruppe, ihr Handeln, ihre Motivation und Ursachenverhältnisse sind.[5] Vorbereitete Fragen wurden dazu genutzt, das Interview auf den erwünschten Erkenntnisgewinn hin zu konzentrieren. Diese Fragen wurden den Zeitzeugen auf deren Wunsch hin schriftlich gestellt und die Befragten beantworteten sie auch schriftlich. Ein Nachteil dieser Form kann sein, dass durch die Fragen die Wirklichkeiten sehr beschränkt werden, von welchen die Befragten sprechen. In diesem Fall griff dieser Nachteil aber nicht, da insbesondere der damalige Student bereit war, *seine* Erfahrungen unumschränkt zu vermitteln. Deshalb beschränkten ihn die festgesetzten Fragen nicht. Er äußerte sich zu weiteren Umständen, beschrieb den Kontext, war mitteilsam und offen. Mit Blick auf das Ziel kann von ausreichendem Material durch die Zeitzeugeninterviews gesprochen werden.

---

[3] Deutsch: Eine ein bisschen andere Zeitgeschichte

[4] Vaníčková, V., Cingelová, G., Kopeček, K., Krákora, P. *Tak trochu jiné soudobé dějiny.* Praha: Nakladatelství Epocha, 2017.
Zu finden: http://vanickova.eu/cd2/index.html aufgerufen 30. 11. 2018.

[5] Švaříček, R., Šeďová, K. *Kvalitativní výzkum v pedagogických vědách.* Praha: Portál s.r.o., 2014.

2.1 Die den Befragten gestellte Fragen

1) In welcher beruflichen und persönlichen Etappe des Lebens haben Sie sich im Jahre 1968 befunden?
2) Wie haben die Begebenheiten konkret auf Sie gewirkt? Welche gesellschaftliche Atmosphäre haben Sie gefühlt?
3) Wie haben Sie persönlich gerade den 21. August 1968 erlebt und empfunden?
4) Wie sind Sie von den Begebenheiten hinsichtlich des Berufslebens konkret beeinflusst worden?
5) Und wie wurde Ihr persönliches Leben beeinflusst?
6) Haben die Begebenheiten und ihre Folgen jemanden von Ihren Nächsten berührt?
7) Haben Sie eine „Verhaltensänderung" (ob für oder gegen das Regime) nach dem Geschehen von 1968 bei Ihren Mitstudierenden und weiteren Zeitgenossen gemerkt?
8) Meinen Sie, dass es von Bedeutung ist, das Jahr 1968 und seine Begebenheiten bei der heutigen Generation wach zu rufen? Falls ja, warum?

2.2 Vorstellung der Zeitzeugen

Beide Zeitzeugen waren oder sind heute Mitglieder des Lehrstuhls für Gesellschaftswissenschaften der Pädagogischen Fakultät der Palacký-Universität in Olomouc. Professor František Mezihorák ist emeritierter Professor, Dr. Zdeněk Novotný Habil. lehrt Philosophie Ihre ausführlichen Lebensläufe sind auf den Web-Seiten des Lehrstuhls für Gesellschaftswissenschaften zu finden.[6]

Prof. PhDr. František Mezihorák, CSc., Dr.h.c wurde in diesem Beitrag als damaliger Dozent befragt. Er ist am 6. 10. 1937 in Vracov geboren. Sein Berufsleben ist stark mit der Palacký-Universität in Olomouc verbunden, wo er bis 1959 studierte (Geschichte, tschechische Sprache). Zur Zeit der militärischen Intervention im August 1968 war er promovierter Fachassistent des Lehrstuhls für Gesellschaftswissenschaften der Palacky-Universität. Er war verheiratet und hatte zwei Kinder. Als Lehrer der tschechischen Sprache und Geschichte arbeitete er nach 1968 am Gymnasium in Kyjov und an der Fachmittelschule für Maschinenbau in Olomouc, da ihm ein weiterer Verbleib an der Universität verwehrt war. Nach 1989 konnte er als Professor an die Palacký-Universität in Olomouc zurückkehren und leitende Positionen, z. B. als Dekan der pädagogischen Fakultät ausfüllen In den Jahren 1998–2004 war er als Senator im Parlament der Tschechischen Republik tätig.

[6] Personal http://ksv.upol.cz/?page=_clenove&lang=_de (aufgerufen 31. 11. 2018).

Ph.Dr. Zdeněk Novotný, CSc, Habil. wurde in diesem Beitrag als damaliger Student befragt. Er wurde am 13. 2. 1949 in Vsetín geboren. Im Jahre 1972 beendete er an der Palacký-Universität in Olomouc an der Philosophischen Fakultät das Studium der englischen Sprache und Philosophie. Während der militärischen Intervention im August 1968 befand er sich wegen eines Ferienjobs in England, hat also den Höhepunkt des Prager Frühlings nicht vor Ort erlebt. Später arbeitete er als Mittelschullehrer am Gymnasium in Karviná und an der Handelsakademie in Valašské Meziříčí. Nach 1989 konnte er als Philosophieprofessor an die Palacký-Universität in Olomouc zurückkehren. Er war dort Leiter des Lehrstuhls für Gesellschaftswissenschaften.

3 Interpretation ausgesuchter Teile der Gespräche

3.1 Lebenssituation der Zeitzeugen

Die beiden Befragten verbindet, dass sie eine humanistische Fachrichtung studiert haben. František Mezihorák wirkte am Lehrstuhl für Gesellschaftswissenschaften, Zdeněk Novotný war Englisch- und Philosophiestudent. Der wichtigste Unterschied war die Lebensetappe, in der sich beide im Jahre 1968 befanden. František Mezihorák war 31 Jahre alt, verheiratet und hatte zwei Kinder. 1968 beendete er seine Promotion. Novotný war 19. Jahre alt und ledig. Wie die Mehrheit der Studierenden war er finanziell von seiner Familie abhängig, die ihn beim Studium unterstützte. Für František Mezihorák als Familienvater war die Situation insofern schwieriger, als er bei seinen Entscheidungen und Handlungen die Folgen für seine Familie mit einbeziehen musste. So zeigten sich bei Mezihorák spätere Auswirkungen auf seine Familie, die er folgendermaßen bezeichnete: *„Meine Tochter hatte zum Beispiel Schwierigkeiten, einen Studienplatz an der Mittelschule zu bekommen.“* Zdeněk Novotný hingegen musste nur sich selbst und seine Überzeugungen im Blick haben, wenn er an Aktivitäten gegen das Regime teilnehmen wollte.

3.2 Wahrnehmung der Ereignisse des Jahres 1968

Die Reflexion der untersuchten Zeit wurde zwecks thematischer Übersichtlichkeit dreigeteilt. An die atmosphärische Wahrnehmung der tschechoslowakischen Gesellschaft des Jahres 1968, schließen die Erinnerungen der Zeitzeugen an, die auch die Verhaltensänderungen in der Umwelt der Befragten beinhalten.

3.2.1 Atmosphäre in der Gesellschaft um 1968

Bei beiden Zeitzeugen herrscht eine Übereinstimmung bei der Beschreibung der Atmosphäre und der Stimmung in der Gesellschaft in der zweiten Hälfte

der 60er Jahre des 20. Jahrhunderts. Eine eher positive Grundstimmung in der Tschechoslowakei zeigt die Überzeugung, dass *„die Gelegenheit gekommen ist, alle Deformationen der vorigen Jahre zu korrigieren, als Chance für den Sozialismus mit menschlichem Antlitz.“* (Mezihorák). *„Alle waren fest davon überzeugt, dass sich der demokratische Sozialismus durchsetzen wird und mit Erfolg funktionieren wird, also er wird sich wie ein gutes Beispiel zur Nachahmung auch für andere sozialistische Länder zeigen.“* (Novotný). Die Zitate belegen, dass die sogenannte locker gewordene Zeit nicht nur künstlerische Gruppen (neue Welle des tschechoslowakischen Films, goldene sechziger Jahre in der Literatur u. ä.) betroffen hat, sondern eine gewisse positive Stimmung und eine Hoffnung nach den schwierigen 1950er Jahren allgegenwärtig waren.

Die unmittelbaren Zeit nach der August-Invasion nahmen die beiden Zeitzeugen in verschieden Staaten (Tschechoslowakei und Großbritannien) wahr. Das Gemeinsame war ein Verhalten, das die neuen Ideen verteidigte und ein Streben danach, nicht auf die erreichte Öffnung zu verzichten. Beide reagierten auf die Situation, indem Protest bekundet oder aber über mögliche Reaktionen diskutiert wurde. Mezihorák hatte sich entschieden, abwehrende Schritte mit seinen Kollegen an der Universität zu machen. *„Ich war schockiert, selbstverständlich habe ich die geplante Reise zu unserem Wochenendhaus abgesagt und bin zur Fakultät gegangen, damit ich mit Kollegen bespreche, was weiter zu tun war.“*

Novotný befand sich wegen eines Ferienjobs in Großbritannien. Das Bedürfnis, mit anderen in Verbindung zu treten und gemeinsam den Unwillen über die Ereignisse in der Tschechoslowakei zu zeigen, wurde auch in räumlichen Distanz verwirklicht. Seine Geschichte gilt als Beispiel für das Teilen von Gefühlen mit Fremden, die er vielleicht nie zuvor und auch nie nachher gesehen hatte. Aber jetzt hatten sie die gleiche Motivation sich hören zu lassen, sie hatten den gleichen Feind. *„Damals haben sich alle Tschechen versammelt, und sind gemeinsam nach London gefahren, und dort haben wir vor der sowjetischen Botschaft demonstriert.“*

Die Reaktion von Novotný ist im Vergleich zum diplomatischen Ansatz von Mezihorák emotional und impulsiv. Die Ursache kann man einerseits im unterschiedlichen Alter der beiden Zeitgenossen, anderseits am konkreten Aufenthaltsort in der betreffenden Zeit vermuten. Novotný war nicht in der Tschechoslowakei, er konnte nicht direkt sein Land verteidigen. Er machte mindestens deutlich, dass er mit dem militärischen Eingreifen der Sowjetunion nicht einverstanden ist; er zeigte auch intensiv seine patriotische Gefühle, weil er nicht zu Hause war. All dies geschah innerhalb der tschechischen Community im Ausland, die etwas ganz anderes als das Individuum handelt, entscheidet und bewertet: „Wir alle packten uns und sind gefahren …“ (Novotný).

3.2.2 Wahrnehmung der Okkupation 1968

Die Ereignisse des Jahres 1968 hatten politische und gesellschaftliche Folgen, die bis 1989 wirkten. Für beide Befragten bedeutete die Okkupation spezifische Veränderungen. Deren Maß und deren Auswirkungen hingen mit ihrer Position zusammen, die sie im August 1968 inne hatten. Für Mezihorák bedeutete es den beruflichen Bruch. Im Rahmen der „Antiregime-Maßnahmen" wurde vielen Menschen (nicht nur Akademikern und Wissenschaftlern) verboten, ihren Beruf weiter auszuüben. Viele von ihnen wurden für überwiegend manuelle Tätigkeiten angestellt (Bergleute, Putzfrauen u. ä.). *„Die Invasion bedeutete mit ihren Folgen in der sog. Normalisierung das Ende meiner akademischen Tätigkeit. Mir wurde gekündigt, und ich bekam für zwanzig Jahre das Verbot wissenschaftlich zu arbeiten oder zu publizieren."* Mezihorák war dann im Schuldienst. Erst nach dem Fall des kommunistischen Regimes 1989 konnte Mezihorák zu seiner ursprünglichen Universitätstätigkeit vor dem Jahre 1968 zurückkehren. Dass die Rückkehr allen Betroffenen möglich war, ist zweifelhaft, denn viele Menschen waren aufgrund der Arbeit, die sie ausführen mussten, in einem psychischen und physischen Zustand, der ihre Rückkehr zu ihren ursprünglichen Berufen nicht ermöglichte.[7]

Novotný zeigte seine ablehnende studentische Haltung zur Invasion nach seiner Rückkehr in die Tschechoslawokei durch verbale Auseinandersetzungen mit dem politischen Prorektor und der Beflaggung auf Halbmast bei dem Ein-Jahr-Jahrestag der sowjetischen Okkupation beim sommerlichen Kinderferienlager. Ähnliche Aktivitäten gab es auch an anderen tschechoslowakischen Hochschulen. Viele Studenten verzichteten aber auf öffentliche kritische Äußerungen, weil sie Angst vor der Relegation oder anderen Maßnahmen hatten, die ihr zukünftiges Leben beeinflussen konnten. Viele öffentliche studentische Aktivitäten wurden von der Staatlichen Geheimpolizei aufgelöst. Dabei geriet Herr Novotný auch in ein Verhör durch die Geheimpolizei: *„Das Verhör dauerte mehrere Stunden. (…) Man bemühte sich, mich zur Mitarbeit zu gewinnen. (…) Im Fall der Ablehnung drohte man mir mit Klage und Gericht."* Herr Novotný gab dem Druck nicht nach, deshalb kam es an der Universität zu einem Disziplinarverfahren. Ein solches Verfahren endete in aller Regel mit dem Verlust des Studienplatzes und mit einem weiteren Studienverbot. Herr Novotný aber durfte dank guter Umstände das Studium fortsetzen. Professor D. Krandžalov, der Dekan der Fakultät, der über das Ergebnis von Disziplinarverfahren entschied, hatte in zwei vorherigen Fällen den Ausschluss der Studenten unterschrieben. In diesem dritten Disziplinar-

[7] Weitere spezifische Zeitzeugengeschichten finden sich in der Datenbank des Projekts Nation Memory. Es enthält mehr als 4000 Geschichten von Zeugen aus verschiedenen Perioden, http://www.pametnaroda.cz/project?locale=_de_DE (aufgerufen 30. 10. 2018). Als (animierten) Film aufbereitete Biografien finden sich unter https:/www.postbellum.cz/english/ (aufgerufen 31. 10. 2018).

verfahren entschied er sich den Ausschluss nicht zu unterschreiben und als Strafe nur einen Verweis und eine ablehnende Empfehlung für die Zulassung zum Schuldienst zu erteilen. Novotný fand später heraus, dass der Dekan zu dieser Zeit schwerkrank gewesen war. Deswegen nimmt er die Entscheidung in seinem Fall auch als ein Zeichen des guten Willens vor seinem baldigen Tod.

Bei beiden ist die allgemeine Tendenz in der Zeit der „Normalisierung" zu sehen, politisch Andersdenkende und Oppositionelle zu beobachten. Bei Vernehmungen wurde verstärkt Druck aufgebaut, um den Vorgeladenen zur Mitarbeit zu bringen. Wer eine Mitarbeit ablehnte, musste mit Folgen rechnen. Die Ablehnung hatte Konsequenzen, deren spezifische Form sich in Bezug auf die Persönlichkeit und deren Lebensumstände unterschied.

3.2.3 Verhalten im Umfeld der Zeitzeugen

Das Umfeld der Zeitzeugen reagierte unterschiedlich. Viele machten sich wegen etwaiger künftiger Vorteile bei politischen Funktionären beliebt und gingen Menschen mit einer oppositionellen Meinung aus dem Weg: *„Eine Reihe von ehemaligen Mitarbeitern begannen, mir aus dem Weg zu gehen. (…) Befreundet sein mit mir, fanden viele Leute offensichtlich riskant.*" (Mezihorák) Andererseits blieben manchmal feste Freundschaften erhalten, die die gemeinsame Abneigung zum Regime verstärkten: *„Das Benehmen meiner nächsten Freunde änderte sich nicht, wir trafen uns, unterstützten uns gegenseitig und leisteten mit einigen Aktivitäten den Widerstand gegen das Regime.*" (Mezihorák). Aus weiteren Zeugenbefragungen wird deutlich, dass die Ereignisse von 1968 und die Verwandlung des Freundeskreises zusammenhängen. Viele Menschen haben sich von denjenigen distanziert, die sich der Besatzung und den Schritten des Regimes widersetzt haben.

Gleichwohl gab es Freunde, die die persönlichen Bindungen über das Regime stellten. Zur gleichen Zeit fanden sich unter den Menschen aus unterschiedlichen Milieus und sozialen Schichten immer Einzelpersonen, die sich nach humanitären Prinzipien verhielten – unabhängig von ihrer politischer Gesinnung: *„Als eine riesig sittliche Autorität zeigte sich Frau Dozentin Ida Rochowanská. (…) Sie war ebenfalls Mitglied der Disziplinkommission, aber als mir meine Strafe bekannt gemacht wurde, reichte sie mir die Hand, wünschte mir schöne Ferien, damit ich mich aus allem bald erhole und mit Lust das Studium weiter mache.*" (Novotný). Aus dem Zitat geht hervor, dass für Rochowanski wichtig war, ungeachtet der Tatsache, die behandelt wurde (Disziplinarverfahren wegen regierungsfeindlichen Aktivitäten)des akademischen Kodexes und menschlicher Anständigkeit zu handeln.

3.3 Bewertung der Ereignisse des Jahres 1968 in der Gegenwart

Novotný betont den Zusammenhang zwischen dem Jahr 1968 und dem Jahr 1989: *„Wenn wir an das Jahr 1968 und an seine Zusammenhänge zurückdenken, dann ist es notwendig, sie auch mit den November- und Nachnovemberereignissen im Jahre 1989 zu verbinden, weil man damals im Allgemeinen vorausgesetzt hat, dass es zu einer Rehabilitation des Prager Frühlings und zur Erneuerung des Ideals des demokratischen Sozialismus und zur Bewegungsfreiheit kommt.*" Aus dieser Aussage des Zeitzeugen spricht, dass er die samtene Revolution aus dem Geist des Ideals des demokratischen Sozialismus entstanden sieht. Gleichzeitig hat er die Niederlage von 1968 der tschechoslowakischen demokratischen Bewegung nicht vergessen. Er geht davon aus, dass 1968 zum einen in die Geschichte Tschechiens positiv eingereiht wird und es richtig ist, dass viele damaligen Akteure nun eine tragende Rolle im demokratischen System ausfüllen.

4 Schlusswort

Die Reflexion der tschechoslowakischen Ereignisse im Jahre 1968 und der „Normalisierung" ist ein häufiges Thema in Filmen und Büchern sowie als szenische Bearbeitungen. Für den Zuschauer ist es höchst interessant, den konkreten menschlichen Schicksalen vor dem Hintergrund historischer Ereignisse und gesellschaftlicher Veränderungen zu folgen. Mit dieser Absicht soll auch die Arbeit mit den beiden Zeitzeugen verstanden werden, die im Mittelpunkt dieses Beitrags stehen.

Im Rahmen weiterer Forschungsaktivitäten wäre es interessant, Zeitzeugen mit einzubeziehen, die aufgrund der Ereignisse von 1968 emigrierten. Nach dem August 1968 emigrierten mehr als 80 000 Menschen aus der Tschechoslowakei. Sie haben einen radikalen Bruch im Leben erfahren, der über den des Berufsverbots hinausgeht und betrachteten die tschechoslowakische Geschichte lange Jahre von außen. Sind sie durch die samtene Revolution mit der Geschichte versöhnt worden? Auch ein Blick nach außen auf die Bürger der umliegenden und zum Teil an der Okkupation beteiligten Staaten wie Polen könnte aufschlussreich sein. Wie haben die Bürger der Nachbarländer die Intervention der Truppen des Warschauer Paktes wahrgenommen? Welche Repräsentationen in den Medien sind ihnen präsent?

Anlage 1: Zeitzeugengespräch mit dem Studenten

- In welcher beruflichen und persönlichen Etappe des Lebens haben Sie sich im Jahre 1968 gefunden?

In den Ferien 1968 hatte ich schon alle Prüfungen im ersten Studiengang des Fachs Englisch und Philosophie an der Philosophischen Fakultät der Palacký-Universität hinter mich und ich habe mich für den Ferienjob (Obst Sammeln) in Groß Britannien vorbereitet, wo ich eine Cousine hatte (Tochter meines von Deutschen hingerichteten Onkels – eines von den Kommandanten des antinazistischen Widerstandes – „Verteidigung der Nation"), die sich nach dem Krieg mit einem ehemaligen Angehörigen R.A.F. (Royal Air Force) verheiratet hat. Zusammen haben sie dann nach dem Jahr 1948 emigriert, haben ihren Aufenthalt durch den Gewinn der britischen Bürgerschaft legalisiert, und daher konnten sie von Zeit zu Zeit zu uns in die Tschechoslowakei fahren. Ich habe beabsichtigt ihre Familie zu besuchen.

- Wie haben die Begebenheiten konkret auf Sie gewirkt? Welche gesellschaftliche Atmosphäre haben Sie gefühlt?

Ich war damals jung, ledig, in der Familie festgesetzt und als Student voll von meinen Eltern abhängig, mit den festen Bindungen zu meinen nächsten Verwandten. Darum muss ich auch das Milieu erwähnen, in dem ich aufgewachsen bin und das mich bei dem Bilden und Verstehen der Werte und moralischen Normen und Einstellungen geformt hat.

Nach meinem Vater komme ich aus einer alten Lehrerfamilie mit der Tradition schon aus dem 19. Jahrhundert, nach meiner Mutter aus dem Geschlecht der Edelknechte (auch die Mutter meines Vaters hatte eine adelige Herkunft – schon am Ende des 19. Jahrhunderts hat sie in Budapest studiert, was für eine Frau damals völlig ungewöhnlich war). Alle haben sich natürlich mit humanitären Idealen der Masaryks Tschechoslowakei identifiziert. Ein Teil der Verwandten wurde schon während des Protektorats von der Gestapo verfolgt, der zweite Teil, einschließlich meiner Eltern, wurden in den 1950er Jahren von der Staatlichen Sicherheit verfolgt, meine Schwester und mein Bruder konnten nicht studieren, sie mussten sich zuerst in den Arbeiterberufen qualifiziert.

Darum hat unsere Familie die gesellschaftliche Entwicklung nach dem Januar 1968 verfolgt mit außergewöhnlicher Aufmerksamkeit, wir haben Kulturní tvorba (Kulturbildung) und Literární noviny (Literarische Zeitung) (später unter dem Namen Literární listy (Literarische Blätter, dann nur Listy (Blätter)) abonniert. Alle haben wir die Aufforderung unseren demokratisch orientierten Intellektuelleren „Manifest der 2000 Worte" unterschrieben. Anfangs haben wir den Versuch um die Reform innerhalb der Leitung der

KPTsch sehr vorsichtig wahrgenommen, aber allmählich haben wir ihn als allgemeines Aufraffen der Kräfte der tschechoslowakischen Gesellschaft in ihrer Bemühung um die Demokratisierung und Freiheit angenommen. Die Leute haben wirklichen, unvorgetäuschten Patriotismus gezeigt, sie haben sich zueinander uneigennützig verhaltet, haben geschafft gesamte Wertsachen dem Fonds der Republik zu schenken usw. Gleichzeitig hat es sich gezeigt, dass zwar zahlreich schwache, fast vernachlässigbare Minderheit unserer Vertreter und Ortsfunktionäre, vor allem der, die irgendwie mit den Verbrechen der 1950er Jahren verbunden waren, mit dem Prozess der Demokratisierung nicht gestimmt haben (mit Recht haben sie sich gefürchtet, was mit ihnen passiert, wenn ihre damalige in der Zusammenarbeit mit den sowjetischen „Beratern" verübte Grausamkeiten ans Licht kommen. Manche von ihnen hatten hinter sich sogar auch die Kollaboration mit den Nazisten.)

Wie ich aber sage, es ging um eine geringe Handvoll von den kompromittierten Politikern, darum hat in ihnen niemand ernstere Gefahr oder Risiko erblickt. Alle waren fest überzeugt davon, dass sich der demokratische Sozialismus durchsetzt und erfolgreich funktionieren wird, und sich als ein gutes Beispiel für das Nachfolgen auch für die übrigen sozialistischen Staaten zeigt.

Wenn uns in den Briefen im Laufe des Jahres 1968 meine britische Cousine mit ihrem Ehemann gewarnt haben, dass uns die Sowjetische Union die Demokratie und Freiheit „austreibt", und zwar mithilfe aller möglichen Mittel. Nicht nur dass wir es nicht geglaubt haben, aber wir haben nachsichtig gedacht, dass „unsere Engländer" alles nur von der Ferne sehen und nichts verstehen. Nicht in dem Kleinsten haben wir es uns eingestehen, dass Russen vor der ganzen Welt so etwas machen könnten.

Niemals habe ich mich dazu erniedrigt, die „Männer des Prager Frühlings" durch den Schmutz zu ziehen, heute weiß ich aber, dass sie sich nach allen Verhandlungen mit der sowjetischen Breschnews (im Grunde Stalins) Leitung diese Gefahr bewusst werden konnten und sollten und das Schlechteste vermeiden sollten. Sie hatten Informationen, die uns gewöhnlichen Bürgern nicht zugänglich waren, dazu waren wir unter dem Einfluss der Massenmedien, die uns nur optimistische Nachrichten gebracht haben.

■ Wie haben Sie persönlich gerade den 21. August 1968 empfunden?

Schon am 16. August 1968 habe ich einen Ferienjob für Studenten in Nordengland gemacht, wobei ich die Militärokkupation aus dem 21. August zum ersten Mal im Fernseher aus den Aufnahmen der sowjetischen Panzer auf dem Wenzelsplatz in Prag gesehen habe. Damals haben sich alle Tschechoslowaken gepackt, sind zusammen nach London gefahren und dort haben wir vor der sowjetischen Botschaft demonstriert. Es hat sich eine Solidaritätswelle auch allein von den Briten erhoben. Sie haben uns in den Familien ge-

nommen, bis zum Ende des Septembers habe ich im Haus eines Beamter der Londoner Magistrat und seiner Ehefrau, einer Mittelschullehrerin, gewohnt. Sie hatten drei kleine Jungen und alle waren sehr nett, wir haben mit den Vornamen angesprochen. Die Briten haben und damals einen Asyl angeboten, die Möglichkeit in dem Hochschulstudium fortfahren (mit der Anerkennung unseres Abiturs und ohne der Aufnahmeprüfung, nur nach der Absolvierung eines Englischintensivkurses). Selbst habe ich davon nichts ausgenutzt, es hat mich sehr zurück in die Tschechoslowakei gezogen. Ich war überzeugt, dass ich zu Hause nützlicher werde und dass ich gegen die eingetretene Situation irgendwie kämpfen könnte. (Davon ist ein kurzer Artikel mit der Zitierung meiner Worte auf der Titelseite in Daily Express erschienen. Ich habe ihn wahrscheinlich irgendwo eingelegt, ich kann ihn aber momentan nicht finden.) In der Londoner Familie bin ich bis zum Ende des Septembers geblieben. Inzwischen habe ich meine in Northampton lebende Cousine besucht, ich habe wieder das Angebot da zu bleiben bekommen, es ging aber nicht. Mit den Londoner Freunden schreiben wir seitdem jedes Jahr. David (Ehemann) ist schon vor einiger Zeit gestorben, mit Joan (Ehefrau) tauschen wir wenigstens Weihnachts- und Neujahrwünsche aus. Inzwischen habe ich mich mit ihnen noch ungefähr zweimal bei meinen Studienreisen nach Britannien getroffen. Es ist sympathisch, dass Joan für ihre Bedürfnisse und für das Pendeln zur Schule, für Einkäufe usw. immer nur Skoda Autos gekauft hat (zuletzt hat sie mich im Rapid gefahren).

- Wie sind Sie von den Begebenheiten hinsichtlich des Berufslebens konkret beeinflusst worden?

Als ich zurückgekommen bin, um mit dem Studium an der Philosophischen Fakultät der Palacky-Universität weiterzuführen, war in Olomouc eine große sowjetische Garnison mit der Leitung direkt im Gebäude der heutigen Pädagogischen Fakultät und die Stadt hat sich von den sowjetischen Offizieren geschwärmt. Ich hatte ein paar Vorfälle mit ihnen, bei denen sie mir mit einer entsicherten Waffe gedroht haben, und einmal hat mich sogar fast ein Transporter überfahren hat, aus dem auf mich folgend ein Maschinengewehr gezielt hat und jede meine Bewegung verfolgt hat.

Später bin ich mehrmals in ein Geplänkel mit dem politischen Prorektor Frantisek Lon geraten, den ständig ein Polizist der StB (Staatsicherheitspolizei) von uns Studenten „Fischauge“ genannt (sonst Kapitän Frantisek Zatloukal) begleitet hat.

In den Ferien 1969 war ich in einem Ferienlager der Gewerkschaften als der Vertreter des Leiters tätig und am 21. August (das erste Jubiläum der Okkupation) habe ich das ganze Lager antreten gelassen, die Flagge halbmast setzen gelassen und ich habe eine kurze Ansprache gehalten, nach der dann alle spontan angefangen haben die tschechoslowakische Hymne zu singen.

An der Fakultät habe ich mich in der Zusammenarbeit mit damals schon verwiesenen Studenten Antonin Blazek und Petr Rohel bemüht einen Studentenwiderstand zu organisieren. Ich habe ein Verzeichnis der Grundinstruktionen erarbeitet, mithilfe des Durchschlag- und Kopierpapiers habe ich es auf der Schreibmaschine vervielfältigt und habe es an alle verteilt, die mein Vertrauen hatten. Alle diese meine Aktivitäten wurden schon von der Staatssicherheit verfolgt, und darum ist an einem Frühlingsmorgen 1970 in mein Zimmer die Pförtnerin in dem Studentenwohnheim gekommen, um mir auszurichten, mich sofort in das Büro des Leiters des Studentenwohnheims zu erscheinen. Er hat sich nur zu den Wörtern aufgerafft: „Hier der Genosse wartet auf Sie", und hat in die Richtung zu dem anwesenden Polizisten (es war „Fischauge") zugewinkt, der mich aufgefordert hat, mit ihm zu gehen. Auch wenn ich gut gewusst habe, um wen es ging, habe ich ihn gebeten, dass er sich legitimiert, was er gleich gemacht hat (er hat mir seinen Dienstausweis vorgelegt). Ich habe ihm gesagt, dass ich mit ihm gehe, aber dass ich zuerst frühstücken muss. Er hat zugestimmt, Selbstverständlich hatte ich gar keine Gedanken auf etwas zum Essen. Ich habe nur meinen Mitbewohnern mitgeteilt, was passiert ist, und dass sie meine Eltern informieren sollen, wenn ich nicht zurückkomme. Der Verhörraum der Staatssicherheit (der höchste Stock des heutigen Gebäudes der Polizei der Tschechischen Republik) war sehr streng eingerichtet: ein Tisch, zwei Stühle gegeneinander, ein Schrank, ein Kleiderständer – alles aus Eisen, auf dem Boden unter dem Kleiderständer eine große Hantel. „Turnen Sie?", habe ich gefragt, als wir betreten haben. „Bei meinem Beruf muss ich mich in der Kondition halten", hat er geantwortet. Das Verhör hat ein paar Stunden gedauert, aber ich habe die Zeit nicht wahrgenommen. Es haben sich zwei Ermittler abgewechselt, ein „guter" (Fischauge), andere „böser" (ich habe ihn nicht gekannt). Von dem Äußeren waren beide Gangster-Typen: mächtig, fast nackte mit dem dicken Hinterkopf verfließende Köpfe. Der „Böse" hatte dazu roheren Ausdruck und rückwärts vergehende Stirn. Die Drohungen, einschließlich der Ansätze der physischen Gewalt wurden von den Überreden und Versprechen abgelöst (z. B. dass sie mir ein Bankkonto eröffnen, auf das sie mir Geld sparen werden – Belohnungen für die Informationen). Sie haben sich bemüht, mich zu der Zusammenarbeit zu gewinnen, damals ging es ihnen vor allem darum, dass an die Universität eine Gruppe von britischen Studenten kommen sollte und die Geheimpolizei wollte meine Englischkenntnisse ausnutzen. Im Fall der Ablehnung haben sie mit der Klage und dem Gerichtsprozess – und selbstverständlich mit der Verweisung aus allen Hochschulen gedroht, was der Prorektor Lón einrichten sollte. Sie haben mir Bedenkzeit ungefähr von drei oder vier Wochen gegeben. Auf der Stelle habe ich es abgelehnt und sofort nach der Entlassung von der Untersuchung bin ich nach Hause gefahren. Meinen Eltern habe ich mitgeteilt, was passiert ist,

und dass ich das Studium beende. Sie haben es mit vollem Verständnis angenommen und haben mich versichert, dass ich richtig gehandelt habe. Beide haben nämlich die Geheimpolizei in den 1950er Jahren erlebt, wenn mein Vater nach den zahlreichen Verhören bei der Sicherheitspolizei in der Regel zusammengebrochen ist, und schließlich hat er in Jachymov (Sankt Joachimsthal) (Urangrube) gelandet. Sie waren damals von den Arbeitsstellen entbunden und zu der Verbesserung der Familienlage ist erst in der 2. Hälfte den 1960er Jahren gekommen. Im Laufe der Bedenkzeit, die mir die Geheimpolizei gegeben hat, war ich schon damit versöhnt, dass mein Hochschulstudium ein für alle Mal zu Ende ist, aber die Vorstellung des Gerichtsprozesses und der Gefangenhaltung aus den politischen Gründen hat mich überhaupt nicht gelockt. Die Sicherheitspolizei war schon in voller Kraft wie in den 1950er Jahren und von dem Lesen der Bücher über den politischen Prozessen, Foltern der politischen Gefangenen und Behandlung mit ihnen in damaligen Gefängnissen (sie wurden eben in der Zeit der Lockerung in den 1960er Jahren veröffentlich – Solzchenizyn, Mnacko, Löbl, London ...) konnte ich begründet voraussetzen, dass es in meinem Fall nicht viel unterschiedlich sein müsste, obwohl bestimmt nicht von solcher Intensität. An der Universität hat sich damals das Angebot eines von den Olmützer Anwälten verbreitet, dass er bereit ist politisch bedrohte Studenten kostenlos zu verteidigen. Ich habe ihn in seinem Büro besucht und habe ihn mit meinem Gerichtsfall vertraut gemacht. Ich bin nicht hundertprozentig sicher, ob es um eine List aus der Seite der Staatssicherheit, aber wahrscheinlich nicht, weil er mich gleich nach meiner Ankunft aufgefordert hat, dass wir flüsternd sprechen, weil er sich der Abhörung gewiss ist. Auch mein Olmützer Onkel hat Aktivitäten zu meiner Rettung vor dem Gefängnis ausgeübt. Er hat sich mit dem Psychiater Doz. Dr. med. Tabarka, seinem ehemaligen Gymnasialstudenten, getroffen und hat mit ihm über die Möglichkeit gehandelt, mich vor der Sicherheitspolizei in seine Abteilung in dem Olmützer Fakultätskrankenhaus zu „verstecken".

Dann wurde mit mir an der Universität das Rügeverfahren mit dem Verweisungsvorschlag eröffnet. Ich habe es als beschlossene Sache genommen, weil ich nicht gewusst habe, dass von solchen Sachen nicht die Leitung der Universität entscheidet, sondern ausschließlich Dekan der Fakultät. Dekan der Fakultät war Professor D. Krandzalov, Historiker. Später haben wir erfahren, dass er persönlich nicht verstanden hat, warum sich unsere Nation gegen die sowjetische Vorherrschaft widersetzt hat. Er hat immer gesagt: „In meinem Vaterland haben die Türken zerfleischte menschliche Körper auf die Bäume gehängt". Er musste früher schon zwei Verweisungen unterschreiben. Er war schwer krank, eigentlich ziemlich kurz vor dem Tod, und in meinem Fall hat er es abgelehnt, darum bin ich davon mit einer Rüge gekommen und in der Bewertung am Ende des Studiums habe ich keine

Empfehlung für die Aufnahme in den Schuldienst bekommen. Dabei hat mich der Lehrstuhl für Anglistik zu einem halbjährigen Studienaufenthalt in Groß Britannien empfohlen, und hat mit mir als dem zukünftigen Assistenten gerechnet und meine Diplomarbeit (Englisch geschrieben, aber zu dem philosophischen Thema, was offiziell verboten war) wurde zur Anerkennung als rigorose Arbeit empfohlen, das heißt zum Gewinn des Doktorats, und geschweige, dass ich das Studium mit der Auszeichnung absolviert habe (wir waren damals nur drei). Die Bewertung zu meiner Person hat unsere Lehrerin im Jahrgang Fachassistentin Jarmila Tarnyikova geschrieben. In der Bewertung war nur Lob, jedoch von seiner Schlussfassung hat damaliger politischer Prodekan Jaroslav Zezula entschieden (er ist durch kein Habilitationsverfahren gekommen, hat sich aber seine Ernennung zum Dozenten für seine politische Engagiertheit und seine Unterstützung des politischen Prorektors Lón erzwungen), und darum musste in meine Bewertung der Satz über das Rügeverfahren für politisch ungeeignetes Verhalten eingefügt werden. Als ich das Bekanntmachen mit meiner Bewertung unterschrieben habe, Zezula hat es meine Formulierung gefallen, dass ich unter meinen Kollegen für ehrliche Handlung beliebt bin, und er hat noch im letzten Moment vor meinen Augen das Wort „ehrlich" verschmiert und statt dessen hat er „direkt" geschrieben. Die Lehrer von beiden Lehrstühlen, an den ich studiert habe (genauso auch am Militär-Lehrstuhl), haben von meinen politischen Problemen gewusst a haben sich bemüht, mich allerlei unterstützen. Ich denke, dass sie auch geschafft haben ein Auge bei meiner Staatsprüfung, zudrücken, nur dass ich so gute Benotung wie möglich hätte und damit einen besseren Start ins Leben. Es waren wirkliche Akademiker, tapfere Leute, Persönlichkeiten, denen die vernichtende Mehrheit der heutigen Leute nicht das Wasser reichen kann.

Bis heute ist mir rätselhaft, wer – ebenfalls anständige und tapfere Person – in der Schulgewerkschaft des Kreis-Nationalausschusses in Ostrava (Ostrau) irgendwie meine Bewertung von der Fakultät storniert hat, weil ich einen Eiweisungsschein ans Gymnasium in Karvina (Karwin) bekommen habe, was zwar als nicht besonders attraktives Grenzgebiet genommen wurde, aber in meiner Situation war es Gewinn. Für mich hat es bedeutet, da ein Wohnen zu sichern und nach Hause nur an den Wochenenden zu fahren. Zu meiner angenehmen Überraschung wurde ich am Gymnasium sehr freundlich empfangen, ich wurde gleich mit dem Unterricht beauftragt, aber im Laufe des Septembers ist ein Einberufungsbefehl zum Militärdienstantritt bei dem Vbd. 1540 in Dolny Kubin (Unterkubin) (Deckname für das 17. Eisenbahn-Bau-Bataillon der 11. Eisenbahn-Brigade). Es kam um nichts anderes als offiziell aufgelöste aber da facto immer existierende technische Hilfs-Bataillone, wie wir sie von Svandrliks *Schwarze Barone* kennen, also um eine Form der Strafe. Entsprechend dazu war auch die Struktur der Soldaten

des Grundwehrdienstes: ungefähr jeder dritte war schon im Zivilleben (also in dem Alter von 18 bis 19 Jahren) bestraft, jeder dritte hatte verminderte Intelligenz, manche hatten auch eine Körperstörung – außergewöhnlich kleine oder schwache Figur, einem hat z. B. der Ringfinger und Zeigefinger auf der Hand gefehlt. Damals haben sie praktisch jeden gebracht und in unserer Formation sind die zusammengekommen, die niemand wollte oder die da zur Strafe geraten sind. Ausnahme haben nur ein paar Protektionsleute gebildet – direkt aus Dolny Kubin oder der nahen Umgebung, dass sie es praktisch zu Hause hätten. Ähnlich war es auch bei dem Offiziers- und Fähnrich Korps: sie haben in der Vergangenheit ein Delikt begegnet, manche mit unguter Vergangenheit aus dem Slowakischen Staat, jedoch ihr Zusammenzug war Grobheit, Dummheit, Inkompetenz und „Unanwendbarkeit" im Zivilbereich. Die Ausbildung der vernichtenden Mehrheit von ihnen war „fünf Klassen der Volksschule" und der ursprüngliche Beruf z. B. „Arbeiter im Steinbruch" oder „Pfleger der Hengste". Ihre Personalangaben hatte ich zur Verfügung, weil ich trotz meiner „politischen Sünden" von dem Militär-Lehrstuhl der Philosophischen Fakultät der Palacky-Universität, wo wir Jungen zwei Jahren in Laufe des Studiums für die Offiziersfunktion „Krankenpfleger des Bataillons" geübt wurden, eine ausgezeichnete Bewertung bekommen habe (wieder haben sich tapfere Leute gezeigt – O. Dr. med. Dokladal, OSL. Dr. med. Horacek). Darum wurde ich in dem Verband in Dolny Kubin in die Ambulanz zugeteilt (zwar nur in der Unteroffizierfunktion mit dem Verbot der Beförderung, aber ich hatte einen unbegrenzten Zutritt zu der gesamten Gesundheitsdokumentation allen Soldaten, in der alle Informationen über die Ausbildung und auch den ursprünglichen Zivilberuf waren). Es gaben da wieder auch Ausnahmen: ein paar höheren Offizieren waren Ingenieure, ohne die sich der Bau der Eisenbahn nicht behelfen konntet. Die haben auch fette Prämien für die Planerfüllung bekommen, also haben ihnen harte und unmenschliche Verhältnisse unter den Soldaten einschließlich der Schikane überhaupt nichts gemacht, ganz im Gegenteil, weil sie sie zu höheren Arbeitsleistungen gezwungen haben.

Nach der Rückkehr ins Zivilleben habe ich dankbar wieder an das Gymnasium in Karviná angetreten.

■ Und wie ist Ihr persönliches Leben beeinflusst worden?

Was diese Frage betrifft, kann man sagen, dass in meinem jungen Alter das mein Privatleben mit meinem Berufsleben, also mit dem Studium und dem Antritt in die Arbeit, verschwommen hat. Eigene Familie hatte ich nicht (Ehefrau, Kinder usw.).

- Haben die Begebenheiten und ihre Folgen, die davon entströmten, jemanden von Ihren Nächsten berührt?

Von den Einstellungen meiner Eltern und meiner Geschwistern wurde natürlich alles bekannt (sie waren Lehrer). Aber die Gemeinde Zubri (Zubern), wohin wir in den 1950er Jahren umgezogen wurden, war ziemlich bedeutsam und reif, auch dank der strategischen Industrie – Gummiwerke, in denen Atemschutzmasken hergestellt wurden. Unsere Familie wurde sehr freundlich empfangen. Dortige Leute haben meine Eltern gewöhnlich „Herr Leitende, Frau Leitende" angeredet – sie haben gewusst, dass mein Vater früher Schuldirektor war. Nicht nach der sowjetischen Okkupation hat sich die Stellung der Familie in der Gemeinde geändert. Mein Vater war schon in den 1950er Jahren sogar mit vielen öffentlichen Funktionen beauftragt: Vorsitzende der Ortsorganisation und Mitglied des Bezirksausschusses des tschechoslowakischen roten Kreuzes (wenn jemandem in der Gemeinde einen Unfall passiert ist, ist er immer zu meinem Vater gegangen). Es wurde ihm sogar die Funktion des Verwalters der Aufklärungsbesprechung" anvertraut, also hatte er die Befugnis beliebige Kulturveranstaltungen (örtliche Theatervorstellungen, Wandertheater, Konzerte, Ausstellungen der Künstler, Zirkussen usw.) zu erlauben oder zu verbieten. Nicht einmal die sg. Normalisierung zu Beginn der 1970er Jahre hat daran etwas geändert.

- Haben Sie eine „Verhaltensänderung" (gleich für oder gegen das Regime) nach dem Geschehen von 1968 bei Ihren Mitschülern, Zeitgenossen gemerkt?

Viele von meinen Kommilitonen, die im Laufe des Demokratisierungsprozesses zu Tonda Blažek, Petr Rohel und auch zu mir gekommen sind und buchstäblich damit nachgelaufen sind, dass sie sich auch engagieren wollen, haben nach der Okkupation und nach dem, was gefolgt hat, ihre Meinung geändert haben. Manche haben sogar mit der neuen Leitung offen kollaboriert. Ich muss auch die Universitätsprofessoren erwähnen. Direkt schändlich und scheußlich hat sich Doz. Jaromir Dvorak verhaltet (für seine aufgeschossene Figur später spöttisch „Giraffe" genannt), der in der Zeit des Prager Frühlings die Studenten zur größeren Radikalisierung aufgefordert hat, nach der Änderung der Verhältnisse hat er sich völlig gewendet und hat mich z. B. bei dem Rügeverfahren angeschrien, dass ich durch meine gegensowjetische Einstellungen den guten Ruf der philosophischen Fakultät befleckt habe. Als er auf der Straße meinen Vater treffen solle, seinen ehemaligen Lehrer, ist er lieber auf die andere Seite der Straße überqueren. Er ist genauso unverschämt bis zum Ende seines Lebens geblieben. Noch zu Beginn der 1990er Jahre hat er aktiv an der Konferenz zur Ehre J. L. Fischer teilgenommen, also hat er sich wieder gewendet. Es war mit davon damals so übel, dass ich nicht

fähig war, ihn öffentlich bloßzustellen, obwohl er es völlig verdient hat. Auf die Sitzung der Rügekommission ist auch damalige Dekan Prof. Krandzalov gekommen, hat mir ein paar Fragen gestellt und dann hat er nur mit dem Kopf genickt – er hat mir damit sein Verständnis geäußert. Ziemlich opportunistisch hat sich politischer Prodekan Doz. Miroslav Zahradka verhalten, der Vorsitzende meiner Rügekommission, er war aber nicht der Initiator des Übels.

Als riesige moralische Autorität hat sich Frau Doz. Ida Rochowanska gezeigt, damalige Leiterin des Lehrstuhls für Anglistik und Prodekanin, die wegen ihrer Herkunft die deutsche Okkupation in Groß Britannien verbringen musste, wo sie auch den Titel M. A. gewonnen hat. Sie war auch Mitglied der Rügekommission, aber als mir die Bestrafung bekannt gemacht wurde, hat sie mir vor allen die Hand gereicht, und hat mir schöne Ferien gewünscht – dass ich mich von allem gut erholen soll und mit Lust mit weiterem Studium fortsetze. Weiter haben sich ehrlich und tapfer auch spätere Leiter des Lehrstuhls für Germanistik und Anglistik Doz. Jaroslav Machacek und Doz. Ludvik Vaclavek verhalten. Zutiefst achte ich auch Philosophieprofessor Josef Machacek aus Brno (Brünn), der zu uns nach Olomouc gefahren ist um hier vorzutragen. Er hat mich zu dem Thema der Diplomarbeit über David Humes Philosophie angestiftet und ich habe bei ihm dann mein Doktorat gemacht. Er war ein überzeugter Marxist und Kommunist, offen habe ich mit ihm über meine Enttäuschung von dem philosophischen Hauptwerk *Materialismus und Empiriokritizismus* von Lenin gesprochen. Im Grunde hat er mir Recht gegeben; er hat gesagt, dass Lenin auch Philosophie als die Axt zu der politischen Liquidation seiner Gegner benutzt hat. Ich habe ihn für ungewöhnliche persönliche Tapferkeit geachtet. Als der einzige tätige Universitätsprofessor hat er die sowjetische Okkupation abgelehnt und hat es auch vor uns – seinen Studenten – wiederholt. Er hat es geschafft, an seinem Lehrstuhl der philosophischen Fakultät z. B. den proskribierten Dozenten Lubomir Novy zu halten (während dem Sozialismus hat er als erster geschafft objektiv über T. G. Masaryk zu schreiben), sowie auch weiter Philosophen, die aus den politischen Gründen in den anderen Schulen nicht durchgekommen sind.

Selbst habe ich mich später als Pädagoge bemüht mich ähnlich zu verhalten. Als Klassenlehrer in der Mittelschulklassenlehrerhabe ich in den komplexen Bewertungen der Studenten alle Umstände verschweigt, die ihnen in der zukünftige Betätigung politisch schaden, obwohl sie sie in der Bewertungen von der Grundschule geschrieben hatten. Wenn sich z. B. zwei Studentinnen für das Auslandstudium angemeldet haben, habe ich nicht angeführt, dass ihre nahe Verwandte nach dem Jahr 1968 in die Bundesrepublik Deutschland emigriert haben, obwohl sie mich ganz erschreckt auf diese Tatsachen selbst hingewiesen haben. Ich habe ihnen geantwortet, dass sie es nirgendwo

erwähnen sollen, dass sie damit als Kinder nichts zu tun hatten. Als es später der Bezirksausschuss der KPTsch festgestellt hat, hat mich die Vertreterin des Schuldirektors, die gleichzeitig auch Vorsitzende der Parteiorganisation war, schrecklich heruntergeputzt. Ich habe mich davon aber nicht gemacht. Im Gegenteil hatte ich daraus ein gutes Gefühl, weil beide Studentinnen inzwischen bei den Aufnahmeprüfungen durchgekommen sind.

Das „rote Diplom" (mit Auszeichnung) sollte ich aus politischen Gründen überhaupt nicht bekommen, aber damaliger Dekan Doz. Akad. Architekt Frantisek Novak hat mir eine Ausnahme erteilt. Als Akademiker mit der Spezialisierung auf Kunst hat er seinen Freisinn und seine Großzügigkeit bewiesen. Auch in meinem Wohnort wurden tapfere Leute gefunden. Z. B. als ich von Eltern eines Teilnehmers des schon erwähnten Lagers angezeigt wurde, sind für mich die Genossen der Staatsicherheit gekommen und haben bei dem Leiter des Gummiwerk-Kulturhauses Zubri (Zubern) ausgehorcht (er hat gleichzeitig für alle Gewerkschaftserholungsurlauben für Angestellte und ihre Kinder gesorgt). Der Leiter hat es abgelehnt, mit ihnen zu sprechen und hat sie im Grunde hinausgeworfen. Er heißt Zdenek Tovarys, und ist heute schon ein alter Mann. In dem ähnlichen Zusammenhang muss ich auch den damaligen Vorsitzenden der KPTsch Organisation an der philosophischen Fakultät Germanisten Dr. Jan Chytil erwähnen. Er hat sich für mich eingesetzt, dass sie gegen mich die Anzeige eines minderjährigen Junges benutzen, darum kann man es nicht als relevante Aussage nehmen. Dagegen hat aber scharf Assistentin Lydie Sindylkova protestiert, Russin, die hierher eingeheiratet hat, und mit dem Argument, dass „Pavlik Morozov auch ein Junge war". (P. Morozov hat auf dem Gewissen die Ermordung seiner eigenen Eltern, die er als Feinde der sowjetischen gezwungenen Kollektivierung angezeigt hat. Sein Großvater hat ihn dann getötet und selbstverständlich auch er dann mit seinem Leben gebüßt. Bei uns war Pavlik noch am Anfang der 1960er Jahre und dann wieder während der Husaks Normalisierung als ein kleiner Held in den Lehrbüchern verherrlicht.)

- Meinen Sie, dass es von Bedeutung ist, das Jahr 1968 und seine Begebenheiten bei der heutigen Generation wach zu rufen? Falls ja, warum?

Es gibt viele Zitate über die Belehrung von der Geschichte und darüber, dass die Nation, die ihre Vergangenheit nicht kennt, nichts Gutes erwartet. Das ist allgemeine, aber ich denke, auch erprobte Weisheit. Es scheint mir, dass meine Generation von der Geschichte wesentlich mehr belehrt wurde als die heutige Generation. Es hat natürlich seine Logik und völlig objektive Ursachen: in unserer Zeit ist die Hauptquelle der Informationen Schule, Bücher, Eltern und Großeltern, die ihren Nachkommenden mehr Zeit gewidmet haben. Gegenwärtige junge Generation ist buchstäblich mit verschiedenen Massenmedien und Informationen überlastet, die vor allem elektronisch

verbreitet werden. Es ist schwer, sich in ihnen zu orientieren und zu schaffen, relevante und unerhebliche Informationen, Wahrheit und Unwahrheit zu unterscheiden.

Als ehemaliger Schulinspektor muss ich auch leider konstatieren, dass Geschichte oft als eine mechanische Folge der einzelnen Ereignisse und zu ihnen zugeordneten Daten unterrichtet wird, ohne die Notwendigkeit die kausale Zusammenhänge und den gesamten sozio-kulturellen und politisch-geographischen Kontext zu sehen und zu verstehen. Sie gibt zu viel Gewicht auf Namen und genauen Bezeichnungen. Das isoliert das Fach und trägt zu seiner Attraktivität nicht bei.

Auf die Vergangenheit zurückkommen, auch auf die berühmte, kann natürlich auch schattige, unerwünschte Seiten – z. B. italienischer Faschismus von Mussolini oder deutscher Nazismus von Hitler. Bei uns wurde es im Jahr 1968 manchmal auf politische Verbrechen aus den 1950er Jahren hingewiesen. Eine entscheidende Auseinandersetzung mit den Initiatoren und Schuldigen, die eng mit der Staatssicherheit zusammengearbeitet haben, vor allem aus den Reihen des Gipfels der KPTsch, hat sich nie verwirklicht. Genau die hatten eminentes Interesse an der sowjetischen Intervention und folgender Okkupation der Tschechoslowakei und haben aktiv an der s.g. Normalisierung im Husaks Regime teilgenommen.

Wenn wir zum Jahr 1968 und seinen Zusammenhängen zurückkommen, dann ist es nötig, es mit den Ereignissen aus dem November 1989 zu verbinden, weil damals allgemein vermutet wurde, dass es zu irgendwelcher Rehabilitierung des „Prager Frühlings“ und Erneuerung der Ideale des demokratischen Sozialismus und der Meinungs- und Niederlassungsfreiheit (Reisen ins Ausland u. ä.) kommt.

Sehr kontroverse Rolle haben zu Beginn der 1990er Jahre s.g. Cibulkas Listen (Druckzeugnis *RUDÉ KRÁVO (ROTES KUH), NECENZUROVANÉ NOVINY (UNZENSIERTE ZEITUNG)*) gespielt. Es ging um bis dahin verheimlichte Listen der Mitarbeiter der Staatssicherheit, s.g. Vertraute, Besitzer verheimlichter Wohnungen für die Zwecke der Staatssicherheit und auch die Listen der Agenten. Ihr Herausgeber, Radikale, ehemaliger Dissident und verfolgter Signatar der Charta 77 Petr Cibulka hat sich schon kurz nach „samtener Revolution“ von dem neu eingetretenen Präsidenten Václav Havel politisch getrennt. Havel hat in den Zeiten des kommunistischen Regimes große bürgerliche Tapferkeit gezeigt, er wurde zu der Ikone der Novemberrevolution und der Zeit, die unmittelbar gefolgt hat, und bis auf kleine Ausnahmen war er unkritisch bewundert sogar adoriert. Immer wenn es zu einer Diskussion oder Polemik gekommen ist, hat das Argument genügt, dass es Václav Havel gleich sieht und sagt.

Schon am Ende des Novembers 1989 habe ich von meinem ehemaligen Universitätsprofessor und dem Leiter des Lehrstuhls für Philosophie Dr.

Svatopluk Hrab (der nach der Auflösung der Fakultät zu Beginn der 1970er Jahre wurde er entlassen) einen Brief bekommen. Er wollte, dass ich mich auf die Aufforderung der neuen Rektor Doz. Josef Jarab mit ihm und mit anderen philosophischen Persönlichkeiten aus der ganzen Republik in die Arbeit an der Erneuerung dieser Fakultät einfüge. (Auch er hat mich unterrichtet und moralisch unterstützt, als ich als Student politische Probleme hatte.) Vor Freude habe ich zugestimmt. Es ist für mich unverständlich, dass auf den Webseiten des heutigen Lehrstuhls für die Philosophie der Philosophischen Fakultät der Palacky-Universität keine Erwähnung ist, dass der Lehrstuhl erst nach der Erneuerung der olmützer Universität im Jahr 1946 und dann wieder seit der zweiten Hälfte der 1960er Jahre existiert hat – und damals hat Dr. Hrab an den Lehrstuhl den ehemaligen Rektor, Professor J. L. Fischer vorgeladen. Jetzt werden zu seiner Ehre jährlich Vorträge von bedeutenden Absolventen veranstaltet.

Um eine bessere Übersicht von der politischen Situation im gesamtstaatlichen Ausmaß zu gewinnen, habe ich mich mit meinem Bruder nach Prag zu seinem Freund dem Komponisten Petr Hapka aufgemacht. Petr war der Sohn von unserem alten Familienfreund dem akademischen Maler Josef Hapka (nach seinem Tod hat er mich überzeugt vor seinem Grab zu reden). Petr hat sich mit Václav Havel, Michael Kocab, Michal Horacek und anderen Prager Persönlichkeiten der Opposition getroffen und hat sie näher gekannt. Als Künstler und Bohemien hat er Václav Havels Kandidatur zum Präsidenten rückhaltlos und begeistert unterstützt. Bei freundlichem Gespräch bei einem Gläschen Sliwowitz hat er aber viele gemeinsame Erlebnisse beschrieben und hat unwillkürlich auch Details verraten, die aus der moralischen Sicht Havel, gelinde gesagt, diskreditiert haben. Obwohl Petr es so überhaupt nicht angenommen hat, weil sein Lebensstil nicht viel verschieden war. Es ist bekannt, dass es z. B. in Hradecek (Silberstein – Sommersitz von Václav Havel) zu den Trink- und Sexorgien gekommen ist, die selbst ihre Teilnehmer manchmal dokumentiert haben. Drogen haben auch nicht gefehlt. Davon hat man früher aber nicht viel gewusst und man hat davon überhaupt nicht gesprochen. Allerdings heute kann es jeder in der umfangreichen Biografie „Havel" lesen, die von seinem Freund und nahen Mitarbeiter Michael Zantovsky geschrieben wurde.

Bis zu manchen Zeitzeugen und informierten Leuten, die sich der Vergangenheit intensiver widmen, kennt diese Tatsachen gegenwärtige Öffentlichkeit, einschließlich Geschichtslehrer und besonders junge Leute, nicht. Václav Havel und Chartisten sind in der großen Mehrheit positiv wahrgenommen. Kaum jemand wird sich den historischen Fakt bewusst, dass sich in der umstürzlerischen Atmosphäre nach dem November 1989 niemand, einschließlich des kommunistischen Parlaments und des höchsten gesetzgebenden Organs, den kleinsten Widerstand gewagt hat. Auf den Vor-

schlag des ehemaligen obersten Vorgesetzten der kommunistischen Partei des Prämieren Marian Calfa wurde sogar der größte Feind des Staats Václav Havel einstimmig zum Präsidenten gewählt. Das schon war etwas Seltsames, Unnatürliches und Alarmierendes. Es hat nach irgendwelcher gegenseitigen Kollaboration gerochen – und genau das hat sehr abgeschmackt der ehemalige Freund und Chartist Petr Cibulka dem Präsidenten Havel vorgeworfen, als se in einer TV-Direktübertragung gesagt hat: „Vasek, du bist Schwein, du bist Schwein." Es war schockierend, aber niemand hat damals viel reagiert. Durchwegs wurde es längst vergessen, dass er schon vom Anfang seiner Funktion als Präsident sehr ernste und moralisch schwer entschuldigte Entgleisungen begangen: er hat Treue der Tschechoslowakischen sozialistischen Republik geschworen – damit wurde später begründet, warum „Treue des Sozialismus" aus dem Text der Vereidigung des Präsidenten ausgelassen wurde. Öffentlich hat er Warnung aus der Seite der Kommunisten und Furcht eines Teiles der Gesellschaft, dass es bei uns zu der Erneuerung des Kapitalismus kommen sollte (er hat es als zweckmäßige Unwahrheiten und Schrecken der Bürger bezeichnet, dabei hat er sehr früh großes nationalisiertes Familienvermögen restauriert), kategorisch geleugnet und abgelehnt. Durch seine allgemeine Amnestie hat er völlig unverständlich auch gefährlichste Verbrecher, Wiederholungstäter und Mörder freigelassen, die schon in den ersten Wochen nach der Amnestie wirklich getötet haben (oft völlig stichprobeweise, nur nach dem Klingeln an die Tür und dem Öffnen der Tür, dass sie etwas Geld oder Sachen zu ihrer schmarotzerhaften Lebensweise gewinnen). Verantwortung, wenigstens eine normale, das alles fällt auf Václav Er hat kein Bedauern, Entschuldigung oder Erklärung ausgedrückt. Eine von seinen ersten Sorgen war das Aussehen der Burgwache-Uniformen, des Staatswappen und den Staatsnamen, was ungerade die „Gedankenstrich-Krieg" und folgend vertiefende Streite zwischen Tschechen und Slowaken ausgelöst hat. Ganz unverständlich, ja sogar zynisch, bleibt für mich bis heute die Erklärung von Havel aus der Zeit der militärischen national-motivierten Konflikts in ehemaliger Jugoslawien, wo gegen Serbien (von dem autoritären Präsidenten Milosevic beherrscht) die NATO-Luftwaffe eingegriffen hat). Unser Präsident hat es damals als „humanitäre Bombardierung" bezeichnet. Ich kann mir nicht vorstellen, wie er es schaffen würde, in die Augen der dortigen verkrüppelten und verwaisten Kindern oder ihren Eltern zu schauen.

Aus vielen oben genannten Gründen halte ich den Vergleich von Václav Havel zu T. G. Masaryk für absolut unangebracht. Ich wäre ungern, wenn meine Erinnerungen und Kommentare wie „Dreck bewerfen" aussehen sollten. Es ist unstreitiges und großes Verdienst von Václav Havel, dass beinahe die ganze Welt, vornehmlich die Supermächte wie US und UdSSR, vor allem dank ihm von unserem kleinen Land erfahren hat. Das Jahr 1968 hat Michail

Sergejewitsch Gorbatschow in seinem Versuch über Perestroika – demokratische Reform des sowjetischen Systems – inspiriert.

Zum Schluss meiner Ansicht in die Vergangenheit d. h. ins Jahr 1968 und in seine unmittelbaren und zeitlich ferneren Folgen will ich noch s. g. Cibulkas Listen erwähnen. Zu meiner unangenehmen Überraschung habe ich in den Listen eine große Reihe von meinen Studienkollegen und Universitätsprofessoren entdeckt. Jedoch muss ich gerecht konstatieren, auch wenn die Geheimpolizei Informationen aus meiner unmittelbaren Umgebung hatte, hat sie evident nichts erfahren, was mir schaden könnte (dass ich ein ausgezeichneter Student und Freund bin, der anderen gern behilflich ist, dass ich sehr gefühlvoll auch in der Beziehung zu Tieren bin, und dass ich deswegen ablehne Fleisch zu essen usw.). Cibulkas Listen enthalten sehr abwechslungsreiches Gemisch von Leuten: von bewussten Angebern, den es gut getan hat, anderen heimtückisch schaden, über die, denen mit Verlust von der Stellung, Ende der Karriere oder Kompromittierung gedroht wurde, bis zu ausgesprochenen Opfern, denen die Angehörige der Geheimpolizei mit dem Gefängnis oder sogar mit der physischen Liquidierung ihrer allein oder ihren nächsten Verwandten einschließlich den Kindern (Überfahren mit dem Auto u. ä. oder ein anderer „unglückliche Zufall") gedroht wurde. Es ist notwendig, sich auch vor der Namensverwechslung zu hüten. Z. B. Zdenek Novotny ist bei uns ziemlich oft vorkommender Name und er kommt in den Listen mehrmals vor. Nur laut dem Geburtsdatum (bei mir is es am 13. 2. 1949) kann man genau identifizieren, dass es z. B. nicht um mich oder meinen Vater (gleiches Namens, geboren am 20. 8. 1910, Mutter Olga Novotna geboren am 8. 8. 1914) kommt. Schicksale der Leute und ihre Gründe, die in den Listen erwähnt wurden, waren sehr unterschiedlich. Also geht es nicht absolut pauschal verurteilen oder alle „in einen Topf werfen". Es ist paradox, dass erst nach der Abschaffung und Auslösung der Staatssicherheit nach dem November 1989 ihren Mitglieder „fette" Abfindungen und Renten in voller Höhe ihren Gehälter gewährt wurde, während ihre Opfer habe nur Abfindungen, Bezichtigungen und gar nicht Entschädigungen erlebt. Genau in den Ferien 1990 habe ich auf dem Hauptplatz in Olomouc den Kapitän Frantisek Zatloukal (Fischauge) getroffen. Er hat einen schönen eleganten ausgezeichnet passenden Anzug, ein Hemd mit der Schlinge und aufgemachten Sakko an. Er hat wohlhabend und völlig zufrieden und selbstbewusst ausgesehen. Ich habe ihm durchdringend in die Augen gesehen, die mit dem Verengung und „Schärfen! evident reagiert haben, aber damit hat es auch aufgehört. Er hat schnell in der Volksmenge verschwunden – auch ich war auch nicht psychisch bereit, mit ihm irgendwie aneinanderzugeraten. Dazu wurde ich mich gleich meiner Hilfslosigkeit bewusst.

Genauso ist es über die Mitglieder der kommunistischen Partei gültig, was ich schon in einigen oben genannten Beispielen belegt habe. Im Gegen-

teil viele von denen, die in der kommunistischen Partei nicht waren (manchmal deswegen, dass sie sie für ihre Unfähigkeit und Charakterlosigkeit nicht haben wollte, obwohl sie sich bemüht haben da zu kommen), aber nach dem Jahr 1989 haben sie sich damit gerühmt haben, dabei sie während dem alten Regime munter kollaboriert heben, dass sie zufriedenstellen und oft dann als Gewerkschaftsfunktionäre oder Aktivisten der Union für die Tschechisch-sowjetische Freundschaft größere Vorteile hatten (luxuriöse Gewerkschaftserholungsurlaube, Kurorten, Reisen, Belohnungen usw.) als allein die Mitglieder der KPTsch. Ich weiß es von meiner eigene Erfahrung: im Sommer 1989 war ich mit meiner Ehefrau zum ersten Mal auf einer Gewerkschaftserholungsurlaub, und genau in der ehemaligen Jugoslawien, die ursprünglich für einen parteilosen Vorsitzenden der Schulorganisation der ROH (Revolutionäre Gewerkschaftsbewegung) bestimmt wurde. Er hat ihn auf den letzten Moment abgelehnt, weil seine Frau nicht fahren wollte – ihre Tochter sollte gerade gebären, und so hat er ihn der Gewerkschaftsausschuss auf meine Person überwiesen damit, dass ich in dem gleichen Jahr den 40. Geburtstag hatte. Es war auch völlig undenkbar, dass ein kommunistischer Funktionär, oder nur gewöhnlicher Mitglied der KPTsch etwas moralisch Zweifelhaftes begangen hat und dabei nicht bestraft wurde Ich erinnere z. B. den Fall, wann ein Mitglied der KPTsch drei gliche Stücke der Kleidung gekauft hat – eine für sich und die übrige zwei hat sie dann für den gleichen Preis ihren Kolleginnen in der Arbeit angeboten. Es war als eine Art der Korruption beurteilt – Bemühung sich irgendwie zu einer ähnlichen Gegenleistung binden, was aus der Sicht der „kommunistischen Moral“ unakzeptabel war.

Anlage 2: Gespräch mit dem Lehrer

- In welcher beruflichen und persönlichen Etappe des Lebens haben Sie sich im Jahre 1968 gefunden?

Im Jahr 1968 war ich Fachassistent des Lehrstuhls für Gesellschafswissenschaften der Palacky-Universität, ich habe das Doktorat in Philosophie und die Kandidatur der Wissenschaften erreicht. Ich war verheiratet und hatte zwei Kinder.

- Wie haben die Begebenheiten konkret auf Sie gewirkt? Welche gesellschaftliche Atmosphäre haben Sie gefühlt?

„Prager Frühling“ habe ich als die Gelegenheit begrüßt, alle Deformationen der vorherigen Jahren zu beheben und als eine Chance für „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“.

- Wie haben Sie persönlich gerade den 21. August 1968 empfunden?

Die Invasion am 28. August habe ich schon sehr früh am Morgen an dem ungewöhnlichen Lärm der zahlreichen Flugzeugen über Olomouc gemerkt und dann aus der Rundfunksendung. Ich war schockiert, selbstverständlich habe ich die geplante Reise in mein Wochenendhaus verschoben und bin an die Fakultät gegangen, um mich mit meinen Kollegen zu beraten, was wir tun. Ich habe da mehrere Kollegen gefunden. Mit zwei von ihnen haben wir ein Aktionsorgan gebildet, das in den kommenden Tagen im Namen der Fakultät aufgetreten hat und Protestschritte organisiert hat.

- Wie sind Sie von den Begebenheiten hinsichtlich des Berufslebens konkret beeinflusst worden?

Die Invasion in ihrer Konsequenzen – in s. g. Normalisierung – hat das Ende meiner akademischer Tätigkeit bedeutet – ich wurde entlassen und für zwanzig Jahre der Möglichkeit enthoben wissenschaftlich zu arbeiten oder zu publizieren.

Und wie ist Ihr persönliches Leben beeinflusst worden?

Auch in meinem Privatleben wurde ich diskriminiert – verfolgt von der Staatssicherheit, ich hatte existenzielle und finanzielle Probleme, ich wurde der Möglichkeit enthoben, ins Ausland zu reisen usw.

- Haben die Begebenheiten und ihre Folgen, die davon entströmten, jemanden von Ihren Nächsten berührt?

Ja – z. B. meine Tochter hatte Schwierigkeiten in das Studium an eine Mittelschule zu kommen.

- Haben Sie eine „Verhaltensänderung“ (gleich für oder gegen das Regime) nach dem Geschehen von 1968 bei Ihren Mitschülern, Zeitgenossen gemerkt?

Das Verhalten der nächsten Freunde hat sich nicht geändert, wir haben uns getroffen, gegenseitig unterstützt und durch manche Aktivitäten dem Regime getrotzt. Viele von den ehemaligen Kollegen haben aber angefangen sich mir zu entziehen. (Manche haben sogar an meiner beruflichen Liquidierung teilgehabt – durch die Beschuldigung, eventuell haben sie die Verantwortlichkeit für ihre – angeblich zeitweilige Irreführung – auf mich gewälzt.) Mit mir befreundet zu sein, hat vielen Leuten als riskant geschienen.

- Meinen Sie, dass es von Bedeutung ist, das Jahr 1968 und seine Begebenheiten bei der heutigen Generation wach zu rufen? Falls ja, warum?

Es ist wichtig, dass diese Ereignisse im Bewusstsein aller nächsten Generationen gehalten werden, weil sie ein bedeutendes Kapitel der Nationalgeschichte sind, und weil es ethisch wünschenswert ist, die Opfer der damaligen dramatischen Ereignissen nicht zu vergessen – des Widerstands gegen den Okkupanten, und weil einige von damaligen Idealen, die allgemein menschlich sind, bis heute nicht erfüllt werden und es nötig ist, sich um ihre Verwirklichung ständig zu bemühen.

Bettina Alavi / Anna-Lena Mohr

Der Fall Pauli vs. Kollnig / Schwab

NS-Aufarbeitung an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg in den 1968ern?

„Diese Herren, die aus der Geschichte, auch aus ihrer eigenen nichts gelernt haben, die auch in Zukunft treu Diener und Büttel jedes Herren sein werden, müssen wir uns gut merken. Sie sind Feinde des Volkes und müssen als solche behandelt werden."[1] Dieses Zitat aus einer studentischen Zeitung des Jahres 1973 gibt Einblicke in die Härte der Sprache und die Sprengkraft der Konflikte an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg in der Zeit der Studentenunruhen. Schon in den drei Zeilen sticht der tiefe Graben zwischen den Lehrenden der Zeit – betitelt als „diese Herren" – sowie den Studierenden – zusammengefasst unter der Bezeichnung „wir" – hervor. Neben der inhaltlichen Ebene fällt dabei vor allem das Drohpotenzial ins Auge. Die zitierte Äußerung stellte den Ausgangspunkt einer monatelangen Auseinandersetzung zwischen dem Lehramtsstudenten Wilhelm Pauli und den Lehrenden Karl Kollnig sowie Wilhelm Schwab an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg dar, die in einem juristischen Prozess mündete. Doch was war der Anlass dieses Prozesses, der mit einem Freispruch endete? Wie gestalteten sich die Vorgänge, die über mehr als ein Jahr andauerten? Welche Argumentationsmuster verfolgten die einzelnen Parteien? War es typisch für die Studierenden der 68er[2], die Vergangenheit einzelner Dozierender zu beleuchten? Diesen Fragen widmet sich der vorliegende Aufsatz, in dem das exemplarische Beispiel des Prozesses Pauli vs. Kollnig/Schwab aus dem Jahr 1973 dazu dient, sich mit der Aufarbeitung des Nationalsozialismus[3] an der

---

[1] KHZ HD 12. 11. 1973. In: http://www.mao-projekt.de/BRD/BW/KAR/Heidelberg_VDS_KBW_Kommunistische_Hochschulzeitung/Heidelberg_VDS_KBW_Kommunistische_Hochschulzeitung_19731112.shtml, aufgerufen am 29. 8. 2016.

[2] Die vorliegende Arbeit verwendet die Ausdrücke 68er-Bewegung, 68er sowie Studentenbewegung als Etikett für eine große und medial vermittelte Protestbewegung. Der Begriff beschränkt sich dabei nicht auf das Jahr 1968, sondern umfasst vielmehr eine Zeitspanne, die von Ende der 60er Jahre bis in die Mitte der 70er Jahre reicht. Vgl. Bernd-A Rusinek.: Von der Entdeckung der NS-Vergangenheit zum generellen Faschismusverdacht – akademische Diskurse in der Bundesrepublik der 60er Jahre. In: Axel Schild u.a. (Hrsg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften. 2. Aufl. Hamburg 2003, S. 114.

[3] Im weiteren Verlauf der Arbeit wird der Begriff Nationalsozialismus durch NS abgekürzt.

Pädagogischen Hochschule Heidelberg während der Studentenbewegung auseinander zu setzen.[4] Dieser Beitrag stützt sich hauptsächlich auf Archivalien aus dem Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA), dem Landeskirchlichen Archiv Karlsruhe (LKA) sowie aus Privatbeständen. Eingesehen wurden dabei Flugblätter, Senatsprotokolle, Hochschulzeitungen, Korrespondenzen und ähnliches. Ebenso wurden Zeitzeugenberichte herangezogen, welche im Rahmen des Seminars *„Die 68er Lehrer/innen und was aus Ihnen geworden ist"*[5] entstanden sind. Auf der einen Seite zu nennen sind die befragten ehema-

[4] Im Rahmen dieses Aufsatzes kann leider keine Kontextualisierung in die Aufarbeitung des Nationalsozialismus in den 1968ern allgemein und an westdeutschen Hochschulen vorgenommen werden. An dieser Stelle kann nur auf die wissenschaftliche Standardliteratur verwiesen werden: Helmut Dubiel: Niemand ist frei von der Geschichte. Die nationalsozialistische Herrschaft in den Debatten des Deutschen Bundestages. München/Wien 1999; Torben Fischer / Matthias N. Lorenz (Hrsg.): Lexikon der „Vergangenheitsbewältigung" in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945. 3. überarb. und erw. Aufl. Bielefeld 2015; Norbert Frei: 1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewußtsein der Deutschen. München 2003. Carola Groppe: Universität, Generationenverhältnisse und Generationenkonflikte um „68". Vom Wandel der Institutionen und der Radikalisierung politischer Aktivität. In: Meike Sophia Baader / Ulrich Herrmann (Hrsg.): 68 – Engagierte Jugend und kritische Pädagogik. Impulse und Folgen eines kulturellen Umbruchs in der Geschichte der Bundesrepublik. Weinheim/München 2011, S. 129–147; Katrin Hammerstein: Wider den Muff von 1000 Jahren. Die 68er Bewegung und der Nationalsozialismus. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Die 68er-Bewegung. Bonn 2008. Online abrufbar unter: http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/68er-Bewegung/51791/wider-den-muff-von-1000-jahren?p=1, aufgerufen am 15. 7. 2016; Helmut König: Die Zukunft der Vergangenheit. Der Nationalsozialismus im politischen Bewußtsein der Bundesrepublik. Frankfurt am Main 2003; Sandra Kraft: Vom Hörsaal auf die Anklagebank. Die 68er und das Establishment in Deutschland und den USA. Frankfurt am Main 2010; Wolfgang Kraushaar: Denkmodelle der 68er-Bewegung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 22-23/2001, S. 14–27; Karl Christian Lammers: Die Auseinandersetzung mit der „braunen" Universität. Ringvorlesungen zur NS-Vergangenheit an westdeutschen Hochschulen. In: Axel Schild u.a. (Hrsg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften. 2. Aufl. Hamburg 2003, S. 148–165; Wilfried Mausbach: Wende um 360 Grad? Nationalsozialismus und Judenvernichtung in der „zweiten Gründungsphase" der Bundesrepublik. In: von Christina Hodenberg / Detlef Siegfried: Wo „1968" liegt. Reform und Revolte in der Geschichte der Bundesrepublik. Göttingen 2006, S. 15–47; Detlef Siegfried: Zwischen Aufarbeitung und Schlußstrich. Der Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten 1958 bis 1969. In: Schild, Axel u.a. (Hrsg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften. 2. Aufl. Hamburg 2003, S. 77–114. Edgar Wolfrum: Die Bundesrepublik Deutschland. 1949–1990. Stuttgart 2011 (Gebhardt. Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 23).

[5] Leitung: Bettina Alavi.

ligen PH-Studenten[6], welche mehr oder weniger stark in die Geschehnisse der 68er an der Hochschule involviert waren und somit verschiedene Sichtweisen auf die Zeit haben. Um auch die Perspektive des Lehrkörpers miteinzubeziehen, wurde zudem der ehemalige Rektor (1971–1976) der Pädagogischen Hochschule Prof. Dr. Klaus Engelhardt interviewt. Allen Zeitzeugen waren die betreffenden Konfliktparteien bekannt, sodass ihre Aussagen multiperspektivisch gegenübergestellt werden konnten. Um der Gefahr von Selbstzensur, Verzerrungen oder Überlagerungen vorzubeugen, die es in der Oral History aufgrund der direkten Beteiligung der Zeitzeugen zu beachten gilt, wurden die Aussagen der Zeitzeugen mit anderen Zeitzeugenberichten abgeglichen oder Archivalien zur Thematik herangezogen.

NS-Aufarbeitung in den 68ern

Berlin und Frankfurt waren die Zentren der Studentenunruhen in der Bundesrepublik. Gleichwohl führten die Ereignisse an der Universität Heidelberg zu bundesweiter Berichterstattung und Medienpräsenz.[7] Weitaus weniger, aber auch als Ort der Lehrerbildung mit spezifischer Klientel, stellte die PH einen Ort der Studentenunruhen dar, was aus zahlreichem Quellenmaterial und Berichten von Zeitzeugen hervorgeht. Inwieweit spielte die Thematik der NS-Aufarbeitung eine Rolle für die 68er-Zeit an der Pädagogischen Hochschule? Dies soll im Folgenden anhand eines exemplarischen Beispiels konkretisiert und aufgezeigt werden.

Die Situation an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg in den 68ern

Gegen Ende der 60er Jahre, der eigentlichen Hochphase der 68er, war es an der PH Heidelberg noch relativ ruhig, während es an der Universität Heidelberg bereits zahlreiche und heftige Auseinandersetzungen gab.[8] Die Studentenunruhen der 68er waren zu diesem Zeitpunkt an der PH noch nicht angekommen. Einzelne PH-Studenten beteiligten sich individuell an Heidelberger Demonstrationen, eine organisierte Protestbewegung war jedoch

[6] In der vorliegenden Arbeit wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit lediglich die männliche Form von Begriffen wie Studenten/Dozenten/Lehrende etc. benutzt. Mit eingeschlossen sind darin selbstverständlich auch weibliche Personen.

[7] Vgl. Andreas Cser: Kleine Geschichte der Stadt und Universität Heidelberg. Leinfelden-Echterdingen 2007, S. 343.

[8] Vgl. Ebd.

zu diesem Zeitpunkt noch nicht ausgereift.[9] Erst in den frühen 70er Jahren begann an der PH die Phase der kritischen Studentenbewegung. Aussagen mehrerer Zeitzeugen und auch die Anzahl studentischer Flugblätter lassen auf diese Entwicklung in den frühen 70ern schließen.[10] Die Frage nach der NS-Aufarbeitung spielte an der Pädagogischen Hochschule eine relativ geringe Rolle. Andere hochschulpolitische Themen wie beispielsweise die Hochschulgesetzesnovelle oder der „Radikalenerlass"[11], lokale Ereignisse wie die Fahrpreiserhöhungen sowie PH-interne Thematiken wie die soziale Situation der Studierenden, dominierten die studentischen Protestaktionen.[12] Laut Zeitzeugenaussagen war es an der PH nicht üblich, explizit die Vergangenheit jedes einzelnen Dozenten zu untersuchen, beziehungsweise gezielt danach zu fragen.[13] Diese These unterstützt die Durchsicht studentischer Zeitungen, Flugblätter sowie Senatsprotokolle aus der Zeit, in welchen das Thema NS verhältnismäßig selten auftaucht. Einige Karikaturen mit Bezug auf den NS befinden sich darin sowie gezielte Untersuchungen der NS-Vergangenheit im Zusammenhang mit dem Prozess gegen Pauli.[14] Auch wenn keine systematischen Untersuchungen möglicher NS-Vergangenheiten stattgefunden haben, kann dennoch den Zeitzeugenaussagen zugestimmt werden, die betonen, dass der Aspekt der NS-Aufarbeitung vor allem dann in den Vordergrund rückte, wenn Lehrende gezielt gegen politisch aktive – meist linke – Studierende vorgingen, denn „dann wurde im Gegenzug bei entsprechendem Alter natürlich schon nach eventuell vorhandenen NS-Schriften des Dozenten gesucht."[15] Ebenso verhielt es sich bei Lehrenden, welche eine bestimmte Position beziehungsweise Funktion innerhalb der PH besaßen, wie es bei Kollnig als Prorektor der Fall war. „Da wurde von einer politisch aktiven Minderheit der Versuch gemacht zu erfahren, wie sich die damals verhalten haben. Aber das hat das Klima an der PH insgesamt nicht bestimmt."[16] Eine zentrale Frage der Studierenden, welche sich alle

[9] Vgl. Zeitzeugengespräch Berufsverbote, vgl. ebenso Unterlagen zur Gründung von Studentenverbindungen und -vereinigungen. In: GLA 535 Zugang 2001-66. Studentenverbindungen und -vereinigungen 4438.

[10] Vgl. Zeitzeugengespräch Frau K., vgl. ebenso Zeitzeugengespräch Berufsverbote Vgl. ebenso Anzahl der Flugblätter. In: GLA 535 Zugang 2001-66, Flugblätter.

[11] Vgl. den Beitrag Märtsch in diesem Band

[12] Vgl. Zeitzeugengespräch Engelhardt, vgl. ebenso Zeitzeugengespräch Berufsverbote, vgl. ebenso Zeitzeugengespräch Frau K., vgl. ebenso Flugblätter. In: GLA 535 Zugang 2001-66, Flugblätter.

[13] Vgl. Zeitzeugengespräch Engelhardt, vgl. ebenso Zeitzeugengespräch Berufsverbote.

[14] Vgl. KHZ PH 14. 11. 1973. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dt. theol. et phil.

[15] E-Mail des Zeitzeugen Hornung (Berufsverbote) vom 1. 8. 2016.

[16] Zeitzeugengespräch Engelhardt.

Dozenten auszusetzen hatten, war dagegen die, nach der politischen Haltung. Gezielt versuchte man innerhalb der studentischen Gruppen sowie in Vier-Augen-Gesprächen die Haltung der Lehrenden zu aktuellen politischen Themen herauszufinden und damit verbunden auch deren politische Grundhaltung. In dieser „Gretchenfrage“[17] spielte schließlich auch die Haltung zum NS eine Rolle, da es für die Studierenden von Bedeutung war, die Vergangenheit mit der Gegenwart zu verknüpfen und Kontinuitätslinien beziehungsweise Parallelen herzustellen.[18] Es galt herauszufinden „lernt einer aus seinen Irrtümern, aus der und seiner Geschichte, oder paßt [sic!] er sich opportunistisch der wechselnden Herrschaft, bzw. Herrschaftsform an.“[19] Stark zugespitzt wurde das im Fall Kollnig und Schwab, wie ein Artikel in der Kommunistischen Hochschulzeitung der PH zeigt: „Wichtig ist es nun zu untersuchen, inwieweit die von diesen Herren vermittelten Lehrinhalte und die Formen in denen sie hier an der PH durchgesetzt werden, bruchlos an ihre Vergangenheit anknüpfen, in dem Bestreben die Herrschaft der Bourgeosie aufrecht zu erhalten, einer Klasse die in Wesentlichen mit der Herrschenden während des Faschismus identisch ist.“[20] Je nach Grundhaltung der Dozenten unterschied sich das Vorgehen der Studierenden. Wurde ein Lehrender von der (linken) Studentenschaft als sogenannter Reaktionär eingestuft, stand er im Zentrum studentischer Protestaktionen. Dieser Begriff, der während der Beschäftigung mit den 68ern immer wieder auftaucht, wurde meist vonseiten linker Studierenden verwendet, um eine politische Einordnung vorzunehmen. Konservative, rückständige beziehungsweise rückwärtsgewandte Personen, die parteipolitisch der CDU oder weiter rechts stehenden Parteien zugeordnet werden konnten, erhielten diese Bezeichnung.[21] Die PH wurde insgesamt laut Zeitzeugen nicht als Ort der Reaktion eingestuft, dennoch gab es durchaus Lehrende, die unter diesem Schlagwort bekannt waren.[22] Folgendes Zitat aus der PH-Zeitung im Jahr 1972 macht die damaligen Fronten deutlich: „Kollnig, Winkler, Bayer-Katte sind gegenwärtig die Exponenten derer, die für eine Verschärfung der Reaktion auch an der PH eintreten und die ‚Besonnenheit der Konservativen‘, die Kollnig Anfang des Semesters in Anspruch nahm, heißt nichts anderes, als daß [sic!] sich diese Reaktionäre der wachsenden Stärke der fortschrittlichen Bewegung an der PH bewußt [sic!] sind und alles in Bewegung setzten

[17] Zeitzeugengespräch Frau K.

[18] Vgl. Zeitzeugengespräch Frau K., vgl. ebenso Zeitzeugengespräch Hornung u. a.

[19] KHZ PH 14. 11. 1973. In: In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dt. theol. et phil.

[20] Ebd.

[21] Vgl. Zeitzeugengespräch Berufsverbote, vgl. ebenso Zeitzeugengespräch Frau K.

[22] Vgl. Zeitzeugengespräch Frau R.

werden, um ihre weitere Entwicklung zu unterdrücken."[23] Ein Bezug zum NS war in der Verwendung des Begriffs möglich aber nicht zwangsläufig enthalten, da neben Dozenten ebenso studentische Gruppen wie der Ring christlich demokratischer Studenten, abgekürzt RCDS, die Bezeichnung reaktionär zugeschrieben bekamen, welche die Zeit des NS nicht miterlebt hatten.[24] Gesonderte Ringvorlesungen über die Wissenschaft im NS wie sie beispielsweise an der Universität Heidelberg veranstaltet wurden, fanden an der Pädagogischen Hochschule nicht statt.[25] Dennoch war das nationalsozialistische Deutschland wie auch dessen Aufarbeitung Inhalt mancher Seminare. *Deutschland im Nationalsozialismus* sowie *Deutschland nach 1945* im Fachbereich Geschichte[26] oder auch *Das Menschenbild im Nationalsozialismus* in der Disziplin Anthropologische Philosophie[27] waren Beispiele hierfür.

Der Fall Pauli vs. Kollnig/Schwab

Im Zusammenhang mit der NS-Aufarbeitung gab es an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg im Jahr 1973 einen konkreten Vorfall, der mehrfach in den Flugblättern, Zeitungen und Senatssitzungen aufzufinden ist. Die hohe Informationsdichte durch die Archivalien und das Fehlen von Berichten über Ereignisse ähnlicher Art lassen vermuten, dass es sich bei den Auseinandersetzungen um einen einzigartigen und bedeutenden Vorfall handelte. Die vorliegenden Quellen beleuchten jeweils nur Teilaspekte der Ereignisse, weshalb es im folgenden Kapitel eine Narration zu schaffen gilt, welche die Begebenheiten so konkret wie möglich rekonstruiert. In einem ersten Schritt werden hierfür die Hauptakteure vorgestellt, bevor eine chronologische Darstellung der einzelnen Ereignisse erfolgt und schließlich die Auswirkungen der Vorfälle dargelegt werden.

Die Akteure

Drei Personen können als Hauptakteure des Vorfalls bezeichnet werden, welche die jeweiligen Antagonisten im Prozess darstellten. Ein Hauptakteur stellte ein Vertreter der studentischen Seite dar, Wilhelm Pauli. Ihm ge-

[23] PH-Zeitung 6. 11. 1972. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil.

[24] Vgl. Zeitzeugengespräch Berufsverbote, vgl. AStA-Info 6.1973. In: GLA 535 Zugang 2001-66, Flugblätter.

[25] Vgl. Zeitzeugengespräch Frau K., vgl. ebenso Zeitzeugengespräch Hornung u. a., vgl. ebenso Zeitzeugengespräch Engelhardt.

[26] Vgl. Zeitzeugengespräch Frau K.

[27] Vgl. Vorlesungsverzeichnis im Nachlass Schwabs.
In: www.ekiba.de/html/media/dl.html?i=70440, aufgerufen am 20. 7. 2016, S. 56.

genüber standen zwei Mitglieder des Lehrkörpers: Karl Kollnig sowie Wilhelm Schwab.

Wilhelm Pauli war seit Sommer 1972 an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg immatrikuliert und studierte Lehramt mit den Fächern Geschichte und Deutsch.[28] Bereits kurz nach seinem Studienbeginn war der damals 27-Jährige[29] hochschulpolitisch aktiv und für die Kommunistische Hochschulgruppe[30] sowie die Basisgruppe tätig. Ab dem Wintersemester 1972/73, seinem zweiten Studiensemester, kandidierte er für hochschulpolitische Gremien wie den Kleinen Senat, den Großen Senat und das Studierendenparlament. Seine beständige Wiederwahl in die einzelnen Gremien lässt vermuten, dass Pauli unter den Studenten der damaligen Zeit beliebt war oder zumindest akzeptiert wurde.[31] Vom Wintersemester 1972/73 bis Sommersemester 1973 war Pauli außerdem AStA-Vorsitzender der PH.[32] Laut Zeitzeugenaussagen aus gemäßigter und linker Studentenschaft verstand es Wilhelm Pauli die Studierenden zu vertreten und sich für deren Belange einzusetzen.[33] Sowohl in der Studentenschaft als auch im Lehrkörper war Wilhelm Pauli größtenteils bekannt und auch nach mehr als 40 Jahren konnten sich alle befragten Zeitzeugen an seine Person erinnern: „Ja natürlich, Herrn Pauli kannte man. Wer an Vollversammlungen teilgenommen hat, der kannte Herrn Pauli. Man kannte ihn von Flugblättern und der KHG.“[34] Von studentischer Seite wird er rückblickend beschrieben als „sehr scharfzüngiger Formulierer“[35], „charismatische Figur“[36], „sehr eloquent“[37], „extrem mutig“[38] und „intellektuell und politisch beschlagen“[39]. „In Seminaren, in Vollversammlungen, bei Argumenten war Pauli derjenige, der sich enorm auskannte und enorm belesen war in Geschichte, in Philosophie, sich in allem auskannte. (...) Pauli war derjenige an der PH, der am meisten exponiert war und auch in der Lage war den AStA oder die linken Studenten zu vertreten

[28] Vgl. KHZ PH 27. 1. 1973. In: GLA 535 Zugang 2001-66, Flugblätter.

[29] Vgl. Internetseite Wilhelm Pauli. In: http://www.textpauli.de/auskunft.html, aufgerufen am 28. 8. 2016.

[30] Im weiteren Verlauf der Arbeit abgekürzt durch KHG.

[31] Vgl. KHZ PH 1.1973/6.1973/1.1974/1.1975. In: GLA 535 Zugang 2001-66, Flugblätter.

[32] Vgl. KHZ PH 17. 10. 1973. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil.

[33] Vgl. Zeitzeugengespräch Frau K., vgl. ebenso Zeitzeugengespräch Hornung u. a., vgl. ebenso Zeitzeugengespräch Frau R.

[34] Zeitzeugengespräch Engelhardt.

[35] Zeitzeugengespräch Frau K.

[36] Zeitzeugengespräch Frau R.

[37] Ebd.

[38] Zeitzeugengespräch Frau K.

[39] Zeitzeugengespräch Berufsverbote.

in allen Versammlungen, Fragen, in Seminaren."[40] Auch aus der Perspektive des ehemaligen Lehrkörpers wird Pauli in ähnlicher Weise dargestellt: „Er war sicher der Lauteste, aber auch ein kluger Widerpart und man musste sich, wenn man sich mit ihm auseinandersetzte, warm anziehen. (...) Ich erinnere mich an die eine oder andere Situation, bei Vollversammlungen, in der es fast schon Spaß machte, mit ihm schweren Säbel zu fechten."[41] Neben diesen positiven Beurteilungen klingt aus beiden Perspektiven durchaus auch Kritik an Paulis Verhalten hervor: „Ich hatte immer wieder den Eindruck und da habe ich dann auch mehrfach darauf hingewiesen: Sie argumentieren und agieren im Interesse eines politischen Emanzipationsprozesses, aber Sie sind dabei sehr stark eigenbezogen."[42] Ehemalige Studenten berichten: „Er war durchaus auch ein Macho"[43] und „er hat manchmal ganz bewusst provoziert. (...) Und manche Situationen habe ich gedacht, naja also so hätte man es jetzt nicht machen müssen."[44] Zum Zeitpunkt, als die Auseinandersetzungen starteten, befand sich Wilhelm Pauli in seinem zweiten Studiensemester an der PH und war Inhaber des AStA-Vorsitzes.[45] Als AStA-Vorsitzender war er daher auch für die Inhalte studentischer Zeitungen, wie beispielsweise der AStA-Info oder der PH-Zeitung im Sinne des Presserechts verantwortlich.[46]

Prof. Dr. phil. Karl Kollnig war seit 1957 am Pädagogischen Institut Heidelberg tätig, dessen Leitung er in den Jahren 1960 bis 1962 übernahm.[47] Nach der Umwandlung des Pädagogischen Instituts in die Pädagogische Hochschule war er auch hier wieder als Lehrender in den Fachbereichen Soziologie und Politikwissenschaften tätig und besetzte ununterbrochen Führungspositionen. Nach der Eröffnung der PH wurde er zum Pro-

---

[40] Ebd.

[41] Zeitzeugengespräch Engelhardt.

[42] Ebd.

[43] Zeitzeugengespräch Frau R.

[44] Zeitzeugengespräch Frau K.

[45] Vgl. KHZ PH 6.1973. In: GLA 535 Zugang 2001-66, Flugblätter.

[46] Vgl. RNZ 9. 11. 1973. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dt. theol. et phil., vgl. ebenso HD Tageblatt 21. 11. 1973. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dt. theol. et phil., vgl. ebenso RNZ 22. 11. 1974. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dt. theol. et phil.

[47] Vgl. Lebenslauf von Karl Kollnig.
In: http://www.s197410804.online.de/Personen/KollnigK.htm,
vgl. ebenso Lebenslauf Karl Kollnig.
In: http://ww1.heidelberg.de/buergerinfo/vo0050.asp?__kvonr=13773,
vgl. ebenso Pädagogische Hochschule Heidelberg/Vereinigung der Freunde der Pädagogischen Hochschule e.V. (Hrsg.): Einblicke in 100 Jahre Lehrerbildung in Heidelberg: ein langer Weg zu einer forschungsbasierten bildungswissenschaftlichen Hochschule. Heidelberg 2004, S. 50f.

rektor ernannt, 1965 zum Rektor und im Jahr 1971 erneut zum Prorektor der Hochschule.[48] Kollnig nahm somit innerhalb der PH eine wichtige Funktion ein und schon im Rahmen seiner Rektoratswahl 1965 wird in den Zeitungen berichtet, „daß [sic!] seine Arbeit in den letzten fünf bis sechs Jahren bereits die Form und das Gesicht der Heidelberger Pädagogischen Hochschule auf glückliche Weise mitgeprägt hat."[49] Neben seiner Tätigkeit in der Lehrerbildung publizierte Kollnig bereits seit vielen Jahren in den Bereichen Landesgeschichte, Volkskunde sowie politische Bildung und Erziehung und war unter anderem Mitherausgeber der *Heidelberger Veröffentlichungen zur Landesgeschichte und Landeskunde*.[50] In der Zeit der Studentenbewegung an der PH wurde Karl Kollnig zu einer zentralen Person des Lehrkörpers, der die Kritik auf sich zog.[51] Als Begründungen dafür sind seine Position als Rektor beziehungsweise Prorektor und seine konservative politische Grundhaltung zu nennen, ebenso sein striktes und konsequentes Vorgehen bei aufkommender Kritik.[52] Studierende und Lehrende der 68er beschreiben ihn als „sehr konservativ, in seiner ganzen politischen Haltung"[53] sowie „sehr dominant, sehr professoral"[54]. Er habe „sehr eindeutig Machtpositionen vertreten"[55] und „Auseinandersetzungen mit Studierenden sehr rigide geführt".[56] In Flugblättern und Studentenzeitschriften wird Kollnigs Auftreten des Öfteren als „reaktionäre Politik"[57] bezeichnet, in welcher er „formale Fißelchen [sic!] benutzte, um seine inhaltliche Alleinbestimmung (...) durchzusetzen."[58]

Dass Kollnig bereits seit den Anfängen der Studentenproteste an der PH im Fokus der Kritik stand, kann aus einem Brief Kollnigs von November des Jahres 1973 entnommen werden: „Nicht erst jetzt, seit Jahren schon richten sich Angriffe der Basisgruppe, der kommunistischen Hochschulgruppe und des früheren AStA gegen mich."[59] Auseinandersetzungen innerhalb seiner

---

[48] Vgl. ebd.

[49] RNZ 13./14. 3. 1965. In: GLA Bestand 535 Zugang 2001-66. Karton B Zeitungen.

[50] Ebd.

[51] Vgl. Zeitzeugengespräch Engelhardt, vgl. Brief Kollnig an Staatsanwaltschaft 23. 11. 1973. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dt. theol. et phil.

[52] Vgl. Zeitzeugengespräch Engelhardt, vgl. ebenso PH-Zeitung 6. 11. 1972. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil.

[53] Zeitzeugengespräch Engelhardt.

[54] Zeitzeugengespräch Frau K.

[55] Ebd.

[56] Ebd.

[57] PH-Zeitung 6. 11. 1972. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil.

[58] Ebd.

[59] Brief Kollnig an Staatsanwaltschaft 23. 11. 1973. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil.

Lehrveranstaltungen, Senatssitzungen und auch Vollversammlungen häuften sich, ebenso die Frequenz der kritischen Flugblätter, auf denen sein Name auftauchte.[60]

Die Vergangenheit Kollnigs spielte dabei jedoch noch keine Rolle. Erst im Rahmen der Auseinandersetzungen mit Wilhelm Pauli begann sich die Studentenschaft für die Rolle Kollnigs im NS zu interessieren und sie im Rahmen der hochschulpolitischen Öffentlichkeit zu beleuchten.[61]

Prof. Dr. theol. et phil. Wilhelm Schwab lehrte seit 1962 in Heidelberg an der Pädagogischen Hochschule. Als Dozent im Fachbereich Philosophie standen Themen wie Friedenspädagogik, Wahrheit und Humanismus sowie die Denkmodelle von Marxismus, Sozialismus oder Nationalsozialismus auf seiner Seminarliste.[62] Zeitweise war Schwab Mitglied hochschulpolitischer Gremien wie dem Senat, ebenso tätig war er in der Hochschulverwaltung.[63] Außerhalb der PH engagierte sich Schwab, wie auch schon vor seiner Abordnung, in der kirchlichen Jugendarbeit und vertrat beispielsweise als Vorstand den Melanchthonverein.[64]

Schwabs Rolle innerhalb der PH war nicht so exponiert wie Kollnigs, dennoch zeigt die Durchsicht der Archivalien, dass auch er Angriffsfläche für die Proteste der Studentenbewegung bot. Flugblätter mit kritischen Kommentaren zu Schwabs Ethikseminar im Wintersemester 1973/74 zeugen von Protestbewegungen im Zusammenhang mit seiner Person,[65] ebenso wie ein Brief aus dem Jahr 1973 an den Rektor der Hochschule, in welchem Schwab von Störungen seiner Seminare berichtet und um einen Strafantrag wegen des Tatbestandes der Nötigung bittet.[66]

Schwabs Seminarstil wird in studentischen Flugblättern folgendermaßen kritisiert: „Schwab will seinen Stoff vortragen, Kritik und Diskussion darüber aber nur soweit zulassen, wie sie ihm genehm ist, wie sie von ihm akzep-

---

[60] Vgl. Brief Kollnig an Staatsanwaltschaft. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil., vgl. ebenso Flugblätter aus dem Jahr 1972 und 1973. In: GLA 535 Zugang 2001-66, Flugblätter.

[61] Vgl. KHZ PH 17. 10. 1973. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil.

[62] Vgl. Seminarauflistungen in Schwabs Nachlass.
In: www.ekiba.de/html/media/dl.html?i=70440, aufgerufen am 20. 7. 2016 um 16:45 Uhr.

[63] Vgl. Vorwort zu Schwabs Nachlass. In: www.ekiba.de/html/media/dl.html?i=70440, aufgerufen am 20. 7. 2016 um 16:45 Uhr, vgl. ebenso Mitgliederlisten des Senats und des Großen Senats. In: GLA 535 Zugang 2001-66, Karton A Senat SS 73–SS 75; Großer Senat.

[64] Vgl. Zeitzeugengespräch Engelhardt, vgl. ebenso Vorwort zu Schwabs Nachlass. In: www.ekiba.de/html/media/dl.html?i=70440, aufgerufen am 20. 7. 2016 um 16:45 Uhr.

[65] Vgl. Flugblatt vom 18. 11. 1973. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil.

[66] Vgl. Briefe an Engelhardt vom 14. 5. 1973 und 25. 6. 1975. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil.

tiert wird."[67] Von den Zeitzeugen konnten sich lediglich drei an die Person Schwab erinnern, welche konträre Urteile über sein Auftreten abgaben. Von lehrender Seite aus wird er beschrieben als Persönlichkeit mit einer „ruhigen Art"[68], der durch seine Tätigkeit in der kirchlichen Jugendarbeit eine große Nähe zu den Studierenden besaß und des Öfteren als Ratgeber und Seelsorger auch für persönliche Probleme aufgesucht wurde.[69] Die persönlichen Angriffe auf ihn und vor allem deren Art und Weise, gingen Schwab laut Zeitzeugenaussage sehr nahe: „Schwab kam überhaupt nicht zurecht mit den Protesten. (...) Schwab war zutiefst verletzt darüber, wie über ihn geurteilt wurde."[70] Dennoch wird auch die Tatsache erwähnt, mit der Schwab die Kritik der Studentenschaft auf sich zog – die Drohung mit Polizeimaßnahmen. Wie auch Kollnig vertrat er die Auffassung, „der Rektor muss durchgreifen und die Polizei holen bei Go-Ins etc."[71]. Auf studentischer Seite wird Schwab rückblickend als „süffisanter Typ"[72] bezeichnet, der „die Leute von hintenrum madig gemacht"[73] habe. Hinweise auf die Thematisierung der Vergangenheit Schwabs finden sich in den Archivalien erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1973. Dies deutet darauf hin, dass auch in seinem Fall erst mit Beginn der Auseinandersetzungen mit Wilhelm Pauli eine mögliche NS-Aufarbeitung begann.[74]

Die drei vorgestellten Akteure begegneten sich in mehreren Bereichen der Pädagogischen Hochschule. Zum einen traf Pauli die beiden Lehrenden in Seminarsitzungen an, zum anderen waren alle drei in hochschulpolitischen Gremien wie dem Senat und dem Großen Senat vertreten.[75] Von Zeitzeugen werden vor allem Kollnig und Pauli als „absolute sparring partner"[76] bezeichnet, die gerne gegenseitige Konfrontationen eingingen.[77] Auch das Verhältnis zwischen Schwab und Pauli war durch Kontroversen geprägt,

---

[67] Flugblatt vom 18. 11. 1973. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil.

[68] Zeitzeugengespräch Engelhardt.

[69] Vgl. Zeitzeugengespräch Engelhardt.

[70] Ebd.

[71] Ebd.

[72] Zeitzeugengespräch Berufsverbote.

[73] Ebd.

[74] Vgl. Senatsprotokoll 4. 10. 1973. In: GLA 535 Zugang 2001-66, Karton A Senat SS 73–SS 75; Großer Senat, vgl. ebenso KHZ PH 14. 11. 1973. In: GLA 535 Zugang 2001-66, Flugblätter.

[75] Vgl. Teilnehmerlisten des Senats und des Großen Senats. In: GLA 535 Zugang 2001-66, Karton A Senat SS 73–SS 75; Großer Senat, vgl. ebenso Brief Schwab an Engelhardt 14. 5. 1973. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil.

[76] Zeitzeugengespräch Frau K.

[77] Vgl. Ebd.

was aus mehreren Archivalien hervorgeht.[78] Im Zusammenhang mit einem „gewalttätigen Abbruch einer Übung"[79] von Schwab, bezeichnete er Wilhelm Pauli und die anderen aktiven Studierenden beispielsweise als „Terroristen"[80].

Der Prozessverlauf

Ihren Ausgangspunkt nahmen die Auseinandersetzungen zwischen Pauli und Kollnig sowie Schwab am 26. April 1973. An diesem Tag fand an der PH, in Anwesenheit der genannten Hauptakteure, eine Sitzung des Großen Senats statt, bei der unter anderem eine Diskussion über den sogenannten „Radikalenerlass" sowie den Entwurf des „Schiess-Erlasses"[81] auf der Tagesordnung stand.[82] Während AStA und KHG eine Resolution einreichten, die eine Abschaffung der Erlasse forderte, sprachen sich Kollnig und Schwab prinzipiell für die Erlasse aus, welche eine Ausschließung Radikaler aus dem öffentlichen Dienst ermöglichten.[83] Die Auseinandersetzungen im Großen Senat führten zu einem Bericht über die Senatssitzung in der AStA-Info vom 30. April, betitelt mit der Schlagzeile „In grosser [sic!] Einmütigkeit die Berufsverbote gebilligt!"[84] „Die Reaktionäre vom Schlag Schwab und Kollnig sowie ihre studentische Hilfstruppe der RCDS und die ‚liberalen' wie Engelhardt und Deckwert haben den Frieden im Haus mal wieder sichergestellt. (…) Offen gestanden sie jedem Staat einschließlich dem faschistischen das Recht und die Pflicht zu, sich gegen seine Feinde zu verteidigen. (…) Diese Herren, die aus der Geschichte, auch ihrer eigenen, nichts gelernt haben, die auch in Zukunft treu Diener und Büttel jedes Herren sein werden, müssen wir uns gut merken. Sie sind Feinde des Volkes und müssen als solche behandelt werden."[85] Mit diesen Aussagen wurden die Vorgänge der

[78] Vgl. Brief Schwab an Engelhardt 14. 5. 1973. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil., vgl. ebenso Flugblatt 8. 11. 1973. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil.

[79] Brief Schwab an Engelhardt 14. 5. 1973. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil.

[80] Ebd.

[81] Der sogenannte „Schiess-Erlass" stellte die baden-württembergische Variante des „Radikalenerlasses" dar und ordnete die Überprüfung der Verfassungstreue der Bewerber für den öffentlichen Dienst an. Ausführlicher vgl. den Beitrag von Elora Märtsch in diesem Band.

[82] Vgl. AStA-Info 30. 4. 1973. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil., vgl. ebd. Brief Kollnig an Staatsanwaltschaft. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil.

[83] Vgl. ebd.

[84] AStA-Info 30. 4. 1973. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil.

[85] Ebd.

vergangenen Senatssitzung beschrieben und abschließend von einer Front zwischen „Fortschritt und Reaktion“[86] an der PH berichtet. Die Verwendung der Bezeichnungen „Reaktionäre“ und „Feinde des Volkes“ zog zwei Strafanträge wegen Beleidigung nach sich, die mit identischem Wortlaut am 22. Mai von Karl Kollnig und am 26. Mai von Wilhelm Schwab postalisch an die Staatsanwaltschaft Heidelberg gestellt wurden. Zusätzlich informierten beide das Kultusministerium über ihren Strafantrag.[87] Die Begründung der Anzeige gegen Wilhelm Pauli, als Verantwortlicher der AStA-Info, lautete wie folgt: „Ich fühle mich durch diese Ausführungen schwer beleidigt und in meiner Ehre angegriffen, zumal das Info der Öffentlichkeit, nicht nur innerhalb der Hochschule zugänglich gewesen ist.“[88] Am 14. Juni erreichte Wilhelm Pauli eine Vorladung auf das Polizeirevier der Heidelberger Kriminalpolizei zur Vernehmung „als Beschuldigter wegen Beleidigung z. N. Karl Kollnig“[89], terminiert auf den 25. Juni. Mit einem Abdruck der Vorladung in der AStA-Info wurde bereits in der ersten Phase der Auseinandersetzungen die Öffentlichkeit an der PH über die Vorgänge informiert.[90] Weitere Details der Vernehmung und deren Ausgang sind nicht bekannt, allerdings erreichte Herrn Schwab am selben Tag eine Nachricht eines Heidelberger Staatsanwalts, der ihn über den Erlass eines Strafbefehls beim Amtsgericht Heidelberg unterrichtete.[91] Am 26. Juni schaltete sich zusätzlich der Kultusminister des Landes Baden-Württemberg mit ein, der es als „selbstverständliche Pflicht“[92] ansah, sich „hinter diese beiden Herren zu stellen“[93] und ebenfalls einen Strafantrag gegen Herrn Pauli zu erstatten.[94] Neben den Klägern Kollnig und Schwab stellte das Kultusministerium somit eine dritte Partei der Anklage dar. Nur wenige Tage später, am 28. Juni, wurde der Strafbefehl gegen Pauli erlassen, der eine Strafe von 600 DM beziehungsweise alternativ 30 Tagen Haft verhängte. Dennoch befanden sich die Auseinandersetzungen zwischen Pauli und den beiden Lehrenden zu diesem Zeitpunkt noch im An-

---

[86] Ebd.

[87] Vgl. Brief Kollnig an die Staatsanwaltschaft Heidelberg 22. 5. 1973. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil., vgl. ebenso Brief Schwab an die Staatsanwaltschaft Heidelberg 26. 5. 1973. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil.

[88] Ebd.

[89] Abdruck der Vorladung im AStA-Info 6.1973. In: GLA 535 Zugang 2001-66, Flugblätter.

[90] Vgl. ebd.

[91] Vgl. Brief Staatsanwaltschaft Heidelberg an Wilhelm Schwab 25. 6. 1973. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil.

[92] Brief Kultusministerium Baden Württemberg an Staatsanwaltschaft Heidelberg 26. 6. 1973. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil.

[93] Ebd.

[94] Vgl. ebd.

fangsstadium, da der AStA-Vorsitzende Revision gegen den Straferlass einlegte, um gegen ihn vorzugehen.[95] Angesetzt wurde die Hauptverhandlung vor dem Amtsgericht Heidelberg auf den 6. November. In diesem halben Jahr bis zur Verhandlung rückten die Studierendengruppen der KHG und des AStA den anstehenden Prozess peu á peu in den Vordergrund des hochschulpolitischen Geschehens. Am 29. Juni stellte eine Vertreterin des AStA im Auftrag der Vollversammlung einen Dringlichkeitsantrag für eine Stellungnahme des Großen Senats zur Strafanzeige gegen Pauli, über dessen Ablehnung wiederum in der Kommunistischen Hochschulzeitung Heidelberg geschrieben wurde.[96] In der AStA-Info für Erstsemester wurden im September die Neuankömmlinge an der PH über die Strafanzeige informiert.[97] Ca. einen Monat vor der Hauptverhandlung thematisierte man die Vorgänge mit einer erhöhten Frequenz und läutete zeitgleich eine neue Phase der Auseinandersetzungen ein, in welcher auf die Vergangenheit der Professoren Bezug genommen wurde. Am 4. Oktober stellte ein studentisches Mitglied einen Antrag im Großen Senat, die Personalakten Kollnigs und Schwabs einsehen zu dürfen, was jedoch aus juristischen Gründen abgelehnt wurde.[98] Des Weiteren erschien am 17. Oktober die erste Ausgabe der Kommunistischen Hochschulzeitung[99] im Wintersemester, in welcher ein zweiseitiger Artikel über die bisherigen Vorgänge des Falls Pauli versus Kollnig und Schwab informierte und Thesen über deren Absichten aufstellte: Einschüchterung der Studierenden, das Bankrottklagen der studentischen Organisationen sowie den AStA und das Schaffen von „glänzende[n; A.M.] Bedingungen für spätere Berufsverbote“[100], diese Ziele vermutete die Autorenschaft hinter dem Vorgehen der Lehrenden und stellte es zeitgleich in einen größeren Zusammenhang. Das Verfahren gegen Pauli reihe sich in eine landesweite Entwicklung an Hochschulen ein und zeuge von einem „Plan der Reaktion,

[95] Vgl. KHZ PH 17. 10. 1973. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil., vgl. ebenso Artikel in *Betrifft: Erziehung*! 1. 2. 1974. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil., vgl. ebenso Flugblatt KHG zur Neuauflage des Prozess 7/11.1974. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil.

[96] Vgl. Senatsprotokoll 29. 6. 1973. In: GLA 535 Zugang 2001-66, Karton A Senat SS 73–SS 75; Großer Senat, vgl. ebenso KHZ HD 6. 7. 1973.
In: http://www.mao-projekt.de/BRD/BW/KAR/Heidelberg_VDS_KBW_
Kommunistische_Hochschulzeitung/Heidelberg_VDS_KBW_
Kommunistische_Hochschulzeitung_19730706.shtml,
aufgerufen am 27. 7. 2016 um 18:00 Uhr.

[97] Vgl. AStA-Info 15. 9. 1973. In: GLA 535 Zugang 2001-66, Flugblätter.

[98] Vgl. Senatsprotokoll Großer Senat 4. 10. 1973. In: GLA 535 Zugang 2001-66, Karton A Großer Senat.

[99] Im weiteren Verlauf der Arbeit abgekürzt durch KHZ.

[100] KHZ PH 17. 10. 1973. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil.

die Organisationen fortschrittlicher und kommunistischer Studenten (...) zu zerschlagen und letztlich jede fortschrittliche Bewegung an den Hochschulen zu liquidieren."[101] In der zweiten Ausgabe der KHZ PH vom 5. November folgte schließlich ein Artikel mit der Überschrift „Die wissenschaftliche Erkenntnis des K. Kollnigs um 1939 – Wissenschaft im Dienste des Faschismus"[102], in welcher eine „kleine Blütenlese aus der 1939 erschienenen Schrift Kollnigs ‚Mannheim, Volkstum und Völkerkunde einer Großstadt in ihren geschichtlichen Grundlagen'"[103] erfolgte. Der Artikel und die verwendeten Zitate aus Kollnigs Schrift versuchten damit zum ersten Mal, den Hintergrund zuvor verwendeter Aussagen wie „treu Diener und Büttel eines jeden Herren"[104] zu beleuchten, nachdem sie fast ein halbes Jahr lediglich als polemische Parolen gebraucht wurden. In der Zeitung fanden sich zudem Aufrufe zur Teilnahme an einer Vorbereitungsveranstaltung des Prozesses am 6. November um 13:30 Uhr sowie am Prozess selbst, der um 15 Uhr angesetzt war. Es fand somit eine gezielte Mobilisierung der Studentenschaft statt.[105] Die Verhandlung im Amtsgericht entwickelte sich zur Peripetie der Auseinandersetzungen. Pauli verteidigte in seiner Ansprache die Inhalte des Artikels vom 30. April des Jahres und definierte die als Beleidigung angesehenen Ausdrücke. Allerdings könne er nicht als Redakteur zur Verantwortung gezogen werden, da er bei den vorbereitenden Redaktionskonferenzen nicht anwesend gewesen sei und folglich von dem besagten Artikel vor Erscheinen des AStA-Infos keine Kenntnis besaß. Zeugenaussagen bestätigten Paulis Aussage und fügten hinzu, dass der Angeklagte selbst bei Anwesenheit keinen Einfluss auf das Erscheinen des Artikels gehabt hätte, da er zwar der Verantwortliche im Sinne des Presserechts sei, Artikel im AStA-Info jedoch nach Mehrheitsprinzip veröffentlicht und abgedruckt würden.[106] Nach Abschluss der Zeugenvernehmung beantragte Paulis Verteidiger einen Beweisantrag auf dem Weg des Urkundenbeweises, indem Auszüge aus Kollnigs

---

[101] Ebd.

[102] KHZ PH 5. 11. 1973. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil.

[103] Ebd.

[104] AStA-Info 30. 4. 1973. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil.

[105] Vgl. KHZ PH 5. 11. 1973. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil.

[106] Vgl. RNZ 9. 11. 1973. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil., vgl. ebenso KHZ HD 12. 11. 1973.
In: http://www.mao-projekt.de/BRD/BW/KAR/Heidelberg_VDS_KBW_Kommunistische_Hochschulzeitung/Heidelberg_VDS_KBW_Kommunistische_Hochschulzeitung_19731112.shtml, aufgerufen am 29. 8. 2016 um 15:08 Uhr, vgl. ebenso KHZ PH 14. 11. 1973. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil.

Schrift von 1938 *Mannheim, Volkstum und Völkerkunde einer Großstadt in ihren geschichtlichen Grundlagen* als auch Schwabs Dissertation *Die Religiösität des Christian Gotthilf Salzmann gesehen im Lichte der Integrationspsychologie. Zugleich ein Beitrag zu Wesen und Grundhaltung deutschen Frommseins* aus dem Jahr 1941 verlesen werden sollten. Das Gericht lehnte eine Urkundenverlesung jedoch ab und zog sich zur Beratung zurück. Noch vor der Verlesung des Urteils verließen die beiden Ankläger Kollnig und Schwab den Gerichtssaal, was großes Aufsehen auf studentischer Seite erregte.[107] Die Hauptverhandlung endete schließlich mit einem Freispruch Paulis, da „nicht nachgewiesen werden konnte, ob der Angeklagte das Erscheinen dieses Artikels als verantwortlicher Redakteur hätte verhindern können."[108] An der Pädagogischen Hochschule wurde der Erfolg im Prozess zu einem großen Ereignis stilisiert. Auf Flugblättern vom 8. November wurde unter der Überschrift „Neueste Nachricht – Neueste Nachricht" der Freispruch verkündet und eine KHZ zum Prozessverlauf angekündigt.[109] „Ein unheimlich schwacher Abgang!"[110] lautete dann deren Schlagzeile, mit einem einseitigen Artikel über den Prozess auf der Titelseite. Auch in der Gesamtausgabe der KHZ in Heidelberg wurde ein Artikel zum Prozess abgedruckt: „PH Heidelberg. Ehemaliger AStA-Vorsitzender freigesprochen"[111] In den Artikeln wurde der Freispruch aufgrund des „wahren volksfeindlichen Charakters dieser Reaktionäre"[112] inszeniert, während die wahre Begründung des Freispruchs unerwähnt blieb. Vor allem das Verlassen des Gerichtssaals von Kollnig und Schwab wurde in den Artikeln in den Vordergrund gestellt und als „jämmerlicher Abgang"[113] sowie „Eingeständnis ihrer Niederlage"[114] bezeichnet. Auch außerhalb des Hochschulbereichs fand der Prozess in der regionalen Presse Beachtung. Ein Artikel vom 9. November in der Rhein-

[107] Vgl. ebd., vgl. ebenso Brief Schwab an Staatsanwaltschaft 15. 12. 1973. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil.

[108] RNZ Stellungnahme zum Zeitungsartikel vom 9. 11. 1973. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil.

[109] Flugblatt 8. 11. 1973. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil.

[110] KHZ PH 14. 11. 1973. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil.

[111] KHZ HD 12. 11. 1973.
In: http://www.mao-projekt.de/BRD/BW/KAR/Heidelberg_VDS_KBW_Kommunistische_Hochschulzeitung/Heidelberg_VDS_KBW_Kommunistische_Hochschulzeitung_19731112.shtml, aufgerufen am 29. 8. 2016 um 15:08 Uhr.

[112] Ebd.

[113] KHZ PH 14. 11. 1974. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil.

[114] Ebd.

Neckar-Zeitung (RNZ) berichtete über die Verhandlung vor dem Amtsgericht Heidelberg. Kurze Zeit darauf folgte eine Stellungnahme des Pressereferenten des Landgerichts Heidelberg zu dem erschienen Artikel „‚Harte Bandagen' werden ‚gebrauchsüblich'", mit der Intension einige Aussagen zu berichtigen.[115] Doch auch nach dem Freispruch endeten die Auseinandersetzungen zwischen Pauli und den Lehrenden nicht. In der KHZ PH vom 14. November erschien neben dem Artikel über den Prozess zusätzlich ein Bericht, der nach der Blütenlese von Kollnigs Schrift, nun die publizistische Vergangenheit von Wilhelm Schwab thematisierte und Passagen aus dessen Dissertation abdruckte, die bereits während des Prozesses als Urkundenbeweis eingesetzt werden sollten. Von der Gegenseite sind wiederum Briefwechsel aus den Monaten November und Dezember vorhanden, die davon zeugen, dass die Staatsanwaltschaft Heidelberg Berufung gegen den erlassenen Freispruch einlegte, da ihr nicht ausreichend geklärt schien, ob Pauli nicht dennoch im Sinne des Presserechts schuldig gesprochen werden konnte.[116] Während Kollnig in einer vierseitigen Stellungnahme noch einmal einige Bemerkungen zur Sache ausführte und die Radikalität sowie Kompromisslosigkeit der Radikalen von AStA und KHG herausstellte,[117] sah Schwab von einer erneuten Strafanzeige wegen den Ausführungen in den KHZ PHs vom 17. Oktober und 14. November ab.[118] In der Zeit bis zur Berufungsverhandlung war der Fall Pauli versus Kollnig und Schwab nochmals Inhalt einiger Flugblätter der KHG, prinzipiell ist allerdings ein Rückgang der Thematik in den hochschulpolitischen Publikationen zu erkennen.[119] Besonders hervor sticht ein Artikel, der außerhalb der PH in der Zeitschrift *Betrifft: Erziehung!*, einem Magazin des Beltz Verlags für Bildungspolitik und Erziehungswissenschaft, veröffentlicht wurde. In der Ausgabe vom Februar 1974 befand sich unter der Rubrik *ad persoram* der Name Wilhelm Pauli und eine kurze Darstellung der Auseinandersetzungen an der PH. Im Gegensatz zu den Zusammenfassungen der Ereignisse auf den studentischen Flugblättern war der Verfasser hier um eine sachliche Schilderung des Vorfalls bemüht. Das er-

[115] Vgl. RNZ 6. 11. 1973. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil., vgl. ebenso RNZ Stellungnahme zum Zeitungsartikel vom 9. 11. 1973. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil.

[116] Vgl. RNZ 22. 11. 1974. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil., vgl. ebenso Flugblatt KHG 9. 7. 1974. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil.

[117] Vgl. ebd.

[118] Vgl. Brief Schwab an Staatsanwaltschaft 15. 12. 1973. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil.

[119] Vgl. Flugblatt KHG vom 9. 7. 1974. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil., vgl. ebenso Flugblatt KHG vom 14. 11. 1974. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil.

gangene Urteil – der Freispruch Paulis – wurde im Artikel mit der „Vorlage der Veröffentlichungen der beiden Professoren aus dem Dritten Reich“[120] begründet. Diese Darstellung entsprach jedoch nicht der tatsächlichen Argumentationsstruktur der Richter und ließ vornehmlich die Professoren in einem schlechten Licht erscheinen. Die Sichtweise des Verfassers deutet darauf hin, dass der Artikel aus Kreisen der KHG stammte und ein ganz bestimmtes Werturteil evozieren wollte.[121] Nachdem der Berufungsprozess zuerst auf den 15. Juli 1974 terminiert war, wurde der Termin schließlich auf November verschoben, da sich der vorgesehene Richter aufgrund seiner persönlichen Bekanntschaft mit Karl Kollnig selbst für befangen erklärte.[122] Am 18. November 1974 – und damit etwas mehr als ein Jahr nach der Hauptverhandlung – fand der Revisionsprozess vor der nächst höheren Instanz, der 5. Kleinen Strafkammer des Landgerichts Heidelberg, statt.[123] Unter Vorsitz des Richters Weidner gestaltete sich die fünfeinhalbstündige Neuauflage des Verfahrens zu einem Prozess „mit ausgedehnten Redezwisten zwischen Staatsanwaltschaft und Verteidigung“[124]. Nachdem der Beschuldigte Pauli eine kurze Stellungnahme zum Tatbestand abgegeben hatte, folgte der Staatsanwalt, der die Passagen im AStA-Info vom 30. April 1973 als „grob beleidigende Äußerungen“[125] bezeichnete und Pauli als Verantwortlichen der Publikation ansah. Infolgedessen forderte er eine Aufhebung des Freispruchs und eine Strafe von 400 DM.[126] Paulis Rechtsanwalt argumentierte dagegen mit einem Freispruch in einem weiteren Beleidigungsprozess sowie dem nur „schwer einzukreisenden Tatbestand der Beleidigung.“[127] Das Revisionsverfahren mündete schließlich in einem erneuten Freispruch Paulis, obwohl die Äußerungen vom Gericht durchaus als Beleidigungen eingestuft wurden. Nach Ansicht der Kammer konnte Pauli nicht als verantwortlicher Redakteur bezeichnet werden, sondern lediglich als „‚Sitzredakteur‘, der sich den

---

[120] Betrifft: Erziehung! 1. 2. 1974, S. 83. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil.

[121] Vgl. Ebd.

[122] Vgl. Flugblatt KHG 14. 11. 1974. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil.

[123] Vgl. HD Tageblatt 21. 11. 1974. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil., vgl. Ebd. Flugblatt KHG 14. 11. 1974. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil., vgl. ebenso KHZ PH 10. 12. 1974. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil.

[124] HD Tageblatt 21. 11. 1974. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil.

[125] Ebd.

[126] Vgl. Ebd.

[127] RNZ 22. 11. 1974. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil.

Gerichten als Beschuldigter zur Verfügung stellen muss"[128] und auch die angenommene Herausgeber- und Verlegerfunktion konnte nicht zweifelsfrei nachgewiesen werden.[129] Die Kosten des Prozesses hatte die Staatskasse zu tragen.[130]

Lediglich zwei der Zeitzeugen besaßen grobe Erinnerungen an den Prozess zwischen Pauli und den Lehrenden Kollnig sowie Schwab, konnten sich jedoch an keine Details erinnern. Von lehrender Seite wurde darauf verwiesen, dass der Stil der vorgefundenen Auseinandersetzungen exemplarisch für die Zeit war. Er war oftmals geprägt von Hetze, sodass sachlich argumentative Diskussionen kaum möglich gewesen seien. Nicht typisch war dagegen der Prozess selbst. Laut Zeitzeugenaussage war es bis zum Ende des Rektorats Engelhardt im Jahr 1976 nicht üblich an der PH Strafverfahren gegen Studierende einzuleiten.[131] Die Durchsicht der Archivalien unterstützt diese These, da fast ausschließlich Strafverfahren ab dem Jahr 1975 vorliegen.[132] Auch in der Erinnerung einer ehemaligen Studentin war der vorgestellte Prozess, die einzig wahrgenommene, juristische Auseinandersetzung in ihrer Studienzeit, die zwischen einem Studierenden und Lehrenden stattfand, was durchaus auch an der Inszenierung als Politikum und der herausragenden Konstellation der Antagonisten – Prorektor und ehemaliger AStA-Vorsitzender – liegen könnte.[133] Von den ehemaligen KHG-Mitgliedern konnte sich paradoxerweise keiner mehr an den gerichtlichen Vorfall erinnern.[134] Die fehlenden bis wagen Erinnerungen der Zeitzeugen an den Prozess lassen vermuten, dass sich trotz zahlreicher Veröffentlichungen und Informationsverbreitung seitens der KHG und des AStA, nur ein Teil der Studentenschaft im Rahmen der Auseinandersetzungen mobilisieren lies und wirklich Kenntnisse über die Vorgänge besaß, während der Konflikt für einen anderen Teil der Studierenden keine Relevanz besaß.

---

128 Ebd.

129 Vgl. ebd.

130 Vgl. HD Tageblatt 21. 11. 1974. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil., vgl. ebenso RNZ 22. 11. 1974. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil.

131 Vgl. Zeitzeugengespräch Engelhardt.

132 Aus einer Statistik in den Unterlagen zu Disziplinarmaßnahmen an der PH geht hervor, dass im Zeitraum Sommer 1975 bis Oktober 1980 fünf Studierende strafrechtlich verfolgt wurden. Ebenso wurde ein Studierender mit Ordnungsmaßnahmen belegt. Ausführliche Akten zu Einzelfällen in Bezug auf Disziplinarmaßnahmen sind frühestens datiert mit Juni 1976. Vgl. Unterlagen zu Disziplinarmaßnahmen. In: GLA 535 Zugang 2001-66, Karton XVI Disziplinarwesen.

133 Vgl. Zeitzeugengespräch Frau K.

134 Vgl. Zeitzeugenaussagen Berufsverbote.

Die Akteure nach dem Prozess

Im November 1974 endete der Prozess im Fall Pauli versus Kollnig und Schwab offiziell, allerdings stellt sich die Frage, ob damit auch die Auseinandersetzungen zwischen den Antagonisten beendet waren. Ebenso gilt es die Konsequenzen und Auswirkungen des Disputs zu beleuchten und festzuhalten, ob die Vorgänge lediglich eine abgeschlossene Episode im Leben der Beteiligten darstellte oder weitere Auswirkungen für deren Werdegang mit sich brachten.

Wilhelm Pauli war bis zum Ende seiner Studienzeit im Sommer 1975 hochschulpolitisch aktiv und durchgehend Mitglied des Großen Senats.[135] Aus Flugblättern geht hervor, dass auch weiterhin Konflikte zwischen den einstigen Antagonisten auf Senatssitzungen ausgetragen wurden.[136] Durch die Tatsache beeinflusst, dass ab Wintersemsester 1973/74 das Hochschulpolitische Kollektiv[137] und nicht mehr die KHG den AStA stellte,[138] wurde Paulis Verhalten nun vor allem kritisiert: „Wie eine Bombe platze darauf der Beitrag von KHG-Pauli in die Runde: mit einem Vortrag über die politischen Ziele der KHG und die Vergangenheit Schwabs schaffte er es, die zuvor hergestellte Einheit zu zerstören."[139] Ebenso eine Karikatur mit Pauli aus der AStA-Info zeugt davon, dass Pauli auch nach dem Prozess eine gewisse Präsenz in der Hochschulpolitik besaß.[140] Im Sommer 1975 legte Pauli sein Examen ab und heiratete eine ehemalige Kommilitonin, die ebenfalls auf Wahlplattformen der KHG zu finden war und mit ihm gemeinsam das Fach Geschichte studierte.[141] Kurz nach der Absolvierung des ersten Staatsexamens wurden sowohl Pauli als auch seine Frau mit dem „Berufsverbot" belegt.[142] Neben seiner Tätigkeit in hochschulpolitischen Gremien als Vertre-

---

[135] Vgl. KHZ 6.1973/1.1974/1.1975. In: GLA 535 Zugang 2001-66, Flugblätter.

[136] Vgl. Flugblatt AStA-HoPoKo 13. 5. 1974. In: Privatarchiv Mohl Flugblattsammlung, vgl. ebenso Offener Brief Paulis an den AStA-HoPoKo 15. 5. 1974. In: Privatarchiv Mohl Dokumentation zu den Ausbildungs- und Berufsverboten an der PH HD.

[137] Im weiteren Verlauf der Arbeit abgekürzt durch HoPoKo. Es handelt sich dabei um eine studentische Gruppe, die eine eher gemäßigte Sichtweise vertrat. Vgl. Zeitzeugengespräch Frau Reif.

[138] Vgl. AStA-Info 15. 10. 1973. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil.

[139] Flugblatt AStA-HoPoKo 13. 5. 1974. In: Privatarchiv Mohl Flugblattsammlung.

[140] Vgl. AStA-Info 15. 4. 1974. In: GLA 535 Zugang 2001-66, Flugblätter.

[141] Vgl. KHZ PH 7.1973. In: GLA 535 Zugang 2001-66, Flugblätter. Vgl. ebenso KVZ 14. 11. 1974. In: Privatarchiv Hornung Dokumentation der KHG zu 27 Berufsverboten an der PH HD.

[142] Vgl. KHZ 14. 11. 1974. In: Privatarchiv Hornung Dokumentation der KHG zu 27 Berufsverboten an der PH HD, vgl. ebd. Broschüre über Berufsverbote.
In: http://www.berufsverbote.de/tl_files/Hann2015/Begleitheft_A4_klein.pdf, aufgerufen am 20. 7. 2016.

ter der KHG sowie als AStA-Vorsitzender haben sich möglicherweise ebenso die Vorgänge im Rahmen seiner juristischen Auseinandersetzung mit Kollnig sowie Schwab auf den Beschluss eines Berufsverbots ausgewirkt.[143] Nach seinem Berufsverbot absolvierte Pauli eine Ausbildung zum Mechaniker und übernahm von 1984 bis 1988 die Leitung des Kulturressorts der Heidelberger Wochenzeitung *Communale*, einer kommunalen Zeitung mit dem Anspruch: „nicht nur gut recherchierten Journalismus [zu; A.M] bieten, sondern auch ein Sprachrohr und Diskussionsforum für die ‚Initiativen von unten' [zu; A.M] sein – und vor allem das Feld der Öffentlichkeit nicht den etablierten Kräften [zu; A.M] überlassen."[144] Ab 1988 war er als freier Autor und Publizist Herausgeber einer Quartalzeitschrift, bis er im Jahr 1993 nach Berlin zog, da er von der deutschen Wochenzeitschrift für Politik, Kunst und Wirtschaft *Die Weltbühne* eine Anstellung als Redakteur angeboten bekam. Als noch im selben Jahr ein Wechsel auf der Position des Herausgebers folgte, wurde Pauli allerdings wieder entlassen.[145] Seit 1993 war Pauli in Berlin als freier Publizist und Autor tätig und schrieb unter anderem Artikel für die *Zeit, Woche, Kommune, Mitbestimmung, Freitag* sowie Rezensionen in Literaturzeitschriften. Des Weiteren bot er auf seiner Internetseite *textpauli.de* Lektorate sowie das Schreiben von Essays oder anderen Textsorten nach Auftrag an.[146] In seinen Artikeln taucht unter anderem die Thematik der NS-Zeit auf.[147] Am 1. März 2016 verstarb Wilhelm Pauli, nachdem er bereits seit einiger Zeit an einem Herzleiden litt.[148] Zeit seines Lebens blieb Pauli seiner kritischen Grundhaltung treu, die sich in seinen Artikeln widerspiegelte und auch in seinem Nachruf im *Magazin Mitbestimmung*[149] sichtbar wird: „Menschen, die sich gegen den Lauf einer kapitalkranken Gesellschaft stemmen, haben Wilhelm Pauli fasziniert – wie alles Eigensinnige, Mutige, Widerständige."[150]

Karl Kollnigs Zeit an der Pädagogen Hochschule ragte nur kurz über den Zeitraum des Prozesses hinaus, da er 1975 in den Ruhestand verabschiedet wurde. Bis zu seiner Emeritierung und darüber hinaus stand er

---

143 Vgl. Zeitzeugengespräch Frau K., vgl. ebenso KHZ PH 17. 10. 1973. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil.

144 http://www.communale-hd.de/verein.html; aufgerufen am 28. 8. 2016.

145 Vgl. http://www.textpauli.de/auskunft.html; aufgerufen am 28. 8. 2016.

146 Ebd.

147 Vgl. http://www.zeit.de/autoren/P/Wilhelm_Pauli/index.xml, aufgerufen am 28. 8. 2016.

148 Vgl. Zeitzeugengespräch Berufsverbote,
vgl. ebenso http://www.boeckler.de/64540_64580.htm, aufgerufen am 16. 8. 2016.

149 Es handelt sich dabei um ein Magazin der Hans-Böckler Stiftung, welches über Wirtschaft und Politik aus Arbeitnehmersicht berichtet.
Vgl. https://www.boeckler.de/66358.htm, aufgerufen am 16. 8. 2016.

150 Ebd.

in der Kritik durch die linke Studentenschaft.[151] Besonderes Aufsehen erregte Kollnigs Lehrauftrag im Fach Geschichte, den er im Sommersemester 1975 „ausgerechnet in dem Fach, in dem er schon 1939 ‚Bedeutendes' geleistet hatte"[152] abhielt. Schon vor der offiziellen Vergabe des Lehrauftrags sprach sich die Fachschaft – welcher unter anderem Pauli angehörte[153] – gegen eine Lehrtätigkeit Kollnigs aus und boykottierte schließlich seine Veranstaltung unter dem Titel *Landesgeschichte in Baden-Württemberg*, sodass lediglich ein Student zur Veranstaltung erschien. „Der ‚Leer'-Auftrag Kollnigs"[154] wurde dieser Erfolg in der KHZ genannt.[155] Nach seiner Zeit an der PH widmete sich Kollnig seinen literarischen und publizistischen Tätigkeiten.[156] Im Jahr 1976 wurde er vom Kultusministerium Baden-Württemberg für die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse vorgeschlagen, unter anderem mit folgender Begründung: „Auch seine Standhaftigkeit in der Auseinandersetzung mit radikalen Studentengruppen verdient Anerkennung."[157] Dieser Vorschlag wurde jedoch abgelehnt und in eine Verdienstmedaille des Landes Baden-Württemberg in Gold umgewandelt, welche im Jahr 1977 feierlich überreicht wurde.[158] 1997 erhielt er die Richard-Benz-Medaille der Stadt Heidelberg, 2001 die Ehrenbürgerschaft der Pädagogischen Hochschule Heidelberg und 2002 wurde ihm das Ehrenblatt des Stadtteilvereins Handschuhsheim verliehen.[159] Am 9. September 2003 verstarb Karl Kollnig im Alter von 93 Jahren. Auch nach seinem Tod blieb Kollnig im Gedächtnis der Heidelberger, sodass im Jahr 2006 ein kleiner Platz im Heidelberger Stadtteil Handschuhsheim mit den Namen *Karl-Kollnig-Platz* eingeweiht wurde.[160]

---

151 Vgl. Flugblatt KHG 14. 11. 1974. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil., vgl. ebenso KHZ PH 10. 12. 1974. In: GLA 535 Zugang 2001-66, Flugblätter.

152 KHZ PH 10. 12. 1974. In: GLA 535 Zugang 2001-66, Flugblätter.

153 Vgl. KHZ PH 27. 1. 1975. In: GLA 535 Zugang 2001-66, Flugblätter.

154 KHZ PH 9. 4. 1975. In: GLA 535 Zugang 2001-66, Flugblätter.

155 Vgl. KHZ PH 10. 12. 1974. In: GLA 535 Zugang 2001-66, Flugblätter. Vgl. ebenso KHZ PH 9. 4. 1975. In: GLA 535 Zugang 2001-66, Flugblätter.

156 Vgl. Lebenslauf Kollnig.
In: http://ww1.heidelberg.de/buergerinfo/vo0050.asp?__kvonr=13773, aufgerufen am 8. 7. 2016.

157 Brief Kultusministerium Baden-Württemberg an Staatsministerium 26. 8. 1976. In: GLA 466-24 Nr. 25.

158 Vgl. Brief Kultusministerium Baden-Württemberg an Staatsministerium 26. 8. 1976. In: GLA 466-24 Nr. 25, vgl. ebenso Brief Staatsministerium an Kultusministerium Baden-Württemberg. 10. 3. 1977. In: GLA 466-24 Nr. 25.

159 Vgl. Lebenslauf Kollnig.
In: http://ww1.heidelberg.de/buergerinfo/vo0050.asp?__kvonr=13773, aufgerufen am 8. 7. 2016 um 20:45 Uhr.

160 Vgl. Lebenslauf Kollnig.
In: http://ww1.heidelberg.de/buergerinfo/vo0050.asp?__kvonr=13773, aufgerufen am

Nach den Auseinandersetzungen mit Wilhelm Pauli fand laut eingesehener Quellenlage keine öffentliche Thematisierung von Kollnigs Vergangenheit mehr statt.

Auch Wilhelm Schwabs weitere Lehrtätigkeit an der PH wurde durch die anhaltenden Studentenproteste weiterhin beeinflusst. Im Jahr 1975 ging Schwab so weit, eine Strafantragsbitte zu verfassen, da Studierende der KHG eine seiner Übungen verhindert hatten.[161] Auflistungen der abgehaltenen Seminare an der Pädagogischen Hochschule lassen vermuten, dass Schwab bis ins Jahr 1979 als Professor tätig war, ein Blockseminar aus dem Jahr 1981 deutet zudem auf einen weiteren Lehrauftrag Schwabs hin. Am 25. Juni 1992 verstarb Wilhelm Schwab. Weitere Informationen zu Schwabs Tätigkeiten nach der Zeit an der PH liegen nicht vor.[162] Auch in seinem Fall sind keine weiteren Hinweise zu einer NS-Aufarbeitung nach Beendigung des Prozesses mit Pauli zu finden.

Die NS-Vergangenheit der Lehrenden Kollnig und Schwab

Wie in den Ausführungen deutlich wurde, legte eine vage Andeutung beziehungsweise Behauptung über die Vergangenheit Kollnigs sowie Schwabs den Ausgangspunkt der Auseinandersetzungen. Doch auch wenn die Gruppe der KHG bemüht war, Details über die NS-Vergangenheit der beiden Lehrenden herauszufinden und diese zu veröffentlichen, konnte sie über die Blütenlese alter Publikationen hinaus, nichts erreichen. Ebenso wurden durch das juristische Verfahren keine weiteren Informationen bekannt. Eigene Nachforschungen konnten Details aus der Vergangenheit der beiden Lehrenden beleuchten, sodass eine kurze Skizzierung der Tätigkeiten der Personen Kollnig und Schwab in den Jahren 1933 bis ca. 1945 folgt.

Im Jahr 1933 befand sich der damals 23-jährige Student Karl Kollnig in den letzten Zügen seines Hochschulstudiums an der Universität Heidelberg mit den Fächern Geschichte, Englisch, Französisch und Philosophie. Gleichzeitig legte er in diesem Jahr seine Dissertation bei seinem Doktorvater Prof. Dr. Willy Andreas über *Die Zent Schriesheim* ab.[163] Von Mai 1934 bis Juni 1935

---

8. 7. 2016 um 20:45 Uhr, vgl. ebenso Pädagogische Hochschule Heidelberg/Vereinigung der Freunde der Pädagogischen Hochschule e.V. (Hrsg.): Einblicke in 100 Jahre Lehrerbildung in Heidelberg: ein langer Weg zu einer forschungsbasierten bildungswissenschaftlichen Hochschule. Heidelberg 2004, S. 41.

[161] Vgl. Brief Schwab an Rektor 25. 6. 1975. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil.

[162] Vgl. Vorwort zu Schwabs Nachlass. In: www.ekiba.de/html/media/dl.html?i=70440, aufgerufen am 20. 7. 2016 um 16:45 Uhr.

[163] Vgl. Lebenslauf Kollnig.
In: http://ww1.heidelberg.de/buergerinfo/vo0050.asp?__kvonr=13773, aufgerufen am 8. 7. 2016, vgl. ebenso Pädagogische Hochschule Heidelberg/Vereinigung der Freunde

absolvierte er den Vorbereitungsdienst für das Lehramt an höheren Lehranstalten an der Oberrealschule Heidelberg. Ein erster Kontakt zum NS kann 1934 festgestellt werden, als er in die SA eintrat, kurze Zeit später zum Rottenführer und schließlich zum Scharführer befördert wurde.[164] Rückblickend – im Rahmen seiner Strafkammerakte 1947 – begründete er diesen Beitritt mit dem stark nationalsozialistisch angehauchten Rektor der Oberrealschule, der die Referendare dazu gedrängt habe, der SA beizutreten. Im Hinblick auf die Beförderungen erklärte er: SA-Mitglieder im Innendienst sollten einen höheren Rang als die SA-Stürme besitzen, deshalb sei er innerhalb kurzer Zeit befördert worden.[165]

Ab 1935 forschte Kollnig im Rahmen des Stipendiums der Deutschen Forschungsgemeinschaft als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Heidelberg unter der Leitung von Prof. Dr. Fehrle und Franz über die Thematik *Volkstum und Stammescharakter der Großstadt*.[166] Auf diesen Forschungen basierte die spätere Schrift *Mannheim. Volkstum und Volkskunde einer Großstadt in ihren geschichtlichen Grundlagen*, aus welcher im Jahr 1973 unter anderem folgende Zitate als Blütenlese veröffentlicht wurden: „Zu Beginn des 18. Jh. nahm das Verhalten der Juden in der Stadt so aufreizende Formen an, daß [sic!] sich die Beschwerden der Bürger beim Stadtrat häuften. Man braucht ja nur einen Blick in die Mannheimer Rathausprotokolle zu werfen, um zu erkennen, wieviel Unruhe und Beschwernis die Bürger durch die Juden erlitten.“[167] Und „Vielfalt und Zersplitterung kennzeichneten daher das städtische Gemeinschaftsleben. Erst das III. Reich schuf neue Gemeinschaften und faßte [sic!] vor allem die heillos zersplitterten Jugendverbände zu einer neuen Einheit in der Hitlerjugend zusammen.“[168] Im Jahr 1936 verfasste Kollnig eine Bewerbung für eine Dozentenstelle an der Karlsruher Hochschule für Lehrerbildung.

Ab 1937 war Kollnig im Rahmen eines Forschungsauftrags über elsässische Weistümer zwei Jahre am Elsaß-Lothringen-Insitut Frankfurt tätig, unterbrochen durch seine freiwillige Tätigkeit beim Heer von Mai bis Juli 1937.

---

der Pädagogischen Hochschule e.V. (Hrsg.): Einblicke in 100 Jahre Lehrerbildung in Heidelberg: ein langer Weg zu einer forschungsbasierten bildungswissenschaftlichen Hochschule. Heidelberg 2004, S. 40, vgl. ebenso Personalakte Kollnig. In: GLA 235-1 Nr. 2390.

[164] Vgl. Spruchkammerakte Kollnig. In: GLA 465 q Nr. 24377, vgl. ebenso Personalakte Kollnig. In: GLA 235-1 Nr. 2390.

[165] Vgl. Spruchkammerakte Kollnig. In: GLA 465 q Nr. 24377.

[166] Vgl. Ebd.

[167] KHZ PH 5. 11. 1973. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil. Zitiert nach: Kollnig, Karl: Mannheim. Volkstum und Volkskunde einer Großstadt in ihren geschichtlichen Grundlagen. Karlsruhe 1938, S. 33.

[168] Ebd. S. 62.

Ebenfalls im Mai desselben Jahres wurde Kollnig NSDAP-Mitglied,[169] zu welcher Tatsache er sich 1947 folgendermaßen äußerte: „Ich wehrte mich damals nicht gegen die vollzogene Aufnahme in die Partei, da ich es für zweckmäßiger hielt, offiziell als politisch zuverlässig zu gelten."[170]

Ab August 1939 leistete Kollnig in der Eisenbahn-FLAK-Abt. 822 Wehrdienst und stieg bis 1944 zum Oberleutnant auf. 1945 geriet er in kanadische Kriegsgefangenschaft, aus der er 1948 zurückkehrte.[171] 1947 stellte Kollnig einen Antrag auf Amnestierung bei der Spruchkammer Heidelberg, in welcher er sein Verhalten während des NS resümierte: „Ich beantrage, daß [sic!] ich als Mitläufer zu betrachten bin, da ich am NS nicht mehr als nominell teilgenommen habe, ihn nur unwesentlich unterstützt habe, weder Nutznießer noch Militarist war, mich vielmehr frühzeitig und nachweisbar vom NS distanziert habe."[172] Kollnig wurde in die Gruppe der Mitläufer eingestuft.[173]

Die Äußerungen zur Person Kollnig in der NS-Zeit, welche in den Archivalien aufzufinden sind, lassen sich schwer zu einer umfassenden Beurteilung vereinen, da es sich bei den Dokumenten vor allem um Selbstdarstellungen Kollnigs handelt, deren Anfertigung mit einer bestimmten Intention verbunden war. Vergleichsmaterial aus anderen Perspektiven ist jedoch nicht vorhanden.

Wilhelm Schwab befand sich 1933 in der Hauptphase seines Hochschulstudiums. Bis 1936 lebte er in den Städten Tübingen, Marburg, Berlin und Heidelberg und studierte die Fachbereiche Theologie, Religionswissenschaft, Philosophie, Psychologie, Pädagogik und Geschichte. Bereits im März 1933 trat er sowohl in den Nationalsozialistischen Studentenbund[174] als auch in die SA ein. 1947 begründete er rückblickend den Eintritt damit, dass er auf Anordnung der Studentenschaft erfolgt sei, „weil der Eintritt in diese Organisationen zum Studiengebührenerlass Voraussetzung war."[175] Knapp ein Jahr nach dem Eintritt in den NSDStB kam es laut Schwab zu einer weltanschaulichen Auseinandersetzung, weshalb er bereits im Sommer 1934 wie-

---

[169] Vgl. Personalakte Kollnig. In: GLA 235-1 Nr. 2390.

[170] Spruchkammerakte Kollnig. In: GLA 465 q Nr. 24377.

[171] Vgl. Spruchkammerakte Kollnig. In: GLA 465 q Nr. 24377, vgl. ebenso Personalakte Kollnig. In: GLA 235-1 Nr. 2390.

[172] Spruchkammerakte Kollnig. In: GLA 465 q Nr. 24377.

[173] Vgl. Personalakte Kollnig. In: GLA 235-1 Nr. 2390.

[174] Im weiteren Verlauf der Arbeit abgekürzt durch NSDStB.

[175] Lebenslauf Schwab 9. 6. 1947. In: KA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil., vgl. ebenso Mitgliedsausweise des NSDStB. In: KA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil., vgl. ebenso Mitgliedsausweis SA. In: KA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil., vgl. ebenso Mitgliedsausweis NSDAP. In: KA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil.

der aus der Organisation austrat.[176] In der SA verblieb er zunächst, jedoch ohne Amt und Rang zu besitzen, wie in seiner Strafkammerakte 1948 vermerkt wurde.[177] Äußerungen über Schwabs Engagement in dieser Organisation finden sich in seiner SA-Akte: „Er hat (...) seinen SA-Dienst ordnungsgemäß und regelmäßig besucht und seine Führung war tadellos."[178] Er selbst stellte dies 1947 folgendermaßen dar: „Ich habe in keiner Organisation ein Amt gehabt und bin trotz langjähriger Zugehörigkeit zur SA infolge mangelhaften Dienstes und semesterlangen Beurlaubungen nicht befördert worden."[179] Nach Beendigung seines Studiums im Jahr 1936 wurde er als Geistlicher in der badischen Landeskirche ordiniert, übernahm ab Herbst jedoch eine einjährige wissenschaftliche Inspektorenstelle des Studentenhauses Johanneum Berlin, weshalb er wieder in die Hauptstadt zog. Im Verlauf des Jahres trat Schwab ebenfalls aus der Organisation der SA aus, da nun „eine Zugehörigkeit zur SA aus Studiengründen nicht mehr nötig war."[180] Ab 1937 war Schwab als geistlicher Religionslehrer der badischen Landeskirche in den Städten Offenburg, Mannheim und Eberbach tätig. Zusätzlich erwarb er 1938 an der Universität Berlin den theologischen Doktortitel mit der Dissertation *Die vereinigte evangelisch-protestantische Landeskirche Badens als besonderer Typ einer Unionskirche* sowie 1939 den philosophischen Doktorgrad an der Universität Marburg mit einer Dissertation betitelt *Die Religiosität des Christian Gotthilf Salzmann gesehen im Lichte der Integrationspsychologie. Zugleich ein Beitrag zu Wesen und Grundlage des deutschen Frommseins*.[181] Letztere war die Schrift Schwabs, die 1973 zur Blütenlese von Zitaten wie folgendes herangezogen wurde: „Wir haben aber in der deutschen Geistesgeschichte, und ganz besonders in der jüngst vergangenen Epoche, weiterhin eine Überflutung des deutschen Geistes vom „Gegentypus" her gehabt, nicht nur auf dem allgemein kulturellen, geisteswissenschaftlichen und künstlerischen Gebiet, sondern ebenso auch auf dem religiösen Gebiet. Darum ist es heute, da auf allen Gebieten ein Ringen um echte deutsche Lebensgestaltung begonnen hat von besonderer Wichtigkeit, die Religiosität eines Menschen wie Salzmann, der am stärksten gegen diesen zu bekämpfenden „Gegentypus" steht, kennenzulernen."[182] Da Schwab das Ziel einer Habilitation in der Re-

[176] Vgl. Lebenslauf Schwab 9. 6. 1947. In: KA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil.

[177] Vgl. Spruchkammerakte Schwab. In: KA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil.

[178] Mitgliedschaftsakte der SA-Standarte Schwab. In: GLA 465 c Nr. 3490.

[179] Lebenslauf Schwab 9. 6. 1947. In: KA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil.

[180] Ebd.

[181] Vgl. Ebd.

[182] KHZ PH 14. 11. 1973. In: KA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil. Zitiert nach: Wilhelm Schwab: Die Religiosität des Christian

ligionspsychologie verfolgte, schied er im Jahr 1940 aus dem Kirchendienst aus, um als Psychologe zu arbeiten. Genaue Daten dazu sind nicht bekannt. Im Frühjahr des Jahres 1940 wurde Schwab zum Wehrdienst eingezogen und stellte im April 1941 den Antrag auf eine Mitgliedschaft in der NSDAP.[183] Zu der Zugehörigkeit dieser nationalsozialistischen Organisation liegen widersprüchliche Archivalien vor. Während ein Mitgliedsausweis mit dem Aufnahmedatum 1. April 1941 existiert, gab Schwab 1948 an, dass seine Aufnahme nie stattgefunden habe. In der Spruchkammerakte Schwabs wurde er als NSDAP-Anwärter von 1941–1943 gezählt.[184] Ab Juli 1942 wurde Schwab für seine wissenschaftlichen Arbeiten neun Monate vom Heeresdienst beurlaubt. Während dieser Beurlaubung, im Winter 1942/43, wurde aus ihm unbekannten Gründen auf Anordnung des Propagandaministeriums die Dissertation über Salzmann beschlagnahmt. „Damit war mir die Aussicht auf eine wissenschaftliche Laufbahn genommen, zumal ich von jetzt an polizeiliche Überwachung einsetzte und Vernehmung durch die Gestapo erfolgte."[185] So beschrieb Schwab 1947 die Gründe für seine Rückkehr zur Wehrmacht. 1944 geriet Schwab in kanadische Kriegsgefangenschaft, innerhalb derer er in der Gemeindearbeit tätig wurde. Bibelstunden, Gottesdienste und auch Deutsch- sowie Geschichtsunterricht hielt er in kanadischen Kriegsgefangenenlagern ab, wurde als Lagerpfarrer in verschiedenen Lagern New Yorks und nach seiner Überführung im März 1946 nach England als Lehrender für systematische Theologie in Norton-Camp 174, einem theologischen Studienlager für deutsche Kriegsgefangene, eingesetzt. Im März 1947 kehrte Schwab zurück in seine Heimat.[186] Im Rahmen seines Antrags auf Amnestierung bei der Spruchkammer Mosbach taxierte er sein Verhalten folgendermaßen: „Ich gehöre zur Gruppe V, zur Gruppe der Entlasteten. Ich bin auf Anordnung der Studentenschaft in SA und NSDStB eingetreten. (...) Ich habe auf

---

Gotthilf Salzmann gesehen im Lichte der Integrationspsychologie. Zugleich ein Beitrag zu Wesen und Grundhaltung deutschen Frommseins. Berlin/Heidelberg 1941, S. 2f.

[183] Vgl. Lebenslauf Schwab 9. 6. 1947. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil., vgl. ebenso Brief Schwab an Oberkirchenrat 10. 4. 1947. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil.

[184] Vgl. Lebenslauf Schwab 9. 6. 1947. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil., vgl. ebenso Spruchkammerakte Schwab. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil., vgl. Mitgliedsausweis NSDAP. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil.

[185] Brief Schwab an Oberkirchenrat 10. 4. 1947. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil.

[186] Vgl. Lebenslauf Schwab 9. 6. 1947. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil., vgl. ebenso Spruchkammerakte Schwab. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil.

dienstliche Anordnung Antrag auf Aufnahme in die Partei gestellt und habe, nachdem ich dieser Dienststelle nicht mehr unterstand, meinen Verzicht auf Aufnahme erklärt. (...) Im Übrigen gehöre ich seit 1942 bzw. 1943 nachweisbar zu den politisch Verfolgten, polizeilich Überwachten und im beruflichen Fortkommen Geschädigten."[187] Eingestuft wurde Schwab in die Gruppe der Mitläufer.[188]

Wie auch bei Kollnig gestaltet sich die Beurteilung der Tätigkeit Schwabs in der NS-Zeit aufgrund von fehlendem Vergleichsmaterial schwierig. Zusätzlich erschwert wird dies durch die Besonderheit, dass es sich bei den Archivalien Schwabs um Dokumente aus seinem Nachlass handelt. Nichtsdestotrotz kann festgehalten werden, dass Schwabs Argumentation für seine Mitgliedschaft in nationalsozialistischen Organisationen schlüssig erscheint, da er ihnen lediglich einen gewissen Zeitraum angehörte. Besonders die kurze Mitgliedschaftsdauer von 16 Monaten im NSDSB und der Austritt mehr als zwei Jahre vor Studienabschluss lässt die Vermutung aufkommen, dass Schwab tatsächlich eine kritische Haltung gegenüber des NS-Gedankenguts besaß. Dem gegenüber stehen jedoch die veröffentlichten Zitate aus Schwabs Dissertation.

Fazit

Die NS-Aufarbeitung war in der BRD eine zentrale Thematik der Studentenunruhen der 68er. Während an anderen Hochschulen Ringvorlesungen dazu initiiert wurden,[189] zollten die Studierenden an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg dem Themenkomplex der NS-Aufarbeitung jedoch weniger Beachtung. Die Auswertung von Archivalien und Zeitzeugenaussagen hat aufgezeigt, dass an der PH keine systematische NS-Aufarbeitung stattfand, die Thematik vielmehr im Zusammenhang mit Kritik an bestimmten Lehrenden auftauchte.

Der Fall Pauli versus Kollnig und Schwab stellte an der PH einen einmaligen Vorfall dar, in dessen Rahmen Studierende der KHG sowie des AStA bemüht waren, eine Aufarbeitung der NS-Vergangenheit zweier Dozenten zu betreiben. Flugblätter mit Blütenlesen aus alten Publikationen der Lehrenden sowie Konfrontationen in Seminaren oder hochschulpolitischen Gremien waren Aktionen, die typisch für die Zeit der kritischen Studentenschaft waren. Auch in anderer Hinsicht war der Fall Pauli versus Kollnig und

[187] Lebenslauf Schwab 9. 6. 1947. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil.

[188] Vgl. Spruchkammerakte Schwab. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil.

[189] Vgl. Rusinek (Anm. 2), S. 114.

Schwab eine einzigartige Episode für die Pädagogische Hochschule Heidelberg. Weder zuvor noch danach hatte es einen Vorfall gegeben, der so exemplarisch für die Auseinandersetzung der 68er zwischen den Studierenden wie den Lehrenden stand, was vor allem an den exponierten Positionen der Antagonisten – AStA-Vorsitzender gegen Prorektor – lag.[190]

Aus heutiger Sicht brachte der Prozess nur bedingt Konsequenzen für die Akteure mit sich. Wilhelm Pauli erhielt nach seinem Examen „Berufsverbot". Möglicherweise spielten die juristischen Auseinandersetzungen in diesem Zusammenhang eine Rolle – keinesfalls kann der Prozess jedoch als alleinige Ursache angesehen werden.[191] Eine wirkliche Aufarbeitung der Vergangenheit der Professoren brachte der juristische Prozess laut Quellenlage nicht mit sich. Mehr als 40 Jahre nach dem Prozess konnten eigene Nachforschungen Details aus der Vergangenheit der ehemaligen Dozenten beleuchten. Die Recherchen haben aufgezeigt, dass einige Beschuldigungen aus dem Jahr 1973 nicht haltbar sind. Dazu zählt die Diffamierung als „Feinde des Volkes"[192] oder die Bezeichnung als „Herren, die aus der Geschichte, auch aus ihrer eigenen, nichts gelernt haben"[193] Andererseits haben die Vorfälle aus der Zeit der Studentenunruhen den Wunsch nach der Aufarbeitung der Vergangenheit aufgezeigt – eine durchaus notwendige Thematik der damaligen Zeit.

---

[190] Vgl. Durchsicht der Flugblätter. In: GLA 535 Zugang 2001-66, Flugblätter, vgl. ebenso Zeitzeugengespräch Frau K.

[191] Vgl. KHZ 14. 11. 1974. In: Privatarchiv Hornung Dokumentation der KHG zu 27 Berufsverboten an der PH HD, vgl. ebd. Broschüre über Berufsverbote.
In: http://www.berufsverbote.de/tl_files/Hann2015/Begleitheft_A4_klein.pdf;
aufgerufen am 20. 7. 2016 um 16:20 Uhr.

[192] AStA-Info 30. 4. 1973. In: LKA Abt. 150.091. Nachlass Wilhelm Schwab. Pfarrer und Professor Dr. theol. et phil.

[193] Ebd.

Bettina Alavi / Elora Eva Märtsch

Der „Radikalenerlass“ von 1972 und seine Auswirkungen an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg[1]

In unmittelbarem Zusammenhang mit der Studentenbewegung von 1968 und als Folge des von Rudi Dutschke proklamierten „Marsch durch die Institutionen“[2] ist der unter dem Namen „Radikalenerlass“ bekanntgewordene Beschluss der Ministerpräsidenten vom 28. Januar 1972 in der Bundesrepublik als ein Element zur präventiven Verteidigung der freiheitlich demokratischen Grundordnung (FDGO)[3] gegenüber Verfassungsfeinden zu sehen. Im Sinne der vom Bundesverfassungsgericht geprägten Konzeption der streitbaren Demokratie, nach der die Verteidigung dieser bereits dann einsetzt, wenn noch keine Verletzung der Strafgesetze vorliegt,[4] wurden in Folge des Erlasses zahlreiche Bewerber des öffentlichen Dienstes, wie auch bereits dort tätige Arbeiter, Angestellte und Beamte auf ihre Loyalität gegenüber dem Staat und seiner Verfassung hin überprüft. Bundesweit kam es dabei bis 1987 zu schätzungsweise 3,5 Millionen Prüfungen und infolgedessen zu über 10 000 Ablehnungen und etwa 256 Entlassungen aus dem öffentlichen Dienst. Circa 90% der Betroffenen waren dem linken politischen Spektrum zuzurechnen.[5] Unter den Lehramtsstudierenden an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg wurde der Beschluss intensiv diskutiert, waren doch die meisten von seiner Durchführung Betroffenen Bewerber für

[1] Vgl. grundlegend Braunthal, Gerard: Politische Loyalität und Öffentlicher Dienst. Der „Radikalenerlaß“ von 1972 und seine Folgen. Marburg/Berlin 1992.

[2] Vgl. Wienhaus, Andrea: Bildungswege zu „1968“. Eine Kollektivbiografie des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes. Bielefeld 2014, S. 14.

[3] Mit der FDGO im Sinne des Grundgesetzes ist eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung gemeint, die auf der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit basiert, mit den grundlegenden Prinzipien, wie der Achtung vor den im Grundgesetz festgelegten Menschenrechten. Vgl. Frisch, Peter: Extremistenbeschluss. Zur Frage der Beschäftigung von Extremisten im öffentlichen Dienst mit grundsätzlichen Erläuterungen, Argumentationskatalog, Darstellung extremistischer Gruppen und einer Sammlung einschlägiger Vorschriften, Urteile und Stellungnahmen. 4. Aufl. Leverkusen 1977, S. 153. Der Sozialdemokrat Peter Frisch war im damaligen Bundesinnenministerium im Referat für Verfassungsschutz und Grundfragen des politischen Extremismus tätig.

[4] Vgl. Zoll, Ralf: Der „Radikalenerlass“. In: Imbusch, Peter/Zoll, Ralf (Hrsg.): Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung. 5. Aufl. Wiesbaden 2010, S. 485–509, S. 492.

[5] Vgl. Braunthal (Anm. 1), S. 9.

den Schuldienst. Da die Umsetzung des „Radikalenerlasses" auf Länderebene geregelt war, wurden die Lehramtsstudierenden auf der Basis der sehr strikten baden-württembergischen Variante, dem sogenannte „Schiess-Erlass", überprüft. Im Folgenden soll nun auf der Basis von Archivalien[6] und sieben Zeitzeugeninterviews mit damals betroffenen Studierenden[7] und mit dem damaligen Rektor rekonstruiert werden, wie sich der Erlass auf die angehenden Lehrkräfte an der Hochschule auswirkte, wie dieser unter Studierenden und Lehrenden diskutiert wurde, welche Reaktionen auf den Erlass folgten und inwieweit sich durch die Durchführung des Erlasses das Klima an der Hochschule veränderte.

Der „Radikalenerlass" vom 28. Januar 1972

Nach einer politisch eher ruhigen Phase befürchtete die Bundesregierung im Zuge der Studentenbewegung Ende der 1960er Jahre eine Bedrohung der Staatsordnung durch Feinde im öffentlichen Dienst.[8] Unter der oft mit der Studentenbewegung gleichgesetzten „Außerparlamentarischen Opposition" (APO)[9] sammelten sich in der Bundesrepublik neben Studierenden auch viele Jugendliche. Dabei klagten sie Missstände wie das Fehlen einer starken Opposition sowie die unzulängliche Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit an. Zu heftigen Protesten kam es außerdem im Kontext der Einführung der Notstandsgesetze 1968, welche dem Staat eine Einschränkung der Grundrechte der Bürger im Krisenfall einräumten. Weitere Themen stellten der von den Amerikanern geführte Vietnamkrieg sowie die zunehmende Armut und Ausbeutung der Dritten Welt dar.[10] Einer der Wortführer der Studentenbewegung, der Soziologe Rudi Dutschke, forderte seine Anhänger dazu auf, die Gesellschaft durch einen „Marsch durch die Institutionen" des Staates zu verändern.

---

[6] Hierbei handelt es sich um Flugblätter, Hochschulzeitungen und Senatssitzungsprotokolle aus dem Generallandesarchiv in Karlsruhe (GLA) und von zwei der Zeitzeugen zur Verfügung gestellte Materialien.

[7] Die Zeitzeugeninterviews mit vier ehemaligen Studenten und dem ehemaligen Rektor hat die Autorin selbst geführt, drei Interviews mit ehemaligen Studentinnen und einer Lehrenden wurden ihr von Melanie Schweizer und Melissa Carrera-Pinto (siehe deren Beitrag in diesem Band) zur Verfügung gestellt.

[8] Vgl. Braunthal (Anm. 1), S. 36.

[9] Vgl. Philipps, Robert: Sozialdemokratie, 68er-Bewegung und gesellschaftlicher Wandel 1959–1969. Baden-Baden 2012, S. 24.

[10] Vgl. Herrmann, Ulrich/Baader, Meike Sophia: Einführung. In: Baader, Meike Sophia/Herrmann, Ulrich (Hrsg.): 68 – Engagierte Jugend und Kritische Pädagogik. Impulse und Folgen eines kulturellen Umbruchs in der Geschichte der Bundesrepublik. Weinheim/München 2011, S. 9–13, S. 10.

Im September 1968 kam es darüber hinaus zur Gründung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), der Nachfolgeorganisation der 1956 für verfassungswidrig erklärten Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Während die neugebildete Partei eher geringfügige Wahlergebnisse erzielte, nahmen die linken Gruppen an den Universitäten, wie der Marxistische Studentenbund (MSB) Spartakus oder auch kleinere maoistische Gruppen (K-Gruppen), eine bedeutende Rolle ein. Beispielsweise erlangten sie im Jahre 1971 rund 58% der Sitze in den Studentenparlamenten von 45 Universitäten. Viele der dem linken Spektrum angehörenden Universitätsabsolventen beabsichtigten nach ihrem Studium in den öffentlichen Dienst einzutreten, zahlreiche davon in den Lehrerberuf.[11] Zeitgleich nahm der Terrorismus in der Bundesrepublik in Form der Roten Armee Fraktion (RAF) rund um die zentralen Akteure Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhof zu. In ihrem Kampf gegen den Rechtsstaat verübte die Gruppe neben der Brandstiftung in zwei Frankfurter Kaufhäusern im April 1968 zahlreiche Banküberfälle, Bombenanschläge (unter anderem auf amerikanische Militäreinrichtungen) sowie Entführungen und Ermordungen von Regierungsvertretern und Geschäftsleuten.

All dem gegenüber stand ab 1969 die neugebildete sozial-liberale Regierung, bestehend aus einer Koalition zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und der Freien Demokratischen Partei (FDP) unter dem Bundeskanzler Willy Brandt. Dieser war mit dem Ziel angetreten, „mehr Demokratie zu wagen“ und durch eine Politik der Reformen zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen sowie zum Abbau von Konflikten beizutragen. Vor allem die damalige Opposition, bestehend aus der Christlich Demokratischen Union (CDU) und der Christlich-Sozialen Union (CSU), sah sich von der Zunahme des Linksradikalismus bedroht. So warnte der damalige CDU-Fraktionsvorsitzende Rainer Barzel in einer Bundestagsdebatte vor der Absicht der Linken, die soziale Ordnung zu zerstören. Gleichzeitig rief er alle Parteien dazu auf, den Kampf gegen den Radikalismus aufzunehmen. Des Weiteren intendierte die CDU/CSU-Führung DKP-Mitglieder durch ein Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht vom öffentlichen Dienst auszuschließen. Allerdings kam für Brandt, welcher in der Ostpolitik eine Politik der Entspannung verfolgte und die deutsch-sowjetischen Beziehungen nicht belasten wollte, das Verbot einer kommunistischen Partei nicht in Frage.[12] Die christdemokratische Opposition löste infolgedessen eine Diskussion über die Nähe der Sozialdemokraten zu den Kommunisten und über die demokratische Zuverlässigkeit der SPD aus. Im Herbst 1971 erfolgte schließlich ein Abgrenzungsbeschluss der SPD gegenüber den Kommunisten.[13]

---

[11] Vgl. Braunthal (Anm. 1) S. 39 ff.

[12] Vgl. Braunthal (Anm. 1), S. 42 f.

[13] Vgl. Zoll (Anm. 4), S. 491.

Inhalte des Erlasses

Am 28. Januar 1972 beschloss die Ministerpräsidentenkonferenz der Länder, „Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst", welche noch am selben Tag durch eine gemeinsame Erklärung des Bundeskanzlers und der Ministerpräsidenten ergänzt wurden. Diese dehnte die Gültigkeit des Beschlusses auf Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst aus.[14] Bekannt wurde der Beschluss auch als „Radikalenerlass", „Extremistenbeschluss" oder bei seinen Gegnern als „Berufsverboterlass".[15] Inhaltlich legte er fest, dass in das Beamtenverhältnis nur derjenige berufen werde, der „die Gewähr dafür bietet, daß [sic] er jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt"[16] und dass jeder Fall einzeln zu überprüfen sei. Darüber hinaus wurde festgelegt, dass bei Bewerbern, Beamten sowie Arbeitern und Angestellten im öffentlichen Dienst im Falle von verfassungsfeindlichen Aktivitäten oder einer Mitgliedschaft in einer verfassungsfeindlichen Organisation eine Ablehnung beziehungsweise die Entfernung des Mitarbeiters aus dem öffentlichen Dienst zu erwägen sei. Zugleich wurde betont, dass dieser Beschluss kein neues Recht darstelle, sondern als Erinnerung an die bereits bestehenden Richtlinien des Grundgesetzes und der Beamtengesetze sowie als Gewährleistung eines einheitlichen Vorgehens diesbezüglich fungiere.[17]

Drei Monate nach dem „Radikalenerlass" einigten sich die Innenminister am 28. April auf Richtlinien für eine möglichst einheitliche Umsetzung des „Radikalenerlasses" auf Länderebene. So sollten die Einstellungsbehörden bei den Verfassungsschutzämtern anfragen (sogenannte Regelanfrage), ob aus den letzten fünf Jahren Erkenntnisse über den Bewerber vorlägen, welche eine Ablehnung der Einstellung rechtfertigen würden.[18] Darunter fielen neben öffentlich zugänglichen Informationen, wie der Mitgliedschaft in sowie der Kandidatur für eine (links-) radikale Organisation und der Unterzeichnung von Resolutionen und Manifesten, auch durch Spitzel herangetragene Auskünfte, wie die Teilnahme an Demonstrationen oder das

[14] Vgl. Braunthal (Anm. 1), S. 46.

[15] Vgl. Frisch (Anm. 3), S. 11.

[16] Beschluss der Regierungschefs des Bundes und der Länder vom 28. Januar 1972; abgedruckt in: Frisch (Anm. 3), S. 144.

[17] Vgl. Fuchs, Friederike/Jesse, Eckhard: Der Streit um die „streitbare Demokratie" – Zur Kontroverse um die Beschäftigung von Extremisten im öffentlichen Dienst. In: Funke, Manfred (Hrsg.): Extremismus im demokratischen Rechtsstaat. Ausgewählte Texte und Materialien zur aktuellen Diskussion. Düsseldorf 1978, S. 389–421, S. 406.

[18] Vgl. Rigoll, Dominik: Staatsschutz in Westdeutschland. Von der Entnazifizierung zur Extremistenabwehr. Göttingen 2013 (Beiträge zur Geschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 13), S. 343 f.

Beiwohnen linker Veranstaltungen.[19] Falls keine Akten über den Bewerber vorhanden seien, gelte es, diesem vor seiner Einstellung eine „Belehrung“ über seine Treuepflichten, die demokratische Grundordnung sowie über die Unvereinbarkeit von verfassungsfeindlichen Aktivitäten mit einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst vorzulegen. Überdies müsse der Bewerber eine „Erklärung“ unterzeichnen, in welcher er versichert, die auf ihn zukommenden Pflichten, wie das kontinuierliche Eintreten für die Erhaltung der FDGO, zu erfüllen. Im Falle von durch die Regelanfrage oder durch eine Verweigerung der Unterzeichnung der Erklärung erwachsenen, nicht ausgeräumten Zweifel an der Verfassungstreue des Bewerbers, solle dieser nicht in den öffentlichen Dienst eingestellt werden.[20] Käme es nach der Einstellung des Bewerbers zu einer Verletzung der unterschriebenen Erklärung, hätte dies eine Entlassung zur Folge.[21] Eine konkrete Organisation, deren Mitgliedschaft mit einer Stelle im öffentlichen Dienst unvereinbar sei, wurde nicht genannt, was den Behörden einen gewissen Freiraum einräumte.[22] Trotz der auf ein einheitliches Vorgehen abzielenden Richtlinien der Innenminister unterschied sich die tatsächliche Ausführung des „Radikalenerlasses“ in den Folgejahren von Bundesland zu Bundesland. Allgemein wurde der Erlass in CDU/CSU-regierten Ländern etwas strenger ausgelegt als in SPD/FDP-geführten Regierungen.[23] Vor allem das sozialdemokratisch-regierte Bundesland Hessen galt als Land mit einer eher liberalen Durchführung des Erlasses. Im Vergleich hierzu verfügten die CSU-beziehungsweise CDU-regierten Länder Bayern und Baden-Württemberg über einen restriktiven Ruf.[24]

In der Öffentlichkeit kam dem „Radikalenerlass“ große Aufmerksamkeit zu. Vor allem junge, politisch organisierte Menschen kritisierten den Beschluss scharf, darunter auch der Verband deutscher Studentenschaften (studentische Interessenvertretung der BRD) sowie die Jungsozialisten (Jugendorganisation der SPD) und die Jungdemokraten (damalige Jugendorganisation der FDP), wodurch es diesbezüglich zu inhaltlichen Auseinandersetzungen mit den Mutterparteien kam. Es folgten zahlreiche Resolutionen, Unterschriftenaktionen sowie Kommentare von Wissenschaftlern, Journalisten und Lehrkräften. Sie befürchteten eine Gefährdung der kritischen Öffentlichkeit durch die etablierte Überprüfungspraxis.[25] Grundsätzlich sahen sie den „Radikalenerlass“ als ein Mittel an, fortschrittlich eingestellte Menschen aus dem öffentlichen Dienst fernzuhalten und nur „Duckmäuser“

[19] Vgl. Zoll (Anm. 4), S. 495.
[20] Vgl. Rigoll (Anm. 18), S. 344.
[21] Vgl. Braunthal (Anm. 1), S. 54.
[22] Vgl. Braunthal (Anm. 1), S. 47.
[23] Vgl. Braunthal (Anm. 1), S. 53.
[24] Vgl. Rigoll (Anm. 18), S. 360.
[25] Vgl. Zoll (Anm. 4), S. 496.

zuzulassen, die ihre politische Überzeugung verschweigen. Gerade Studierende sollten demnach daran gehindert werden, sich linken Organisationen anzuschließen.[26]

Erst in den 1980er Jahren, (ab 1982 die CDU/CSU-FDP-Koalition) reduzierten sich die Auseinandersetzungen um den Erlass sowie die Zahl der überprüften Personen, was mitunter daran lag, dass aufgrund von Personalkürzungen und Einstellungsstopps, vor allem bei Bahn, Post und in den Schulen, deutlich weniger Studierende öffentliche Positionen erhielten als es noch in den 70er Jahren der Fall war und die Anzahl freier Stellen damit grundsätzlich geringer ausfiel als in den Jahren zuvor.[27] Am 25. Januar 1985 erklärte schließlich das Saarland als erstes Bundesland den „Radikalenerlass" für aufgehoben.[28] Zwei Jahre später entschieden die SPD-regierten Länder anlässlich des 15. Jahrestages des Erlasses keine neuen „Berufsverbote" mehr veranlassen zu wollen.[29] Die CDU/CSU-regierten Länder sahen im Folgenden nach und nach von der Regelanfrage an den Verfassungsschutz ab, Bayern dabei als letztes Bundesland zum Jahreswechsel 1991/92.

Regelung und Ausführung in Baden-Württemberg – Der „Schiess-Erlass" vom 2. Oktober 1973

Neben Bayern galt das CDU-regierte Baden-Württemberg als Bundesland mit der konsequentesten landesspezifischen Regelung und Ausführung des „Radikalenerlasses".[30] Hierbei wurden mit dem nach dem damaligen Innenminister Karl Friedrich Schiess benannten „Schiess-Erlass" vom 2. Oktober 1973 weitestgehend die an den „Radikalenerlass" anschließenden Richtlinien der Innenminister vom 28. April 1972 übernommen. So galt es, Bewerber für den öffentlichen Dienst vor ihrer Einstellung einer Regelanfrage zu unterziehen, sie über ihre Amtspflichten zu belehren und eine Erklärung über das kontinuierliche Eintreten für die FDGO unterzeichnen zu lassen. Lägen belastende Erkenntnisse über den Bewerber vor oder würde dieser die Erklärung nicht unterzeichnen, dürfe er, sofern die Zweifel an seiner Verfassungstreue nicht ausgeräumt werden könnten, nicht in den öffentlichen Dienst eingestellt werden. Bei bereits im öffentlichen Dienst Beschäftigten sollte im Falle eines Verstoßes gegen die Pflicht zur Verfassungstreue ein Disziplinar- oder Kündigungsverfahren eingeleitet werden.[31]

---

[26] Vgl. Zoll (Anm. 4), S. 102.
[27] Vgl. Braunthal (Anm. 1), S. 149 f.
[28] Vgl. Braunthal (Anm. 1), S. 151.
[29] Vgl. Braunthal (Anm. 1), S. 168.
[30] Vgl. Rigoll (Anm. 18), S. 360.
[31] Vgl. Bekanntmachung des Innenministeriums über die Pflicht zur Verfassungstreue im öffentlichen Dienst vom 15. Oktober 1973; abgedruckt in: Frisch (Anm. 3), S. 152 ff.

Die Ausführung des Erlasses erfolgte in Baden-Württemberg unnachgiebig. So wurden selbst studentische Hilfskräfte vor ihrer Einstellung überprüft. Zudem kam es, wie auch in anderen CDU/CSU-regierten Ländern, zu mehreren Fällen, in denen Bewerbern der Zugang zur zweiten Ausbildungsphase und damit die Beendigung der Ausbildung verwehrt wurde. Diese Praxis wurde durch ein Urteil des Verwaltungsgerichtshofs in Mannheim vom 17. August 1976 legitimiert, wonach keine Verpflichtung bestehe, eine Alternative zum Ausbildungsdienst im Beamtenverhältnis bereitzustellen. Für eine Ablehnung des Bewerbers reichte dabei bereits die Mitgliedschaft in einer von den Einstellungsbehörden als verfassungsfeindlich identifizierten Organisation aus.[32]

Mit dem Inkrafttreten des „Schiess-Erlasses“ stieg in Baden-Württemberg auch die Anzahl der „Berufsverbotsverfahren“ rapide an und erreichte 1975, wie in den meisten anderen Bundesländern, ihren Höhepunkt.[33] Dabei ergaben sich allein im Zeitraum zwischen 1973 und 1980 mehr als 264 000 Anfragen beim Verfassungsschutz, über 160 Nichteinstellungen von Bewerbern sowie circa 50 Entlassungen aus dem öffentlichen Dienst.[34] Ein durchschnittliches „Berufsverbotsverfahren“ dauerte von der Anhörung bis zur endgültigen Ablehnung, Entlassung oder doch noch durchgeführten (Wieder-) Einstellung etwas mehr als zwei Jahre.[35]

Folgen des Erlasses für Lehramtsstudierende

Mit einem Blick auf die Verteilung der „Berufsverbotsverfahren“ auf die jeweiligen Tätigkeitsbereiche im öffentlichen Dienst, wird ersichtlich, dass bundesweit rund 80% der „Berufsverbote“ im Schulbereich ausgesprochen wurden.[36] Unabhängig vom Beruf der Betroffenen wurden dabei 33% die Einstellung und etwa 20% die Ausbildung verweigert, rund 18% wurden entlassen[37] – in den meisten Fällen aufgrund einer Aktivität für oder einer Mitgliedschaft in einer als verfassungsfeindlich eingestuften Partei. Hierbei gehörte die Mehrheit der Betroffenen (circa 41%) der DKP oder einer von ihr kontrollierten Partei, wie dem MSB Spartakus, an. Unter den betroffenen K-

[32] Vgl. Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hrsg.): Ohne Zweifel für den Staat. Die Praxis zehn Jahre nach dem Radikalenerlaß. Reinbek bei Hamburg 1982, S. 88.

[33] Vgl. Histor, Manfred: Willy Brandts vergessene Opfer. Geschichte und Statistik der politisch motivierten Berufsverbote in Westdeutschland 1971–1988. Freiburg im Breisgau 1989, S. 94.

[34] Vgl. Komitee für Grundrechte und Demokratie (Anm. 32), S. 117 f.

[35] Vgl. Histor (Anm. 33), S. 99.

[36] Vgl. Histor (Anm. 33), S. 79.

[37] Vgl. Histor (Anm. 33), S. 76.

Gruppen-Anhängern (circa 14%) bildeten Mitglieder des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) die Mehrzahl.[38]

Für Lehramtsstudierende (wie auch für angehende Juristen) stellten sich die Bestimmungen in Baden-Württemberg insoweit verschärft dar, als dass ihnen schon der Zugang zum zweiten Ausbildungsabschnitt verwehrt werden konnte. Während Realschullehramtsstudierende in Baden-Württemberg in den 70er Jahren ihre Zweite Dienstprüfung in einem von der Hochschule verantworteten Vorbereitungsdienst[39] im Beamtenverhältnis auf Widerruf absolvierten, traten Grund- und Hauptschullehramtsstudierende nach ihrer Ersten Dienstprüfung direkt in den Schuldienst im Beamtenverhältnis auf Probe mit nahezu vollem Lehrerdeputat ein[40] und legten nach circa zwei bis drei Jahren ihre Zweite Dienstprüfung ab. Eine Verweigerung der Übernahme in den Vorbereitungs- beziehungsweise in den Schuldienst bedeutete jedoch in beiden Fällen, dass die Betroffenen ihre Zweite Dienstprüfung nicht absolvieren und aufgrund des staatlichen Ausbildungsmonopols ihre Lehrerausbildung nicht voll berufsqualifizierend beenden konnten.[41] Als weiterführende Konsequenz konnten die Betroffenen ohne abgeschlossene Zweite Dienstprüfung auch nicht an privaten Schulen unterrichten und waren daher gezwungen, sich beruflich neu zu orientieren.[42] Mit diesen primären Konsequenzen gingen weitere, unmittelbare ökonomische und soziale Auswirkungen einher, wie die Arbeitslosigkeit der Betroffenen und infolgedessen die zunehmenden finanziellen Schwierigkeiten sowie die Stigmatisierung als „Radikale(r)".

An den Hochschulen machte sich zugleich auch unter den nicht direkt vom Erlass betroffenen Studierenden ein Klima der Einschüchterung breit. Man befürchtete, die Chance, Beamter zu werden, durch radikale Einstellungen oder Aktivitäten zu gefährden. Manche Studierende nahmen daher nicht mehr an Demonstrationen teil oder vermieden es beispielsweise, linke Buchläden zu betreten. Auch in den geführten Unterhaltungen ließen sie Vorsicht walten, was mit der Metapher „die Schere im Kopf" illustriert wurde. So waren vor allem in den späten 70er Jahren deutlich weniger Stu-

---

[38] Vgl. Histor (Anm. 33), S. 79 f.

[39] Vgl. Thies, Erich: Lehrerbildung unter dem Anspruch von Wissenschaft und Unterrichtswirklichkeit – Zur Situation der Pädagogischen Hochschulen im Jahre 1979. In: Kollnig, Karl/Riethmüller, Walter (Hrsg.): 75 Jahre Lehrerbildung in Heidelberg. Vom Lehrerseminar zur Pädagogischen Hochschule. Obertshausen 1979, S. 142–147, S. 143.

[40] Vgl. Engler, Helmut: Lehrerbildung in Baden-Württemberg. 25 Jahre Pädagogische Hochschulen. In: Melenk, Hartmut (Hrsg.): Lehrerbildung in Baden-Württemberg. 25 Jahre Pädagogische Hochschulen. Ludwigsburg 1988 (Ludwigsburger Hochschulschriften, Bd. 10), S. 14–18, S. 15.

[41] Vgl. Rigoll (Anm. 18), S. 373 f.

[42] Vgl. Komitee für Grundrechte und Demokratie (Anm. 32), S. 45.

dierende politisch aktiv als noch zu Beginn des Jahrzehnts Resignation und zunehmenden Konformität breitete sich unter den Studierenden aus.[43]

Auswirkungen an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg

Im Jahre 1971 bekamen die Pädagogischen Hochschulen des Landes Baden-Württemberg im sogenannte PH-Statusgesetz die Stellung einer wissenschaftlichen Hochschule zuerkannt. Im Jahr darauf zogen des Weiteren, ganz im Sinne des proklamierten Ziels des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt „mehr Demokratie zu wagen“, die Studierenden als stimmberechtigte Mitglieder in den Senat der Hochschule ein und wurden damit am hochschulinternen Entscheidungsprozess beteiligt.[44] Das Entscheidungsgremium der Hochschule erweiterte sich darüber hinaus 1973 um die bereits im PH-Statusgesetz vorgesehenen neuen Gremien Großer Senat, Senat und Fachbereichskonferenzen.[45] Die Anzahl der Studierenden an der Hochschule nahm überdies kontinuierlich zu und umfasste 1975 rund 3.400 Personen.

Die politische Situation an der Hochschule

Die Protestwelle, die Heidelberg zwischen 1967 und 1973 erfasste, manifestierte sich zunächst vor allem an der Heidelberger Universität, an der bereits zu dieser Zeit „Sit-ins“, „Teach-ins“ sowie teilweise auch gewaltsame Ausschreitungen vonstattengingen.[46] An der Pädagogischen Hochschule hingegen setzte die studentische Protestbewegung laut Aussagen mehrerer Zeitzeugen erst Anfang der 70er Jahre ein[47] und war zudem, wie ehemalige Studierende der Universität, welche an die Hochschule wechselten, berichteten, deutlich gemäßigter.[48] Dennoch mangelte es an der Hochschule keineswegs an Konflikten und an verbalen Auseinandersetzungen zwischen den Studierenden und Dozierenden beziehungsweise dem Rektorat.[49] So wurden mit Beginn der 70er Jahre auch hier, den Zeitzeugenaussagen zufolge, zahlreiche

---

[43] Vgl. Braunthal (Anm. 1), S. 126 f.

[44] Vgl. Engelhardt, Klaus: Lehrerbildung als Schlüsselproblem der Bildungsreform – Die Pädagogische Hochschule Heidelberg am Ende der 60er und zu Beginn der 70er Jahre. In: Kollnig, Karl/Riethmüller, Walter (Hrsg.): 75 Jahre Lehrerbildung in Heidelberg. Vom Lehrerseminar zur Pädagogischen Hochschule. Obertshausen 1979, S. 137–141, S. 138 f.

[45] Vgl. Archivale „Rechenschaftsbericht des Rektors vom 15. Januar 1976“, S. 5 (GLA, 535, 2001-66, Karton II 4022-1).

[46] Vgl. Nagel, Katja: Die Provinz in Bewegung. Studentenunruhen in Heidelberg 1967–1973. Heidelberg u. a. 2009 (Buchreihe der Stadt Heidelberg, Bd. 13), S. 5.

[47] Vgl. Zeitzeugeninterviews.

[48] Vgl. Zeitzeugeninterviews.

[49] Vgl. Engelhardt (Anm. 44), S. 139.

Vollversammlungen einberufen sowie Seminare bestreikt („Go-ins"). Neben dem „Sprengen" von Seminaren wurden diese mitunter auch umfunktioniert, um über globale Themen wie den Vietnamkrieg, über lokale Geschehnisse wie die Fahrpreiserhöhung oder über hochschulinterne Inhalte wie das Verhalten bestimmter Dozenten zu diskutieren. Hierbei kam es, gemäß den Berichten der Zeitzeugen, oft zu verbalen Auseinandersetzungen zwischen Studierenden und Dozierenden, da sich letztere teilweise gegen den Abbruch ihrer Seminare zur Wehr setzten.[50] Zusätzlich wurden auch die eigentlichen Seminarinhalte politisch reflektiert, wie einer der Zeitzeugen exemplarisch an Beispielen aus dem Fach Geschichte darlegt. Demnach brachten vor allem die linksorientierten Studierenden ihre Vorstellungen, wie die marxistische Faschismustheorie, unmittelbar in die Seminare ein.[51]

Hochschulpolitische Streitpunkte zwischen Studierenden und Dozierenden stellten des Weiteren besonders Rechtsverordnungen des Kultusministeriums dar, die die Hochschule tangierten. So kam es im Zuge der „Verordnung des Kultusministeriums über die von den Organen der Pädagogischen Hochschulen und den Organen der Fachbereiche beachteten Verfahrensgrundsätze vom 28. 3. 1973", welche die Öffentlichkeit im Senat und in Fachbereichskonferenzen verbot,[52] zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Dozierenden und Studierenden. Letztere versuchten die Öffentlichkeit der Sitzungen und damit die Transparenz der Beratungs- und Entscheidungsphase wichtiger Beschlüsse auf illegalem Weg herzustellen, wodurch die Sitzungen oftmals abgebrochen werden mussten.[53] Kritisch debattiert wurde im Sommersemester 1974 auch das auf Bundesebene geplante Hochschulrahmengesetz, welches unter anderem die Einführung von Regelstudienzeiten intendierte.[54] In dieser sahen Vertreter der Kommunistischen Hochschulgruppe (KHG) und des MSB Spartakus einen verschärften Leistungsdruck, welcher ihrer Meinung nach dazu führen sollte, dass sich die Studierenden „nicht mehr kritisch mit den reaktionären Studieninhalten auseinandersetzen"[55] könnten. Darüber hinaus wurde im selben Jahr die Novellierung der Prüfungsordnung (PO) an der Hochschule und deren teilweise Vorwegnahme durch die Durchführungsbestimmungen zur alten PO, die wie-

[50] Vgl. Zeitzeugeninterviews.

[51] Vgl. Zeitzeugeninterviews.

[52] Vgl. Archivale „Rechenschaftsbericht des Rektors vom 15. Januar 1976", S. 5 (GLA, 535, 2001-66, Karton II 4022-1).

[53] Vgl. Engelhardt (Anm. 44), S. 139.

[54] Vgl. Archivale „Wahlplattform der KHG zu den StP-Wahlen vom 2. 7.–5. 7. 1974", S. 1 (GLA, 535, 2001-66, Aussonderung Karton A und K, Flugblätter).

[55] Archivale „MSB Spartakus: Wahlinfo zu den Stupa-Wahlen vom Juni/Juli 1974", S. 1 (GLA, 535, 2001-66, Aussonderung Karton A und K, Flugblätter).

derum beispielsweise die Abschaffung der freien Prüferwahl beinhaltete,[56] von verschiedenen Hochschulgruppen scharf kritisiert.[57] Hierbei führte unter anderem die KHG an, dass dies eine „unerhörte Verschärfung der Prüfungen selbst“[58] darstelle.

In der hochschulpolitischen Debatte nahm besonders ein Student eine wortführende Position ein: Wilhelm Pauli. Er gehörte der KHG an, studierte die Fächer Geschichte und Deutsch und war im Wintersemester 1972/73 sowie im Sommersemester 1973 Vorsitzender des Allgemeinen Studierendenausschusses (AStA) der Hochschule.[59] Zudem war er mehrere Semester lang unter anderem Mitglied des Großen Senats und brachte sich in dessen Sitzungen sehr aktiv ein, was aus mehreren Senatsprotokollen hervorgeht.[60] Dies wurde nicht von allen hochschulpolitischen Gruppen befürwortet, worin sich die bisweilen angespannte und konfliktreiche Interaktion zwischen den einzelnen Organisationen widerspiegelte. In diesem Zusammenhang wurde vor allem am Aktionismus der KHG Kritik geübt. So beklagten beispielsweise Mitglieder des Senats im Sommersemester 1973 Störungen der KHG und seiner Vertreter in den Senatssitzungen in Form der Nichteinhaltung der Tagesordnung, Reden zu irrelevanten Themen sowie der Verleumdung von Personen oder Personengruppen.[61] Auch Paulis Verhalten wurde von Vertretern des AStA im Sommersemester 1974 moniert. Hierbei warfen sie ihm vor, dass er in einer Sitzung des Großen Senats (am 9. Mai 1974) kurz vor einer aussichtsreichen Abstimmung über eine studentische Resolution mit einem inhaltlich davon unabhängigen Vortrag über die politischen Ziele der KHG sowie die Vergangenheit des Dozenten Schwab mehrere Dozierende zum Verlassen des Raumes bewegte, was die Beschlussfähigkeit gefährdete und infolgedessen zu einer Ablehnung der Resolution bei Stimmgleichheit führte.[62] Aber auch die KHG kritisierte ihrerseits den jeweiligen

[56] Vgl. Archivale „Wahlplattform der KHG zu den StP-Wahlen vom 2. 7.–5. 7. 1974“, S. 1 (GLA, 535, 2001-66, Aussonderung Karton A und K, Flugblätter).

[57] Vgl. Archivale „MSB Spartakus: Wahlinfo zu den Stupa-Wahlen vom Juni/Juli 1974“, S. 2; Archivale „JUSO Wahlinfo 1 (ohne Datum)“, S. 4 (GLA, 535, 2001-66, Aussonderung Karton A und K, Flugblätter).

[58] Vgl. Archivale „Wahlplattform der KHG zu den StP-Wahlen vom 2. 7.–5. 7. 1974“, S. 1 (GLA, 535, 2001-66, Aussonderung Karton A und K, Flugblätter).

[59] Vgl. Archivale „Kommunistische Hochschulzeitung Extra: Wahlplattform der KHG zu den StP-Wahlen vom 2. 7. bis 6. 7. 1973“, S. 1 (GLA, 535, 2001-66, Aussonderung, Karton A und K, Flugblätter).

[60] Vgl. Archivale „Protokoll der 16. Sitzung des Großen Senats vom 25. 4. 1974“, S. 1 (GLA, 535, 2001-66, Karton II 4022-1).

[61] Archivale „Mitglieder des Senats: Gegen Störversuche der Kommunistischen Hochschulgruppe (ohne Datum)“, S. 1 f. (GLA, 535, 2001-66, Karton II 4022-1).

[62] Vgl. Archivale „AStA: Wie man nicht gegen die Berufsverbote kämpft! vom 13. 5. 1974“, S. 1 f. (Best. Mohl).

AStA sowie die Hochschulgruppen wie den MSB und das Hochschulpolitische Kollektiv (Hopoko) und warf ihnen mehrmals ineffektives Arbeiten vor.[63]

Es lässt sich zusammenfassend konstatieren, dass auch an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg die linken Gruppen, wie die KHG und der MSB, sehr präsent und aktiv waren und das politische Hochschulleben in der kritischen Auseinandersetzung mit den anderen Organisationen, wie den Jusos, dem Hopoko, dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), der Unabhängigen Studentengruppe (USG) sowie dem jeweiligen AStA entscheidend mitprägten.

Zeitzeugeninterviews im kritischen Vergleich: Aus der Sicht ehemaliger betroffener Lehramtsstudierender und des damaligen Rektors

Allen sechs interviewten ehemaligen Lehramtsstudierenden wurde nach dem erfolgreichen Absolvieren der Ersten Dienstprüfung der Zugang zum Vorbereitungs- beziehungsweise zum Schuldienst verwehrt.

Tabelle 1. Auflistung der befragten ehemaligen Lehramtsstudierenden[64]

Name	Studienzeit	Fächer und Lehramt	Ablehnung der Übernahme in den Schul-/Vorbereitungsdienst	Begründung
Martin Hornung	1972-1975	Geschichte und Deutsch (Grund- und Hauptschullehramt)	1975	Unterzeichnung einer öffentlichen Erklärung gegen den „Schiess-Erlass“
Ronald Nock	1972-1974	Gemeinschaftskunde und Deutsch (Grund- und Hauptschullehramt)	1975	Kandidaturen für die KHG; Basisgruppe PH; Basisgruppenkollektive Geschichte/Gemeinschaftskunde
Harald Stierle	1973-1975	Physik und Mathematik (Realschullehramt)	1975	Kandidatur für die KHG; Wahl in die Fachschaft nat-math kollektiv; Verkäufer und Verteiler der Kommunistischen Volkszeitung; Unterzeichnung einer öffentlichen Erklärung gegen den „Schiess-Erlass“
Dieter Roth	1972-1976	Physik und Mathematik (Grund- und Hauptschullehramt)	1976	Kandidatur für den MSB Spartakus
Luise Reif	1972-1974	Geschichte und Deutsch (Grund- und Hauptschullehramt)	1975	Kandidatur für die KHG
Heide Walb	1972-1974	Geschichte und Deutsch (Realschullehramt)	1975	Kandidatur für die KHG

Perspektive der Zeitzeugen

Die interviewten ehemaligen Lehramtsstudierenden waren alle, zumindest zur Zeit des Inkrafttretens des „Schiess-Erlasses“, an der Hochschule eingeschrieben. Damit waren alle Befragten unmittelbare „Zeugen“ der damaligen Ereignisse. Diese rezipierten sie in einem politisch homogenen Umfeld.

[63] Vgl. Archivale „Wahlplattform der KHG zu den StP-Wahlen vom 2. 7.–5. 7. 1974“, S. 1 (GLA, 535, 2001-66, Aussonderung, Karton A und K, Flugblätter).

[64] Vgl. Archivale „Weg mit dem Schiesserlass, Beamtenrecht und KPD-Verbot! Dokumentation der KHG zu 27 Berufsverboten an der PH Heidelberg vom November 1975“, S. 9 ff. (Best. Hornung).

So waren alle interviewten ehemaligen Studierenden entweder aktive Mitglieder in linken Hochschulgruppen (KHG und MSB Spartakus) oder vertraten zumindest deren politische Ansichten. Dementsprechend standen und stehen sie auch heute noch den damaligen Erlassen zur Überprüfung der Verfassungstreue sowie dem damit verbundenen „Kampf gegen den (Links-) Radikalismus“ sehr kritisch gegenüber. Sie versuchten in ihrer Studienzeit die Beschlüsse zu „bekämpfen“, indem sie gegen sie demonstrierten und debattierten. Diese Haltung verstärkte sich im Laufe ihres Studiums und auch ihres Lebens, wurde ihnen doch allen das Absolvieren der Zweiten Dienstprüfung verwehrt. Während drei von ihnen ihre Lehrerausbildung auf Umwegen beendeten (durch eine Klage gegen das Land Baden-Württemberg oder durch das Absolvieren der Zweiten Dienstprüfung in Hessen) orientierte sich der Rest überwiegend aus existenziellen Gründen völlig um. Folglich dürfte auch die heutige Sicht auf diese einschneidende, emotional behaftete und sicherlich immer noch nachwirkende Zeit die Narration der Zeitzeugen über die Erlebnisse stark beeinflussen. Darüber hinaus vertreten alle befragten ehemaligen Lehramtsstudierenden die Meinung, dass ihnen mit den ausgesprochenen „Berufsverboten“ aufgrund ihrer politischen Aktivität ein klares Unrecht widerfahren ist und sehen sich damit als Opfer der damaligen Geschehnisse.[65] Einzelne von ihnen setzen sich daher auch heute noch für eine Entschuldigung durch die Landesregierung sowie eine vollständige Rehabilitierung ein. In diesem Streben nach gesellschaftlicher Anerkennung kann sicherlich auch eine Intention der Aussagen der ehemaligen Lehramtsstudierenden gesehen werden.

Der ebenso befragte Prof. Dr. Klaus Engelhardt wurde 1966 an die Pädagogische Hochschule Heidelberg als Dozent für Evangelische Theologie und Religionspädagogik berufen und war von 1971 bis 1976, also zum Zeitpunkt des Inkrafttretens beider Erlasse, als Rektor an der Hochschule tätig. Die Geschehnisse rezipierte er im Umkreis dreier konträrer Pole, namentlich den Anordnungen des Kultusministeriums und damit des Landes, den Forderungen der Dozierenden sowie den Belangen der Studierenden. Zwischen diesen nahm Engelhardt eine vermittelnde, diplomatische Position ein, welche von Studierenden bisweilen als „wachsweich“ betitelt wurde.[66] Herr Engelhardt selbst war kein Mitglied in einer Partei. Dem „Radikalen-“ beziehungsweise „Schiess-Erlass“ gegenüber nahm er in der hochschulinternen, wie auch -externen Öffentlichkeit keine ausschließlich befürwortende oder negierende Haltung ein, vielmehr plädierte er für eine flexiblere Handhabung der Erlasse sowie dafür, dem Einzelnen die Chance zur Bewährung

[65] Vgl. Zeitzeugeninterviews.
[66] Vgl. Zeitzeugeninterviews.

nicht zu verweigern.[67] Aufgrund der Tatsache, dass die Erlasse und deren Durchführung Herrn Engelhardt in seiner eigenen Biografie nicht tangierten und damit vermutlich auch keine bedeutenden Wendepunkte in seinem Leben darstellen, bildet sich seine heutige Sicht auf die Beschlüsse wohl (emotional) distanzierter ab, was sich auch auf seine Darstellung der damaligen Geschehnisse auswirken dürfte. Davon abgesehen gab er im Vorfeld des Interviews an, sich an keine Details zu den fokussierten Vorgängen mehr zu erinnern, stimmte aber nach wiederholter Anfrage einem Interview zu, mit dem Hinweis, keine Garantie für die Ergiebigkeit des Gesprächs geben zu können.

Aufgestellte Thesen der Zeitzeugen

■ Ehemalige betroffene Lehramtsstudierende

Hinsichtlich der Reaktionen an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg auf die Erlasse zur Überprüfung der Verfassungstreue stellen mehrere der ehemaligen Lehramtsstudierenden die These auf, dass sich diese in einer Art Prozess mit den Jahren entwickelt hätten. So verweist beispielweise Herr Hornung in diesem Zusammenhang auf gewaltige Proteste gegen das erste an der Hochschule ausgesprochene Berufsverbot gegen Wolfgang Mohl im Frühjahr 1974. Hierbei seien 1000 studentische Unterschriften für die Rücknahme des Berufsverbots gesammelt worden, was in seiner Erinnerung rund zwei Dritteln der Studierenden an der Hochschule entsprochen hätte.[68] Überdies habe der Senat 1974 eine Resolution gegen den „Schiess-Erlass" verabschiedet. Dieser anfänglich massive Widerstand und Protest sei dann aber, wie Herr Nock näher ausführt, durch Einschüchterungsversuche und existenzielle Ängste immer mehr abgeebbt.[69] Schließlich, so Herr Hornung, habe sich der Senat 1975 nicht mehr getraut, eine Resolution gegen den „Schiess-Erlass" zu verabschieden. Ebenso wäre eine öffentliche Erklärung von PH-Prüflingen gegen den „Schiess-Erlass" im selben Jahr nur noch von acht Studierenden unterzeichnet worden, was laut Herr Hornung damit zusammenhing, dass sich jeder an der Hochschule darüber im Klaren war, welche Konsequenzen ein schriftlicher oder öffentlicher Protest mit sich ziehen würde, nämlich eine Anhörung beim Oberschulamt zur Klärung der Verfassungstreue. Aus existenziellen Gründen wollten dem die meisten Studierenden an der Hochschule aus dem Weg gehen.[70]

---

[67] Vgl. Archivale „Weg mit dem Schiesserlass, Beamtenrecht und KPD-Verbot! Dokumentation der KHG zu 27 Berufsverboten an der PH Heidelberg vom November 1975", S. 27 (Best. Hornung).

[68] Vgl. Zeitzeugeninterviews.

[69] Vgl. Zeitzeugeninterviews.

[70] Vgl. Zeitzeugeninterviews.

Weiterführend beschreibt Frau Reif eine veränderte Stimmung an der Hochschule mit Inkrafttreten der Erlasse. Demnach seien die Diskussionen nicht mehr so offen gewesen. Dies untermauert sie mit der bereits aufgeführten Metapher „die Schere im Kopf haben“. Jenes Klima, symbolisiert durch die bewusste Meidung bestimmter Themen, habe sich ebenso negativ auf die allgemeine gesellschaftliche Diskussion ausgewirkt.[71] Sowohl Herr Roth als auch Frau Walb schildern zudem eine mit den Erlassen einhergehende gehemmte Bereitschaft, sich politisch einzubringen, wodurch es ab 1975/76 laut Herrn Roth generell sehr ruhig an der Hochschule wurde. Die sinkende Willigkeit, sich politisch zu engagieren, begründet Frau Walb mit der Angst vor einem dann drohenden „Berufsverbot“ und konstatiert eine Atmosphäre der Einschüchterung an der Hochschule.[72]

Damaliger Rektor

Demgegenüber weist Herr Engelhardt den Erlassen zwar eine hochschulpolitische Relevanz zu, besonders unter den Studierenden, erinnert sich aber entgegen der Aussagen der anderen Zeitzeugen an keinen belastenden Einschnitt und an keine entscheidende Veränderung des Lebens an der Hochschule, welche durch die Beschlüsse zur Überprüfung der Verfassungstreue evoziert worden wären. So sei der „Radikalenerlass“ nicht der Kristallisationspunkt des studentischen Protestes gewesen. Eine viel größere Rolle hätten etwa die Besetzung von Kommissionen oder die Forderung der Studierenden, die Inhalte in den Seminaren politisch zu reflektieren, gespielt.[73]

Bezüglich der Position der Dozentenschaft gegenüber den Erlassen stellt Engelhardt fest, dass in seiner Erinnerung ein Großteil im Kollegium des Senats und des Großen Senats seine persönliche Meinung zu den Beschlüssen geteilt habe, nämlich dass die Überprüfung der Studierenden und die damit einhergehende Kategorisierung und Festlegung einer Person zu diesem frühen Zeitpunkt in der Lebensorientierung deplatziert gewesen sei.[74]

Um diese teilweise widersprüchlichen Aussagen auf ihre Triftigkeit hin überprüfen zu können, gilt es sie nun zunächst um Informationen aus anderen, schriftlichen Quellen (vor allem Flugblätter, Hochschulzeitungen und Senatsprotokolle) zu erweitern und damit in einen hochschulpolitischen Kontext zu setzen.

---

[71] Vgl. Zeitzeugeninterviews.
[72] Vgl. Zeitzeugeninterviews.
[73] Vgl. Zeitzeugeninterviews.
[74] Vgl. Zeitzeugeninterviews.

Kontextualisierung

Dabei wurden im Generallandesarchiv Karlsruhe insgesamt 53 Archivalien gesichtet, welche sich mit den Erlassen sowie der Durchführungspraxis beschäftigen. Die meisten von ihnen können hierbei dem Jahr 1974 zugeordnet werden.

Um nun den Reaktionen der Studierenden auf die Erlasse weiter auf den Grund zu gehen, werden zuerst die studentischen Flugblätter und Hochschulzeitungen der verschiedenen Hochschulgruppen (KHG, MSB Spartakus, JUSO-Hochschulgruppe, RCDS, USG) sowie des AStA und einzelner Fachschaften in den Blick genommen. Im Anschluss daran gilt es, die Rolle der Beschlüsse in den Hochschulgremien näher zu beleuchten. Hierzu werden die Senatsprotokolle, wie auch ein Rechenschaftsbericht des Rektors vor dem Großen Senat auf verabschiedete oder abgelehnte Resolutionen und Stellungnahmen zum „Radikalen-" sowie zum „Schiess-Erlass" hin untersucht. Abschließend werden die dokumentierten Fälle der „Berufsverbote" an der Hochschule aufgeführt, um das Ausmaß der Betroffenen auszumachen.

Reaktionen der Studierenden in Flugblättern und Hochschulzeitungen

Wie schon der Gesamtüberblick der gesichteten Archivalien impliziert, stammen auch die meisten der 42 gesichteten Flugblätter und Hochschulzeitungen, die die Erlasse thematisieren, aus dem Jahr 1974 (23) und nur einzelne aus den Jahren 1972 (3), 1973 (5) sowie 1975 (4). Keinem Jahr zugeordnet werden konnten 7 Archivalien.

Der Großteil dieser Flugblätter und Hochschulzeitungen kann der KHG zugeordnet werden (16 Flugblätter/10 Hochschulzeitungen). Den Beschlüssen zur Überprüfung der Verfassungstreue gegenüber nahm sie eine eindeutig ablehnende Position ein und merkte beispielsweise im Sommersemester 1974 an, dass die Anwendung des „Schiess-Erlasses" „nicht allein zur Säuberung des öffentlichen Dienstes selbst, [...] sondern ebenso zur Unterdrückung der freien politischen Auseinandersetzung an den Hochschulen"[75] diene. Dies hätte wiederum zur Folge, dass die Studierenden eingeschüchtert und zu Duckmäusern erzogen würden.[76] Den von ihnen angestrebten Kampf gegen die „Berufsverbote" deklarierten sie als „Kampf gegen den bürgerlichen Staat"[77] und plädierten in diesem Zusammenhang für eine Abschaffung des Beamtenrechts sowie die Wahl der Beamten durch

[75] Archivale „Resolutionsvorschlag der Kommunistischen Hochschulgruppe für die PH-Vollversammlung vom 24. 4. 1974" (Best. Mohl).

[76] Vgl. Archivale „Wahlplattform der KHG zu den StP-Wahlen vom 2. 7.–5. 7. 1974", S. 1 (GLA, 535, 2001-66, Aussonderung Karton A und K, Flugblätter).

[77] Archivale „Kommunistische Hochschulzeitung vom 20. 4. 1974", S. 4 (Best. Mohl).

das Volk.[78] Ihr agierter Protest manifestierte sich in Aufrufen zu Unterschriftenaktionen, Demonstrationen oder Vollversammlungen zu den „Berufsverboten“.[79] Proklamierte Parolen stellten hierbei Aussagen wie „weg mit dem Schiess-Erlass“ sowie „für freie politische Bestätigung und Freiheit der Diskussion“ dar.[80] Einen besonderen Fokus in ihrem Widerstand legte die KHG auf den Protest gegen die vorläufige Nichteinstellung von Studierenden der Hochschule in den Schuldienst. Daher initiierte sie am 29. April 1974 anlässlich der Anwendung des „Schiess-Erlasses“ auf acht Kommilitonen der Hochschule das „Aktionskomitee gegen die Berufsverbote an der PH-Heidelberg“.[81] Ziel des Aktionskomitees war es, den Protest der Studierenden gegen die drohenden „Berufsverbote“ zusammenzufassen und organisiert in die Öffentlichkeit zu tragen.[82] Hierbei wurde beispielsweise im Mai 1974 ein Stand am Bismarckplatz eingerichtet, um über die Zustände an den Schulen, wie den postulierten Lehrermangel, zu informieren sowie Unterschriften gegen die „Berufsverbote“ zu sammeln.[83] Überdies ging das Komitee auch hochschulintern vor und forderte die Studierenden beispielsweise am 8. Mai 1974 zu einem „Go-in“ im Rektorat auf, um Rektor Engelhardt zu einer öffentlichen Stellungnahme zu den nicht eingestellten Kommilitonen in Form eines offenen Briefes an das Oberschulamt zu bewegen.[84] Ausführlich wurde zudem über einen der betroffenen Studenten – Wolfgang Mohl – berichtet. Er hatte im Frühjahr 1974 seine Erste Dienstprüfung an der Hochschule absolviert und wurde im Folgenden aufgrund seiner Kandidatur für die Basisgruppe Pädagogische Hochschule (BG-PH) und die KHG zu einer Anhörung beim Oberschulamt in Karlsruhe zum Ausräumen der bestehenden Zweifel an seiner Verfassungstreue gebeten.[85] Hierzu beglei-

[78] Vgl. ebd.

[79] Vgl. Archivale „KHG: PH-Vollversammlung am 6. 11. 1974“, S. 1 (GLA, 535, 2001-66, Aussonderung Karton A und K, Flugblätter).

[80] Archivale „KHG: Demonstration gegen die zunehmenden Unterdrückungsmaßnahmen an den Hochschulen Heidelbergs (ohne Datum)“, S. 2 (Best. Mohl).

[81] Dass es sich bei diesem Aktionskomitee um eine Initiative der KHG handelt, kann aus mehreren Gründen konstatiert werden. Zum einen wird das KHG-Mitglied Wilhelm Pauli als für den Inhalt der Zeitschrift des Aktionskomitees verantwortlich deklariert, zum anderen stimmen die Parolen mit jenen der KHG wörtlich überein. Darüber hinaus nimmt der MSB Spartakus in einer Wahl-Info vom Juni/Juli 1974 auf das Aktionskomitee als Komitee der KHG explizit Bezug. Überdies bestätigte der Zeitzeuge Martin Hornung die Annahme.

[82] Vgl. Archivale „Aktionskomitee der PH-HD: Kampf der Gesinnungsschnüffelei und dem Ausbildungsverbot (1974)“ (Best. Mohl).

[83] Vgl. Archivale „Aktionskomitee der PH-HD: 8 Lehramtsanwärter nicht in den Schuldienst eingestellt! vom 14. 5. 1974“, S. 2 (Best. Mohl).

[84] Vgl. Archivale „Aktionskomitee der PH-HD: Alle sofort zum Rektorat! vom 8. 5. 1974“ (Best. Mohl).

[85] Vgl. Archivale „Kommunistische Hochschulzeitung vom 17. 4. 1974“, S. 4 (Best. Mohl).

teten ihn, einer Druckschrift des Aktionskomitees zufolge, rund 50 Studierende der Hochschule und der Universität Heidelberg am 17. Mai 1974. An der Pforte des Oberschulamtes in Karlsruhe gaben sie dabei eine schriftliche Stellungnahme der AStA-Vertreter sowie eine Solidaritätserklärung, welche rund 1000 Studierende der Hochschule – ein Drittel der Studentenschaft[86] – unterzeichnet hatten, ab. Im Anschluss daran zogen sie in einem Demonstrationszug zum Marktplatz, wo sie eine Kundgebung abhielten.[87]

Darüber hinaus brachte sowohl die KHG (1975) als auch das von ihr initiierte Aktionskomitee (vermutlich 1974) eine Broschüre heraus, in der die „Berufsverbotsfälle" an der Hochschule aufgeführt wurden, auf die im weiteren Verlauf der Kontextualisierung noch Bezug genommen wird.

Der MSB Spartakus, welchem vier Flugblätter zuzuordnen sind, betonte wiederum, dass er im Unterschied zur KHG die Auffassung vertrete, dass die „Berufsverbote" nicht nur eine hochschulinterne, sondern eine gesamtgesellschaftliche Erscheinung seien. Daher kritisierte er im Sommersemester 1974 das auf die Hochschule beschränkte Aktionskomitee der KHG, welches ohnehin bereits in den letzten Zügen liege. Der Protest des MSB Spartakus zentrierte sich daher in einem breiteren Bündnis gegen den Abbau demokratischer Rechte, namentlich dem Komitee „Heidelberger Demokraten gegen die Berufsverbote", in welchem auch Mitglieder des AStA mitwirkten. Slogans des MSB Spartakus bildeten etwas globalere Aussagen wie „Für die sofortige Beendigung der Berufsverbotspraxis!".[88]

Die JUSO-Hochschulgruppe stellte sich des Weiteren sowohl gegen den „Radikalen-" als auch gegen den „Schiess-Erlass". Von ihr wurden zwei entsprechende Flugblätter gesichtet. Auch sie verwies auf ein globaleres Phänomen der „Berufsverbote" und monierte die laufende „Gesinnungsschnüffelei, [...] Bespitzelung und massive Einschüchterung"[89]. Ihre Intention war es, den Studierenden die vorhandenen Disziplinierungsmaßnahmen bewusst zu machen, um darauf aufbauend „eine starke und aktive Bewegung gegen die Berufsverbote herzustellen"[90]. Forderungen stellten dabei die „sofortige Zurücknahme des Schiess-Erlasses und des Ministerpräsidentenbe-

[86] Vgl. Archivale „Aktionskomitee der PH HD: 8 Lehramtsanwärter nicht in den Schuldienst eingestellt! vom 14. 5. 1974", S. 2 (Best. Mohl).

[87] Vgl. Archivale „Aktionskomitee der PH-HD: Sofortige Einstellung der acht Lehramtsanwaerter vom 27. 5. 1974", S. 1 (Best. Mohl).

[88] Vgl. Archivale „MSB Spartakus: Wahlinfo zu den Stupa-Wahlen vom Juni/Juli 1974", S. 2 (GLA, 535, 2001-66, Aussonderung, Karton A und K, Flugblätter).

[89] Vgl. Archivale „JUSO Wahlinfo 2 (ohne Datum)", S. 4 (GLA, 535, 2001-66, Aussonderung Karton A und K, Flugblätter).

[90] Archivale „JUSO Wahlinfo 1 (ohne Datum)", S. 4 (GLA, 535, 2001-66, Aussonderung, Karton A und K, Flugblätter).

schlusses“[91] sowie eine „repressionsfreie politische Meinungsäusserung [sic], auch und besonders an dieser PH“[92] dar.

Auch der jeweilige AStA, sowohl isoliert als auch in Kooperation mit dem der Universität, nahm in sechs Exemplaren der Zeitschrift AStA-Info auf die Beschlüsse zur Überprüfung der Verfassungstreue Bezug. Hierbei stellten sich die AStAs der Universität und der Pädagogischen Hochschule im Sommersemester 1972 entschieden gegen den „Radikalenerlass“ als ein Element einer umfassenden Unterdrückungsmaßnahme.[93] Eine klare Position nahm im Sommersemester 1974 auch der von dem Hopoko gestellte AStA ein. Der AStA sprach in diesem Zusammenhang von einer vorherrschenden Bedrohung der Sozialisten durch ein „Berufsverbot“. Außerdem druckte er eine Stellungnahme in Form eines offenen Briefes ab, welcher, wie bereits aufgeführt, im Zusammenhang mit der Anhörung von Wolfang Mohl und – dem AStA zufolge – eines weiteren Studenten entstand und beim Oberschulamt in Karlsruhe abgegeben wurde. Hierin erklärte der AStA, dass die Anwendung des „Schiess-Erlasses“ auf Studierende, welche an der Hochschule elementarste Rechte wie die Meinungs- und Organisationsfreiheit wahrnehmen, einen „Angriff auf die freie politische Betätigung an der Hochschule“[94] darstelle, gegen welchen die Studierenden der Hochschule protestierten. Diese Erklärung wurde außerdem an die AStAs in Baden-Württemberg, mit der Bitte um Weiterleitung an das Oberschulamt in Karlsruhe, sowie an die Heidelberger Zeitungen geschickt.[95] In einer weiteren Ausgabe aus dem Wintersemester 1974 schilderte der nun von der JUSO-Hochschulgruppe gestellte AStA ein durch die Durchführungspraxis der „Berufsverbote“ erzeugtes Klima der Angst und Verunsicherung unter allen fortschrittlichen Studierenden und Lehrkräften.[96] Daher sprach er sich „für die Aufhebung der verfassungswidrigen Berufsverbote“ und „gegen Gesinnungsschnüffelei und Meinungsterror“[97] aus.

In zwei Fachschafts-Infos der Fächer Deutsch und Gemeinschaftskunde finden sich des Weiteren ebenso Artikel rund um die Erlasse und deren Anwendung. Hierbei nahm die Fachschaft Gemeinschaftskunde in einer Aus-

---

[91] Ebd.

[92] Vgl. Archivale „JUSO Wahlinfo 2 (ohne Datum)“, S. 5 (GLA, 535, 2001-66, Aussonderung Karton A und K, Flugblätter).

[93] Vgl. Archivale „AStA der Uni und der PH Heidelberg: Sonder-Info vom 9. 5. 1972“, S. 1 f. (GLA, 535, 2001-66, Aussonderung Karton A und K, Flugblätter).

[94] Vgl. Archivale „Weg mit dem Schiesserlass, Beamtenrecht und KPD-Verbot! Dokumentation der KHG zu 27 Berufsverboten an der PH Heidelberg vom November 1975“, S. 17 (Best. Hornung).

[95] Vgl. ebd. S. 16f.

[96] Vgl. Archivale „AStA-INFO vom 12. 11. 1974“, S. 1 (GLA, 535, 2001-66, Aussonderung Karton A und K, Flugblätter).

[97] Ebd. S. 2.

gabe vom Sommersemester 1974 ebenfalls Bezug auf den Fall des Studenten Wolfang Mohl und sieben weiteren Kommilitonen. Zusätzlich berichtete die Fachschaft von drei Studierenden, die im Rahmen eines Praktikums an einer Eppelheimer Schule Kritik an Unterrichtsmethoden und -inhalten ihres Mentors geübt hatten. Daraufhin wandte sich der Rektor der Schule in einem Brief, den die Praktikanten anschließend gegen den Protest des Rektors auf einer Vollversammlung am 24. April 1974 veröffentlichten, an den Leiter der schulpraktischen Ausbildung, das Staatliche Schulamt Heidelberg, wie auch an den Rektor der Hochschule.[98] Hierbei wurde den Studierenden vorgeworfen, ihre negative Auffassung des Schul- und Gesellschaftssystems hätte eine erfolgreiche Unterrichtsarbeit nicht gewährleisten können. Überdies empfahl der Rektor der Schule, die weiteren Aktivitäten der Studierenden zu verfolgen.[99] Dies kritisierte die Fachschaft scharf und sah das Verhalten des Rektors, wie auch des Mentors, als eine politische Disziplinierungsmaßnahme sowie als Vorstufe zu einem „Berufsverbot" an. Als Zeichen des Widerstandes rief die Fachschaft die Studierenden dazu auf, sich hinter Forderungen wie „Schluss mit jeglicher Einmischung aller staatlichen Behörden in die politische Betätigung an den Hochschulen!" zu stellen sowie aktiv dafür einzutreten. In diesem Sinne veranstaltete sie am 8. Mai 1974 eine Vollversammlung mit den „Berufsverboten" als ersten Diskussionspunkt. Abseits des aktiven Widerstandes gegen die „Berufsverbotspraxis" meldete die Fachschaft eine Auseinandersetzung mit einem Gemeinschaftskundedozenten, welcher im Rahmen eines Seminars die Unterschriftensammlung zur Unterstützung der betroffenen acht Kommilitonen – vermutlich die bereits erwähnte Solidaritätserklärung der Studierenden – untersagte. Im Rahmen einer Sitzung des Großen Senats am 25. April 1974 stimmte dieser Dozent außerdem der Fachschaft zufolge gegen die Behandlung einer Resolution zu den drohenden „Berufsverboten" an erster Stelle auf der Tagesordnung. Dieses Auftreten monierte die Fachschaft und stellte es als einen Versuch dar, die Solidarität der Studierenden gegenüber den von „Berufsverboten" bedrohten Kommilitonen zu unterbinden.[100]

Die Fachschaft Deutsch druckte ihrerseits im Sommersemester 1975 eine öffentliche Erklärung von acht Studierenden der Hochschule gegen den „Schiess-Erlass" ab, darunter Wilhelm Pauli, Martin Hornung und Harald Stierle. Im Zuge ihrer Ersten Dienstprüfung hatten diese Studierenden zwar die Erklärung für Bewerber des öffentlichen Dienstes über das kontinuier-

[98] Vgl. Archivale „Gemeinschaftskunde Fachschafts-Info vom 30. 4. 1974", S. 3 f. (GLA, 535, 2001-66, Aussonderung Karton A und K, Flugblätter).

[99] Vgl. Archivale „Aktionskomitee der PH-HD: Dokumentation zu den Ausbildungs- und Berufsverboten an der PH-Heidelberg (ohne Datum), S. 7 (Best. Mohl).

[100] Archivale „Gemeinschaftskunde Fachschafts-Info vom 30. 4. 1974", S. 3 ff. (GLA, 535, 2001-66, Aussonderung Karton A und K, Flugblätter).

liche Eintreten für die FDGO unterzeichnet, betitelten sie in der Stellungnahme nun allerdings als Erpressung. Dabei kritisierten sie, dass die Verhältnisse an den Schulen durch einen, entgegen der Aussagen des Kultusministeriums durchaus vorherrschenden, Lehrermangel immer schlechter würden und der Staat diejenigen, die diese Zustände anprangern und dagegen vorzugehen beabsichtigen, mit Entlassungen und Nichteinstellungen bedrohe. Vielmehr forderten diese Studierenden, dass die Bevölkerung darüber zu entscheiden habe, welche Lehrer in den Schulen unterrichten sollten. Abschließend konstatierten sie, dass der „Schiess-Erlass“ mitsamt der zu unterzeichnenden Erklärung eine Erpressung darstelle, da die Studierenden nur durch eine Unterschrift in den Lehrerberuf zugelassen würden. Abschließend appellierten sie an alle fortschrittlichen Studierenden und Dozierenden der Hochschule sowie an alle Fachschaften und Hochschulgremien, die Stellungnahme durch Resolutionen zu unterstützen, um eine „breite Front der Solidarität und des Widerstandes gegen den Schiess-Erlass zu errichten“[101]. Die Fachschaft Deutsch plädierte anschließend dafür, die Diskussion über die Lehrernichteinstellung und die „Berufsverbote“ weiterhin zu verstärken.[102]

Konträr zu all diesen Gruppen und Organisationen bezogen die eher konservativen Hochschulparteien USG und RCDS, von welchen jeweils ein Flugblatt zu den Erlassen gefunden wurde, eine befürwortende Position den Beschlüssen gegenüber. Der RCDS stellte hierbei im Sommersemester 1973 die Gefahr heraus, die von Studierenden ausgehe, die lediglich das politische Ziel der Zerstörung des Staates und der Gesellschaft verfolgten: „Soll unsere Demokratie ihre Feinde schützen, wie es die Weimarer Republik tat, die daran zugrunde ging?“[103]. Demnach legitimierte der RCDS die Praxis der „Berufsverbote“ damit, dass diese ein Mittel zum Schutz der bestehenden Rechtsordnung darstelle.[104]

Im gleichen Tenor warf die USG ihrerseits im Sommersemester 1975 den linken Gruppen vor, den „Radikalenerlass“ als Mittel zur Verunsicherung der Studierenden zu instrumentalisieren und stellte sich rückhaltlos hinter die Durchführung der Überprüfung der Verfassungstreue. So sei es selbstverständlich, „daß [sic] ein demokratischer Staat nicht seine eigenen Feinde bezahlen kann“[105]. In ihrer Argumentation berief sich die USG unter anderem auf die höchstrichterliche Entscheidung des Bundesverwaltungsge-

[101] Archivale „Deutsch-Info vom Sommersemester 75“, S. 1 (GLA, 535, 2001-66, Aussonderung Karton A und K, Flugblätter).

[102] Vgl. ebd. S. 1ff.

[103] Archivale „RCDS aktuell vom 18. 4. 1973“ (GLA, 535, 2001-66, Aussonderung Karton A und K, Flugblätter).

[104] Vgl. ebd.

[105] Archivale „USG Wahl-Info: Wahlen vom 16. bis 19. 6. 1975 zum Studentenparlament“, S. 7 (GLA, 535, 2001-66, Aussonderung Karton A und K, Flugblätter).

richts vom Februar 1975, welche alle demokratischen Kräfte im Staat verbindlich anerkennen müssten. Darüber hinaus hätten ohnehin seit der Existenz des „Radikalenerlasses" in Baden-Württemberg lediglich 45 von 296 Erkenntnisfällen zu einer Nichteinstellung oder einer Entlassung geführt. Zudem stünde es den Betroffenen frei, im Falle einer Anhörung beim Oberschulamt die Einstellung in den öffentlichen Dienst durch den Austritt aus der jeweiligen verfassungsfeindlichen Gruppe und der Distanzierung von verfassungsfeindlichen Zielen zu sichern. Auch eine Revision der Bewerber bei einer Ablehnung sei, im Vergleich zu kommunistischen Staaten, in denen es überhaupt keine Verwaltungsgerichte gäbe, auf mehreren Instanzen möglich.[106]

Reaktionen der Hochschulgremien in Senatssitzungsprotokollen und einem Rechenschaftsbericht des Rektors

Betrachtet man nun die Senatssitzungsprotokolle, wie auch einen Rechenschaftsbericht des damaligen Rektors Engelhardt vor dem Großen Senat, so stellt sich folgendes Bild dar: Die Beschlüsse zur Überprüfung der Verfassungstreue tauchen in den gesichteten Protokollen jeweils zweimal in den Jahren 1973 und 1974, dreimal im Jahr 1975 und einmal im Jahr 1976 in Form des Rechenschaftsberichts auf. Außerdem wird in einer AStA-Info 1973 auf eine Diskussion über den Ministerpräsidentenbeschluss in einer Sitzung des Großen Senats hingewiesen, zu welcher allerdings kein Senatssitzungsprotokoll vorliegt.

Zum „Radikalenerlass" finden sich zunächst sowohl zwei Senatssitzungsprotokolle des Großen Senats als auch der genannte studentische Beitrag über eine weitere Sitzung. Während der Beschluss als „Ministerpräsidentenerlass" am 12. April 1973 lediglich als vierter, unbehandelter Punkt auf der Tagesordnung gelistet wurde,[107] berichtete der zu dieser Zeit von der KHG gestellte AStA von einer Diskussion sowie einer verabschiedeten Resolution zum Ministerpräsidentenerlass und dem Entwurf des späteren „Schiess-Erlasses" in der Sitzung des Großen Senats am 26. April 1973. Zwar wurde der Inhalt der Resolution nicht aufgeführt, allerdings monierte der AStA Äußerungen des damaligen Prorektors Prof. Dr. Karl Kollnig, wie auch des Dozenten Schwabs, welche, dem Bericht zufolge, in der Sitzung jedem Staat das Recht zusprachen, sich gegen seine Feinde zu verteidigen.[108] Zu einem weiteren Resolutionsvorschlag zum Ministerpräsidentenerlass kam es in der Sitzung am 4. Oktober 1973, über welchen allerdings im Zuge eines ange-

[106] Vgl. ebd.

[107] Vgl. Archivale „Protokoll der 1. Sitzung des Großen Senats vom 12. 4. 1973", S. 1 (GLA, 535, 2001-66, Karton II 4022-1).

[108] Vgl. Archivale „AStA-Info vom 30. 4. 1973" (LKA, 150.091, Nachlass Schwab, Wilhelm, Pfarrer und Professor Dt. theol. et phil.).

nommenen Nichtbefassungsantrags nicht debattiert wurde. Inhaltlich richtete sich dieser Vorschlag der KHG erneut gegen eine Stellungnahme des damaligen Prorektos, welcher sich der Hochschulgruppe zufolge auf einer Veranstaltung der CDU im September in Heidelberg gegen eine Beschäftigung sogenannter „Radikaler“ im Staatsdienst ausgesprochen hatte. Überdies forderte die KHG im Rahmen dieser Erklärung abermals „die Abschaffung aller beamtenrechtlichen Regelungen sowie die Wahl aller höheren Beamten durch das Volk“[109].

Der „Schiess-Erlass“ wiederum taucht in zwei Protokollen des Großen Senats sowie in einem Tagesordnungsvorschlag, einer Tischvorlage und einer Stellungnahme des „kleinen“ Senats der Hochschule auf. Gemäß dem Protokoll des Großen Senats vom 25. April 1974 nahmen die Mitglieder dabei unter mehreren vorgeschlagenen Resolutionen zwei Anträge an. Hierbei wurde zum einen expliziert, dass eine Kandidatur für eine an der Hochschule zugelassene politische Gruppe nach Ansicht des Großen Senats kein Grund für eine Verweigerung der Einstellung in den Schuldienst darstelle. Zum anderen wurde in Bezug auf den bereits aufgeführten Vorfall an einer Praktikumsschule in Eppelheim beschlossen, dass man mit den betroffenen drei Studierenden ein Gespräch einleiten möge.[110] In der nachfolgenden Sitzung am 9. Mai 1974 wurde eine Stellungnahme des Rektors Engelhardt zur bisherigen Nichteinstellung mehrerer Studierenden der Hochschule in Form eines Briefes an das Oberschulamt verlesen, welche die Zustimmung der Mehrheit des Großen Senats fand. Dabei lehnte es der Rektor allerdings entgegen der bereits erwähnten Forderung des Aktionskomitees ab, seine Stellungnahme als offenen Brief zu verfassen. Zudem wurde über einen weiteren Resolutionsvorschlag der Studierenden über die vorläufige Nichtübernahme von acht Kommilitonen in den Schuldienst abgestimmt. Dieser berichtete unter anderem von den Gründen für die Nichteinstellung dreier Studierenden, namentlich deren Kandidaturen zum Studentenparlament und intendierte eine Erklärung des Großen Senats über dessen „Empörung über das Eingreifen des Kultusministeriums in die politische Auseinandersetzung und die politische Bestätigung der Studenten an der PH“[111]. Die Resolution wurde bei Stimmgleichheit, wie bereits im Kontext der Kritik am Auftreten des KHG-Mitglieds Wilhelm Pauli in dieser Senatssitzung aufgeführt, abgelehnt.[112]

---

[109] Vgl. Archivale „Protokoll der 8. Sitzung des Großen Senats vom 4. 10. 1973“, S. 3 (GLA, 535, 2001-66, Karton II 4022-1).

[110] Vgl. Archivale „Protokoll der 16. Sitzung des Großen Senats vom 25. 4. 1974“, S. 1 f. (GLA, 535, 2001-66, Karton II 4022-1).

[111] Archivale „Protokoll der 17. Sitzung des Großen Senats vom 9. 5. 1974“, S. 3 (GLA, 535, 2001-66, Karton II 4022-1).

[112] Vgl. ebd. S. 2 f.

Im „kleinen" Senat wurde der „Schiess-Erlass" neben einer impliziten Auflistung im Tagesordnungsvorschlag zur Sitzung vom 18. Dezember 1975 („Erklärung zur Praxis der Überprüfung der Verfassungstreue")[113] auch in der dazugehörigen Tischvorlage für den Senat aufgegriffen. Darin wurde unter anderem eine „Verschlechterung des hochschulpolitischen Klimas als Folge dieses Beschlusses der Landesregierung"[114] festgestellt. Kritisiert wurde des Weiteren die ausgeübte Praxis, Lehramtsstudierende nicht zur zweiten Ausbildungsphase zuzulassen und somit den vollen berufsqualifizierenden Studienabschluss zu verweigern. Darüber hinaus wurde angemerkt, dass sich unter den Studierenden eine Unsicherheit breit mache, evoziert durch die Angst vor der möglichen Feststellung der politischen Missliebigkeit. Hieraus würden auf der einen Seite eine politische Abstinenz und auf der anderen Seite ein verstärkter Aktionismus folgen. Beides führe wiederum „zu einem unerträglichen hochschulpolitischen Klima"[115]. Zusätzlich wurde die Denunziation von Kritik im Schul- oder Hochschulbereich (Institutionenkritik) als Verfassungsfeindschaft moniert. Daher fordere der Senat der Hochschule die Landesregierung auf, die derzeit „geübte Überprüfungs- und Einstellungspraxis für Bewerber des Öffentlichen Dienstes zu revidieren"[116]. Für eine Sicherung des Abschließens der Zweiten Dienstprüfung in der Ausbildung des Lehrers sprach sich der Senat außerdem in einer Stellungnahme vom 23. Dezember 1975 aus.[117]

Auch der damalige Rektor Prof. Dr. Engelhardt nahm in seinem Rechenschaftsbericht vor dem Großen Senat vom 15. Januar 1976 auf die Praxis der Überprüfung der Verfassungstreue Bezug. Dabei verwies er auf die Verabschiedung einer diesbezüglichen Erklärung des Senats im Wintersemester 1975/76. Diese stimmt inhaltlich mit der bereits behandelten Tischvorlage des Senats vom 18. Dezember 1975 überein, was darauf schließen lässt, dass sie kurz darauf, vermutlich in einer komprimierten Form, als jene Stellungnahme verabschiedet wurde. Weiter heißt es, dass diese Erklärung von den studentischen Vertretern abgelehnt wurde, da in ihr das Grundgesetz „als in Diskussion und Kritik verteidigungswert beurteilt wurde"[118]. Gerade die studentische Zustimmung wäre allerdings für eine Zementierung der un-

[113] Vgl. Archivale „31. Sitzung des Senats am 18. 12. 1974" (GLA, 535, 2001-66, Karton II 4023).

[114] Archivale „Tischvorlage für den Senat am 18. 12. 1975", S. 1 (GLA, 535, 2001-66, Karton II 4023).

[115] Ebd. S. 2.

[116] Ebd. S. 3.

[117] Vgl. Archivale „Stellungnahme des Senats der Pädagogischen Hochschule Heidelberg vom 23. 12. 1975" (GLA, 535, 2001-66, Karton II 4022-1).

[118] Archivale „Rechenschaftsbericht des Rektors vom 15. 1. 1976", S. 14 (GLA, 535, 2001-66, Karton II 4022-1).

missverständlichen Grundrichtung der Kritik von großer Bedeutung gewesen.[119]

Ausmaß der Betroffenen in Dokumentationen zu den „Berufsverboten“

Abschließend gilt es, einen Blick auf das Ausmaß der tatsächlich ausgesprochenen „Berufsverbote“ an der Hochschule zu werfen. Hierzu liegen eine Dokumentation des „Aktionskomitees der PH-Heidelberg“ (vermutlich 1974) sowie eine Broschüre der KHG (1975) vor. Aufgrund der späteren Datierung wird im Folgenden auf letztere Bezug genommen. Demnach wurde 1974 insgesamt neun Lehramtsstudierenden der Hochschule (unter anderem Wolfang Mohl) das Absolvieren der Zweiten Dienstprüfung im Schuldienst verwehrt, vier von ihnen aufgrund ihrer Kandidaturen für die KHG/BG-PH.[120] Im selben Jahr wurden darüber hinaus zwei ehemalige Studentinnen der Hochschule nach dem Ablegen ihrer Zweiten Dienstprüfung im Vorbereitungsdienst aus dem Beamtenverhältnis auf Widerruf entlassen. Auch sie hatten während ihrer Studienzeit für die KHG kandidiert.[121] Ein Jahr später folgten 16 weitere ausgesprochene „Berufsverbote“ an Lehramtsstudierende der Hochschule, darunter Luise Reif, Heide Walb und Ronald Nock[122] sowie Martin Hornung, Harald Stierle und Wilhelm Pauli. Mit Ausnahme von Herrn Hornung wurde allen die Kandidatur für die Kollektive an der Hochschule zur Last gelegt. Im Falle Hornung genügte die erwähnte unterzeichnete öffentliche Erklärung gegen den „Schiess-Erlass“.[123] In den Folgejahren wurden die Fälle der „Berufsverbote“ nicht mehr gesammelt dokumentiert, wodurch keine exakte Angabe über die Anzahl weiterer Betroffener an der Hochschule gegeben werden kann. Abseits des „Berufsverbots“ von Dieter Roth aufgrund seiner Kandidatur für den MSB Spartakus 1976, hält Herr Hornung in diesem Zusammenhang fest, dass ihm insgesamt 35 Fälle namentlich bekannt seien und schätzungsweise bis Ende der 70er Jahre rund 50 „Berufsverbote“ an Lehramtsstudierende der Hochschule ausgesprochen worden wären.[124]

Kritische Interpretation

Es lässt sich zunächst grundsätzlich feststellen, dass die Erlasse wie auch die „Berufsverbotspraxis“ in der hochschulpolitischen Diskussion eine Rolle

[119] Vgl. ebd.

[120] Vgl. Archivale „Weg mit dem Schiesserlass, Beamtenrecht und KPD-Verbot! Dokumentation der KHG zu 27 Berufsverboten an der PH Heidelberg vom November 1975“, S. 3ff. (Best. Hornung).

[121] Vgl. ebd. S. 6.

[122] Vgl. ebd. S. 9.

[123] Vgl. ebd. S. 13.

[124] Vgl. Zeitzeugeninterviews.

spielten, was anhand der Vielzahl an entsprechenden Archivalien (53) ersichtlich wird. Dass sie vor allem für die Studierenden von Relevanz waren, zumindest für die politisch engagierten und interessierten, geht aus der Fülle an diesbezüglichen Flugblättern und Hochschulzeitungen (42), wie auch aus den in diesem Zusammenhang proklamierten plakativen Parolen hervor. Des Weiteren kann konstatiert werden, dass die meisten Hochschulgruppen und -organisationen – mit Ausnahmen des RCDS und der USG – der Praxis der Überprüfung der Verfassungstreue kritisch gegenüberstanden und aktiv im Rahmen von Demonstrationen, Urabstimmungen, Resolutionsvorschlägen sowie „Go-ins" dagegen angingen. Besonders rege setzte sich in diesem Zusammenhang die KHG mitsamt des von ihr initiierten Aktionskomitees gegen die Beschlüsse ein, was durch die größte Anzahl an Flugblättern und Hochschulzeitungen (26) hierzu deutlich wird.

Zeitlich gesehen lässt sich der größte Widerstand gegen die Praxis der Überprüfung der Verfassungstreue dem Jahr 1974 zuschreiben, da die meisten der gesichteten Archivalien (27) aus diesem Jahr stammen. Dieser große Widerstand kann im Kontext der ersten vorläufigen Nichtzulassungen von Studierenden der Hochschule in den Schuldienst gesehen werden, über welche hauptsächlich berichtet wurde. Hierbei taucht vor allem der Name Wolfang Mohl in zahlreichen Druckschriften auf, welcher demnach öffentlich mit der Überprüfung seiner Verfassungstreue umging. Tatsächlich bildeten die in diesem Zusammenhang gesammelten 1000 solidarisierende Unterschriften der Studierenden der Hochschule einen erheblichen Protest ab, auch wenn es sich nicht, wie Herr Hornung angab, um zwei Drittel, sondern lediglich um ein Drittel aller Studierenden handelte. Darüber hinaus verdeutlichen auch der errichtete Stand des „Aktionskomitees PH-Heidelberg" am Bismarckplatz im Mai 1974, an welchem Unterschriften der Bevölkerung gegen die „Berufsverbote" gesammelt wurden, sowie die in diesem Jahr zahlreichen Aufrufe zu Demonstrationen, Urabstimmungen und „Go-ins" durch die verschiedenen Hochschulgruppen und Fachschaften hinweg, das vorhandene Protestpotenzial der (politisch aktiven) Studierenden. Jenes zeigt sich auch in den ausgewerteten Sitzungen der Hochschulgremien. So kam es faktisch 1974, wie auch Herr Hornung erwähnte, zu einer Resolution des Großen Senats, in der sich die Mitglieder gegen die Praxis der Nichteinstellung von Studierenden in den Schuldienst aufgrund einer Kandidatur für eine an der Hochschule zugelasse Gruppe aussprachen. Allerdings muss an dieser Stelle der Aussage von Herrn Engelhardt, dass, zumindest in den Hochschulgremien, andere Themen präsenter waren, zugestimmt werden. Lediglich in sieben Sitzungen des „kleinen" und Großen Senats sowie in einer Stellungnahme des Senats und im Rechenschaftsbericht des Rektors taucht der „Radikalen-" oder „Schiess-Erlass" auf. Ansonsten überwiegen hier tatsächlich Aspekte wie Berufungsverfahren und Personalfragen.

Die These der ehemaligen Lehramtsstudierenden, dass der anfänglich starke Protest gegen die Erlasse nach und nach abebbte, kann mit einem Blick auf die deutlich geringere Anzahl an Flugblättern und Hochschulzeitungen zur „Berufsverbotspraxis“ im Jahr 1975 (4), sicherlich bestätigt werden. Auch die von Herrn Hornung in diesem Kontext angeführte geringe Beteiligung an einer öffentlichen Erklärung gegen den „Schiess-Erlass“ – lediglich acht Studierende unterzeichneten die Stellungnahme – spricht für eine abnehmende Bereitschaft sich (öffentlich) gegen die Erlasse zur Wehr zu setzen. Die Behauptung Hornungs, der Senat hätte sich 1975 nicht mehr getraut, eine Resolution zu verabschieden, kann aufgrund des Mangels an entsprechenden Archivalien nicht bewertet werden. Ebenso liegen zur Stellungnahme des „kleinen“ Senats im Wintersemester 1975/76 zur Praxis der Überprüfung der Verfassungstreue, welche dem Rechenschaftsbericht des Rektors zufolge von den studentischen Vertretern abgelehnt wurde, keine Aussagen der ehemaligen Lehramtsstudierenden vor, waren diese doch fast alle zu dieser Zeit nicht mehr an der Hochschule tätig. Allerdings lässt sich in der Stellungnahme durchaus ein Zeichen des immer noch vorhandenen Widerstandes sehen.

Hinsichtlich der von den ehemaligen Studierenden wahrgenommenen veränderten Stimmung an der Hochschule durch das Inkrafttreten der Erlasse, finden sich mehrere Aussagen aus den untersuchten Archivalien, die diese These untermauern, darunter ein Bericht des AStA aus dem Wintersemester 1974, wie auch die Tischvorlage für den Senat vom 18. Dezember 1975 sowie die damit einhergehende Stellungnahme des Senats, thematisiert im Rechenschaftsbericht des Rektors. Hierbei wurde von einer Belastung des hochschulpolitischen Klimas durch die Praxis der Überprüfung der Verfassungstreue berichtet. Demnach hätten die Beschlüsse unter den Studierenden eine verunsicherte Stimmung evoziert, geleitet von der Angst vor der möglichen Feststellung der eigenen politischen Missliebigkeit und mit den Folgen einer politischen Abstinenz auf der einen und einem verstärkten Aktionismus auf der anderen Seite. Diese Empfindung bestätigt zudem eine weitere befragte ehemalige Lehramtsstudentin der Hochschule, welche von keinem „Berufsverbot“ betroffen war und ab 1971 an der Hochschule studierte. Sie beschreibt einen vorhandenen Zielkonflikt zwischen der Erfüllung des Wunsches, den Lehrerberuf auszuüben und dem Bedürfnis, für seine Meinung einzustehen.[125] Dass teilweise bereits die Kritik an Institutionen oder an dort vermittelten Inhalten, wie im Falle der drei Praktikanten an der Eppelheimer Schule, als missliebig erachtet wurde, wurde nicht nur von verschiedenen Hochschulgruppen und der Fachschaft Gemeinschaftskunde moniert, sondern auch vom „kleinen“ Senat. Ob der Fall der drei Studierenden allerdings eine gezielte politische Disziplinierungsmaßnahme darstellte,

[125] Vgl. Zeitzeugeninterviews.

mag aus Unkenntnis am genauen Ablauf der Auseinandersetzung zwischen den Praktikanten und ihrem Mentor allerdings dahingestellt bleiben.

Der These Engelhardts, ein Großteil im Kollegium des Senats und des Großen Senats hätte den Erlassen kritisch gegenübergestanden, stehen Berichte über den Prorektor und zwei Dozierende entgegen, die sich aus studentischer Sicht eindeutig hinter den Beschlüssen positionierten. Da allerdings die Resolution des Großen Senats gegen die Praxis der Überprüfung der Verfassungstreue 1974 von der Mehrheit der Senatsmitglieder unterstützt und damit verabschiedet wurde, kann vermutet werden, dass sich die meisten der dortigen Dozierenden nicht (öffentlich) hinter die Erlasse stellten.

Dass die Praxis der Überprüfung der Verfassungstreue unter anderem im Rahmen einer, im Rechenschaftsbericht des Rektors thematisierten, Stellungnahme des Senats als für das hochschulpolitische Klima belastend deklariert wurde, bestätigt des Weiteren, dass die Erlasse, entgegen der Aussage Engelhardts, durchaus einen Einschnitt in das politische Leben an der Hochschule darstellten, was auch mit der Aussage der nicht von einem „Berufsverbot" betroffenen ehemaligen Studentin einhergeht:

„Wo es dann sehr deutlich geworden ist, [...] es gibt tatsächlich Berufsverbote und man kommt nicht in den Beruf, den man haben will, das hat bei vielen schon sehr viele Ängste ausgelöst und dann halt natürlich die andere Seite zu sagen, ja ich will aber auch für meine Meinung einstehen. Und da musste man entscheiden und mir hat das schon zu schaffen gemacht dann zu sagen, also ich will auf jeden Fall in den Beruf."[126]

Dieser beschriebene Zielkonflikt stellte sich sicherlich vielen Studierenden der Hochschule, wobei sich die meisten vermutlich, wie diese ehemalige Studentin, für ihren Wunsch, Lehrer zu werden und damit gegen eine politische Aktivität entschieden.

Einen Marsch linker Kräfte durch die Institutionen befürchtend, gewillt, den Staat vor sogenannten „Verfassungsfeinden" zu schützen, bewirkte der am 28. Januar 1972 beschlossene „Radikalenerlass" mitsamt seinen länderspezifischen Nachfolgern also, sicherlich nicht nur an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg, eine Obstruktion der freien hochschulpolitischen Auseinandersetzung. Er erzeugte ein Klima der Einschüchterung, einhergehend mit einer gehemmten Bereitschaft, sich vor allem linkspolitisch zu engagieren. Auch Institutionen- oder Gesellschaftskritik wurde, aufgrund deren Denunziation als Verfassungsfeindschaft, zumindest in der Öffentlichkeit vermieden. Diejenigen, die sich dennoch aktiv am hochschulpolitischen Leben als Mitglieder linker Gruppen beteiligten und Missstände anprangerten, erwarteten in vielen Fällen „Berufsverbote". Die sozialen, ökonomischen sowie psychologischen Konsequenzen, welche vor allem mit der Verweigerung

[126] Vgl. Zeitzeugeninterviews.

zum zweiten Ausbildungsabschnitt einhergingen, können an dieser Stelle nicht ermessen werden.

Bettina Alavi / Melanie Schweizer

Die Pädagogische Hochschule Heidelberg als Ort der Emanzipation?

Frauen und ihre pädagogischen Ideen an der PH Heidelberg um 1968

„Wir wollten schon vieles anders machen als die Generation unserer Mütter."[1] Dieses Zitat stammt von einer ehemaligen Studentin, welche Anfang der Siebziger Jahre an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg ihr Studium aufnahm. Die Neue Frauenbewegung war zu diesem Zeitpunkt in vollem Gange und strebte danach, die Emanzipation der Frau in vielen gesellschaftlichen Bereichen weiter voranzutreiben – auch im Bereich der Bildung. Doch wie sah die Situation an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg aus? War es hier für Frauen möglich, emanzipiert zu studieren bzw. zu lehren? Wer waren diese Frauen, die sich in einer Zeit voller gesellschaftlicher Umbrüche für den Beruf der Lehrerin entschieden? Was waren ihre pädagogischen Ideen? Im Zentrum der Arbeit steht deshalb die Fragestellung: Was bedeutete 1968 für Frauen an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg?[2]

In der vorliegenden Arbeit wird knapp auf die Neue Frauenbewegung der 60er und 70er Jahre fokussiert und ihr Einfluss auf die Lehrerinnenbildung thematisiert. Da zwischen der 68er-Bewegung, der Neuen Frauenbewegung und den pädagogischen Ideen der Zeit ein enger Zusammenhang besteht, wird dieser beleuchtet und anschließend auf die Situation von Frauen in der Hochschulbildung eingegangen. Im daran anschließenden Teil der Arbeit wird konkret auf die Situation an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg aus Perspektive von Studentinnen um 1968 eingegangen. Thematisiert werden die *Situation der Frauen (Lehrende und Studentinnen) an der Pädagogischen Hochschule um 1968*; *frauenspezifische Gruppierungen* wie Frauenreferate und Frauengruppen; *Politisches Engagement* der Studentinnen; *Lehrerinnen- und Frauenbild sowie die* Anknüpfungspunkte zu den *pädagogischen Ideen und Konzeptionen*, welche um 1968 an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg vorherrschten.

Als Basis dieser Untersuchung dienten neben wissenschaftlicher Literatur auch ausgewählte Archivalien des Generallandesarchivs Karlsruhe (GLA)

---

[1] Transkript Frau R.

[2] Da die 1968er-Bewegung an der PH Heidelberg erst nach 1968 einsetzte, soll für die vorliegende Arbeit ein weiter Begriff von 1968, welcher nicht auf das Jahr 1968 beschränkt ist, zugrunde gelegt werden.

sowie drei Zeitzeugeninterviews – eines mit einer damaligen Dozentin, zwei mit damaligen Studentinnen.[3] Auf Grundlage der auf der Literaturbasis herausgestellten, theoretischen Annahmen bezüglich der Wirkungsbereiche der Neuen Frauenbewegung im Hinblick auf die Hochschul- und Lehrerinnenbildung wurden Teilbereiche bearbeitet, anhand derer sowohl die Archivalien als auch die Zeitzeugeninterviews in Bezug auf die Situation an der PH Heidelberg ausgewertet wurden.

Als Literaturgrundlage für diese Arbeit wurde die Publikation von Ilse Lenz verwendet, die einen historische Überblick zur Neuen Frauenbewegung durch Quellenmaterial ergänzt und veranschaulicht.[4] Gewinnbringend war des weiteren die Beschäftigung mit dem Sammelband von Florence Hervé, der einen ausführlichen Überblick speziell über die deutsche Frauenbewegung und auch deren historische Wurzeln bietet.[5] Ausführliche Einsichten in die Bildungsgeschichte von Frauen und Mädchen thematisiert Juliane Jacobi;[6] speziell zur Thematik des Lehrerinnenbildes erwiesen sich die beiden Sammelbände von Edith Glumpler als ertragreich.[7] Für die Beschäftigung mit den pädagogischen Ideen 1968er bietet sich die Publikation von Meike Sophia Baader an.[8]

---

[3] Aus Platzgründen konnten die Zeitzeugeninterviews leider nicht mit abgedruckt werden.

[4] Ilse Lenz: Die Neue Frauenbewegung in Deutschland. Abschied vom kleinen Unterschied. Eine Quellensammlung. Wiesbaden 2008.

[5] Florence Hervé: Geschichte der deutschen Frauenbewegung. Köln 1998 (Neue Kleine Bibliothek, Bd. 48).

[6] Juliane Jacobi: Mädchen- und Frauenbildung in Europa. Von 1500 bis zur Gegenwart. Frankfurt am Main 2013

[7] Edith Glumpler: Erträge der Frauenforschung für die LehrerInnenbildung. Bad Heilbrunn/Obb 1993. sowie Edith Glumpler: Mädchenbildung – Frauenbildung. Bad Heilbrunn/Obb 1992.

[8] Meike Sophie Baader: ‚An der großen Schaufensterscheibe sollen sich die Kinder von innen und die Passanten von außen die Nase platt drücken.' Kinderläden, Kinderkulturen und Kinder als Akteure im öffentlich-städtischen Raum seit 1968" In: Baader, Meike Sophia; Herrmann, Ulrich (Hrsg.): 68 – Engagierte Jugend und Kritische Pädagogik: Impulse und Folgen eines kulturellen Umbruchs in der Geschichte der Bundesrepublik. Weinheim/München 2011. S. 232–251.

Die Entstehung der neuen Frauenbewegung im Rahmen der studentischen 68er-Bewegung[9]

Widerstand gegen das gesellschaftlich verbreitete Frauenbild der Hausfrau und Mutter kam unter anderem vom *Aktionsrat zur Befreiung der Frau*.[10] Dieser wurde im Jahr 1968 überwiegend von weiblichen Mitgliedern des Sozialistischen Deutschen Studentenbunds (SDS) und Müttern gegründet. Ein Anliegen war es, ihre persönliche Situation an der Universität zum Ausdruck zu bringen. Insbesondere prangerten sie die fehlende Kinderbetreuung an, welche ihre Möglichkeiten einschränke.[11] Daneben machten sie auf die Diskriminierungen und Benachteiligungen aus den eigenen Reihen des SDS seitens ihrer männlichen Kommilitonen aufmerksam.[12] Auch in anderen Universitätsstädten wurden sogenannte Weiberräte oder Frauen-Diskussions-Zirkel ins Leben gerufen, welche sich gegen die Unterdrückung der Frau auflehnten.[13]

Ebenfalls an den Universitäten selbst protestierten Studenten und Studentinnen gegen den Muff von 1000 Jahren, für Selbstbestimmung und Demokratie sowie gegen bürgerliche Spießigkeit. Frauen waren an dieser Bewegung von Anfang an beteiligt. Die aktiven Frauen, insbesondere die Mitglieder des SDS, waren nach geraumer Zeit jedoch nicht mehr bereit, sich lediglich für die Anliegen und Belange der männlichen Studenten einzusetzen. Sie forderten, dass auch ihre Situation als Frauen Gehör fand, insbesondere die diskriminierende Situation der Mütter und somit auch die finanzielle und soziale Benachteiligung. In diesem Zusammenhang ist auch die Entstehung der Kinderladen-Bewegung zu verorten. Kinderläden verstanden sich als solidarische, anti-autoritäre Formen der Kinderbetreuung mit neuen Erziehungsinhalten. Eine weitere Forderung der Frauen war die Möglichkeit zur selbstbestimmten Schwangerschaft sowie die damit verbundene Aufhebung des § 218 des Strafgesetzbuchs. Weiterhin gab es Initiativen, die angemessenen Lohn für Hausarbeit forderten und somit die geschlechtsbedingte Arbeitsteilung kritisierten. Grundlage hierfür war die generelle Ab-

[9] Vgl. für die Zeitumstände Robert Philipps: Sozialdemokratie, 68er-Bewegung und gesellschaftlicher Wandel 1959–1969. Baden-Baden 2012, S. 15 f.

[10] Hochgeschurz, Marianne: Zwischen Autonomie und Integration. Die neue (west-) deutsche Frauenbewegung. In: Hervé, Florence (Hrsg.): Geschichte der deutschen Frauenbewegung. Köln 1998, S. 155–184, hier S. 156 f.

[11] Vgl. Dehnavi, Morvarid: Das politisierte Geschlecht. Biographische Wege zum Studentinnenprotest von 1968 und zur Neuen Frauenbewegung. Bd. 44: Histoire. Bielefeld 2013, S. 155 f.

[12] Vgl. Elisabeth Zellmer: Töchter der Revolte? Frauenbewegung und Feminismus der 1970er Jahre in München. Bd. 85: Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte. München 2011, S. 62.

[13] Vgl. Hochgeschurz (Anm. 10), S.156 f.

wertung und fehlende Anerkennung von Hausarbeit. Ein weiterer Fokus lag in der Thematisierung von Gewalt gegen Frauen, woraufhin von Selbsthilfeprojekten ab 1976 viele Frauenhäuser eingerichtet wurden, in denen Frauen Zuflucht finden konnten. Außerdem wurde die Anerkennung der lesbischen Lebensform gefordert. Neben den vorhergehend beschriebenen Forderungen war das Streben nach Autonomie besonders charakteristisch für die Frauenbewegung. Dabei ist von einem Autonomiebegriff im doppelten Sinne auszugehen. Zum einen stand Autonomie für Selbstbestimmung, insbesondere in Bezug auf den eigenen Körper. Zum anderen für die Aufhebung männlicher Gängelung sowie ökonomische Unabhängigkeit. Mitte der 1970er Jahre trat die Frauenbewegung vermehrt in die Öffentlichkeit. Es bildeten sich Frauenverlage, welche unter anderem Frauenzeitschriften publizierten. Der Verlag *Frauenoffensive*, welcher 1976 in München gegründet wurde, war einer der ersten feministischen Verlage. Neben Zeitschriften, wie beispielsweise der feministischen EMMA, wurde auch sogenannte Frauen-Selbsterfahrungs-/-Bekenntnisliteratur veröffentlicht. Erste Frauenbuchläden, Frauencafés und Frauenkneipen entstanden auf diesem Wege und wurden zu Orten des Austausches und der Kommunikation für Frauen.[14] Ein vielfach diskutiertes Werk stammt aus der Feder von Simone de Beauvoir. Diese Schrift beschäftigte sich mit der Position der Frau in der Gesellschaft. Dabei ging Beauvoir davon aus, dass zwischen der biologischen Ungleichheit der Geschlechter und der Unterdrückung von Frauen kein begründeter Zusammenhang bestünde. In ihren Ausführungen rief sie Frauen zu kollektivem Handeln auf.[15] Im Zeitraum von 1968 bis 1975 bildeten sich verschiedene Strömungen des Feminismus heraus, welche sich durch die Art und Weise, wie sie Gesellschaft und das Verhältnis der Geschlechter begründeten, unterschieden.[16]

Zu den pädagogischen Ideen und Konzeptionen um 1968

Zwischen der Neuen Frauenbewegung und den pädagogischen Ideen dieser Zeit besteht ebenfalls ein Zusammenhang. So entstanden, wie bereits erwähnt, Kinderläden im Zuge fehlender Kinderbetreuung und der damit verbundenen Benachteiligung und Einschränkung der betroffenen Mütter.

[14] Vgl. Hochgeschurz, (Anm. 10), S. 170 f.

[15] Vgl. Schulz, Kristina: Der lange Atem der Provokation. Die Frauenbewegung in der Bundesrepublik und in Frankreich 1968–1976. Bd. 40: Geschichte und Geschlechter. Frankfurt/Main 2002, S. 52 ff.

[16] Vgl. Lenz, Ilse: Die unendliche Geschichte? Zur Entwicklung und den Transformationen der Neuen Frauenbewegungen in Deutschland. In: Lenz, Ilse (Hrsg.): Die Neue Frauenbewegung in Deutschland. Abschied vom kleinen Unterschied. Eine Quellensammlung. Wiesbaden 2008, S. 27.

In diesen wurde eine für die 1968er besonders zentrale pädagogische Idee, die der antiautoritären Erziehung, umgesetzt. Hierbei sollten die Kinder unter dem Schlagwort Selbstregulation dazu befähigt werden, ihre Bedürfnisse teilweise selbst zu lenken, sodass sie in Entscheidungen einbezogen wurden, die zuvor allein Erwachsenen vorbehalten waren. Obwohl es die explizite Erziehung der 68er laut Baader nicht gibt, sind die Vorstellungen, welche die Erziehungsideale betrafen, im Hinblick auf traditionelle Erziehungsvorstellungen konträr.[17] In Anlehnung an die negativen Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus war es ebenso ein Anspruch, die Kinder zu mündigen, kritik- und widerstandsfähigen Bürgern zu erziehen.[18] Der Anstoß hierfür ging unter anderem von Theodor W. Adorno aus, welcher in seiner Rundfunkrede *Erziehung nach Auschwitz* für eine aktive Erziehung gegen den Nationalsozialismus plädierte.

Mitte der 60er Jahre kam es zu Bestrebungen, tradierte Sexualnormen zu liberalisieren. Obwohl in der Gesellschaft Fortschritte bezüglich dessen erkennbar waren, was sich unter anderem in Aufklärungsserien, in Zeitschriften, Aufklärungsfilmen sowie Modifizierungen von entsprechenden Gesetzgebungen wie der Aufhebung des sogenannten Kuppelparagraphen niederschlug, wurden diese von Vertretern der Schulpädagogik, Erziehungswissenschaft sowie von Schulverwaltungen und Schulleitungen weitgehend ignoriert. Studentische Diskussionsrunden beschäftigten sich mit diesem Thema, indem sie sich unter anderem mit Schriften, welche den Zusammenhang von Sexualität und Autorität thematisierten, auseinandersetzten.[19] Eine Idee, welche zu der Zeit zu kontroversen Diskussionen führte, war die der Gesamtschule. Dabei ist anzumerken, dass die Gründungsphase von Gesamtschulen nicht eine spezielle Idee der 68er-Bewegung war, sich jedoch die Gründungsphase vieler Gesamtschulen in diesem Zeitraum abspielte. Grund hierfür waren vor allem bildungsökonomische Überlegungen, welche aus Bedarfsplänen der Kultusministerkonferenz sowie aus Schulentwicklungsplänen für die nachfolgenden geburtenstarken Jahrgänge hervorgingen. Die Gesamtschule wurde vielfach diskutiert. Ihren Gipfel erreichten die Diskussionen in den frühen 1970er Jahren. Hierbei gab es zwei kontro-

[17] Vgl. http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/68er-bewegung/51961/erziehung-und-68?p=all; gesehen am 26. 7. 2016.

[18] Vgl. Baader, Meike Sophia: „An der großen Schaufensterscheibe sollen sich die Kinder von innen und die Passanten von außen die Nase platt drücken". Kinderläden, Kinderkulturen und Kinder als Akteure im öffentlich-städtischen Raum seit 1968. In: Baader, Meike Sophia; Herrmann, Ulrich (Hrsg.): 68 – Engagierte Jugend und Kritische Pädagogik: Impulse und Folgen eines kulturellen Umbruchs in der Geschichte der Bundesrepublik. Weinheim/München 2011. S. 235; 242.

[19] Vgl. Koch, Friedrich: Sexualität und Erziehung. Zwischen Tabu, repressiver Entsublimierung und Emanzipation. In: Bernhard, Armin (Hrsg.): Jahrbuch für Pädagogik 2008. 1968 und die neue Restauration. Frankfurt am Main 2009. S. 118 ff.

verse Meinungen. Zum einen wurde die Gesamtschule als Anstoß für die Leistungs- und Effizienzsteigerung des Bildungswesens gesehen. Zum anderen wurde ihr im Rahmen einer eher emanzipatorischen Herangehensweise die Möglichkeit, die Demokratisierung der Gesellschaft weiter zu bestärken und Chancengleichheit herzustellen, zugesprochen.[20]

Frauen im Schulwesen und in der Hochschulbildung

Bis in die 1960er Jahre wurden in der Bundesrepublik Deutschland in allen Schularten mehr männliche als weibliche Lehrkräfte beschäftigt.[21] Die Veränderung zum Frauenberuf vollzog sich ab Mitte der 60er Jahre schulartenspezifisch. In Grund- und Hauptschulen stieg der Anteil der Lehrerinnen von 41% auf 59% an. Im Gymnasialbereich betrug der Anstieg lediglich 3%, nämlich von 28% (1960) auf 31% (1970). Zu dieser Zeit wurde der Gymnasialbereich also von Männern dominiert. Frauen hingegen waren immer noch eher im Bereich der sogenannten „Volksschule“ beschäftigt. Diese geschlechtsbezogenen Entwicklungen im Lehrberuf sind auf eine erhöhte weibliche Bildungsbeteiligung in jenem Zeitabschnitt zurückzuführen. So schlossen im Jahre 1967 lediglich 36,6% der Schülerinnen ihre Schullaufbahn mit dem Abitur ab. Achtzehn Jahre später, im Jahre 1984, war der Anteil der Abiturientinnen schon auf 50,5% angestiegen. Dieser Wandel markierte die Ablösung eines von Männern dominierten Berufsfeldes und zugleich ein Umdenken bezüglich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf[22]: „Er [der Lehrberuf; M.S.] bietet berufliche und soziale Sicherheit und lässt sich u. U. sogar während der Ehe fortführen.“[23] Gegen Ende der 1960er Jahre herrschte ein akuter Lehrermangel. Diesem wurde entgegengewirkt, indem vermehrt Frauen für den Lehrberuf in Betracht gezogen wurden. So wurde für die Lehramtsstudiengänge bei Abiturientinnen gezielt Werbung betrieben, um sie für den Lehrberuf zu begeistern.[24]

Wurden im 19. Jahrhundert noch vorzugsweise Männer im Lehrberuf eingesetzt, so erschien dieser in den 1960er Jahren für Söhne aus akademischem Hause für viele nur noch dann als geeignet, wenn ihnen eine anspruchsvollere Berufslaufbahn in Folge schlechter Schulleistungen verwehrt

[20] Vgl. Keim, Wolfgang: Gesamtschule: 1968 und die Gesamtschule – Vergessene, verdrängte, unabgegoltene Zusammenhänge. In: Bernhard, Armin (Hrsg.): Jahrbuch für Pädagogik 2008. 1968 und die neue Restauration. Frankfurt am Main 2009. S. 221 f.

[21] Vgl. Glumpler, Edith: Lehrerin – "der" Frauenberuf? Berufsorientierungsprozesse zwischen Abitur und Lehramtsstudium. In: Glumpler, Edith (Hrsg.): Erträge der Frauenforschung für die Lehrerinnenbildung. Bad Heilbrunn/Obb 1993, S. 187.

[22] Vgl. ebd. S. 189 ff.

[23] Wilms/Dennebaum 1967, S. 7 f. zitiert nach Glumpler (Anm. 22), S. 190.

[24] Vgl. Glumpler (Anm. 22), S. 190.

blieb. Für Frauen aus Akademikerfamilien mit überdurchschnittlichen Schulleistungen wurde der Lehrberuf durchaus als adäquat erachtet.[25] Waren Lehrerinnen im 19. und frühen 20. Jahrhundert noch eher eine exotische Erscheinung, so ist Mitte der 60er Jahre von einem Wandel zu sprechen, welcher dazu führte, dass nun auch vermehrt Frauen den Weg in den Lehrberuf fanden. Dies trifft besonders auf den Bereich der sogenannten „Volksschule" zu. Dennoch blieben geschlechtsspezifische Zuschreibungen und Vorurteile weiterhin bestehen.

In den darauffolgenden fünf Jahren, bis zum Jahr 1965, stieg der Anteil der weiblichen Studierenden lediglich um 1%, nämlich auf 21%. Im Jahr 1975 lag der Frauenanteil an Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland bei 32%. Favorisiert wurden neben Medizin und Pharmazie die Kultur- und Geisteswissenschaften. Oftmals nahmen Frauen auch das Studium an einer Pädagogischen Hochschule auf, wo der Frauenanteil bei circa 60% lag. Festzuhalten ist, dass Frauen ihr Studium häufiger als Männer abbrachen.[26] Die Eheschließung ist bis zum Ende der 1960er Jahre als ein maßgeblicher Umstand zu verzeichnen, welcher die akademische Erwerbstätigkeit von Frauen verhinderte sowie zu Studienabbrüchen von weiblichen Studierenden führte. Insbesondere junge Frauen aus bessergestellten sozialen Schichten beendeten ihr Studium vorzeitig, da dem Anschein nach kein Grund mehr zur Erwerbstätigkeit bestand. Die geringe Anzahl von Studentinnen aus Arbeiterfamilien hingegen schloss meist ihr Studium ab.[27] Frauen, die an der Hochschule tätig waren, ob als Studierende oder als Lehrende, waren nicht gefeit vor Vorurteilen und Voreingenommenheit seitens des anderen Geschlechts. Zum geringen Frauenanteil im Lehrkörper an der Hochschule äußerte sich ein Hochschullehrer im Jahr 1960 folgendermaßen:[28] „Qualitätsfrage. Geistigkeit ist ein Privileg der Männer. Wenn eine Frau Geistigkeit in gleichem Ausmaße besitzt, dann fehlt ihr etwas anderes. Sie ist dann keine Frau mehr!"[29] Obwohl Studentinnen an der Universität zwar geduldet wurden, erachtete man sie für eine wissenschaftliche Laufbahn jedoch als ungeeignet. Laut einer Untersuchung von Anger aus dem Jahr 1960 hatten 79% der befragten Professoren auf die Frage, wie sie weiblichen Lehrenden gegenüber stehen, nicht gerade eine positive Haltung.[30] Hieraus lässt sich auch der Wunsch von – vor allem feministischen – Wissenschaftlerinnen Ende der 1980er Jahre nach eigenen Frauen-Universitäten erklären. Die bereits in den 1970er Jahren entstandene Frauenforschung strebte gemeinsam in Zusam-

[25] Vgl. Glumpler (Anm. 22), S. 192.
[26] Vgl. ebd. S. 34.
[27] Vgl. ebd. S. 428 f.
[28] Vgl. ebd. S. 434.
[29] Anger, Hans: Probleme der deutschen Universität. Tübingen 1960, S. 481.
[30] Vgl. Dehnavi (Anm. 11), S. 141.

menarbeit mit der Frauenbewegung den Abbau von Ausbeutung und Benachteiligung von Frauen in Theorie und Praxis an.[31] Die Frauenforschung selbst erwuchs aus politischen Zusammenhängen und wurde von Studentinnen und Wissenschaftlerinnen, die vornehmlich der Frauenbewegung angehörten, vorangetrieben. Den Ursprung bildeten das Bewusstsein für geschlechtsbedingte Ungleichheit sowie die Feststellung, dass die Wissenschaft von Männern dominiert wurde.

Was bedeutete 1968 für Frauen an der pädagogischen Hochschule Heidelberg?

Die Zeitzeuginnen: Zwei ehemalige Studierende und eine ehemalige Dozentin

Frau Prof. Dr. Inge Vinçon wurde im Jahr 1940 in Heidelberg geboren. Ihre Kindheit verbrachte sie in Heidelberg. Im Jahr 1959 machte sie Abitur und studierte in den Städten Heidelberg, Paris, Grenoble und München Germanistik sowie Romanistik. Für die Fächer Deutsch und Französisch erhielt sie die Lehrbefähigung am Gymnasium. An die Pädagogische Hochschule Heidelberg kam sie zum Wintersemester 1971/1972. Mit dem Schwerpunkt auf Linguistik und Sprachdidaktik lehrte sie im Fach Deutsch. Neben ihrer Lehrtätigkeit war Frau Vinçon auch forschend tätig. Ihre Promotion schloss sie 1975 ab. Zeitweise war sie als Frauenbeauftragte der Pädagogischen Hochschule Heidelberg.[32] Auch heute noch, nach ihrer Pensionierung, lebt Frau Vinçon in Heidelberg. Mittlerweile hat sie neben ihren beiden Kindern noch zwei Enkelkinder.

Dass Frau Vinçon nicht zum ersten Mal ein Interview führt und mit entsprechenden Situationen bereits vertraut ist, zeigt sich nicht nur in ihrer Vorbereitung auf das Interview, sondern auch in ihrem souveränen, selbstbewussten Auftreten, welches während der gesamten Interviewsituation positiv auffällt. Neben der Einwilligung zu Filmaufnahmen erklärt sie sich auch zu deren Veröffentlichung bereit. Frau Vinçon schildert ihre Erlebnisse besonders aus der Perspektive des Faches Deutsch. Ein Bezug zu anderen Fächern lässt sich daher nicht erkennen. In ihren Ausführungen fokussiert sie vor allem die pädagogischen Ideen der damaligen Zeit. Ihre persönliche Nähe zu den von ihr erwähnten Ideen, welche unter anderem vermutlich auch ihrer Rolle als ehemalige Lehrende geschuldet ist, ist in der Interviewsituation erkennbar. Ihre persönliche Präferenz für solche Ideen wird weiterhin auch daran deutlich, dass sie für ihren Sohn selbst eine Spielgruppe,

[31] Vgl. Hochgeschurz (Anm. 10), S. 171 f.
[32] Vgl. Transkript Frau Vinçon.

welche diesen pädagogischen Ideen entsprach, initiierte. Ihre Äußerungen im Interview sind durchwegs sachlicher Natur. Frau Vinçon nimmt eine fachliche Distanz ein. Sie schildert daher wenig persönliche Erlebnisse. Emotionale Bezüge lassen sich mit Ausnahme zu den pädagogischen Ideen der Zeit kaum erkennen. Neben ihrem Wissen im Fachbereich Deutsch verfügt Frau Vinçon auch über Hintergrundwissen zu feministischer Theorie, da sie sich aus persönlichem Interesse in feministische Literatur eingelesen hat.

Frau K.[33] stammt ursprünglich aus Bad Mergentheim. Ihre Kindheit verbrachte sie daher in einer eher ländlichen Region. Im Jahr 1971 kam sie an die Pädagogische Hochschule Heidelberg, um ihr Studium für das Reallehramt aufzunehmen. Zunächst war sie im Fach Politik eingeschrieben, wechselte jedoch zum Fach Geschichte. Grund hierfür war vor allem die Abneigung zu einem Dozenten des Fachs Politik und die persönliche Präferenz zu Professor Uffelmann, welcher im Fach Geschichte lehrte. In den Schuldienst zu gelangen war ihr ein sehr großes Anliegen. Daher habe sie sich aus Angst vor einem Berufsverbot, wie sie selbst berichtet, von jeglicher politischen Aktivität im Rahmen ihres Studiums bewusst distanziert. Jedoch engagierte Frau K. sich im Frauenbuchladen in Mannheim, wodurch auch sie sich mit feministischer Literatur beschäftigte. Von aufkommenden lesbischen Strömungen habe sie sich jedoch, nach eigener Aussage, distanziert.[34] Nach ihrem Studium war sie einige Zeit als Lehrerin, später als Rektorin und Schulrätin tätig.

In der Interviewsituation nimmt Frau K. eine sehr reflektierte Haltung gegenüber den damaligen Ereignissen ein und spiegelt diese aus heutiger Sicht. Diese Haltung wird auch an Äußerungen wie „Das war für Sie auch heute nicht vorstellbar."[35] oder „[...] jetzt im Nachhinein kann man sagen, es war eine Illusion[...], aber wir haben als mal sehr weit weggeträumt von der Realität"[36] deutlich. Während Frau Vinçon eine eher fachliche Distanz einnimmt, schildert sie ihre Erlebnisse aus einer eher persönlichen Perspektive. Ihre Erzählungen lassen auch eine gewisse emotionale Betroffenheit deutlich werden. Vor allem das Thema der Berufsverbote beschäftigt Frau K. stark, da sie diese auch bei Kommilitoninnen und Kommilitonen selbst erlebt hat. Sie selbst macht deutlich, dass ihr Wunsch nach einem Pseudonym auch mit den Erlebnissen der damaligen Zeit zusammenhängt. Immer wieder stellt Frau K. Bezüge zur Gegenwart her und schildert in diesem Zusammenhang ihre persönlichen, für sie wichtig empfundenen Anliegen. Oft benutzt sie Sätze,

[33] Frau K. stellt ein Pseudonym für eine der befragten ehemaligen Studentinnen dar, da sie in der Arbeit nicht mit Namen genannt werden möchte.

[34] Vgl. Transkript Frau K.

[35] Transkript Frau K.

[36] Transkript Frau K.

welche Einschübe wie „[...], das war für mich immer ganz wichtig, [...]“[37] oder „Ich finde [...] immer wichtig, [...]“[38] beinhalten.

Die dritte Zeitzeugin, Frau R., war im Gegensatz zu Frau K. während ihrer Zeit an der PH Heidelberg hochschulpolitisch aktiv und kandidierte für die Wahlplattform der KHG. Im Jahr 1968 studierte Frau R. nicht an der Pädagogischen Hochschule, sondern an der Universität Heidelberg die Fächer Soziologie und Politik. Hier erfolgte auch ihre Politisierung. Mit großer Begeisterung und Interesse las sie die Schriften von Marx. An die Pädagogische Hochschule Heidelberg kam sie zunächst aus Interesse an einem Diplomstudiengang, entschied sich aber dann doch für das Lehramt. Unter anderem studierte Frau R., wie auch Frau K., das Fach Geschichte. Aufgrund ihres hochschulpolitischen Engagements erhielt Frau R. ein Berufsverbot, gelangte jedoch über einige Umwege später dennoch in den Lehrberuf. An einer Schule, an welcher sie eine Anstellung fand, wurde sie sogleich zur Frauenansprechpartnerin gewählt, wo sie sich für Schülerinnen einsetzte, welche vom damaligen Schulleiter sexuell belästigt wurden. In ihrer Studienzeit selbst war Frau R. zwar politisch engagiert, aber nicht direkt in der Frauenbewegung aktiv. So kann sie sich auch nicht an Frauengruppen oder an Aktionen im Rahmen der Frauenbewegung an der pädagogischen Hochschule Heidelberg erinnern.[39]

In der Interviewsituation selbst schildert sie ihre Erlebnisse aus einer eher allgemeinen und persönlichen Perspektive. Dennoch nimmt auch sie eine reflektierte Haltung gegenüber den damaligen Geschehnissen ein. An Äußerungen wie „ [...] es waren Auseinandersetzungen, die wir alle sehr ernst genommen haben, die ich jetzt auch (...) ja, ein bisschen ironisch sehe inzwischen.“[40] oder „[...], auch von unserer Seite, was ja auch nicht immer sehr fair war.“[41], wird deutlich, dass Frau R. aus der Retroperspektive die damaligen Geschehnisse anders bewertet, als sie dies während ihrer Studienzeit tat.

[37] Transkript Frau K.
[38] Transkript Frau K.
[39] Vgl. Transkript Frau R.
[40] Transkript Frau R.
[41] Transkript Frau R.

Zur Situation der Frauen an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg um 1968

Zur Situation der Studentinnen

Nach Aussagen der drei Zeitzeuginnen waren an der Pädagogischen Hochschule stets mehr weibliche als männliche Studierende vertreten.[42] Frau K. erinnert sich, dass Feste gemeinsam mit anderen Hochschulen ausgerichtet wurden, um ein besseres Mischungsverhältnis von Mann und Frau zu erreichen.[43] Die Aussagen der Zeitzeuginnen zur Zahl der weiblichen Studierenden werden durch statistische Erhebungen aus den Jahren 1966 bis 1973 gestützt. So lässt sich aus der *Statistik des 1. Semesters (ab WS 1966/67)* entnehmen, dass sich für das Studium an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg insgesamt 282 Bewerber weiblichen und 93 männlichen Geschlechts beworben hatten.[44] Aus den statistischen Unterlagen der Pädagogischen Hochschule vom 1. 2. 1970 ist ersichtlich, dass an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg zu diesem Zeitpunkt von insgesamt 1286 Studierenden mit dem Studienziel Lehramt an Volksschulen 858 weiblich und 428 männlich waren. Das entspricht einem prozentualen Anteil von 66,7% bzw. 33,28%.[45] Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Fächerwahl für den genannten Studiengang. Aus einer Erhebung über die Belegung der einzelnen Fächer vom Wintersemester 1969/70 lässt sich entnehmen, dass vor allem die Fächer Deutsch, Englisch, Französisch sowie Kunst- und Werkerziehung mehrheitlich von Frauen gewählt wurden. Da an der Pädagogischen Hochschule zu diesem Zeitpunkt vermehrt Frauen studiert haben, scheint es nicht verwunderlich, dass in den meisten Fächern mehr weibliche als männliche Studierende vertreten waren. Lediglich in den Fächern Gemeinschaftskunde, Geschichte sowie in den naturwissenschaftlichen Fächern Chemie und Physik überwog der Anteil männlicher Studierender.[46] Im Studiengang Lehramt an Realschulen verhält es sich ähnlich. Aus den Statistischen Unterlagen Stand 1. 2. 1970 geht hervor, dass auch hier die Anzahl weiblicher Studierender überwog.[47] Auch bezüglich der Fächerwahl lassen sich Parallelen zum Studiengang Lehramt an Volksschulen feststellen. In den meisten Fächern überwog die Anzahl weiblicher Studierender. Insbesondere die Fächer Deutsch und Englisch wurden vermehrt von Frauen studiert, während in Mathematik sowie den Naturwissenschaften Chemie und Physik vermehrt Männer

[42] Vgl. Transkript Frau K., Transkript Frau R., Transkript Frau Vinçon.

[43] Vgl. Transkript Frau K.

[44] GLA: Statistik des 1. Semesters (ab WS 1966/67).

[45] GLA: Statistische Unterlagen (Stand 1. 2. 1970).

[46] Vgl. GLA: Erhebung über die Belegung einzelner Fächer hier: Studienziel Lehramt an Volksschulen.

[47] Vgl. GLA: Statistische Unterlagen (Stand 1. 2. 1970).

vertreten waren. Obwohl im Fach Geschichte die Anzahl männlicher Studierender mit einem Unterschied von zwei Personen überwog, scheint das Geschlechterverhältnis hier ausgeglichen.[48] Ein Jahr später zum Wintersemester 1970/71 studierten an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg zu diesem Zeitpunkt in den Studiengängen Lehramt an Volks- und Realschulen mit einem Anteil von 66,3% deutlich mehr Frauen als Männer.[49] Dem Stand der Studierenden vom 15. 10. 1971 zufolge blieb das bestehende Geschlechterverhältnis prozentual mit rund 66% weiblichen und 34% männlichen Studierenden gleich.[50] Aus einer Statistik vom 13. 4. 1973 kann entnommen werden, dass die Zahlen des Studiengangs Lehramt an Grund- und Hauptschulen (ehemals Lehramt an Volksschulen) nicht von den Angaben des Jahres 1971 abweichen.[51]

Die Zahlen zur Belegung einzelner Fächer decken sich auch mit den Wahrnehmungen von Frau K. aus ihrer Studienzeit. So schildert sie, dass die Fächer Mathematik und Physik eher von männlichen Kommilitonen bevorzugt wurden, während das Fach Deutsch vermehrt von Frauen studiert wurde. In Geschichte, Politik und Sport waren laut Frau K. auch weniger Frauen vertreten.[52]

Zur Situation im Lehrkörper

Aus einem sogenannten *Berichtsstellenbogen für Personalzu- und -abgänge in der Zeit vom 1. 10. 1968 bis 30. 9. 1969* geht hervor, dass insgesamt fünf weibliche hauptberuflich Vollbeschäftigte die Pädagogische Hochschule verlassen haben. Es handelte sich hierbei um vier Angestellte, wobei hier Angestellte mit Beamtenbesoldung mit eingeschlossen sind, sowie eine Arbeiterin. Wenngleich als ein Grund für einen Abgang vor Erreichen einer Altersgrenze extra eine Spalte „Frauen wegen Übernahme häuslicher Pflichten“[53] angelegt ist, trifft dieser für keine der fünf genannten Frauen zu. Neben den dargelegten Abgängen lassen sich auch Zugänge weiblicher Beschäftigter verzeichnen. Dabei fällt auf, dass im *Bereich A. Beamte* mehr Männer als Frauen eingestellt wurden und im *Bereich B. Angestellte* mehr Frauen als Männer eine Anstellung fanden. Ebenso wurden nach dieser Auflistung mehr Männer als Frauen festangestellt.[54] Aus einem *Erhebungsbogen für lehrerbildende Einrichtungen aus dem Wintersemester 1971/72* lässt sich ableiten, dass zum genannten

[48] Vgl. GLA: Statistiken Erhebung über die Belegung einzelner Fächer.
[49] Vgl. GLA: Stand der Studierenden im WS 1970/71.
[50] Vgl. GLA: Stand der Studierenden vom 15. 10. 1971.
[51] Vgl. GLA: Studierende Grund- und Hauptschule Stand: 13. 4. 1973.
[52] Vgl. Transkript Frau K.
[53] GLA : Berichtstellenbogen für Personalzu- und -abgänge in der Zeit vom 1. 10. 1968 bis 30. 9. 1969.
[54] Vgl. ebd.

Zeitpunkt an der Pädagogischen Hochschule insgesamt 107 Lehrende tätig waren. Davon sind 24 aufgrund ihres Vornamens eindeutig als weiblich zu identifizieren. Dasselbe trifft für 81 männliche Lehrende zu. Der Anteil der weiblichen Lehrenden betrug also weniger als ein Viertel. Obwohl die Lehrerschaft eindeutig männerdominiert war, lässt sich für die dort vertretenen Frauen nicht sagen, dass ihre Anzahl an Wochenunterrichtsstunden geringer als die ihrer männlichen Kollegen gewesen wäre. Die Höchstanzahl an Wochenunterrichtsstunden betrug laut diesem Erhebungsbogen 28h. Insgesamt 21 Lehrende waren mit diesem Höchstsatz an Wochenunterrichtsstunden ausgelastet. Davon waren sieben weiblichen und 14 männlichen Geschlechts. Im Hinblick auf die Gesamtzahl des jeweiligen Geschlechts wird deutlich, dass im Verhältnis dazu mehr Frauen als Männer 28 Wochenunterrichtsstunden lehrten.[55] Betrachtet man die Amtsbezeichnung, so wird deutlich, dass an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg zum angegebenen Zeitpunkt insgesamt 37 Professoren lehrten. Davon waren 30 männlich und sieben weiblich. Die beiden Personen, deren Geschlecht nicht ersichtlich ist, trugen keinen Professorentitel. Insgesamt kann also gesagt werden, dass eindeutig mehr männliche als weibliche Professoren beschäftigt waren. Auch im Verhältnis zum jeweiligen Geschlecht gesehen trugen immer noch mehr Männer als Frauen den genannten Titel.[56]

Auf Grundlage der Archivalien lässt sich sagen, dass das Kollegium zum einen männerdominiert war und dass zum anderen mehr männliche Kollegen eine Professur innehatten. Im Verhältnis zur Gesamtzahl des jeweiligen Geschlechts mussten mehr Frauen als Männer die Höchstunterrichtsstundenzahl von 28h erbringen. In den späten 1960er Jahren fanden Frauen – auch in Beamtenpositionen – an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg eine Anstellung, wenngleich mehr Männer als Beamte und Frauen vermehrt als Angestellte eingestellt wurden. Auch Frau Vinçon als eine der wenigen Professorinnen und Frau R. berichten, dass es an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg eindeutig mehr männliche als weibliche Lehrende gab. Insbesondere Studentinnen schätzten sie als eine der wenigen weiblichen Lehrenden, so Frau Vinçon. Das Verhältnis zu ihren männlichen Kollegen beschreibt sie als gut.[57] Auch Frau K. erinnert sich noch an sie. Sie beschreibt Frau Vinçon von der inhaltlichen Seite her als fortschrittliche Professorin. Als

[55] Vgl. GLA: Erhebungsbogen für lehrerbildende Einrichtungen Wintersemester 1971/1972. Anmerkung: Bei Vernachlässigung der beiden Personen unbekannten Geschlechts sind 29,16% der weiblichen Lehrenden im Verhältnis zu ihrer Gesamtanzahl mit 28h ausgelastet, während lediglich 17,28% der männlichen Lehrenden im Verhältnis zu ihrer Gesamtanzahl den Höchstsatz an h lehren. Es ergeben sich keine signifikanten Veränderungen bei Hinzunahme der beiden Personen unbekannten Geschlechts zu einer der beiden Geschlechtergruppen.

[56] Vgl. ebd.

[57] Vgl. Transkript Frau Vinçon; Transkript Frau R.

sehr bewundernswert betont Frau K. die Tatsache, dass Frau Vinçon auch noch hochschwanger ihre Seminare abhielt und so ihr „Frau- und Muttersein" gelebt hat. Auch Frau R. erinnert sich, dass in den Seminaren von Frau Vinçon immer eine Diskussion möglich war. Weiter beschreibt Frau K., Frau Vinçon sei auch innerhalb der Fachschaft sehr anerkannt gewesen und hier auch von Männern unterstützt worden. Dass Frau Vinçon allerdings nicht von allen Vertretern der Fachschaft unterstützt wurde, daraufhin weist die Deutsch Info Nr. 5 und 6, welche im Jahr 1973 von der Fachschaft Deutsch herausgegeben wurde. Hier wird Kritik an Vinçons hochschulpolitischer Haltung geübt. Ihre Inhalte werden in Frage gestellt, sie selbst wird als unkritisch kritisiert.[58] Der Beschluss der Deutsch-Vollversammlung, dass die studentischen Mitglieder der Berufungskommission für Frau Vinçon stimmen sollten, hatte sogar deren Rücktritt zur Folge, da sie diesen Beschluss nicht vertreten konnten.[59] Frau Vinçon selbst äußert, dass ihre fehlende hochschulpolitische Erfahrung sowie der Mangel an einer klaren linkspolitischen Orientierung vom AStA kritisiert wurde, weshalb dieser beschloss, sich zu enthalten.[60] Wenngleich Frau Vinçon kritisiert wurde, wird aus den vorliegenden Archivalien sowie den Zeitzeugenaussagen deutlich, dass sich diese Kritik nicht auf sie in ihrer Rolle als Frau bezog, sondern auf ihre politische Haltung und Einstellung. Die Auseinandersetzung war demnach eine politische, keine geschlechtsspezifische.

Im Fach Geschichte war im Kollegium keine Frau vertreten. Ein Diskussionspunkt sei dies laut den beiden ehemaligen Studentinnen aber nicht gewesen.[61]

Frauenreferate und Frauengruppen

Obwohl sich die beiden ehemaligen Studentinnen nicht explizit an Frauengruppen an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg erinnern konnten, lassen die Aussagen von Frau Vinçon sowie die Archivalien des Generallandesarchivs darauf schließen, dass es solche gegeben haben muss. So wird in einem Text in der Wahlinformationsbroschüre der ISG[62] die Vertretung durch einen männlichen AStA bei 70% Frauenanteil an der PH kritisiert. Vielmehr wurde es angesichts dieser Situation nur als logisch empfunden, wenn es einen weiblichen AstA und ein Männerreferat geben würde. Die Ursache für diese, gerade umgekehrte Situation wurde in der Erziehung von Mädchen gesehen:[63]

---

[58] Vgl. GLA: Deutsch Info Nr. 5 9. 1. 1973.
[59] Vgl. GLA: Deutsch Info Nr. 6 1. 2. 1973.
[60] Vgl. Transkript Frau Vinçon.
[61] Vgl. Transkript Frau K.; Transkript Frau R.
[62] Initiative Sozialistische Gruppe
[63] Vgl. GLA: Wahlinformationsbroschüre der ISG.

„Männern fällt es anscheinend durch ihre Erziehung leichter, mal aufzumucken, auch mal zu bluffen, auch wenn sie unsicher sind, so zu tun als ob. Frauen sind da von vornherein unsicher, trauen sich nicht so leicht, sehen nicht in dem Maß die Notwendigkeit selber was zu tun. Anerzogene Passivität, Tendenz sich führen zu lassen, an Autoritäten zu glauben, ist bei uns noch viel ausgeprägter, ausgeprägter vielleicht, als wir selbst zugeben wollen."[64]

Von der Thematisierung der Erziehung von Mädchen berichtet auch Frau Vinçon. So habe es an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg auch eine von ihr organisierte Kinderbuchausstellung gegeben, welche sich mit der Darstellung der Erziehung von Mädchen in Kinderbüchern befasst habe.[65] Neben dieser Kritik an der Haltung des eigenen Geschlechts wurden die Frauen der PH dazu aufgefordert, ihre Angst und Passivität zu überwinden, ihre eigenen Interessen durchzusetzen sowie ein eigenes Selbstbewusstsein zu entwickeln.[66] Von der Problematisierung des geringeren Selbstbewusstseins von Frauen berichtet auch Frau Vinçon. So hätten in von ihr angebotenen Seminaren Frauen unter anderem auch geäußert, dass sie nicht selbstbewusst seien.[67] Neben diesen Forderungen prangerten die Autorinnen an, dass Studentinnen einer Doppelbelastung im Hinblick auf die Rolle der Studentin und die der Mutter ausgesetzt seien. In diesem Zusammenhang wurde auch die nicht ausreichende Kinderbetreuung für Kinder von Studierenden an der PH thematisiert.[68] Frau Vinçon berichtet, dass der PH-Kindergarten, welcher sich aus einer anfänglichen Kinderkrippe bzw. stündlichen Spielgruppe entwickelte, als ein Hauptergebnis der Frauengruppe an der PH zu sehen ist.[69]

Die Initiierung eines Frauenreferats im AstA wurde als ein erster Schritt angesehen, um die Interessen der Frauen durchsetzen zu können. Die Studierenden des Frauenreferats nahmen deutlich Stellung dazu, dass sie nicht gegen die Männer, sondern mit ihnen gemeinsam arbeiten wollten, es hierfür aber notwendig erschien, die eigenen Interessen und Positionen zu erkennen und vertreten zu können.[70] Auch Frau K. distanziert sich von Gruppierungen, welche Männer als Gegner erachteten. Die Zeitschrift EMMA führt sie in diesem Zusammenhang als eine solche Richtung an. Vielmehr spricht sich Frau K. dafür aus, dass Frau und Mann sich in einer Be-

---

[64] GLA Wahlinformationsbroschüre der ISG.
[65] Vgl. Transkript Frau Vinçon.
[66] Vgl. GLA: Wahlinformationsbroschüre der ISG.
[67] Vgl. Transkript Frau Vinçon.
[68] Vgl. GLA: Wahlinformationsbroschüre der ISG.
[69] Vgl. Transkript Frau Vinçon.
[70] Vgl. GLA: Wahlinformationsbroschüre der ISG.

ziehung ergänzen. Eine Einstellung, welche sie bereits in ihrer Studienzeit besaß.[71]

Auf dieses Frauenreferat bezieht sich die Seite aus der Anfänger-Info. Hier wird darüber informiert, dass es ab sofort ein Frauenreferat gebe. Daher ist zu vermuten, dass der Text aus der ISG Wahlinformationsbroschüre aus einem vorangehenden Semester stammt, da dort erst von einer Initiierung eines Frauenreferats die Rede ist. Wie auch im Text der ISG Wahlinformationsbroschüre wird festgestellt, dass Frauen an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg die Mehrheit darstellen: „[...] wir haben es satt die schweigende Mehrheit zu sein"[72]. Diese Erkenntnis deckt sich auch mit den Aussagen der Zeitzeuginnen, insbesondere der von Frau Vinçon zum politischen Engagement der Studentinnen.[73] Gleichzeitig wird in diesem Zitat auch deutlich, dass sich die Autorinnen dieses Textes nicht ausreichend von ihrem eigenen Geschlecht vertreten fühlten. Auch hier zeichnen sich Parallelen zum Text der ISG Informationsbroschüre ab. Die Interessen und Bedürfnisse der Studentinnen sollten mithilfe des Frauenreferats, Arbeitskreisen, welche sich mit frauenspezifischen Problemstellungen beschäftigten, sowie mithilfe eines Frauen-Teach-Ins entwickelt und durchgesetzt werden. An dieser Stelle lässt sich auch herauslesen, dass es an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg neben sogenannten Teach-Ins zu verschiedenen Themen auch spezielle Frauen-Teach-Ins gegeben haben muss.[74] Diese Versammlungen seien – so Frau Vinçon – allerdings schlecht besucht gewesen. Sie interpretiert dies dahingehend, dass sich die meisten Studentinnen emanzipiert gefühlt haben und für sie demnach keine Notwendigkeit zur Teilnahme an solchen Veranstaltungen gesehen haben.[75] Weiterhin gibt die Anfänger-Info Auskunft darüber, dass an der PH Heidelberg einmal wöchentlich eine Frauenberatung stattfand und dass das Frauenreferat einmal wöchentlich außerhalb der PH tagte. Die aufgeführten Adressen und Anlaufstellen außerhalb der Pädagogischen Hochschule lassen die Vermutung zu, dass sich die Studentinnen auch außerhalb der Pädagogischen Hochschule organisiert und vernetzt haben.[76]

Das Frauenreferat an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg wird auch noch einmal von der PH-Frauengruppe aufgegriffen. Unter der Überschrift „Warum wir kein Frauenreferat mehr machen wollen"[77] werden unter anderem Gründe dafür angeführt, warum ein Frauenreferat derzeit schwierig umzusetzen sei. Ein großes Problem bestünde in der Trennung zwischen

[71] Vgl. Transkript Frau K.
[72] GLA: Anfänger-Info.
[73] Vgl. Transkript Frau Vinçon.
[74] Vgl. GLA: Anfänger-Info.
[75] Vgl. Transkript Frau Vinçon.
[76] Vgl. GLA: Anfänger-Info.
[77] Vgl. GLA: PH-Frauengruppe.

Frauenpolitik und allgemeiner Hochschulpolitik. Für die PH-Frauenpolitik müsse zunächst eine Analyse der Situation der Studentinnen erfolgen, bevor dagegen vorgegangen werde. Von besonderer Relevanz hierfür wurde das Studium der feministischen Wissenschaft gesehen. Die feministische Forschung habe allerdings, so Frau Vinçon, an der Pädagogischen Hochschule lediglich eine kleine Rolle gespielt.[78] Wie auch in den beiden Quellen zuvor wird die Doppelbelastung, welcher Frauen in der Gesellschaft ausgesetzt seien, angeprangert. Des Weiteren werden die immer noch bestehenden männlichen Strukturen innerhalb des AStAs kritisiert: „Denn auch die Sponti-Macker haben es noch nicht geschafft, die alten männlichen Strukturen innerhalb des AStA aufzubrechen."[79] So wird bemängelt, dass Frauen Schwierigkeiten hatten in der AStA-Organisation, beispielsweise der Vollversammlungsleitung, Fuß zu fassen sowie sich an politischen Diskussionen zu behaupten. Diese Schwierigkeiten werden auf die Sozialisation als Frau zurückgeführt. Aus dem Text lässt sich herauslesen, dass sich das sogenannte Frauenreferat nach einem Frauen-Teach-In immer mehr zu einer gleichbleibenden festen Gruppe von 10–15 Frauen formierte. Vermutlich rührt daher auch die Namensänderung zur PH-Frauengruppe. Die Autorinnen des Textes betonten weiterhin, dass sie es bisher nicht geschafft hätten, an die PH-Öffentlichkeit zu treten. Ziel war es, eigene Bedürfnisse zu formulieren und einen politischen Standpunkt zu bestimmen. Dafür, dass die PH-Frauengruppe trotz der oben angeführten Doppelbelastung nicht ausschließlich zu Frauenbelangen, sondern auch zu politischen Themen Stellung bezog, spricht der Text, welcher unter der Überschrift „Ein Wort zum Ulli Wahl-Info"[80] abgedruckt ist. Hier wird die Ulli Wahl-Info als zu wenig informativ kritisiert. Des Weiteren werden verwendete Phrasen und das Fehlen von alternativen Verbesserungsvorschlägen für Missstände, z. B. in der Bildungspolitik, angeprangert. Zudem wird das Fehlen von Angaben über mögliche Handlungsspielräume in konkreten Situationen kritisiert. Abschließend macht die Infobroschüre der PH-Frauengruppe deutlich, dass ihnen besonders folgende Inhalte wichtig sind:[81]

„[...] Inhalte, die uns weiterhelfen, unsere Situation in dieser Gesellschaft besser zu verstehen, und Inhalte, in denen wir die Ahnung von Leben, die wir uns bewahrt haben, und unsere Identität als Frauen wiederfinden können, die durch jahrtausendlange ideologische und praktische Entwürdigung der Frau und kulturelle Vergewaltigung durch das patriarchalische Prinzip verschüttet waren."[82]

---

[78] Vgl. Transkript Frau Vinçon.
[79] GLA: PH-Frauengruppe.
[80] GLA: PH-Frauengruppe.
[81] Vgl. ebd.
[82] Ebd.

Durch dieses Zitat wird der Wunsch nach Gleichberechtigung von Mann und Frau und die Kritik an patriarchalischen Strukturen deutlich. Themen, welche auch – wie bereits im Theorieteil der Arbeit dargelegt wurde – von der Neuen Frauenbewegung aufgegriffen und thematisiert wurden. Auch wenn die PH-Frauengruppe, wie sie bereits selbst feststellte, noch nicht zur Öffentlichkeitsarbeit an der PH in der Lage war, so distanzierte sie sich doch von einer feministischen Isolation, welche ihr vorgeworfen wurde. Zur sprachlichen Gestaltung des Textes fällt auf, dass eine männerzentrierte Sprache durch Formulierungen wie man/frau vermieden werden sollte. Die Beschäftigung mit männerzentrierten Sprachgewohnheiten stellte ebenso ein Anliegen der Neuen Frauenbewegung dar.

Obwohl den untersuchten Quellen zu den Frauenreferaten und -gruppen keine eindeutige Jahreszahl zugeordnet werden kann, lässt sich dennoch eine Entwicklungslinie erkennen. So wurde in der ISG Wahlinformationsbroschüre lediglich die Notwendigkeit, dass Frauen sich in Form eines Frauenreferats zusammenschließen und sich für ihre Interessen einsetzen, begründet. In der Anfänger-Info wurde es dann schon konkreter. Hier war die Rede von einem neu gegründeten Frauenreferat. Informations- und Anlaufstellen für Frauenbelange wurden angeführt. Die Informationsbroschüre der PH-Frauengruppe hingegen legte dar, welche Schwierigkeiten sich mit der Umsetzung des Frauenreferats auftaten und stellte die Entwicklung hin zu einer Frauengruppe dar. Auf Grundlage der vorliegenden Quellen kann also angenommen werden, dass sich die PH-Frauengruppe aus dem zuvor gegründeten Frauenreferat entwickelt hat. Themen, mit denen sich das Frauenreferat und später auch die PH-Frauengruppen auseinandersetzten, waren zum einen die Vertretung durch einen männlichen AStA bei einer Mehrzahl weiblicher Studierender, zum anderen aber auch die Schwierigkeiten von Frauen, sich politisch einzubringen und zu behaupten. Des Weiteren war das Erkennen und Formulieren von eigenen Interessen und Bedürfnissen sowie das Durchsetzen dergleichen immer ein Thema. Problematisiert wurde auch die Doppelbelastung von Erwerbstätigkeit und/oder Studium vs. Familie und der Rolle als Mutter, welcher sich Frauen und Studentinnen ausgesetzt sahen. Damit einher ging die Thematisierung der fehlenden Kinderbetreuung. Arbeitsgruppen setzten sich mit dem Thema Sexualität, der Thematik von Frau und Kunst sowie den Referaten der Sommeruniversität der FU Berlin zum Thema Frau und Wissenschaft auseinander. Von der Thematisierung unter anderem dieser Themen berichtet auch Frau Vinçon, welche in ihrer Assistentenzeit an Aktivitäten einer Frauengruppe teilgenommen hat. In diesem Zusammenhang betont sie jedoch, dass sich an der PH wenige Studentinnen einer Frauengruppe angeschlossen hätten. Dennoch habe es verschie-

dene unterschiedliche Frauengruppen gegeben, die sich getroffen und gegenseitig unterstützt hätten.[83]

Politisches Engagement

Um das politische Engagement von Frauen an der Pädagogischen Hochschule genauer zu untersuchen, können Wahlinfobroschüren, die Kommunistische Hochschulzeitung oder auch Mitgliederlisten aus dem Senat ein Ansatzpunkt sein. Wie oben bereits beschrieben, wurde von Studentinnen des Frauenreferats bzw. der Frauengruppe die Vertretung durch einen männlichen AStA bemängelt. Dass dem nicht immer so war, darauf deutet ein Zeitungsartikel aus der Rhein-Neckar-Zeitung vom 14. 2. 1968 hin. Überschrieben wurde dieser mit „An der Spitze Gabriele Witt, Studentenparlament der PH wählte seinen neuen AStA – 39 Abgeordnete“[84]. Gabriele Witt wurde im Jahr 1968 zur Vorsitzenden des AStA gewählt. Sie war Mitglied des Sozialdemokratischen Hochschulbundes. Der Artikel betont, dass mit Gabriele Witt erstmals eine Kommilitonin zur AStA-Vorsitzenden gewählt wurde: „Damit steht zum ersten Mal eine Kommilitonin an der Spitze des Allgemeinen Studentenausschusses der PH“[85] Dies lässt Interpretationsspielräume zu, dass es davor nicht üblich war, dass eine Frau eine solche Position einnahm. Anderenfalls würde dieser Umstand vermutlich nicht derart betont werden. Dass auch weitere Frauen dem Beispiel Witts folgten und sich hochschulpolitisch einbrachten, davon zeugen die Angaben zu den einzelnen Referaten. So wurden das Sozialreferat und das Pressereferat jeweils von einem Mann und einer Frau übernommen. Der Artikel weist nicht nur auf das hochschulpolitische Engagement von Frauen hin, er ermöglicht auch Interpretationsansätze zum Entstehungszeitraum der vorangehend untersuchten Texte des Frauenreferats bzw. der Frauengruppe. Es ist anzunehmen, dass die Vertretung durch einen männlichen AStA mit einer Frau als Vorsitzender des AStA wohl kaum bemängelt worden wäre. Da im Jahr 1968 eine Frau an der Spitze des AStA stand und sich die Texte des Frauenreferats bzw. der Frauengruppe in einem Karton mit Flugblättern, welchem der Zeitraum 1969 bis 1978 zugeordnet wurde, befanden, ist davon auszugehen, dass diese Texte eher nach 1968 entstanden sind.

Aus einer Mitgliederliste des Großen Senats vom 7. 6. 1973 geht hervor, dass von insgesamt 47 Mitglieder 10 weiblichen Geschlechts waren. Das entspricht einem Frauenanteil von 21,3%. Damit waren Frauen im Großen Senat zu diesem Zeitpunkt eindeutig unterrepräsentiert.[86] In einem Senatsprotokoll vom 25. Juni 1973 ist eine Christiane W. als Vertreterin des AStA auf-

[83] Vgl. Transkript Frau Vinçon.
[84] GLA: Zeitungsartikel RNZ vom 14. 2. 1968.
[85] GLA: Zeitungsartikel RNZ vom 14. 2. 1968.
[86] Vgl. GLA: Mitgliederliste des Großen Senats vom 7. 6. 1973.

geführt.[87] Obwohl hieraus nicht der Schluss gezogen werden kann, dass, entgegen der Kritik an der Vertretung durch einen männlichen AStA, im AStA noch mehr Frauen vertreten waren, so kann auf Grundlage dieser Quelle doch gesagt werden, dass zumindest nicht ausschließlich Männer im AStA aktiv waren. Wie aus einer anderen Quelle, einem Extra der Kommunistischen Hochschulzeitung, hervorgeht, war Christiane W. seit dem Wintersemester 72/73 für das Sozialreferat im AStA zuständig.[88] In einer Wahlinformation des SHB[89] zur Wahl des Studentenparlaments an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg im Wintersemester 1970/71 kandidierten neben drei Studenten auch drei Studentinnen. Eine der drei fokussierte sich auf die sozialen Angelegenheiten von StudentInnen. So hob sie in ihren Ausführungen die Krabbelstube, welche in Eigeninitiative gegründet wurde, hervor. Die anderen beiden sprachen sich für mehr Engagement seitens der Studierenden und damit einhergehend für eine verminderte Bevormundung durch die Lehrenden sowie eine Demokratisierung aller Gruppen aus. Weiterhin forderten sie Mitbestimmung und Gleichberechtigung von Dozenten, sonstigem Personal sowie Studenten.[90] Weitere Ansatzpunkte zum hochschulpolitischen Engagement der Studentinnen liefern die Ausgaben der Kommunistischen Hochschulzeitung PH. Die hier untersuchten Zeitungen stammen aus dem Zeitraum von 1973 bis 1975. In einem Extra der Kommunistischen Hochschulzeitung zu den StP-Wahlen vom 2. 7. bis 6. 7. 1973 wurden verschiedene Kandidaten vorgeschlagen. Von insgesamt 33 Kandidaten waren 19 weiblich, was einem Frauenanteil von 57,6% entspricht. Damit waren über die Hälfte der vorgeschlagenen Kandidaten weiblich.[91] Auch in der KHZ-PH Ausgabe vom 30. 1. 1974 wurden als Kandidaten für den Großen Senat von insgesamt 24 Studierenden 16 Studentinnen vorgeschlagen. Damit waren 66,7% der vorgeschlagenen Kandidaten weiblichen Geschlechts.[92] Eine KHZ-PH Extra Ausgabe vom 27. 1. 1975 stellt ebenso die Kandidaten für den Großen Senat vor. Hier sind von insgesamt 23 kandidierenden Studierenden neun weiblich, was einem prozentualen Frauenanteil von 39,13% entspricht. Für den kleinen Senat kandidieren aus den Fachbereichen I–V von insgesamt fünf Studierenden drei Studentinnen.[93] Neben Artikeln der KHZ-PH konnte auch eine Wahlinformationsbroschüre der JUSO-Hochschulgruppe ausfindig gemacht werden. Ein genaues Datum lässt sich hier nicht zuordnen. Sie befand sich jedoch im Karton mit den Flugblättern von 1969–1978. In dieser Wahlin-

[87] Vgl. GLA: Senatsprotokoll vom 25. Juni 1973.
[88] Vgl. GLA: Kommunistische Hochschulzeitung Extra.
[89] Sozialdemokratischer Hochschulbund
[90] Vgl. GLA: SHB Wahl Info.
[91] Vgl. GLA: Kommunistische Hochschulzeitung Extra.
[92] Vgl. GLA: Kommunistische Hochschulzeitung PH Extra vom 30. 1. 1974.
[93] Vgl. GLA: Kommunistische Hochschulzeitung-PH Extra vom 27. 1. 1975.

formationsbroschüre wurden zehn Studierende vorgestellt, von denen wiederum vier weiblichen Geschlechts waren. Drei davon waren Mitglieder im Studierendenparlament, eine Studentin engagierte sich sogar als Parlamentspräsidentin.[94] In einem Flugblatt mit der Überschrift „Unsere Kandidaten für das Stupa"[95] wurden insgesamt 17 KandidatInnen vorgestellt. Darunter befanden sich acht Studentinnen, von welchen eine in der KHG aktiv war.[96]

Obwohl vom Frauenreferat bzw. der Frauengruppe die Schwierigkeiten von Frauen, sich politisch einzubringen, thematisiert wurden, lassen weitere Quellen die Annahme zu, dass es Frauen durchaus möglich war, sich politisch zu engagieren. So wurde schließlich im Jahr 1968 eine Studentin zur Vorsitzenden des AStA gewählt. Weiterhin wurde im Jahr 1973 eine Vertreterin des AStA im großen Senat angehört. Dazu kommt, dass neben den Männern zahlreiche Frauen – zum Teil sogar mehrheitlich – für Wahlen des Großen Senats oder des Studierendenparlaments kandidierten. Dennoch geht aus einer Mitgliederliste des Großen Senats hervor, dass Frauen hier eine Minderheit darstellten. Es kann also aufgrund der hohen weiblichen Beteiligung bei den Kandidaturen – zumal an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg, wie bereits ermittelt, Frauen die Mehrheit unter den Studierenden darstellten – nicht zwangsweise auch auf eine hohe politische Aktivität seitens der Studentinnen geschlossen werden. Die hohe weibliche Beteiligung an Kandidaturen gibt Auskunft über das Interesse und die generelle Bereitschaft von Frauen, sich politisch zu engagieren. Wie die Wahlen letztlich ausgingen, wie Studentinnen sich tatsächlich politisch einbringen konnten, in welchen Positionen Frauen politisch aktiv waren, welche Aufgaben sie hierbei übernahmen usw. kann hieraus jedoch nicht abgeleitet werden. Hierzu äußert Frau K., dass die Basisgruppen sowie die politischen Gruppen überwiegend männerdominiert waren. Sie merkt an, dass dies von Frauen zum Teil auch befürwortet wurde. Sie beschreibt die Männer, welche an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg studierten, als herausragender und auffälliger. Dies interpretiert sie damit, dass generell weniger Männer an der PH studierten. Sie berichtet weiter, dass es nur einzelne Frauen waren, welche in den Seminaren auftraten. Frau K. schildert, dass auch sie sich immer einen Ruck geben musste, um vor Publikum zu sprechen, da sie, wie sie selbst von sich sagt, nicht so ein Selbstbewusstsein besaß wie so mancher Mann. Dennoch, so äußert sie, habe sie die Frauen, mit welchen sie selbst Kontakt pflegte, als sehr wehrhaft empfunden.[97] Auch Frau R. betont, dass sich die Gleichberechtigung, was politische Aktivitäten anbelangte, noch nicht voll durchgesetzt hatte. Dies beziehe sich vor allem auf das öffentliche

[94] Vgl. GLA: JUSO Wahlinfo S. 3.
[95] GLA: Flugblatt Unsere Kandidaten für das Stupa.
[96] Vgl. GLA: Flugblatt Unsere Kandidaten für das Stupa.
[97] Vgl. Transkript Frau K.

Reden bei Teach-Ins oder vor großem Publikum im Allgemeinen. Hier seien sowohl an der Pädagogischen Hochschule als auch an der Universität in erster Linie Männer aufgetreten und hätten das Wort geführt.[98] Frau Vinçon ergänzt die Aussagen der beiden Zeitzeuginnen und berichtet weiter, dass es weniger radikale Studentinnen als Studenten gegeben habe und dass diese bei Störungen im Seminar eine eher schweigende Position eingenommen hätten, anstatt sich beispielsweise auf die Seite des Lehrenden zu stellen.[99]

Zum Lehrerinnen- und Frauenbild

Wie bereits beschrieben wurde, kam es infolge des akuten Lehrermangels der 60er Jahre zu sogenannten „Schnellkursen", welche in kurzer Zeit zur Lehrbefähigung führten. Darauf weist auch ein Zeitungsartikel der Rhein-Neckar-Zeitung vom 11. 6. 1963 hin. In Handschuhsheim fand ein Kurs für Aushilfslehrer statt. In diesem Artikel findet sich das bereits beschriebene Stereotyp der Nebenberufslehrerin: „Die künftigen Lehrer-Hausfrauen, deren Kinder herangewachsen sind und die dadurch wieder Zeit für einen „Nebenberuf" haben, [...] – werden bei der Kürze der Ausbildung viel selbst erarbeiten müssen."[100] An diesem Zitat wird das klassische Rollenbild der Hausfrau und Mutter deutlich, welche erst nachdem die Kinder „herangewachsen" sind, wieder Zeit für einen Beruf neben dem Haushalt hat. Auch Frau K. wurde mit diesem klassischen Rollenbild in ihrer Berufslaufbahn konfrontiert. Der Rektor an der Schule, an welcher sie ihre erste Stelle annahm, erklärte ihr ungeachtet der Fächer, welche Frau K. studiert hatte, dass er Hauswirtschaftslehrerinnen bräuchte und dass sie als Frau das doch unterrichten könne.[101] Einen Anhaltspunkt, dass zu dieser Zeit vermehrt Frauen in den Lehrberuf geholt wurden, liefert ein Artikel aus dem Heidelberger Tageblatt vom 10. 2. 1964. In diesem Artikel wird unter anderem auf die Problematik, dass Frauen mit der Heirat aus dem Beamtenverhältnis als Doppelverdienerinnen ausschieden, aufmerksam gemacht: „Dadurch gingen dem Schuldienst wertvolle Kräfte verloren."[102] Es wird daher eine Änderung des Beamtenrechts gefordert, welche Lehrerinnen den Status der „[...] Teilzeitbeamtin mit verminderter Arbeitszeit bei entsprechender Minderung des Gehaltes und des Ruhegehaltes [...]"[103] zuspricht. Wenngleich durch diese Forderung die Notwendigkeit von Lehrerinnen im Schuldienst

[98] Vgl. Transkript Frau R.
[99] Vgl. Transkript Frau Vinçon.
[100] GLA: Zeitungsartikel der RNZ vom 11. 6. 1963 „Auf der Schulbank".
[101] Vgl. Transkript Frau K.
[102] GLA: Zeitungsartikel des Heidelberger Tageblatts vom 10. 2. 1064 „Der Lehrerberuf muss attraktiver gestaltet werden".
[103] Ebd.

bestätigt wird, erfahren dieselben dennoch eine Diskriminierung in Form von Reduzierung ihrer Arbeitszeit und dementsprechend auch ihres Einkommens.[104] Obwohl Frau K. sich nicht dazu äußern kann, ob zu dieser Zeit insbesondere Frauen in den Lehrberuf geholt wurden, berichtet sie, dass infolge des sogenannten Sputnik-Schocks gezielt für den Lehrberuf geworben wurde. Entgegen der Annahme, dass gezielt Frauen für den Lehrberuf angeworben wurden, betont Frau Vinçon, dass eher im Gegenteil auch dafür geworben wurde, dass männliche Studierende an die Pädagogische Hochschule Heidelberg kommen sollten, um ihr Studium aufnehmen, da es zu wenige männliche Lehramtsstudenten gab.[105] Die sogenannten Hausfrauenkurse werden von beiden Zeitzeuginnen, insbesondere von Frau Vinçon, kritisiert. Frau K. merkt an, dass die Pädagogische Hochschule sich immer um einen wissenschaftlichen Anspruch der Ausbildung bemüht habe, um auch mit der Universität mithalten zu können. Frau Vinçon erläutert weiter, dass diese Hausfrauen nicht genügend ausgebildet waren und dass diese Kurse qualitativ nicht hochwertig genug gewesen seien. Die sogenannten Eignungsprüfungen, welche es Handwerkern und anderen dienstleistenden Berufen ermöglichte, einen Lehrgang für die Zulassung an der Pädagogischen Hochschule zu machen, seien hierfür wesentlich geeigneter gewesen. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass gerade männliche Handwerker an der Pädagogischen Hochschule sehr willkommen waren.[106]

Wenngleich sich die beiden ehemaligen Studentinnen an keine Aktionen im Rahmen der Frauenbewegung, welche an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg stattfanden, erinnern können, lässt sich aufgrund der vorliegenden Quellen sagen, dass an der Pädagogischen Hochschule selbst sowie auch außerhalb dieser Themen der Frauenbewegung aufgegriffen und problematisiert wurden. Diese waren vor allem der Kampf gegen § 218, die Unterordnung der Frau gegenüber ihrem Ehemann sowie ihre Zurückdrängung und Isolation in den Bereich der Familie. So wurde in einer Deutsch-Info aus dem Sommersemester 1975 die Abschaffung des § 218 gefordert. An der Pädagogischen Hochschule Heidelberg sollte mithilfe einer Unterschriftensammlung, die von einem hierfür initiierten Komitee organisiert wurde, gegen den § 218 protestiert und vorgegangen werden.[107] Auch Frau K. berichtet, dass sie sich für die Abschaffung des § 218 eingesetzt habe. Zum einen in Form von besagten Unterschriftenlisten und zum anderen aber auch durch Aktionen, in welchen sie betroffene Frauen direkt unterstützte. Sie spricht von Reisen nach England oder in die Niederlande. Es ging an dieser Stelle, so Frau K., v. a.

[104] Vgl. ebd.
[105] Vgl. Transkript Frau K.; Transkript Frau Vinçon.
[106] Vgl. Transkript Frau K.; Transkript Frau Vinçon.
[107] Vgl. GLA: Deutsch Info Nr 3 Sommersemester 1975.

um die Selbstbestimmung der Frau – „Mein Bauch gehört mir!“[108] In diesem Zusammenhang weist sie jedoch darauf hin, dass es ihren Mitstreiterinnen und ihr in solchen Fällen nicht um eine Entscheidung im Alleingang gegen die Männer, sondern vielmehr um eine gemeinsame Entscheidungsfindung ging. Sie wollten als Mann und Frau andere Umgangsformen pflegen als die, welche ihnen noch von der Generation ihrer Eltern vorgelebt wurden. Auch Frau Vinçon weist darauf hin, dass sie an Demonstrationen zur Abschaffung des § 218 teilgenommen habe.[109] Interessant ist, dass Frau K. in Bezug auf die Unterordnung der Frau in der Ehe die bürgerliche Ehe insgesamt kritisiert. So hätten sich die Ehepartner gegenseitig eher als Objekte anstatt als Liebespaar wahrgenommen. Sie merkt an dieser Stelle an, dass in der bürgerlichen Ehe als administrativem Akt nicht nur Frauen, sondern auch Männer gelitten hätten.[110] Die Unterwerfung der Frau gegenüber ihrem Ehemann wird in der studentischen Zeitschrift „Der Durchblicker“ kritisiert: „Sie wird von Anfang an daraufhin erzogen, sich dem Mann zu unterwerfen [...]“[111]. Durch dieses Zitat wird deutlich, dass auch hier wieder ein Zusammenhang zwischen Erziehung und gesellschaftlichem Frauenbild hergestellt wurde. So klingt an dieser Stelle an, dass die Erziehung für die Unterwerfung der Frau mitverantwortlich gemacht wurde. Auch der Umstand, dass Frauen für die gleiche Arbeit weniger Lohn bekamen, wurde kritisiert. Um gegen diese Missstände – oder wie es hier heißt „gesellschaftlichen Widersprüche“ – anzugehen, wurde für die Gründung einer Frauengruppe plädiert.[112] Frau K. spricht an dieser Stelle von einem „scheinbaren Widerspruch zwischen Mann und Frau“[113], welcher für sie keinen Widerspruch an sich, sondern eine Andersartigkeit darstelle. Frau K. kritisiert, dass es manchen Frauen nicht gelungen sei, eindeutig Position zu beziehen. Auf der einen Seite wollten diese zwar emanzipiert sein, auf der anderen Seite sollten Sympathiebekundungen seitens der Männer nicht darunter leiden. In diesem Zusammenhang spricht Frau K. auch von Frauen, welche unter dem Deckmantel der Emanzipation nach Männern Ausschau hielten und, sobald sie fündig geworden waren, ihre emanzipatorischen Prinzipien als nunmehr wenig bedeutsam empfanden und das „Weibchen“[114] gespielt haben.

Ein weiteres zentrales Thema waren die Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten für Mädchen bzw. Frauen. Der Lehrberuf selbst wurde hierbei in einem Artikel der AStA-Info als Frauenberuf diffamiert. In diesem

[108] Transkript Frau K.
[109] Vgl. Transkript Frau K.; Transkript Frau Vinçon.
[110] Vgl. Transkript Frau K.
[111] GLA: Zeitschrift Der Durchblicker.
[112] Vgl. GLA: Zeitschrift Der Durchblicker.
[113] Transkript Frau K.
[114] Transkript Frau K.

Zusammenhang wurde auch die Tatsache, dass mit dem Alter der Lernenden die Zahl der Lehrerinnen abnehme, kritisiert. Auch Vorurteile gegenüber dem Frauenstudium sowie damit einhergehende Diskriminierungen wurden, wie schon im Flugblatt der SDS-Projektgruppe Frauen, kritisiert. Ebenso angeprangert wurde die Ausrichtung der Berufsperspektiven von Mädchen auf Berufe im pädagogischen oder sozial-pflegerischen Bereich, welche durch das in Lesebüchern vermittelte Bild der Frau unterstützt wurde.[115] Auch Frau Vinçon berichtet von dem verbreiteten Vorurteil, dass Frauen die Pädagogik quasi angeboren sei und sie deshalb besonders gut mit Grundschulkindern umgehen könnten.[116] Dass der Lehrberuf den einzigen akademischen Beruf darstelle, welcher von der Gesellschaft für Frauen akzeptiert werde, wurde im Flugblatt der SDS-Projektgruppe Frauen betont. Dies habe – so hieß es dort – vor allem damit zu tun, dass sich der Beruf gut mit den „natürlichen Bestimmungen der Frau als Mutter und Untertanin des Mannes“[117] vereinbaren würde. Entgegen dieser Kritik erinnert sich Frau Vinçon auch an Äußerungen von Studentinnen, welche die besondere Attraktivität des Lehrerberufs besonders in der flexiblen Arbeitseinteilung sahen, wodurch sie sich mehr um die Familie kümmern konnten.[118]

Die Erziehung wurde für die gesellschaftliche Situation der Frau mitverantwortlich gemacht: „Sie wird von Anfang an daraufhin erzogen, sich dem Mann zu unterwerfen [...]“[119]. Weiterhin – so hieß es im Flugblatt der SDS-Projektgruppe Frauen – wurden Frauen dazu angehalten, eine Erziehung im Sinne der Anpassung zu verfolgen, indem ihnen die Möglichkeit zur Erarbeitung einer kritischen Erziehung erst gar nicht gegeben wurde. Vielmehr seien Fraueneigenschaften wie „Fleiß, Lerneifer, Sorgfalt, Gewissenhaftigkeit, Gedächtnis und Rezeptivität“[120], welche Frauen sowie Studentinnen zugesprochen würden, als Grundlage für die Unterordnung unter autoritäre Herrschaftsstrukturen zu sehen.[121] Die in der Studentenzeitschrift „Der Durchblicker“ geübte Kritik an Äußerungen der KHG lässt Schlüsse darauf zu, dass auch innerhalb der linken Bewegung das gesellschaftlich tradierte Frauenbild nicht sofort aufgehoben wurde: „In Anbetracht dieser konkreten Aufgaben, die sich die Frauenbewegung stellt, ist es schlicht dumm, ihr den Vorwurf der ‚Sonderbündelei‘ zu machen (KHZ Extra v. 29.1)“[122] Theoretisch wurde zwar für absolute Gleichberechtigung eingetre-

[115] Vgl. GLA: AStA-Info vom 23. 1. 1975.
[116] Vgl. Transkript Frau Vinçon.
[117] GLA: Flugblatt SDS Projektgruppe Frauen.
[118] Vgl. Transkript Frau Vinçon.
[119] GLA: Zeitschrift Der Durchblicker S. 2.
[120] GLA: Flugblatt SDS Projektgruppe Frauen.
[121] Vgl. ebd.
[122] GLA: Zeitschrift Der Durchblicker.

ten, so Frau R., dennoch gab es auch innerhalb der Linken-Bewegung noch patriarchalische Strukturen, die nicht sofort überwunden werden konnten. Demgegenüber äußert Frau K., dass sie selbst auch erlebt habe, dass fortschrittliche Männer, welche dem Sozialismus angehörten, keine „Heimchen am Herd" präferierten.[123] Konträr zu der geschilderten Auflehnung gegen die Unterwerfung der Frau gegenüber ihrem Ehemann schildert Frau K., dass sie auch Kommilitoninnen gekannt habe, welche ihre Ausbildung an der Pädagogischen Hochschule nur dann abzuschließen planten, sofern sie bis dahin noch keinen geeigneten Partner gefunden hätten. Die PH habe damals, so merkt sie an, auch als Heiratsmarkt gegolten. Weiterhin äußert sie, es habe auch Studentinnen gegeben, welche ihr Examen zwar abgeschlossen hätten, danach aber Hausfrau und Mutter geworden wären. Frau K. habe sich nie durch männliche Kommilitonen und später Kollegen behindert gefühlt. Vielmehr spricht sie von einer sehr guten Zusammenarbeit. Das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Studierenden an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg beschreibt Frau K. als nett. Sie schildert weiter, dass man sich sehr umeinander bemüht habe. An Konflikte und Spannungen auf der Mann-Frau-Ebene kann sich Frau K. nicht erinnern. Diese spielten sich stets auf einer politischen Ebene ab.[124] Auch Frau R. beschreibt das Verhältnis zu ihren Kommilitonen und Genossen als insgesamt kameradschaftlich, wobei sie sich hingegen auch an Situationen erinnert, in denen sie sich von männlichen Kommilitonen diskriminiert gefühlt habe.[125] Obwohl auch Frau Vinçon die Zusammenarbeit mit ihren männlichen Kollegen als gut beschreibt, äußert sie indessen, dass es im Rahmen ihrer Berufung zur Frauenbeauftragten zu ironischen Äußerungen seitens ihrer männlichen Kollegen gekommen sei, welche sie persönlich als Diskriminierung empfunden habe. Insgesamt kann sie sich jedoch nicht daran erinnern, dass es an der PH Heidelberg zu Diskriminierungen weiblicher Studierender gekommen wäre.[126]

Zu den pädagogischen Ideen und Konzeptionen der 1968er

Zu den pädagogischen Ideen der Zeit selbst finden sich in einem Artikel der Rhein-Neckar-Zeitung folgende Ansatzpunkte. Darin heißt es zur Aufgabe des Lehrers, [...], seine Aufgabe sei vielmehr, dem Schüler sein Wissen so anzubieten, dass dieser es gerne aufnehme."[127] Neben einer verstärkten Schülerorientierung klingt hier auch bereits der Angebotscharakter von

[123] Vgl. Transkript Frau R.; Transkript Frau K.
[124] Vgl. Transkript Frau K.
[125] Vgl. Transkript Frau R.
[126] Vgl. Transkript Frau K.; Frau Vinçon; Frau R.
[127] GLA: Zeitungsartikel der RNZ vom 11. 6. 1963 „Auf der Schulbank".

Unterricht an. Diese Schülerorientierung betont auch Frau Vinçon.[128] Des Weiteren wird im Artikel die Idee der Individualisierung deutlich: „[...], so müssten sie [die Teilnehmer M.S.] dennoch die Entwicklungsstufe ihrer Schüler in die Gesamtentwicklung des Kindes einordnen können, [...].“[129] Zu den pädagogischen Ideen äußern Frau K. sowie Frau R., dass an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg verschiedene pädagogische Ideen und Richtungen, vor allem unter einem politischen Aspekt, diskutiert wurden. Weiterhin, so merkt Frau K. an, waren die Sexualerziehung und die Homosexualität viel diskutierte Themen. Frau R. erinnert sich an die Diskussion verschiedener Erziehungsstile. Diese Ideen wurden in der Praxis, so Frau K., als wenig tauglich erachtet und eher belächelt.[130] Auch die pädagogischen Konzepte von Pestalozzi und Steiner fanden Auseinandersetzung. Gemäß Frau K. waren die Waldorf- und die Montessori-Pädagogik zur ihrer Studienzeit „unglaublich in“[131]. Eine große Frage hierbei war die Umsetzung solcher Modelle in der pädagogischen Praxis. In diesem Zusammenhang merkt Frau K. an, dass diese Modelle in einem völlig anderen politischen und gesellschaftlichen Kontext entwickelt wurden und dass die Schwierigkeit infolgedessen darin bestehe, auf dieser Basis eine der jeweiligen Zeit angemessene und in die Zukunft reichende Pädagogik zu entwickeln. Ihrer Meinung nach sei jede pädagogische Diskussion auch immer eine bewusste politische Diskussion gewesen.[132] Auch Frau Vinçon nennt die Frankfurter Schule, die kritische Erziehungstheorie, welche auch von Adorno beeinflusst wurde, sowie die antiautoritäre Erziehung als einflussreich.[133] Das Streben nach einer kritischen Erziehung, Kritikfähigkeit sowie der Fähigkeit zu eigenem Denken und Handeln drückt sich auch im Flugblatt der SDS-Projektgruppe Frauen aus.[134] Frau K. schildert, Adornos Ideen als sehr gut und anregend empfunden zu haben. Weiter – so verallgemeinert sie – haben „wir alle“ seine Vorstellungen und Träume geteilt, um mit diesen Idealen eine gerechtere und bessere Welt zu schaffen.[135] In der Schule wurden, so Vinçon, die Schülerinnen und Schüler in das Zentrum des Unterrichts gerückt. Gruppenarbeit und Projektarbeit spielten hierbei eine große Rolle. Dazu kamen der fächerübergreifende Unterricht sowie die Entwicklung der Theaterpädagogik und eine kritische Mediendidaktik. Weiterhin nennen Frau Vinçon und Frau K. die Idee einer Gesamtschule. Frau K. erinnert sich, dass es dort keine

[128] Vgl. Transkript Frau Vinçon.
[129] Vgl. GLA : Zeitungsartikel der RNZ vom 11. 6. 1963 „Auf der Schulbank“.
[130] Vgl. Transkript Frau K.; Transkript Frau R.
[131] Transkript Frau K.
[132] Vgl. Transkript Frau K.
[133] Vgl. Transkript Frau Vinçon.
[134] Vgl. GLA: Flugblatt SDS-Projektgruppe Frauen.
[135] Vgl. Transkript Frau K.

Türen an den Klassenzimmern und offene Räume gab, um die freie Entwicklung der Schülerinnen und Schüler zu unterstützen. Wie im Zeitungsartikel macht auch Frau K. den Angebotscharakter von Unterricht deutlich, welcher den Lernenden Bildungsangebote offerieren soll. Die Gesamtschuldiskussion beschreibt Frau K. als „höchst politisch".[136] Als Erziehungsprinzipien, die sie persönlich verfolgt habe, gibt Frau K. kritisches Verhalten, die Fähigkeit, den eigenen Verstand zu gebrauchen, Durchhaltevermögen sowie soziales Engagement an. Speziell für das Fach Geschichte äußert sie die Idee von Geschichte als vergangene Politik, welche Anleitung für politische Einschätzungen geben kann. Frau Vinçon spricht sich für eine gewaltfreie Erziehung aus, um kritische Selbstbestimmung zu erreichen.[137]

Auf die Frage, inwieweit die Dozenten des Faches Geschichte den pädagogischen Ideen der 68er gegenüber aufgeschlossen waren, gibt Frau K. an, dass man das so kollektiv nicht sagen könne. Auch Frau R. äußert, dass es von Dozent zu Dozent sehr verschieden war. Dennoch, so merkt Frau K. an, mussten sie schon ein Stück weit aufgeschlossen sein, da sie ständig damit konfrontiert wurden. Als ein Dozent, mit dem man sehr aufgeschlossen diskutieren konnte, nennen beide Zeitzeuginnen Uwe Uffelmann.[138] Zu den pädagogischen Ideen an der PH äußert Frau Vinçon, dass eine stärkere Verschränkung der Fachwissenschaften mit den Fächern der Pädagogik und Psychologie diskutiert wurde.[139] Alle Zeitzeuginnen äußern, dass das Geschlecht im Hinblick auf die Auseinandersetzung und Diskussion mit den pädagogischen Ideen keine Rolle gespielt habe.[140]

Fazit

Was bedeutete 1968 also für die Frauen an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg? Im untersuchten Zeitraum waren an der PH deutlich mehr weibliche als männliche Studierende vertreten, während im Lehrkörper Frauen in der Minderheit waren. Diese waren jedoch in Bezug auf die Anzahl der Wochenstunden genauso ausgelastet wie ihre männlichen Kollegen. Wenngleich sich nicht alle der Zeitzeuginnen an Frauengruppen der PH Heidelberg erinnern konnten, geben die Archivalien des Generallandesarchivs Auskunft darüber, dass es solche Gruppierungen auch an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg gegeben haben muss. Dazu äußert Frau Vinçon, dass sich nur wenige Frauen solchen Gruppierungen angeschlossen hätten, da

136 Vgl. Transkript Frau Vinçon; Transkript Frau K.
137 Vgl. Transkript Frau K.; Transkript Frau Vinçon.
138 Vgl. Transkript Frau K.; Transkript Frau R.
139 Vgl. Transkript Frau Vinçon.
140 Vgl. Transkript Frau R.; Transkript Frau K.; Transkript Frau Vinçon.

für sie keine Notwendigkeit bestand, insofern als sie sich ausreichend emanzipiert fühlten. Dem steht entgegen, dass, obwohl auch einige Frauen für Wahlen an der PH kandidierten, laut Aussagen der Zeitzeuginnen in politischen Angelegenheiten vor großem Publikum eher Männer das Wort führten. Insofern ist es fraglich, ob sich die Studentinnen der PH auch in diesem Bereich ausreichend emanzipiert fühlten, was jedoch aufgrund der aktuellen Quellenlage so nicht zu beantworten ist. Bezogen auf Diskriminierungen aufgrund ihrer Rolle als Frau unterscheiden sich die Aussagen der Zeitzeuginnen. Frau Vinçon erwähnt, dass es im Rahmen ihrer Berufung zur Frauenbeauftragten zu Situationen gekommen sei, in denen sie sich diskriminiert gefühlt habe. Mit dem Verweis, dass in der Linken-Bewegung auch nicht alles sofort anders war, äußert Frau R., dass sie sich auch an Situationen erinnern könne, in denen sie sich als Frau von ihren männlichen Kommilitonen diskriminiert gefühlt habe. Frau K. beschreibt das Verhältnis zu ihren männlichen Kommilitonen als gut. Da von diesen persönlichen Erfahrungen jedoch nicht auf die breite Masse geschlossen werden kann, ist davon auszugehen, dass sich das Empfinden, inwieweit man als Frau an der PH Heidelberg emanzipiert studieren bzw. lehren konnte, sehr stark von der Person selbst und den Erfahrungen, die sie diesbezüglich gemacht hat, abhing. Dass sich die Neue Frauenbewegung, welche sich stark für die Emanzipation der Frau einsetzte, auch an der PH Heidelberg niederschlug, davon zeugen Flugblätter und Infobroschüren, in denen sich eine Auseinandersetzung mit deren Themen fand. Die pädagogischen Ideen wurden sowohl von männlichen als auch von weiblichen Studierenden vertreten. Von speziell weiblichen Ideen kann daher aufgrund der Quellenlage nicht gesprochen werden. Natürlich hat es nach 1968 nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch an der PH Heidelberg Weiterentwicklungen gegeben. Inwieweit diese unmittelbar mit 68 verzahnt sind, konnte nicht ermittelt werden. Dennoch lässt sich sagen, dass die Ideen von 1968 gerade auch im Hinblick auf die gesellschaftliche Rolle der Frau sowie den Zusammenhang mit der Erziehung an der PH Heidelberg eine Rolle gespielt haben, insofern als diese Themen von verschiedenen Gruppierungen der PH, welche sich mit den Belangen von Frauen auseinandersetzten, thematisiert wurden. Um es mit den Worten von Frau Vinçon zu sagen: „Aber eigentlich war die PH eine Ausbildungsstätte, wo die Frauen sich sehr gut emanzipieren konnten, [...]“[141] Die Frage, inwieweit dieser Umstand letztlich zur persönlichen Emanzipation einzelner Frauen an der PH beigetragen hat, muss an dieser Stelle offen bleiben, da die Antwort nur die Betroffenen für sich selbst kennen. Frau K. zieht für sich folgendes persönliches Resümee, welches auch ein schönes Schlusswort darstellt, um die Arbeit zu beschließen: „Mich hat die Zeit damals vorangebracht, es war so eine Aufbruchsstimmung, wo man gedacht hat, ja, jetzt ist

[141] Transkript Frau Vinçon.

irgendwie was in Bewegung, jetzt kann man neu gestalten, jetzt dürfen wir was machen."[142]

[142] Transkript Frau K.

Melissa Carrera Pinto

Das Jahr 1968 – lediglich ein Jahr der Revolte des männlichen, „starken“ Geschlechts?

Zur Situation der Frauen an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg um 1968

Das Jahr 1968 wird oft auch als „Jahr der Studentenbewegung“ bezeichnet, welches viele Umbrüche mit sich brachte. Dabei standen und stehen vor allem Aktionen von männlichen Protagonisten im Vordergrund. Wie gestaltete sich aber die Situation der Studentinnen speziell an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg um das Jahr 1968[1]? Wie sah ihr Beitrag zu „1968“ aus? Wie partizipierten die (wenigen) weiblichen Lehrenden?

Das Hauptanliegen dieses Beitrags ist es, die Situation von Frauen, die in den 1960er und 1970er Jahren an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg studierten oder als Lehrende tätig waren, näher zu beleuchten. Von welchen pädagogischen Ideen und Konzeptionen wurden diese Frauen beeinflusst? Welche Bedeutung messen sie der Neuen Frauenbewegung bei? Mit welchen Schwierigkeiten und Hürden hatten Studentinnen des Lehramts in der Hochschulbildung zu kämpfen? Wie brachten sich die weiblichen Lehrenden ein? Um diese Fragen zu beantworten wurden Archivalien aus dem Generallandesarchiv in Karlsruhe (GLA) herangezogen und drei Zeitzeuginnen interviewt. Während Prof. Dr. Inge Vinçon, eine der wenigen weiblichen Lehrenden der frühen 70er Jahre, Einblicke in die Sichtweise des Lehrenden jener Zeit gab, wurden mit Frau W. und Frau K.[2] zwei ehemalige Studentinnen befragt, die aus weiblicher studentischer Perspektive berichteten. Insbesondere die Aussagen über ihre eigene Person und Perspektive, ihre Schilderungen zur Situation der Frauen im Lehrkörper um 1968 beziehungsweise zur Situation der Studentinnen an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg und ihr Engagement in verschiedenen Hochschul- und Frauengruppen stehen im Fokus. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf dem Lehrerinnen- und Frauenbild und ihren Beschreibungen der pädagogischen Ideen und Konzeptionen der 1968er.[3]

---

[1] Da die 1968er Bewegung an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg etwas verzögert stattfand, soll für diese Arbeit ein weiterer Begriff von 1968 als Grundlage dienen, der ebenfalls die frühen 1960er sowie die 1970er Jahre mit einschließt.

[2] Die Zeitzeuginnen wollten anonymisiert werden.

[3] Für den Forschungsstand sowie den historischen Kontext zur Neuen Frauenbewegung und zur Lehrerinnenbildung siehe den Beitrag von Bettina Alavi und Melanie Schweizer in diesem Band.

Die Zeitzeugin Inge Vinçon und ihre Perspektive

Inge Vinçon wurde am 6. November 1940 in Heidelberg geboren und verbrachte dort auch ihre Kindheit. Von 1946 bis 1950 besuchte sie die Heidelberger Mönchhofschule und von 1950 bis 1958 eine höhere Schule. Im Anschluss daran studierte sie an der Universität Heidelberg die Fächer Germanistik und Romanistik mit ausgeprägter sprachwissenschaftlicher Komponente. Die Zeit ihres Referendariats verbrachte sie an einem Gymnasium in Ludwigsburg. Als sie dieses abgeschlossen hatte, war sie als Assessorin an einem Gymnasium in Philippsburg tätig. Die Jahre 1969 bis 1971 verbrachte sie als Lektorin für deutsche Sprache und Literatur an der englischen Mc Gill Universität Montreal, bevor sie dann im Jahre 1971 an die Pädagogische Hochschule Heidelberg kam. Zunächst übte sie eine Beschäftigung als Assistentin für Linguistik im Fach Deutsch aus. Im Jahr 1973 bewarb sie sich um eine Dozentenstelle des Faches Deutsch mit dem Schwerpunkt der Linguistik und Sprachdidaktik, die sie sodann erhielt und bis ins Jahr 2005 an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg tätig war. Während ihrer Zeit an der Hochschule war sie neben ihrer Beschäftigung als Dozentin auch in der Forschung tätig und erhielt in diesem Zusammenhang ihre Promotion an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Frau Vinçon wurde im Jahr 1987 zur ersten Frauenbeauftragten der Pädagogischen Hochschule ernannt und setzte sich auf diese Weise für Belange und Probleme von Frauen ein. Heute lebt sie noch immer in Heidelberg und ist Mutter zweier Kinder sowie Großmutter zweier Enkelkinder. In ihrem Auftreten wirkte sie sehr souverän und selbstbewusst. Bezüglich des Interviews zeigte sie keinerlei Scheu vor technischem Equipment und Filmaufnahmen generell, sie erklärte sich zur Veröffentlichung von Teilen des Interviews bereit. Dies lässt sich ihrer Aussage nach, auf ihre langjährige Erfahrung mit solchen Situationen zurückführen, in denen sie gefilmt wurde. Ihre Perspektive ist die einer Lehrperson, sie schilderte Erlebnisse vor allem aus der Sicht einer Lehrenden des Faches Deutsch und nahm keinen großen Bezug zu anderen Fächern vor. Ihr Fokus und ihre Begeisterung galten im Interview besonders den pädagogischen Ideen dieser Zeit, die sie ebenso aus der Rolle der Lehrenden spiegelte. So gründete sie beispielsweise zusammen mit anderen Eltern in Heidelberg einen Kindergarten, der mit einem Kinderladen vergleichbar war und engagierte sich dort auch selbst. Des Weiteren äußerte sie sich zu keinem Zeitpunkt negativ über einzelne Personen, ihre Erzählungen waren eher fach- sowie sachlicher Natur und beinhalteten nur wenige persönliche Details und emotionale Bezüge. Eine weitere Vorliebe ihrerseits galt und gilt bis heute der feministischen Literatur, welcher sie sich bis heute noch immer begeistert widmet.

Die Zeitzeugin Frau K. und ihre Perspektive

Frau K. wuchs im sehr ländlich gelegenen Bad Mergentheim auf. Nachdem sie ihre Schulzeit mit dem Abitur abgeschlossen hatte, zog sie zunächst nach Frankfurt. Im Jahr 1971 kam sie nach Heidelberg, um dort im Wintersemester 1972/1973 ihr Studium zur Realschullehrerin an der Pädagogischen Hochschule zu beginnen. Zunächst studierte sie die Fächer Deutsch und Politologie, da sie jedoch mit der Art der Lehrenden im Fach Politologie nicht zurechtkam, wechselte sie zum Fach Geschichte. Auch Frau K. beschäftigte sich intensiv mit feministischer Literatur und besuchte des Öfteren einen Frauenbuchladen in Mannheim. Zu ihrer Haltung ist zu sagen, dass sie sich meist klar positionierte und ihre persönlichen Ideale und Anliegen in Wendungen, wie „Ich finde immer wichtig, dass [...]“[4] verdeutlichte. Zudem schilderte sie Erlebnisse aus einer persönlichen Perspektive und ihre emotionale Betroffenheit wurde an einigen Stellen erkennbar. Dies lässt sich darauf zurückführen, dass sie das Verhängen von Berufsverboten bei ihren Kommilitonen miterlebte. Aufgrund dessen, was damals geschah und auch, weil alle Menschen, über die sie sprach, heute noch leben, möchte sie, dass alle Namen, inklusive ihrem eigenen, in dieser Arbeit anonymisiert werden. Ebenfalls fiel auf, dass sie im Vergleich zu Frau Vinçon keine ausgeprägte fachliche Distanz zu damaligen Geschehnissen besaß. Jedoch erzählte sie schon zu Beginn des Gesprächs, dass sie sich in ihrer Studienzeit von politischen Aktivitäten bewusst distanzierte, da sie in jedem Fall im Lehrberuf tätig werden wollte. Ihre erste Stelle trat sie nach Beendigung ihres Studiums in Hockenheim an, später wurde sie Rektorin an einer Realschule. Frau K. nahm im Interview eine reflektierte Position gegenüber damaligen Ereignissen und Verhaltensweisen ein und spiegelte diese oft aus der Retroperspektive.

Die Zeitzeugin Frau W. und ihre Perspektive

Frau W. wuchs mit drei Schwestern und einem Bruder auf. Ihr Vater war Gymnasiallehrer. Ein Großvater war Pfarrer, der andere Volksschullehrer. Sie verließ das Gymnasium im Jahre 1971 mit dem Abitur und studierte anschließend zunächst an der Universität Heidelberg das Fach Geschichte. Aufgrund ihrer fehlenden Lateinkenntnisse wechselte sie jedoch sehr bald an die Pädagogische Hochschule, wo sie für das Realschullehramt mit den Fächern Deutsch und Geschichte studierte. Frau W. erhielt aufgrund ihrer Mitgliedschaft in der Kommunistischen Hochschulgruppe (KHG) und ihrer Kandidatur zur Studierendenparlamentswahl im Jahr 1973 im Rahmen der Durchsetzung des „Schiess-Erlasses“ in Baden-Württemberg ein Berufsver-

[4] Zeitzeugeninterview Frau K.

bot.[5] Sie trat aus der KHG aus und arbeitete eineinhalb Jahre in einer Fabrik, was sie im Nachhinein als eine positive Erfahrung beschreibt. Nach eineinhalb Jahren, in denen sie gegen das Berufsverbot ankämpfte und gegen das Land Baden-Württemberg klagte, konnte sie ihre Ausbildung mit dem Referendariat in Eppelheim (bei Heidelberg) doch noch erfolgreich abschließen. Im Anschluss daran war sie bis zu ihrer Pension im Lehrberuf tätig.

Zur Situation von Frauen im Lehrkörper der Pädagogischen Hochschule Heidelberg

Aus Bewerbungen verschiedener Frauen auf Stellen an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg geht hervor, dass durchaus auch Frauen an einer Lehrtätigkeit interessiert waren. Die erste dieser Bewerbungen[6] stammt aus dem Jahr 1964 und beinhaltet den Wunsch von Frau G., Sportassistentin an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg zu werden, nachdem sie zuvor an der Pädagogischen Hochschule Münster und am Institut für Leibesübungen der Universität Münster als Hilfsassistentin im Fach Leibeserziehung tätig gewesen war. Aus einem Schreiben an den *Verein für Zahnhygiene e.V.* aus dem Jahr 1965[7] geht hervor, dass im Fach Biologie mit dem Teilbereich der Gesundheitserziehung Frau Qu. zu diesem Zeitpunkt in der Lehre tätig war. Des Weiteren wird aus einem Schreiben vom 17. Januar 1966 an Rektor Kollnig[8] ersichtlich, dass die Meinung der Fachdozentin „Fräulein P." bezüglich wichtiger Entscheidungen, wie in diesem Fall der Einstellung einer Dozentin, durchaus eine Rolle zu spielen schien. Im erwähnten Schreiben berief sich ein Bewerber um eine Dozentenstelle auf ein zuvor geführtes Gespräch mit eben jenem „Fräulein P.". Auch das Streben nach beruflicher Veränderung und persönlicher Weiterentwicklung wird im Bewerbungsschreiben der Musiklehrerin Frau S. vom 24. November 1968 an Rektor Kollnig[9] deutlich. Trotz der wenigen Bewerbungen und der großen Anzahl männlicher Lehrender schien der Bedarf, beziehungsweise das Interesse an weiblichen Lehrenden, jedoch in diesen und den darauf folgenden Jahren zu steigen, denn in einem Schreiben vom 12. Juni 1972 an die „Anzeigenverwaltung der Zeitschrift *„Die Leibeserziehung"*[10] bat Rektor Engelhardt, eine explizite Stellenanzeige für die Einstellung einer Dozentin im Fach Leibeserziehung zu veröffentlichen. Diesen Umstand bestätigte Frau Vinçon im Interview, denn laut ihrer Aussage war man froh, dass es zumindest einige wenige, weibliche Lehrende an der

[5] Vgl. den Beitrag Alavi / Märtsch zu Berufsverboten in diesem Band.
[6] GLA.
[7] GLA.
[8] GLA: Schreiben vom 17. Januar 1966 an Herrn Kollnig.
[9] GLA: Bewerbung Frau S.
[10] GLA: Schreiben an die „Anzeigenverwaltung der Zeitschrift *Die Leibeserziehung*."

Hochschule gab; der Prozentsatz sei seit dem Jahr 1915 immerhin um 17% gestiegen.[11]

Im Jahr 1973 ging die Bewerbung um eine Dozentenstelle von Frau Vinçon[12] bei der Pädagogischen Hochschule Heidelberg ein. Sie konnte sich im Verfahren durchsetzen und die Stelle einnehmen.

Doch wenngleich die Bewerbungen um eine Position als Lehrende an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg dieser (wenigen) Frauen im Generallandesarchiv gefunden wurden, blieben sie in den meisten Fächern noch lange Zeit in der Unterzahl und stellten einen geringen Anteil des Lehrkörpers dar. Dies lässt sich einer statistischen Erhebung aus dem Jahr 1972 entnehmen, welche die Anzahl der Lehrenden der Pädagogischen Hochschule Heidelberg zeigt.[13] Von den insgesamt 107 Lehrenden waren lediglich 24 Lehrende weiblich. Ebenfalls fällt bei der Betrachtung der Mitgliederliste des Großen Senats vom 7. Juni 1973[14] auf, dass Frauen deutlich unterrepräsentiert waren, denn von insgesamt 46 Mitgliedern waren lediglich 10 Frauen.

Zur Situation von Studentinnen an der PH Heidelberg und deren Engagement in Hochschul- und Frauengruppen

Neben den wenigen weiblichen Lehrenden an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg gab es allerdings Studentinnen, die ihre Meinung und ihre Anliegen zu hochschulpolitischen Themen öffentlich machten. Beispiele hierfür finden sich in einem Wahlinformationsschrieb des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB)[15] für die Wahl des Studentenparlaments im Wintersemester 1970/1971.[16] In dieser Wahlinformation wurden drei Kandidatinnen und ihre Motivation zur Kandidatur erwähnt. So sprach sich Gisela H. für die Gründung einer Krabbelstube aus und Anne Bärbel R. forderte mehr Engagement seitens der Studierenden sowie eine geringere Bevormundung seitens der Lehrenden. Margit W. vertrat die Ansicht, dass der Aspekt der gesamtpolitischen Machtverhältnisse der Gesellschaft in die Studentenpolitik sinnvoll einfließen solle. Zudem wünschte sie sich eine Demokratisierung aller Gruppen, die Mitbestimmung und die Gleichberechtigung von Studierenden gegenüber Dozenten. Diese Forderungen und Wünsche spiegeln vor allem die Gesinnung vieler Jugendlicher in den 1968er Jahren wider, denn Werte wie Freiheit, Selbstbestimmung und Demokratie spielten

[11] Vgl. Zeitzeugeninterview Frau Vinçon.
[12] Zeitzeugeninterview Frau Vinçon.
[13] GLA: Erhebungsbogen für lehrerbildende Einrichtungen 1972.
[14] GLA: Mitgliederliste des Großen Senats Stand 7. 6. 1973.
[15] Sozialdemokratischer Hochschulbund.
[16] GLA: Wahlinformation des SHB.

für sie eine herausragende Rolle. In einem Flugblatt der SDS-Frauengruppe (Sozialistischer Deutscher Studentenbund)[17] kam der Wunsch nach der Etablierung dieser Werte ebenfalls deutlich zum Ausdruck. Die Frauengruppe kritisierte das aus ihrer Sicht bestehende Berufsbild der Lehrerin in der Gesellschaft: „Der Lehrerberuf ist der einzige akademische Beruf, der von der Gesellschaft für Frauen akzeptiert und *gefördert* wird. Denn dieses Berufsbild läßt sich noch reibungslos mit den *natürlichen Bestimmungen der Frau* als Mutter und Untertanin des Mannes verbinden."[18]

Hierfür spricht, dass die Anzahl der weiblichen Studierenden Ende der 1960er Jahre die Anzahl männlicher Studierender bei Weitem übertraf. So waren laut einer hochschulinternen Erhebung[19] aus dem Wintersemester 1969/1970 von insgesamt 1444 Studierenden 951 weiblich, was einem Prozentsatz von 65,86% entspricht. Im Jahr 1972[20] war der Stand noch immer ähnlich: Von insgesamt 1732 Studierenden waren 1139 Studierende weiblich, was einem fast identischen Prozentsatz von 65,76% entspricht. Laut Frau W. war die Pädagogische Hochschule gefühlt von circa 70% Frauen besucht, was diese Prozentangaben bestätigt.[21] Auch Frau K. hatte den Eindruck, dass immer mehr Frauen als Männer an der Hochschule studierten.[22]

Ebenso entsprach das allgemeine Frauenbild nicht der Vorstellung der Mitglieder jener oben genannten SDS-Frauengruppe: „Frauen sollen also eine willige Armee im Dienste der Erziehung zur Anpassung sein. [...] Da Frauen eh nicht denkfähig sind, da sie zu der gleichen (behaupteten) Denkunfähigkeit andere erziehen sollen, muß ihr Ausbildungsgang darauf ausgerichtet sein, Kritikvermögen gar nicht erst aufkommen zu lassen."[23] Die Veröffentlichung der Meinung dieser SDS-Frauengruppe spiegelt generelle Anliegen und Denkansätze der Neuen Frauenbewegung wider. Den Frauen ging es vor allem darum, gegen im Geschlechterverhältnis gegebene soziale Ungleichheiten, Ungerechtigkeiten und Bevormundung vorzugehen und diese aufzuheben. Auch die Mitglieder eineanderen PH-Frauengruppe vertraten in einem Informationsschrieb[24] die Meinung, dass „die Sponti-

[17] GLA 10: Flugblatt SDS-Frauengruppe.
[18] ebd.
[19] GLA 11: Stand der Studierenden im WS 1969/1970 (Statistische Unterlagen Stand 1. 2. 1970).
[20] GLA 12: Erhebungsbogen für lehrerbildende Einrichtungen Wintersemester 1971/1972.
[21] Vgl. Zeitzeugeninterview Frau W.
[22] Vgl. Zeitzeugeninterview Frau K.
[23] GLA 10.
[24] GLA 13: Informationsschrieb PH-Frauengruppe 2.

Macker[25] [...] es noch nicht geschafft [haben; M.C.], die alten männlichen Strukturen innerhalb des AStA[26] aufzubrechen."[27] Dies erschwere ihren Einstieg in den AStA und die Mitarbeit sehr. Das Anliegen dieser Gruppe war es vor allem, sich intern mit der allgemeinen, gesellschaftlichen Situation der Frau zu befassen, sich über den eigenen politischen Standpunkt klar zu werden und eigene Bedürfnisse mit Hilfe der Gruppe zu formulieren, um hiermit anschließend an die Öffentlichkeit treten zu können.[28] Auch die Zeitzeugin Frau Vinçon war während ihrer Anfangszeit an der Hochschule selbst Mitglied in einer Frauengruppe. So gab sie im Interview an, dass sie sich in dieser Gruppe über Frauenliteratur und über eigene Erfahrungen austauschen konnte. Es wurde überwiegend über das Verhältnis von Frauen und Männern generell, aber auch in Bezug auf die Sexualität diskutiert. Hierbei erinnerte sie sich vor allem daran, dass „Studentinnen sich allgemein dafür interessiert haben, wie Frauen in der Gesellschaft, wo sie in der Gesellschaft unterdrückt waren, dass sie so wenig in hohe Positionen hineinkamen. Solche Sachen hat man ganz stark diskutiert, dass die Frauen sich in allen Berufen emanzipieren sollten und dass das zur Sprache gekommen ist, wo die Diskriminierung am stärksten war."[29]

Eine andere Gruppierung, die ihrerseits ebenfalls bezüglich vieler politischer und gesellschaftlicher Themen ihre Meinung öffentlich vertrat, war die Kommunistische Hochschulgruppe (KHG). In der Kommunistischen Hochschulzeitung[30], die Bezug auf die Wahlen des Studierendenparlaments vom 2. Juli bis zum 6. Juli 1973 nahm, wurden die Kandidaten mit ihrem Namen, einer kurzen Beschreibung und einem Foto vorgestellt. Es kandidierten 14 Männer und 19 Frauen, darunter auch die Zeitzeugin Frau W. Sie beschrieb die KHG im Interview als die Gruppe, die sich ihrer Meinung nach „sehr stark für die Rechte der Studenten eingesetzt hat [...]."[31] Doch obwohl mehr Studentinnen als Studenten kandidierten, war es „schon so, dass die Führungspositionen [in der KHG; M.C.] eher Männer hatten, obwohl wir [die Frauen; M.C.] quantitativ mehr waren."[32] Laut Frau K. waren politische Gruppen immer von Männern dominiert.[33] Auch Frau Vinçon nahm dies in gleicher Weise wahr: „Das heißt, die ganze Studentenbewegung, da haben

[25] Als Sponti wurden laut Frau Vinçon Studierende bezeichnet, die sich zu einer Hochschulgruppe zusammenschlossen und keine bestimmte Theorie vertraten, jedoch marxistisch orientiert waren und aus der Situation heraus ihre Aktionen planten.

[26] Allgemeiner Studierendenausschuss.

[27] GLA.

[28] ebd.

[29] Vgl. Zeitzeugeninterview Frau Vinçon.

[30] GLA: Kommunistische Hochschulzeitung Extra.

[31] Vgl. Zeitzeugeninterview Frau W.

[32] Zeitzeugeninterview Frau W.

[33] Vgl. Zeitzeugeninterview Frau K.

ja größtenteils nur die männlichen Vertreter das Wort ergriffen."[34] Hierfür spricht ebenfalls ein Dokument einer dritten Frauengruppe[35], welches darauf hinweist, dass Frauen zwar 70% der Studierenden ausmachten, jedoch bis zum Jahr 1968 durch einen männlichen AStA vertreten wurden. Dies bestätigte Frau Vinçon im Interview, denn nach ihrer Aussage war der „AStA-Führer damals ein Student."[36]

Es existiert allerdings ein schriftlicher Nachweis, welcher auf einen Umbruch dieser Gegebenheiten hindeutet. In einem Zeitungsartikel der Rhein-Neckar-Zeitung vom 14. 2. 1968, der den Titel *„An der Spitze Gabriele Witt. Studentenparlament der PH wählte seinen neuen AStA – 39 Abgebordnete"*[37] trägt, wurde darauf aufmerksam gemacht, dass zum ersten Mal eine „Kommilitonin an der Spitze des Allgemeinen Studentenausschusses der PH"[38] stand. Da dieses Wahlergebnis sogar für die Rhein-Neckar-Zeitung von Interesse zu sein schien, ist davon auszugehen, dass dies kein alltägliches und eher unerwartetes Ergebnis gewesen sein dürfte, welches auf die allmählich fortschreitende Emanzipation von Frauen hinweist.

Zum Lehrerinnen- und Frauenbild

Aus einem Zeitungsartikel der Rhein-Neckar-Zeitung vom 11. Juni 1963 mit dem Titel *„Auf der Schulbank. Gestern in Handschuhsheim – Kurs für Aushilfslehrer hat begonnen"*[39] geht hervor, dass zu diesem Zeitpunkt ein akuter Lehrermangel geherrscht hat. Dies bestärkt Frau K, denn „damals nach dem Sputnik-Schock hat man gemerkt, es ist mal wieder ein Mangel, also hat man geworben wie wild."[40] Frau Vinçon konnte jedoch nicht bestätigen, dass für den Lehrberuf an Volksschulen gezielt Frauen angeworben wurden, denn „von Anfang an [...] war uns eigentlich klar, dass es zu wenige männliche Lehramtsstudenten gibt. [...] Dass es so wenig männliche Studierende gab, hing damit zusammen, dass man damals doch noch so ein bisschen das Bild hatte, dass der Mann der Hauptverdiener der Familie ist und dass diejenigen, die sich dann für den Lehrberuf entschieden haben, dass die dann Gymnasiallehrer geworden sind und nicht an die Pädagogische Hochschule gingen. Im Gegenteil, wir haben eher auch dafür gewor-

[34] Zeitzeugeninterview Frau Vinçon.
[35] GLA: Informationsschrieb PH-Frauengruppe 3.
[36] Zeitzeugeninterview Frau Vinçon.
[37] GLA: Zeitungsartikel RNZ vom 14. 2. 1968. Gabriele Witt war mehrere Jahre Referentin bei verschiedenen SPD-Bundestagsabgeordneten und wurde 1994 Staatssekretärin im niedersächsischen Frauenministerium.
[38] ebd.
[39] GLA 17: Zeitungsartikel der RNZ vom 11. 6. 1963 *„Auf der Schulbank"*.
[40] Zeitzeugeninterview Frau K.

ben, dass auch männliche Studierende an die Hochschule kamen [...].“[41] Das Bild des Mannes als der Hauptverdiener und als das Oberhaupt der Familie schien demnach noch in vielen Köpfen verankert zu sein und beeinflusste sowohl das gesellschaftliche Frauenbild als auch die eigene Wahrnehmung der Frauen, denn sie wuchsen teilweise mit dem Gedanken auf, dass „Männer einfach vieles besser können“.[42] Die Einstellung, sich deshalb ganz bewusst auf den Ehemann zu verlassen, war laut Aussage von Frau K. in einigen Fällen durchaus zu finden. Sie beschrieb diese Frauen als Frauen, die „wirklich ihre Angeln und ihre Sachen ausgefahren haben, um an Männer heran zu kommen und wenn sie dann einen an der Wickel gehabt haben, haben sie ihn [...] instrumentalisiert. Dann wurde halt geguckt, was hat er finanziell, was kann er einbringen, was kann er mitbringen, bin ich versorgt. Es gab wirklich Frauen, die da knallhart vorgegangen sind.“[43]

Trotzdem war laut Frau W. die Generation um 1968 die erste Generation, in der es alltäglich war, dass auch Mädchen einen Beruf erlernten und diesen auch ausübten.[44] In diesen Jahren seien Frauen generell „extrem viel selbstbewusster“[45] geworden. So wurde z. B. in einem Informationsschrieb des AStAs vom 23. 1. 1975[46] kritisiert, dass Schule und privates Umfeld den Fokus für Berufsperspektiven von Mädchen immer noch nur auf sozial-pflegerische Berufe richten würden, was sie nach ihrem Schulabschluss vom Beginn eines Studiums abhalte. Frau Vinçon gab ebenfalls das damals bestehende Vorurteil wieder, dass Frauen sich allein schon aus ihrer Sozialisation heraus angeblich besser für solche Berufe eigneten.[47]

Eine Alternative zu einem mehrjährigen Studium an einer Pädagogischen Hochschule boten um 1968 für kurze Zeit die so genannten „Hausfrauenkurse“. Im oben genannten Zeitungsartikel *„Auf der Schulbank. Gestern in Handschuhsheim – Kurs für Aushilfslehrer hat begonnen“* wurde auf den Ablauf und die Inhalte dieser Kurzausbildung eingegangen und zukünftige Aushilfslehrer wie folgt beschrieben: „Hausfrauen, deren Kinder herangewachsen sind und die dadurch wieder Zeit für einen Nebenberuf haben, auch Angehörige verwandter sozialer Berufe und völlig Berufsfremde, die teilweise ein Fachstudium hinter sich haben [...]“[48] Dieses Zitat verdeutlicht die Stereotypisierung von Frauen als Nebenberufslehrerinnen und die Herabsetzung des Lehrberufs, vor allem der Lehrtätigkeit an Volksschulen, zu einem

[41] Zeitzeugeninterview Frau Vinçon.
[42] Zeitzeugeninterview Frau W.
[43] Zeitzeugeninterview Frau K.
[44] Vgl. Zeitzeugeninterview Frau W.
[45] ebd.
[46] GLA: AStA-Info vom 23. 1. 1975.
[47] Zeitzeugeninterview Frau Vinçon.
[48] GLA.

Nebenberuf für Hausfrauen und Berufsfremde. Frau K. äußerte sich in negativer Weise über jene Hausfrauenkurse: „Ich habe das nie gemacht, aber ich weiß von Bekannten, dass die das dann praktisch so in der Abendschule noch durchgezogen haben. Also wir haben ein bisschen verächtlich, das war sicher nicht fair, dann gesagt: Naja, das ist ja dann keine derart wissenschaftliche Ausbildung. [...] Dadurch kamen sicherlich auch sehr gute Lehrerinnen in die Schule."[49]

Die Schwierigkeit, Beruf und Eheleben, beziehungsweise Beruf und Familie, miteinander zu vereinbaren, wird auch in einem weiteren Zeitungsartikel des Heidelberger Tageblattes vom 10. Februar 1964 mit dem Titel *„Der Lehrerberuf muss attraktiver gestaltet werden. Verheiratete Frauen als Teilzeit-Beamtinnen / Kulturpolitischer Bundesausschuß der FDP tagte"*[50] erwähnt. Hier wurde vermerkt, dass im Jahr 1964 eine Heirat noch immer ein häufiger Grund für Lehrerinnen gewesen sei, ihre Berufstätigkeit aufzugeben. Deshalb müsse man das Beamtenrecht dahingehend ändern, den verheirateten Frauen die Beschäftigung als sogenannte „Teilzeitbeamtin"[51] mit verminderter Arbeitszeit bei entsprechender Minderung des Gehaltes und des Ruhegehaltes zu ermöglichen.[52] Wenige Jahre später gab es schon deutliche Anzeichen dafür, dass das Lehramtsstudium an Pädagogischen Hochschulen gerade deshalb von Frauen bewusst gewählt wurde. Dies mag daran gelegen haben, dass Frauen sehr schätzten, sich auf diese Weise besser um die Familie kümmern, tagsüber flexibler sein und am Abend arbeiten zu können.[53]

Festzuhalten ist, dass in vielen Familien in den 1960er Jahren eine stark autoritäre Erziehung dominierte. Da viele Frauen die Männer in ihrem Umfeld also oftmals nur als starke Autoritäten kannten, war es ein langwieriger Prozess, sich zu emanzipieren.[54] Die Ereignisse des Jahres 1968 im Rahmen der Studentenbewegung und die darauf folgenden Jahre trugen ihren Teil dazu bei und sorgten allmählich dafür, dass Frauen sich eher durchsetzen konnten und ein größeres Selbstvertrauen gewannen.[55]

---

[49] Zeitzeugeninterview Frau K.

[50] GLA: Zeitungsartikel des Heidelberger Tageblatts vom 10. 2. 1964 „Der Lehrerberuf muss attraktiver gestaltet werden".

[51] ebd.

[52] Vgl. ebd.

[53] Vgl. Zeitzeugeninterview Frau Vinçon.

[54] Vgl. Zeitzeugeninterview Frau W.

[55] Vgl. Zeitzeugeninterview Frau K.

Zu den pädagogischen Ideen und Konzeptionen der 1968er

Die pädagogischen Ideen, Konzeptionen und vor allem die Erziehungsmodelle waren in den 1968er Jahren von einem starken Wandel geprägt.[56] Im Fokus standen vor allem Konzeptionen wie die Reformpädagogik, die Frankfurter Schule mit ihrer kritischen Erziehungstheorie und durch die Studentenbewegung ebenfalls die antiautoritäre Erziehung.[57] Auch Frau K. erinnerte sich, dass „gerade unter politischen Aspekten und Erziehung"[58] Themen wie Sexualerziehung und Homosexualität diskutiert wurden.[59]

Im Zeitungsartikel *„Auf der Schulbank. Gestern in Handschuhsheim – Kurs für Aushilfslehrer hat begonnen"* von 1963 wird die Persönlichkeit von Lehrkräften wie folgt beschrieben: „Ein Lehrer habe [...] nicht mehr wie vor 50 Jahren die Allwissenheit zu verkörpern, die der Schüler unbesehen aufnehmen müsse, seine Aufgabe sei vielmehr, dem Schüler sein Wissen so anzubieten, daß dieser es gerne aufnehme."[60] Dieses Lehrerbild spiegelt die pädagogische Idee der Reformpädagogik wider, die Kinder in den Mittelpunkt des Unterrichtsgeschehens stellt um sie zu mündigen, kritik- und widerstandsfähigen Bürgern zu erziehen.[61] Diese Erziehungsprinzipien ähneln auch jenen, die Frau K. als subjektiv wichtig für die Erziehung eines jeden Kindes angab, nämlich „kritisches Verhalten, alles in Frage stellen, eigenen Verstand gebrauchen, nicht gleich aufgeben oder nachgeben, sondern gucken, dass man sich auch mal durchbeißt [...]."[62] Ganz im Sinne der marxistisch-leninistischen Geschichtsbetrachtung – dem historischen Materialismus – forderten die kommunistischen Studenten, Geschichte statt aus der Sicht der herrschenden Bourgeoisie, aus der Sicht der unterdrückten Klasse(n) zu schreiben und zu lehren.[63] Daneben spielte die kritische Erziehungstheorie, die von der Frankfurter Schule beeinflusst und von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno etabliert wurde, eine Rolle.[64] Frau Vinçon gab im Interview an, Thedor W. Adornos *Erziehung nach Auschwitz* positiv ge-

---

[56] Vgl. Meike Sophia Baader; Herrmann, Ulrich Herrmann (Hrsg.): 68 – Engagierte Jugend und Kritische Pädagogik: Impulse und Folgen eines kulturellen Umbruchs in der Geschichte der Bundesrepublik. Weinheim/München 2011; http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/68er-bewegung/51961/erziehung-und-68?p=all; gesehen am 26. 7. 2016, 17:40 Uhr.

[57] Vgl. Zeitzeugeninterview Frau Vinçon.

[58] Zeitzeugeninterview Frau K.

[59] Vgl. ebd.

[60] GLA.

[61] Vgl. Zeitzeugeninterview Frau Vinçon.

[62] Zeitzeugeninterview Frau K.

[63] ebd.

[64] Vgl. Zeitzeugeninterview Frau Vinçon.

genüber zu stehen und dazu beitragen zu wollen, „dass so etwas nicht mehr passiert".[65]

In einem öffentlichen Aufruf zur Unterstützung vom 10. Dezember 1970, welcher dem SHB-Informationsschrieb[66] beilag und welcher von Eltern der Krabbelstubeninitiative getätigt wurde, schien die Unterbringung studentischer Kinder auch in Heidelberg eine aktuelle Thematik gewesen zu sein. Diese Initiative wurde vorwiegend von Studentenehepaaren initiiert und machte die Herausforderungen und Hindernisse deutlich, mit welchen die Mitglieder der Initiative zu kämpfen hatten, wie beispielsweise die Schwierigkeit eine passende Räumlichkeit für ein solches Projekt zu finden. Das Vorhaben, einen Kindergarten für Kinder von Studierenden der Pädagogischen Hochschule Heidelberg zu gründen, erinnert an die pädagogische Idee der Kinderladenbewegung. Auch eine Frauengruppe der Pädagogischen Hochschule Heidelberg unterstützte diese Eltern in ihrem Vorhaben sehr stark und bemühte sich ebenfalls, passende Räumlichkeiten für eine interne Kinderkrippe zu finden, erinnerte sich Frau Vinçon.[67]

Eine andere pädagogische Idee der 1968er schlägt sich in einer Zeitschrift mit dem Titel „Der Durchblicker"[68] nieder, in welchem sich Mitglieder des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands (KBW), Ortsgruppe Heidelberg für die Abschaffung des § 218, der im Strafgesetzbuch verankert war und den willkürlichen Schwangerschaftsabbruch verbot, aussprachen. Denn laut ihrer Auffassung sei „die Abschaffung des § 218 [...] ein Schritt vorwärts zur Verbesserung der Lebenslage der arbeitenden Menschen, ein Schritt vorwärts im demokratischen Kampf gegen besondere Unterdrückung von Teilen der Arbeiterklasse und des Volkes, wie z. B. der Frauen."[69] Auch Frau W. war damals Mitglied eines Komitees, das sich für die Abschaffung des § 218 einsetzte. Sie nahm an Demonstrationen teil und verfasste zusammen mit anderen Studierenden Flugblätter, die die Aufhebung der Kriminalisierung von Frauen, die abtreiben wollten, forderten.[70] Frau K. sammelte zusammen mit anderen Frauen Unterschriften gegen den Paragraphen und half sogar einige Male Frauen, die heimlich ins Ausland fuhren, um eine Abtreibung vorneh-

[65] Vgl. Zeitzeugeninterview Frau Vinçon.

[66] GLA: Informationsschrieb SHB Krabbelstubeninitiative. Vgl. Baader, Meike Sophia: „An der großen Schaufensterscheibe sollen sich die Kinder von innen und die Passanten von außen die Nase platt drücken". Kinderläden, Kinderkulturen und Kinder als Akteure im öffentlich-städtischen Raum seit 1968. In: Baader, Meike Sophia; Herrmann, Ulrich (Hrsg.): 68 – Engagierte Jugend und Kritische Pädagogik: Impulse und Folgen eines kulturellen Umbruchs in der Geschichte der Bundesrepublik. Weinheim/München 2011. S. 232–251.

[67] Vgl. Zeitzeugeninterview Frau Vinçon.

[68] GLA: Zeitschrift „Der Durchblicker. Weg mit dem § 218."

[69] Ebd.

[70] Vgl. Zeitzeugeninterview Frau W.

men zu lassen.[71] Mit dieser Forderung und Kampagnen, wie „Mein Bauch gehört mir!"[72] traten Frauen an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg und an vielen anderen Orten für die Enttabuisierung des Themas der Sexualität, die Emanzipation der Frau und für ihre Selbstbestimmung, hier vor allem über den eigenen Körper, ein.

Eine weitere Konzeption der 68er, die stark an die Thematik der Kritik des § 218 anknüpft, wurde in der Etablierung von so genannten Frauenbuchläden deutlich. Solch einen Frauenbuchladen besuchte Frau K. des Öfteren in Mannheim. Sie traf sich dort mit anderen Frauen, um gemeinsam mit ihnen an Lesungen feministischer Literatur teilzunehmen, um Veranstaltungen zu organisieren und um miteinander zu diskutieren.[73] Frau K. beschrieb diesen Frauenbuchladen als einen „Treffpunkt, wo man auch als Frau hingehen konnte: Es war immer sehr gemütlich ausgestattet. Es gab damals, im Gegensatz zu anderen Buchhandlungen, wo man literarische Bücher gekauft hat, eine Ecke wo man sich treffen konnte. Es gab immer Tee, und Plätzchen, man hat sich ausgetauscht."[74] Frauenbuchläden waren also Orte der Kommunikation, ein „geschützter Raum"[75], in dem über aktuelle Themen, wie die geforderte Abschaffung des § 218 und die damit verbundene Debatte zur Thematik von Abtreibungen, gesprochen werden konnte.

Fazit

Ein wichtiger Grund für das Entstehen der Neuen Frauenbewegung war, dass sich die Frauen im Zuge der 68er Bewegung von Männern nicht ausreichend ernstgenommen fühlten, was ihre eigenen Belange betraf. Darauf verweist der berühmte Tomatenwurf von Sigrid Rüger bei einer Zusammenkunft des SDS im Jahr 1968, der eine Lawine ins Rollen brachte.[76] Dies führte dazu, dass Frauen vielerorts Frauengruppen gründeten, in Frauenbuchläden zusammenkamen oder gemeinsam Kampagnen gegen den § 218 ins Leben riefen. So verfolgten sie ihre eigenen Ziele und den Wunsch nach Selbstbestimmung, Gleichberechtigung und Emanzipation. Dass diese Ziele auch an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg von Frauen verfolgt wurden, obwohl die Anzahl der Studentinnen die Anzahl der Studenten bei Weitem übertraf, lässt sich an vielen Flugblättern und Dokumenten verschiedener Frauengruppen erkennen, die im Generallandesarchiv eingesehen werden

[71] Vgl. Zeitzeugeninterview Frau K.
[72] Zeitzeugeninterview Frau W.
[73] Zeitzeugeninterview Frau K.
[74] Zeitzeugeninterview Frau K.
[75] ebd.
[76] Vgl. Ilse Lenz (Hrsg.): Die Neue Frauenbewegung in Deutschland. Abschied vom kleinen Unterschied. Eine Quellensammlung. Wiesbaden 2008.

konnten. Auf unterschiedliche Weise setzten sich ebenfalls alle der drei befragten Zeitzeuginnen für diese Ziele von Frauen ein. Frau Vinçon wurde die erste Frauenbeauftragte der Pädagogischen Hochschule Heidelberg. Sie hatte für alle Frauen stets ein offenes Ohr, was von den Studentinnen sehr geschätzt, von so manchem männlichen Kollegen jedoch gelegentlich ironisch belächelt wurde.[77] Die Studentin Frau W. war Mitglied in einem Komitee gegen den § 218 und arbeitete an der Erstellung von Flugblättern mit. Frau K. war zwar selbst kein Mitglied in einer Frauengruppe, besuchte aber den Frauenbuchladen in Mannheim und half sogar eigenhändig anderen Frauen, wenn sie sich aufgrund der Entscheidung zu einer Abtreibung in einer Notlage befanden. Trotz ihres Engagements diesseits fühlten sich alle drei Frauen an der Hochschule jedoch trotzdem in der Lage, emanzipiert zu studieren, beziehungsweise zu lehren. Die Befragung dieser Zeitzeuginnen spiegelt nicht die Haltung aller anderen Frauen an der Pädagogischen Hochschule wider, sondern bildet lediglich das subjektive Empfinden dreier frauenpolitisch aktiver Persönlichkeiten ab. Es ist aber auffällig, dass der Anteil an Studentinnen in den 60er und 70er Jahren schon fast bei 70% lag, politische Hochschulgruppen und der AStA aber, bis auf die erwähnte eine Ausnahme, von Männern geleitet wurden. Dies mag an jenem Umstand gelegen haben, den Frau W. mit den Worten zusammenfasste: „Wir sind schon noch ein Stück weit so groß geworden, dass Männer einfach vieles besser können."[78]

Abschließend zu formulieren bleibt, dass die Neue Frauenbewegung, die zu Teilen aus der 68er-Bewegung heraus entstand, veränderte Denkweisen an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg mit sich brachte, auch wenn diese sich nicht von jetzt auf gleich etablieren ließen. Doch wie Frau W. im Gespräch hierzu passend in Worte fasste: „Dass wir uns davon befreit haben, brave Mädchen zu sein, das hat eben auch seine Zeit gekostet."[79] Aufgrund der Darstellungen, der Auswertung der Archivalien aus dem Generallandesarchiv und der Gespräche mit den Zeitzeuginnen kann der Schluss gezogen werden, dass das Jahr 1968 eben nicht nur ein Jahr der Revolte des männlichen, „starken" Geschlechts gewesen ist, sondern ebenso Frauen in dieser Zeit für ihre Ideale und Träume kämpften, denn es bestand „die Vision, eine bessere, gerechtere Welt herzustellen mit solchen Idealen. [...] Es war nicht alles umsonst, aber wir haben uns manchmal sehr weit weggeträumt von der Realität. Auf der anderen Seite, wenn wir das nicht gemacht hätten, wären wir gar nicht vorangekommen."[80]

---

[77] Zeitzeugeninterview Frau Vinçon.
[78] Zeitzeugeninterview Frau W.
[79] Zeitzeugengespräch Frau W.
[80] Zeitzeugengespräch Frau K.

Kathrin Nicklas

Ästhetische Erziehung an der PH Heidelberg

Die kunstpädagogischen Ideen der 68er Bewegung und deren Auswirkungen auf die Studieninhalte an der PH Heidelberg

Einleitung

Die 1960er bis 1970er Jahre gelten als das „pädagogische Jahrzehnt" in der Bundesrepublik. Diese Zeit hat maßgeblich zur Ausweitung der Pädagogik und der erziehungswissenschaftlichen Arbeitsfelder beigetragen. Ausgehend von der 68er Bewegung wurden verschiedenste Impulse in die Pädagogik aufgenommen.[1] Die 68er Bewegung ist jedoch keineswegs nur als eine pädagogische Bewegung zu verstehen. Sie war ebenso eine politische Bewegung, Studentenbewegung und Frauenbewegung, aus der sich auch neue Lebensformen für die Jugend- und Familienkultur entwickelten. Sie kann allgemein als Kulturrevolution bezeichnet werden.[2] Dieser Aufsatz beschränkt sich allerdings auf den pädagogischen Aspekt der Bewegung und thematisiert im speziellen die Auswirkungen auf die Kunstpädagogik und die Folgen für die Lehrerbildung an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg.

Aus der 68er Bewegung heraus sind zwei gesellschaftlich und politisch orientierte Konzepte der Kunsterziehung entstanden. Zum einen ist das die „Visuelle Kommunikation", die schon gegen Ende der 1970er Jahre wieder aus dem kunstpädagogischen Diskurs verschwand.[3] Zum anderen war das die „Ästhetische Erziehung", deren Begründer Hartmut von Hentig und Diethart Kerbs waren. Kerbs war ab 1963 Assistent von Hentig an der Universität Göttingen und später Mitbegründer und Herausgeber der Fachzeit-

---

[1] Vgl.: Helen Skladny: Ästhetische Bildung und Erziehung in der Schule. Eine ideengeschichtliche Untersuchung von Pestalozzi bis zur Kunsterzieherbewegung. Bd. 22: Kontext Kunstpädagogik. Hrsg.: Johannes Kirschenmann u. a. München, 2012. S. 23–24.

[2] Vgl.: Meike Sophia Baader, Ulrich Herrmann (Hrsg.): 68 – Engagierte Jugend und kritische Pädagogik. Impulse und Folgen eines kulturellen Umbruchs in der Geschichte der Bundesrepublik. Weinheim, München, 2011. S. 9–12.

[3] Auf die Visuelle Kommunikation kann im Folgenden nicht weiter eingegangen werden, da sie keine Auswirkungen auf die PH und deren Studieninhalte hatte. Für Näheres vgl. Georg Peez: Einführung in die Kunstpädagogik. 3. Aufl. Bd. 16: (Grundriss der Pädagogik/ Erziehungswissenschaft. Bd. 16) Stuttgart 2008; Wolfgang Legler: Einführung in die Geschichte des Zeichen- und Kunstunterrichts von der Renaissance bis zum Ende des 20. Jahrhunderts. (Pädagogik: Perspektiven und Theorien. Bd. 17). Oberhausen 2011.

schrift „Kunst + Unterricht“. Im September 1968 erschien die Zeitschrift zum ersten Mal. Damals trug sie noch den Untertitel „Zeitschrift für alle Bereiche der ästhetischen Erziehung“.[4] Es ist also naheliegend Ausgaben aus der Zeit um ’68 als Quelle für diesen Beitrag zu verwenden, um die Ideen der ästhetischen Erziehung zu explizieren. Danach wird versucht die Situation speziell an der PH Heidelberg nachzuvollziehen. Es wird der Frage nachgegangen, inwiefern sich die Ästhetische Erziehung auf die Studieninhalte an der PH auswirkte. Als Quelle hierfür dienen die Vorlesungsverzeichnisse der PH Heidelberg aus den 1960er und 1970er Jahren. Um dazu eine persönliche Perspektive zu erhalten, folgt der Analyse der Vorlesungsverzeichnisse ein Zeitzeugeninterview. Dieses wurde mit Guntram Funk durchgeführt. Funk war ab den 1980er Jahren an der PH Heidelberg tätig, also nicht direkt zur Zeit der 68er Bewegung. Durch seine vorherige Lehrtätigkeit an der Pädagogischen Hochschule in Reutlingen kann er aber einen Vergleich zwischen den Hochschulen herstellen und kann zudem die längerfristigen Auswirkungen der Ästhetischen Erziehung an der PH beurteilen.

Die kunstpädagogischen Ideen der 68er

Bis 1968 war die „Formale Kunsterziehung“ vorherrschend, die gegen Ende der 1950er Jahre von Reinhard Pfennig und Gunter Otto in den fachdidaktischen Diskurs eingebracht wurde.[5] Durch den formalen Kunstunterricht sollte eine Präzisierung des Fachinhalts Kunst durch rationale Methoden erfolgen. Man war davon überzeugt, Kunst könne objektivierbar gemacht und in systematisierten, messbaren Lernschritten unterrichtet werden.[6] Daraus resultierten formal-bildnerische Ordnungstätigkeiten und eher abstrakte Übungsreihen für den Kunstunterricht ohne sinnlichen Zugang für die Schüler. Das Interesse an systematischer Überprüfbarkeit führte zu einer Verkürzung des vermittelten Gegenstands. Zudem wurde die Alltagskultur und die Bedürfnisse der Schüler kaum beachtet. Es fand eine Orientierung an der Sachstruktur des Unterrichts statt, auch um den Kunstunterricht mit anderen Leistungsfächern gleichzustellen.

Im Unterricht blieb wenig Freiraum für kreativen Ausdrucksweisen der Schüler sowie der damit verbunden sinnlichen Erfahrung. Die „Formale Kunsterziehung“ geriet ins Kreuzfeuer der Kritik als um 1968/69 an den

[4] Vgl.: Meike Sophia Baader, Ulrich Hermann: S. 156–160.

[5] Vgl.: Georg Peez: Einführung in die Kunstpädagogik. 3. Aufl. Bd. 16: Grundriss der Pädagogik / Erziehungswissenschaft. Hrsg.: Werner Helsper u.a. Stuttgart, 2008. S. 45–47.

[6] Um eine bessere Lesbarkeit zu gewährleisten, wird auf eine sprachliche Differenzierung zwischen weiblichen und männlichen Personen verzichtet. Wenn nicht anders angegeben, sind immer alle Geschlechter gemeint.

Kunstpädagogischen Lehrstühlen ein Generationenwechsel bevor stand. Zudem wurde das Lehrangebot an den pädagogischen Hochschulen ausgeweitet, was zu progressiven fachdidaktischen Diskussionen führte. Junge Kunstpädagogen setzten sich mit der zu starken Betonung des Formalen im Kunstunterricht auseinander und entwickelten neue Konzepte.

„Das Konzept der „Ästhetischen Erziehung“[7] von Hartmut von Hentig und Diethart Kerbs bestimmte ab Ende der 1960er den kunstpädagogischen Diskurs. Mit der Wahl des Begriffs, der in der Pädagogik der Zeit eher unüblich war, verwiesen sie auf Schillers Schrift von 1793 „Über die ästhetische Erziehung des Menschen in einer Reihe von Briefen“. Sie regten damit einen neuen Diskurs an, der sich zwischen Ästhetik, Pädagogik und Politik bewegte.[8]

Hartmut von Hentig definierte die „Ästhetische Erziehung“ als Ausrüstung und Übung des Menschen in der *aisthesis* – also in der Wahrnehmung. Es geht darum, welchen Festlegungen die Wahrnehmung durch Sprache, Vorurteile, Institutionen oder Tabus unterliegt. Ebenso geht es um die möglichen und nötigen Ausweitungen der Wahrnehmung, die sich daraus ergeben. Um die Festlegungen in der Wahrnehmung überwinden zu können, müssen die Menschen diese ausweiten. Nur so kann mit den komplexen Anforderungen eines modernen Lebens schrittgehalten werden. Dies passiert zunächst in der Schulung der Vorstellungskraft und -lust und dem daraus folgenden produktiven Eigenwillen. Das in jedem Menschen liegende Schöpferische kann so hervortreten. Handwerkliche und technische Fähigkeiten helfen, das Wahrgenommene in eine Darstellung umzusetzen. Wichtig dabei ist die Kreativität, *creativity*, wie es Hentig nennt. Damit ist die fortgesetzte Fähigkeit gemeint, Neues zu schaffen. Nicht erst die Produktion ist ein kreativer Prozess, sondern schon die Wahrnehmung selbst.[9]

Die Kunsterziehung soll nicht abgetrennt von wissenschaftlicher und politscher Bildung erfolgen, sondern in Zusammenarbeit mit anderen Fächern oder sogar innerhalb anderer Fächer. Eine zentrale Aufgabe der Kunsterziehung, sowie der Erziehung allgemein ist demnach die Umwandlung von Fantasie in Wahrnehmung, von einzelnen Empfindungen und Wünschen in ein gemeinsames Verstehen. Hentig leitet daraus die Aufgabe für alle Lehrer ab, die Freiheit und Offenheit für Jugendliche zu ermöglichen, die Zukunft und die Welt anders gestalten zu können.[10] Kerbs präzisiert diese Position

---

[7] Vgl.: Meike Sophia Baader, Ulrich Herrmann (Hrsg) S. 156–157.

[8] Vgl.: Meike Sophia Baader, Herrmann, Ulrich (Hrsg.): S. 157.

[9] Vgl.: Hartmut von Hentig: Über die ästhetische Erziehung im politischen Zeitalter. Einige Grundbegriffe aus dem Wörterbuch der Kunsterziehung. In: Roeder, Peter-Martin (Hrsg.): Pädagogische Analysen und Reflexionen. Festschrift für Elisabeth Blochmann zum 75. Geburtstag. Weinheim, Berlin, 1967. S. 283 ff.

[10] Vgl.: Hartmut von Hentig (1967): S. 301 ff.

in seinem Aufsatz „Ästhetische und politische Erziehung“ (1968): Die ästhetische Erziehung unterliegt gesellschaftlichen Einflüssen und ist somit Teil der politischen Erziehung. Die bisherigen kunstpädagogischen Entwicklungen haben aber die gesellschaftlichen Einflüsse größtenteils außer Acht gelassen. Er sieht immanent in der Kunst eine pädagogische Aufgabe. Sie liegt für ihn darin, den Jugendlichen die gesellschaftlichen Zustände als veränderbar aufzuzeigen, sie zu kritisieren und mit Gegenmodellen zu konfrontieren. Das Ziel der Erziehung sei demnach die Emanzipation, das Ziel der Kunst die Weltumgestaltung. Sobald die Kunst Anspruch auf die Gestaltung der gesamten Umwelt erhebt, bleibt die Erziehung davon nicht unbeeinflusst, beide gehen eine politische Interessensgemeinschaft ein. So hängen Kunst, Erziehung und Politik zusammen und verfolgen in der ästhetischen Erziehung gleiche Interessen.[11]

Äußerst kritisch sieht Kerbs das Potential der ästhetischen Faszinierbarkeit der Menschen. Er sieht die Menschen in der Gesellschaft Manipulationen durch ästhetische Einwirkungen ausgesetzt. Einwirkungen ergeben sich zum einen aus einer entspannten Atmosphäre, wie in einer Konsumgesellschaft voller Sicherheit, Erholung und Überfluss. Manipulationen erfolgen auf spielerische Weise, beispielsweise wenn die Schönheit in der Werbung verstärkt dargestellt und so selbst zur Ware wird. Kunst und Schönheit werden in diesem Sinne zu inflationär gebraucht. Zum anderen ergeben sich Manipulationen aus einer angespannten Atmosphäre, die sich aus Angst, Feindschaft und Gefahr zusammensetzt, wie es im Nationalsozialismus der Fall war. In dieser Zeit wurde eine konsequente Ästhetisierung des politischen Lebens betrieben, was im Krieg und seiner Verherrlichung gipfelte.[12]

Aufgrund solcher Manipulationen muss die Ästhetische Erziehung Teil der politischen Erziehung sein. Lehrer müssen sich deshalb der politischen Relevanz der ästhetischen Erscheinungen in der Gesellschaft bewusst sein. Diese Erscheinungen beziehen sich auf künstlerische Positionen, genauso wie auf Werbung, Alltag sowie Politik. Sie können nur in ständiger Reflektion richtig erkannt und beurteilt werden. Die Reflektionen müssen Teil der Ästhetischen Erziehung, des ästhetischen Unterrichts sein. Es ist aber falsch in einem solchen Unterricht Schüler für einen bestimmten Geschmack zu erziehen. Ästhetische Wertmaßstäbe gibt es nicht und können demnach nicht im Unterricht vorgegeben werden. Schüler sollen auf experimentierende Weise ihre eigene Urteilsfähigkeit ausbilden und ästhetische Erfahrungen in der Auseinandersetzung, im Vergleich und Gebrauch der Dinge machen.[13]

---

[11] Vgl.: Diethart Kerbs: Ästhetische und politische Erziehung. Über den Zusammenhang zwischen Kunstpädagogik und Kunst, Ästhetik und Macht. In: Kunst + Unterricht Heft 1 (1968).

[12] Vgl.: ebd.: S. 29.

[13] Vgl.: ebd. S. 30–31.

In einem Artikel der Sonderbeigabe aus Kunst + Unterricht vom März 1971 sind Lernziele für den ästhetischen Bereich der Kunsterziehung beschrieben.[14] Die Lernziele für die Ästhetische Erziehung lassen sich in zwei übergeordneten Bereichen unterscheiden. Zum einen in das „Leben mit der Aisthesis“ und zum anderen in das „Leben in der Konsumgesellschaft“.

Die Lernziele aus dem Bereich der *Aisthesis* sind: „[Die] Fähigkeit, die Wahrnehmung und Gestaltung der eigenen Umwelt zu genießen, zu kritisieren, zu verändern.“, „[Das] Verständnis der gesellschaftlichen Bedingungen und Wirkungen ästhetische Phänomene“ und eine „Ich-Stärkung durch Sensibilisierung der Perzeption“[15]. Damit ist gemeint, dass die Schüler ihre eigenen Wahrnehmungs-, Ausdrucks-, und Wirkungsmöglichkeiten entdecken sollen und dies in einem künstlerischen Prozess umsetzten. Schüler machen dabei die Erfahrung der freien Gestaltung und Wiedergabe ihrer Umwelt. Das kann durch verschiedenste Gegenstände und auf möglichst vielen Gebieten, beispielsweise auch auf dem der Wissenschaft und der Politik, passieren. Im Unterricht werden den Schülern verschiedene Techniken der Künste beigebracht. Die Techniken können von der Musik, Gedichten, den bildenden Künsten bis hin zum Ausdruckstanz oder der Performance reichen. Dabei findet die künstlerische Praxis in Verbindung von gegenseitigem Austausch statt. Der Austausch, also die Reflektion der künstlerischen Tätigkeit führt zu einer Ausweitung der Wahrnehmung, was zur Selbstentfaltung und Selbsterkenntnis führen kann. Unterstützen kann dabei die Analyse von anderen Kunstwerken. Diese soll allerdings unbedingt frei von historischen Wertzuschreibungen sein. Die Wahrnehmung der Schüler wird in Genuss und Kritik geschult, was idealerweise zu Stärkung des Ichs führt.[16]

Das Leben in der Konsumgesellschaft gliedert sich in folgende Lernziele: „Selbstbestimmung und Fremdbestimmung des eigenen Konsums.“, „[Der] Gebrauch der Massenmedien“, „Der Zusammenhang von Produktion, Konsum und gesellschaftlicher Güterverteilung“, „Kunstgenuß und Selbstgenuß“ und „Creativity im Denken, Wahrnehmen und Verhalten“[17]. Diesen Lernzielen geht die Hypothese voraus, dass in den Massenmedien und durch Konsumgüter Verfahren der Manipulation benutzt werden, die der Konsu-

[14] Vgl.: Hartmut von Hentig: Lernziele im ästhetischen Bereich. Protest: Im Zuge der technokratischen Hochschulreform wird der Kunstunterricht abgeschafft. In: Kunst + Unterricht Heft 11 (1971). Sonderbeigabe o. Pag. Der Artikel bezieht sich auf eine Veröffentlichung des Deutschen Bildungsrats von 1969, in dem Hartmut von Hentig mit dem Beitrag „Allgemeine Lernziele“ vertreten war. Der Deutsche Bildungsrat bestand von 1966 bis 1975. Er wurde gegründet, um Entwicklungspläne für das Schulwesen zu entwerfen, Strukturpläne zu machen und Finanzrahmen zu berechnen. Vgl.: https://de.wikipedia.org/wiki/Deutscher_Bildungsrat. Stand: 18. 8. 2016. 14.00 Uhr.

[15] Hartmut von Hentig: (1971). Sonderbeigabe o. Pag.

[16] Vgl.: ebd.: Sonderbeigabe o. Pag.

[17] Ebd. Sonderbeigabe o. Pag.

ment nicht kennt. Die Wirkung der Massenmedien birgt ein ungeheures Potential an gesellschaftlicher Aufklärung und persönlicher Bereicherung, das nicht genutzt wird. Schlecht ist also nicht der Konsum der Massenmedien an sich, sondern nur, dass die Menschen Massenmedien auf suboptimale Weise konsumieren. So besteht die Gefahr, die Selbstbestimmung über eigene Ansichten, Interessen und die Freizeitgestaltung zu verlieren. Hier setzen die auf ästhetische Bildung ausgelegten Lernziele an. Die Schüler müssen den Zusammenhang zwischen Produktion, Konsum und gesellschaftlicher Güterverteilung kennen. Sie sollen lernen ihr Konsumverhalten kritisch zu beurteilen, die Anteile von Selbst- und Fremdbestimmung daran zu erkennen und dann gegebenenfalls zu verändern. Die Selbstbestimmung ist für die soziale und politische Existenz in der Gesellschaft notwendig. Um sich gegen gesellschaftliche Leistungszwänge behaupten zu können, sollen Schüler im Unterricht auch in einer Selbstbestimmung zur Muße ermuntert werden. Diese Selbstbestimmung zur Muße erlangen sie durch die leidenschaftliche Identifizierung mit einer Sache oder der Politik, ebenso wie in der Selbsterfahrung durch künstlerische Betätigung.[18]

Die Lernziele sind schlüssig und in Bezug auf die Massenmedien heute noch sehr aktuell. Durch die Verwendung abstrakter und bedeutungsschwerer Begriffe erscheinen die Lernziele dennoch sehr hochgegriffen und idealistisch. Es scheint schwer vorstellbar, etwa den *Genuss der Wahrnehmung und Gestaltung der eigenen Umwelt* oder *Selbstbestimmung zur Muße* in einem Kunstunterricht adäquat umsetzen zu können. Zudem geben die Vertreter der Ästhetischen Erziehung zukünftigen Lehrern keine konkreten Umsetzungsmöglichkeiten für den Kunstunterricht an die Hand. Im Hinblick auf die formale Ausrichtung gehen diese Überlegungen dennoch weit über bisherige didaktische Konzepte[19] hinaus.

Kritik an kunstpädagogischen Studiengängen

Vertreter der Ästhetischen Erziehung, aber auch Kunststudenten selbst kritisierten die Situation an den Hochschulen. Die Proteste richteten sich größtenteils gegen unpolitische Seminare, in denen nur die Techniken des Zeichnens gelehrt wurden, aber nicht die eigene Arbeit und Position in Bezug auf die Gesellschaft zu reflektieren. In einer Presseerklärung der ASTA-Konferenz vom 16. bis zum 20. Juli 1968 brachten Studenten ihre Kritikpunkte an: Was in der Gesellschaft als Kunst bezeichnet werde, bestätige und reproduziere lediglich die vorhandenen Herrschaftsverhältnisse. Deshalb forderten sie ein komplexes, auf gesellschaftliche und politische Verant-

[18] Vgl.: ebd.

[19] Siehe Kapitel 2.1. Formaler Kunstunterricht.

wortung hin ausgelegtes Studium, das sich an den Anforderungen der Gegenwart orientiert.[20]

Kerbs bemängelte die Abwertung der Kunsterzieherausbildung dadurch, dass Studierende an den Pädagogischen Hochschulen das Fach nicht im vollen Umfang studierten, sondern meist nur als Wahlfach in Kombination mit anderen Fächern. Er setzte sich dafür ein, dass Studenten der Pädagogischen Hochschulen Kunst im vollen Umfang als Hauptfach studieren konnten.[21] Außerdem war es für frei schaffende Künstler möglich, als „musisch-technischen" Fachlehrer ohne kunstpädagogische Ausbildung an Schulen zu unterrichten. Diese sollten sich durch ein kunstpädagogisches Aufbaustudium für den Lehrberuf qualifizieren und nur so eine Lehrberechtigung erhalten.[22] Mit diesen Reformvorschlägen wollte Kerbs auch eine deutlich stärkere Gewichtung der musischen Fächern bewirken. Denn nicht der Leitungsgedanke und Konkurrenzdruck soll gefördert werden, sondern ein kritisches Hinterfragen von Gesellschaft und Politik, um diese aktiv umgestalten zu können. Dies sieht er als Voraussetzung für einen qualitätsvollen Kunstunterricht.[23]

Das Kunststudium an der PH Heidelberg

Wie sich die Ideen der „Ästhetischen Erziehung" auf die Studieninhalte an den Hochschulen, speziell an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg auswirkten, soll im Folgenden anhand der Vorlesungsverzeichnisse verfolgt werden. Hierfür wird das Lehrangebot aus dem Fach Kunsterziehung der Sommersemester von 1964, 1968, und 1976 eingehender untersucht. So kann exemplarisch ein Bild davon gezeichnet werden, wie die Situation der Kunstpädagogik vor, während und gegen Ende der 68er Bewegung an der PH Heidelberg darstellte.

Vorlesungsinhalte vor der 68er Bewegung

Im Sommersemester 1964 war die Kunsterziehung noch kein eigenständiges Fach, sondern unter dem Bereich „Musische Bildung" mit der Werkerziehung zusammengeschlossen. Zu diesem Bereich gehörten außerdem noch

[20] Vgl.: Siegfried Neuhausen: Kunststudenten von heute an Kunsthochschulen von gestern. Berichte und Reformvorschläge. In: Kunst + Unterricht Heft 1 (1968). S. 32.

[21] Vgl.: Diethart Kerbs: Protest: Der große Ausverkauf der Kunsterziehung. Im Zuge der technokratischen Schulreform wird der Kunstunterricht abgeschafft. In: Kunst + Unterricht. Heft 11 (1971). Sonderbeigabe o. Pag.

[22] Vgl.: Diethart Krebs: Ein Modell für das Studium der Kunstpädagogik. In: Kunst + Unterricht. Heft 4 (1969). S. 47–48.

[23] Vgl.: Diethart Kerbs: (1971) Sonderbeigabe o. Pag.

die Musikerziehung mit dem Instrumentalspiel und die Leibeserziehung. Unter dem Teilbereich Kunst- und Werkerziehung findet sich im Vorlesungsverzeichnis lediglich ein Seminar, das auf einen kunstpädagogischen Inhalt verweist: „Die Kinderzeichnung – Entwicklungsstufen".[24] In diesem Seminar konnte allenfalls ein Verständnis für die bildnerische Entwicklung und die Stufenmerkmale der Kinderzeichnung vermittelt werden. Aus diesen lassen sich noch didaktisch-methodische Folgerungen für die Förderung von Kinderzeichnungen ableiten. Wie ein solches Konzept aussehen kann, beschreibt Pfennig in seiner „Erziehung zum bildnerischen Denken". Durch das Lösen bildnerischer Probleme gelangen die Schüler von dem ersten zu dem zweiten Erfahrungsgrund. Entsprechende Aufgabenstellungen fördern die künstlerische Entwicklung der Schüler. Inwieweit aber die Überlegungen Pfennigs Bestandteil des Seminars waren und somit den zukünftigen Lehrern einen didaktischen Leitfaden an die Hand gab, bleibt fraglich.

Weitere Seminare mit einem didaktischen Hintergrund beziehen sich auf verschiedene malerische und grafische Techniken der Tafelzeichnung. Die praktisch ausgelegten Seminare, also die Übungen, nennen sich „Farbe und Form", „Grafik" oder „Naturzeichnen, malerische und grafische Übungen schwieriger Art".[25] Daran lässt sich erkennen, dass die Seminare klassisch bildnerische Übungen mit dem Schwerpunkt Zeichnung und Malerei thematisieren. Die häufige Verwendung der Bezeichnung Naturzeichnen, lässt wiederum darauf schließen, dass Zeichnungen und Malereien auf realistische, abbildhafte Darstellungen zielen, bei denen der Fokus wohl stark auf formale Techniken gelegt wird.

In solchen Seminaren wurden wohl kaum Themen der Unterrichtsgestaltung in Bezug auf gesellschaftliche Tendenzen oder künstlerische Positionen der Gegenwart behandelt, so wie es die 68er später forderten. Die Themen entsprechen vielmehr weitgehend den kunstpädagogischen Konzepten der Zeit vor 1968. Die formale Ausrichtung der Seminare entspricht dem Ansatz der Formalen Kunsterziehung, die den Fokus auf die Ausbildung technischer Fertigkeiten legte.

Vorlesungsinhalte während der 68er Bewegung

Die Kunsterziehung ist im Sommersemester 1968 als eigener Fachbereich im Vorlesungsverzeichnis aufgeführt. Seminare zur Tafelzeichnung, die bis zum Wintersemester 1966/67 noch zu der Kunsterziehung zählten[26], sind nun un-

[24] Vgl.: Personal- und Vorlesungsverzeichnis. Pädagogische Hochschule Heidelberg. Sommersemester 1964. S. 19–20.

[25] Vgl.: ebd.: 1964. S. 19–20.

[26] Vgl.: Personal- und Vorlesungsverzeichnis. Pädagogische Hochschule Heidelberg. Wintersemester 1966–1967. S. 23.

ter dem Bereich „Kurse und Praktika“ als „Wandtafelzeichnen und Schrift“ aufgeführt. Sie werden weiterhin von Dozenten der Kunst- und Werkerziehung gelehrt.[27]

Eine grundlegende Veränderung der Seminarinhalte im Vergleich zum Sommersemester 1964 wurde nicht vorgenommen. Allerdings wurden die Übungen dahingehend verändert, dass sie nun nicht mehr nur auf die Vervollkommnung der eigenen künstlerischen Techniken zu zielen scheinen. Die praktischen Seminare heißen nun „Grafische Techniken in der Volksschule“ oder „Dekorative Gestaltungmöglichkeiten für die Volksschule“ was darauf schließen lässt, dass die eigenen zeichnerischen und bildnerischen Versuche als Vorbereitung für die spätere Unterrichtspraxis gesehen wurden. Zudem fand eine Ausweitung der kunstpädagogischen Inhalte statt. So gab es nun neben einer Vorlesung zur „Kinderzeichnung“ ebenso Vorlesungen zur „Einführung in die bildnerischen Gestaltungsweisen der Grund- und Hauptschule“, „Die Gemeinschaftsarbeit in pädagogischer und soziologischer Sicht“ sowie „Beurteilung von Schülerleistung“:[28]

Dennoch sind die kunstpädagogischen Seminare im Sommersemester 1968 noch weit von den Inhalten der Ästhetischen Erziehung entfernt. Sie beziehen sich immer noch, wie die Titel der Seminare zeigen, auf die didaktischen Umsetzungen von bestimmten Techniken.

Was also das Fach Kunsterziehung betrifft, ist der Geist der Zeit, die Forderung nach Veränderungen in der Pädagogik, nur in Ansätzen an der PH Heidelberg zu spüren. Die Ausweitung des Fachbereichs ist nicht zwingend auf die 68er Bewegung zurück zu führen, sondern geht mit einer allgemeinen Ausweitung der Studieninhalte einher. Auch eine Politisierung der Kunsterziehung[29] lässt sich anhand der Themen der Seminare noch nicht ablesen.

Vorlesungsinhalte gegen Ende der 68er Bewegung

Weitere Ausdifferenzierungen im Fach Kunsterziehung werden im Sommersemester 1976 deutlich. Im Vorlesungsverzeichnis findet nun innerhalb der Kunsterziehung eine Unterscheidung zwischen der „Kunstwissenschaft“, „Kunstpädagogik/Kunstdidaktik“ und „Kunstpraxis“ statt. Die Vorlesungen

[27] Vgl.: Personal- und Vorlesungsverzeichnis. Pädagogische Hochschule Heidelberg. Sommersemester 1968. S. 34.

[28] Vgl.:ebd.: 1668. S. 27–28.

[29] Im Vergleich dazu war eine Politisierung an der Stuttgarter Kunsthochschule deutlich zu spüren. Studenten initiierten dort eine Vorlesung zum Thema „Entrümpelt die Akademien“, um so auf die starren und veralteten Studieninhalte hinzuweisen. Vgl.: Neuhausen, Siegfried: Kunststudenten von heute an Kunsthochschulen von gestern. Berichte und Reformvorschläge. In: Kunst + Unterricht Heft 1 (1968). S. 33.

im Bereich Kunstwissenschaft befassen sich beispielsweise mit der „Problemgeschichte der Kunst seit 1945“ und der „Bedeutung und Wandel der Farbe in der Bildenden Kunst“. Darüber hinaus wird ein Lektürekurs zum Thema „Theorien der Kunst und der ästhetischen Erziehung“ angeboten.[30] Dieses Lehrangebot zeigt, dass sich die Ideen der Ästhetischen Bildung nun auch an der PH Heidelberg ausgewirkt haben. Die Veränderungen der Ausdruckweisen und -mittel der Kunst werden in Abhängigkeit vom gesellschaftlichen Wandel betrachtet und auf die politische Relevanz hin reflektiert.

Ein weitaus vielschichtiger Aufbau der Seminare, lässt sich ebenso in den anderen beiden Bereichen der Kunsterziehung erkennen. Auf dem Gebiet der Kunstpädagogik sind neben einer grundlegenden Vorlesung zur „Einführung in die Kunstdidaktik“ vier Vorlesungen verzeichnet, die sich mit verschiedenen künstlerischen Betrachtungsweisen auseinandersetzen. Die Problematik der Sache wird hier schon durch die Benennung der Vorlesungen klar: „Betrachtung und Interpretation von Kunstwerken in verschiedenen Museen“, „Bildbetrachtung und ihre Anwendung in Grund- und Hauptschule“, „Geschichte und Kunstgeschichte, Versuche zur Didaktik der Bildbetrachtung“ und die „Betrachtung von Gebrauchsformen“.[31]

Die Betrachtung von Kunstwerken in Museen oder innerhalb des Klassenraumes, der eigenen künstlerischen Arbeiten der Schüler oder von einfachen Gebrauchsformen verlangt unterschiedliche didaktische Herangehensweisen. Denn die Auseinandersetzung und der Vergleich eigener künstlerischen Arbeiten und künstlerischen Positionen führt zu einer sensiblen Wahrnehmung und befördert eine ästhetische Urteilsfähigkeit. Unter diesem Aspekt betrachtet, gliedern sich die Vorlesungen in dem Sinne an die Ästhetische Erziehung an, als dass sie ästhetische Erfahrungen ermöglichen.

Auch die kunstpraktischen Seminare wurden deutlich ausgeweitet. Es wurde weiterhin, wie bereits im Sommersemester 1964, Übungen zu Zeichnung und Malerei angeboten. Diese Übungen liefen nun allerdings als „Grundkurse“. Darüber hinaus wurden Übungen zu Techniken des Batikens, der Enkaustik, Siebdruck, Keramik und „Tiefdruck in der Hauptschule“ ebenso angeboten wie Übungen zum „Puppenspiel“.[32]

So konnten sich die Studenten ein weitaus größeres Repertoire an künstlerischen Techniken und auch Ausdrucksweisen aneignen, als dies noch in den 1960er der Fall war. Durch die Seminare zur Fotografie zeigt sich, dass nun auch Themen behandelt wurden, die für Gegenwartskünstler eine immer zentralere Rolle spielen. Zwar ist der Bezug zur Gegenwartskunst auch eine Forderung der Vertreter der ästhetischen Erziehung, in diesem Fall aber

[30] Vgl.: Personal- und Vorlesungsverzeichnis. Pädagogische Hochschule Heidelberg. Sommersemester 1976. S. 89–91.

[31] Vgl.: ebd.: 1976. S. 90.

[32] Vgl.: ebd.: 1976. S. 90–91.

nicht unmittelbar darauf zurückzuführen. Ein deutlicher Einfluss der Ästhetischen Erziehung ist im Hinblick auf den kunstpädagogischen und kunstwissenschaftlichen Bereich zu erkennen. Inwieweit sich allerdings die Ästhetische Erziehung auf die praktischen Seminare beispielsweise in Bezug auf eine Erweiterung der Wahrnehmung oder dem Reflektieren der eigenen künstlerischen Arbeiten auswirkte, lässt sich nicht eindeutig aus den Vorlesungsverzeichnissen ablesen.

Zeitzeugeninterview: Die Auswirkungen der kunstpädagogischen Ideen der 68er an den Hochschulen – Ein Rückblick von Guntram Funk

Guntram Funk selbst war nicht aktiv an der Studentenbewegung beteiligt. Zwischen 1968 und 1972 erlebte er aber einige Protestaktionen an der Kunstakademie Stuttgart. Diese empfand er deutlich gemäßigter als an anderen Universitäten. Auf dem Gelände der Akademie Stuttgart gab es beispielsweise friedliche Sit-Ins, bei denen die Teilnehmer ihre sozialistischen und kommunistischen Überzeugungen vertraten. Die Proteste bezogen sich aber auch auf die künstlerische Tätigkeit an sich. Studenten störten teilweise die Klassen oder Werkstattarbeit und forderten ihre Kommilitonen auf die Arbeitsutensilien beiseite zu legen, da die Malerei oder die Keramikarbeit gesellschaftlich irrelevant sei. Über den künstlerischen Prozess, und den Kunstbegriff wurde in dieser Zeit viel diskutiert.[33] In den Protesten lassen sich die Ansätze der Ästhetischen Erziehung wiedererkennen. Denn eine Forderung waren auch hier die Erweiterung der Studieninhalte hin zu gesellschaftlich relevanten Themen. Eine zentrale Rolle dabei spielte die Kommunikation über die eigene künstlerische Arbeit, sowie über und die Reflektion im Hinblick auf gesellschaftliche und politische Kontexte.[34]

Funk selbst bekam den pädagogischen Diskurs der Zeit nicht nur als Student und Lehrer für Kunsterziehung mit, sondern auch als Dozent an der PH Reutlingen. Die teilweise stark politisch ausgerichteten Aspekte der Ästhetischen Erziehung unterstützte er nicht. Jedoch empfand er aufgrund seiner Erfahrung eine solche Ausweitung der kunstpädagogischen Inhalte als längst überfällig.[35]

Den immer wieder auftauchenden politischen Aspekte in der Ästhetischen Erziehung ist Funk sehr kritisch eingestellt, auch in seiner eigenen künstlerischen Praxis bleibt er unpolitisch.

---

[33] Zeitzeugeninterview mit Guntram Funk.

[34] Vgl. Siegfried Neuhausen: S. 32–33.

[35] Zeitzeugeninterview mit Guntram Funk.

Diese Einstellungen gegenüber der 68er Bewegung spiegelten sich natürlich in seiner Lehrtätigkeit an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg wider.

Als er in den 1980er Jahren an der PH seine Lehrtätigkeit aufnahm, gab es kaum noch Auseinandersetzungen. Dagegen wirkten sich die Ideen der Ästhetischen Erziehung im Sinne von Kerbs und von Hentig im Sinne einer Ausweitung für das Fach aus. Das war vor allem in den fachpraktischen Seminaren zu spüren, in denen Guntram Funk hauptsächlich unterrichtete. Er empfand dies als Bereicherung. Die zeitgenössische Kunst bestimmende Strömungen, wie Happening, Performance oder Fluxus wurden als Seminarinhalte aufgenommen.

Guntram Funk bot neben klassischen Techniken der bildenden Kunst, wie Malerei, und Aktzeichen auch fachpraktische Seminare zum Thema Materialtheater an. Dies war ein spezielles Seminarangebot von ihm, das aufgrund der interdisziplinären Inhalte auch regelmäßig als fächerübergreifende Veranstaltung stattfand. In Kooperation mit dem Fachbereich Sprecherziehung gab es Figurentheater, bei denen neben der Herstellung von Handpuppen aus verschiedensten Materialen der Fokus ebenso auf der Textproduktion lag. Interdisziplinäre Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit dem Fach Sport fanden überwiegend auf dem Gebiet Performance statt. Aus dem Fach Musik zeigten sich die Dozenten bei fächerübergreifenden Veranstaltungen laut Funke jedoch nicht sehr kooperativ. Das Fach sei damals immer noch sehr konservativ gewesen, die 68er Bewegung habe hier kaum Auswirkungen gezeigt. Guntram Funk fiel das im Vergleich zur Kunsterziehung auf, in der didaktische Positionen immer wieder hinterfragt wurden. Das galt auch für Inhalte der Ästhetischen Erziehung, über die es des Öfteren Diskussionen zwischen Studenten und Dozenten gab.[36] Ein solcher Anlass für Diskussionen bot zum Beispiel auch die zu den praktischen Seminaren gehörende Reflexion der künstlerischen Arbeiten. Ab den späten 70er Jahren veränderten sich die künstlerischen Reflexionen an den Hochschulen. Sie waren nun viel gesellschaftspolitischer aufgeladen und wurden häufig unter soziokulturellen Aspekten geführt. Oft wurde dabei die Frage gestellt, ob Kunst überhaupt zu beurteilen sein.

Diese Veränderungen in der Art und Weise der Reflektionen sowie den Diskussionsanlässen sind wohl auf die 68er Bewegung zurückzuführen. Auch in der Ästhetischen Erziehung spielt die künstlerische Tätigkeit und deren Reflektion in Zusammenhang mit gesellschaftlichen Themen eine Rolle. Ebenso soll dadurch die Wahrnehmung ausgeweitet werden was zur Selbsterkenntnis und Selbstentfaltung führen soll[37].

---

[36] Vgl.: ebd.

[37] Siehe Abschnitt 3.1. Ästhetische Erziehung.

Guntram Funk möchte aber die künstlerischen Reflektionen in seinen fachpraktischen Seminaren unabhängig von den Ansätzen der Ästhetischen Erziehung verstanden sehen.[38] Im Vergleich von Funks Ausführungen zu den Positionen der Ästhetischen Erziehung ist allerdings festzustellen, dass diese sehr ähnlich sind. Dass sich Funk dennoch in punkto künstlerische Reflektion von der Ästhetischen Erziehung distanziert, zeigt wiederum seine kritische Haltung gegenüber politischen Themen in der Kunst.

Wohingegen sich eindeutig Bezüge zur ästhetischen Erziehung aufweisen lassen, sind in seinen Seminaren zum Thema Materialtheater. Zunächst einmal lässt sich das daran festmachen, dass Seminare zum Materialtheater interdisziplinär in Verbindung mit anderen musischen Fächern angeboten wurde. Denn die Kooperation der Kunsterziehung mit anderen Fächern war ebenso in der Ästhetischen Erziehung gefordert.

Exkurs: Spiel- und Materialaktion

Dass die Thematik des Materialtheater darüber hinaus im Diskurs der ästhetischen Erziehung relevant war, zeigt sich umso deutlicher daran, dass der Aufsatz „Spiel- und Materialaktion" von Guntram Funk als Beitrag in dem Handbuch der ästhetischen Erziehung 1982 erschien.

Hierin bezieht Funk sich gleich zu Beginn auf die Fachzeitschrift Kunst + Unterricht aus dem Jahr 1969 und die darin enthaltenen Artikel „Kinderhände bemalen Hof und Wände" und „Projekt Möhlstraße 19"[39]. In diesen Artikeln ist beschrieben, wie der Lernbereich Spiel- und Materialaktion für den Kunstunterricht eingesetzt werden kann. Die didaktischen Ansätze dazu gehen auf die Ästhetische Erziehung zurück und sind, so Funk, weiterhin wirksam geblieben.[40]

Durch den Einsatz von Spiel- und Materialaktionen kann das Aktionsfeld der Kunstpädagogik ausgeweitet werden, beispielsweise auf Straßen,

[38] Zeitzeugeninterview mit Guntram Funk.

[39] In den Artikeln geht es darum, den Kunstunterricht aus dem Klassenzimmer hinaus zu bringen und Schüler vor neue und größere Gestaltungsaufgaben zu stellen. Es wird ein Unterrichtsbeispiel aus Hannover aufgeführt, bei dem ein ganzer Schulhof durch malerische Aktionen umgestaltet wurde. In einem weiteren Beispiel wurde eine leerstehend Villa als Spielraum für künstlerische Ausdrucksformen für Schüler bereitgestellt. Dabei konnten sie Kreativität und Unerschrockenheit lernen und Erfahrungen machen, die in keinem traditionellen Kunstunterricht möglich gewesen wären. Durch die ästhetische Verfremdung neuer Bedeutungsträger erweitert sich das Feld der pädagogischen Möglichkeiten. Vgl.: Diethart Kerbs: Kinderhände bemalen Hof und Wände; Hans Mayerhofer/ Wolfgang Zacharias: Projekt Möhlstraße 19. In Kunst + Unterricht. Heft 4 (1969) S. 26–29.

[40] Vgl.: Axel von Criegern (Hrsg.): Handbuch der ästhetischen Erziehung. Stuttgart u.a. 1982. S. 169.

Spielplätze oder Museen. Dadurch wird eine gegenseitige Beeinflussung von Schule und außerschulische Kinder- und Jugendkultur gefördert. Der Unterricht ist also auf die Lebenssituationen der Schüler ausgerichtet. Dem passiven Konsumverhalten wird entgegengewirkt und eine aktive Wahrnehmung und soziale Kreativität gefördert. Methoden spezifisch für diesen Lernbereich können das Darstellende Spiel, wie das Figuren-Theater oder Aktionen analog zur Performance sein. Beispiele für fächerübergreifende Methoden sind Action-Painting, Figuren-Bau oder Foto- und Filmdokumentationen.[41]

Funks Formulierungen in „Spiel- und Materialaktion" sind weitaus weniger theoretisch abstrakt gehalten, als beispielsweise die Formulierungen von Hartmut von Hentig in seinem Artikel zu den Lernzielen im ästhetischen Bereich[42]. Darin schreibt er von *Kunstgenuss*, davon die *Gestaltung der eigenen Umwelt zu genießen* oder *der leidenschaftlichen Identifizierung mit einer Sache*. Wie genau das allerdings in einem Kunstunterricht Schülern vermittelt werden kann bleibt offen. Funk hingegen zeigt in seinem Aufsatz, wie zumindest Teile der Ästhetischen Erziehung im Studium gelehrt und somit später im Kunstunterricht vermittelt werden können. Seine Ausführungen bleiben nicht auf einer theoretischen Ebene, sondern sind praxisorientiert. In seiner Lehrtätigkeit an den Hochschulen Reutlingen und Heidelberg konnte er seine Überlegungen umsetzen.

Rückblickend waren für Guntram Funk die Auswirkungen der 68er Bewegung im Fach Kunst in Reutlingen und Heidelberg unterschiedlich stark zu spüren. So spielten die Themen der ästhetischen Erziehung während Funks Lehrtätigkeit in Reutlingen eine wesentlich größere Rolle als in Heidelberg. Für ihn lag das unter anderem an dem unterschiedlich politisch geprägten Klima an den Hochschulen. In Reutlingen waren die Rektoren Mitglieder der SPD in Heidelberg hingegen der CDU. Funk empfand den Umgang zwischen den Studenten und Lehrenden sowie den Professoren und dem Mittelbau in Reutlingen liberaler als in Heidelberg.[43]

Insgesamt jedoch waren für Funk die Auswirkungen und Relevanz der Ästhetischen Erziehung auf das Fach stark Personen abhängig. Das Lehrpersonal in Reutlingen war offen und progressiv gegenüber dem kunstpädagogischen Diskurs der Zeit eingestellt und daran beteiligt. Das zeigen beispielsweise die Beiträge im *Handbuch der ästhetischen Erziehung*, dessen Herausgeber Axel von Creigern, war Dozent an der PH Reutlingen. Ebenso waren Auswirkungen an den Inhalten der Vorlesungsverzeichnisse für das Fach Kunst abzulesen. Ende der 70er Jahre waren in diesen für das Fach Kunst in

[41] Vgl.: Axel von Criegern (Hrsg.): S. 170–174.

[42] Siehe dazu 3.2. Inhalte für den Kunstunterricht.

[43] Zeitzeugeninterview mit Guntram Funk.

Reutlingen einige Seminare zur Ästhetischen Erziehung und teilweise auch noch zur Visuellen Kommunikation verzeichnet.[44]

Vergleicht man diese Aussage mit den Vorlesungsverzeichnissen in Heidelberg gegen Ende der 70er Jahre, fällt auf, dass die 68er Bewegung sich hier sehr viel geringer auswirke. So sind in den Vorlesungsverzeichnissen in Reutlingen, laut Funk, Seminare direkt zur Ästhetischen Erziehung zu finden, in Heidelberg hingegen sind diese lediglich in Ansätzen aus den Seminaren abzulesen.

Die Vorlesungen mit einem Bezug zur Ästhetischen Erziehung wurden von Manfred Kästner und Professor Max Kläger angeboten. Solche Vorlesungen waren zum Beispiel die „Problemgeschichte der Kunst seit 1945" oder „Theorien der Kunst und der ästhetischen Erziehung". Kästner und Kläger waren beide erst ab 1971 an der PH Heidelberg tätig[45]. Hingegen Seminare mit klassischeren Themen, wie „Jugendstil – Stilwende" oder „Malen für Fortgeschrittene" wurden von Edelgard Pfisterer[46] angeboten. Sie war schon 1964 an der PH als Dozentin tätig und ab 1969[47] als Professorin für Kunsterziehung.[48]

Schlussbemerkung

1968 waren die Vorlesungen im Fach Kunst an der PH Heidelberg wenig innovativ. Es lassen sich wenige künstlerische Tendenzen der Gegenwart oder politische und gesellschaftsrelevante Themen aus den Vorlesungsverzeichnissen herauslesen. Auch noch im Wintersemester 1969/70 gab es Seminare zur „Dekorative Gestaltungsmöglichkeiten" oder „Naturzeichnung". Solche Seminare spiegelten noch nicht die Ideen der Ästhetischen Erziehung wieder. Erst gegen Ende der 1970 Jahre war eine deutliche Ausweitung der Studieninhalte der fachpraktischen sowie der kunstpädagogischen und -wissenschaftlichen Seminare zu erkennen.

Es stellt sich die Frage, warum sich die Ästhetische Erziehung zunächst nur im geringen Maß an der PH Heidelberg auswirkte. Es liegt nahe, den Grund dafür in der Struktur der PH zu suchen. Denn die Vertreter der Ästhetischen Erziehung um die Zeit von ′68 waren größtenteils an den Kunstakademien des Landes tätig, so beispielsweise Hartmut von Hentig in

---

[44] Vgl.: ebd.

[45] Vgl.: Personal- und Vorlesungsverzeichnis. Pädagogische Hochschule Heidelberg. Wintersemester 1971–72. S. 4–5.

[46] Vgl. zum weiblichen Lehrpersonal den Beitrag von Märtsch in diesem Band.

[47] Vgl.: Personal- und Vorlesungsverzeichnis. Pädagogische Hochschule. Sommersemester 1964. S. 4. / Personal- und Vorlesungsverzeichnis. Pädagogische Hochschule. Sommersemester 1969. S. 5.

[48] Vgl.: Personal- und Vorlesungsverzeichnis. Sommersemester 1976. S. 89–91.

Göttingen. Dass die zunächst marginale Rolle der Ästhetischen Erziehung an der PH Heidelberg aber nicht allein darauf zurück zu führen ist, zeigte sich im Zeitzeugeninterview mit Guntram Funk. Die kunstpädagogischen Ideen der 68er Bewegung wirkten sich durchaus schnell an den Pädagogischen Hochschulen aus. Die Vorlesungsinhalte an der PH Reutlingen waren schon Anfang der 1970er Jahre stark von den Ideen der 68er geprägt. Die Dozenten dort waren offen gegenüber dem kunstpädagogischen Diskurs der Zeit eingestellt und beteiligten sich selbst aktiv daran. Wohingegen Dozenten an der PH Heidelberg immer noch „klassische" Vorlesungen zum Jugendstil hielten, die so auch schon 1964 gehalten wurden. Das änderte sich erst ab Mitte der 1970er Jahre, als auch in Heidelberg neue Dozenten und einige Lehrbeauftragte für die Kunstpraxis eingestellt wurden.

Ein weiterer Grund, warum sich die Ästhetische Erziehung in den Studieninhalten der PH Heidelberg nur verhalten zeigte, kann auch an der Theorie selbst liegen. Eine Theorie erweist sich in der Regel nur dann als sinnvoll, wenn sie sich auch in der Praxis anwenden lässt. Die Ästhetische Erziehung ist zwar theoretische sehr durchdacht und ausführlich formuliert, dennoch ließen sich in der Literatur nur wenig praktische Beispiele und Umsetzungsmöglichkeiten für den Unterricht finden. So räumt Kerbs selbst ein, dass seine Überlegungen und Thesen noch in den Anfängen stecken und zur Diskussionen heraufordern sollen[49].

Der Versuch zukünftigen Lehrern einen Leitfaden an die Hand zu geben, in dem Lernziele konkret ausformuliert wurden, bewirkte eher das Gegenteil. Die Formulierungen sind sehr abstrakt gehalten und lassen sich rückblickend als das beschreiben, was die Vertreter der Ästhetischen Erziehung den vorangegangenen kunstpädagogischen Konzepten vorwarfen. Sie bedienten sich einer „verworrenen Erweckungssprache", die die Integration des Konzepts in die praktische Kunsterziehung schwer machte[50].

Die 68er Bewegung hat auch im Fachbereich Kunst an der PH Heidelberg ihre Spuren hinterlassen. Ansätze der Ästhetischen Erziehung waren in den Themen der Seminare eindeutig ab Mitte der 1970er Jahre vertreten. Durch Diskussionen über aktuelle kunstdidaktische Entwicklungen zwischen Dozenten und Studenten war die Ästhetische Erziehung auch teilweise indirekt in den Seminaren präsent. Vor allem zeigten sich die Auswirkungen aber in den fachpraktischen Seminaren. Es fand eine deutliche Ausweitung der künstlerischen Fachpraxis statt. Neue künstlerische Themen und Strategien wurden gelehrt und Kurse zu aktuellen Techniken der bildenden Kunst, wie der Fotografie, wurden angeboten.

Zwar setzte sich die Ästhetische Erziehung nicht in dem Maße durch, wie es sich Kerbs und von Hentig wohl erhofften. Dennoch hat sich der

[49] Vgl.: Diethart Kerbs: (1968). S. 28.

[50] Vgl.: Hartmut von Hentig: (1967). S. 282.

Begriff des „Ästhetischen“ im kunstpädagogische Diskurs festgesetzt. In den 1990 Jahren formulierte Gert Selle sein Konzept der Ästhetischen Bildung, in der es einfach ausgedrückt um materialerkundende, experimentelle und selbstbestimmte Suchbewegungen des Subjekts in einem ästhetischen Erfahrungsprozess geht.[51] Noch aktueller ist das Konzept der Ästhetischen Forschung von Helga Kämpf-Jansen aus dem Jahr 2001. Die ästhetische Forschung bewegt sich innerhalb der menschlichen Welt- und Selbsterkundung. Dabei sollen primär ästhetische Erfahrungen ermöglicht, nicht Kunst gemacht, werden. Als Anregung für die Schüler dienen dabei künstlerische Strategien der Gegenwartskunst.[52]

[51] Vgl.: Georg Peez: S. 71–73.
[52] Vgl.: ebd. S. 77–80.

Autorinnen und Autoren

Bettina Alavi, Prof. Dr., Professorin für Geschichte und ihre Didaktik an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg, Schwerpunkte: Historisches Lernen in heterogenen Lerngruppen, Didaktik der Zeitgeschichte, Internationalisierung der Lehrerbildung.

alavi@ph-heidelberg.de

Zbigniew Bereszyński, Dr., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Staatlichen Forschungsinstitut Schlesisches Institut in Opole, Schwerpunkte: Politische Geschichte Oberschlesiens.

zbereszynski@wp.pl

Damian Brzóska, M.A., studierte Geschichte am Institut für Geschichte der Universität Opole Schwerpunkte: politische wie auch gesellschaftliche Geschichte Polens nach dem II. Weltkrieg.

damian3-12-93@o2.pl

Melissa Carrera Pinto, studierte Geschichte für das Lehramt an Grundschulen an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg, 1. Staatsexamen 2017.

Gabriela Cingelová, Dr., Oberassistentin am Institut für Gesellschaftswissenschaften an der Pädagogischen Fakultät der Palacký-Universität Olomouc (Tschechien) Schwerpunkte: Fachdidaktik der Gesellschaftswissenschaften mit Schwerpunkt auf nationale und ethnische Minderheiten in der Tschechischen Republik, Deutsch-tschechische Beziehungen und Schulwesen (1918 bis zur Gegenwart).

gabriela.cingelova@upol.cz

Anna Gołębiowska, Dr., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Geschichte der Universität Opole, Bereich Didaktik der Geschichte und der Sozialkunde. Schwerpunkte: Didaktik, Geschichtsbewusstsein der polnischen Jugend, Transformationen und Reformen der historischen und staatsbürgerlichen Bildung in Polen sowie alternative Formen der Bildung.

annagolebiowska@wp.pl

Katarzyna Kaczmarek, M.A., Doktorandin am Institut für Geschichte an der Universität Opole. Schwerpunkte: Didaktik des Geschichtsunterrichtes, Aktivierungsmethoden im Lehren und Lernen von Geschichte.

kaczmarek.k.m@gmail.com

Marzena Leżak, M.A., Doktorandin am Institut für Geschichte an der Universität Opole Schwerpunkte: Holocaust-Forschungen.

marzena.lezak@o2.pl

Elora Märtsch, studierte Geschichte für das Lehramt an Grundschulen an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg, 1. Staatsexamen 2017.

Dominik Marcinkowski, MA, Doktorand am Institut für Geschichte an der Universität Opole Schwerpunkte: Geschichte der polnisch-tschechischen Beziehungen, Neueste Geschichte Polens.

d_marcinkowski@interia.pl

Anna-Lena Mohr, Studium der Fächer Geschichte, Deutsch und Musik für das Realschullehramt an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg; 1. Staatsexamen 2017.

Kathrin Nicklas, studiert Kunst, Geschichte und Deutsch für das Werkreal-, und Realschullehramt an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg.

kathrin.nicklas@posteo.de

Mariusz Patelski, Dr., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Institut der Universität Opole; Schwerpunkte: Geschichte Polens im 20. Jahrhundert, Polnische Militärgeschichte, Macht und Opposition in Polen sowie Universitätsgeschichte.

patelski7@wp.pl

Bartosz Pawlak, M.A., Doktorand an der Universität Opole, Schwerpunkte: Geschichtsbewusstsein und Medien.

bartoszpawlak@poczta.onet.pl

Maria Reisky, M.A., Doktorandin am Institut für Geschichte an der Universität Opole. Schwerpunkte: deutsch-polnische Beziehungen nach 1945, Neueste Geschichte Polens.

mar.reisky@gmail.com

Melanie Schweizer, studierte Geschichte für das Lehramt an Grundschulen an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg, 1. Staatsexamen 2017.

Małgorzata Świder, Prof. Dr., Professorin für Neueste Geschichte im Institut für Geschichte an der Universität Opole. Schwerpunkte: deutsch-polnische Beziehungen nach dem 2. Weltkrieg, Geschichte des 20. Jahrhunderts.

malgorzata_swider@onet.pl

Vanda Vaníčková, Dr., Dozentin am Institut für Gesellschaftswissenschaften an der Pädagogischen Fakultät der Palacký-Universität Olomouc. Schwerpunkte: Fachdidaktik der Sozialwissenschaften mit Schwerpunkt auf Methoden des kritischen Denkens und der Förderung von (digitaler) Medienkompetenz.

vanda.vanickova@gmail.com

Piotr Zawadzki, M.A., Doktorand im Institut für Geschichte an der Universität Opole. Schwerpunkte: Geschichte des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau, polnisch-jüdische Beziehungen.

pzawadzki93@gmail.com